

*Der Wehrunterricht in den Ländern des Warschauer Paktes.*

**Eine Untersuchung im historischen und schulpolitischen Kontext  
unter besonderer Berücksichtigung der UdSSR und der DDR**

**Dissertation  
zur Erlangung des akademischen Grades**

**doctor philosophiae (Dr. phil.)**

**vorgelegt dem Rat der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften  
der Friedrich-Schiller-Universität Jena**

**von Magister Artium Michael Koch**

**geboren am 07.11. 1970 in Hohenmölsen**

Gutachter

1. Prof. Dr. Dr. Ralf Koerrenz
2. Prof. Dr. Karl Schmitt

Tag des Kolloquiums: 22.06.2006

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung.....	7
1.1	Darstellung des Untersuchungsinteresses.....	7
1.2	Zu den verwendeten Quellen.....	13
1.3	Zum Forschungsstand .....	15
1.4	Zur Vorgehensweise.....	16
2.	Der historisch-politische Kontext im Bezug zum Untersuchungsinteresse.....	19
2.1	Die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts....	20
2.2	Die Politik der Sowjetunion nach der Absetzung Chruschtschows im Jahre 1964.....	25
2.2.1	Die Innenpolitik.....	26
2.2.2	Die Hegemonie im sozialistischen Lager.....	31
2.3	Die Politik der DDR nach dem Machtantritt Breschnews.....	40
2.3.1	Die innenpolitische Entwicklung.....	42
2.3.2	Formen oppositionellen Handelns.....	49
2.3.3	Die außenpolitische Entwicklung.....	52
2.3.3.1.	Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.....	56
2.3.3.2	Die Mitgliedschaft in der UNO und die Partizipation am KSZE-Prozess.....	62
2.3.3.3	Die Beziehungen zu den Bündnispartnern im Warschauer Pakt..	64
3.	Die Einführung des Wehrunterrichtes im Warschauer Pakt.....	68
3.1	Kein Thema in einem Ostblockgremium.....	68
3.2	Die Etablierung des Faches in der UdSSR.....	70
3.2.1	Das Scheitern des 11-Klassenschulsystems mit dem Schwerpunkt Produktionsunterricht.....	70
3.2.2	Das 10-Klassenschulsystem und die Suche nach neuen Methoden der kommunistischen Erziehung.....	73
3.2.3	Der Wehrunterricht – ein Projekt das vor den Bündnispartnern verborgen wurde.....	79
3.2.4	Der Wehrunterricht als Instrument der kommunistischen Erziehung .....	81
3.3	Die Etablierung des Faches in der VR Ungarn, der VR Bulgarien, der VR Polen, der ČSSR und in der SR Rumänien.....	88
3.3.1	Die Entwicklung in der Volksrepublik Ungarn.....	90

3.3.2	Die Entwicklung in der Volksrepublik Bulgarien.....	95
3.3.3	Die Entwicklung in der Volksrepublik Polen.....	100
3.3.4	Die Entwicklung in der ČSSR.....	104
3.3.5	Die Entwicklung in der SR Rumänien.....	107
3.4	Die Etablierung des Faches in der DDR.....	110
3.4.1	Die Entwicklung der Wehrerziehung an den Schulen in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren.....	110
3.4.2	Die vormilitärische Ausbildung und die Lehrgänge zur Zivilverteidigung der GST.....	120
3.4.3	Wurde auch in der DDR am Ende der sechziger Jahre der Wehr- unterricht de facto eingeführt?.....	123
3.4.4	Die Entwicklung der Wehrerziehung an den Schulen bis zur offiziellen Einführung des Wehrunterrichtes.....	125
3.4.5	Die offizielle Einführung des Faches 1978.....	129
3.4.5.1	Die Beweggründe für die Einführung des Faches.....	129
3.4.5.2	Die Vorbereitung der Unterrichtung.....	137
4.	Die Praxis des Wehrunterrichtes.....	142
4.1	Das Fach in der Sowjetunion.....	143
4.1.1	Die Entwicklung nach der Einführung.....	143
4.1.2	Der Lehrplan von 1981.....	146
4.1.3	Die Umsetzung des Lehrplans im Unterricht.....	148
4.1.3.1	Die Einführungsstunde.....	148
4.1.3.2	„Die sowjetischen bewaffneten Kräfte beim Schutz der Heimat“.....	149
4.1.3.3	„Taktische Ausbildung“.....	150
4.1.3.4	„Gefechtsausbildung - Schießen“.....	152
4.1.3.5	„Statut“.....	153
4.1.3.6	„Exerzieren“.....	154
4.1.3.7	„Militärische Kartenkunde“.....	155
4.1.3.8	„Zivilverteidigung“.....	156
4.1.3.9	„Sanitätsausbildung – Militärmedizinische Ausbildung“.....	156
4.1.4	Organisation und Rahmenbedingungen.....	157
4.2	Das Fach in der Volksrepublik Ungarn.....	160
4.2.1	Die Entwicklung von 1968 bis 1987.....	160
4.2.2	Ausrichtung, Organisation und Rahmenbedingungen.....	165
4.3	Das Fach in der Volksrepublik Bulgarien.....	167
4.3.1	Kontinuität in der permanenten Reform.....	167
4.3.2	Organisation und Rahmenbedingungen.....	174
4.4	Das Fach in der Volksrepublik Polen.....	176
4.4.1	Die Entwicklung bis in die Mitte der achtziger Jahre.....	176
4.4.2	Die Reform des Wehrunterrichtes.....	181

4.4.3	Organisation und Rahmenbedingungen.....	183
4.5	Das Fach in der ČSSR.....	187
4.5.1	Die Entwicklung bis in die Mitte der achtziger Jahre.....	187
4.5.2	Die Reform des Wehrunterrichtes in der Reform des Schulwe- sens von 1984.....	192
4.5.3	Organisation und Rahmenbedingungen.....	198
4.6	Das Fach in der DDR.....	200
4.6.1	„[D]ie Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“.....	200
4.6.2	Der Lehrplan.....	203
4.6.2.1	„Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“.....	203
4.6.2.1.1	„Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung – sicherer militärischer Schutz des Sozialismus und des Friedens“.....	204
4.6.2.1.2	„Der Charakter eines möglichen Krieges und die Anforderungen an die Soldaten der sozialistischen Streitkräfte und die Einsatzkräfte der Zivilverteidigung“.....	208
4.6.2.1.3	„Militärische Berufe in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Kräften der DDR“.....	211
4.6.2.1.4	„Bewaffnung und Ausrüstung der Armeen der sozialistischen Verteidigungscoalition“.....	213
4.6.2.1.5	„Die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion – festes Fundament für die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft“.....	214
4.6.2.1.6	„Das Verhältnis von Mensch und Technik in der sozialistischen Verteidigungscoalition“.....	215
4.6.2.1.7	„Die NATO-Armeen und ihr aggressiver Auftrag“.....	216
4.6.2.1.8	Der neue Lehrplan von 1989.....	218
4.6.2.2	Der Lehrgang Zivilverteidigung.....	219
4.6.2.2.1	„Zivilverteidigung – Bestandteil der Landesverteidigung.....	220
4.6.2.2.2	„Schutzausbildung“.....	222
4.6.2.2.3	„Selbst- und gegenseitige Hilfe“.....	223
4.6.2.2.4	„Geländeausbildung“.....	223
4.6.2.2.5	„Ordnungsübungen“.....	224
4.6.2.2.6	„Sportausbildung“.....	225
4.6.2.2.7	„Abschlussübung“.....	226
4.6.2.3	Die Wehrausbildung im Lager.....	227
4.6.2.3.1	„Fragen der militärischen Ordnung und Disziplin“.....	228
4.6.2.3.2	„Geländeausbildung“.....	229
4.6.2.3.3	„Schießausbildung“.....	229
4.6.2.3.4	„Schutzausbildung“.....	230
4.6.2.3.5	„Selbst- und gegenseitige Hilfe“.....	230
4.6.2.3.6	„Ordnungsübungen“.....	231

4.6.2.3.7	„Körperertüchtigung“.....	232
4.6.2.3.8	„Komplexübung“ und „Aktuell-politische Informationen [...]“... 232	232
4.6.2.4	Unterricht in den Ferien – die „Tage der Wehrbereitschaft“.....	233
4.6.3	Organisation und Rahmenbedingungen.....	234
4.6.4	Der „Nürnberger Trichter“ und das Scheitern der Faches.....	237
4.7	Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	242
5.	Schlussbetrachtung.....	246
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	250
6.1	Archivmaterialien.....	250
6.1.1	Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Institutes für Internationale Pädagogische Forschung.....	250
6.1.2	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR – Bundesarchiv (SAPMO-Barch.).....	251
6.1.3	Bundesarchiv Berlin.....	252
6.1.4	Archiv Auswärtiges Amt, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (AAA/BMAA/DDR).....	253
6.1.5	Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg im Breisgau.....	254
6.1.6	Matthias-Domaschk-Archiv, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte.....	255
6.1.7	Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln.....	255
6.2	Literaturverzeichnis.....	255
6.3	Internet.....	268
6.4	Weitere Quellen.....	268
6.5	Zeitungen / Zeitschriften.....	269
	Abkürzungsverzeichnis.....	271
	Zusammenfassung.....	274
	Ehrenwörtliche Erklärung.....	275

## 1.Einführung

### 1.1 Darstellung des Untersuchungsinteresses

Als zu Beginn des Schuljahres 1978/79 der Wehrunterricht in den neunten und ein Jahr später auch in den zehnten Klassen der Polytechnischen Oberschulen der DDR eingeführt wurde, sorgte das im realsozialistischen deutschen Teilstaat für lautstarke Proteste sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche.<sup>1</sup> So mahnte eine „Orientierungshilfe der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>2</sup>:

„Junge Menschen, die die Schrecken des Krieges nicht kennen und zu einem differenzierten Urteil über die Risiken militärischer Friedenssicherung im nuklearen Zeitalter nicht in der Lage sind, werden durch einen beabsichtigten Unterricht, der die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Ost und West als selbstverständlich voraussetzt und die Vorbereitung darauf zum Inhalt hat, in ihrer Friedensfähigkeit ernsthaft gefährdet.“

Die evangelische Kirche kündigte als Konsequenz der Einführung des Wehrunterrichtes Anstrengungen für eine „Erziehung zum Frieden“ in ihrem Rahmen an.<sup>3</sup>

Auch die Führung der katholischen Kirche machte deutlich, dass für sie eine „militärische Ausbildung von Schülern“ mit einer „Erziehung zum Frieden nicht vereinbar“<sup>4</sup> ist.

Im Einführungsschuljahr 1978/79 gab es dann auch immerhin dreihundertdreißig Eingaben von Eltern – mit vorwiegend christlichem Hintergrund -, die sich gegen den Wehrunterricht wandten.<sup>5</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR in ersten Publikationen als weitere Forcierung der Militarisierung der Schule wie der gesamten Gesellschaft gewertet.<sup>6</sup> Andererseits sah man darin aber auch ein Eingeständnis der Verantwortlichen in Ostberlin, dass die bisherigen ideologisch-propagandistischen Erziehungsmittel nicht die von der SED erhofften Wirkungen hatten entfalten können.<sup>7</sup>

Im Rahmen dieser notwendigen und berechtigten Kritik gab es Stimmen, die dem ganzen Vorgang den Charakter des – auch für Ostblockverhältnisse -

---

<sup>1</sup> Vgl. BEK 14.06.1978, abgedruckt in Henrich 1978: S. 33-39 / Bengsch 12.06.1978, abgedruckt ebd.: S. 40 f.

<sup>2</sup> BEK ebd.: S. 36.

<sup>3</sup> Vgl. auch Knabe 2000: S. 120 f. / Schmidt 2002: S. 128 ff.

<sup>4</sup> Bengsch ebd.

<sup>5</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DY 24/113848, FDJ-Zentralrat, 07.05. 1980 / Neubert 2000: S. 304 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Henrich 1978: S. 12 ff. / Pritzel 1978: S. 14 ff. / Röder 1978: S. 800 ff. / Hellwig 1979: S. 233 ff. / Seubert 1995: S. 139 f.

<sup>7</sup> Vgl. Henrich ebd. / Pritzel ebd.

Neuen und Einmaligen verliehen. So äußerte der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider 1978<sup>8</sup>:

„Mit einer vormilitärischen Ausbildung als Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen steht die DDR einzig da in Europa. Auch unsere sozialistischen Nachbarländer kennen so etwas nicht. Bei der Suche nach möglichen Vergleichen ist mir nur ein Land wie Südkorea eingefallen.“

Die in der DDR durchaus verbreitete Ansicht<sup>9</sup>, dass der 1978 eingeführte Wehrunterricht ein Novum in der Erziehung von Jugendlichen auch in der sozialistischen Staatenwelt darstellte, ist jedoch ein Irrtum. In der Sowjetunion, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Ungarn wurde schon im Schuljahr 1968/69 begonnen, Wehrunterricht als Pflichtfach in das Schulcurriculum aufzunehmen.<sup>10</sup> Eine ähnliche Entwicklung war zu diesem Zeitpunkt in fast allen anderen Staaten des Warschauer Pakts<sup>11</sup> zu beobachten. So führten die Volksrepublik Polen das Fach 1969 und die ČSSR 1971 an ihren allgemeinbildenden Schulen ein.<sup>12</sup> Auch in der Sozialistische Republik Rumänien

---

<sup>8</sup> Schneider 1978, in Henrich ebd.: S. 24.

<sup>9</sup> In einem Gespräch, das ich im Frühjahr 1999 mit dem ehemaligen Ausbildungsleiter für den Wehrunterricht im Kreis Jena-Land, Herrn Kahlhöfer, führte, ging auch dieser davon aus, dass es ein obligatorisches Unterrichtsfach Wehrunterricht nur in der DDR gegeben hat (M. K.).

<sup>10</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 76 u. 91 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987. Bei der Arbeit von Schulz handelt es sich um eine Dissertation (Sozialistische Wehrerziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und in der DDR) die Klaus Dietrich Schulz zusammen mit Hans-Georg Hilla 1984 an der Pädagogisch-Wissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“ in Potsdam eingereicht hat. Nach einer Notiz von Prof. Dr. H. Philipp in dem Exemplar dieser Arbeit das in Potsdam verblieb, wurde aber nur Schulz zur Verteidigung der Dissertation zugelassen und erhielt daraufhin die Promotion. In dem Exemplar welches in der Deutschen Bücherei in Leipzig eingestellt wurde, ist der Name Hilla gestrichen und wird auch im Katalog nicht erwähnt. Im Katalog des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) erscheint die Arbeit jedoch nur unter dem Namen Hilla. Für meine Arbeit habe ich mich für den Literaturnachweis am Katalog der Deutschen Bücherei in Leipzig orientiert. Die angesprochene Dissertation von Schulz sowie die anderen verwendeten DDR-Dissertationen waren in der DDR nicht ohne besondere Genehmigung einsehbar (M. K.).

<sup>11</sup> Warschauer Vertrag oder Warschauer Pakt sind Kurzbezeichnungen für das 1955 in Warschau zwischen Albanien, Bulgarien, der DDR, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn gegründete östliche Militärbündnis (Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand). Albanien musste ab 1961 aufgrund seiner engen Anlehnung an die VR China und dem Festhalten an einem stalinistischen Politikstil auf Drängen Chruschtschows seine Mitarbeit in der Organisation ruhen lassen. Am 13. September 1968 trat es nach der militärischen Intervention des Warschauer Paktes in der ČSSR offiziell aus dem Bündnis aus. Das Militärbündnis wurde 1991 aufgelöst (Vgl. Hacker 1983: S. 800 / Schubert, Klein 1997: S. 313).

<sup>12</sup> Vgl. Lück 1979: S.17 / Schulz ebd.



hatte man mit einem solchen Unterricht in den Schulen begonnen, so dass am Beginn der siebziger Jahre der Wehrunterricht in allen Staaten des östlichen Militärbündnisses – außer in der DDR – etabliert war.<sup>13</sup> Als die DDR am 1. September 1978 – zum Weltfriedenstag – das Fach schließlich auch an ihren Polytechnischen Oberschulen einführte, installierte sie damit also offensichtlich nur etwas, was die anderen *Bruderländer* längst besaßen.<sup>14</sup>

Kennzeichnend für den Wehrunterricht in allen Ländern des Warschauer Paktes war zum einen die Vermittlung elementarer Kenntnisse des Militärwesens bzw. der Zivilverteidigung sowie entsprechender praktischer Fertigkeiten und zum anderen die propagandistisch-ideologische Indoktrination der Schülerinnen und Schüler.<sup>15</sup> Doch warum wurde im Ostblock am Ende der sechziger / Beginn der siebziger Jahre ein solcher Schritt der Militarisierung der Schulen unternommen? Das in diesem Zusammenhang vorgebrachte Argument der „wachsenden Aggressivität des Imperialismus“<sup>16</sup>, kann als propagandistische Erfindung abgetan werden. Die Zeit von Mitte der sechziger bis an das Ende der siebziger Jahre lässt sich – trotz einiger konfrontativ-regressiver Störungen - insgesamt als eine Phase der Entspannungspolitik der Supermächte USA und UdSSR während des Ostwest-Konfliktes charakterisieren.<sup>17</sup> Unter den Bedingungen des annähernden militärischen Kräftegleichgewichtes war 1963 ein teilweises Teststoppabkommen zwischen den beiden Führungsmächten abgeschlossen worden, dem sich 1967 ein Vertrag über die Nicht-Verbringung von Kern- und Massenvernichtungswaffen in den Weltraum und 1968 ein Abschluss über die Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen anschlossen.<sup>18</sup> 1966 begannen die Verhandlungen beider Seiten zur Begrenzung strategischer Waffen, die 1972 mit dem SALT I – Abkommen eine erste vertragliche Fixierung erlebten. Ebenfalls 1972 erfolgte der Abschluss des ABM-Vertrages sowie die Einberufung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch Breschnew und Nixon.<sup>19</sup>

Ein Autorenkollektiv um Gonnermann begründete 1987 in dem Buch „Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft“ die Einführung des Wehrunterrichtes im Nachhinein mit den „wachsenden Anforderungen [...] des modernen Militärwesens“, die zur Vorbereitung auf den Armeedienst eine frühere Heranführung der Jugend an militärische Angelegenheiten notwendig gemacht

<sup>13</sup> Vgl. Schulz: S. 76 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

<sup>14</sup> Vgl. Lück 1979: S. 17 / Koch 2000 a: S.21 f.

<sup>15</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26.NL, Günther 1973 / Schulz 1984: S. 40 ff.

<sup>16</sup> Lück 1979: S.15.

<sup>17</sup> Vgl. Link 1988: S.168 f.

<sup>18</sup> Vgl. Ebd.: S.169

<sup>19</sup> Vgl. Ebd.: S.170 u.188.

hätten.<sup>20</sup> In der Sowjetunion wurde bei der Etablierung des Faches zusätzlich mit der 1967 stattgefundenen Reduzierung der Wehrdienstzeit auf zwei bzw. drei Jahre argumentiert, wodurch die jungen Männer nun bereits vorm Beginn ihres Armeedienstes militärisch voll ausgebildet sein sollten.<sup>21</sup> Obwohl sicherlich die Vorbereitung auf den Wehrdienst als ein Gesichtspunkt bei der Einrichtung des Faches beachtet werden muss, können diese Darstellungsweisen keine wirklich vollständigen Begründungen für die Einrichtung des Wehrunterrichtes geben. Denn in das Fach wurden auch die Mädchen einbezogen und wirklich moderne Elemente des Militärwesens fanden hier im gesamten Ostblock kaum Eingang.<sup>22</sup>

Trotz der entspannten politischen Großwetterlage fällt jedoch auf, dass der seit 1964 im Amt befindliche Erste Sekretär und spätere Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew<sup>23</sup> im Vergleich zu seinem Vorgänger Nikita Chruschtschow innerhalb des Warschauer Paktes und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)<sup>24</sup> die militärische Zusammenarbeit stärker betonte und dies mit einer Verschärfung der propagandistischen Darstellung der Aggressivität der NATO verknüpfte.<sup>25</sup> Stärker als Chruschtschow straffte Breschnew in seiner Außenpolitik die Zügel zu den anderen Warschauer Pakt Staaten. Die in den Ereignissen um die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 kulminierenden Breschnew-Doktrin wiesen den sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas nur beschränkte Souveränität zu und verpflichteten sie – unter Androhung von militärischer Gewalt - zur Entwicklung des Sozialismus nach Moskauer Vorbild.<sup>26</sup>

War in der Sowjetunion unter Chruschtschow die Konsumgüterproduktion auf Kosten der Schwerindustrie und der Rüstungsproduktion gefördert worden, setzte der neue starke Mann im Kreml die drastische Erhöhung der Militärausgaben durch.<sup>27</sup> Die von seinem Vorgänger eingeleitete Entstali-

<sup>20</sup> Vgl. Gonnermann u. a. 1987: S.323 f.

<sup>21</sup> Vgl. Révész 1977a: S. 268 f.

<sup>22</sup> Vgl. Geier 1986: S.104 ff. / Schulz 1984 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>23</sup> Chruschtschow wurde 1964 durch eine kollektive Führung mit Leonid Breschnew als Parteichef (ab 8. April 1966 mit dem Titel eines Generalsekretärs) und Alexei Kossygin als Ministerpräsident abgelöst (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.163).

<sup>24</sup> Der 1949 gegründete RGW war eine Organisation der sozialistischen Staaten, die vor allem für die Abstimmung und Hilfe zwischen den Wirtschaften der Länder sorgen sollte. Neben den Warschauer Pakt Staaten Bulgarien, DDR (ab 1950), Rumänien, Sowjetunion und Tschechoslowakei gehörten ihm auch Kuba (ab 1972), die Mongolei (ab 1962) und Vietnam (ab 1978) an. Jugoslawien arbeitete ab 1964 in einzelnen Gremien des RGW mit, war aber kein volles Mitglied. Die Organisation wurde 1991 aufgelöst. (Vgl. Schubert, Klein 1997: S. 237 / Göschel u. a. 1979, Band III: S.526 ff.).

<sup>25</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 721 ff.

<sup>26</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.163 / Holtmann u. a. 1991: S.66.

<sup>27</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.161 u. 167.

nisierung und die damit verbundene kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wurden von Breschnew mit Äußerungen über die großen Verdienste Stalins im Zweiten Weltkrieg und allgemein positive Charakterisierungen der Stalin-Zeit beendet.<sup>28</sup> Verhaftungen kritischer Schriftsteller und anderer Oppositioneller zeigten, dass die in der Chruschtschow-Zeit punktuell sichtbare Liberalisierung der sowjetischen Gesellschaft beendet war und eine Abkehr von der, durch die Parteiführung vorgegebenen, reinen sozialistischen Lehre nicht mehr geduldet wurde.

Ist dieser deutlich autoritärere Politikstil der neuen Moskauer Führung auch die Ursache für die Einführung des Wehrunterrichtes in der UdSSR 1968 und darüber hinaus im gesamten Warschauer Vertrag? Sollten die im Wehrunterricht enthaltenen disziplinierenden und propagandistischen Elemente die seit jeher in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen in den sozialistischen Bildungssystemen verankerte Anerziehung von Eigenschaften wie „kommunistischer Moral“, „sozialistischen Patriotismus“ und „proletarischen Internationalismus“ weiter verstärken? Wollte man so das intendierte Wunschbild einer systemkonformen „sozialistischen Persönlichkeit“ im höheren Maße als bisher verwirklichen und somit auch oppositionelle Tendenzen oder Abweichungen vom Kreml-Kurs weiter reduzieren?<sup>29</sup>

Die spärlichen Veröffentlichungen in der DDR zu der in dieser Arbeit behandelten Thematik<sup>30</sup> sagen nichts darüber aus, wie die Installation des Unterrichtsfaches im gesamten Ostblock initiiert wurde. Gab es einen gemeinsamen Beschluss in einem Gremium des östlichen Lagers - etwa im Politisch Beratenden Ausschuss des Warschauer Paktes? Ging diesbezüglich einem jeden Staat ein Ukas aus Moskau zu, um die Mitglieder des Warschauer Paktes auch in Fragen der Erziehung der Kinder und Jugendlichen stärker auf die sowjetische Linie zu bringen? Ahmten die Satelliten-Staaten den Schritt der Sowjetunion vielleicht nur nach, um so ihre Servilität gegenüber der Führungsmacht und ihren pädagogischen Innovationen zu dokumentieren?

Obwohl die zeitliche Nähe der Einführung des Wehrunterrichtes in den einzelnen Staaten für eines der genannten Szenarien spricht, ist jedoch auch nicht auszuschließen, dass die Beschlüsse zur Einführung eines solchen Faches in den einzelnen Ländern isoliert voneinander getroffen worden - bestimmt durch vorwiegend länderspezifische Konstellationen und Überlegungen.

Warum wurde aber gerade in der DDR – als einem der treuesten und militärstrategisch bedeutendsten Vasallenstaaten Moskaus - der Wehrunterricht erst mit einem Jahrzehnt Verzögerung eingeführt? War vielleicht die kritische Auseinandersetzung mit diesem Thema in der westdeutschen Öffentlichkeit und die

---

<sup>28</sup> Vgl. Ebd. S.164 ff.

<sup>29</sup> Vgl. Schulz: 1984 S.40 ff.

<sup>30</sup> Vgl. z. B. Lück 1979 / Schulz 1984.

damit verbundene Positionierung der Bundesregierung<sup>31</sup> im SED-Politbüro antizipiert worden. Hatten die Verantwortlichen in Ostberlin aus diesem Grund im Wehrunterricht ein Risiko gesehen, das die – im Anbetracht der allgemeinen Ostwest-Annäherung am Ende der sechziger / Beginn der siebziger Jahre sowie der neuen Ostpolitik der sozial/liberalen Bundesregierung in Bonn – möglich scheinende grundlegende Aufwertung der internationalen Position<sup>32</sup> der DDR hätte gefährden können? Wartete die SED also mit diesem Schritt bis zum Ende der siebziger Jahre, weil das Land erst zu diesem Zeitpunkt durch die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten (1972), die Aufnahme in die UNO (1973) und die Beteiligung an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1975) als de jure gleichberechtigter Staat auf dem Parkett der internationalen Politik etabliert war?<sup>33</sup> Oder waren ganz andere Gründe für die Verzögerung in der DDR verantwortlich – etwa weil der ostdeutsche Staat in diesem Bereich eine eigenständige Politik verfolgte? Gab es in diesem Kontext Absprachen mit Moskau, die den Sonderweg der DDR stützten?

In den sechziger und frühen siebziger Jahren vollzog die DDR bereits eine deutliche Steigerung der wehrerzieherischen Aktivitäten – auch an ihren allgemeinbildenden Schulen.<sup>34</sup> Wie sind diese Anstrengungen im Vergleich mit dem Wehrunterricht in den anderen Ostblockstaaten einzuordnen?

In der Direktive des Ministeriums für Volksbildung der DDR wurden folgende Begründungen und Absichten für die Einführung des Wehrunterrichtes formuliert<sup>35</sup>:

„Der Wehrunterricht dient der sozialistischen Wehrerziehung der Jugend und ist ferner Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsprozesses an der Schule. Er fördert die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler und hat zum Ziel,

---

<sup>31</sup> Vgl. Henrich 1978.

<sup>32</sup> Durch den in den Hallstein-Doktrin (1955-1969) formulierten Alleinvertretungsanspruch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für das ganze deutsche Volk zu sprechen, durfte die BRD keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten aufnehmen oder aufrechterhalten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten. Eine Ausnahme bildete nur die UdSSR als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges (Vgl. Schubert, Klein 1997: S.129). Neben den Beziehungen zu den Ostblockstaaten hatte die DDR daher nur in den sechziger Jahren die diplomatische Anerkennung von Staaten aus der Dritten Welt (z. B. Ägypten) erhalten, die sich am sozialistischen Bündnissystem orientierten (Vgl. Goeckel 1995: S.76 f.). Die „Hallstein – Doktrin“ waren aber bereits Mitte/Ende der sechziger Jahre von der Bundesrepublik aufgeweicht worden. So etwa als Außenminister Brandt im Januar 1967 die diplomatischen Beziehungen zur SR Rumänien durchsetzte (Vgl. Maibaum 1998: S.57).

<sup>33</sup> Vgl. Müller 1996: S.394 ff. / Bruns 1978: S.23 ff.

<sup>34</sup> Vgl. Sachse 1996 / Sachse 2000.

<sup>35</sup> MfV 01.02.1978.

- die Mädchen und Jungen auf die Wahrnehmung des in der Verfassung festgelegten Rechts und der Ehrenpflicht zum Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und der sozialistischen Staatengemeinschaft vorzubereiten,
- die klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung der Schüler weiter auszuprägen und die Wehrmotivation zu festigen,
- die systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung durch Vermittlung entsprechender Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu unterstützen.“

Doch mit welchen Mitteln wollten die Verantwortlichen die „Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler“ fördern? Welche konkreten Erziehungsmethoden sollten „die klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung“ der jungen Menschen noch stärker den Vorstellungen der Partei-Spitze anpassen? Wie kann im Rahmen der Schule „die systematische und planmäßige Vorbereitung der Jugendlichen auf die Anforderungen des Wehrdienstes und der Zivilverteidigung“ betrieben werden? Welche Institutionen waren dafür in der DDR und in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten federführend zuständig?

1971 hatte der Verteidigungsminister der DDR, Hoffmann, als ein Erziehungsziel des Bildungswesens in der DDR formuliert, dass die Jugendlichen „den Imperialismus nicht schlechthin als System ablehnen und [...] hassen, sondern diesen Haß vor allem auch gegen all jene richten, die unter der Befehlsgewalt imperialistischer Generale und Offiziere zum Angriff bereitstehen.“<sup>36</sup> Damit hatte Hoffmann den Wissenschaftlern, die die Gestaltung des Wehrunterrichtes übernommen hatten, quasi den Auftrag diktiert, darin auch Elemente der Hasserziehung zu integrieren. Wie bezieht man aber die Erziehung zum Hass in den Schulunterricht von Vierzehn-, Fünfzehn und Sechzehnjährigen ein?

Neben der Bearbeitung der skizzierten eher historisch-politischen Fragestellungen soll in dieser Arbeit daher auch erziehungswissenschaftlichen Aspekten hinsichtlich der Verknüpfung von Erziehungsintentionen, -inhalten, -methoden, -institutionen, -strukturen und -wirklichkeit im Rahmen des Wehrunterrichtes nachgegangen werden.

## 1.2 Zu den verwendeten Quellen

Zur Bearbeitung der vorgestellten Gesamthematik werden Quellen herangezogen, die sich in insgesamt sechs Gruppen gliedern lassen :

---

<sup>36</sup> Hoffmann: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 20, 1971: S. 10 / Vgl. auch Rote Fahne, Nr. 31, 1978.

1. Archive (Reiseberichte, Protokolle, Untersuchungen, Zeitungsberichte, Pläne, Vorlagen etc.):
  - Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung /Archiv, (BBF/DIPF/Archiv), Berlin.
  - Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR-Bundesarchiv (SAPMO-BArch.), Berlin.
  - Bundesarchiv Berlin.
  - Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau.
  - Archiv Auswärtiges Amt, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (AAA/BMAA/DDR), Berlin.
  - Matthias-Domaschk-Archiv, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, Hummelshain.
  - Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln (ZfeS Uni Köln).
1. Publikationen die nach 1989/90 entstanden sind. Hervorzuheben sind die beiden Arbeiten von Christian Sachse (1996): „(Vor)militärische Ausbildung in der DDR.“ In: „In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln“, eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und (2000): „Aktive Jugend – wohlgezogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960-1973)“.
 

Als eine Untergruppe seien hier Publikationen von ehemaligen Wissenschaftlern bzw. politisch oder militärisch Verantwortlichen der DDR und der Sowjetunion besonders erwähnt<sup>37</sup>.
2. Veröffentlichungen die vor der politischen Wende zur Thematik in der DDR erschienen sind (einschließlich Lehrbücher, Fachlich-methodische Hinweise u. ä.).
3. Literatur die vor 1989/90 in der BRD bzw. im *Westen* veröffentlicht wurde. Besonders zu erwähnen sind hierbei: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): „Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock.“ / Matthews, Mervyn (1982): „Education in the Soviet Union. Policies and Institutions since Stalin“ / Helmert, Gundula (1994)<sup>38</sup>: „Schule unter Stalin 1928 bis

---

<sup>37</sup> Zum Beispiel: Friedrich, Förster, Starke, (Hrsg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin / Berger, Ulrich (Hrsg.) (2002): Frust und Freude. Die zwei Gesichter der Gesellschaft für Sport und Technik, Scheuditz / Gribkov, Anatoli (1995): Der Warschauer Pakt: Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses. Aus dem Russischen von Barbara und Lothar Lehnhardt, Berlin.

<sup>38</sup>Dieses Buch wurde bereits 1982 unter dem gleichen Titel von der Autorin als Dissertation an der Gesamthochschule Kassel veröffentlicht (M. K.).

1940. Über den Zusammenhang von Massenbildung und Herrschaftsinteressen“.

4. Wissenschaftliche Arbeiten die vor 1989/90 in der DDR entstanden sind, aber bis zur Systemwende unter Verschluss und nur mit Sondergenehmigungen zugänglich waren. Hervorzuheben ist dabei die Dissertation von Klaus Dietrich Schulz (1984): „Sozialistische Wehrerziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und in der DDR.“<sup>39</sup>
5. Internet.

An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, dass der Autor dieser Arbeit in den Schuljahren 1985/86 und 1986/87 den Wehrunterricht an der Polytechnischen Oberschule in Deuben (bei Zeitz in Sachsen-Anhalt) sowie die obligatorische vormilitärische Ausbildung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) während der Berufsausbildung an der Betriebsberufsschule des VEB Baumechanisierung in Halle/Saale (1987-1989) absolviert hat. Einige der dabei gemachten Anschauungen und Erfahrungen werden in diesen Text einfließen. Weitere für die Arbeit wichtige Einsichten und Erkenntnisse wurden aus Gesprächen mit dem ehemaligen Ausbildungsleiter für den Wehrunterricht im Kreis Jena-Land, Herr Kahlhöfer (Frühjahr 1999), bzw. mit Frau Prof. Dr. Natalja Birjukowa<sup>40</sup> (01.10. 2002) gewonnen, die bis 1974 die sowjetische Schule besuchte und in der neunten und zehnten Klasse in diesem Fach unterrichtet wurde.

### 1.3 Zum Forschungsstand

Der Wehrunterricht in den Staaten des Warschauer Paktes ist ein bisher weithin unerschlossenes Kapitel mittel- und osteuropäischer Bildungsgeschichte. Bisher liegt keine Arbeit vor, die sich diesem gesamten Themengebiet angenommen hat.

In dem bereits erwähnten, von Peter Gosztony 1977 herausgegebenen Sammelband: „Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock“ beschäftigten sich neben dem Herausgeber Oschlies, Révész, Holzweißig sowie King mit den paramilitärischen Organisationen in den Ländern des Warschauer Vertrages. Dabei berührten sie auch den Wehrunterricht und ermöglichen so einen

---

<sup>39</sup> Im Anhang dieser Dissertation findet sich auch Lehrplanmaterial der angeführten Länder (M.K.).

<sup>40</sup> Frau Prof. Dr. Birjukowa unterrichtet an der Universität in Moskau und weilte von September bis November 2002 als Gastprofessorin am Lehrstuhl für Erwachsenenbildung der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (M. K.).

Einblick in die Situation des Faches am Beginn und in der Mitte der siebziger Jahre.

Mit der Wehrerziehung in der DDR und auch mit dem Wehrunterricht im realsozialistischen deutschen Teilstaat beschäftigten sich bereits vor 1989 zahlreiche bundesdeutsche Autoren.<sup>41</sup>

Nach der politischen Wende 1989 wurde das Thema Wehrerziehung unter Nutzung von DDR-Archivbeständen in einer Reihe von Publikationen neu aufgegriffen. Hervorzuheben sind hierbei die Arbeiten von Geißler, Wiegmann (1996): „Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse“ sowie insbesondere die schon angesprochenen Texte von Sachse (1996 u. 2000). Neben der allgemeinen Entwicklung, der Betrachtung der Gesellschaft für Sport und Technik und anderer Aspekte wurde in diesen Arbeiten auch der Wehrunterricht kurz behandelt.

Eine vom Autor dieser Arbeit verfasster und im Jahr 2000 veröffentlichter Text beschäftigte sich insbesondere mit der Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR sowie mit Folgen dieses Unterrichtsfaches.<sup>42</sup>

Erwähnt sei an dieser Stelle auch eine Dissertation von Schmidt aus dem Jahre 2002, die in erster Linie den Konflikt zwischen der SED-Führung und der Evangelischen Kirche in der DDR in der Folge der Einführung des Wehrunterrichtes untersuchte.<sup>43</sup>

## 1.4 Zur Vorgehensweise

Die Bezeichnung Wehrunterricht erhielt das Fach zur militärischen Vorbereitung und ideologischen Indoktrination der Jugendlichen 1978 in der DDR. In dieser Arbeit wird sie als einheitlicher Begriff für alle Länder verwendet. Für diese Vorgehensweise spricht vor allem, dass eine exakte wörtliche Übersetzung der Titel der Unterrichtsfächer auch Begriffe ergibt, die im DDR-Kontext eine andere Zuweisung besitzen und somit irritierend wirken können. So hieß das Fach z. B. in der Sowjetunion „nadschalnaja wojennaja podgotowka“ (начальная военная подготовка), was wörtlich übersetzt „Militärische Grundausbildung“ bedeutet. Damit war in der DDR aber der Abschnitt am Beginn des Wehrdienstes von Soldaten bzw. Berufsunteroffizieren bezeichnet.<sup>44</sup> In

---

<sup>41</sup> Vgl. z. B. Eisenfeld 1982 / Rodejohann-Recke 1976 / Henrich 1978 / Ders. 1980 / Ders., Linn 1984.

Eine umfangreiche Darstellung des Forschungsstandes im Bereich Wehrerziehung in der DDR findet sich bei Sachse (2000): *Aktive Jugend – wohlerzogen und diszipliniert*. Münster, Hamburg, London: S. 35-52.

<sup>42</sup> Vgl. Koch 2000 a.

<sup>43</sup> Vgl. Schmidt, Lars Peter 2002.

<sup>44</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Lück, 18.04.1979 / Hanisch 1979: S. 77.



der ČSSR hieß das Fach „Wehrerziehung“, in der VR Polen „Verteidigungsvorbereitung“, in der VR Ungarn „Erziehung zur Heimatverteidigung“ und in der VR Bulgarien – wie in der UdSSR – „Militärische Grundausbildung“.<sup>45</sup>

Anders als in den wenigen zum Thema in der DDR erschienen Publikationen dargestellt<sup>46</sup>, war die Einführung des Wehrunterrichtes in den Staaten des Warschauer Paktes keine Reaktion auf die „wachsende Aggressivität des Imperialismus“ - also auf externe Faktoren. Die Zeitpunkte der Einrichtung dieses Schulfaches in den Ländern des Militärbündnisses lassen sich – wie bereits angedeutet - in eine Phase der weltpolitischen Entspannung einordnen. Der Nachweis dieser These soll Hauptanliegen des Kapitels „Der historisch-politische Kontext im Bezug zum Untersuchungsinteresse“ dieser Arbeit sein, das vorwiegend auf der Nutzung von Literatur der Quellengruppen 2 und 4 basiert.

Weiterhin wird mit diesem Abschnitt die Absicht verbunden, der gesamten Arbeit ein historisch-politisches Raster zu unterlegen, mit dessen Hilfe die in den nachfolgenden Abschnitten behandelten eingegrenzten Aspekte des Themenkomplexes besser einzuordnen sind sowie erste Aufschlüsse über die Gründe zur Einführung des Wehrunterrichtes im Warschauer Pakt erwartet werden. Dabei werden – wie auch in den nachfolgenden Kapiteln dieser Arbeit - die Schwerpunkte der Untersuchungen auf die Sowjetunion – als der Führungsmacht im Ostblock – sowie auf die DDR gelegt, da beim ostdeutschen Staat die Einführung des Unterrichtsfaches um eine Dekade später als in den anderen Mitgliedsländern des Warschauer Paktes erfolgte.

Im Abschnitt „Die Einführung des Wehrunterrichtes im Warschauer Pakt“ werde ich auf die bereits vorgestellten Fragen eingehen: Warum und wie der Wehrunterricht in den einzelnen Staaten des Warschauer Vertrages eingeführt wurde und weshalb in der DDR das Fach erst 1978 im Curriculum der Polytechnischen Oberschulen auftauchte.

Zur Bearbeitung dieses Kapitels werden Quellen aus allen vorgestellten Gruppen genutzt.

Auch für das Kapitel der Darstellung und Untersuchung der Praxis des Wehrunterrichtes werden in dieser Arbeit Materialien aus allen Quellenkategorien herangezogen. Neben der Beschäftigung mit dem Wehrunterricht wird dabei auch der jeweilige bildungspolitische Kontext beleuchtet.

Am Ende dieses Abschnittes sollen schließlich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Länderbeispiele herausgearbeitet werden.

---

<sup>45</sup> Vgl. Schulz 1984: S.73 / BBF/DIPF/ Archiv Sign.11.821, Lück 18.05.1979/ Ebd. Bodó 1978.

<sup>46</sup> Vgl. z. B. Lück 1979: S. 17.

Aufgrund einer nur unzureichenden Informationsbasis muss in dieser Arbeit leider auf die Darstellung der Praxis des Unterrichtsfaches in der Sozialistischen Republik Rumänien verzichtet werden.

## 2. Der historisch - politische Kontext im Bezug zum Untersuchungsinteresse

Neben der Spitzenposition der USA auf ökonomischem, militärischem und politischem Terrain entwickelte sich die Sowjetunion – vor allem durch ihre militärische Stärke - nach dem Zweiten Weltkrieg zur zweiten Weltmacht auf der internationalen politischen Bühne.<sup>47</sup>

Beide Staaten unterschied vor allem ihre Gesellschaftsmodelle und die daran gekoppelten Ideologien – ein demokratisch-kapitalistisches Ordnungssystem auf der einen Seite und ein sozialistisch-planwirtschaftliches auf der anderen. Aus dieser Konstellation entwickelte sich ein Systemkonflikt, der sich – unter Einbeziehung der jeweils unter hegemonialem Einfluss stehenden *Partnerstaaten* bzw. Besatzungsgebieten – bereits kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als Ost–West–Konflikt<sup>48</sup> in bipolarer Form strukturierte.<sup>49</sup> Die Gegnerschaft der beiden so entstandenen Staaten-Blöcke führte zu einer Anhäufung von immer mehr und immer perfekteren atomaren und anderen Massenvernichtungsmitteln auf beiden Seiten<sup>50</sup> Der mittels der gegenseitigen militärischem Abschreckung geführte Kalte Krieg drohte mehrfach in einem realen atomaren Konflikt zu eskalieren<sup>51</sup>. Insbesondere die im Zusammenhang mit der Kuba-krise<sup>52</sup>(1962) entstandene Konfrontation führte beiden Seiten aber auch vor Augen, dass ein mit atomaren Waffen ausgetragener dritter Weltkrieg keinen wirklichen Sieger haben würde.<sup>53</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. Rix 1987: S.10 f.

<sup>48</sup> Eine Auseinandersetzung zwischen „asiatischer“ und „westlicher“ Kultur wurde bereits seit dem 19.Jahrhundert von Beobachtern der internationalen Politik erwartet und seit der Revolution in Russland im Oktober bzw. November 1917 als ein Konflikt zwischen kapitalistischen und sozialistischen System vorhergesagt (Vgl. Woyke 1990: S.297 ff.).

<sup>49</sup> Vgl. Ebd. / Link 1988: S.107.

<sup>50</sup> Vgl. Rix ebd.

Der Ost – West – Konflikt berührte nicht nur das Verhältnis der beiden Blocksysteme sondern wirkte sich auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Dritten Welt oder in die Auseinandersetzungen im Kontext des Nord – Süd – Konfliktes aus (Vgl. Ebd. S.13 f.).

<sup>51</sup> Vgl. Link 1988: S.157. Die Höhepunkte und stärksten Krisensituationen des Kalten Krieges stellten die Berlin – Blockade (1948/49), der Korea – Krieg (1950-53), die Berlin – Krise (1958-61) und die Kuba – Krise (1962) dar (Vgl. Ebd.).

<sup>52</sup> Die Kuba – Krise wurde dadurch ausgelöst, dass die UdSSR damit begonnen hatte, auf Kuba einen Raketenstützpunkt zu errichten. Die USA verhängten daraufhin eine See – Blockade um die Insel und stellten die Forderung nach Abzug der Raketen und Demontage der Abschussrampen. Die Drohung – die Raketenstellungen durch einen Luftangriff zu zerstören – wurde jedoch von den USA verworfen. Ein erstes Signal des Einlenkens der Sowjetunion (Brief Chruschtschows an Kennedy, 26.10. 1962) wurde vom amerikanischen Präsidenten aufgegriffen. Es wurde schließlich der Abzug der sowjetischen Raketen gegen den Verzicht der Amerikaner vereinbart, auf Kuba zu intervenieren (Vgl. Link 1988: S.159).

<sup>53</sup> Vgl. Ebd. S.161.

## 2.1 Die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts

Die Kubakrise markierte einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Ost und West. In der Folge bekundeten beide Hauptkontrahenten – trotz aller nicht zu überwindender Systemgegensätze – ihr Interesse an Formen der Konfliktsdeeskalation.<sup>54</sup> „Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht bekommen hat. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben“, sagte der amerikanische Präsident John F. Kennedy in einer Rede vor der Universität Washington am 10. Juni 1963 und betonte, dass „[b]eide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sowie die Sowjetunion und ihre Verbündeten, [...] ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens“<sup>55</sup> haben.

Dieser Einsicht in die Notwendigkeit war bereits ein Jahr nach der Kubakrise ein Abkommen zwischen den beiden Weltmächten über ein teilweises Teststoppabkommen gefolgt.<sup>56</sup> Die 1966 beginnenden Gespräche über die Begrenzung von strategischen Waffen, ein Vertrag über die Nichtverbringung von Kern- und Massenvernichtungswaffen in den Weltraum (1967) oder ein Abschluss über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (1968) zeigten, dass auch nach der Ermordung Kennedys und der Absetzung Chruschtschows die Führer im Weißen Haus und im Kreml an einer Fortsetzung und Verstärkung der Entspannungspolitik interessiert waren. Trotz einzelner konfrontativ-regressiver Einschübe – wie dem Vietnamkrieg, dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ in die ČSSR u.a. - konnten sich gerade am Ende der sechziger Jahre die integrativ-kooperativen Mittel der Konfliktregulierung entfalten.<sup>57</sup>

Die Bemühungen zur kooperativen Rüstungssteuerung fanden auch im siebenten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts ihre Fortsetzung.<sup>58</sup> So wurde 1972 ein erster Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (Strategic Arms Limitation Talks) (SALT I)<sup>59</sup> sowie ein Abkommen über die

---

<sup>54</sup> Vgl. Link ebd.

<sup>55</sup> Kennedy 10.6.1963, in: Maibaum 1998. S.45.

<sup>56</sup> Vgl. Link 1988: S.169.

<sup>57</sup> Vgl. Link 1988: S.169 ff. / Meimeth 1999: S.613.

<sup>58</sup> In diesem Zusammenhang ist auch der Vertrag über gegenseitigen Gewaltverzicht zwischen der UdSSR und der BRD (Moskauer Vertrag) vom 12. August 1970 zu erwähnen (Vgl. Cziomer 1991: S. 85 / Maibaum 1998: S. 66).

<sup>59</sup> Im SALT I Vertrag verpflichteten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion für die Dauer von fünf Jahren ihre Bestände an strategischen Waffen (z. B. Interkontinentalraketen oder Langstreckenbomber) nicht über ein vereinbartes Maß zu erweitern (Vgl. Mason 1996:

Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic Missiles) (ABM)<sup>60</sup> geschlossen.<sup>61</sup>

Ebenfalls 1972 wurde die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einberufen<sup>62</sup>. Bei allen Beteiligten bestand dabei Einigkeit darüber, dass damit keine Überwindung der bestehenden bipolaren Bündnisstrukturen erreicht werden würde. Ziel der Konferenz war es vielmehr, auf der Basis des Status quo mehr Entspannung und Sicherheit über entsprechende Vereinbarungen zu erreichen. Die regressiven Mittel der Konfliktregulierung des Kalten Krieges sollten durch weitere neue integrative Elemente ersetzt bzw. ergänzt werden. Gleichzeitig war von allen Seiten - auch von neutralen Teilnehmerstaaten - der Wunsch geäußert worden, Möglichkeiten für eine stärkere wirtschaftliche Kooperation zu finden.<sup>63</sup> Bei der von November 1972 bis Juni 1973 stattfindenden KSZE-Vorkonferenz einigte man sich daher auf insgesamt drei Arbeitsschwerpunkte<sup>64</sup>:

1. Fragen der Sicherheit in Europa<sup>65</sup>.
2. Zusammenarbeit in der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie bei Umweltangelegenheiten.
3. Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen.

---

S.52 f.). Im Wesentlichen besteht das Abkommen aus einem Bauverbot für neue Abschussvorrichtungen für Interkontinentalraketen auf dem Land bzw. auf U-Booten. Modernisierung und Ersatz entsprechender Raketentypen waren nach dem Vertrag aber erlaubt (Vgl. Lübckemeier 1990: S.433).

<sup>60</sup> Das ABM – Abkommen verbot den beiden Supermächten mehr als zwei Anti – Ballistic Missil – Stellungen zu je einhundert Abschussvorrichtungen zu bauen. Durch diesen Verzicht auf ein umfassendes Raketenschutzschild wurden beide Seiten anfälliger gegen einen Atomschlag und beugten gerade durch diese beiderseitige Verletzlichkeit einem Atomkrieg vor, da so auch der Angreifer in einem Atomkriegsszenario durch einen Gegenschlag der sicheren Vernichtung ausgesetzt wird. 1974 wurde der ABM – Vertrag dahingehend modifiziert, dass jede Seite nur noch eine ABM – Stellung unterhalten durfte und gleichzeitig auch jegliche Modernisierung, Forschung und der Ersatz alter ABM – Systeme ein Verbot erhielt (Vgl. Lübckemeier 1990: S.432 ff. / Mason 1996: S.53.).

<sup>61</sup> Vgl. Link 1988: S.170.

<sup>62</sup> Vgl. Ebd.: S.185. Die Warschauer - Pakt – Staaten hatten bereits 1967 den Vorschlag zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz unterbreitet. Ein Jahr später griff die NATO diesen Vorschlag auf. Die Realisierung dieser Absichten erfolgte jedoch erst im Zuge der neuen Ostpolitik der sozial/liberalen Koalition in Bonn (Gewaltverzichtsverträge BRD – UdSSR, BRD – VR Polen) und als der SALT I – Vertrag unterzeichnet war (Vgl. Müller 1996: S.409).

<sup>63</sup> Vgl. Link: S.185.

<sup>64</sup> Vgl. Ebd. S.186.

<sup>65</sup> Dieser Korb enthielt zehn Grundprinzipien der Beziehungen (u. a. Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen und territoriale Integrität der Staaten, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Zusammenarbeit zwischen den Staaten) (Vgl. Müller 1996: S.410).

Durch Verhandlungen von beinahe zwei Jahren Dauer und einer dabei angewandten „Blockübergreifenden Konferenzdiplomatie“ konnten diese drei Themenkörbe mit Inhalten gefüllt werden. Angelehnt an den Charakter der bundesdeutschen Ostverträge wurde dabei ein *modus vivendi* zwischen den beiden Weltblöcken multilateral fixiert. Auch wenn die Schlussakte keinen verbindlichen Vertrag darstellte, unterbreitete sie aber einen „Maßstab, an dem entspannungs- und kooperationskonformes Verhalten der KSZE-Teilnehmer - auch in Menschenrechtsfragen - gemessen werden konnte“.<sup>66</sup> Am 18. Juni 1979 unterzeichneten Jimmy Carter und Leonid Breschnew schließlich in Wien den SALT II-Vertrag<sup>67</sup> und setzten so ihre Bemühungen zur Rüstungsreduzierung fort.<sup>68</sup> Die Dominanz der kooperativen Mittel zur Regulierung des Ost-West-Konfliktes wurde am Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre durch einige konfrontative Ereignisse reduziert.<sup>69</sup> Nach dem Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan, der Stationierung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen – die vor allem Westeuropa bedrohten – in den Warschauer Pakt Staaten Mitteleuropas und dem damit in Beziehung stehenden Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses<sup>70</sup> waren die Beziehungen zwischen Ost und West merklich kühler geworden.<sup>71</sup> Doch aufgrund der bestehenden vertraglichen Verbindungen sowie den in der Entspannungsphase zwischen kapitalistischem und sozialistischem Block geknüpften Handelsbeziehungen erreichte die Konfrontation zwischen beiden Seiten nie wieder einen solchen Grad der Bedrohung, wie in den heißen Phasen des Kalten Krieges vom Ende der vierziger bis zum Beginn

---

<sup>66</sup> Ropers 1977, zitiert von Link ebd. / Vgl. auch Müller 1996: S.410).

Der KSZE – Prozess wurde 1977/78 mit einer Konferenz in Belgrad und von 1980 bis 83 mit einer Folgekonferenz in Madrid fortgesetzt. In diesem Zusammenhang ist auch eine Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) - die von 1984 bis 86 in Stockholm stattfand – zu erwähnen. In den Jahren von 1986 bis 89 fand das dritte KSZE – Nachfolgetreffen in Wien statt. (Vgl. Müller ebd.).

<sup>67</sup> Diesem Akt waren Verhandlungen von fast sieben Jahren Dauer vorausgegangen. In diesen hatten sich beide Seiten u. a. darauf geeinigt, die Obergrenzen von landgestützten bzw. U-Boot-gestützten Interkontinentalraketen und Bombern auf je 2250 zu reduzieren. Die Überprüfung der Einhaltung der Übereinkünfte sollte sowohl über Satteliten- und Radartechnik als auch Vorortinspektionen möglich sein (Vgl. Lübke-meier 1990: S.436 ff.). Der Vertrag wurde zwar nicht vom US-Kongress ratifiziert, jedoch von beiden Seiten bis 1986 eingehalten. (Vgl. Link 1988: S.210).

<sup>68</sup> Vgl. Lübke-meier 1990: S.436 ff.

<sup>69</sup> Vgl. Link 1988: S. 202 f.

<sup>70</sup> Ein von der NATO am 12.12.1979 gefällter Beschluss sah vor, als Antwort auf die Stationierung der auf Westeuropa gerichteten SS-20 Raketen entsprechende US-Systeme in Westeuropa zu installieren, falls die UdSSR bis 1982 nicht auf das Angebot einer Null-Lösung hinsichtlich Mittelstreckenwaffen in Europa eingehen würde (Vgl. Hellwig, Linne 1991: S.508 / Clement 1999: S.137).

<sup>71</sup> Vgl. Glaab 1999: S.247.

der sechziger Jahre.<sup>72</sup> Selbst als im Jahre 1980 der erklärte Gegner der Détente Politik der siebziger Jahre, Ronald Reagan,<sup>73</sup> zum us-amerikanischen Präsidenten gewählt wurde und mit ihm die Militärausgaben im US-Haushalt eine deutliche Steigerung erfuhren sowie die Wortwahl<sup>74</sup> in der ideologischen Auseinandersetzung auch auf Seiten der Vereinigten Staaten härter wurde, konnte dies die in der Entspannungsphase erreichten Erfolge nicht rückgängig machen.<sup>75</sup> Gerade in der Zeit der eher regressiv ausgerichteten Regulierung des Ost-West-Konfliktes<sup>76</sup> am Beginn der achtziger Jahre – als zeitweise der gesamte Rüstungskontrollprozess zwischen den Supermächten unterbrochen war<sup>77</sup> – erwiesen sich die KSZE-Strukturen als hilfreiches Band, den kooperativen Dialog zwischen Ost und West nicht abbrechen zu lassen.<sup>78</sup> Als sich Ronald Reagan 1984 zur Wiederwahl stellte, war die militärische Potenz der Vereinigten Staaten aufgrund immenser Aufrüstungsprogramme am Beginn der achtziger Jahre deutlich angewachsen. Diese gestiegenen Rüstungsausgaben wurden jedoch auf Kosten eines enormen Haushaltsdefizits sowie gesunkener Sozialausgaben bestritten, was wiederum die innenpolitische Stimmungslage in den USA so beeinflusste, dass die Wiederwahl Reagans im November 1984 in Frage stand.<sup>79</sup> Aus dieser Situation heraus erklärte sich der Präsident im Januar 1984 bereit, zukünftig das Verhältnis zur UdSSR kooperativer zu gestalten.<sup>80</sup> Neben der Reserviertheit Reagans gegenüber der Détente-Politik sowie den Auseinandersetzungen um die Mittelstreckenbewaffnung in Europa bestand ein Haupthindernis für das Zustandekommen eines amerikanisch-sowjetischen Dialogs während Reagans erster Amtszeit darin, dass die UdSSR in der ersten

---

<sup>72</sup> Vgl. Link 1988: S.191 ff.

<sup>73</sup> Reagan beabsichtigte, die UdSSR derart politisch und militärisch – und somit auch ökonomisch unter Druck zu setzen, dass sie und das östliche Militärbündnis die Lebensfähigkeit verlieren (Vgl. Link 1988: S.212.).

<sup>74</sup> Ronald Reagan bezeichnete die UdSSR z. B. 1982 als „Reich des Bösen“ („evil empire“) (Vgl. Mason 1996: S.60).

<sup>75</sup> Vgl. Mason 1996: S.60 f.

<sup>76</sup> In der *Dritten Welt* verschärfte sich die Ost-West-Konfrontation bereits seit den siebziger Jahren in Form von Stellvertreter-Kriegen (z. B. Angola, Äthiopien). Diese *außereuropäischen* Gebiete hatte man nicht in die kooperativen Konfliktregulierungsmodelle der sechziger und siebziger Jahre mit eingebunden (Vgl. Link 1988: S. 210).

<sup>77</sup> Die UdSSR hatte – wie angekündigt – am Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper (Nato-Doppelbeschluss) 1983 sofort die 1982 begonnenen START-Verhandlungen (Strategic Arms Reduction Talks) beendet (Vgl. Mason 1996: S.61).

<sup>78</sup> Vgl. Link 1988: S.210.

Die Madrider KSZE-Folgekonferenz (1980/81) endete z. B. mit dem Beschluss, eine Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa einzuberufen (Vgl. ebd.).

<sup>79</sup> Vgl. Czempiel 1989: S.251 ff.

<sup>80</sup> Vgl. Europa-Archiv, 4/1984, S.D.112.

Hälfte der achtziger Jahre praktisch ohne Führungsperson war.<sup>81</sup> Innerhalb von noch nicht einmal drei Jahren verschieden drei greise KPdSU-Generalsekretäre: Breschnew im November 1982, Andropow im Februar 1984, Tschernenko im März 1985. Diese Situation änderte sich in der zweiten Amtsperiode Reagans mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär.<sup>82</sup>

Im Angesicht der katastrophalen ökonomischen Situation der Sowjetunion und der damit einhergehenden schlechten sozialen Lage der Bevölkerung entschied sich Gorbatschow für eine radikale Wende der sowjetischen Politik. Diese erlangte bald unter den Schlagworten „Perestroika“ (einschneidende, restrukturierende Reform) und „Glasnost“ (Offenheit) allgemeine Bekanntheit. Dabei wurde auch recht schnell klar, dass der neue Herrscher im Kreml bereit war, zur Durchführung seiner ökonomischen Reformen Mittelkürzungen im Rüstungssektor vorzunehmen. Hierfür benötigte er jedoch Abkommen mit den Amerikanern, die ihn eine solche Vorgehensweise im eigenen Lande und gegenüber den Bündnispartnern rechtfertigen ließen. Basierend auf dieser Ausgangslage erfolgte in der Zeit von 1985 bis 1988 in einer Reihe von Treffen zwischen US-Präsidenten und KPdSU-Generalsekretär die Aushandlung und Unterzeichnung eines bis dahin nicht für möglich gehaltenen Abrüstungsabkommens<sup>83</sup>, das die Beziehungen zwischen beiden Seiten am Ende des Jahrzehntes in ein vertrauensvoll-kooperatives Klima führte.<sup>84</sup> Im Dezember 1989 sagte der neue

<sup>81</sup> Vgl. Mason 1996: S.62 f.

<sup>82</sup> Vgl. Ebd. S.63 ff. / Czempiel 1989: S.282 ff. / Link 1988: S. 214 ff.

<sup>83</sup> Erstmals trafen sich Gorbatschow und Reagan 1985 in Genf, wo beide Seiten darin übereinstimmten, dass ein atomarer Krieg nicht gewonnen werden könne (Vgl. Mason 1996: S.64). Bei einem zweiten Treffen (1986 in Reykjavik) konnten sich beide Seiten zwar nicht auf ein konkretes Abkommen einigen (vor allem aufgrund des Festhaltens der USA an den Plänen zu einer Raketenabwehr im Weltraum – SDI), äußerten aber ihre Absicht, innerhalb von zehn Jahren ihre Raketensysteme zu eliminieren (Vgl. Ebd.). Im Zuge des Treffens in Reykjavik erklärte sich Gorbatschow 1987 in einem Gespräch mit US-Außenminister Shultz bereit, komplett auf Mittelstreckenwaffen zu verzichten (Vgl. Czempiel 1989: S.286 f.). Neben verschiedenen Protokollen und einem „Memorandum of Understanding“ konnte daher am 8. Dezember 1987 beim Gipfel der Supermächte in Washington der INFC-Vertrag unterzeichnet werden, der die Vernichtung aller Mittelstreckenraketen großer Reichweite innerhalb von drei Jahren und die Beseitigung dieser Raketen mit kürzerer Reichweite innerhalb von eineinhalb Jahren beinhaltete (Vgl. Ebd. S.288).

<sup>84</sup> Vgl. Mason ebd. / Czempiel ebd..

In diesem Kontext darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die USA gerade in den Jahren 1987/88/89 eine deutliche Aufrüstung ihrer strategischen Offensivwaffen betrieben. Hatte ihr Anteil am gesamten US-Verteidigungshaushalt selbst am Beginn der achtziger Jahre etwa zwischen 11 und 13% gelegen, stieg er 1987 auf 13,4% an (Vgl. Czempiel 1989: S.294). Des Weiteren tauchten in dieser ausgesprochen kooperativen Phase des Ost-West-Konfliktes von der Mitte bis zum Ende der achtziger Jahre auch immer wieder konfrontative Elemente auf. So wurden z. B. nur wenige Wochen vor dem Gipfel in Reykjavik 55 sowjetische Diplomaten aus den USA ausgewiesen - die größte Anzahl in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Staaten (Vgl. Ebd. S.284).



amerikanische Präsident Bush bei einem Treffen mit Gorbatschow auf Malta: „Wir werden Sie niemals mehr als unseren Feind ansehen.“<sup>85</sup> In der Tat hatten die – erst durch die neue Politik Gorbatschows möglich werdenden – Revolutionen und Systemwechsel in den Staaten Mittel-Ost-Europas sowie den Veränderungen in der Sowjetunion am Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre nicht einfach eine Klimaveränderung zwischen beiden Seiten erbracht, sondern den Ost-West-Konflikt als Systemauseinandersetzung zwischen sozialistisch-planwirtschaftlichen und demokratisch-kapitalistischen Ordnungsmodell beendet.<sup>86</sup>

## 2.2 Die Politik der Sowjetunion nach der Absetzung Chruschtschows im Jahre 1964

Nikita Chruschtschow befand sich seit dem 30. September 1964 in seinem Urlaubsdomizil in Pizunda am Schwarzen Meer, als er am 13. Oktober eine Unterredung mit dem französischen Minister für Raumfahrt und Wissenschaft, Gaston Palewski, nach nur einer halben Stunde mit der Entschuldigung beendete, dass er leider aus Pizunda abreisen müsse.<sup>87</sup> Doch die Rückkehr in den Kreml nutzte Chruschtschow nichts mehr. Die zweiwöchige Abwesenheit des mächtigsten Manns im Ost-Block von den Schalthebeln in Moskau hatte ausgereicht, um den Parteichef zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion zu stürzen.<sup>88</sup> Am 14. Oktober beschloss das Zentralkomitee der KPdSU im Beisein Chruschtschows „mit Rücksicht auf sein vorgerücktes Alter und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes“<sup>89</sup> den „Rücktritt“ des alten

---

<sup>85</sup> „We don't consider you an enemy any more.“ (zitiert von Mason 1996: S.69).

<sup>86</sup> Vgl. Mason 1996: S.69 f.

<sup>87</sup> Vgl. Dornberg 1973: S.193 ff./ Wolkogonow 2001: S. 255 ff.

<sup>88</sup> Bereits im Sommer 1957 hatte eine „Oppositionsgruppe“ im Präsidium der KPdSU unter Führung von Molotow, Malenkow und Kaganowitsch versucht, Chruschtschow zu entmachten. Bei der Präsidiumssitzung am 18. Juni unterbrachen sie die Tagesordnung und stellten den Antrag, Chruschtschow als Ersten Sekretär der Partei abzusetzen. In einer Abstimmung wurde der Antrag mit sieben zu fünf Stimmen angenommen. Chruschtschow akzeptierte das Votum jedoch nicht und meinte: „Ein ZK-Plenum hat mich gewählt, und nur ein ZK-Plenum kann mich absetzen. Berufen wir also ein Plenum ein.“ (zitiert von Wolkogonow 2001: S.251) Tatsächlich fand vom 22. bis zum 29. Juni eine Sitzung des gesamten ZK der KPdSU (121 Mitglieder, 94 Kandidaten und 51 Mitglieder der Revisionskommission) statt, bei der Chruschtschow im Amt bestätigt wurde und Molotow, Malenkow und Kaganowitsch aus dem ZK-Präsidium verbannt wurden (Vgl. Wolkogonow 200: S. 250 ff.).

<sup>89</sup> Zitiert von Dornberg 1973: S.196.

Zu den ersten Amtshandlungen Breschnews gehörten Telefonate mit den Führern der kommunistischen Parteien in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Der Parteichef in der ČSSR, Nowotny, äußerte in diesem Zusammenhang, dass er Chruschtschow erst sechs Wochen zuvor bei guter Gesundheit getroffen habe (Vgl. Ebd.).

Ersten Sekretärs anzunehmen. Hinter verschlossenen Türen war es bei der Sitzung des ZK allerdings nicht um Chruschtschows Gesundheit, sondern um eine Generalabrechnung mit seiner Person und seiner Politik gegangen.<sup>90</sup> So äußerte Breschnew bei der Eröffnung der Tagung<sup>91</sup>:

„Die Situation im Präsidium war anormal geworden, und daran war in erster Linie Genosse Chruschtschow schuld, denn er hat sich auf einen Pfad begeben, der von den leninistischen Prinzipien der Kollektivführung im Leben der Partei und des Landes abwich und zu seinem eigenen Personenkult hinsteuerte.“

Noch am Tage von Chruschtschows Absetzung wurde Leonid Iljitsch Breschnew<sup>92</sup> einstimmig zum neuen starken Mann der Sowjetunion gewählt.<sup>93</sup> Am 15. Oktober wurde der Machtwechsel auch an der Spitze der Regierung vollzogen. Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR wählte Aleksej Nikolajewitsch Kossygin<sup>94</sup> zum Ministerpräsidenten. Die Rolle Breschnews an der Spitze des Landes war zunächst vorrangig die des Ordnungs- und Außenpolitikers, während sich Kossygin um die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion kümmerte.<sup>95</sup>

### 2.2.1 Die Innenpolitik

Die wichtigste Zielstellung der neuen Führung im Kreml bestand darin, die von ihnen wahrgenommenen Trennungslinien und die Unruhe in der sowjetischen Gesellschaft zu beseitigen.<sup>96</sup> Dafür glich sie etwa die administrativen Machtstrukturen wieder denen der Stalin-Zeit an: Die Spaltung der Parteiorganisation in einen industriellen und einen agrarischen Teil wurde aufgehoben und regionale Volkswirtschaftsräte mussten sich wieder einem zentralen starken Industrieministerium anpassen. Auch erfolgte die Streichung einer Regelung, wonach die Amtszeit eines Funktionärs nicht mehr als drei Amtsperioden dauern durfte und mindestens ein Viertel aller Funktionäre bei jeder Wahl ausgetauscht werden musste. Die auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 begonnene und auf dem XXII. Parteitag 1961 fortgeführte kritische Ausein-

---

<sup>90</sup> Vgl. Wolkogonow ebd.

<sup>91</sup> Zitiert von Wolkogonow 2001: S. 257.

<sup>92</sup> Der 1906 geborene Breschnew war seit 1957 Mitglied des Präsidiums der KPdSU und von 1960 bis 1964 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR. Dieses Amt übte er erneut ab 1977 neben dem Posten als Generalsekretär (ab 1966, 1964-1966 Erster Sekretär) der Partei aus (Vgl. Göschel u. a. Bd. I 1978: S.341).

<sup>93</sup> Vgl. Wolkogonow: S. 258 / Dornberg 1973: S. 193 ff.

<sup>94</sup> Kossygin war seit 1960 Mitglied des Präsidiums der KPdSU. Zwischen 1940 und 1960 war er - mit Unterbrechungen - Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten der UdSSR (Vgl. Göschel u. a. Bd. II 1979: S.604).

<sup>95</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993:S.163.

<sup>96</sup> Vgl. Hildermeier 1998: S.828 ff.

andersetzung<sup>97</sup> mit der Stalin-Ära wurde unter Breschnew abgebrochen, die Verbrechen des Diktators zu Fehlern herabgestuft. Zum Teil wurden sogar Stalins *Verdienste* - etwa im Zweiten Weltkrieg - wieder hervorgehoben.<sup>98</sup> Auch in der Bezeichnung der führenden Posten und Gremien in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion fand man in die Zeit vor Chruschtschow zurück: Ab dem XXIII. Parteitag 1966 hieß der Parteichef wieder Generalsekretär und das oberste Parteigremium Politbüro<sup>99</sup>. Die Sowjetarmee - die unter Chruschtschow durch eine Verringerung der Rüstungsproduktion verärgert und geschwächt worden war - wurde wieder aufgewertet und mit einem erhöhten Budget bedacht.

Die von Chruschtschow initiierte, vorsichtige Auseinandersetzung mit der Terrorherrschaft Stalins und die damit einhergehende punktuelle Öffnung der sowjetischen Gesellschaft nach 1956 hatte trotz aller nach wie vor bestehender systemimmanenter Kontroll- und Überwachungseinrichtungen dazu geführt, dass sich Menschen nicht nur mit den Verbrechen der Jahre 1922 bis 1953 beschäftigten, sondern sich auch kritisch mit den aktuellen poststalinistischen Verhältnissen in der UdSSR auseinandersetzen.<sup>100</sup> Neben den im Selbstverlag hergestellten zensurfreien Samisdat-Publikationen war es in der Zeit des „Tauwetters“<sup>101</sup> auch möglich, dass Regimekritiker in offiziellen Medien publizieren konnten<sup>102</sup>. Unter der Regentschaft Breschnews erfolgte ab 1964 eine Verschärfung des kulturpolitischen Kurses der KPdSU, die dieses gemäßigt liberale Klima wieder zunichte machte. Dabei beschränkte sich das Regime nicht auf die Unterbindung der Veröffentlichung kritischer Texte, Bilder, Musikstücke usw. in offiziellen Zeitungen, Zeitschriften, Galerien und Konzert-

---

<sup>97</sup> Dass es sich bei dem von Chruschtschow eingeleiteten Entstalinisierungsprozess allerdings nicht um eine umfassende sondern nur um eingeschränkte Aufklärungsarbeit handelte, wird schon nach einem Blick auf die Liste der Mitglieder der Kommissionen deutlich, die dafür 1956 von der KPdSU gebildet wurden. Ihnen gehörten an herausgehobenen Positionen unter anderem mit Molotow, Andrejew oder Pospelow ehemalige enge Mitarbeiter Stalins an (Vgl. Laqueur 1990: S. 96).

<sup>98</sup> Vgl. Hellwig, Linne 1991: S.446 u.454 / Hildermeier 1998: S. 829 / Moldenhauer, Stolberg 1993: S. 161, 167.

<sup>99</sup> In der Chruschtschow-Zeit war das Politbüro des ZK der KPdSU in Präsidium umbenannt worden.

<sup>100</sup> Vgl. Luks 2000: S.463.

<sup>101</sup> Die Zeit der gemäßigten Öffnung, Liberalisierung und Auseinandersetzung mit der Terrorherrschaft Stalins in der UdSSR nach 1953 erhielt ihre Bezeichnung „Tauwetter“ nach dem Titel des Romans von Ilja Ehrenburg, der erstmals in zwei Teilen 1954 und 1956 erschien.

<sup>102</sup> In diesem Zusammenhang ist vor allem die Zeitschrift „Nowyi mir“ (Neue Welt) zu erwähnen (Vgl. Luks 2000: S.463). In dieser erschien z. B. 1962 die Novelle „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ von Alexander Solschenizyn. Der Autor - selbst Häftling im Lager - beschreibt darin das alltägliche Leben in einem sowjetischen Arbeitslager (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.158).

sälen. Schon bald war die Verurteilung oppositioneller Schriftsteller und Künstler zu mehrjährigen Internierungen in Arbeitslager wieder auf der Tagesordnung.<sup>103</sup> Mitunter wurden sogar Opfer Stalins, die in der Chruschtschow-Ära rehabilitiert worden waren, wieder dehabilitiert.<sup>104</sup> Aber gerade dieses rigide Vorgehen der Staatsmacht gegenüber Andersdenkenden führte in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre dazu, dass sich eine Bürgerrechtsbewegung formierte, die zwar nicht den Sturz des bestehenden Regimes anvisierte, die sich aber mit Nachdruck für die formell in der Verfassung der UdSSR fixierten Menschen- und Bürgerrechte einsetzte.<sup>105</sup> Diese Dissidenten-Bewegung<sup>106</sup> sollte trotz anhaltender Verfolgung und drakonischer Bestrafungen durch den sozialistischen Staat ein Erscheinungsbild der sowjetischen Gesellschaft bis in die achtziger Jahre bleiben.

In der Wirtschaftspolitik setzte die neue sowjetische Spitze auf Reformvorschläge, die in dieser Form erstmals 1956 von dem polnischen Volkswirtschaftler Lange unterbreitet und von dem sowjetischen Wirtschaftsprofessor Liberman modifiziert worden waren.<sup>107</sup> Hatten die Wirtschaftslenker im alten System die Produktion fast ausschließlich auf die beiden Faktoren Gewicht und Volumen orientiert und dabei auf Qualität und Kosten nur wenig Rücksicht genommen, sollten nach dem „Libermanismus“ die Betriebsdirektoren nun auf die Gesamtproduktion, die Lieferdaten und die Preise als die wichtigsten Planindikatoren geimpft werden.<sup>108</sup> Prämien und Lohnerhöhungen für die Beschäftigten und die Geschäftsleitungen hatten sich an der Rentabilität der Betriebe - dem nun einzigen Leistungskriterium - auszurichten. Der Staat sollte sich als Kapitalgeber für Reinvestitionen zurückziehen; die Unternehmen selbst mussten nach Libermans Plan diese nun aus ihrem Gewinn finanzieren<sup>109</sup>.

Auch in der Agrarpolitik initiierten Breschnew und Kossygin Veränderungen.<sup>110</sup> Die sowohl unter Stalin wie unter Chruschtschow stets unrealistischen

---

<sup>103</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg: 1993: S.168.

<sup>104</sup> Vgl. Laqueur 1990: S. 97.

<sup>105</sup> Vgl. Luks 2000: S.464 ff. 1966 protestierten z. B. zahlreiche Menschen - darunter 63 Schriftsteller - gegen die Verurteilung der regimekritischen Autoren Andrej Sinjowski und Julij Daniel zu fünf bzw. sieben Jahren Zwangsarbeit (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.168).

<sup>106</sup> Verwiesen sei hier z. B. auf die 1976 gegründete „Helsinki-Gruppe“ um Juri Orlow oder den Atomphysiker Andre Sacharow, der - als einer der führenden Köpfe der sowjetischen Dissidentenbewegung - im Januar 1980 verbannt wurde (Vgl. Luks 2000: S. 466).

<sup>107</sup> Vgl. Dornberg 1973: S.207 f. / Hildermeier 1998: S.880 f..

<sup>108</sup> Vgl. Dornberg 1973: S.208 ff. / Hildermeier ebd.

<sup>109</sup> Chruschtschow hatte bereits im August 1964 die experimentelle Durchführung dieses neuen Wirtschaftssystems in zwei Betrieben der Textilindustrie genehmigt (Vgl. Dornberg 1973: S.209).

<sup>110</sup> Dornberg: S.205 f.

Ablieferungsquoten wurden deutlich gesenkt<sup>111</sup>, gleichzeitig erhielten die Kolchosen für überplanmäßige Abgaben höhere Erzeugerpreise.

Diese Reformen am Beginn der Breschnew-Ära führten zu einem ökonomischen Aufschwung der Sowjetunion in den sechziger Jahren.<sup>112</sup> In diesem Kontext darf jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass diese wirtschaftlichen Reformen mit einer Rezentralisierung der Entscheidungsstrukturen verknüpft waren.<sup>113</sup> Die damit einhergehende mangelnde Flexibilität der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse sollte sich schon in den siebziger Jahren als fatal erweisen.<sup>114</sup> Das Kalkül der Führung der UdSSR, die Legitimation des sowjetischen Systems über einen stetig wachsenden Anstieg des Lebensniveaus der Bevölkerung zu erreichen, war in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr durch eine entsprechende ökonomische Basis gedeckt.<sup>115</sup> Zusätzlich schröpften stetig wachsende Militärbudgets die immer geringeren Wirtschafts-Ressourcen. Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben zu können, hätte das Wirtschaftssystem der Sowjetunion spätestens in den frühen siebziger Jahren erneut reformiert werden müssen<sup>116</sup>. Der seit 1974 gesundheitlich angeschlagene Leonid Breschnew war dazu - auch angesichts der dafür notwendigen radikalen Einschnitte in die Macht- und Besitzstände der etablierten Nomenklatura, auf deren Akzeptanz seine Macht letztendlich basierte - nicht in der Lage.<sup>117</sup>

Die greisen und betagten Nachfolger Breschnews Andropow und Tschernenko waren schon aufgrund ihres Gesundheitszustandes kaum fähig<sup>118</sup>, eigene

<sup>111</sup> 1964 wurden z. B. in der Sowjetunion 68,3 Millionen Tonnen Getreide abgeliefert. 1965 wurde beschlossen, das jährliche Ablieferungssoll - bis 1970 - auf 55,7 Millionen Tonnen zu senken (Vgl. Dornberg 1973: S. 205).

<sup>112</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.163.

<sup>113</sup> Vgl. Dornberg 1973: S.211.

<sup>114</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.163. Darüber hinaus erfolgte die Umstellung der sowjetischen Wirtschaft auf das libermansche System nur schleppend und wurde in einigen Branchen fast gar nicht vollzogen. So hielten ca. 90% der Betriebe im Bausektor am alten System fest (Vgl. Hildermeier 1998: S.881).

<sup>115</sup> Vgl. Luks 2000: S.481 ff. / Hildermeier 1998: S. 877. Zwischen 1966 und 1970 betrug das durchschnittliche Wachstum des jährlichen sowjetischen Nationaleinkommens 7,7%, zwischen 1979 und 1982 nur noch 3,1% (Vgl. Luks 2000: S. 482).

<sup>116</sup> In einer nicht veröffentlichten Rede am 15. Dezember 1970 - von der jedoch wesentliche Teile in einen Leitartikel der Prawda vom 13. Januar 1971 mündeten - warf Breschnew tragende Elemente der Wirtschaftsreformen nach den Liberman-Plan praktisch über Bord und forderte anstelle der materiellen Anreize mehr „moralische Stimulantien“, propagandistische Appelle an den Patriotismus des Sowjetvolkes sowie eine stärkere Disziplin bei den Arbeitern, beim betrieblichen Management und in der ministerialen Verwaltung (Vgl. Dornberg 1973: S.266).

<sup>117</sup> Vgl. Luks: S.483.

<sup>118</sup> Der langjährige KGB-Chef Juri Andropow begann seine Tätigkeit als Generalsekretär der KPdSU noch recht engagiert mit Disziplinierungsmaßnahmen innerhalb des Parteiapparates. Er warf in diesem Zusammenhang insgesamt achtzehn Minister und siebenunddreißig regionale Parteichefs aus ihren Ämtern. Andropow vertrat auch die Meinung, dass

Akzente zu setzen, was das weitere lethargische Dahinsiechen der sowjetischen Gesellschaft zur Folge hatte.

Allerdings entwickelte sich in den frühen achtziger Jahren auch unter den führenden Kadern des Parteiapparates die Einsicht, dass der desolate Zustand der Wirtschaft - der immer stärker auch in der mangelnden Versorgung der Bevölkerung in Erscheinung trat - sich zunehmend negativ auf die gesellschaftliche Entwicklung in der UdSSR und auf die sowjetische Rolle als Weltmacht auswirkte.<sup>119</sup> Nur so ist es zu erklären, dass die Parteispitze 1985 den für sowjetische Spitzenfunktionäre verhältnismäßig jungen und für sein offenes Auftreten<sup>120</sup> bekannten Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär der KPdSU wählte. Schon bald nach seinem Machtantritt kritisierte der neue Parteichef die allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Stagnation in der UdSSR seit dem Beginn der siebziger Jahre in einer bis dahin nicht für möglich gehaltenen Offenheit.<sup>121</sup> Um das sowjetische System zu reformieren, forderte Gorbatschow eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft und der Verwaltungsstrukturen unter den Leitmotiven von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit (Perestroika). Dies sollte von einer Entwicklung der allgemeinen Öffnung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft begleitet werden (Glasnost). Letzteres kann im Wesentlichen als ein Erfolg Gorbatschows angesehen werden. Über gesellschaftliche Probleme wurde in den sowjetischen Medien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit zunehmender Offenheit diskutiert. Dissidenten wurden aus den Arbeitslagern entlassen. Die Meinungsfreiheit war weitestgehend hergestellt. Auch eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamten Geschichte der UdSSR fand statt. Den wirtschaftlichen Reformen des letzten KPdSU-Generalsekretärs waren diese Erfolge jedoch nicht gegönnt. Die mit diesem Scheitern verbundene Kritik an der Politik und der Person Gorbatschows führte im Sommer 1991 zu seiner de facto Entmachtung<sup>122</sup> und schließlich zur Auflösung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Dezember 1991.<sup>123</sup>

---

Veränderungen in der sowjetischen Wirtschaft dringend notwendig sind. Da er aber gut die Hälfte seiner fünfzehnmonatigen Amtszeit durch Erkrankungen ans Bett gefesselt wurde, war auch er zu wirklichen, einschneidenden Reformen nicht in der Lage (Vgl. Luks 2000: S. 483 / Moldenhauer, Stolberg 1993: S. 204 ff./ Wolkogonow 2001: S. 329 ff.).

<sup>119</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S: 206.

<sup>120</sup> Bereits vor seiner Zeit als Generalsekretär der KPdSU waren Michail Gorbatschow und seine Frau Raissa durch ihr offenes Auftreten auch in westlichen Medien aufgefallen - so etwa im Dezember 1984 anlässlich eines Besuches in London (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.209).

<sup>121</sup> Vgl. Luks 2000: S.484 ff. / Moldenhauer, Stolberg 1993: S.211 f.

<sup>122</sup> Bei einem Putsch im August 1991 hatten Gegner Gorbatschows versucht, die Entwicklung umzukehren und die alten sowjetischen Verhältnisse und Strukturen zu reetablieren. Obwohl der Putsch scheiterte und Gorbatschow im Amt des Präsidenten der Sowjetunion (am 01.05.1990 gewählt) blieb, wurde die Politik im Lande nicht mehr von ihm, sondern von

## 2.2.2 Die Hegemonie im sozialistischen Lager

Bei Breschnews Machtantritt 1964 war der monopolistische Führungsanspruch der Sowjetunion in der kommunistischen Welt gebrochen.<sup>124</sup> Die Beziehungen der UdSSR zur Volksrepublik China und zur Sozialistischen Volksrepublik Albanien auf der einen und zu Titos Sozialistisch Föderativer Republik Jugoslawien auf der anderen Seite waren von konfliktreichen Spannungen geprägt. Die zweite kommunistische Weltkonferenz in Moskau 1960<sup>125</sup> hatte zwar die KPdSU noch als Vorhut der kommunistischen Weltbewegung bezeichnet, gleichzeitig wurde bei diesem Treffen jedoch auch die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der einzelnen kommunistischen Parteien unterstrichen.<sup>126</sup>

1964/65 zeigte sich recht schnell, dass es auch die neue sowjetische Führung nicht schaffen würde, die Kontakte zu Jugoslawien wesentlich zu verbessern<sup>127</sup> und mit China zumindest eine Form erträglicher Beziehungen zu finden.<sup>128</sup> Breschnew machte aber deutlich, dass die Sowjetunion in Zukunft wieder einen autoritäreren Herrschaftsstil zumindest gegenüber den Staaten in der ihr verbliebenen Hegemonialzone des Warschauer Paktes zu praktizieren beabsichtige.<sup>129</sup> Zeugnisse für eine derartige Politik sind etwa die von der UdSSR in den Jahren nach 1964 mit einigen „Partnern“ im Warschauer Pakt erneuerten bilateralen Bündnisverträge. In diesen wird die stärkere Anlehnung des jeweiligen Staates

---

radikalen Reformern und von Unabhängigkeitsbewegungen bestimmt. Nachdem Estland und Lettland als erste Republiken schon 1990 ihre Unabhängigkeit von Moskau erklärt hatten und zusammen mit Litauen und Georgien 1991 in dieser anerkannt worden, erfolgte schließlich im Dezember 1991 die Auflösung der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S. 212 / Hellwig, Linne 1990: S.538).

<sup>123</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.212 / Luks 2000: S.499 ff.

<sup>124</sup> Vgl. Hacker 1983: S.721.

<sup>125</sup> Dieses Treffen war vor allem von der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der VR China und der UdSSR geprägt. Jugoslawien hatte an der Konferenz nicht teilgenommen. Insgesamt waren an dem Treffen einundachtzig kommunistische Parteien beteiligt. (Vgl. Meissner 1969: S.22).

<sup>126</sup> Vgl. Meissner 1969: S.22 f.

<sup>127</sup> Die Versuche Breschnews, bessere Beziehungen mit Jugoslawien zu erreichen, scheiterten vor allem am Reformkurs Titos, der unter anderem auch eine Öffnung nach Westen beinhaltete, die die Führung in Moskau nicht akzeptieren konnte. Allerdings entsandte Jugoslawien ab September 1964 einen ständigen Beobachter zu den RGW-Tagungen, was als gemäßigte Entspannung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen gewertet wurde (Vgl. Meissner 1969: S.25 / Moldenhauer, Stolberg 1993: S.162).

<sup>128</sup> Vgl. Hacker 1983: S.722 f. / Meissner 1969: S.25 f. / Moldenhauer, Stolberg 1993: S.161. Das Haupthindernis für bessere sowjetisch-chinesische Beziehungen war die im Herbst 1965 von Mao Tse-tung ausgelöste Kulturrevolution, die die Beziehungen beider Staaten sogar noch einmal wesentlich verschlechterte (Vgl. Meissner ebd.).

<sup>129</sup> Vgl. Hacker 1983: S.723 f.

an Moskau vor allem mit der wachsenden Bedrohung durch die *imperialistische Welt* begründet.<sup>130</sup> So ist etwa im sowjetisch-polnischen Bündnispakt<sup>131</sup> (08.04.1965) von einer Aggressionsgefahr die Rede, die von „westdeutschen Kräften des Militarismus und Revanchismus“ ausgehen würde.<sup>132</sup> Die Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Mitgliedsstaaten des östlichen Militärbündnisses nach dem Machtantritt Breschnews lassen sich folgendermaßen skizzieren:

Die größte Servilität kam der neuen Kremlführung sicherlich aus Sofia entgegen. Der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow verdankte seine Machtstellung im starken Maße der massiven Unterstützung Chruschtschows bei der Ausschaltung seiner Rivalen Schervenkow und Jugow im November 1961 bzw. im November 1962. Dementsprechend praktizierte er einen in allen Belangen sehr eng an Moskau angelehnten Politikstil. Diese politische Linie setzte er gegenüber Breschnew in gleicher Form fort. Ausdruck dessen war das von Schiwkow sowohl gegenüber Chruschtschow als auch gegenüber Breschnew unterbreitete Angebot, die Volksrepublik Bulgarien als 16. Teilrepublik in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufzunehmen.<sup>133</sup>

Wenngleich die Beziehungen der Volksrepublik Ungarn zur UdSSR auch nicht die gleiche Qualität wie die Bulgariens zum *Großen Bruder* erreichten, so sind sie doch in der Mitte der sechziger Jahre auch als sehr eng einzuschätzen. Parteichef János Kádár<sup>134</sup> war nach dem von Sowjetpanzern niedergeworfenen

---

<sup>130</sup> Vgl. Ebd. S.721 ff.

<sup>131</sup> Weitere Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand schloss die Sowjetunion am 12.05.1965 mit Bulgarien und am 07.09.1965 mit Ungarn ab (Vgl. Hacker 1983 S.737 u. 739). Die DDR hatte erst am 12.06.1964 ihren ersten Bündnisvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen (Vgl. Ebd. S.729).

<sup>132</sup> Vgl. Ebd.: S.727.

<sup>133</sup> Vgl. Hacker S.737 f. / Crampton 1997: S. 198 ff.

Nach R.J. Crampton lehnte Chruschtschow das Angebot ab, weil er vermutete, dass Schiwkow damit vor allem die Steigerung des bulgarischen Lebensstandards auf Kosten der sowjetischen Wirtschaftsleistung erreichen wolle. Breschnew habe das Wissen um deren diplomatische Undurchführbarkeit von der Annahme der Offerte abgehalten (Vgl. Crampton 1997: S.199).

<sup>134</sup> János Kádár gehörte während der revolutionären Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 als Vorsitzender einem sechsköpfigen Gremium (u. a. auch Imre Nagy und Ferenc Münnich) an, das nach der Selbstauflösung der kommunistischen Partei zusammen mit einer pluralistischen Regierung die ungarische Politik bestimmte, die in der Erklärung Imre Nagys über den Austritt des Landes aus dem Warschauer Pakt am 1. November gipfelte. Nachdem Kádár am gleichen Tag über Rundfunk ausgerufen hatte, dass „der Aufstand des ungarischen Volkes die Freiheit und die Unabhängigkeit errungen hat“ (zitiert von Molnár 1999: S. 445), verließ er Ungarn in Richtung Moskau, um nach dem Einmarsch der Sowjetarmee am 7. November an



Volksaufstand 1956 von Chruschtschow auf den Thron gesetzt worden und entsprechend eng war das Verhältnis Ungarns zur Sowjetunion.<sup>135</sup> Diesen außenpolitischen Kurs konnte die ungarische Führung auch nach dem Machtwechsel in Moskau nicht verlassen, wollte sie ihre seit Anfang / Mitte der sechziger eingeschlagene Politik der punktuellen Liberalisierung und wirtschaftlichen Reformen im Innern nicht gefährden. Eine Abweichung von der Moskauer Linie verbot sich für Budapest auch angesichts der ethnischen Struktur der eigenen Bevölkerung.<sup>136</sup> Nahezu alle Grenzgebiete Ungarns werden zu großen Teilen von Menschen anderer Nationalität bewohnt – Slowaken, Rumänen, Serben u. a. Gleichzeitig gibt es jenseits der Grenzen wiederum ungarische Minderheiten. Bei den in diesem Zusammenhang immer wieder aufkommenden ethnischen und territorialen Konflikten konnte Kadar den Verlust der Rückendeckung durch den Kreml nicht riskieren.

Die neue Moskauer Führung ließ nur wenige Tage nach ihrem Machtantritt vergehen, um die besondere Position Polens im sozialistischen Lager und insbesondere im „nördlichen Dreieck“ - Polen, Tschechoslowakei, DDR - zu unterstreichen.<sup>137</sup> Der Chef der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) Gomulka<sup>138</sup> konnte diese Unterstützung gut gebrauchen und sicherte Breschnew seine unbedingte Gefolgschaft zu, war er doch innenpolitisch gleich von zwei Seiten unter Druck. Einerseits wendete sich eine wachsende Zahl von Oppo-

---

der Spitze einer vom Kreml aufgestellten Regierung nach Budapest zurückzukehren (Vgl. Molnár 1999: S. 430 ff.).

<sup>135</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 735 f.

<sup>136</sup> Vgl. Ebd.

<sup>137</sup> Vgl. Ebd. S. 726 f.

<sup>138</sup> Wladyslaw Gomulka gehörte ursprünglich jener Fraktion der kommunistisch orientierten Arbeiterpartei an, die während des II. Weltkrieges den Widerstand in Polen geführt hatte, die national dachte und aus diesem Grund auch nach dem Krieg offen über einen „polnischen Weg“ zum Sozialismus diskutierte. Nach der Vereinigung der Arbeiterpartei mit der Polnischen Sozialistischen Partei am 15.12. 1948 zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei übernahm jedoch eine andere, aus der Arbeiterpartei stammende Gruppe – deren Mitglieder fast alle in Moskau geschult worden waren – die Führung der neuen Partei. 1949 wurde Gomulka aus dem ZK und von allen Parteiämtern – auf Lebenszeit (!) – entlassen, später sogar inhaftiert. Im Zuge der auch in Polen spürbaren Entstalinisierung kam er 1955 wieder frei. Vor dem Hintergrund unübersehbarer Krisenerscheinungen in der polnischen Gesellschaft galt er schon bald bei weiten Teilen der Bevölkerung als Hoffnungsträger. Nach einigen Turbulenzen – bei denen sich u. a. Chruschtschow direkt in das Prozedere in Warschau einmischte – wurde Gomulka tatsächlich am 20. Oktober 1956 zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, wobei der Kremlchef allerdings durchgesetzte, dass einige Vertreter der alten Führung – sozusagen als Ordnungsgruppe – in der Führungsriege blieben. Nach anfänglichen Reformerscheinungen passte Gomulka aber seine Politik recht schnell dem an, was im Ostblock allgemein opportun war und wurde so zu einem sicheren Gefolgs-genossen der Sowjetunion (Vgl. Roos 1986: S. 231 ff. / Schmidt-Rösler 1996: S. 216 ff. / Meier 1990: S. 121 ff. / Fuhrmann 1990: S. 121).

sitionellen – die von der starken Katholischen Kirche Unterstützung erfuhren – gegen die seit Beginn der sechziger Jahre zu beobachtende Demontierung kultureller und geistiger Freiheiten.<sup>139</sup> Andererseits wurde der Parteichef vom nationalkommunistischen Innenminister Moczar<sup>140</sup> unter Druck gesetzt, der eine noch stärkere Beschneidung der Bürgerrechte verlangte.<sup>141</sup>

Ausdruck der noch engeren Verbindungen zwischen der von Gomulka geführten PVAP und der KPdSU nach dem Herbst 1964 ist zum Beispiel die Stationierung zweier weiterer Divisionen der Sowjetarmee in Polen infolge des 1965 erneuerten Freundschaftsvertrages.<sup>142</sup> Nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung der UdSSR gelang es Gomulka 1968 während des V. Parteitages der PVAP - und im Beisein Breschnews - seinen Rivalen Moczar aus dem Amt zu drängen.<sup>143</sup> Dass er Ende 1970 schließlich auch seinen Posten räumen musste, lag wiederum auch am Druck Moskaus, das nach blutigen Unruhen<sup>144</sup> in Gdansk, Gdynia und anderen Städten zum Einschreiten bereitstand und die PVAP zum Handeln zwang.

Nach dem die Führung der DDR zunächst sogar ein gewisses Bedauern über die Entmachtung Chruschtschows erkennen ließ, setzte sich schließlich auch bei den Leuten um Ulbricht die Erkenntnis durch, dass für die Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Ziele – deren wichtigstes erst einmal die Etablierung der DDR auf der internationalen Bühne war – gar keine andere Wahl blieb, als Breschnew die sichere Gefolgschaft zu versprechen. Auch angesichts der zahlreichen sowjetischen Soldaten auf dem Territorium des ostdeutschen Staates war diese Entscheidung ohne Alternative.<sup>145</sup>

Obwohl also Mitte der sechziger Jahre die bereits vordem als sehr eng zu bezeichnenden Beziehungen des Kremls zu Bulgarien, Ungarn, Polen und der

---

<sup>139</sup> Vgl. Fuhrmann 1990: S.122.

Neben der Ausweitung der staatlichen Zensur ist hier u.a. die 1961 erfolgte Wiedereinführung der 1955 abgeschafften Pflichtfächer Marxismus-Leninismus und politische Ökonomie an den polnischen Hochschulen zu nennen (Vgl. Meyer 1990: S. 124).

<sup>140</sup> Zum Politikstil Moczars zählten auch chauvinistische und antisemitische Töne, wobei er diese nicht zuletzt gegen die Juden unter den „Moskauern“ in der PVAP richtete (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 122 f.).

<sup>141</sup> Vgl. Ebd. S. 122 ff. / Schmidt-Rösler 1996: S. 219 f.

<sup>142</sup> Vgl. Schmidt-Rösler: S. 223 / Meyer 1990: S. 125 ff.

<sup>143</sup> Vgl. Fuhrmann: S. 125 ff. / Meyer: S. 127 ff. / Schmidt-Rösler: S. 222 f.

<sup>144</sup> Diese Unruhen wurden von starken Preissteigerungen für die meisten Lebensmittel ausgelöst, die wiederum in der wirtschaftlichen Dauerkrise Polens begründet lagen (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 125 ff. / Meyer 1990: S. 127 ff.).

<sup>145</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 734 / Kleßmann 1997: S. 434. Im Punkt 2.3 gehe ich noch näher auf die Position Ostberlins zu dieser Zeit sowie auf das Verhältnis der DDR zur UdSSR ein (M. K.).

DDR durch die Erneuerung der bilateralen Freundschaftsverträge noch einmal intensiviert wurden, kann indes von einem fest geschlossenen östlichen Militärbündnis zu diesem Zeitpunkt insgesamt noch keine Rede sein. So scheiterte 1966 der während einer Tagung des Politischen Konsultationsausschusses des Paktes in Bukarest unternommene Versuch Breschnews, eine weitere Machtzentralisierung im Bündnis auf Kosten nationaler Entscheidungskompetenzen durchzusetzen, vor allem an Rumänien. Die Balkanrepublik unter dem 1965 zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei aufgestiegenen Nicolae Ceausescu war nicht gewillt, sich dem unbedingten Führungsanspruch der Sowjetunion unterzuordnen und auf die politische Linie der Aufwertung der nationalen Position zu verzichten.<sup>146</sup> Als weiterer Problemfall bei der Reetablierung autoritärer Machtstrukturen im eigenen Hegemonialbereich in Mittel- und Osteuropa sollte sich für die UdSSR die ČSSR herausstellen. Der dortige Staats- und Parteichef Antonin Novotný hatte es in der Chruschtschow-Zeit verstanden, seine eigene Position mit Hilfe der Macht des Kreml-Herrn zu stützen und versuchte auch nach dem Machtantritt Breschnews diesen Weg fortzusetzen.<sup>147</sup> Nach 1964 traten jedoch der desolate Zustand der tschechoslowakischen Wirtschaft, aber auch die Defizite des politischen Systems des Landes offen zu Tage. In dieser Zeit der Krise der kommunistischen Partei konnte sich andererseits eine intellektuelle Szene entwickeln, die Prag und Bratislava schnell den Ruf als freieste Städte im Ostblock einbrachten - und die auch Einfluss auf das Denken von Personen an der Parteispitze der KPČ gewann.<sup>148</sup> Im November 1967 verspielte Novotný schließlich seinen letzten Kredit beim Volke, als er gegen eine Demonstration von Studenten für bessere Lebensverhältnisse brutal mit Polizeikräften vorgehen ließ. Zudem war er nicht

---

<sup>146</sup> Vgl. Hacker 1983:S.739 ff. / Moldenhauer, Stolberg 1993: S.167 f.

Schon 1965 hatte Rumänien neben China, Albanien und weiteren Staaten die Teilnahme an einer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien abgelehnt (Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S. 165). Weitere Indizien für das emanzipatorische Selbstverständnis Rumäniens in den sechziger Jahren sind die Vertretung des Prinzips des Neutralismus - worunter Ceausescu die Ablehnung der These verstand, dass es eine kommunistische Verpflichtung gibt, die für jedes Land mit einer kommunistischen Regierung in weltpolitischen Fragen bindend ist -, die Besuche der US-Präsidenten Nixon und Ford in Bukarest oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen - unter Verletzung der Blockdisziplin im Warschauer Vertrag im Bezug zur Deutschlandfrage - zur Bundesrepublik Deutschland 1967. 1965 wurde der bis dahin verankerte Gehorsam gegenüber der Sowjetunion aus der rumänischen Verfassung gestrichen. In den ersten Jahren der Ceausescu-Zeit reduzierte das Land des weiteren den Russisch-Unterricht an den Schulen (Vgl. Hacker 1983: S.744 / Bulei 1998: S.145 ff.). Diesen Weg der relativen Unabhängigkeit und Eigenständigkeit beschritt Rumänien aber nicht erst seit dem Machtantritt Ceausescus. Bereits dessen Vorgänger Gheorghiu-Dej hatte seit Anfang der sechziger Jahre und unter Ausnutzung der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen die Intensität der Beziehungen zur UdSSR reduziert (Vgl. Gasteyer 2001: S. 238 ff.).

<sup>147</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 727 f.

<sup>148</sup> Vgl. Ebd.

bereit, auf Forderungen eines großen Teils der Partei- und Staatsführung einzugehen, zumindest eines seiner Ämter aufzugeben. Am 5. Januar 1968 kamen seine Gegner daher überein, Alexander Dubcek zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu küren.<sup>149</sup> Dessen Reformmodell eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ - das in vielen Zielsetzungen selbst das jugoslawische Modell übertraf - musste jedoch die Führungsmacht Sowjetunion herausfordern.<sup>150</sup> Das Zulassen eines eigenständigen sozialistischen Entwicklungsprozesses in der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion hätte bedeutet, dass der Kreml das Ausscheren eines - neben Rumänien - weiteren „Bündnispartners“ von der von ihm vorgegebenen politischen Linie des Warschauer Paktes akzeptiert. Also statt die Stärkung der Hegemonie im Ostblock zu erreichen, die Schwächung hinzunehmen. Dies war für Breschnew umso weniger möglich, als die ČSSR für die UdSSR im Ost-West-Konflikt neben der VR Polen und der DDR das strategisch wichtige „eiserne Dreieck“ in Mitteleuropa bildete, auf dessen Festigkeit letztendlich die Machtstellung Moskaus in Europa nicht unwesentlich beruhte.<sup>151</sup> Schon am 23. März 1968 warnte der Kreml-Chef bei einer Tagung der Parteiführer der Ostblockländer in Dresden die tschechoslowakische Seite vor einer zu starken Annäherung an den Westen.<sup>152</sup> Am 3. Juli 1968 - anlässlich eines sowjetisch-ungarischen Treffens in Moskau, das an die Niederschlagung der „Konterrevolution“ 1956 in Ungarn erinnerte - erklärte Breschnew: Dass die UdSSR nicht gleichgültig sein könne „gegenüber dem Schicksal des sozialistischen Aufbaus in anderen Ländern, gegenüber der gemeinsamen Sache des Sozialismus und des Kommunismus in der Welt [...]“.<sup>153</sup> Bereits in der Vorbereitungsphase der Intervention in der ČSSR ging der Regierung in Prag ein Schreiben der Warschauer Paktstaaten Bulgarien, DDR, Polen, UdSSR und Ungarn zu, in dem es unter anderem hieß<sup>154</sup>:

„Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten.“

---

<sup>149</sup> Vgl. Ebd.

<sup>150</sup> Vgl. Meissner 1969: S.26 f. / Hacker 1983: S.773 ff.

<sup>151</sup> Vgl. Hacker 1983: S.741.

<sup>152</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.170.

Nach Breschnews Notizheften erwog der Kremlchef bereits zu diesem Zeitpunkt, wegen des „tschechischen Problems“ militärische Mittel einzusetzen (Vgl. Wolkogonow 2001: S. 286 f.).

<sup>153</sup> Zitiert von Meissner 1969: S.26.

<sup>154</sup> Prawda 18.07.1968, deutsche Übersetzung zitiert von Meissner 1969: S.27.

Als schließlich auch Gespräche zwischen Vertretern der KPdSU und der KPC Ende Juli/Anfang August nicht die von Moskau geforderte Rückkehr der ČSSR zum sowjetischen Kurs der Entwicklung des Sozialismus erbrachten, zwangen schließlich Truppen der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes am 21. August 1968 diesen Kurswechsel herbei.<sup>155</sup>

Der Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 war nicht nur die martialische Zurechtweisung eines abtrünnigen Staates zur Wiederherstellung des Status quo, sondern auch eine Machtdemonstration Breschnews gegenüber allen seinen „Bündnispartnern“, dass er zur Erhaltung der uneingeschränkten Hegemonialstellung der Sowjetunion im Ostblock auch vor militärischen Mitteln nicht zurückschreckt.<sup>156</sup> In einer Rede beim V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) am 12. November 1968 machte der KPdSU-Chef deutlich, dass er jederzeit erneut zum Einsatz militärischer Mittel gegenüber einem anderen sozialistischen Staat bereit sei, „wenn [...] eine ernste Gefahr für die Sache des Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft entsteht“.<sup>157</sup> In diesem Kontext ist auch eine Modifizierung der Bündnisideologie in der sozialistischen Welt zu bewerten, die der sowjetische Parteideologe Kowaljow in zwei Artikeln in der Prawda (11. und 26.09.1968) darstellte.<sup>158</sup> War bis dahin die „sozialistische Gemeinschaft“ als „Hauptkraft der Weltrevolution“ angesehen worden, charakterisierte Kowaljow den Weltsozialismus nun als „Haupterrungenschaft der internationalen Arbeiterklasse“, deren „Hauptkraft“ die Sowjetunion bilde. Auf der Basis des Prinzips des „proletarischen Internationalismus“ seien daher die sozialistischen Staaten nur mit einer „beschränkten Souveränität“ und einem „beschränkten Selbstbestimmungsrecht“ ausgestattet.<sup>159</sup>

Diesen offen angezeigten Vormachtsanspruch gebrauchte die Sowjetunion auch am Beginn der achtziger Jahre gegenüber der Volksrepublik Polen. Nach jahrelanger politischer und wirtschaftlicher Misswirtschaft sowie Streiks im ganzen Land hatte die Führung in Warschau zunächst versucht, den streikenden Arbeitern entgegenzukommen, um so die Lage wieder in den Griff zu kriegen. Neben der Freilassung politischer Gefangener sowie der Ankündigung der Verbesserung der allgemeinen Lebenssituation war dabei mit der *Solidarność*

---

<sup>155</sup> Vgl. Moldenhauer, Stolberg 1993: S.170 f. / Hacker 1983: S.788.

<sup>156</sup> Vgl. Hacker 1983: S.801.

<sup>157</sup> Zitiert von Meissner 1969: S.79.

<sup>158</sup> Vgl. Meissner 1969: S.29 f.

<sup>159</sup> Diese, in der Formel vom „Schutz der sozialistischen Errungenschaften“ versteckte, Beschränkung der staatlichen Souveränität der „Bündnispartner“ wurde in der Folge auch in den neuen Bündnispakten der UdSSR mit der ČSSR (06.05.1970) und mit der DDR (07.10.1975) fixiert (Vgl. Hacker 1983: S.801).

auch die erste vom Staat unabhängige Gewerkschaft im gesamten Ostblock zugelassen worden.<sup>160</sup> Spätestens mit den im Sommer 1981 an der Grenze zu Polen durchgeführten Manövern zeigte die Sowjetspitze aber der polnischen Parteiführung an, dass sie nicht bereit war, eine derartig liberale Linie zu dulden und notfalls auch mit militärischen Mitteln dagegen zu intervenieren.<sup>161</sup> Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei zog daraus die Konsequenzen, verhängte unter General Jaruzelski<sup>162</sup> im Dezember 1981 das Kriegrecht über die Volksrepublik und stoppte so alle Liberalisierungen.<sup>163</sup>

Eine Sonderstellung im Machtgefüge des Ostblocks nahm jedoch die Sozialistische Republik Rumänien ein. Aufgrund des eigenständigen Politikstils Ceausescus hatte es Breschnew nicht für angebracht gehalten, Rumänien an den Konsultationen und Aktionen des Warschauer Paktes im Rahmen des Vorgehens gegen die neue Politik in der ČSSR zu beteiligen.<sup>164</sup> Nach der Invasion verurteilte die rumänische Führung die Handlung der Sowjetunion und der ihr folgenden Verbündeten auf das Schärfste. So erklärte die Große Nationalversammlung Rumäniens am 22. August 1968, dass das Militärbündnis des Warschauer Vertrages „ausschließlich als Instrument zur Verteidigung der sozialistischen Länder gegen eine Aggression von außen, gegen einen imperialistischen Angriff geschaffen wurde. Das war, ist und bleibt seine einzige Daseinsberechtigung. Unter keinem Motiv, auf keinen Fall und in keiner Form kann die Warschauer Vertragsunion für militärische Aktionen gegen irgendein sozialistisches Land gebraucht oder als Grund dafür angegeben werden.“<sup>165</sup> In Anbetracht dieser Moskau-kritischen Position sowie dem militärischen Muskelspiel und der verbalen Machtdemonstration der Sowjetunion in dieser Zeit musste Rumänien jedoch fürchten, ebenfalls von einer Militäraktion des Warschauer Paktes getroffen zu werden.<sup>166</sup> Die Führung in Bukarest reagierte auf diese Situation mit einer Direktive, die auf doktrinäre Art und Weise die „Volksverteidigung“ als Kernstück der gesamten Innen- und Außenpolitik Rumäniens festlegte.<sup>167</sup> Es wurden die militärischen Verteidigungsstellungen an den Grenzen zur UdSSR, zu Bulgarien und zu Ungarn wesentlich verstärkt. Auf allen Flugplätzen des Landes erfolgte die Aufstellung von Flak-Batterien, die

---

<sup>160</sup> Vgl. Meyer 1990: S.133 / Ross 1986: S.329 f. / Schmidt-Rösler1996: S. 237.

<sup>161</sup> Vgl. Roos: S. 340.

<sup>162</sup> Jaruzelski hatte Stanislaw Kania erst am 28. Oktober 1981 als Parteichef der PVAP abgelöst. Daneben war er zu diesem Zeitpunkt auch polnischer Ministerpräsident sowie Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Vgl. Meyer 1990: S. 135 / Schmidt-Rösler 1996: S. 237).

<sup>163</sup> Vgl. Meyer: S.135 / Fuhrmann 1990: S.148.

<sup>164</sup> Vgl. Hacker 1983: S.811 ff.

<sup>165</sup> Zitiert von Meissner 1969: S.154.

<sup>166</sup> Vgl. Hacker ebd. / Gribkov 1995: S.106.

<sup>167</sup> Vgl. Gribkov: S.106 f.

gegebenenfalls Flugzeuge mit Luftlandetruppen bekämpfen sollten. In diesem Klima einer allgemeinen Militarisierung Rumäniens zur Abwehr einer potentiellen Invasion der eigenen Bündnispartner begann auch die regelmäßige vormilitärische Ausbildung von Schülern und Studenten im Wehrunterricht.<sup>168</sup> Auch in der Folge zeigte Rumänien deutliche Sezessionserscheinungen.<sup>169</sup> Wiederholt unterstrich Ceausescu die Eigenständigkeit der Befehlsgebung der eigenen Streitkräfte und lehnte Beschlussvorlagen bei Tagungen des Warschauer Paktes ab. 1979 protestierte er gegen den Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan. Trotz des eigentlich absoluten hegemonialen Machtanspruchs der UdSSR entschloss sich die sowjetische Führung in diesem Fall jedoch nicht, zur Sicherung ihrer Machtstellung militärisch zu intervenieren. Neben der militärischen Stärke Rumäniens - die eine militärische Intervention durch Armeen des Warschauer Paktes weitaus schwerer als in der ČSSR gestaltet hätte - wird von einigen Autoren vor allem die geostrategische Lage des Balkanstaates - am Rande Europas und umgeben von sicheren Bündnispartnern – dafür angeführt, dass die UdSSR nicht in dem Land einmarschierte.<sup>170</sup>

Gleichwohl die renitente rumänische Politik für die Sowjetunion im Rahmen des Warschauer Paktes ein potentieller Störfaktor blieb, war 1968 das Bündnis nach der blutigen Demonstration militärischer Stärke in der Tschechoslowakei wieder zu dem geworden, was Breschnew bei seinem Machtantritt intendiert hatte, „ein Transmissionsriemen für sowjetische Instruktionen und ein Instrument zur Koordinierung der Unterstützung für die sowjetische Politik“<sup>171</sup>. In diesem Zusammenhang ist auch eine strukturelle Umgestaltung des Bündnisses zu bewerten, die die sowjetische Einflussnahme auf die „Partner“ intensivierte. Am 17. März 1969 beschloss der Politisch beratende Ausschuss<sup>172</sup> des Warschauer Vertrages, drei neue Gremien zu bilden: das Komitee der Verteidigungsminister, den Militärrat und das Vereinte Komitee zur Koordinierung der Waffentechnik. Die sowjetische Dominanz in diesen Organen wurde schon dadurch deutlich, dass z. B. im Komitee der Verteidigungsminister nicht nur das zuständige Regierungsmitglied eines Bündnisstaates vertreten war, sondern

---

<sup>168</sup> Vgl. Ebd.

<sup>169</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 812 ff. / Gribkov: S.107 f.

<sup>170</sup> Vgl. Hacker 1983: S.741/ Bulei 1998: S.140.

<sup>171</sup> Mackintosh 1969, zitiert von Hacker 1983: S.808.

<sup>172</sup> Der Politisch Beratende Ausschuss (PBA) war das höchste Organ des Warschauer Paktes. Es tagte in der Regel einmal im Jahr. De jure sollte dem PBA ein Regierungsmitglied oder ein anderer, besonders ernannter Vertreter eines Mitgliedslandes angehören. Über alle Jahre des Bestehens war es jedoch Praxis, dass jeweils die Parteichefs die Delegationen zu den Tagungen des Gremiums anführten. Die weiteren Mitglieder der Länderdelegationen bildeten in der Regel der Regierungschef, der Außenminister und der Verteidigungsminister. Auch der Oberkommandierende und der Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes nahmen an allen Treffen des PBA teil (Vgl. Gribkov 1995: S.37).

auch der Oberkommandierende und der Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte - jeweils sowjetische Militärs.<sup>173</sup> Alle Berichte und Entwürfe die in irgendeinem Gremium des Warschauer Vertrages behandelt und angenommen werden sollten, mussten zuvor vom Politbüro des ZK der KPdSU gebilligt werden.<sup>174</sup>

Nach der Straffung der institutionellen Zügel im östlichen Militärbündnis durch Breschnew, setzte der Kreml 1971 durch die Verabschiedung eines „Komplexprogramms“ im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auch eine stärkere ökonomische Integration im Ostblock durch. Dadurch wurde den Vasallenstaaten in den siebziger und achtziger Jahren in wichtigen industriellen Bereichen nur noch die Herstellung bestimmter Produkte erlaubt und so ihre Souveränität weiter eingeschränkt.<sup>175</sup> Im militärisch-industriellen Bereich bedeutete dies, dass - neben der dominanten Stellung der sowjetischen Rüstungsindustrie, die verschiedene Systeme an alle Warschauer-Pakt-Staaten lieferte - sich die Tschechoslowakei auf die Herstellung von Schützenpanzern und Flugzeugen, Polen auf Schiffe und Raupenschlepper, Ungarn und Bulgarien auf Artilleriesysteme und die DDR auf den Schiffsbau konzentrierte.<sup>176</sup> Zur Koordinierung dieser Rüstungskooperation im Rahmen des RGW wurde eine eigene Kommission in dieser Organisation installiert.

Die SR Rumänien war bei dieser von der UdSSR kontrollierten Rüstungskooperation in wesentlichen Bereichen isoliert.<sup>177</sup> Ein großer Teil der Rüstungsproduktion im gesamten Warschauer Pakt erfolgte auf der Basis von sowjetischen Lizenzen. Rumänien wurden diese bei modernen Systemen verweigert, so dass das Land sogar in Kooperation mit Jugoslawien eigene Flugzeuge und Panzer entwickelte und herstellte.

Der von Moskau bis an das Ende der achtziger Jahre praktizierte hegemoniale Politikstil wurde - mit Ausnahme Rumäniens - von keinem Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes der ernsthaften Kritik unterzogen.

### **2.3 Die Politik der DDR nach dem Machtantritt Breschnews**

Die am 18. Oktober 1964 im SED-Zentralorgan Neues Deutschland abgedruckte Erklärung der DDR-Führung zu den Veränderungen in der Sowjetunion suggeriert fast die Interpretation, Walter Ulbricht traue den Veränderungen in der Machtzentrale der UdSSR noch nicht ganz und wolle sich eine Hintertür für den

---

<sup>173</sup> Vgl. Hacker 1983: S.809.

<sup>174</sup> Vgl. Gribkov 1995: S.68 f.

<sup>175</sup> Vgl. Hacker 1983: S.725 / Göschel u. a. 1979: S.526 ff.

So wurden z. B. Autobusse für den gesamten RGW-Markt in Ungarn hergestellt und die Produktion in anderen Ländern eingestellt (Vgl. Göschel u. a., Band II 1979: S. 336).

<sup>176</sup> Vgl. Gribkov 1995: S.80 f.

<sup>177</sup> Vgl. Ebd.



Fall eines Comebacks Chruschtschows offen halten<sup>178</sup>: Die Information über den Rücktritt des Ersten Sekretärs der KPdSU habe eine „tiefe Bewegung in unserer Partei und in unserer Volke ausgelöst“, hieß es darin. Und weiter: „Es ist bekannt, daß auch Genosse N. S. Chruschtschow bei der Durchführung der vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgearbeiteten marxistisch-leninistischen Politik Verdienste hat.“

In Chruschtschow sah die SED einen sicheren Vertreter der eigenen Interessen auf der internationalen Bühne - ohne dass dieser freilich bei seinen Bemühungen nennenswerte Erfolge hatte erzielen können.<sup>179</sup> Mit dem am 12. Juni 1964 zwischen der UdSSR und der DDR geschlossenen Freundschaftsvertrag besaß Ostberlin zwar so etwas wie einen *kleinen Friedensvertrag*<sup>180</sup> mit Moskau, die internationale Anerkennung des ostdeutschen Staates außerhalb des Ostblocks war jedoch aufgrund der strikten Weigerung Bonns nach wie vor nicht erreicht. In der Innenpolitik hatte Chruschtschow Ulbricht 1963 erlaubt, eine wirtschaftliche Reformkonzeption („Neues Ökonomisches System“) in die Tat umzusetzen, die dem Prinzip einer „gewissen Selbstregulierung“ der Wirtschaft auf der Basis der Planziele folgte. Damit hatte die DDR nicht nur eine Pionierrolle in der sozialistischen Welt übernommen, das System hatte dem ostdeutschen Staat auch den zweiten Platz in der Wirtschaftshierarchie des Ostblocks eingebracht.<sup>181</sup> Angesichts dieser - insbesondere außenpolitisch - diffizilen Situation der DDR in der Mitte der sechziger Jahre war der neue KPdSU-Chef zunächst erst einmal ein Unsicherheitsfaktor für die SED-Spitze. Zudem hatte Ulbricht Breschnew, bevor dieser den Kreml-Thron erglommen hatte, als Subalternen angesehen und behandelt.<sup>182</sup> Nach anfänglich vorsichtig emanzipiert klingenden

---

<sup>178</sup> Vgl. ND 18.10.1964, zitiert in Hacker 1983: S.729.

<sup>179</sup> Vgl. Hacker 1983: S.729 / Kleßmann 1997: S.431.

<sup>180</sup> Von Walter Ulbricht war eigentlich ein ordentlicher separater Friedensvertrag mit der Sowjetunion angestrebt worden. Nach der Berlin- sowie der Kuba-Krise war Chruschtschow jedoch nicht bereit, zur Unterstützung und Prestigeaufwertung der DDR eine erneute Zuspitzung der Ost-West-Beziehungen zu riskieren (Vgl. Kleßmann 1997: S.435).

<sup>181</sup> Vgl. Hacker: S.730 ff.

<sup>182</sup> Vgl. Mählert 1997: S. 47.

In diesem Zusammenhang wird oft ein Gespräch Ulbrichts mit Breschnew im Sommer 1964 - also noch bevor Breschnew Erster Sekretär der KPdSU wurde - in Döllnsee auf einer Regierungsdatscha der DDR angeführt. Breschnew beschrieb Honecker später dieses Gespräch folgendermaßen: „Du weißt, damals 1964 Datsche (Döllnsee) - er stellt einfach meine Delegation auf die Seite (Tichonow etc.), presst mich in ein kleines Zimmer und redet auf mich ein, was alles falsch ist bei uns und vorbildlich bei euch. Es war heiß. Ich habe geschwitzt. Er nahm keine Rücksicht. Ich merkte nur, er will mir Vorschriften machen, wie wir zu arbeiten, zu regieren haben, lässt mich gar nicht erst zu Wort kommen. Seine ganze Überheblichkeit kam dort zum Ausdruck, seine Missachtung des Denkens, der Erfahrung anderer.“ (zitiert von Mählert 1997: S.47) Zu ergänzen ist hierzu, dass Ulbricht diese „Überheblichkeit“ gegenüber dem Ersten Sekretär bzw. Generalsekretär der KPdSU Breschnew - zumindest bei persönlichen Begegnungen - nicht mehr an den Tag legte und die

Tönen blieb der SED-Führung aber angesichts ihrer außenpolitischen Zielstellungen - die ohne die Unterstützung der UdSSR aussichtslos waren - sowie im Hinblick auf die in der DDR stationierten zwanzig Divisionen der Sowjetarmee gar nichts anderes übrig, als auch dem neuen Kreml-Herrn ihre unbedingte Gefolgschaft zu bekunden.<sup>183</sup>

### 2.3.1 Die innenpolitische Entwicklung

Nach dem Tod des ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, im Jahre 1960 war die Struktur des Staatsapparates geändert worden.<sup>184</sup> Statt eines Präsidenten gab es nun mit dem Staatsrat nominell ein kollektives Führungsgremium im ostdeutschen Staat. An dessen Spitze stand mit Walter Ulbricht<sup>185</sup> aber die schon vor dem Tode Piecks erste Führungsperson der DDR. Zum Zeitpunkt dieser Umgestaltung befand sich die DDR in einer desolaten Situation. Im Glauben, die seit dem Arbeiteraufstand im Juni 1953 herrschende Ruhe im Lande bedeute eine Zustimmung zu ihrer Politik und auf der Basis einer recht positiven ökonomischen Entwicklung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, hatte die SED-Führung am Ende des Jahrzehnts ihre 1952 offiziell begonnenen und zwischenzeitlich reduzierten Anstrengungen zur Etablierung einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im eigenen Staat wieder forciert.<sup>186</sup> So wurden die Forderungen gegenüber den

---

Autorität des Kremlchefs achtete (Vgl. z. B. Gespräch Breschnew - Ulbricht am 11.08.1966, SAPMO-BArch. DY 30 3294, Büro Ulbricht).

<sup>183</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 734 / Kleßmann 1997: S.434.

<sup>184</sup> Vgl. Zimmermann 1999: S. 155.

<sup>185</sup> Walter Ulbricht (30.06.1893-01.08.1973) schloss sich 1912 der SPD an. 1917 wechselte er zur USPD über. Nach dem Zusammenschluss deren linken Flügels mit der KPD (1920) kam er zu den Kommunisten. Er gehörte seit 1927 dem Zentralkomitee und seit 1929 dem Politbüro dieser Partei an. Von 1928-1933 war Ulbricht Abgeordneter des Reichstages. In der Zeit des 3. Reiches emigrierte er zunächst nach Paris (1933-1935). In den Jahren von 1935 bis 1938 war er Operativer Leiter bzw. Sekretär des ZK der KPD in Prag bzw. Paris, von 1938 bis 1943 Vertreter des ZK beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau und von 1943 bis 1945 Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) und Leiter deren operativer Abteilung. Nach der Rückkehr nach Deutschland (30.04.1945) war er Leiter der Initiativgruppe des ZK der KPD (Gruppe Ulbricht) und seit 1946 führendes Mitglied der SED, deren Generalsekretär er im Juli 1950 - vom Juli 1953 bis zum 03.05.1971 Erster Sekretär - wurde. Darüber hinaus war er von 1960 bis 1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Vorsitzender des Staatsrates blieb er bis 1973 (Vgl. Göschel u. a. Band IV 1980: S.385 / Müller-Enbergs, Wielgoß, Hoffmann (Hrsg.) 2000: S. 868 f./ Frank 2001: S. 58).

<sup>186</sup> Vgl. Mähler 1997: S.35 / Kleßmann 1997: S.313 / Judt 1998: S. 119.

Bauern, „freiwillig“ in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften<sup>187</sup> einzutreten, wieder mit härteren Mitteln vorgetragen - und etwa rentente Hofbesitzer von der Staatssicherheit verhaftet. Private Handwerker und Gewerbetreibende presste man durch die starke Kürzung von Material- oder Warenlieferungen in Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH)<sup>188</sup> oder zwang sie zur Übergabe ihrer Geschäfte an den Staat. Vor allem diese erneute Verschärfung des Kollektivierungs- und Verstaatlichungsdrucks sowie eine teils damit in Beziehung stehende, teils durch eine Trockenperiode (1959) ausgelöste Krisensituation bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, ließ die Zahl der Flüchtlinge<sup>189</sup> aus der DDR in die BRD am Beginn der sechziger Jahre wieder deutlich ansteigen. Dadurch verschlechterte sich wiederum die gesellschaftliche und ökonomische Situation des Landes weiter.<sup>190</sup> Nach Konsultationen mit der Führungsmacht in Moskau antwortete die SED-Spitze auf diese für sie desaströse Entwicklung am 13. August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer.<sup>191</sup> Der Mauerbau bedeutete sowohl für die Bevölkerung als auch für die Staatsführung der DDR eine tiefe Zäsur. Erstere war nunmehr gezwungen, sich mit dem DDR-System auf irgend eine Weise zu arrangieren und in ihm einzurichten. Die SED wiederum hatte nun die Chance, das Land auf einen Konsultierungskurs zu bringen. Die ökonomischen Reformprogramme führten 1963 in das bereits erwähnte „Neue Ökonomische System“<sup>192</sup>. Hiernach sollten an die Position exakt vorgegebener Planaufgaben eher indirekte Formen

---

<sup>187</sup> 1958 betrug der Anteil der von den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) bearbeiteten Nutzflächen 37 %. 1960 war er bereits auf 84,2 % gestiegen (Vgl. Kleßmann 1997: S.318).

<sup>188</sup> 1958 machte der Anteil des privaten Handwerks in diesem Sektor in der DDR noch 93 % aus. 1961 war er auf 65 % abgesunken (Vgl. Mählert 1997: S.35).

<sup>189</sup> Im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von DDR-Flüchtlingen am Beginn der sechziger Jahre wird auch immer wieder auf das Ultimatum Chruschtschows vom 10. November 1958 hingewiesen, welches eine Beendigung des „Besatzungsregimes“ in Berlin forderte und für Westberlin den Status eines eigenständigen politischen Gebildes verlangte. Dadurch sei unter der DDR-Bevölkerung der Eindruck entstanden, dass der Westteil Berlins in Kürze nicht mehr als Fluchtmöglichkeit aus der DDR zur Verfügung stehen könnte. (Vgl. z. B. Zimmermann 1999: S. 155). Diesem Argument ist allerdings zu entgegnen, dass gerade im Jahre 1959 die Flüchtlingszahlen aus der DDR (etwa 144.000) ihren niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes erreichten (Vgl. Mählert 1997: S.32 f.).

<sup>190</sup> Vgl. Mählert 1997: S. 36 / Judt 1998: S. 119 / Kleßmann 1997: S.319 f..

<sup>191</sup> Vgl. Zimmermann 1999: S. 155 f. / Kleßmann 1997: S.319 ff. / Mählert 1997: S.40 ff.

<sup>192</sup> Neben der massiven Kritik an Kulturschaffenden wurden während des 11. Plenums des ZK der SED im Dezember 1965 auch Erscheinungsformen auf anderen Gebieten – z. B. auch die Jugendkultur – unter Beschuss genommen. Darüber hinaus wurde die Volkswirtschaft der DDR insgesamt wieder stärker den Prinzipien der sowjetischen Ökonomie angepasst. Der Prozess der Wirtschaftsreformen wurde unter dem Begriff „Ökonomisches Systems des Sozialismus“ (ÖSS) fortgeführt (Vgl. Zimmermann 1999: S. 156 / Mählert 1997: S.42).

der Wirtschaftslenkung - wie Preis, Lohn, Kredit usw. - gestellt werden.<sup>193</sup> In der Tat kann der diesem System folgenden DDR-Wirtschaft in den sechziger Jahren ihr bedeutendster Modernisierungsschub überhaupt und dem Staat eine damit verbundene Hebung des materiellen Lebensstandards seiner Bevölkerung bescheinigt werden. Auch in anderen Bereichen traten neue Regelungen in Kraft, die ohne den Mauerbau und der damit verbundenen Abschottungswirkung so nicht hätten getroffen werden können. So nötigte die SED der eigenen Jugend mit dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht von 1962 ein stärkeres persönliches Engagement für den sozialistischen Staat ab. Andererseits war insbesondere nach dem VI. Parteitag der SED (1963) eine deutliche Liberalisierung der Kultur- und Jugendpolitik erkennbar.<sup>194</sup> Diese liberalen Entwicklungen wurden aber keine drei Jahre später - auf dem berühmterbüchtigten 11. Plenum des ZK der SED - wieder auf ein enges und unkritisches Maß zurückgestutzt.<sup>195</sup> Der damals im Politbüro für Sicherheitsfragen zuständige Erich Honecker formulierte die Kritik der SED über das kulturelle Leben in der DDR in seinem Bericht für das 11. Plenum wie folgt<sup>196</sup>:

„Die DDR ist ein sauberer Staat. In ihr gibt es unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte. [...] In einigen während der letzten Monate bei der DEFA produzierten Filmen, ‚Das Kaninchen bin ich‘ und ‚Denk bloß nicht, ich heule‘, im Manuskript des Bühnenwerkes ‚Der Bau‘, veröffentlicht in *Sinn und Form*, in einigen Fernsehproduktionen und literarischen Veröffentlichungen zeigen sich dem Sozialismus fremde, schädliche Tendenzen und Auffassungen. [...] Unsere Wirklichkeit wird nur als schweres, opferreiches Durchgangsstadium zu einer illusionären schönen Zukunft - als ‚die Fähre zwischen Eiszeit und Kommunismus‘ (Heiner Müller: ‚Der Bau‘) angesehen.“

---

<sup>193</sup> Vgl. Zimmermann 1999: S. 156 / Kleßmann 1997: S.330 ff.

<sup>194</sup> Vgl. Mählert 1997: S. 41.

Diese Entwicklung wurde auch durch die vom XXII. Parteitag der KPdSU ausgehende zweite Welle der Entstalinisierung sehr stark beeinflusst (Vgl. Mählert 1997: S. 41). Als Beispiele für belletristische Texte, die sich durchaus auch kritisch mit der DDR-Wirklichkeit auseinandersetzten und in diesem Zeitraum erschienen, seien hier „Ole Bienkopp“ von Erwin Strittmatter (1963), „Der geteilte Himmel“ von Christa Wolf (1963) und Hermann Kants „Die Aula“ (1964) erwähnt.

<sup>195</sup> Vgl. Mählert ebd. / Kleßmann 1997: S. 384 ff. / Trampe 1998: S.299, 326 ff.

In der Folge des 11. Plenums erhielten zahlreiche Künstler (z. B. Wolf Biermann) in der DDR ein Auftrittsverbot, Schriftsteller (z. B. Stefan Heym) wurde die Veröffentlichung ihrer Arbeiten in der DDR verwehrt. Des weiteren wurde während dieses Plenums auch die Filmproduktion, das Fernsehen und der Rundfunk der DDR einer scharfen Kritik unterzogen (Vgl. Kleßmann 1997: S. 384 ff. / Mählert 1997: S. 42).

<sup>196</sup> Honecker, Erich: Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK der SED, Dezember 1965. In: Neues Deutschland vom 16. 12.1965, so abgedruckt in: Trampe 1998: S. 326 f.

Neben der Abstrafung von kritischen Künstlern und Schriftstellern wurde im Vorfeld des 11. Plenums<sup>197</sup> insbesondere von Erich Honecker auch Material zusammengetragen, das den schädlichen Einfluss der westlichen Jugendkultur auf die Jugendlichen in der DDR nachweisen und das repressive Vorgehen des Staates gegen Beat-Musik, lange Haare oder Niethosen begründen sollte.<sup>198</sup> Bereits im Oktober 1965 hatte das ZK der SED mit dem sogenannten „Rowdybeschluß“ die Parteilinie für das weitere Vorgehen in der Jugendpolitik festgelegt.<sup>199</sup>

1968 trat in der DDR eine neue Verfassung in Kraft.<sup>200</sup> In ihr wurde jedoch nur formell nachgeholt, was ohnehin längst politische Wirklichkeit war, und z. B. im Artikel 1 der Führungsanspruch der SED in den Verfassungsrang erhoben. Viel stärkere Bedeutung für das Leben der Menschen in der DDR hatten in diesem Jahr die Ereignisse in der ČSSR. Mit der Niederschlagung der von Alexander Dubcek vertretenen Idee des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ am 21. August 1968 mussten die DDR-Bürger - nach der durch den Mauerbau vollzogenen de facto Internierung im eigenen Land – auch die Hoffnung auf eine grundlegende Reform des sozialistischen Systems begraben.

Ein weiterer bedeutender Einschnitt in der Geschichte der DDR erfolgte im Mai 1971 mit der Absetzung Walter Ulbrichts<sup>201</sup> als Erster Sekretär des Zentralkomitees.<sup>202</sup> Nach Absprachen mit Breschnew hatte die bisherige Nummer Zwei

---

<sup>197</sup> Obwohl im Zuge des Machtwechsels von Chruschtschow zu Breschnew auch in der UdSSR ein rigiderer Stil praktiziert wurde, fand in der Sowjetunion in diesem Zusammenhang keine ähnliche Zäsur wie in der DDR durch das 11. Plenum statt (Vgl. Scherstjanoi 1991: S. 48).

<sup>198</sup> Vgl. Sachse 2000: S. 116.

<sup>199</sup> Vgl. Agde 1991: S. 320.

In diesem ZK-Beschluss wird unter anderem der Innenminister der DDR „beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, daß [durch]die Abteilung Inneres der Räte der Bezirke und Kreise die Mitglieder solcher Gruppen (Gammler u. ä.) die gegen die Gesetze der DDR verstoßen, eine ernste Gefährdung der Ordnung hervorrufen, durch Gerichtsbeschluß, entsprechend der Verordnung vom 24. August 1961, in Arbeitslager eingewiesen werden. Das gleiche trifft auch für jene zu, die keiner ordentlichen Arbeit nachgehen.“ (zitiert von Agde 1991: S. 320)

<sup>200</sup> Vgl. Mählert 1997: S. 43 / Zimmermann 1999: S. 156.

<sup>201</sup> Als Rücktrittsgrund vom Amt des Ersten Sekretärs des ZK wurden offiziell gesundheitliche Gründe Ulbrichts angegeben. Für ihn wurde während des VII. Parteitages mit dem Posten des Vorsitzenden der SED ein neues - und nach seinem Tod 1973 wieder ausrangiertes - Amt geschaffen. Ebenfalls bis zu seinem Tode war Ulbricht Vorsitzender des Staatsrates. De jure war er somit die Nummer Eins in Partei und Staat geblieben, de facto war er aber seit 1971 machtpolitisch kaltgestellt (Vgl. Mählert 1997: S. 47 / Spittmann 1990: S. 5 f.).

<sup>202</sup> Vgl. Mählert: S. 46 f.

in der Partei, Erich Honecker<sup>203</sup>, die Entmachtung des alten Parteichefs arrangiert und sich selbst in dieses Amt hieven lassen.<sup>204</sup>

Mit dem Machtwechsel erfolgte eine Neupositionierung der Politik der DDR zu einer noch stärkeren Orientierung auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion - und zwar bei weitest gehender Aufgabe eigener Sonderwege.<sup>205</sup> Die meisten SED-Mitglieder begrüßten den Wechsel an der Spitze der Partei. Auch in der nicht zur Einheitspartei zählenden Bevölkerung wurde der Führungswechsel zunächst durchaus positiv bewertet. Die frühe Honecker-Ära brachte die eine oder andere Erleichterung mit sich<sup>206</sup>: Der ehemalige FDJ-Chef Honecker erlaubte wieder das Spielen der seit dem 11. Plenum verbotenen Beat-Musik, die bisher als westlich dekadent eingestuftes Bluejeans tauchten in den Verkaufsstellen der DDR auf und der bis dahin vor allem von Lehrern und Parteifunktionären im Sinne der *allseitig gebildeten sozialistischen Schülerpersönlichkeit* geführte Kampf gegen lange Haare und kurze Röcke wurde aufgegeben. Der neue Parteichef dekorierte das öffentliche Leben mit attraktiveren und freieren Staffagen. Hinter den Kulissen dieser scheinbaren Liberalisierung fuhr Honecker jedoch einen Kurs, der die umfassende Überwachung und Bepitzelung der Menschen zum Ziele hatte.<sup>207</sup>

---

<sup>203</sup> Erich Honecker (25.08.1912 - 29.05.1994) gehörte seit 1922 kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen an. 1930 trat er der KPD bei. Ab 1933 war Honecker in verschiedenen Funktionen im kommunistischen Untergrund tätig. 1937 wurde er vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Krieg war er zunächst Jugendfunktionär (1946-1955 Chef der FDJ), später auch (1949) Mitglied des ZK der SED und Kandidat (1950) bzw. Mitglied (1958) des Politbüros. Ab 1958 war Honecker im ZK für Sicherheitsfragen zuständig und leitete in diesem Zusammenhang auch die Aktionen beim Bau der Berliner Mauer 1961. Nach seiner Wahl zum Ersten Sekretär des ZK und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR 1971 wurde er 1976 (IX. Parteitag) Generalsekretär der SED. Ab 1976 war Honecker - in der Nachfolge von Willi Stoph - auch Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Am 18.10.1989 trat er von allen seinen Ämtern zurück (Vgl. Müller-Enbergs, Wielgoß, Hoffmann, Hrsg., 2000 : S. 373 f.). Ab 1990 liefen gegen Honecker - zunächst in der DDR und später im wiedervereinigten Deutschland - juristische Verfahren wegen verschiedener Anklagepunkte. 1991 entzog er sich diesen - mit Unterstützung sowjetischer Politiker und Militärs - durch eine Flucht nach Moskau (Vgl. Kunze 2001: S. 128 ff.). Während des Zusammenfalls der USSR musste Erich Honecker jedoch 1992 nach Deutschland zurückkehren, wo er in Haft genommen und ihm - neben anderen ehemals führenden Kadern aus SED und Regierung der DDR - der Prozess gemacht wurde. Wegen des sehr schlechten Gesundheitszustandes des Angeklagten wurde das Verfahren 1993 beendet. Honecker reiste zu seiner Familie aus, wo er 1994 starb (Vgl. Ebd.: S. 155 ff.).

<sup>204</sup> Vgl. Spittmann 1990: S.5 f. / Wollé 1999: S. 27, 40 ff.

<sup>205</sup> Vgl. Sperling 1983: S. 49 / Zimmermann 1999: S. 157 f.

<sup>206</sup> Vgl. Wollé 1999: S. 43 / Rauhut 1999: S. 36.

<sup>207</sup> Vgl. Wollé: S. 44 f. / Raschka 2001: S. 11 ff.

In der Zeit vom 18. bis zum 22. Mai 1976 fand im gerade fertiggestellten Palast der Republik der IX. Parteitag der SED statt.<sup>208</sup> Dabei wurde ein neues Statut und ein neues Parteiprogramm beschlossen, die dem seit Honeckers Machtantritt eingeschlagenen politischen Weg nun auch eine formale Grundlage gaben. Der Vergleich zum alten Parteiprogramm von 1963 zeigt vor allem die noch stärkere Herausstellung der führenden Rolle der UdSSR. Deren gesellschaftliches Modell wurde nun als allgemeingültig und als Haupttriebfeder der sozialistischen Staatengemeinschaft hervorgehoben.

Die SED verabschiedete sich während dieses Parteitages endgültig von einem ethnisch-kulturell geprägten Nationenbegriff und verwendete nun hierfür eine soziologisch-politische Formel, wie sie bereits zwei Jahre zuvor in der Verfassung der DDR fixiert worden war.<sup>209</sup> In der betonten Differenzierung zwischen Nation und Nationalität<sup>210</sup> handelte es sich im Verständnis der SED bei DDR-Bürgern nunmehr um Angehörige der deutschen Nationalität, die in der sozialistischen deutschen Nation DDR leben. Wörtlich heißt es dazu im SED-Programm<sup>211</sup>:

„Die sozialistische Nation ist eine von antagonistischen Widersprüchen freie, stabile Gemeinschaft freundschaftlich verbundener Klassen und Schichten, die von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird. Sie umfaßt das Volk der DDR und ist gekennzeichnet durch den souveränen sozialistischen Staat auf deren Territorium.“

Nach weiteren Beschlüssen des IX. Parteitages sollte durch die gesteigerte Rationalisierung und Intensivierung der sozialistischen Produktion eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR erreicht werden.<sup>212</sup> Durch die Verabschiedung eines umfassenden sozialpolitischen Programms<sup>213</sup> versprach sich die SED-Führung eine stärkere Zustimmung der

---

<sup>208</sup> Vgl. Wolle 1999: S.46 f.

<sup>209</sup> Vgl. Wolle: S. 47 / Spittmann 1990: S. 26 / Müller 1996: S. 367.

<sup>210</sup> In diesem Zusammenhang berief sich die SED auch auf die lange teilstaatliche Tradition Österreichs und der Schweiz sowie der Ausprägung einer eigenen Nation in diesen Ländern (Vgl. Wolle 1999: S. 46 f.).

<sup>211</sup> Programm der SED 1988: S. 151.

<sup>212</sup> Vgl. Wolle: S.47 ff.

<sup>213</sup> Das Sozialpaket wurde nicht auf dem Parteitag vorgestellt, aber bereits am 27. Mai 1976 als gemeinsamer Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR in der Presse veröffentlicht. Danach erhielten u. a. etwa eine Million Arbeiter - die bis dahin einen Monatslohn von nur 300 bis 500 Mark brutto bezogen hatten - eine Lohnerhöhung. Die Menschen bekamen etwas mehr Urlaub (z. B. ein junger Facharbeiter 18 Tage im Jahr) und insbesondere für Frauen wurden Arbeitszeitverkürzungen wirksam. Der Kindurlaub für Mütter verlängerte sich - bei voller Zahlung des Nettolohns - von 18 auf 26 Wochen. Auch wurde die Möglichkeit eines Babyjahres eingeräumt, bei der ein Elternteil für die Dauer eines Jahres beim ersten Kind eine unbezahlte Freistellung von der Arbeit und beim

DDR-Bürger zu ihrer Politik sowie eine bessere Motivation und Stimulans der Menschen zu Leistungssteigerungen an ihren Arbeitsplätzen.

Die Kosten für das Sozialpaket waren jedoch immens.<sup>214</sup> Berechnungen sahen für den Zeitraum von 1974 bis 1980 Ausgaben in Höhe von 14,3 Milliarden Mark vor. Für die Weiterführung der bisherigen sozialpolitischen Maßnahmen - wie etwa das seit dem VIII. Parteitag laufende Wohnungsbauprogramm - waren bis 1980 weitere 36,3 Milliarden Mark aufzubringen. Doch nicht nur diese Mittel belasteten die DDR-Volkswirtschaft. So berechnete man allein für den knapp zwei Millionen Einwohner zählenden Bezirk Halle einen durch Arbeitszeitverkürzungen oder Mutterschaftsurlaub verursachten Ausfall von etwa siebenhundert Millionen Arbeitsstunden. Dabei hatte die DDR-Volkswirtschaft bereits vor diesen zusätzlichen Lasten mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen. Obwohl sie am Beginn der siebziger Jahre den Vorteil genoss, Energie und Rohstoffe aus der Sowjetunion beziehen zu können, die weit unter dem damaligen Weltmarktniveau<sup>215</sup> lagen, hatten die Verantwortlichen daraus die denkbar schlechtesten Konsequenzen gezogen. Der Preisvorteil führte im Osten Deutschlands nicht zu neuen Investitionen und damit zur Aufrechterhaltung bzw. der Erhöhung des eigenen Kapitalstocks, sondern zu verschwenderischer Nutzung in überalterten Industrieanlagen, die immer öfter durch Störungen und Havarien ausfielen. Durch das Sozialprogramm von 1976 standen der Wirtschaft nun noch weniger Mittel für dringend notwendige Modernisierungen zur Verfügung. Die Folge war nicht nur ein ruinöser ökologischer und ökonomischer Raubbau der Ressourcen des Landes - der trotzdem den Rückgang des Wirtschaftswachstums nicht aufhalten konnte -, sondern auch die Verschlechterung der Versorgungslage<sup>216</sup> und damit des Lebensstandards der DDR-Bevölkerung. Diesen hatte die SED-Führung ja aber

---

zweiten Kind die Freistellung von der Arbeit unter Zahlung von 80% des Nettoeinkommens beantragen konnte (Vgl. Wolle 1999: S. 49 f.).

<sup>214</sup> Vgl. Spittmann 1998: S. 47 / Wettig 1996: S. 27 f.

<sup>215</sup> 1973 setzten die arabischen Staaten im Zusammenhang mit dem vierten israelisch-arabischen Krieg ihr Öl als Druckmittel ein. Noch während des Krieges erhöhten sie die Ölpreise drastisch und schränkten gleichzeitig ihre Produktion ein. Wegen der proisraelischen Haltung der USA und der Niederlande wurde über diese Länder ein Lieferboykott verhängt. Dies wirkte sich auch auf alle anderen westlichen Staaten aus. Gegenüber 1970 vervierfachte sich der Rohölpreis. (Vgl. Müller 1996: S. 402).

<sup>216</sup> Mangelerscheinungen in der Versorgung der Bevölkerung und damit verbundene Unzufriedenheiten der Bürger zeigten sich etwa 1977 im Zusammenhang mit der „Kaffeekrise“. Aufgrund der hohen Auslandsverschuldung und der Exportschwäche der DDR sowie der steigenden Weltmarktpreise versuchte die SED-Spitze, durch die Reduzierung der Importe - so auch von Kaffee - die Verschuldung abzubauen. Wie im Westen Deutschlands zählte Kaffee in der DDR zu den beliebtesten Nahrungs- und Genussmitteln, den Drosselungen der Kaffeelieferungen in die Geschäfte folgten daher eingaben und Drohungen der Bevölkerung. (Vgl. Kaminsky 1999: S.18).



eigentlich mit dem sozialpolitischen Programm heben wollen.<sup>217</sup> Entgegen der Intention der Partei- und Staatsführung, mit den sozialpolitischen Programmen bei der eigenen Bevölkerung eine größere Zustimmung zur eigenen Politik zu erreichen, verschlechterte sich bei vielen DDR-Bürgern in den Jahren nach dem IX. Parteitag die allgemeine Stimmung<sup>218</sup> - und ihre Meinung über *die da oben*. Zudem war in der Bevölkerung die Ansicht verbreitet, dass die sozialpolitischen Maßnahmen längst überfällig waren.<sup>219</sup> Spätestens am Ende der siebziger Jahre lagen also der Partei- und Staatsführung deutliche Anzeichen dafür vor, dass ihr politischer Kurs das Land einerseits ökonomisch ruinierte und sich andererseits die daran geknüpfte Hoffnung des Sympathiegewinns bei der Bevölkerung nicht erfüllte. Trotzdem hielt sie bis an das Ende ihrer Herrschaft an diesem Kurs fest.<sup>220</sup> Anstatt über Wege nachzudenken, wie das bestehende Dilemma aufgelöst werden könnte, war ihr Denken und Handeln von der Intention bestimmt, auf der Basis der begonnen Politik und der bestehenden Strukturen die Macht zu sichern. Instrumente dieser Herrschaftssicherung waren das umfassende Überwachungs- und Bespitzelungssystem, aber auch eine allgemeine Intensivierung der politischen Propagandatätigkeit.

### 2.3.2 Formen oppositionellen Handelns

Auf die Frage, warum es in der DDR keine Opposition gibt, antwortete das Zentralorgan der SED, Neues Deutschland, am 17. Mai 1957 wie folgt<sup>221</sup>:

„Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden Woche [...], gegen niedrige Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise [...], gegen die hohen Ausgaben der Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauernstaat richten. Sie müßte für den Einsatz von Faschisten und Militaristen in hoher Machtposition, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solche Opposition dulden wäre verbrecherisch.“

<sup>217</sup> Vgl. Spittmann 1990: S. 47 u. 63 / Kaminsky 1999: S. 17 ff.

<sup>218</sup> Nicht nur die Verschlechterung der allgemeinen Versorgungslage erzeugte Missmut in der Bevölkerung. Auch Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Produkte (z. B. Bevorzugung von Berlin) oder die Einrichtung von Intershops - in denen nur mit Devisen bezahlt werden konnte - erzeugten bei vielen Menschen Ärger sowie das Gefühl, ungerecht behandelt und ausgegrenzt zu werden (Vgl. Kaminsky 1999: S. 18 f.).

<sup>219</sup> Vgl. Ebd. / Wolle 1999: S. 50.

<sup>220</sup> Vgl. Spittmann 1990: S. 74 ff. / Mähler 1997: S. 62 f.

<sup>221</sup> Zitiert von Weber, Koch 1983: S.134.

Diese prinzipielle Kriminalisierung der Kritiker des Systems kann über die gesamte Geschichte der DDR als verbindlich angesehen werden. Nichtsdestotrotz gab es Opposition und oppositionelles Handeln während der gesamten Geschichte des Staates.<sup>222</sup> Für den Zeitraum der sechziger und siebziger Jahre waren vor allem Regimekritiker von Bedeutung, zu deren Charakterisierung von Weber und Koch die Bezeichnung „innerkommunistische Opposition“ verwendet wurde.<sup>223</sup> Zu ihnen zählten der Philosoph und Soziologe Robert Havemann, der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Behrens, der Liedermacher Wolf Biermann und später - in den siebziger Jahren - auch der Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler Rudolph Bahro.<sup>224</sup> „Innerkommunistische Opposition“ bedeutet hierbei nicht nur, dass die so bezeichneten Personen SED-Mitglieder gewesen waren, sondern auch, dass sie ihre Kritik an der DDR aus der Perspektive der marxistischen Theorie und aus dem Vergleich dieser mit der realsozialistischen Praxis artikulierten.<sup>225</sup> Aus dem so dargestellten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit leiteten sie die Forderung nach Überwindung der bürokratisch-diktatorischen Herrschaftsform ab. Ihr Ziel war also nicht die Abschaffung der sozialistisch-kommunistischen Ordnung und ihres ökonomischen Systems. Sie intendierten vielmehr eine Verbindung dieser mit Elementen demokratischer Mitbestimmung und Rechtssicherheit. Die Verbreitung dieser Ideen geschah in der DDR über kleine Zirkel von Bekannten und Freunden sowie indirekt über die Westmedien. Ein wirkliches Netz oppositioneller Gruppen mit einem entsprechenden Informationssystem formierte sich erst am Ende der siebziger Jahre.<sup>226</sup>

Ab Mitte der siebziger Jahre war ein verstärktes Vorgehen des Staates gegen die Innerkommunistische Opposition zu beobachten.<sup>227</sup> Gerade weil diese Menschen ihre Kritik mit der marxistischen Weltanschauung und damit mit dem Grundsätzlichen des SED-Staates begründeten, muss die Sorge gegenüber diesen Positionen in der Führungsriege der Partei schließlich so gewachsen sein, dass sie von ihrer Position der stillen Duldung abging. Dieser Prozess

---

<sup>222</sup> Vgl. Weber, Koch ebd. / Otto 1996: S. 437 ff. / Neubert 2000.

<sup>223</sup> Vgl. Weber, Koch 1983: S.136.

<sup>224</sup> Vgl. Otto 1996: S. 443 f. / Neubert 2000: S. 141 ff.

<sup>225</sup> Vgl. Weber, Koch: S.136.

<sup>226</sup> Vgl. Meckel 1994: S. 35.

Hierbei ist auch zu beachten, dass - anders als in der VR Polen, der ČSSR oder auch der UdSSR - für die Menschen in der DDR, die Kritik am System empfanden und äußerten, sich diese Kritik - durch die Alternative Bundesrepublik Deutschland - recht schnell und oft zum Auslöser für die Flucht oder die Ausreise aus dem ostdeutschen Staat entwickelte. Neben den Zirkeln von Oppositionellen, deren Intentionen auf eine Veränderung der bestehenden DDR-Gesellschaft abzielten, ist daher die massenhafte Forderung auf Verlassen des Landes durchaus als ein weiterer Bestandteil der DDR-Bürgerrechtsbewegung zu werten (Vgl. Spittmann 1990: S. 55).

<sup>227</sup> Vgl. Spittmann 1990: S. 56 f.

stand zudem im Bezug zu der Entwicklung der Oppositionsbewegung in der Volksrepublik Polen, als diese zu einem Faktor von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung anwuchs. Ein Übergreifen dieser Entwicklung auf die DDR wollte die SED unter allen Umständen verhindern.<sup>228</sup> Oft waren es aber gerade Repressionen der DDR-Führung gegen Oppositionelle, die diese und ihre Ideen oder Werke in der breiten Bevölkerung erst bekannt machten. So geschehen etwa in der Folge der Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976.<sup>229</sup> Mit dem Auftreten der unabhängigen Friedensbewegung am Ende der siebziger Jahre erhielt oppositionelles Handeln in der DDR eine neue Qualität. Nicht zuletzt durch das Einlösen der Ankündigung der Evangelischen Kirche, im Falle der Etablierung des Wehrunterrichtes an den Schulen mit der Einrichtung konsequenter und praktischer Friedensarbeit im eigenen Bereich zu reagieren<sup>230</sup>, fanden im Rahmen der Kirche junge Leute - auch Nichtchristen - eine Heimstatt, die sich jenseits der Vorgaben und der Propaganda der SED für den Frieden engagieren wollten.<sup>231</sup> In den auf kirchlichen Vervielfältigungsgeräten oder Fotokopieren hergestellten Publikationen dieser Friedensgruppen wurde z. B. die Abschaffung des Wehrunterrichtes, die Einführung eines Faches Friedenskunde und die Weitergabe von Informationen im Schulunterricht über die Möglichkeit des Dienstes als Bausoldat gefordert.<sup>232</sup> 1982 äußerte sich Dietmar Linke in zehn „Thesen zur unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR über deren Selbstverständnis und Anliegen. Darin heißt es unter anderem<sup>233</sup>:

„Die unabhängige Friedensbewegung ist ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR.

Die immer stärker werdende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und die totale Vereinnahmung und Bevormundung des einzelnen durch die

---

<sup>228</sup> Vgl. Ebd.: S.57.

<sup>229</sup> Vgl. Ebd. / Müller-Enbergs, Wielgoths, Hoffmann 2000: S. 79.

Weiter sind hier z. B. der gegenüber Robert Havemann in der Zeit vom 26. November 1976 bis zum 8. Mai 1978 verhängte Hausarrest sowie die Verhaftung (1977) und Verurteilung Rudolf Bahros 1978 - nach Erscheinen seines Buches „Die Alternative“ im Westen - zu nennen. Bahro wurde zu acht Jahren Freiheitsentzug wegen Landes- und Geheimnisverrats verurteilt. 1979 konnte er aber - anlässlich einer Amnestie zum dreißigjährigen Bestehen der DDR - das Gefängnis verlassen und die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln (Vgl. Müller-Enbergs, Wielgoths, Hoffmann 2000: 37 u. 320 / Hellwig, Linne 1991: S.499 u. 506).

<sup>230</sup> Vgl. BEK 14.6. 1978.

Neben der Einführung des Wehrunterrichtes war in dieser Zeit eine allgemeine Militarisierung der Gesellschaft in der DDR zu beobachten (Vgl. Bruckmeier 1993 / Neuner 2000: S. 335 ff.).

<sup>231</sup> Vgl. Neubert 2000: 335 ff.

Die in der DDR verbliebenen Vertreter der „innerkommunistischen Opposition“ arbeiteten mit Gruppen dieser neuen Bewegung zusammen. So beteiligte sich Robert Havemann bis zu seinem Tod 1982 regelmäßig an Aktionen der Friedensbewegung (Vgl. Neubert 2000: S. 335).

<sup>232</sup> Vgl. Matthias-Domaschk-Archiv, Friedensbewegung, Anfang 80er Jahre, keine Signatur.

<sup>233</sup> Linke 1982, in: Israel 1991: S. 131.

‘Friedenspolitik’ der DDR lösten einen Prozess aus, eine Bewegung des Protestes, des Suchens nach alternativen Wegen zum Frieden.“

Nachdem durch die Friedensgruppen oppositioneller Raum im Rahmen der Kirchen erschlossen worden war, boten sich hier in der Folge Andersdenkenden Betätigungsmöglichkeiten auch bei anderen Themen.<sup>234</sup> Die seit längerem in der DDR existierende Menschen- und Bürgerrechtsbewegung fand sich hier ebenso ein wie die Dritte-Welt-Bewegung oder die Umweltbewegung, die besonders nach dem Abflauen der Friedensbewegung in der Mitte der achtziger Jahre starken Zulauf fand. Andere Gruppen wie die Emanzipationsbewegung von Frauen trugen weiter zum Wachsen und zur Vernetzung der oppositionellen Szene bei.

Trotz vielerlei Problemen und Schwierigkeiten - die der Oppositionsbewegung mitunter auch in Person von Kirchenfürsten in den Weg traten<sup>235</sup> - wuchsen die Gruppen so stark an, dass etwa seit Mitte der achtziger Jahre in diesem Zusammenhang von einer „zweiten Öffentlichkeit“ in der DDR gesprochen werden kann. Diese fußte auf einem eigenen Informationsnetzwerk, das in Form der Umweltbibliotheken, selbstverlegter Zeitschriften und Infoblättern in Erscheinung trat. Darüber hinaus gab es vielgestaltige, von den Gruppen organisierte Veranstaltungsformen sowie Ansätze einer wissenschaftlichen Gegenöffentlichkeit.<sup>236</sup>

Zur Charakteristik dieser Oppositionsbewegung im Rahmen der Kirche - und zu den Hauptsorgen die sie dem SED-Regime bereitete - gehörte also nicht nur die Behandlung von Problemen, die vom DDR-System verursacht oder ignoriert wurden, sondern vor allem das Entstehen eines politischen Sozialisationsraumes. Dieser konnte von den systemeigenen Sozialisationsinstanzen wie der Schule oder der FDJ-Gruppe nicht erreicht werden und stand im Gegensatz zu ihnen.<sup>237</sup>

Auch der Versuch des Staates, die Kontrolle und die Steuerung in diesem Raum durch den massiven Einsatz von Spitzeln zu erreichen, kann insgesamt als gescheitert angesehen werden. Dies beweist z. B. die seit 1985 bei den Oppositionsgruppen erkennbare Tendenz, die zwischenzeitliche Beschränkung auf kulturelle oder symbolische Aktivitäten (Baumpflanzungen etc.) zu sprengen und - die Tradition der Friedensbewegung fortführend - Forderungen nach grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Reformen zu

---

<sup>234</sup> Vgl. Bruckmeier 1993: S. 10 ff.

<sup>235</sup> Vgl. Neubert 2000: S. 348 f.

<sup>236</sup> Vgl. Bruckmeier ebd.

Beispiele für diese wissenschaftliche Gegenöffentlichkeit sind etwa Umweltstudien, die in den achtziger Jahren vom kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg erstellt worden sind (Vgl. Ebd.: S.12).

<sup>237</sup> Vgl. Ebd.

stellen. Die eingeschleusten Informellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit konnten diese politischen Aktivitäten nicht verhindern.<sup>238</sup>

### 2.3.3 Die außenpolitische Entwicklung

Aufgrund der Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik Deutschland waren bis zum Beginn der siebziger Jahre Außenbeziehungen der DDR außerhalb des sozialistischen Lagers nur in marginalen Ansätzen vorhanden.<sup>239</sup> Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der DDR in den sechziger Jahren weiteten sich zwar die Handelsbeziehungen des Landes auch zu kapitalistischen Staaten in dieser Dekade immer weiter aus, waren aber durch die politische Ignorierung eingeschränkt. Die politische Anerkennung auch in der westlichen Welt war daher das außenpolitische Ziel des ostdeutschen Staates in den sechziger Jahren<sup>240</sup>. Auch in den Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Vertrages und insbesondere zur Sowjetunion war die Suche nach Hilfe bzw. die Versicherung der unbedingten Solidarität mit der DDR in dieser Frage Kernpunkt der Politik Ostberlins.<sup>241</sup> Diese Unterstützung ließ sich Ulbricht am 11. August 1966 auch vom neuen sowjetischen Parteichef Breschnew in einem Gespräch versichern<sup>242</sup>:

„Wir bemühen uns alles zu tun, um die Deutsche Demokratische Republik politisch und wirtschaftlich zu festigen. Das ist für uns die Aufgabe Nummer eins im sozialistischen Lager.

Wir führen keine Gespräche, mit wem es auch sei, ohne die Frage zu stellen, wie geht es mit der Deutschen Demokratischen Republik. [...]

Ich muß offen sein: Die Frage der Aufnahme der DDR in die UNO ist eine schwierige Frage, die heute und morgen kaum durchführbar ist. Aber notwendig und durchführbar ist der ständige Kampf darum, bis eines Tages die ‚Blase voll ist und platzt‘.“

---

<sup>238</sup> Vgl. Ebd.

<sup>239</sup> Vgl. Kleßmann 1997: S. 444 ff.

Mitte der sechziger Jahre besaß die DDR insgesamt dreizehn Botschaften in sozialistischen Ländern, des weiteren eine Gesandtschaft in Jugoslawien, Generalkonsulate in Burma, Ceylon, Indonesien, Jemen, Kambodscha, den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Irak, ein Konsulat in Syrien sowie elf Handelsvertretungen auf Regierungsebene (ohne Syrien und Vereinigte Arabische Emirate) und fünfzehn Vertretungen der Kammer für Außenhandel (Vgl. Ebd.: S.444).

<sup>240</sup> Vergleiche auch folgende Dokumente SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/2.115/8 ZK SED, Außenpolitische Kommission beim Politbüro, Mitte-Ende 60er Jahre / Ebd. DY 30 IV 2/2.115/17, ZK SED, Außenpol. Kom., Arbeitsplan für 1967 und 2. Halbjahr 1969.

<sup>241</sup> Vgl. Hacker 1983: S.729 ff.

<sup>242</sup> SAPMO-BArch. DY 303294, Büro Ulbricht.

War der DDR-Führung die Unterstützung der Kremlspitze in diesem Kontext auch vor dem Machtwechsel 1964 sicher gewesen, war ihr diese „Einschwörung“ bei den anderen „Bruderländern“ in der ersten Hälfte der sechziger Jahre nicht vollständig gelungen.<sup>243</sup> Gegen den ausdrücklichen Wunsch Ostberlins hatten Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien in den Jahren 1963 und 1964 Handelsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland unter Einbeziehung Westberlins abgeschlossen. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, unter dem Einfluss des strafferen Führungsstils Breschnews, gelang es der SED-Führung nun deutlich besser, die von ihr gewünschte Blocksolidarität herzustellen.<sup>244</sup> Hierbei war insbesondere die vom 24. bis 26. April 1967 in Karlovy Vary stattfindende Konferenz von vierundzwanzig kommunistischen Parteien Europas von Bedeutung.

Die diplomatische Anerkennung auch in der westlichen Hemisphäre gelang der DDR dann im Zuge der allgemeinen Ost-West-Entspannung und -Annäherung der sechziger und siebziger Jahre, obwohl die DDR - wie auch die BRD<sup>245</sup> - zunächst in ihrem Lager gegen die Entspannungsbemühungen opponierte.<sup>246</sup> In Ostberlin sah man durch die Annäherung der Weltblöcke die Gefahr einer Isolierung heraufziehen und war zudem darüber verärgert, dass die Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität nicht zur Bedingung für Entspannungsfortschritte gemacht worden war. Auch als nach dem Wahlsieg von Willy Brandt die bundesdeutsche Außenpolitik ihre Skepsis gegenüber der Ost-West-

---

<sup>243</sup> Vgl. Hacker: S.731.

<sup>244</sup> Vgl. Hacker: S.731 f.

1966 hatte die SED unter maßgebender Unterstützung der sowjetischen Führung den in den Hallstein-Doktrin fixierten Alleinvertretungsanspruch der BRD ein Memorandum („Ulbricht-Doktrin“) entgegengesetzt, wonach die Warschauer-Pakt-Staaten erst dann diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen durften, wenn diese zuvor die DDR sowie die Nachkriegsgrenzen in Europa anerkannt hatten (Vgl. Kuppe 1999: S. 259/Frank 2001: S. 382 f.). Diese Blocksolidarität bezieht die SR Rumänien jedoch nicht mit ein, die am 31. Januar 1967 mit der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbarte (Vgl. Hacker 1983: S.732). Wie bereits im Punkt 2.2.2 dieser Arbeit kurz dargestellt wurde, nahm Rumänien spätestens seit der Wahl Nicolae Ceausescus zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei 1965 eine Sonderrolle im Warschauer Pakt ein, die auch mit einer teilweise stark ausgeprägten Isolierung des Landes innerhalb des Bündnisses verbunden war (Vgl. Gribkov 1995: S.105 ff.).

<sup>245</sup> In ihrem Militärblock stellte die Adenauer-Regierung die Forderung auf, die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle mit einer Politik zu verknüpfen, die die deutsche Wiedervereinigung zum Ziel hat. Dabei berief sich die Bundesregierung auf die Genfer Außenministerkonferenz von 1955, bei der die Westmächte in Verhandlungen mit der Sowjetunion vor Vertragsabschlüssen über Abrüstung und europäische Sicherheit die Regelung der deutschen Wiedervereinigung als Bedingung formuliert hatten (Vgl. Link 1988: S. 180 f.).

<sup>246</sup> Vgl. Link 1988: S.180 f.

Entspannungspolitik ablegte und ihrerseits durch die Neue Ostpolitik<sup>247</sup> diesem Prozess neue Impulse gab, hielt die DDR zunächst an ihrer ablehnenden Haltung fest.<sup>248</sup> Recht schnell musste sich aber auch die SED dem durch die Neue Ostpolitik verstärkten Sog der Ost-West-Entspannung anpassen.<sup>249</sup> Für die Änderung der Ostberliner Position dürfte zudem - wie im Fall der Sowjetunion bzw. der Volksrepublik Polen - das Interesse gesprochen haben, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen territorialen Tatsachen und Grenzziehungen auch vertraglich abzusichern.<sup>250</sup> Die Hauptmotivation für eine Beteiligung am Ost-West-Dialog sowie an deutsch-deutschen Gesprächen war für die DDR-Führung jedoch die so möglich werdende völkerrechtliche Anerkennung aus Bonn und die damit einhergehende internationale Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten. Eine Zielstellung, die unter den gegebenen Bedingungen eine vorsichtige, unnötige Störeinflüsse ausschließende Vorgehensweise verlangte. Als eine solche potentielle Störung kann die SED-Führung die Einführung des Wehrunterrichtes zur damaligen Zeit angesehen haben - und sie auf die Zeit nach der allgemeinen völkerrechtlichen Anerkennung verschoben haben. In der Tat löste die Einrichtung des Unterrichtsfaches 1978 in der DDR in der westdeutschen Öffentlichkeit die Aufregung und Empörung aus, die am Beginn des Jahrzehnts die Annäherung und vertragliche Bindung zwischen beiden deutschen Staaten hätte stören können.<sup>251</sup>

---

<sup>247</sup> Die nach der Bundestagswahl am 28.09. 1969 geschlossene sozialliberale Koalition bemühte sich, mit allen ost- und mitteleuropäischen Staaten in Verhandlungen zu kommen und Abschlüsse zu erreichen, die zur Entspannung in Europa und zur Aussöhnung der Deutschen mit den betreffenden Völkern beitragen sollten. Erfolge dieser Politik waren etwa der am 12.08. 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag mit der UdSSR und der am 07.12. 1970 mit der Volksrepublik Polen geschlossene Warschauer Vertrag (Vgl. Müller 1996: S. 385 ff.).

<sup>248</sup> Vgl. Wolle 1999: S. 58 f.

Hier ist zu erwähnen, dass auch die sowjetische Führung - trotz ihrer eigenen mit der Bundesrepublik laufenden Verhandlungen - noch in der Mitte des Jahres 1970 einen deutsch-deutschen Annäherungsprozess strikt ablehnte. (Vgl. Wolle 1999: S.58). In diesem Kontext kommentierte Breschnew Äußerungen Ulbrichts über eine mögliche Zusammenarbeit mit Brandt in einem Gespräch mit Honecker am 28.07. 1970 wie folgt (zitiert von Wolle: S.58):

„Was will Walter mit der Möglichkeit, durch nichts zu beweisende Möglichkeit, der Zusammenarbeit mit der westdeutschen Sozialdemokratie, was versteht [er] unter der Forderung, der Brandt-Regierung zu helfen [...] es darf zu keinem Prozess der Annäherung zwischen der DDR und der BRD kommen. Das will Brandt, das will Strauß, will die westdeutsche Bourgeoisie. [...] Sprechen wir es doch offen aus, aus Erfurt und Kassel kam nichts günstiges raus. Brandt hat in bezug auf die DDR andere Ziele als wir.“

<sup>249</sup> Vgl. Müller 1996: S. 387 f. / Maibaum 1998: S.63 f.

<sup>250</sup> Vgl. Wolle 1999: S. 59.

<sup>251</sup> Vgl. z. B. Henrich 1978 / Richter 1979 / Hellwig 1979.

### 2.3.3.1 Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Seit der gescheiterten Münchener Ministerpräsidenten Konferenz<sup>252</sup> (1947) war es kaum zu politischen Kontakten<sup>253</sup> zwischen beiden deutschen Staaten gekommen. So war das Interesse in ganz Deutschland groß, als es im Zuge von Briefwechseln zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph im Januar / Februar 1970 zur Vereinbarung zweier Gipfeltreffen zwischen beiden Politikern kam.<sup>254</sup> Diese am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai des selben Jahres in Kassel stattfindenden Gespräche gestalteten sich schwierig. Dem Wunsch der DDR-Führung nach voller völkerrechtlicher Anerkennung konnte Brandt - vor allem aufgrund des im Grundgesetz fixierten Anspruchs, für das ganze deutsche Volk zu gelten - nicht nachkommen. Er bot der DDR die Gleichberechtigung und den Austausch von Bevollmächtigten, nicht aber von Botschaftern an. Das erste Treffen war geprägt von lautstarken Willy-Rufen vieler DDR-Bürger vor dem Erfurter Hauptbahnhof. Das hatte sich die SED-Führung so nicht vorgestellt. Die großen Irritationen über die Sympathiekundgebungen *ihrer Menschen* für den westdeutschen Bundeskanzler sollten noch groteske Inszenierungen zur Folge haben<sup>255</sup>. Das Gespräch zwischen Stoph und

---

<sup>252</sup> Der bayrische Ministerpräsident hatte für den 6. und 7. Juni 1947 alle Länderregierungschefs - also auch die aus der sowjetisch besetzten Zone - zu einer Zusammenkunft nach München eingeladen, um in diesen Gesprächen zu sondieren, inwieweit es möglich ist, die Ministerpräsidenten als „Treuhänder des deutschen Volkes“ zu verwenden, solange es keine andere Instanz für Gesamtdeutschland gibt. Die Teilnahme der Premiers aus dem Osten war ungewiss. Als sie schließlich am 5. Juni in München eintrafen, beanstandeten sie die bereits feste Tagesordnung und reisten - nachdem ihre Änderungswünsche nur zum Teil berücksichtigt worden waren - wieder ab (Vgl. Müller 1996: S. 321 f.).

<sup>253</sup> Zu nennen sind hier der Empfang einer Volkskammerdelegation durch Bundespräsident Hermann Ehlers (CDU) im September 1952 im Zusammenhang mit dem „Vertrag über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ (Deutschland-Vertrag, 26.05.1952) (Vgl. Heine, Das Parlament, 17./23.09.2002), die Verhandlungen zwischen dem sozialdemokratisch geführten Westberliner Senat und der DDR-Regierung über ein Passierscheinabkommen, das in der Weihnachtszeit 1963 - erstmals seit dem Bau der Mauer - Westberliner wieder den Besuch von Verwandten im Ostteil der Stadt ermöglichte (Vgl. Maibaum 1998: S.52 f), oder die Briefe zwischen SED und SPD im Jahr 1966, in denen ein Redneraustausch zwischen beiden Parteien vereinbart wurde, der jedoch aufgrund von Missstimmigkeiten nicht zu Stande kam (Vgl. Kleßmann 1997: S.450 f.).

<sup>254</sup> Vgl. Kuppe 1999: S. 252 ff./ Kleßmann 1997: S. 448 ff./ Müller 1996: S.387 f. / Wolle 1998: S. 58 f.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Sowjetunion und der Volkrepublik Polen über den Abschluss von Verträgen bereits im vollen Gange (Vgl. Müller 1996: S. 387 f.).

<sup>255</sup> In der Folge wurden bei Besuchen von Politikern aus der BRD in der DDR seitens der Staatsicherheit Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, die sich nicht selten in absurden Arrangements niederschlugen. So wurden Stasi-Mitarbeiter bei derartigen Anlässen nicht nur als Ordnungskräfte, sondern auch als Spaziergänger oder Theaterbesucher eingesetzt (Vgl.



Brandt endete ohne greifbare Ergebnisse. Auch das zweite Gespräch in Kassel brachte keinen Fortschritt. Es wurde deutlich, dass es sich bei den Beziehungen der beiden deutschen Staaten um eine zu komplexe Angelegenheit handelt, als dass sie mit stets in die Öffentlichkeit getragenen grundsätzlichen Verlautbarungen geführt werden könnten.<sup>256</sup> Als sich die SED - nunmehr unter Honeckers Führung - Ende 1971 bereit erklärte, mit der Bundesrepublik Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag<sup>257</sup> aufzunehmen, war dies wohl vor allem der Einsicht geschuldet, dass mit der sozialliberalen Koalition in Bonn und mit einem Bundeskanzler Willy Brandt - im Vergleich zu der CDU/CSU-Alternative und im Hinblick auf die Durchsetzung eigener Interessen - das „kleinere Übel“ im Westen Deutschlands regierte.<sup>258</sup> Die Aufnahme von Verhandlungen über einen Verkehrsvertrag zeigen aber auch, dass beide Seiten eingesehen hatten, dass der Aufbau von konstruktiven deutsch-deutschen Beziehungen nur abseits grundsätzlicher Fragestellungen, bei der Lösung konkreter, beide Seiten betreffender praktischer Probleme erfolgen konnte.<sup>259</sup> Das im Zusammenhang mit der Neuen Ostpolitik Brandts und Scheels von der CDU/CSU Opposition gegen den Bundeskanzler im Bundestag angestrebte konstruktive Misstrauensvotum, veranlasste die DDR-Führung sogar, der Bundesregierung bei diesen Verhandlungen entgegenzukommen.<sup>260</sup> Nachdem die Gespräche am 22. und 23. März 1972 in Bonn unter der Leitung von Egon Bahr (BRD) und Michael Kohl (DDR) begonnen hatten und am 5./6. April in Ostberlin fortgesetzt worden waren, sprach sich das Politbüro der SED in einer Direktive für die Paraphierung des Verkehrsvertrages möglichst vor der zweiten und dritten Lesung der Ostverträge im Bundestag aus, um so Brandt den Rücken zu stärken.<sup>261</sup> Am 26. Mai 1972 - also nur einen Tag vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum<sup>262</sup> im Bundestag

---

Maibaum 1998: S. 72). Der Höhepunkt derartiger Stasi-Inszenierungen wurde sicherlich am 13.12. 1981 beim Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Güstrow erreicht, als eine ganze Stadt von Personen *gereinigt* wurde, die potentiell ein „feindlich-negatives Verhalten“ an den Tag legen konnten. In der Innenstadt spielten derweil Stasiangehörige und instruierte Jubler heiles DDR-Kleinstadtleben (Vgl. Wolle 1999: S. 167 ff.).

<sup>256</sup> Vgl. Maibaum 1998: S.69 ff..

<sup>257</sup> Am 11.12. 1971 war es bereits zu einem Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR bzw. der DDR und dem Senat von Westberlin zum Viermächteabkommen über Berlin gekommen (Vgl. Hellwig/Linne 1991: S. 461).

<sup>258</sup> Vgl. Wolle ebd.

<sup>259</sup> Vgl. Maibaum ebd.

<sup>260</sup> Vgl. Wolle ebd.

<sup>261</sup> Vgl. Ebd.: S.59 f..

<sup>262</sup> Das konstruktive Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt am 27. April 1972 scheiterte in einer geheimen Abstimmung. Der von der CDU/CSU als Gegenkandidat aufgestellte Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel erhielt nur 247 der 249 notwendigen Stimmen. Zuvor waren jedoch drei Abgeordnete des konservativen Flügels der FDP (1970) sowie der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Hupka (1972) aus Protest gegen die neue Ostpolitik und unter Beibehaltung ihrer Mandate zur CDU

- gaben Michael Kohl und Egon Bahr den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zum Verkehrsvertrag und die damit erreichten innerdeutschen Reiseerleichterungen bekannt. Für eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten sprachen im Frühjahr 1972 auch Passagen einer Rede Erich Honeckers, die dieser am 26. April in der bulgarischen Hauptstadt Sofia gehalten hatte. Darin schlug der neue SED-Parteichef der Bundesrepublik vor, nach der Ratifizierung der Ostverträge „in einen Meinungs austausch über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ein[zut]reten und die hierfür erforderlichen völkerrechtlichen Vereinbarungen [zu] treffen.“<sup>263</sup> In der Tat begannen die Verhandlungen über einen deutsch-deutschen Grundlagenvertrag nur kurz nach der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag (17. Mai 1972) sowie der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages (26. Mai 1972) am 16. Juni 1972.<sup>264</sup> An der Spitze der Verhandlungsdelegationen standen wieder Egon Bahr und Michael Kohl. Doch trotz dieser Vertrautheit des Personals stockte der Verhandlungsfluss bei den ersten Treffen. Wie schon bei den Erfurter und Kasseler Gesprächen prallten Maximalforderungen beider Seiten ergebnislos aufeinander. Erst nach einer Unterredung Bahrs mit Breschnew in Moskau sowie daraus resultierender Instruktionen des Kremls an die Adresse Ostberlins kam wieder Bewegung in die Verhandlungen.<sup>265</sup> Nur elf Tage vor der Bundestagswahl paraphierten schließlich Kohl und Bahr nach über tausend Verhandlungsstunden am 8. November 1972 den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag in Bonn.

Der Vertrag beschrieb die Beziehungen und den Status der beiden Staaten als gleichberechtigt.<sup>266</sup> Wie in den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und mit der Volksrepublik Polen wurde die Unverletzlichkeit der Grenzen betont. Sowohl die BRD als auch die DDR sollten des weiteren gleichzeitig Mitglieder der Vereinten Nationen werden. Mit dem Verzicht Bonns auf den Alleinvertretungsanspruch war das Hauptziel der Verhandlungen für Ostberlin erreicht. Durch den Passus im Vertrag, der die Einrichtung „Ständiger Vertretungen“ und eben nicht die von Botschaften am jeweils anderen Regierungssitz regelte, blieb die Bundesrepublik allerdings bei ihrer Rechtsposition, dass es sich bei der DDR nicht um Ausland handelt.

---

gewechselt. Daher stellte Brandt schließlich am 20. September 1972 im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage, damit - nach der einkalkulierten Niederlage - das Parlament aufgelöst und Neuwahlen durchgeführt werden konnten. Bei den Bundestagswahlen am 29. November 1972 erhielten die Regierungsparteien SPD und FDP eine deutliche Mehrheit. Die Sozialdemokraten stellten erstmals die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag (Vgl. Müller 1996: S. 391 f. / Maibaum 1998. S.75 f.).

<sup>263</sup> Zitiert von Wolle 1999: S. 60.

<sup>264</sup> Vgl. Wolle: S. 60 f. / Müller 1996: S. 395.

<sup>265</sup> Vgl. Wolle ebd.

<sup>266</sup> Vgl. Ebd.

Der Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten wurde am 21. Dezember 1972 im Gästehaus der DDR-Regierung *Unter den Linden* in Ostberlin von den beiden Verhandlungsführern unterzeichnet.<sup>267</sup> Für die DDR war mit diesem Abschluss auch der entscheidende Durchbruch für die diplomatische Anerkennung in der westlichen Welt verbunden<sup>268</sup>. Die BRD nahm danach zu den Warschauer-Pakt-Staaten Ungarn, ČSSR und Bulgarien diplomatische Beziehungen<sup>269</sup> auf.<sup>270</sup> Die Randereignisse während der Vertragsunterzeichnung machten aber auch deutlich, dass die SED alle Hoffnungen der eigenen Bevölkerung auf eine Wiedervereinigung Deutschlands bereits im Keime ersticken und solche *Vorkommnisse* wie beim Erfurtbesuch Willy Brandts in Zukunft unter allen Umständen verhindern wollte.<sup>271</sup> Die gegenüber dem Ort der Unterzeichnung – dem Kronprinzenpalais<sup>272</sup> - gelegene Humboldt Universität war am 21. Dezember geschlossen geblieben, das Gebiet um das Gebäude weiträumig abgesperrt und *Unter den Linden* spazierten an diesem Tag fast ausschließlich junge Männer mit Anoraks des gleichen Fabrikats – Mitarbeiter der Sicherungskräfte in Zivil.

Zwischen der BRD und der DDR kam es auch in den folgenden Jahren zu Vereinbarungen und Verträgen: Abkommen über zinslose Überziehungskredite beim innerdeutschen Handel für die DDR 1974, Verkehrsvereinbarung 1975, Abkommen über Post- und Fernmeldewesen 1976 u. a.<sup>273</sup> Mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages war allerdings der Höhepunkt der Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten in den siebziger Jahren erreicht. Die SED war an keiner weiteren Intensivierung der Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert, um so Spekulationen über gesamtdeutsche Zukunftsaussichten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Indizien für eine solche Politik waren in der Folge die Verschärfung der „Verordnung über die Akkreditierung und die Tätigkeit ständiger Korrespondenten von Publikationsorganen anderer Staaten in der Deutschen Demokratischen Republik [...]“<sup>274</sup> sowie die Erhöhung des

---

<sup>267</sup> Vgl. Wolle: S.61 / Judt 1998: S.517

<sup>268</sup> Bereits am 21. Dezember 1972 nahmen Österreich und Schweden mit der DDR diplomatische Beziehungen auf (Vgl. Wolle 1999: S. 61).

<sup>269</sup> Zur Sowjetunion und zu Rumänien bestanden diese bereits (Vgl. Hacker 1983: S.732 / Schubert, Klein 1997: S.129).

<sup>270</sup> Vgl. Spittmann 1990: S. 12.

<sup>271</sup> Vgl. Wolle: S. 61.

<sup>272</sup> Gästehaus der DDR-Regierung.

<sup>273</sup> Vgl. Hellwig, Linne 1991: S. 478, 486, 488.

<sup>274</sup> Zitiert von Spittmann 1990: S. 13.

1973 Die alter Verordnung von 1969 hatte bestimmt, dass die Tätigkeit ausländischer Journalisten vom Außenministerium genehmigt werden müsse und verpflichtete diese „die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechtes und die Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik sowie die Grundsätze journalistischer Ethik einzuhalten [...]“ (zitiert von Spittmann

Zwangsumtausches für Bundesbürger bei Reisen in die DDR 1973 bzw. 1980.<sup>275</sup>

Zu stärkeren Spannungen in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kam es nach mehreren Zwischenfällen an der gemeinsamen Grenze im Sommer 1976.<sup>276</sup> Weitere Probleme im Verhältnis BRD – DDR ergaben sich im Zusammenhang mit ausreisewilligen DDR-Bürgern. So ließ die SED-Führung am 11. Januar 1977 Volkspolizisten vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Stellung beziehen, um ausreisewillige DDR-Bürger am Betreten des Gebäudes zu hindern.<sup>277</sup> Andererseits musste Ostberlin schon aufgrund der seit Mitte der siebziger Jahre stetig wachsenden wirtschaftlichen Probleme und den damit verbundenen finanziellen Engpässen daran interessiert sein, die aus diesen Konflikten entstandenen Wogen in den Beziehungen zur Bundesrepublik zu glätten und das Verhältnis wieder in ruhiges Fahrwasser zu führen, um die Devisenerträge aus dem innerdeutschen Handel nicht zu gefährden.<sup>278</sup> In diesem Sinne erklärte auch Staats- und Parteichef Honecker im Frühjahr 1978<sup>279</sup>:

---

1990: S. 13 f.) Die neue, vom Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten Otto Winzer am 22. Februar 1973 in Kraft tretende, aber erst am 1. März 1973 veröffentlichte Verordnung schrieb den Korrespondenten nun auch vor: „[...] Verleumdungen oder Diffamierungen der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer staatlichen Organe und ihrer führenden Persönlichkeiten sowie der mit der Deutschen Demokratischen Republik verbündeten Staaten zu unterlassen, wahrheitsgetreu, sachbezogen und korrekt zu berichten sowie keine böswillige Verfälschung von Tatsachen zuzulassen.“ (zitiert von Spittmann ebd.) Unter Berufung auf diese neue Journalisten-Verordnung wurde 1975 der Ostberliner Spiegelkorrespondent Jörg Mettke ausgewiesen, weil das Nachrichtenmagazin über Zwangsadaptionen von Kindern geflüchteter DDR-Bürger berichtet hatte (Vgl. Spittmann: S. 53 f.). Ende 1976 erhielt der ARD-Korrespondent Lothar Loewe mit der gleichen Begründung die Ausweisung aus der DDR (Vgl. Ebd.). Journalisten aus der BRD waren erst Anfang März 1973 in der DDR akkreditiert worden (Vgl. Maibaum 1998: S. 123).

<sup>275</sup>Vgl. Maibaum 1998: 123 ff..

Ab dem 11. November 1973 war der Zwangsumtauschsatz für Besucher aus „nichtsozialistischen Staaten und Westberlin“ bei einem Besuch in der DDR von 10 auf 20 DM und bei einem Besuch Ostberlin von 5 auf 10 DM verdoppelt worden. Am 26. Oktober 1974 wird mit Wirkung vom 15. November 1974 dieser Umtauschsatz auf 13 bzw. 6,50 DM reduziert. Ab dem 9. Oktober 1980 wird der Betrag des Zwangsumtausches auf generell 25 DM erhöht (Vgl. Ebd.).

<sup>276</sup>Vgl. Spittmann: S. 42 f.

Dabei waren unter anderem der italienische Fernfahrer Benito Corghi und der Hamburger Urlauber Willi Bubbers von Angehörigen der Grenztruppen der DDR erschossen worden. Die Bundesregierung dachte in diesem Zusammenhang öffentlich darüber nach, wie mit Hilfe der Vereinten Nationen zusätzliche Institutionen geschaffen werden könnten, um die Menschenrechte in der DDR wirksamer zu schützen. Die DDR ihrerseits nutze etwa die fahrlässige Grenzübertretung zweier BGS-Beamter in den thüringischen Kreis Heiligenstadt aus, um die Bundesrepublik anzuklagen (Vgl. Ebd.).

<sup>277</sup> Vgl. Ebd.: S. 57.

<sup>278</sup> Vgl. Spittmann: S. 46, 65.

<sup>279</sup> Honecker, E. 1978: S. 13 f.

„Gemäß der friedlichen Koexistenz gestaltete internationale Beziehungen bringen dem Fortgang der Entspannung nutzen, wie umgekehrt eine Wiederbelebung der Praktiken des kalten Krieges nur vom Schaden ist. [...] Folgt man dem, so braucht der unverrückbare gesellschaftliche Gegensatz zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland kein Hindernis zu sein für die Entwicklung normaler völkerrechtlicher Beziehungen.“

Trotz aller Schwierigkeiten, Rückschläge und den Abgrenzungsprofilierungen der DDR-Führung kann für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in den siebziger Jahren, wegen der geschaffenen vertraglichen Grundlagen, dem Anstieg der Handelsbeziehungen aber auch aufgrund der nun möglichen menschlichen Kontakte (Telefongespräche, Verwandtschaftsbesuche etc.), insgesamt eine Verbesserung festgestellt werden.<sup>280</sup> Der bereits in den siebziger Jahren deutliche Spagat der SED-Politik, zwischen der Herausstellung der ideologischen wie staatsbürgerlichen Abgrenzung gegenüber der BRD bei gleichzeitiger Ausnutzung der ihr in der Bundesrepublik eingeräumten Sonderkonditionen<sup>281</sup>, kann noch stärker für die achtziger Jahren als Leitmetapher zur Charakterisierung der DDR-Politik gegenüber der Bundesrepublik herangezogen werden.

Die am Beginn der siebziger Jahre begonnene Pflege einer durchwachsenen Kontinuität in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten blieb auch nach der *Wende* in der Bundesrepublik und der Regierungsübernahme Helmut Kohls 1982 bestehen.<sup>282</sup>

---

<sup>280</sup> Vgl. Link 1988: S. 183.

<sup>281</sup> Der im „Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)“ vom 20.09. 1951 bis Ende Juni 1990 geltende Innerdeutsche Handel wurde von der Bundesrepublik nie als Außenhandel angesehen und demzufolge auch nicht mit entsprechenden Zöllen belegt. Im Zuge der Entwicklung der EG und der damit verbundenen Senkung bzw. Beseitigung von innereuropäischen Zollgrenzen wurde auch die DDR – im Sinne des Innerdeutschen Handels und dass die Grenze der BRD zur DDR kein Außengrenze ist – in diesen Handel der EG-Staaten mit einbezogen (Winters 1999: S. 444).

<sup>282</sup> Vgl. Judt 1998: S.525.

Hier sei auch auf die Milliardenkredite an die DDR in den achtziger Jahren verwiesen, ohne die – zumindest nach der Einschätzung vom im Politbüro der SED für ökonomische Fragen zuständigen Günter Mittag – „es einer massive Krise der DDR und Unruhen in der Bevölkerung mit unabsehbaren Folgen gegeben“ hätte (Vgl. Maibaum 1998: S. 97 f.).

### 2.3.3.2 Die Mitgliedschaft in der UNO und die Partizipation am KSZE-Prozess

Wie bereits erwähnt, war es vor der Aushandlung des Grundlagenvertrages mit der BRD der DDR kaum gelungen, ihr Statusdefizit in den internationalen Beziehungen zu verbessern.<sup>283</sup>

Während der Staat im Westen Deutschlands seit 1950 zumindest die Mitgliedschaft in vielen Sonderorganisation der Vereinten Nationen<sup>284</sup> erlangen konnte, musste die DDR ihre Partizipation am System der Weltorganisation auf gelegentliche Erklärungen zu einzelnen Tagungsordnungspunkten beschränken, die von der UdSSR, der Volkrepublik Polen oder der ČSSR in den entsprechenden Gremien kundgetan worden. Alle Versuche die Mitgliedschaft in einer der Sonderorganisationen zu erlangen, scheiterten an den Interventionen der Bundesrepublik bzw. an der durch die Hallstein-Doktrin verursachten Position der Mehrzahl der UNO-Staaten, die für die DDR den Status eines Staates abstritt .

Mit den Verhandlungen zum Grundlagenvertrag erfolgte auch hier eine Zäsur.<sup>285</sup> Noch während Bahr und Kohl über das Abkommen verhandelten, flog ein Beamter des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik zur Generalkonferenz der UNESCO nach Paris und erklärte das westdeutsche Einverständnis für die Aufnahme der DDR in die Sonderorganisation der UNO. Am 18. September 1973 wurden schließlich die Deutsche Demokratische Republik als 133. und die Bundesrepublik Deutschland als 134. gleichberechtigtes ordentliches Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen.

Das Verhalten der DDR in Bezug zu Abstimmungsverhalten und Stellungnahmen in der UNO war von Beginn an voll auf die Politik der Sowjetunion orientiert.<sup>286</sup> Dies wurde vom ostdeutschen Staat auch offen eingestanden und mit der abgestimmten „Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft“ begründet.

Mit der Erlangung der Mitgliedschaft hatte die DDR natürlich nun auch das Recht, in allen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Gleichwohl dieses Recht seit jeher mit einer Pflicht verbunden wird, war der ostdeutsche Staat in den siebziger Jahren nur in neun von insgesamt fünfzehn

---

<sup>283</sup> Vgl. Bruns 1978: S. 23.

<sup>284</sup> 1950 Wurde die BRD Mitglied in der UNO-Sonderorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), 1951 in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), 1952 in der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Weitere Mitgliedschaften folgten in den fünfziger und sechziger Jahren, so dass sie bei der Erlangung der Vollmitgliedschaft bereits in allen Sonderorganisationen vertreten war (Vgl. Bruns 1978: S. 28).

<sup>285</sup> Vgl. Ebd. / Müller 1996: S. 402.

<sup>286</sup> Vgl. Bruns 1978: S. 24.

Organisationen vertreten.<sup>287</sup> Mit Ausnahme der Mitwirkung in der Weltgesundheitsorganisation lag dabei der Schwerpunkt der Arbeit der DDR weniger in den organisationsspezifischen Inhalten als vielmehr in der Thematisierung und Propagierung der internationalen Sicherheit, Entspannung und Abrüstung. Diese sollten – nach der Argumentation der DDR – durch ihre überragende Bedeutung allen anderen Belangen der Internationalen Beziehungen vorgestellt sein. Konsequenterweise bildete der Themenbereich Sicherheit und Entspannung auch den Schwerpunkt der Reden des DDR-Vertreters bei der jährlichen UNO-Generalversammlung.<sup>288</sup> Ein weiterer außenpolitischer Meilenstein für die DDR war die Beteiligung am KSZE-Prozess. Im Rechenschaftsbericht des Politbüros an das ZK der SED nannte der im Politbüro für Fragen der Außenpolitik mitverantwortliche Hermann Axen als wichtigstes Ergebnis der von 1972 bis 1975 dauernden KSZE-Verhandlungen und der abschließenden Konferenz für die DDR, dass ihr damit endgültig der Durchbruch in der internationalen Politik gelungen sei und sie als „wichtiger Staat“ behandelt werde.<sup>289</sup> Als weitere Ergebnisse, die die DDR bei den Verhandlungen erreicht habe, erwähnte Axen: die Fixierung der „westlichen Grenzen des sozialistischen Weltsystems in Europa [...] als völkerrechtlich verbindlich“ sowie die Festschreibung der Prinzipien der Nichteinmischung. Dagegen habe die sozialistische Staatengemeinschaft der westlichen Welt keine prinzipiellen inhaltlichen Zugeständnisse gemacht. Das Dokument folge dem „neue[n] demokratischen Völkerrecht“, welches auf den Grundlagen der leninistischen friedlichen Koexistenz beruhe.

Hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie bei Fragen humanitärer sowie kultureller Angelegenheiten – wie sie in den Helsinki-Körben<sup>290</sup> zwei und drei

---

<sup>287</sup> Vgl. Ebd.: S. 28.

Die DDR wurde 1972 Mitglied der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), im Weltpostverein (UPU) (1973), bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (1974), in der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) (1974), in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) (1974), in der Organisation für Meteorologie (WMO) (1973), in der Internationalen Organisation zum Schutz geistigen Eigentums (WIPO) (1974), in der Internationalen Atom-Energie-Organisation (IAEA) (1973) und in der Zwischenstaatlichen Beratenden Schifffahrts-Organisation (IMCO) (1973). Nicht vertreten war die DDR hingegen in der Internationalen Organisation für Zivil-Luftfahrt (ICAO), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Bank für Aufbau und Entwicklung (Weltbank), der Internationalen Finanzkorporation (IFC) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) (Vgl. Ebd. 1978: S. 28).

<sup>288</sup> Vgl. Bruns 1978: S. 23.

<sup>289</sup> Vgl. ND, 03.10. 1975.

<sup>290</sup> Insgesamt wurden drei Themenbereiche (Körbe) behandelt. Erster Korb: Fragen der Sicherheit in Europa. Zweiter Korb: Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und

ausgehandelt worden waren – folgte die DDR nach der Konferenz der Position der Sowjetunion und machte eine Entwicklung in diesen Themengebieten von weiteren bilateralen und multilateralen Abkommen abhängig.<sup>291</sup> Ebenso wurden Lockerungen des inneren Sicherheitsregimes an die Bedingung weiterer Verhandlungen geknüpft und damit meist<sup>292</sup> auf die lange Bank geschoben. Durch die vollständige und originalgetreue Veröffentlichung des Vertragstextes in der DDR erhielten allerdings Bürgerrechtler die Möglichkeit in die Hand, sich bei ihren Forderungen nach Einhaltung der Grundrechte oder nach Ausreise auf das Helsinki-Dokument zu berufen.<sup>293</sup> Der SED-Führung war recht schnell klar, dass das durch die KSZE-Konferenz weiter gewachsene außenpolitische Prestige mit der Gefahr wachsender innenpolitischer Kritik und Unruhe verbunden war. Im höchsten Machtzirkel förderte dies wiederum die Argumentation für eine härtere Gangart beim innenpolitischen Machtregime sowie die Verschärfung der Erziehungspolitik.<sup>294</sup> Die Menschenrechtsproblematik war dann auch ein Schwerpunkt der KSZE-Nachfolgekonferenz von Oktober 1977 bis März 1978 in Belgrad – und mitverantwortlich dafür, dass das Treffen keine Weiterentwicklung der Entspannung in die Beziehungen beider System-Blöcke brachte. Gleichwohl kam man dabei überein, am Helsinki-Prozess festzuhalten.<sup>295</sup>

### 2.3.3.3 Die Beziehungen zu den Bündnispartnern im Warschauer Pakt

„Die UdSSR nimmt mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik wird die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden [...]“<sup>296</sup>, heißt es in einer Erklärung der Sowjetunion vom 25. März 1954.

Knapp ein Jahr später, am 25. Januar 1955, folgte ein „Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR“, der die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland erklärte.<sup>297</sup> Im Mai des gleichen Jahres

---

Technik sowie bei Umweltangelegenheiten. Dritter Korb: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (Vgl. Müller 1996: S. 410).

<sup>291</sup> Vgl. Spittmann 1990: S. 34 f.

<sup>292</sup> Als Folge der Schlussakte von Helsinki wurde mit dem Gesetz über die Bearbeitung von Eingaben (Eingabengesetz) vom 16. Juni 1975 auch im DDR-Recht eine zumindest theoretische Rechtsposition geschaffen, auf die sich DDR-Bürger im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit berufen konnten (Vgl. Gbl. 1, Nr. 5, 19.6. 1975, S. 34).

<sup>293</sup> Vgl. Ebd.: S. 33 u. 55 / Neubert 2000: S. 210 ff.

<sup>294</sup> Vgl. Neubert 2000: S. 258 f.

<sup>295</sup> Vgl. Link 1988: S. 188.

<sup>296</sup> Zitiert von Kleßmann 1997: S. 432.

<sup>297</sup> Vgl. Kleßmann ebd.) / Judt 1998: S. 20.



wird die DDR Mitglied im Warschauer Vertrag und im darauffolgenden September erfolgt die Unterzeichnung des ersten Freundschafts- und Beistandsabkommens mit der Sowjetunion. Der ostdeutsche Staat war somit Mitte der fünfziger Jahre vollständig in den seit Ende des Zweiten Weltkrieges von der UdSSR geschaffenen und geführten osteuropäischen Staatenverbund integriert. Sowohl die wichtigsten Organisationen des Ostblocks – Warschauer Vertrag und Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)<sup>298</sup> – wie die bilateralen Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Staaten in diesem Block waren allerdings eindeutig von der Hegemonie der UdSSR geprägt.<sup>299</sup> Die temporäre Aufweichung dieser Position am Beginn der sechziger Jahre wurde endgültig im Jahre 1968 durch die durch Prag rollenden Panzer der Sowjetarmee beseitigt. Die sowohl in geostrategischer als auch in politisch-propagandistischer Hinsicht besondere Rolle und Bedeutung der DDR innerhalb des östlichen Staatenbündnisses schloss jede Vorgehensweise der Ostberliner Führung aus, die von sowjetischen Vorstellungen abwich.<sup>300</sup>

Auch die Beziehungen zu den anderen Ostblockstaaten waren lange Zeit von dem Bemühen der DDR um allgemeine internationale Anerkennung geprägt.<sup>301</sup> Als Umkehrung der Hallstein-Doktrin versuchte Ostberlin, gestützt auf Moskau, mit den sogenannten Ulbricht-Doktrin die Verbesserung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den ostmitteleuropäischen Staaten zu blockieren. Dies gelang ihr nur zum Teil. So nahmen die SR Rumänien und die BRD 1967 diplomatische Beziehungen auf. Bereits 1963/64 hatte Westdeutschland Handelsabkommen mit Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossen.<sup>302</sup> Wie mit der Sowjetunion schloss die DDR auch mit den anderen Staaten des östlichen Militärbündnisses in den sechziger Jahren Verträge über Freundschaft und Beistand ab.<sup>303</sup> Angesichts der geographischen Gegebenheiten, aber auch wegen ökonomischer Anknüpfungspunkte sowie nicht zuletzt aufgrund der Hypothesen der jüngeren deutschen Geschichte standen jedoch bei den Beziehungen zu den anderen Sattelitenstaaten die zur ČSSR und zur Volksrepublik Polen im Vordergrund des Interesses der DDR.<sup>304</sup>

---

<sup>298</sup> Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde 1949 gegründet, die DDR war seit 1950 Mitglied in dieser Organisation (Vgl. Schubert, Klein 1997: S. 237 / Göschel u. a. 1979, Band III: S.526 ff.).

<sup>299</sup> Vgl. Kleßmann 1997: S. 432 ff. / Moldenhauer, Stolberg 1993: S. 163 / Holtmann u. a. 1991: S.66.

<sup>300</sup> Vgl. Kleßmann 1997: S. 434.

<sup>301</sup> Vgl. Ebd. S. 434 f. / Hacker 1983: S. 729 ff.

<sup>302</sup> Vgl. Ebd.: S. 435 / Hacker 1983: S. 731 f.

<sup>303</sup> Vgl. Kleßmann.: S. 440.

<sup>304</sup> Vgl. Ebd.: S. 437 ff.

Bereits 1950 erkannte die DDR mit dem Görlitzer Vertrag die Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze zur VR Polen an (Vgl. Ebd. 1997: S. 438).

Trotz der propagierten *unzerbrechlichen Freundschaft* zwischen den *Bruderstaaten*, und den daran geknüpften Verbindungen des staatlich geregelten Kultur- oder Jugendaustausches, waren diese Beziehungen aber nie sehr eng. Neben der Berücksichtigung der Hegemonie der Sowjetunion kann gerade das Misstrauen gegenüber den *Freundesländern* - und den aus ihnen ausstrahlenden Einflüssen auf die eigene Bevölkerung - als ein weiteres Hauptmerkmal der DDR-Außenpolitik bei der Gestaltung von Beziehungen zu diesen Ländern angesehen werden. Ausdruck für die bewusste Isolation der DDR-Bevölkerung war etwa die Handhabung der Reiseregulierung. Danach erhielten die Ostdeutschen nur dann Visa der *Bruderländer* – mit Ausnahme der ČSSR<sup>305</sup> –, wenn sie Einladungen aus diesen Staaten vorweisen konnten oder die Reisen bei staatlichen Veranstaltern buchten.<sup>306</sup> Als ein Beispiel für das Misstrauen gegenüber den *Freundesländern* auf der politischen und militärischen Ebene sei hier ein Vorgang aus den sechziger Jahren kurz vorgestellt: In einem Schreiben des Verteidigungsministers der DDR, Heinz Hoffmann, an - den damals im Politbüro für Sicherheitsfragen zuständigen - Erich Honecker vom 6. September 1966 wird eine Anfrage des bulgarischen Armeegenerals Michailow behandelt. Der hatte bei Hoffmann darum gebeten, drei bis vier Personen seines Kabinetts zu Konsultationen in die DDR schicken zu dürfen, damit sie sich über Fragen der Wehrmobilisierung der Bezirke und Kreise und der dafür geschaffenen Organe informieren können.<sup>307</sup> „Das würde allerdings bedeuten,“ schreibt Hoffmann, „daß wir den Genossen weitgehend Einblick in die Struktur und Aufgabenstellung der vor kurzem vom Nationalen Verteidigungsrat beschlossenen Anordnungen über die Strukturen, Organisation und Aufgaben der Bezirkseinsatzleitungen sowie über Aufgaben und Struktur der Hauptverwaltung für Mob.-Arbeit beim Ministerrat gewähren würden.“ Honecker antwortete bereits am 9. September 1966: „Der Bitte des Armeegenerals Michailow, drei bis vier Personen seines Kabinetts zu Konsultationen über die bekannten Fragen zu

---

<sup>305</sup> Am 1. Januar 1972 hatte die DDR einen visafreien Reiseverkehr mit der ČSSR und der VR Polen aufgenommen, worauf sich in allen drei Staaten riesige Besucherströme in Bewegung setzten, die auch von den Angeboten an Konsumgütern der Nachbarländer angezogen wurden. Diesen Ansturm waren allerdings die Planwirtschaften der Staaten nicht gewachsen, so dass neben der bereits ab Januar 1972 geltenden begrenzten Möglichkeit des Geldumtausches in der DDR Maßnahmen getroffen wurden, in den „Zentren des Touristenabkauf“ einige Waren nur im eingeschränkten Umfang zu verkaufen bzw. Mangelwaren in diesen Gebieten „nicht konzentriert“ anzubieten (Vgl. SAPMO-BArch. ZPA, DY 30/311970/1, Büro Jarowinsky, Werner Jarowinsky an Erich Honecker mit Anschreiben vom 1.6.1978, verwendet von Wolle 1999: S. 94). Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen am Beginn der achtziger Jahre wurde am 30. Oktober 1980 der visafreie Reiseverkehr zwischen der Volksrepublik und der DDR wieder eingestellt (Vgl. Wolle: S. 93 ff.).

<sup>306</sup> Vgl. Wolle: S. 93 f.

<sup>307</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, AZN 32653, Schriftverkehr Verteidigungsminister Hoffmann mit E. Honecker 1966.

empfangen, ist nicht zu entsprechen. Wir halten es für zweckmäßig, daß sich in diesen Fragen die bulgarischen Genossen direkt mit den sowjetischen Genossen konsultieren.“<sup>308</sup>

Für den in dieser Arbeit besonders relevanten Bildungsbereich berichten die Archivdokumente von relativ wenigen Kontakten zu anderen Ostblockstaaten. So fand die erste Konferenz der Volksbildungsminister der sozialistischen Länder erst im Februar 1975 in Berlin statt, wobei mit Beiträgen über die Verbesserung der Erziehung zur allseitig gebildeten kommunistischen Persönlichkeit ein für alle beteiligten Staaten unverfängliches Thema im Mittelpunkt stand.<sup>309</sup>

---

<sup>308</sup> Ebd.

<sup>309</sup> Vgl. SAPMO-BArch., DY 30 IV B2/9.05/78 ZK SED Abteilung Volksbildung.

### 3. Die Einführung des Wehrunterrichtes im Warschauer Pakt

#### 3.1 Kein Thema in einem Ostblockgremium

Nach der vorangegangenen zeitgeschichtlichen Betrachtung bleibt festzuhalten, dass in der Sozialistischen Republik Rumänien die Einführung des Wehrunterrichtes unabhängig von der Entwicklung in den anderen Ländern vonstatten ging.<sup>310</sup> Als sich in den siebziger und achtziger Jahren auch im Bereich des Wehrunterrichtes eine in der Regel bilaterale Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen der Ostblockstaaten entwickelte, wurde folgerichtig die renitente Sozialistische Republik Rumänien nicht mit einbezogen.

Wie bereits erwähnt, fand die 1. Konferenz der Volksbildungsminister der sozialistischen Staaten erst 1975 statt. Die Wehrerziehung oder der Wehrunterricht waren dabei jedoch kein Thema. Auch bei den Tagungen des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages, den Konsultationen der Generalstäbe der Bündnisarmeen, den Treffen der Außenminister, den Konferenzen der Kommunistischen und Arbeiterparteien oder bei anderen hochrangigen Treffen im Ostblock wurde der Themenbereich Wehrunterricht / Wehrerziehung nicht berührt<sup>311</sup>. Die oberste Ebene des Militärbündnisses bzw. des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe blieb vielmehr der *großen* Politik vorbehalten – also etwa der Auseinandersetzung mit der NATO im Ostwestkonflikt bzw. der Koordinierung der Wirtschaftsräume der Mitgliedsländer des RGW.

Ein erstes multilaterales Treffen der Leiter Wehrerziehung/Wehrunterricht der pädagogischen Forschungseinrichtungen der Sowjetunion, der ČSSR, Bulgariens, Ungarns, Polens und der DDR wurde nach einem Dokument der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR aus dem Jahre 1980 erst für 1984 oder 1985 in Bratislava geplant.<sup>312</sup> Zu einem Zeitpunkt also, als das Unterrichtsfach längst in allen Ländern etabliert war. In späteren Dokumenten wird dieses Treffen zudem nicht mehr erwähnt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Planungen dafür im Sande verlaufen sind und das Treffen nicht

---

<sup>310</sup> Vgl. Gribkov 1995: S.106 f..

<sup>311</sup> Vergleiche eine Auswahl von Protokollen und anderen Papieren solcher Treffen: SAPMO-BArch. DY 30 3312, ZK SED, Büro Ulbricht / DY 30 3395, ZK SED, Büro Ulbricht / DY 30 3396, ZK SED, Büro Ulbricht/ DY 30 J IV/2/1086, ZK SED, Politbüro / DY 30 IV 2/2.115/17, ZK SED, Außenpolitische Kommission des Politbüro, Arbeitsplan 1967 / DY 30 IV 2/2.115/9, ZK SED Außenpolitische Kommission beim Politbüro / DY 30 IV 2/2.115/8 ZK SED, Außenpolitische Kommission beim Politbüro, Protokoll der 6. Sitzung, 06.12.1967/ Bundesarchiv-Militärarchiv AZN 32625, Korr. Armeege. Hoffmann mit Ulbricht 1968, AZN 32621 Tagung der Generalstäbe 1966/67 / Ebd., Bericht über Reise Armeege. Hoffmanns zur KPdSU-Spitze nach Moskau, 17.05.-19.05.1967.

<sup>312</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

stattgefunden hat.<sup>313</sup> Ein Bericht des Leiters der Forschungsgruppe Wehrerziehung / Wehrunterricht bei der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Joachim Lück, aus dem Oktober 1988 lässt die Schlussfolgerung zu, dass eine solche Zusammenkunft nie zu Stande kam. Nach einer Dienstreise nach Bratislava schreibt Lück<sup>314</sup>:

„Wir, Dr. Soukup, Dr. Istok und ich, vertreten die Auffassung, daß es notwendig ist, die Entwicklung des Wehrunterrichtes in den sozialistischen Bruderländern in einer Studie zu vergleichen, ihre Ergebnisse zusammenzufassen, Gemeinsames und Unterschiedliches herauszuarbeiten. Eine gemeinsame Beratung der Leiter der Forschungsgruppen könnte ein wichtiger Ausgangspunkt sein.“

Bei den paramilitärischen Organisationen der Warschauer Pakt-Staaten lassen sich zwar sporadische Kontakte bereits in den fünfziger Jahren nachweisen<sup>315</sup>, engere Verbindungen wurden aber auch auf dieser Ebene erst seit Mitte der siebziger Jahre geknüpft.<sup>316</sup>

Der Informationsaustausch zu pädagogischen Fragestellungen und Vorgängen zwischen den Ostblockstaaten – und somit auch zum Themenkomplex Kommunistische Erziehung / Wehrerziehung – beschränkte sich bis zum Ende der sechziger Jahre im Wesentlichen auf die bilaterale Ebene.<sup>317</sup> Multilaterale Kontakte zu allgemeinen pädagogischen Fragen waren bis zu diesem Zeitpunkt die absolute Ausnahme, wenn diese doch stattfanden, ergaben sich daraus keine Ergebnisse in Form irgendeiner Zusammenarbeit.

Bilaterale Kontakte erfolgten über Dienstreisen von „Volksbildungsexperten“ verschiedener Ebenen aus Ministerien und Forschungseinrichtungen zu ihren Kolleginnen und Kollegen in den *Freundesländern*.<sup>318</sup> Eine weitere Informationsquelle über Entwicklungen im Bildungsbereich der anderen Länder waren die Kulturabteilungen der Botschaften, wo regelmäßig entsprechende Dossiers erstellt wurden.<sup>319</sup> Aber weder bei den bilateralen Kontakten noch in den Infor-

---

<sup>313</sup> Vgl. z. B. Schulz 1984 / BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim: Zu einigen Aspekten ... , 1982 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... , 06.04.1987.

<sup>314</sup> BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988. S. 12.

<sup>315</sup> So nahmen am 1. Kongress der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) vom 14. bis zum 16. September 1956 auch insgesamt zehn Delegationen von paramilitärischen Organisationen aus den *Bruderländern* teil (Vgl. Eltze u. a. 1987: S. 77).

<sup>316</sup> Vgl. Gosztony 1977: S. 317.

<sup>317</sup> Vgl. auch Kuebart 1984: S.126.

<sup>318</sup> Vgl. z. B. AAA/BMAA/DDR B/854/69, Durchführung von kurzfristigen Studienreisen ... Dez. 1964 – Jan. 1968 / Ebd. B 80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967 – 1969.

<sup>319</sup> Vergleiche z. B. folgende Quellen: AAA/BMAA/DDR, ZR 1431/70, Botschaft Moskau ... 1967/ Ebd. C 106/74, Botschaft Moskau ... Mai 1966, Dez. 1967, Feb., Mai 1968, Feb. 1970 /

mationsschreiben der DDR-Botschaften wurde der Wehrunterricht bis 1969 thematisiert. Ein Interesse der Bildungsverantwortlichen der DDR an einem solchen Unterrichtsfach zeigte sich auch erst dann, als sie eben durch ein Dossier der Kulturabteilung der DDR Botschaft in Moskau 1969 von der Einführung des Faches in der UdSSR erfahren hatten.<sup>320</sup>

Hinsichtlich der Eingangs dieser Arbeit formulierten Frage nach der Art und Weise der Einführung des Wehrunterrichtes lassen die aus den Archivmaterialien gewonnenen Informationen also den Schluss zu, dass das Unterrichtsfach kein Gemeinschaftsprojekt der Ostblockstaaten war.

Auch für die Variante, dass den Warschauer Pakt Staaten ein Diktat aus Moskau zugegangen ist, das sie zur Etablierung des Faches aufforderte, konnten keine Hinweise gefunden werden. An dieser Stelle der Untersuchung ist daher davon auszugehen, dass der Wehrunterricht in den einzelnen Staaten isoliert, aufgrund länderspezifischer Ursachen und Absichten etabliert wurde, dass er seine Einführung eines von den Satellitenstaaten gegenüber Moskau empfundenen Gehorsams nach dem Motto: *Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!* verdankte (Der aber zumindest teilweise vorauseilender Natur gewesen sein müsste, da in Ungarn und Bulgarien die Unterrichtung wie in der UdSSR 1968 begann.) - oder dass die Gründe in einer Gemengelage aus beiden Aspekten zu finden sind.

## 3.2 Die Etablierung des Faches in der UdSSR

### 3.2.1 Das Scheitern des 11-Klassen-Schulsystems mit dem Schwerpunkt Produktionsunterricht

An der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR<sup>321</sup> wurden lange vor der Einführung des Wehrunterrichtes 1968 bereits Forschungen im Bereich der ideologischen Indoktrination betrieben. So berichteten der Direktor der Institution, Kairow, und die leitende Mitarbeiterin, Lebedowa, dienstreisenden Kollegen vom Deutschen Pädagogischem Zentralinstitut<sup>322</sup> 1962<sup>323</sup>:

„An der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften führen wir Forschungen durch, die ein geschlossenes Erziehungssystem für die Kinder und Jugendlichen

---

Ebd. A14227, Informationen, Berichte über Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR Polen auf dem Gebiet der Volksbildung, 1969-1970.

<sup>320</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin DR 2 D632, Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, 27.05.1969 / BBF/DIPF/Archiv, Signatur 0.4.26, Günther, Karl-Heinz, 1973.

<sup>321</sup> Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Sie war die größte Unionsrepublik der UdSSR und umfasste weite Teile Osteuropas und Nordasiens (Vgl. Göschel 1979: S.630 f.). Das heutige Russland ging flächenmäßig zu wesentlichen Teilen aus der RSFSR hervor.

<sup>322</sup> Das 1949 gegründete Deutsche Pädagogische Zentralinstitut mit Sitz in Berlin wurde 1970 in Akademie der Pädagogischen Wissenschaften umbenannt (Vgl. Göschel 1978: S. 51).

<sup>323</sup> SAPMO-BArch., NY 4182/928 ZK SED, Bestand Walter Ulbricht ... 30.10.1962.

zum Ziele haben, die nach dem Sinne des Moralkodex der Erbauer des Sozialismus erzogen werden.“

Im Frühjahr des Jahres 1964 – also noch vor Chruschtschows Entmachtung – bereiste wieder eine Delegation des Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes die UdSSR, um sich gemäß ihres Auftrages „neben den Verhandlungen über den Vertrag zwischen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und dem Deutschen Zentralinstitut [...] mit dem Stand der Diskussion zu einigen inhaltlichen Problemen der Entwicklung des Schulwesens und der Pädagogik in der Sowjetunion vertraut zu machen.“<sup>324</sup> Dabei erfuhren die Volksbildungsexperten aus der DDR zu ihrer Überraschung, dass die Sowjetunion sich von ihrem gerade mal fünf Jahre zuvor eingerichteten 11-Klassenschulsystem mit Produktionsunterricht wieder verabschieden will.<sup>325</sup> Dieses durch ein Unionsgesetz vom 24.12.1958 beschlossene und im Sommer 1959 eingeführte System war als Kompromiss aus einer Auseinandersetzung hervorgegangen, bei der auf der einen Seite einige Bildungsexperten, viele Lehrer sowie besorgte Eltern und auf der anderen Seite der sowjetische Parteichef und andere Spitzenfunktionäre standen. Chruschtschow hatte dem gesamten Bildungssystem eine „Entfremdung vom Leben und [die] Loslösung von der Produktion“<sup>326</sup> vorgeworfen. Er schlug eine Konzeption vor, die lediglich einen sieben bis achtjährigen Schulbesuch beinhaltete. An die Schule sollte sich dann eine drei bis vier Jahre dauernde Tätigkeit in der Produktion anschließen. Erst danach war nach seinen Vorstellungen eine Beschreitung weiterführender Bildungswege gerechtfertigt.<sup>327</sup> Seine Gegner fürchteten bei diesem Konzept vor allem die physische Überforderung der Kinder. Das Kompromissergebnis, die 1959 entstandene 11-

---

<sup>324</sup> SAPMO-BArch. NY 4182/929, ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Deutsches Pädagogisches Institut, Informationen.. 25.06.1964.

<sup>325</sup> Vgl. auch Anweiler 1980: S. 161 ff. / Anweiler, Meyer: 1979: S. 44 ff.

<sup>326</sup> Zitiert von Anweiler 1980: S.161.

<sup>327</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Kulturabteilung ..., Aktenvermerk Gespräch Schlemm ... 21.04. 1965.

Chruschtschow war in seinen pädagogischen Überlegungen stark von frühen sowjetischen Vorstellungen über das Schulwesen beeinflusst (Vgl. Nolte 1979: S. 215 f.). Deutliche Parallelen lassen sich etwa zu Anton Semjonowitsch Makarenko (13.03.1888-01.04.1939) herstellen, der z. B. in seinen Berichten über die von ihm geleitete Gorki-Kolonie bzw. die Dscherschinski-Kommune beschreibt, wie die dort lebenden kriminellen und verwahrlosten Jugendlichen - eben durch die mehrjährige Arbeit in den von ihnen selbst aufgebauten Industriebetrieben (Dscherschinski-Kommune) bzw. in einem landwirtschaftlichen Betrieb (Gorki-Kolonie) - zu moralisch anständigen und fleißigen Menschen erzogen worden. Makarenko berichtet zudem davon, dass etliche seiner Zöglinge, nachdem sie ihre Ausbildung außerhalb der Kommune oder Kolonie fortgesetzt hatten, Ärzte, Historiker, Ingenieure etc. geworden sind (Vgl. Makarenko 1952: S.64 ff. / Makarenko 1972: 754 ff.).

Klassenschule<sup>328</sup>, sah nun vor, dass in der sowjetischen Schule sowohl ideologische wie ökonomische als auch pädagogische Aspekte gleichrangige Bedeutung erhalten sollten.<sup>329</sup> Dies hatte u. a. eine berufliche Spezialausbildung für alle Schüler ab dem fünfzehnten Lebensjahr und eine zweijährige Produktions-tätigkeit vor dem Beginn eines Studiums zur Folge.<sup>330</sup> Am 6. Juli 1960 begründete der Präsident der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, Kairow, in einer Rede auf den Allrussischen Lehrerkongress die Änderungen im Schulsystem folgendermaßen<sup>331</sup>: „Die Einheit von Wort und Tat kommt nicht von allein zustande. Zu dieser Haltung muß man erziehen, sowohl durch die Organisation der entsprechenden praktischen Tätigkeit der Kinder und Jugendlichen als auch durch die Lenkung ihres täglichen Lebens und Benehmens“, um dann die Vorteile des bereits seit einem Jahr im stärkeren Umfang laufenden Arbeitsunterrichtes zu beschreiben:

„Die Arbeit wurde zu einem Faktor der Erziehung und der weltanschaulichen Formung der Schüler. Sie diszipliniert sie, erzieht zur Konzentration, lehrt die Zeit schätzen, entwickelt die Ausdauer, Initiative, Selbständigkeit, Verantwortungsgefühl [...]. Die Arbeitserziehung verfolgt nicht nur das Ziel, auf die spätere Arbeit vorzubereiten, sondern ebenso ein richtiges Verhalten zu den Mitmenschen anzuerziehen. [...] Es ist völlig unzureichend, dem Schüler lediglich bei der Aneignung solider Arbeitsfertigkeiten zu helfen, ihn den Umgang mit Maschinen und Mechanismen zu lehren, ihm Kenntnisse der modernen Produktion zu vermitteln. Man muß ihn die Arbeit hochschätzen lehren, ihn an die Arbeitsanstrengung gewöhnen, ihm das Bedürfnis nach Arbeit einimpfen.“<sup>332</sup>

Doch in der Praxis gab es am Beginn der sechziger Jahre große Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des neuen Schultyps mit polytechnischer Schwerpunktset-

---

<sup>328</sup> Bis dahin bestand in der UdSSR ein 10-Klassenschulsystem (Vgl. Anweiler 1980: S.162). Die Schulpflicht umfasste allerdings nach einem Unionsgesetz von 1958 nur acht Jahre (Vgl. AAA/BMAA/DDR, ZR 1431/70 Botschaft Moskau ... 30.05. 1967).

<sup>329</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Kulturabteilung ..., Aktenvermerk Gespräch Schlemm ... 21.04. 1965/ Anweiler 1980: S.161 ff.

<sup>330</sup> Der Umfang des polytechnischen Unterrichts betrug damals von der fünften Klasse bis zur achten Klasse drei Wochenstunden. Die Schülerinnen und Schüler ab der neunten Klassenstufe hatten dann mindestens zwölf Stunden pro Woche in diesem Bereich zu absolvieren. Der Charakter des Arbeitsunterrichtes war von der Lage der Schulen abhängig. So arbeiteten die Jugendlichen in ländlichen Gebieten in Kolchosen und die in den Städten in Industriebetrieben (Vgl. Matthews 1982: S. 24 ff.).

<sup>331</sup> Uschietjelskaja Gaseta (УЧИТЕЛЬСКАЯ ГАЗЕТА – Lehrerzeitung, M. K.), 07.07.1960, abgedruckt in: Anweiler, Meyer 1979: S. 405.

<sup>332</sup> Eine weitere von Chruschtschow im Bildungsbereich angestoßene Reform war z. B. die Einrichtung von Ganztagschulen ab 1960 (Vgl. Anweiler, Kuebart, Meyer 1976: S. 47 f.).



zung.<sup>333</sup> Neben dem Problem eines zu starken Anteils des Produktionspraktikums und der damit verbundenen Vernachlässigung des kognitiven Bereiches<sup>334</sup> sowie einer allgemeinen Ineffektivität der 11-Klassenschule war nach Aussage des Ministers für Volksbildung der RSFSR Afanasenko vor allem ein „politisch-ideologisches Problem“ für das Scheitern dieses Schulmodells verantwortlich. Bei näherer Betrachtung entpuppt sich dieses Problem allerdings als ein soziales: Die Zusammensetzung der neunten, zehnten und elften Klassen beschränkte sich nämlich vorrangig auf die Kinder der Angehörigen der Intelligenz, der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre sowie auf die von qualifizierten Arbeitern.<sup>335</sup> Die Mehrzahl der Arbeiter- und Bauernkinder musste - meist aufgrund materieller Schwierigkeiten ihrer Eltern - die Schule bereits nach dem achten Schuljahr verlassen.

Das Scheitern des 11-klassigen Schulsystems<sup>336</sup> mit starker Schwerpunksetzung auf der Tätigkeit der Schüler in der Produktion war – durch sein starkes Engagement in dieser Frage - eine persönliche Niederlage von Parteichef Chruschtschow.

### **3.2.2 Das 10-Klassen-Schulsystem und die Suche nach neuen Methoden der kommunistischen Erziehung**

Aus dem Bericht der bereits erwähnten Delegation des Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes, die im Frühjahr 1964 in der UdSSR weilte, erfährt man auch, dass aufgrund von Defiziten den „Problemen der weltanschaulichen Erziehung der Jugend [...] nach dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU vom vergangenen Jahr [...] große Aufmerksamkeit gewidmet“ wurde.<sup>337</sup> In der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR wurde aus diesem Grunde eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die unter der Leitung des

---

<sup>333</sup> Im Jahre 1961 nahmen erst etwa 53 % aller Schülerinnen und Schüler der 9.-11. Klassen am Produktionsunterricht teil. Deshalb wurde am 30. Mai 1961 eine Verordnung des Ministerrates der UdSSR „Über die Verbesserung des Produktionsunterrichtes für die Schüler der allgemeinbildenden Mittelschulen“ herausgegeben, um die Anstrengungen im Lande für den Produktionsunterricht in den Schulen, Schulverwaltungen und Betrieben zu erhöhen (Vgl. Anweiler, Kuebart, Meyer 1976: S. 53 ff.).

<sup>334</sup> Vgl. Anweiler 1980 ebd. / Matthews 1982: S.32.

<sup>335</sup> Vgl. SAPMO-BArch. NY 4182/929, ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Bericht über Konsultationsreise ... 1964.

<sup>336</sup> Hier muss auch erwähnt werden, dass es auch große materielle Probleme im Schulwesen der Sowjetunion gab, die etwa aufgrund mangelnder Schulgebäude dazu führten, dass rund ein Drittel aller Schüler am Beginn der sechziger Jahre erst nachmittags unterrichtet werden konnte (Vgl. SAPMO-BArch. NY 4182/928, ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Informationen des Ministeriums für Volksbildung über Reise in die Sowjetunion, 09.11.1963).

<sup>337</sup> SAPMO-BArch. NY4182/929, ZK SED, Bestand Ulbricht, Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, Informationen ... 25.06.1964.

Genossen Monosson sich mit der Erarbeitung eines Systems der weltanschaulichen Erziehung beschäftigen sollte. Die Arbeit dieser Kommission folgte dem „Warenhausprinzip“. Das heißt, die jeweiligen Fachvertreter boten aus ihren Gebieten an, was ihrer Meinung nach für die weltanschauliche Erziehung eingesetzt werden konnte. Die Gruppe um Manosson begutachtete dann diese Vorschläge und ordnete sie in ein Gesamtsystem ein. Allerdings war man mit den bisherigen Ergebnissen der Arbeit der Manosson-Kommission alles andere als zufrieden. So heißt es in dem Bericht der Wissenschaftler aus der DDR, dass das Hauptproblem der Ergebnisse dieser Arbeit darin liege, „daß sie zu allgemein seien.“<sup>338</sup> Des weiteren berichtet die genannte Quelle, dass am Institut für Psychologie der Akademie ein Kollektiv unter der Leitung von N.A. Mentshinskaja sich mit dem Auftrag beschäftigte, psychologische Bedingungen der weltanschaulichen Erziehung zu untersuchen. Dabei wurden unter anderem entsprechende Forschungsuntersuchungen im Gesellschaftsunterricht, im Biologieunterricht, im Geographieunterricht und in einigen anderen Fächern eingeleitet. Überlegungen und Planungen für ein Schulfach Wehrunterricht erwähnt der Bericht der Delegation des Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes nichts. Dies bedeutet, dass es entweder solche Überlegungen noch gar nicht gab, oder dass die sowjetischen Wissenschaftler sie vor ihren Kollegen aus der DDR geheim hielten.

Im Jahre 1964 erfolgte aufgrund der genannten Defizite eine erste Reform des sowjetischen Schulsystems, deren wichtigste Änderung sicherlich die Wiedereinführung der 10-Klassen-Schule war.<sup>339</sup> Anders als bei der Polytechnischen Oberschule in der DDR bedeutete dieses System jedoch nicht die Einheitsschule für alle Jugendlichen bis zur zehnten Klasse. Nach einem Unionsgesetz von 1958 – das nach wie vor Gültigkeit besaß – war lediglich eine Schulpflicht von acht Jahren vorgesehen.<sup>340</sup> Die Planungen aus dem Jahre 1964 sahen nun folgende Differenzierungen der Bildungswege nach der achten Klasse vor<sup>341</sup>:

### 1. Dreijährige Fabrik- und Landwirtschaftsschulen.<sup>342</sup>

---

<sup>338</sup> Ebd.

<sup>339</sup> Vgl. Anweiler 1980: S. 162.

In den baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen blieb die Elfklassenschule bestehen (Vgl. Ebd.1980: S. 168).

<sup>340</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, ZR 1431/70 Botschaft Moskau ... 30.05. 1967.

<sup>341</sup> Vgl. SAPMO-BArch. NY4182/929, ZK SED, Bestand Ulbricht, Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, Informationen ... 25.06.1964 / Ebd., ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Bericht über Konsultationsreise ... vom 21.-28.09. 1964.

<sup>342</sup> Hier wurde sowohl ein zum Hochschulstudium berechtigender als auch ein beruflicher Abschluss erlangt (Vgl. SAPMO-BArch. NY4182/929, ZK SED, Bestand Ulbricht, Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, Informationen ... 25.06.1964 / Ebd., ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Bericht über Konsultationsreise ... vom 21.-28.09. 1964).

2. Mittlerer Fachschulen, die mittlere technische Kader heranbilden.
3. Professionell–technische Bildungseinrichtungen (Berufsausbildung).
4. 10-Klassen Oberschulen mit Produktionsunterricht.
5. Abendschulen, in denen Lehrlinge bzw. junge Arbeiter die Hochschulreife erreichen können.

Während des XXIII. Parteitages der KPdSU – dem ersten unter Breschnews Führung - im Frühjahr 1966 wurde der Aufbau einer Mittelschule (10-Klassenschule/Regelschule) sowie die dafür notwendige Lehrplangestaltung bis 1970 beschlossen.<sup>343</sup> Neben dem Besuch der 9. und 10. Klassen dieser Mittelschule war es nun des weiteren möglich, ab dem 9. Schuljahr eine Berufsausbildung<sup>344</sup> zu beginnen. Diese untergliederte sich wiederum in beruflich-technische Schulen in den Städten (ein- bis dreijährige Ausbildung) und auf dem Lande (ein- bis zweijährige Ausbildung).<sup>345</sup>

In der Mittelschule wurden für den Arbeitsunterricht nur noch zwei Wochenstunden eingeplant, wodurch ihm – trotz der nach wie vor bestehenden verbalen Betonung des polytechnischen Charakters der Schule<sup>346</sup> - nur noch marginale Bedeutung zukam. Das heißt aber auch, dass die zentrale Rolle bei der Erziehung der Kinder- und Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten, die Chruschtschow dem Produktionsunterricht eingeräumt hatte, nun vakant war. Die neue Führung der kommunistischen Partei verband aber mit der strukturellen Umgestaltung des sowjetischen Schulsystems auch die Absicht, die Anstrengungen im Bereich der politisch-ideologischen Indoktrination sowie der patriotischen Erziehung zu verstärken.<sup>347</sup> Das wiederum konnte nur bedeuten, dass neue Erziehungsmethoden und –mittel in diesem Bereich gefunden werden mussten.

---

<sup>343</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967-1969, Studienreise Dr. Roland Rudolf ... 28.10.-04.11. 1968.

<sup>344</sup> Von 1969 an wurden ein Teil dieser Berufsschulen in einen neuen Schultyp umgewandelt, in dem die Jugendlichen eine drei- bis vierjährige Berufsausbildung bei gleichzeitiger Erlangung der Hochschulreife absolvieren konnten. Im Jahre 1978 nutzten 1,67 Mill. Jugendliche diese Ausbildungsmöglichkeit. Die Möglichkeit für Arbeiter, sich über den zweiten Bildungsweg zu qualifizieren, bestand fort (Vgl. Anweiler 1980: S. 170 f.). Nach einer Verordnung des Ministerrates der RSFSR vom 27.12.1966 bestand für diejenigen Absolventen der 10-klassigen Mittelschule, die kein Studium aufnehmen wollten/konnten, die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres an einer Berufsschule einen Beruf zu erlernen (Vgl. Anweiler, Kuebart, Meyer 1976: S. 62).

<sup>345</sup> Vgl. Anweiler 1980: S. 170 f.

<sup>346</sup> Vgl. Anweiler, Kuebart, Meyer 1976: S. 8 ff.

<sup>347</sup> Vgl. Ebd.

Bereits seit dem Schuljahr 1965/66 tauchte solch ein neues Erziehungsinstrument in den Bildungseinrichtungen auf.<sup>348</sup> In sogenannten „Gesprächen über unsere sowjetische Gesellschaft“ sollten Lehrer den Schülern der achten Klassen „die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Sieges des Sozialismus in der UdSSR, das Wesen unserer Gesellschafts- und Staatsordnung sowie die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus in der UdSSR erläutern“ und so „[z]ur Verbesserung der historischen und politischen Bildung und zur Erziehung eines notwendigen Klassenbewusstseins beitragen“.<sup>349</sup> Diese „Gespräche“ wurden mit einer Wochenstunde fest in den Geschichtsunterricht der achten Klassen integriert.<sup>350</sup> Ein spezieller Unterrichtsplan oder ein Lehrbuch wurde aber dafür nicht entwickelt. Bei den Versuchen, die patriotische und ideologische Erziehungsarbeit in der UdSSR zu forcieren, erhielt der Geschichtsunterricht in der Mitte der sechziger Jahre generell eine stärkere Bedeutung. Er wurde nun bereits von der vierten Klasse an unterrichtet, erhielt in den oberen Klassen einen Umfang von drei oder vier Wochenstunden<sup>351</sup> und war insgesamt das Hauptinstrument der Propaganda im regulären Unterricht.<sup>352</sup>

---

<sup>348</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Kulturabteilung ..., Aktenvermerk Unterredung Schied ... 11.09. 1965.

<sup>349</sup> AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Kulturabteilung ..., teilweise Übersetzung eines Artikels von Stscheprow in der Uschietjelskaja Gaseta vom 17.08. 1965 / Vgl. auch Ebd., Botschaft Moskau, Minister für Volksbildung der BSSR in der Zeitung Sowjetskaja Bjelorusijaam 01.09.1965.

<sup>350</sup> Vgl. Ebd., Aktenvermerk Unterredung Schied ... 11.09. 1965.

<sup>351</sup> In diesem Zusammenhang ist es jedoch verwunderlich, dass das Fach Gesellschaftskunde – was dem Staatsbürgerkundeunterricht in der DDR entsprach – auch nach den Reformen der sechziger Jahre nur in der zehnten Klassenstufe in insgesamt fünfzig Stunden gelehrt wurde und keine stärkere Bedeutung erhielt (Vgl. Drushkowa u. a. 1972: S. 8). Gesellschaftskunde (обществоведение / obschestwowedenije) hat in der Geschichte Sowjetrusslands bzw. der Sowjetunion eine interessante Entwicklung durchlaufen. Erste Überlegungen dazu begannen am Beginn der zwanziger Jahre. In dem damals neuen Unterrichtsfach sollten Aspekte der Literatur und der Geschichte, aber auch der Ökonomie und des Rechts in Bezug zu Fragestellungen der Gegenwart gestellt werden. Im weiteren Verlauf der zwanziger Jahre setzte sich dann vor allem die Ansicht durch, dass Geschichte in der Schule nicht „Ziel der Arbeit, sondern nur insofern nötig [sei], als sie im Fortgang der Arbeit die Möglichkeit gibt, die Grundlagen der Gegenwart tiefer zu verstehen und aufzuklären“ (Tarasov so zitiert von Nolte 1979: S. 216). In der Praxis wurde daher das Unterrichtsfach Geschichte abgeschafft und dafür im Gesellschaftskundeunterricht ausgewählte Teilaspekte dieser Disziplin im Kontext des zu behandelnden Stoffes angesprochen. Ging es dort etwa um das Thema Bauern, wurde über die aktuelle Situation der Landwirtschaft in der UdSSR, die Lage der Landwirtschaft im Kapitalismus und eben auch über die Geschichte der Landwirtschaft gesprochen. In der Mitte der dreißiger wurde Geschichte aber wieder in den sowjetischen Schulen als eigenständiges Fach unterrichtet. Gesellschaftskunde geriet in der Folge immer stärker zum Instrument der Darstellung der marxistisch-leninistischen Ideologie und deren „wissenschaftlicher“ Auseinandersetzung mit bürgerlichen politisch-philosophischen

Als Zielstellungen für das gesamte Erziehungsprogramm an den neuen Mittelschulen wurden vom Leiter des Sektors Methodik der kommunistischen Erziehung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, Marenko, Thesen herausgegeben. Bei der Betreuung der sowjetischen Schüler sollten danach folgende Seiten der kommunistischen Erziehung besonders betont werden<sup>353</sup>:

1. Grundlagen der kommunistischen Weltanschauung, ideologische Reife und gesellschaftlich-politische Aktivität.
2. Bewusstes Verhalten zum Lernen, die Kultur der geistigen Arbeit.
3. Kommunistisches Verhalten zur Arbeit, zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum.
4. Kommunistische Moral, die Bereitschaft, die Regeln des sozialistischen Gemeinschaftslebens zu erfüllen.
5. Grundlagen der ästhetischen Kultur.
6. Grundlagen der physischen Kultur.

Hier wird also im Kontext der Methodik der kommunistischen Erziehung nicht mehr nur auf ideologisch-propagandistische Aspekte hingewiesen, sondern auch auf die Bedeutung physischer Gesichtspunkte in diesem Gesamtkomplex aufmerksam gemacht.

Flankiert wurden diese neuen inhaltlichen Aspekte im Bildungssystem der Sowjetunion durch administrative Maßnahmen, denen man die Bemühung um eine stärkere Zentralisierung und Vereinheitlichung anmerkte. Die bedeutendste dieser Maßnahmen war sicherlich die Bildung eines für die gesamte UdSSR zuständigen Volksbildungsministeriums.<sup>354</sup> Des Weiteren wurde der Zuständigkeitsbereich der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR auf die gesamte UdSSR erweitert und fortan auch als Sowjetische Akademie bezeichnet.<sup>355</sup> Die Lehrpläne der fünfzehn Sowjetrepubliken wurden weiter vereinheitlicht<sup>356</sup> und unterschieden sich eigentlich nur noch in der Berücksichtigung gewisser regionaler kultureller Gegebenheiten.

---

Auffassungen (Vgl. Nolte 1979: S. 215-225 / Pugaschewa 1995: S. 19). Die Bezeichnung *обществоведение* (*obschestwowedeniye*) wurde auch für die an den Hochschulen in der UdSSR angesiedelte Gesellschaftswissenschaft benutzt (M. K.).

<sup>352</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69 Kulturabteilung ebd. / Nolte 1979: S.222 f.

<sup>353</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Aktenvermerk über Gespräch Schied ... 25.03.1966.

<sup>354</sup> Vgl. Anweiler 1980: S. 164.

<sup>355</sup> Vgl. Matthews 1982: S. 42.

<sup>356</sup> De jure fiel das Schulwesen in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Sowjetrepubliken, die sich 1922 zur UdSSR zusammengeschlossen hatten. Innerhalb der RSFSR erhielten zudem die autonomen Republiken eine gewisse administrative Selbstständigkeit. De facto wirkten sich aber spätestens seit den frühen dreißiger Jahren auch im Bildungswesen die Beschlüsse der zentralen Moskauer Parteigremien bzw. des Volkskommissariates für das

Dass die vom XXIII. Parteitag beschlossene Einrichtung einer 10-Klassen-Mittel(Einheits)schule in der Sowjetunion bis 1970 allerdings nicht wie gewünscht verlaufen würde, war den Bildungsexperten offensichtlich schon vorher klar. Vier Tage bevor der Parteitag (29.03.-08.04. 1966) den Aufbau der Mittelschule beschloss, teilte die Leiterin der Auslandsabteilung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, Nikitina, dem Mitarbeiter der DDR-Botschaft, Schied, in einem Gespräch mit, dass die sowjetische Seite gerade „Beispielprogramme zur Erziehungsarbeit“ aus der ČSSR und der DDR prüfe, weil man das eigene Programm verworfen habe.<sup>357</sup> Der Kreis, so Nikitina weiter, der sich mit der Ausarbeitung dieses Programms beschäftigt habe, sei zu klein gewesen und wäre jetzt erweitert worden.

In der Tat verlief die Entwicklung im sowjetischen Bildungswesen zunächst nicht planmäßig. Nach *Plan* sollten bereits nach dem Schuljahr 1966/67 zweiundsiebzig Prozent der Abgänger der achten Klassen in die neunten Klassen überwechseln. Erreicht wurden aber nur sechzig Prozent, wobei von diesen bis in den Herbst 1968 weitere acht bis zehn Prozent die neunte oder zehnte Klasse vorzeitig verließen.<sup>358</sup> Noch immer gab es im sowjetischen Bildungswesen – vor allem auf dem Lande - nicht genügend Schulgebäude. Aber auch Schwierigkeiten bei der Lehrerausbildung bzw. –weiterbildung waren zu beobachten. Im Frühjahr 1967 meldete die Moskauer Botschaft der DDR nach Ostberlin<sup>359</sup>:

„Die achtjährige Schulpflicht (Gesetz vom 24.12.1958) kann in der Sowjetunion noch nicht als realisiert betrachtet werden, weil vor allem auf dem Lande nicht alle Schüler bis zur 8. Klasse die Schule besuchen und ein Teil der Schüler vorzeitig die Schule verläßt.“

Auch was die angesprochene neue zentrale Führung des sowjetischen Erziehungssystems anbelangt, lag in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre noch einiges im Argen. So äußerte sich der Minister für Volksbildung der Estnischen SSR, Eisen, in einem Gespräch mit dem Mitarbeiter der DDR-Botschaft, Schied, im Herbst 1966 „sehr unzufrieden über die Verzögerungen bei der Neubildung des Ministeriums für Volksbildung der UdSSR.“<sup>360</sup> Ein

---

Bildungswesen der RSFSR als vereinheitlichende Richtlinien auf die ganze Sowjetunion aus (Vgl. Anweiler, Meyer 1979: S. 26).

<sup>357</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Aktenvermerk über Gespräch Schied ... 25.03.1966.

<sup>358</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967-1969, Studienreise Dr. Roland Rudolf ... 28.10.-04.11. 1968.

Schüler die die Schule vorzeitig verließen durchliefen in der Regel eine drei- bis sechsmonatige betriebliche Ausbildung (individuell, brigademäßig bzw. kursmäßig) und kamen dann als *Werkstätige* in die Produktion (Vgl. Anweiler 1980: S. 171).

<sup>359</sup> AAA/BMAA/DDR ZR 1431/70 Botschaft Moskau, Kulturabteilung ... 30.05. 1967.

<sup>360</sup> AAA/BMAA/DDR, B 994/69, Kulturabteilung ... 1964-1967, Aktenvermerk Schied ... 01.11.1966.

entsprechender Beschluss läge bereits seit Monaten vor. Durch diese Verzögerung „würden fällige schulpolitische Entscheidungen in den Unionsrepubliken gehemmt werden.“ Auf die Frage von Schied: „[W]eshalb dieser Zustand besteht, wick er lächelnd aus.“ Schied weiter: „Offensichtlich gibt es darüber auch in anderen Unionsrepubliken unter Schulfunktionären Unzufriedenheit. [...]

Die Frage, daß bis jetzt noch nicht der neue Minister ernannt wurde, ist nur die eine Seite. Seit Wochen warten wir auf einen mehrmals angekündigten Beschluss des ZK und des Ministerrates zu Problemen der Volksbildung. Uns scheint, daß noch einige Grundfragen der Leitung des Bildungswesens und der weiteren Perspektive nicht völlig geklärt sind.“<sup>361</sup>

### **3.2.3 Der Wehrunterricht<sup>362</sup> – ein Projekt das vor den Bündnispartnern verborgen wurde**

Auch Mitte / Ende der sechziger Jahre fanden Dienstreisen von Mitarbeitern des Volkswesens der DDR in die UdSSR statt, um sich über die allgemeine Entwicklung des sowjetischen Bildungswesens sowie über Detailfragen – etwa im Bereich der politisch-ideologischen Erziehung - zu informieren. So beschäftigte sich eine Delegation der Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes Leipzig im Oktober 1967 bei einer Fahrt nach Kiew mit den Fragen<sup>363</sup>:

„Wie werden die pädagogischen Prozesse einheitlich in politisch-ideologischer, pädagogisch-methodischer, kaderpolitischer und materiell-technischer Hinsicht geführt?

In welchen Formen und mit welchen Methoden wird die klassenmäßige Erziehung der Schuljugend durch die Abteilung<sup>364</sup> geführt?“

Bei einer Studienreise von Mitarbeitern des Pädagogischen Institutes in Dresden vom 15. bis 21.10.1967 nach Smolensk ging es u. a. um „Methoden der politisch-erzieherischen Arbeit unter den Studenten“ sowie um den „Stand und die Methoden der ideologischen Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie“ in der Erziehungsarbeit.<sup>365</sup> Ende 1967 interessierte sich Horst Kühn

<sup>361</sup> Als erster Bildungsminister der UdSSR kam schließlich Ende 1966 M. A. Prokowjew ins Amt (Vgl. Matthews 1982: S.42).

<sup>362</sup> Hier sei noch einmal daran erinnert, dass die in dieser Arbeit verwendete Bezeichnung Wehrunterricht eigentlich nur der in der DDR verwendete Terminus für dieses Unterrichtsfach war. In der Sowjetunion hieß das Fach начальная военная подготовка (nadschalnaja wojennaja podgotowka / Militärische Grundausbildung) (M. K.).

<sup>363</sup> AAA/BMAA/DDR, B995/69, Kulturabteilung ... 1965 u. 1967, Reise der Abteilung Volksbildung des Bezirkes Leipzig ... 18.10.1967.

<sup>364</sup> Gemeint ist hier der Stadtsowjet von Kiew (M.K.).

<sup>365</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967-1969, Pädagogisches Institut Dresden ... 1967.

vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut ebenfalls bei einem Besuch in Kiew unter anderem für Untersuchungen zur „politisch-ideologischen Entwicklung“ von Kindern und Jugendlichen durch den Schulunterricht und für „psychologische Aspekte der staatsbürgerlichen Erziehung“.<sup>366</sup> Anfang 1968 ging eine Delegation des Ministeriums für Volksbildung – die vom Stellvertreter des Ministers, Prof. Kaiser, geleitet wurde – insbesondere den Fragen nach<sup>367</sup>:

„Auf welche inhaltlichen Schwerpunkte der kommunistischen Erziehung konzentriert sich die Sowjetunion in den nächsten Jahren?

Welche Aufgaben werden gestellt [...] in der weiteren Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die kommunistische Erziehung der Schuljugend [...] [sowie] auf dem Gebiet der Familienerziehung und pädagogischen Propaganda [...]?“

Bei den Kontakten der Wissenschaftler aus der DDR mit ihren sowjetischen Kollegen kommt auch das Thema Wehrerziehung zur Sprache. So erfährt man aus dem Bericht von Prof. Stolz aus Erfurt, dass am Pädagogischen Institut in Iwanow die „Sozialistische Wehrerziehung [...] durch regelmäßige Veranstaltungen im Verlaufe des Studienjahres“ fest in den Lehrplan für die Studenten integriert wurde.<sup>368</sup> Über die Vorbereitung eines regulären Unterrichtsfaches Wehrunterricht erfuhren die Bildungsexperten aus der DDR bei diesen Kontakten jedoch nichts.

Dass es sich bei dieser Nichtübermittlung nicht um Zufälle oder Versehen gehandelt hat und der Vorgang der Einführung dieses Faches in der Sowjetunion nicht nur vor der eigenen Bevölkerung sondern auch vor den Verbündeten verborgen wurde, zeigen weitere Archivmaterialien. Am 12. Februar 1968 erhält das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ostberlin von seiner Botschaft in Moskau die Stundentafeln für das Schuljahr 1968/69 – also dem der Einführung des Wehrunterrichtes an den sowjetischen Schulen – übersandt.<sup>369</sup> Ein Unterrichtsfach zur militärischen Ausbildung der Schuljugend ist jedoch in diesen Unterrichtsplänen nicht verzeichnet. Über die vom 30. Januar bis 2. Februar 1968 stattfindende Plenartagung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR übermittelt die DDR-Botschaft nach Ostberlin, dass sich die „Hauptreferate [...] sehr kritisch<sup>370</sup> mit dem Stand des

<sup>366</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B995/69, Kulturabteilung ... 1965 u. 1967, Reise Dr. Horst Kühn (DPZI) vom 04.-14.12.1967 nach Kiew.

<sup>367</sup> AAA/BMAA/DDR, B80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967-1969, Delegation MfV, 25.03-28.03.1968.

<sup>368</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR., B 995/69, Kulturabteilung Sektion Sozialistische Länder ... 1965, 1967, Reise von Prof. Stolz ... 14.-22.10.1967.

<sup>369</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, C 106/74, Einschätzung ... Mai 1966, Dez. 1967, Feb., Mai 1968, Mai 1969, Feb. 1970, Botschaft Moskau, Sendung ... 12.02.1968.

<sup>370</sup> Nach der Entmachtung Chruschtschows hatte die neue Sowjetführung bei Jugendlichen „negative Erscheinungsformen“ wie „Passivität, Skeptizismus, politische Unreife,



Bildungswesens in der Sowjetunion“ auseinandergesetzt haben, dass „[d]as Erziehungsniveau in den sowjetischen Schulen sehr unterschiedlich“ sei und „[g]ute Ergebnisse an einer Schule [...] nicht systematisch weitergeführt [...] werden“ würden.<sup>371</sup> Über die unmittelbar bevorstehende Einführung des Wehrunterrichtes wurde in diesem Gremium jedoch nicht gesprochen.<sup>372</sup>

Im April 1968 erfuhr die SED-Führung – wie auch die im Bildungswesen der UdSSR tätigen Menschen – über die *Uschietjelskaja Gaseta*, dass in der Sowjetunion „Partei und Regierung, ausgehend vom Aprilplenum, auch im Bereich der Volksbildung den ideologischen Fragen verstärkte Aufmerksamkeit“ widmen wollen.<sup>373</sup> „Die Schule wird als ideologische Front bezeichnet,“ teilt die Botschaft in diesem Zusammenhang weiter mit, „die einen bedeutenden Beitrag zur Erziehung im Geiste des Marxismus-Leninismus zu leisten habe.“ Über den in diesem Kontext relevanten Start des Wehrunterrichtes informiert die Lehrerzeitung aber weder ihre Klientel in der Sowjetunion noch – über den Umweg der DDR-Botschaft – die SED-Spitze in Ostberlin. Selbst bei einem Gespräch, das die Volksbildungsminister(in) der DDR, Margot Honecker, am 19. Dezember 1968 – also bereits nach der Einführung des neuen Faches in der Sowjetunion - mit dem Vizepräsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR führte, war der Wehrunterricht kein Thema.<sup>374</sup>

### 3.2.4 Der Wehrunterricht als Instrument der kommunistischen Erziehung

Erst unmittelbar vor Beginn des Schuljahres 1968/69 informiert die *Uschietjelskaja Gaseta* am 24. August 1968 darüber, dass „zur Verbesserung der militär-patriotischen Erziehung der sowjetischen Jugend, der Herausbildung ihrer notwendigen moralischen psychologischen und psychischen Qualitäten“ ein neues Unterrichtsfach an den Schulen der Sowjetunion eingerichtet wird.<sup>375</sup> Die DDR-Botschaft in Moskau – die darüber erst am 27. Mai des folgenden

---

Verletzungen der Arbeitsdisziplin, Trinkerei“ festgestellt und dafür direkt den politischen Kurs des alten Parteichefs verantwortlich gemacht (Vgl. Frank 2001: S. 363).

<sup>371</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, ZR/2746/72, Informationen ... 1968-1969, Bericht ... 1968.

<sup>372</sup> Mit einer ähnlichen Geheimniskrämerei wurde auch die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR vollzogen. So heißt es in einem Bericht von Oberleutnant Ilter von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften anlässlich des Besuchs von Oberstleutnant Matecki vom Institut für Lehrpläne an der Akademie der Wissenschaften in Warschau im Mai 1978: „[...] wir informierten über die sozialistische Wehrerziehung im Fachunterricht, noch nicht über die Einführung des Wehrunterrichtes [...]“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sig. 11.821, Ilter, ... 1978).

<sup>373</sup> Vgl. Ebd., Botschaft Moskau, Berufung auf *Uschietjelskaja Gaseta* vom 18.04. 1968.

<sup>374</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, C 111/74, Zusammenarbeit ... 1969, Aktenvermerk Gespräch M. Honecker ... 07.01.1969.

<sup>375</sup> Bundesarchiv Berlin DR 2 D632, Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, 27.05.1969.

Jahres mit der Auswertung des Artikels der *Uschietjelskaja Gaseta* Ostberlin informierte – teilte dazu weiter mit, dass „die vormilitärische Ausbildung“ an den Schulen der „unmittelbaren Vorbereitung auf den Dienst in der Sowjetischen Armee“ dienen soll, aber auch „als wichtiger Bestandteil der politischen Erziehungsarbeit“ im sowjetischen Schulsystem einzuordnen ist. Das Fach wurde in der neunten und in der zehnten Klasse in zunächst jeweils einer Wochenstunde unterrichtet.<sup>376</sup> Als gesetzliche Grundlage für den Wehrunterricht in der UdSSR wurde die Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom Oktober 1967 genannt, dessen Artikel 17 eine elementare militärische Ausbildung für alle Jugendlichen ab dem fünfzehnten Lebensjahr verlangte.<sup>377</sup> Mit dem gleichen Gesetz war die Dauer des Wehrdienstes in der UdSSR auf zwei bzw. drei<sup>378</sup> Jahre reduziert worden. Die vormilitärische Ausbildung vom Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen wurde offiziell auch mit dieser Verkürzung der Dienstzeit begründet. Die jungen Männer sollten nun bereits vor Beginn ihres Militärdienstes die Fähigkeiten eines ausgebildeten Soldaten besitzen.<sup>379</sup> Neben dem Argument, dass auch in der zwei- bzw. dreijährigen Militärdienstzeit noch immer genügend Zeit für eine militärische Grundausbildung<sup>380</sup> vorhanden gewesen wäre, ist dieser Argumentation vor allem die Frage entgegenzuhalten: Warum bei der praktischen Ausgestaltung der gesetzlichen Bestimmungen in Form des Wehrunterrichtes auch die Mädchen einbezogen worden, die keinen Wehrdienst abzuleisten hatten?

Nicht erwähnt wurde in der Lehrerzeitung vom 24. August 1968, dass es sich bei der Einrichtung des Faches eigentlich um eine Wiedereinführung handelte. Denn bis zu der von Chruschtschow ganz wesentlich mitinitiierten Schulreform am Ende der fünfziger Jahre war der Wehrunterricht als Teilabschnitt des Sportunterrichtes in der Sowjetunion für alle männlichen Schüler der achten Klassen<sup>381</sup> ein Pflichtfach gewesen.<sup>382</sup> Bis 1946 waren auch die Mädchen und die Schulkinder ab der fünften Klasse in diesen Unterricht einbezogen

---

<sup>376</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 78.

<sup>377</sup> Vgl. Matthews 1982: S. 47 / Révész 1977 a: S.269.

<sup>378</sup> Bei den Landstreitkräften sowie in den Luft-/Luftverteidigungseinheiten betrug die Wehrdienstzeit zwei Jahre, in der Marine aber drei Jahre (Vgl. Fischer 1992: S. 22).

<sup>379</sup> Vgl. Révész 1977a: S. 268 f.

<sup>380</sup> In der DDR betrug die Dauer des Wehrdienstes z. B. achtzehn Monate (Vgl. Fischer 1992: S. 22).

<sup>381</sup> Noch am Beginn der fünfziger Jahre wurden in den meisten großen und mittelgroßen Städten der UdSSR die Mädchen und Jungs noch ab der siebenten Klasse getrennt voneinander unterrichtet – unter anderem eben weil für die Jungen neben besonderer polytechnischer Tätigkeiten und Sportübungen ein besonderes wehrerzieherisches Training mit einem militärischen Drill im Unterricht vorgesehen war (Vgl. Matthews 1982: S. 11).

<sup>382</sup> Vgl. Lapenkova, *Süddeutsche Zeitung*, 01.03.2000 /Matthews 1982: S. 19 u. 38 / Helmert 1994: S. 141 ff. Das Volumen des Wehrunterrichtes betrug damals eine Wochenstunde (Vgl. Matthews: S. 38).

worden.<sup>383</sup> 1959 wurde der Wehrunterricht von der achten in die elfte Klassenstufe umgesetzt und am 9. Februar 1962 schließlich ganz abgeschafft.<sup>384</sup>

Die Einführung des Wehrunterrichtes war bereits am Anfang der dreißiger Jahre<sup>385</sup> im Zuge der Stalinisierung des Bildungssystems erfolgt.<sup>386</sup> In ihrer Arbeit „Schule unter Stalin 1928 bis 1940“ beschreibt Gundula Helmert unter Berufung auf Lehrpläne der RSFSR die sukzessive Militarisierung des Sportunterrichtes ab 1933.<sup>387</sup> Zunächst zeigte sich diese *nur* in Form einfacher Exerzierübungen wie „Sich nach Größe Aufstellen und Durchzählen“, dann kamen Elemente wie „Aufstellen zur Abwehr einer Reiterattacke“ oder „Stechschritt“ hinzu. Ab 1940 erfolgte das „Exerzieren nach dem Reglement der Roten

---

<sup>383</sup> Vgl. Matthews: S. 38 / Révész 1977 a: S. 268 f.

Die gesetzliche Grundlage für die vormilitärische Ausbildung von Schülerinnen und Schülern bildete das erste Wehrpflichtgesetz von 1939, de facto wurde diese Ausbildung aber bereits seit Anfang der dreißiger Jahre betrieben (Vgl. Révész 1977a: S. 269/ Helmert 1994: S. 141 ff.).

<sup>384</sup> Vgl. Matthews: S. 27 u. 38.

<sup>385</sup> Für Studenten an Universitäten und Hochschulen sowie für Schüler an Fachschulen war durch einen Beschluss des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion vom 20. August 1926 die vormilitärische Ausbildung bereits seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre obligatorisch. Dabei mussten die männlichen Jugendlichen insgesamt 180 Stunden Theorieunterricht sowie ein zweimonatiges Sommerlager absolvieren. Nach Abschluss dieser Ausbildung waren sie automatisch Offiziere der Roten Armee. Bei den Mädchen war die Unterweisung auf den theoretischen Abschnitt beschränkt (Vgl. Révész 1977a: S. 269).

<sup>386</sup> Vgl. Matthews: S. 5 / Helmert 1994: S. 141 ff.

Das von Pädagogen wie Krupskaja, Blonski oder Makarenko bestimmte frühe sowjetische Schulsystem hatte insgesamt einen starken experimentellen, reformpädagogischen Charakter. Elemente der Arbeitspädagogik spielten dabei generell eine wichtige Rolle. Im Zuge der – von Stalin selbst mit vorangetriebenen – Stalinisierung des Bildungssystems wurde den Schulen am Ende der zwanziger / Anfang der dreißiger Jahre die experimentelle Freiheit genommen. (Vgl. Matthews 1982: S. 5 / Helmert 1994: S. 25 ff.). Schon beim VIII. Allunionskongress des Komsomol 1928 hatte sich Stalin für die forcierte Ausbildung von wissenschaftlich geschulten Spezialisten ausgesprochen: „Wir können uns jetzt nicht darauf beschränken, kommunistische Kader im *allgemeinen*, bolschewistische Kader im *allgemeinen* zu schulen, die über alles ein wenig zu schwätzen zu verstehen. Dilettantismus und Alleswisserei sind jetzt Fesseln für uns. Was wir brauchen, sind bolschewistische *Spezialisten* für die Metallindustrie, für die Brennstoffindustrie, für die Chemie ... usw. usf. Ohne das kann von einem schnellen Tempo des sozialistischen Aufbaus unseres Landes keine Rede sein [...]“ (so zitiert von Helmert 1994: S. 25). Im Beschluss „Über die Grund- und Mittelschule“ des ZK der KPdSU vom 25.08.1931 wurde schließlich allen Ideen einer weiterführenden Polytechnisierung der Schule ein Riegel vorgeschoben. Am 04.03.1937 wurde dann sogar der Arbeitsunterricht durch das Volkskommissariat der RFSSR in den allgemeinbildenden Schulen zeitweilig ganz abgeschafft (Vgl. Ebd.: S. 25 ff.).

<sup>387</sup> Vgl. Helmert Ebd.

Parallel wurden eher künstlerische Elemente des Sportunterrichtes gestrichen. So waren Tanz- und Rhythmus-elemente letztmalig 1933 im Grundschulplan der RSFSR fixiert (Vgl. Ebd.: S. 144).

Armee und mit Übungsgewehr“. Ebenfalls ab 1940 übten die Jugendlichen in der Mittelschule den Nahkampf nach Richtlinien der sowjetischen Streitkräfte. Der Wehrunterricht war ein fester Bestandteil des Sportlehrplans wie Leichtathletik oder Turnen.<sup>388</sup> Neben der Bedeutung der Einübung militärischer Techniken und des soldatischen Reglements sowie des physischen Trainings war man sich bereits am Beginn der dreißiger Jahre auch der disziplinierenden Wirkung dieser Unterrichtseinheiten auf die Schülerinnen und Schüler bewusst.<sup>389</sup>

Wie am Ende der sechziger Jahre ging die Einführung des Wehrunterrichtes an den Schulen am Beginn der dreißiger Jahre einher mit der Reduzierung des Arbeitsunterrichtes.<sup>390</sup>

Von Stalin ist bekannt, dass er sich um alle politischen Angelegenheiten von Bedeutung selber kümmerte und sich auch in pädagogische Dinge bestimmend einmischte.<sup>391</sup> Es ist also davon auszugehen, dass auch die Etablierung des Wehrunterrichtes zu Beginn der dreißiger Jahre unmittelbar auf eine Weisung Stalins zurückzuführen ist.

Eine weitere Parallele der Etablierung des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion am Beginn der dreißiger Jahre zu der von 1968 besteht darin, dass sie jeweils in einer Phase relativer außenpolitischer Entspannung stattfand. Dies lässt sich am Abschluss von Nichtangriffspakten (1932 mit Polen, 1933 mit Rumänien), in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur USA 1933, der 1934 erfolgten Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund sowie den Verträgen mit Frankreich und der Tschechoslowakei über gegenseitige militärische Hilfe 1935 festmachen.<sup>392</sup>

Als Gründe für die Abschaffung des Wehrunterrichtes Anfang der sechziger Jahre werden von Matthews neben der Überlastung der Studentafel die damals stattfindende Verkleinerung der Sowjetarmee genannt.<sup>393</sup> Ergänzt werden können diese hier noch um den Sachverhalt der grundsätzlichen Umjustierung des Bildungswesens durch Chruschtschow.

Als Folge der chruschtschowschen Tauwetterpolitik in den fünfziger und frühen sechziger Jahren - und der damit verbundenen etwas freieren kulturellen aber auch politischen Möglichkeiten für die Bevölkerung – war für die neue Führung unter Breschnew eine Entwicklung zu nicht systemkonformen Einstellungen

---

<sup>388</sup> Vgl. Helmert: S. 144.

Neben dem festen Teilbereich des Wehrtrainings innerhalb des Sportunterrichtes wurden auch die anderen Bereiche des Schulsports bereits ab 1933 mit militärischen Übungen - wie dem Granatenwerfen in der Leichtathletik – ergänzt (Vgl. Ebd.: S. 144).

<sup>389</sup> Vgl. Ebd.: S. 145.

<sup>390</sup> Vgl. Ebd.: S.25 ff.

<sup>391</sup> Vgl. Laqueur 1990: S. 218 f. / Matthews 1982 / Helmert 1994.

<sup>392</sup> Vgl. Helmert 1994: S. 145 / Hellwig, Linne 1991: S. 402, 404 u. 408.

<sup>393</sup> Vgl. Matthews 1982: S. 38.

und Verhalten in der sowjetischen Gesellschaft festzustellen, die ihren Intentionen nach Reetablierung fester, autoritär fundierter Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen entgegenlief. Ausgefeilte neue Erziehungsmethoden, diesen Tendenzen bereits im Kindes- und Jugendalter entgegenzuwirken, waren in der Mitte der sechziger Jahre nicht vorhanden. Das alte pädagogische Hauptinstrument der Chruschtschowzeit, die Kinder und Jugendlichen mit Hilfe des Arbeits- bzw. Produktionsunterrichtes im „Sinne des Moralkodex der Erbauer des Sozialismus“ zu erziehen, war herabgestutzt worden. Ihm wurde – zumal es sich dabei um ein Steckenpferd des gestürzten Machthabers handelte – im Kontext der kommunistischen und ideologischen Erziehung am Ende der sechziger Jahre bestenfalls noch eine marginale Bedeutung zugestanden. Ein neues Instrument musste her, um die Kinder und Jugendlichen im Sinne des neuen alten Kurses der KPdSU *auf Linie* zu bringen und ihnen an der „ideologische[n] Front“ Schule die liberalen Abweichungen auszutreiben. Die „Gespräche über unsere sowjetische Gesellschaft“ im Geschichtsunterricht der achten Klassen ab dem Schuljahr 1965/66 sind in diesem Zusammenhang als ein erster neuer Ansatz für die stärkere ideologische Indoktrination der Schüler zu werten. Auch die Ausweitung der politisch-patriotischen Anstrengungen im gesamten Geschichtsunterricht und die Ausdehnung dieses Faches auf die vierte Klassenstufe sind hier zu beachten. Doch erst mit der Wiedereinführung des Wehrunterrichtes wurde das Erziehungsinstrument gefunden, das die durch die starke Reduzierung des Arbeitsunterrichtes entstandene Lücke im Schulsystem der UdSSR schloss. War beim Arbeits- bzw. Produktionsunterricht versucht worden, die Kinder und Jugendlichen sowohl durch die kognitive wie auch die physische Auseinandersetzung mit Arbeitsvorgängen im Sinne einer kommunistischen Ethik zu *fehlerlosen Menschen* zu erziehen<sup>394</sup>, sollte nun durch die Wiederentdeckung des Wehrunterrichtes ebenfalls sowohl die kognitive wie auch die physische Ebene zur Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten mit einem festen Klassenbewusstsein genutzt werden: Einerseits durch die Vermittlung der sowjetischen Ideologie und andererseits über die militärische Ausbildung und dem damit verbundenen Drill.

Des weiteren wurde mit der Wiedereinführung des Wehrunterrichtes die Wertschätzung der Sowjetarmee und die Bedeutung militärischer Belange in der sowjetischen Gesellschaft – die von Chruschtschow etwas herabgesetzt worden war – von der neuen Führung wieder stärker hervorgehoben.

Neben dem schärferen Vorgehen gegen Oppositionelle, dem Hervorheben der Verdienste Stalins während des Zweiten Weltkrieges, der Zentralisierung der Organisation des politischen und des wirtschaftlichen Sektors oder der stärkeren Berücksichtigung der Sowjetarmee, kann daher auch die Wiedereinführung des

---

<sup>394</sup> Vgl. z. B. Makarenko 1956: S. 432 ff.

Wehrunterrichtes als Beispiel für das Recycling von Machtmitteln der Stalinzeit durch Breschnew angesehen werden.

Bemerkenswert ist bei der Wiedereinführung des Wehrunterrichtes auch, dass die Planungen für das Fach zwar mit dem Ministerium für Volksbildung, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen sowie mit dem Staatlichen Komitee für Berufsausbildung beim Ministerrat der UdSSR abgestimmt wurden, die Federführung lag aber – anders als in den anderen Ostblockstaaten - in den Händen des Verteidigungsministeriums.<sup>395</sup>

Allerdings waren im Einführungsjahr 1968/69 längst noch nicht alle fünfzehn bis siebzehnjährigen Jugendlichen von dem neuen Unterrichtsfach betroffen. Neben den angesprochenen materiellen Schwierigkeiten des sowjetischen Schulsystems und dem ebenfalls schon erwähnten Chaos in der Bildungsadministration - die die Einrichtung des neuen Unterrichtsfaches erschwert haben dürften - ist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Besuch der neunten und zehnten Klasse zu diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion nicht die Regel war. So besuchten im Schuljahr 1968/69 nur etwa 55 Prozent aller vom Alter her möglichen Jugendlichen die zehnte Klasse.<sup>396</sup>

Zwar konnten die Prozentzahlen der Schüler die von der achten in die neunte Klasse überwechselten sukzessive gesteigert werden, nichtsdestotrotz verließen noch im Jahre 1972 etwa 14 Prozent aller Schüler die Schule bereits vor dem Erreichen der neunten Klassenstufe.<sup>397</sup> Fest steht darüber hinaus auch, dass 1968 längst nicht in allen Schulen der UdSSR mit dem Wehrunterricht begonnen wurde. Er erfuhr seine landesweite Einführung erst nach und nach in den nächsten Jahren. Auch die im Wehrpflichtgesetz vom Oktober 1967 verlangte Organisation der vormilitärischen Ausbildung für die fünfzehn und sechzehnjährigen Jugendlichen, die nicht mehr zur Schule gingen und in Betrieben, Behörden, Kolchosen, Sowchosen ihre Berufsausbildung absolvierten bzw. beschäftigt waren, konnte nur in Ansätzen in die Praxis umgesetzt werden.<sup>398</sup> Man kann also davon ausgehen, dass am Beginn der Unterrichtung 1968 weniger als die Hälfte aller Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen tatsächlich vom Wehrunterricht betroffen waren. Dies wiederum zeigt, dass die offizielle Argu-

---

<sup>395</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 70.

<sup>396</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR, B 80/74, Anträge und Studienprogramme ... 1967-1969, Studienreise Dr. Roland Rudolf ... 28.10.-04.11. 1968.

<sup>397</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin DR 2 D632, Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau ... 30.07.1973.

Noch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU 1976 äußerte der Minister für Volksbildung der UdSSR, „daß die Mitarbeiter der Volksbildung mit der ständigen Hilfe der Parteiorganisation den Auftrag der Parteitages zur allgemeinen Oberschulbildung überzugehen, im Wesentlichen erfüllt haben.“ (zitiert von Schulz 1984: S. 112) Die Zehnklassenschule war also selbst zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig etabliert.

<sup>398</sup> Vgl. Révész 1977 a: S. 269 / BBF/DIPF/Archiv Sig. 11.821, Lück: Zu einigen Aspekten der soz. Wehrerziehung ... 1982.

mentation für das Fach - seine Einführung sei notwendig gewesen, da aufgrund der Reduzierung der Wehrpflichtzeit alle Soldaten bereits vor Antritt ihres Dienstes in der Sowjetarmee ihre Grundausbildung absolviert haben müssen - bestenfalls einen Teil der wirklichen Beweggründe zur Einrichtung des Wehrunterrichtes ausmachte. Insgesamt dürfte das Fach in der Sowjetunion am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre in diesem Zusammenhang nicht viel mehr als ein erstes Vorbereitungstraining für den Armeedienst gewesen sein. Die wirkliche Grundausbildung musste nach wie vor in der regulären Dienstzeit erfolgen.

Fast schon verwunderlich ist die Tatsache zu werten, dass erst 1978 mit der Einrichtung der Abteilung Wehrunterricht / Wehrerziehung an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR mit speziell auf das Unterrichtsfach ausgerichteten wissenschaftlichen Untersuchungen begonnen wurde.<sup>399</sup> Auch die Erarbeitung einer allgemeinen Fachmethodik begann erst am Ende der siebziger Jahre durch eben diese neugebildete Abteilung. Dementsprechend provisorisch war der Charakter des Unterrichtes in den ersten zehn Jahren. Er wurde von ehemaligen Offizieren der Sowjetarmee gegeben, die in der Regel nur durch pädagogische Schulungen von wenigen Wochen Dauer auf ihre Aufgabe vorbereitet worden waren.<sup>400</sup>

Die offen zu Tage tretenden Defizite des sowjetischen Schulsystems noch am Ende der sechziger Jahre waren sicherlich auch ein Grund<sup>401</sup> für die Geheimhaltung der Vorbereitung des Wehrunterrichtes vor den eigenen Verbündeten.

Als Führungsmacht des Ostblocks musste es zum Selbstverständnis der UdSSR gehören, in allen Bereichen – also auch im Bildungssektor – eine Vorbildrolle zu besetzen. Die Situation im gerade umfassenden Reformen unterzogenen schulischen Bereich war jedoch nicht dazu geeignet, diese Rolle nach außen darzustellen. Im Gegenteil – man überprüfte sogar Bildungsprogramme aus der DDR und der ČSSR hinsichtlich ihrer Anwendungsmöglichkeiten in der Sowjetunion.

Obwohl die Wiedereinführung des Wehrunterrichtes ein Rückgriff auf alte, stalinistische Erziehungsmethoden war, ist die Etablierung in dieser Atmosphä-

---

<sup>399</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sig. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

<sup>400</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973/ Ebd. Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

In dem Gespräch, das ich am 01.10. 2002 mit Frau Prof. Dr. Birjukowa führte, bestätigte diese den provisorischen Charakter des Unterrichts in diesen Jahren. An ihrer Schule unterrichteten ehemalige Offiziere der Sowjetarmee, die pädagogisch nur unzureichend ausgebildet waren (M. K.).

<sup>401</sup> Die Geheimhaltung gehörte in der Sowjetunion seit Lenin nicht nur zur normalen Praxis der politischen Arbeit, sie hatte sich vielmehr im Laufe der Jahre zu einer Manie der sowjetischen Partei-, Regierungs- und Verwaltungsinstanzen entwickelt. Von Wolkogonow wird dieses Phänomen mit der geheimen, illegalen Arbeit der Bolschewiki vor der Oktoberrevolution 1917 begründet (Vgl. Wolkogonow 2001: S. 63).

re der Unsicherheit auch als ein Experiment zu sehen – da nun z. B. auch die Mädchen wieder in das Fach einbezogen worden -, über dessen Resultate man sich noch nicht im Klaren war und über dessen Einführung man deshalb zunächst nicht allzu laut sprach.

Des weiteren ist hier zu beachten, dass die Leitung der Planung und Durchführung der Einführung des Unterrichtsfaches in den Händen des Verteidigungsministeriums lag, das die allgemeine und strikte Geheimhaltung in allen Bereichen ganz besonders auf seine Fahnen geheftet hatte.

Im Zuge der Einführung des Wehrunterrichtes wurde an den sowjetischen Schulen auch schrittweise ein System der Wehrerziehung installiert, das allen Unterrichtsfächern wehrerzieherische Aufgaben zuwies.<sup>402</sup> Darüber hinaus wurde über die Pionier- und Komsomolorganisation in Arbeitsgemeinschaften und wehrsportlichen Wettbewerben auch die außerunterrichtliche Ebene in die Aktivitäten einbezogen. Ebenfalls seit dem Ende der sechziger Jahre erfolgte bereits ab dem fünften Schuljahr die Unterrichtung der Kinder in Zivilschutz.<sup>403</sup>

Im außerschulischen Bereich war in der Sowjetunion schon seit 1965 eine deutliche Forcierung der Wehrerziehungsanstrengungen zu beobachten. So führte die 1931 speziell für den Wehrsport gegründete Organisation „Bereit zur Arbeit und Verteidigung“ ab 1965 eine vormilitärische Ausbildung für männliche Jugendliche durch.<sup>404</sup> Dabei wurden Normen für Elemente wie Schießen, Schwimmen, Orientierungslauf, Handgranatenwurf etc. aufgestellt, die nach einer Forderung der paramilitärischen „Freiwilligen Allunionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft-, und Seestreitkräfte der Sowjetunion“<sup>405</sup> von 1967 von jedem ihrer Mitglieder erfüllt werden sollten.

### **3.3 Die Etablierung des Faches in der VR Ungarn, der VR Bulgarien, der VR Polen, der ČSSR und in der SR Rumänien**

Wie in der UdSSR wurde auch in der Volksrepublik Ungarn und in der Volksrepublik Bulgarien im Schuljahr 1968/69 der Wehrunterricht eingeführt. Ein Jahr später begann die Einführung des Faches an den allgemeinbildenden Schulen der Volksrepublik Polen.<sup>406</sup> Nachdem in dieser Arbeit bereits fest-

<sup>402</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sig. 11.821, Lück: Zu einigen Aspekten der soz. Wehrerziehung ... 1982 / Ebd., Lück, Seifert: Reisebericht über die Dienstreise in die UdSSR ... 15.04.1980.

<sup>403</sup> Vgl. Eichberg 1971: S. 14.

<sup>404</sup> Vgl. Révész 1977 a: S. 255.

<sup>405</sup> Die Freiwilligen Allunionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft-, und Seestreitkräfte ging 1948 aus dem Zusammenschluss der jeweiligen Wehrsportgemeinschaften der Armee, der Luftwaffe und der Marine hervor. Sie war das Vorbild für die Bildung entsprechender paramilitärischer Organisationen in den anderen sozialistischen Staaten (Vgl. Révész 1977: S. 256 ff. / Oschlies 1977: S. 35 f.).

<sup>406</sup> Vgl. Schulz 1984: S.91 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.



gestellt werden konnte, dass es im Rahmen des Warschauer Paktes oder des RGW keinen gemeinsamen Beschluss oder auch nur Absprachen über die Einführung eines solchen Faches gegeben hat, und es des weiteren auch diesbezüglich keinen Befehl aus Moskau an die Sattelitenstaaten gab, bleibt an dieser Stelle weiter festzuhalten, dass auch das Szenarium einer direkten Nachahmung der sowjetischen Entwicklung durch diese drei Staaten auszuschließen ist. Wenn man davon ausgehen darf, dass die Informationspolitik Moskaus bei diesem Thema gegenüber Budapest, Sofia und Warschau die gleiche war wie zu der stets treuen und im Kontext des „eisernen Dreiecks“ strategisch besonders wichtigen DDR und man weiterhin in die Überlegung einbezieht, dass zur Vorbereitung eines solchen Faches mindestens ein Jahr zu veranschlagen ist, können Ungarn und Bulgarien dies nur auf der Basis eigener Überlegungen vorangetrieben haben. Obwohl Polen den Wehrunterricht erst 1969 an den allgemeinbildenden Schulen etablierte, kann auch für dieses Land das Szenarium der Nachahmung ausgeschlossen werden, da der entsprechende Beschluss in der Volksrepublik bereits im Kontext der Neuregelung des Verteidigungsgesetzes am 21. November 1967 getroffen wurde.<sup>407</sup> Darüber hinaus unterstrich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei bereits 1967 durch die Einführung des Wehrunterrichtes an den Lyzeen und Berufsschulen ihre Absicht, auch den Bildungsbereich zu militarisieren.<sup>408</sup> Auch die polnischen Machthaber konnten beim Wehrunterricht bereits auf eigene Erfahrungen zurückgreifen. Bis 1959 war ein solches Schulfach obligatorischer Bestandteil des Curriculums an den polnischen Oberschulen gewesen und die vormilitärische außerschulische Ausbildung für Absolventen der Volksschule besaß Pflichtcharakter.<sup>409</sup>

Allerdings wussten die Erziehungswissenschaftler und die politisch für den Bildungsbereich in den Satellitenstaaten des Warschauer Vertrages Verantwortlichen, dass der große Bruder Sowjetunion – gerade nach dem Machtwechsel an der Spitze des ZK der KPdSU 1964 - auf dem Gebiet der kommunistischen Erziehung seine Anstrengungen verstärken, die Schule zu einer „ideologischen Front“ umgestalten will.<sup>410</sup> Anlass genug also, um auch im eigenen Land die Fragen der Art und Weise der ideologischen Indoktrination der Kinder und Jugendlichen neu zu bedenken und neue Antworten in der Praxis zu gestalten. Zumal der Wehrunterricht der Stalinzeit eigentlich<sup>411</sup> in

---

<sup>407</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 74.

<sup>408</sup> Vgl. Ebd.: S.123.

<sup>409</sup> Vgl. Görlich 1970: S. 536.

<sup>410</sup> Vgl. auch Sachse 2000: S. 90 ff.

<sup>411</sup> Hier ist jedoch festzuhalten, dass in den Diskussionen, die in den sechziger Jahren im Zentralkomitee und im Politbüro der SED generell zum Thema Wehrerziehung und speziell zur Wehrerziehung in der Schule geführt wurden, kein Teilnehmer den sowjetischen Wehrunterricht der Stalinzeit erwähnte (Vgl. z. B. SAPMO-BArch. DY 30 IV A 2/12/157, ZK

allen Parteizentralen der Ostblockstaaten noch bekannt gewesen sein müsste - wenn nicht Thema in offiziellen Gesprächen so doch zumindest über die jahrelang im sowjetischen Exil lebenden kommunistischen Kader. Insofern könnte die Entwicklung in der UdSSR zumindest indirekt Einfluss auf die Entwicklungen auf dem Gebiet der Wehrerziehung im gesamten Warschauer Pakt ausgeübt und so der Einführung des Wehrunterrichtes auch in Ungarn, Bulgarien und Polen den Weg geebnet haben.

Anders hingegen stellt sich die Situation in der ČSSR dar. Die dortige Einführung des Unterrichtes im Jahre 1971 lässt nach wie vor den Schluss zu, dass die Vorbildwirkung der Etablierung des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion am Ende der sechziger Jahre - aber auch die in Ungarn, Bulgarien und in Polen - Einfluss auf die tschechoslowakische Entwicklung des Faches genommen hat.

In den folgenden Abschnitten soll nun versucht werden, mögliche länderspezifische Gründe und Aspekte der Einführung des Wehrunterrichtes in diesen vier Staaten zu analysieren.

### **3.3.1 Die Entwicklung in der Volksrepublik Ungarn**

Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution durch sowjetische Panzer im November 1956 setzte der Erste Vorsitzende der inzwischen in Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns unbenannten Partei, János Kádár, zunächst eine Repressionsmaschinerie in Gang, die zahlreiche unliebsame Kritiker hinter Gitter brachte und mehrere hunderttausend Menschen in den Westen fliehen ließ.<sup>412</sup> Gleichzeitig wurden dem Land sowohl politisch als auch wirtschaftlich die sowjetischen Strukturen übergestülpt, was sich am Einparteiensystem bzw. an einer umfassenden Kollektivierung der Landwirtschaft beispielhaft festmachen lässt.

Eine Generalamnestie im Jahre 1963 markiert das Ende dieser Repressionspolitik und den Beginn eines neuen Abschnittes in der Politik Kádárs. Eine Entwicklung, die nicht zuletzt durch die erneut aufgenommene Entstalinisierungsdebatte während des XXII. Parteitages der KPdSU ausgelöst wurde.<sup>413</sup> Aufgrund der Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern wurden dabei ab Mitte der sechziger Jahre auch die starren planwirtschaftlichen Strukturen aufgebrochen. Zunächst erhielten auf dem Lande die Kolchosen und Sowchosen eine stärkere Autonomie bei der Erzeugung und Vermarktung ihrer

---

Abteilung Sicherheitsfragen, Aktennotiz über eine Beratung von Genossen, ... 16.10.1967 / DY 30 3312, ZK SED, Büro Ulbricht / DY 30 3395, ZK SED, Büro Ulbricht / DY 30 3396, ZK SED, Büro Ulbricht / DY 30 J IV/2/1086, ZK SED, Politbüro).

<sup>412</sup> Vgl. Molnár 1999: S. 447 ff.

<sup>413</sup> Vgl. Ebd. S. 449 f. / Hacker 1984: S. 735 f.

Produkte.<sup>414</sup> Später wurden verstaatlichte kleine Handwerksbetriebe wieder in private Hände gegeben und Großbetriebe mit dem Ziel umstrukturiert, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Unter dem Namen „Neuer Wirtschaftsmechanismus“ trat im Jahre 1968 ein Reformkonzept in Kraft, das schließlich die ungarischen Betriebsdirektoren aufforderte, ihre Unternehmen so nahe als möglich an den „Gesetzen des Marktes“ zu führen.<sup>415</sup> Um Ungarn jedoch ob dieser wirtschaftlichen Liberalisierung nicht erneut den Zorn Chruschtschows und später Breschnews zuzuziehen, machte Kádár auch deutlich, dass eine politische Reform seines Regimes nicht zur Diskussion steht.<sup>416</sup>

Die Ungarn sollten also Mitte / Ende der sechziger Jahre zum einen die pluralistischen Gesetze des Marktes zur effektiveren Gestaltung der Wirtschaft beherzigen und zum anderen sich nicht an der Zementierung des Einparteiensystems mit dem daran geknüpften Meinungsmonopol der Sozialistischen Arbeiterpartei stoßen. Ein Spagat, der angesichts der zahlreichen ethnischen Minderheiten im Land sowie der gerade mal ein Jahrzehnt zurückreichenden Intervention Moskaus um so schwieriger in seiner Durchführung erscheint.

Es ist daher vielleicht kein Zufall, dass ausgerechnet in der Volksrepublik Ungarn für das 1968 eingeführte Unterrichtsfach zur militärischen Ausbildung der Jugendlichen kein reiner Terminus technicus wie Militärische Grundausbildung oder Wehrunterricht ausgewählt wurde, sondern schon im Namen, „Erziehung zur Heimatverteidigung“, ein Hauptanliegen des Faches hervorgehoben wird.<sup>417</sup> Die ungarische Parteiführung könnte darin ein Mittel gesehen haben, die mit der wirtschaftlichen Liberalisierung notwendig verknüpfte stärkere Öffnung nach Westen nationalistisch-propagandistisch zu kompensieren. In der Tat hatte dieses Unterrichtsfach in Ungarn im ideologisch-propagandistischen Teil - neben der obligatorischen Beschäftigung mit dem *kriegstreiberischen Imperialismus* - seinen Schwerpunkt bei der Glorifizierung der ungarischen Nation.<sup>418</sup> „Die Heimatverteidigung und die Qualität des Inhalts der Erziehung zur Heimatverteidigung determinieren das tätige Verhältnis zur Heimat“, charakterisiert László Bodó in dem Text „Einige prinzipielle und methodische Fragen der Erziehung zum Patriotismus und zur Heimatvertei-

---

<sup>414</sup> Das ging sogar soweit, dass im Interesse einer effektiveren Bewirtschaftung der Betriebe ehemalige Kulaken – manchmal sogar als Direktoren – in die Genossenschaften aufgenommen wurden (Vgl. Molnár 1999: S. 450).

<sup>415</sup> Vgl. Molnár ebd. / Kurtún 1993: S. 7.

<sup>416</sup> Vgl. Molnár: S. 453 f.

<sup>417</sup> Bereits seit dem Beginn der sechziger Jahre existierte an den ungarischen Schulen das Pflichtfach Zivilschutzlehre, welches aber nach Aussage von Gosztony „weder von den Lehrern noch von den Schülern [...] richtig ernst genommen“ wurde (Vgl. Gosztony 1977: S. 355).

<sup>418</sup> Vgl. auch Gosztony 1977: S. 329.

digung in der Mittelschule“<sup>419</sup> die Erziehungsmöglichkeiten in diesem Fach.<sup>420</sup> Dieser gewünschte Patriotismus sollte sich aber nicht in erster Linie auf die ungarische Geschichte beziehen, sondern den multiethnischen und den gesellschaftlichen Realitäten der Volksrepublik Ungarn Rechnung tragen. Die „praktische Pädagogik“ im Unterrichtsfach Heimatverteidigung sollte die Jugendlichen dazu befähigen, „die historische Realität entsprechend ihrer Widersprüchlichkeit und Vereinfachung aufzudecken und zu interpretieren; die konkreten Strebungen und Bewegungen der Klassen, Schichten, Gruppen und Persönlichkeiten, die die Gesellschaft bilden, zu erklären und sie mit ihren Interessen, Positionen und Positionsveränderungen zu konfrontieren.“ Hauptintention des Wehrunterrichtes in der Volkrepublik Ungarn war also die Propagierung des „sozialistischen Patriotismus“, ohne dass die Gegnerschaft zum *bösen imperialistischen* Westen allzu sehr als Motiv unterstrichen wurde. Gedenk der von den Ungarn erfahrenen Hegemonie der Sowjetunion im Warschauer Pakt, geschah dies allerdings unter Erwähnung der Bedeutung der östlichen Führungsmacht sowie der weiteren Bündnispartner<sup>421</sup>:

„Die grundlegende Aufgabe unserer Erziehung zum Patriotismus ist es, bewußt zu machen, daß die wahren nationalen Interessen unseres Landes unmöglich gegen die Sowjetunion, gegen die Völker der sozialistischen Gemeinschaft und gegen die internationale Arbeiterbewegung verwirklicht werden können, weil das ein unhaltbarer Anachronismus wäre. Genau wie es unmöglich ist, die internationale Solidarität unter Verletzung der Interessen der sozialistischen Nation zu verwirklichen.“

Auch in Ungarn waren der Einführung des Wehrunterrichtes in den sechziger Jahren Schulreformen vorausgegangen.<sup>422</sup> 1961 wurde die Verlängerung der Schulpflicht von acht auf zehn Jahre beschlossen. Wie in der Sowjetunion zu dieser Zeit war damit jedoch nicht die Einheitsschule bis zur zehnten Klasse verbunden. Diese bestand nur bis zur achten Klassenstufe. An den Besuch dieser Allgemeinen Schule konnte sich bereits seit dem Schulgesetz von 1945 in den Klassen neun bis zwölf die Absolvierung der zum Abitur führenden allgemeinbildenden Mittelschule (Gymnasium) bzw. der Fachmittelschule (Fachgymnasium) oder eine dreijährige Berufsausbildung anschließen. Da jedoch ein hoher Anteil der Absolventen der achten Klasse die Ausbildung weder in den Mittelschulen noch in der Berufsschule fortsetzte, wurde für diese Schülerinnen und Schüler in Ungarn 1961 die Fortbildungsschule geschaffen.

---

<sup>419</sup> Dieser Ende der siebziger Jahre entstandene Text zieht – durchaus kritisch – eine Bilanz der bisherigen Praxis des Faches und unterbreitet Vorschläge für Verbesserungen in der Zukunft (BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978).

<sup>420</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv, Sign. 11.821, Bodó 1978.

<sup>421</sup> Ebd.

<sup>422</sup> Vgl. Ágoston 1984: S. 82 ff.

Eine weitere Reform in diesem Jahr betraf die Gymnasialbildung.<sup>423</sup> In diesem Schultyp wurde das 5+1-System eingeführt. Das heißt, die Schülerinnen und Schüler absolvierten pro Woche eine fünftägige theoretische Ausbildung in der Schule und dazu eine eintägige praktische Ausbildung in einem Betrieb. Sowohl die Fortbildungsschule als auch das 5+1-System hatten jedoch nur eine sehr kurze Lebenszeit und waren bereits 1965 wieder aus dem Bildungssystem der Volksrepublik Ungarn verschwunden – was das gesamte ungarische Schulsystem im Wesentlichen wieder auf den mangelhaften Stand vom Beginn der sechziger Jahre zurückversetzte.

Wie in der Sowjetunion konnte im ungarischen Bildungsbereich am Ende der sechziger Jahre der Anspruch nicht mit der Realität Schritt halten. Noch 1972 vermerkte die Volksbildungsminister(in) der DDR, Margot Honecker, nach einem Besuch in der VR Ungarn in einem Bericht an das ZK der SED<sup>424</sup>:

„Das Hauptmotiv, warum die ungarischen Genossen auf die Achtklassenschule orientieren, sei in der Tatsache zu suchen, daß die Zehnklassenschulbildung für nur etwa 50 % der Schulen zum gegenwärtigen Zeitpunkt realisierbar wäre. [...] Es gibt in der großen Mehrheit der Schulen noch Einklassen- und Mehrstufenunterricht. Die achtjährige Grundschule wird über einen längeren Zeitraum (bis etwa 1985) weiterhin Pflichtschule aller Kinder sein.“

Obwohl seit 1961 in Ungarn eine Schulpflicht für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis sechzehn Jahren bestand, setzten noch am Beginn der achtziger Jahre siebzehn bis achtzehn Prozent der Schüler eines Jahrgangs nach dem Abschluss der achten Klassen ihre Ausbildung nicht weiter fort.<sup>425</sup> Weitere zehn Prozent einer Altersstufe verließen die Schule sogar vor dem Abschluss der achten Klasse. Ebenfalls noch in den frühen achtziger Jahren war in Ungarn eine große soziale Divergenz bei der Wahl der Ausbildungsform nach der achten Klasse festzustellen. Während die Kinder von Funktionären, Wirtschaftsleitern oder von Intellektuellen an den Mittelschulen und Fachmittelschulen in den Klassen ab dem 9. Schuljahr deutlich in der Mehrheit waren, konzentrierten sich die Arbeiter- und Bauernkinder in den Berufsschulen bzw. setzten ihre Ausbildung gar nicht fort.

Schaut man sich nun an, welche Klassenstufen der 1968 eingeführte Wehrunterricht berührte, stellt man fest, dass - abgesehen von jeweils sechs Stunden pro Schuljahr in der siebenten und achten Klasse der Allgemeinen Schule – dieses Fach die Mittelschulklassen neun bis zwölf betraf.<sup>426</sup> Das Unterrichtsfach war in

---

<sup>423</sup> Vgl. Ebd.: S. 85.

<sup>424</sup> SAPMO-BArch., DY 30 IV B2/9.05/77, ZK SED, Abtl. Volksbildung, M. Honecker ... 06.11.1972.

<sup>425</sup> Vgl. Ágoston 1984: S. 88.

<sup>426</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv, Sign. 11.821, Riechert /Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Ebd. Bodó 1978 / Gosztony 1977: S. 325.

Ungarn also vorrangig auf die Gymnasiasten und Fachmittelschüler - die spätere Elite des Landes - ausgerichtet. Diese Schüler würden nach der Ausbildungszeit im Kontext der begonnenen liberaleren Wirtschaftspolitik und der damit verbundenen Öffnung nach Westen am stärksten von den Verlockungen des Kapitalismus *bedroht* werden. Sie würden aber nicht nur in der Wirtschaft leitende Positionen einnehmen, sondern auch in Armee, Partei und Staat. Im Zusammenhang mit der Einführung des Wehrunterricht in der Volksrepublik Ungarn ist dies sicherlich ein wichtiger Aspekt, der die These - dass die Führung des Landes sich durch dieses Fach eine ideologische Kompensationsfunktion bei der wirtschaftlichen Öffnung versprach - weiter fundiert<sup>427</sup>.

Anders als in der UdSSR lag die Verantwortung für das neue Unterrichtsfach in der Ungarischen Volksrepublik in den Händen des Volksbildungsministeriums.<sup>428</sup> Die Einführung des Wehrunterrichtes in den oberen Klassen war 1968 in den ungarischen Schulen auch mit der Zuweisung wehrerzieherischer Tätigkeiten für die auf die jüngeren Jahrgänge konzentrierte Pioniergarde verbunden. Mit der Etablierung des Wehrunterrichtes an den ungarischen Grund- und Mittelschulen wurde eine militärische Ausbildung auch für die Studenten an

In der 9. Klasse wurden einundzwanzig Stunden in diesem Fach unterrichtet, in der 10. zwanzig, in der 11. dreiundzwanzig und in der 12. Klasse sechzehn Stunden (Vgl. BBF / DIPF / Archiv, Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, 06.04.1987 / Gosztony 1977: S. 328 ff.). Hier ist jedoch zu beachten, dass ein Gutteil dieser Stunden in anderen Unterrichtsfächern - Klassenleiterstunden, Biologie-, Chemie- und Sportunterricht - absolviert wurden (Vgl. Gosztony 1977 ebd.).

<sup>427</sup> Die Abschaffung des 5+1-Systems und damit des Produktionstages in den ungarischen Schulen erscheint mir - anders als die starke Reduzierung des Arbeitsunterrichtes in der Sowjetunion - keine nennenswerte Bedeutung bei der Etablierung des Wehrunterrichtes zu besitzen. Das 5+1-System ist eingeführt worden, weil man das Gymnasium in Ungarn - neben den Fortbildungsschulen - zur Schule für alle Absolventen der achten Klasse machen wollte, die nicht wegen der begrenzten Kapazitäten der Berufsschulen in diese übergingen, um so der Schulflucht nach der achten Klasse entgegenzuwirken. Die Idee für dieses System war also viel stärker von praktischen Erwägungen als von pädagogisch-theoretischen Überlegungen getragen worden. Von den Absolventen eines solchen Gymnasiums hätte aber nur etwa knapp ein Viertel - unter anderem aufgrund der beschränkten Ressourcen der Hochschulen, aber auch wegen der Gegebenheiten der wirtschaftlich-technischen Situation - ein Studium aufnehmen können. Das Gros der Absolventen des Gymnasiums sollte also nach diesen Plänen seine berufliche Zukunft in der Produktion finden. Da das gymnasiale Schulabgangsalter von achtzehn Jahren eine längere klassische Facharbeiterausbildung ökonomisch aber verbot, sollte der eine Wochentag in der Produktion daher bereits eine Art Berufsvorbereitung darstellen. Das ganze Vorhaben, das Gymnasium mehr oder weniger zur Regelschule zu machen, war aber - schon wegen der genannten starken materiellen Probleme des ungarischen Bildungswesens - von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Verzicht auf das 5+1-System war daher nur die Konsequenz auf das Fallenlassen des Vorhabens der Öffnung der Gymnasien für die breite Masse der Jugendlichen (Vgl. Ágoston 1984: S. 84 ff.).

<sup>428</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Mansfeld, Patriotische und Wehrerziehung in den Schulen der Ungarischen Volksrepublik.

den Hochschulen obligatorisch.<sup>429</sup> Ein Element im Gesamtkonzept der Wehrerziehung, das allerdings zu diesem Zeitpunkt in der DDR, in Polen oder in der UdSSR längst gängige Praxis war.<sup>430</sup>

Im außerschulischen Bereich fand in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Neustrukturierung der Organisation der Wehrerziehung statt.<sup>431</sup> Aus dem „Magyar Honvédelmi Sportszövetség“ (Ungarischer Landesverteidigungs-Sportverband) wurde 1967 der „Magyar Honvédelmi Szövetség“ (Ungarischer Landesverteidigungsverband) und entsprechend der Namensänderung erfolgte eine Konzentration dieser Vereinigung auf paramilitärische Inhalte. Allerdings fand dieser nun stärker auf die Belange und Wünsche der Armee ausgerichtete Charakter des Verbandes nicht die Zustimmung seiner Mitglieder, die ihn seit dieser Umstrukturierung in großer Zahl verließen. Im Rahmen des Wehrunterrichtes an den Mittelschulen war der Ungarische Landesverteidigungsverband seit 1968 für die Ausrichtung der Schießübungen und anderer praktischer Ausbildungseinheiten verantwortlich.<sup>432</sup>

### 3.3.2 Die Entwicklung in der Volksrepublik Bulgarien

Die Bedeutung der UdSSR bei der gesamtpolitischen Ausrichtung Bulgariens nach dem Zweiten Weltkrieg<sup>433</sup> lässt sich wohl durch nichts besser verdeutlichen als durch das Zitat von Georgi Dimitrov aus dem Jahre 1943, wonach für das Land die Freundschaft zur Sowjetunion „nicht weniger notwendig [sei] als die Sonne und die Luft für jedes Lebewesen“<sup>434</sup>. Die Sowjetunion diente der Volksrepublik Bulgarien als Vorbild bei der Schaffung eigener staatlicher Strukturen – vom Einparteiensystem über die Ausrichtung der Wirtschaft bis hin zur Formierung der Bulgarischen Streitkräfte nach dem Vorbild der Roten Armee sowie der Nutzung des Terrors als Mittel der Politik.<sup>435</sup> Diese schlichte Übernahme der sowjetischen Verhältnisse betraf auch das Bildungswesen des

<sup>429</sup> Vgl. Gosztony 1977: S. 325.

<sup>430</sup> Vgl. Koch 2000 b: S. 85 ff. / Révész 1977b: S. 196.

<sup>431</sup> Vgl. Gosztony 1977: S.314 ff.

<sup>432</sup> Vgl. Ebd.

<sup>433</sup> Die Kriegserklärung der UdSSR vom 5. September 1944 zog die sofortige Besetzung des Landes durch die Rote Armee nach sich. Schon zwischen Dezember 1944 und Februar 1945 wurde eine riesige Anzahl von Verfahren gegen die ehemalige politische Elite des Landes durchgeführt, in deren Folge mehr als zweitausendsiebenhundert Personen hingerichtet wurden. Als Georgi Dimitrov im November 1945 nach zweiundzwanzigjähriger Abwesenheit aus dem Moskauer Exil in seine Heimat zurückkehrte, begann er sofort mit der Beseitigung seiner politischen Gegner. Die Kommunistische Partei Bulgariens (KPB) wurde zu einer Massenpartei. Auch viele ehemalige Sozialdemokraten baten um Aufnahme, nicht wenige wurden aber in Straflagern interniert (Vgl. Knaus 1997: S. 77 f.).

<sup>434</sup> Zitiert von Bachmaier 1991: S. 177.

<sup>435</sup> Vgl. Knaus 1997: S. 77 f. / Crampton 1997: S. 185 ff.

Landes<sup>436</sup>, wo seit dem Beginn der fünfziger Jahre sogar Lehrpläne und Lehrbücher aus der UdSSR genutzt worden.<sup>437</sup> Allerdings hatten die Funktionäre gerade im Bildungsbereich die Rechnung ohne den Wirt gemacht. In einem Bericht für das Politbüro der Bulgarischen Kommunistischen Partei beklagte Bildungsminister Janev 1952, dass ein erheblicher Teil der Lehrer noch immer der bürgerlichen Moral verbunden sei und insbesondere bei der politischen Erziehung nicht dem sowjetischen Vorbild folge.<sup>438</sup> Auch die für die politisch-ideologische Arbeit besonders wichtige Pionierorganisation habe in der Volksrepublik Bulgarien noch nicht richtig Fuß gefasst und sei bis dato nur mit fünfzehn Heimen im Land präsent.

Die Lehrer sträubten sich in der Tat gegen das ihnen aufoktroyierte stalinistische System. In den Jahren von 1944 bis 1951 verließen – ohne die aus politischen Gründen entlassenen Pädagogen – 1677 Grundschullehrer, 1873 Progymnasiallehrer und 2502 Gymnasiallehrer die bulgarischen Schulen. Die Folge waren allgemeine Qualitätsprobleme, die sich z. B. im Schuljahr 1950/51 an der hohen Zahl von 107.599<sup>439</sup> Schülerinnen und Schüler festmachen ließ, die eine Klasse wiederholen mussten.

Trotz dieser auftretenden Widerstände kann aufgrund des hohen Grades der Nachahmung des sowjetischen Bildungssystems durch die Volksrepublik Bulgarien nach dem Zweiten Weltkrieg davon ausgegangen werden, dass auch der Wehrunterricht als Teilbereich des Sportunterrichtes an den bulgarischen Schulen etabliert wurde. Dies bedeutet wiederum, dass - angesichts des deutlichen Bezugs auf die Machtinstrumente der Stalinzeit durch die Breschnew-Administration - die bulgarischen Kommunisten auch die Wiedereinführung des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion antizipieren und in ihre nach wie vor stark

---

<sup>436</sup> Das moderne bulgarische Bildungswesen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als von den bulgarischen Gemeinden selbständig getragenes System entstanden. Es war insofern auch ein Erscheinungsbild des wachsenden bulgarischen Nationalbewusstseins gegen die Unterdrückung innerhalb des Osmanischen Reiches. Nach der bulgarischen Unabhängigkeit im Jahre 1878 unterhielt das Land kulturelle Beziehungen nach West-, Mittel- und auch Osteuropa, was sich auch im Bildungssystem des Landes zeigte, das bis in die vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts Anregungen aus der französischen, österreichischen, deutschen aber auch der russischen Bildungstradition vereinigte (Vgl. Bachmaier 1991: S. 176).

<sup>437</sup> Vgl. Bachmaier: S. 184.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass in den Jahren von 1944 bis 1969 insgesamt 2500 bulgarische Studenten an sowjetischen Hochschulen studierten. Im gleichen Zeitraum hielten sich auch etwa ein Fünftel aller bulgarischen Hochschullehrer zur Weiter- und Fortbildung in der UdSSR auf. Etwa ein Drittel aller von Bulgaren geschriebenen Doktorarbeiten wurden in der Sowjetunion verteidigt (Vgl. Bachmaier 1991: S. 191).

<sup>438</sup> Vgl. Ebd. S. 183 f.

<sup>439</sup> Diese Zahl entspricht zehn Prozent aller bulgarischen Schülerinnen und Schüler in diesem Schuljahr (Vgl. Bachmaier 1991: S. 184).



an den sowjetischen Verhältnissen orientierte<sup>440</sup> eigene Politikgestaltung einbeziehen konnten.

Infolge der Veränderungen der Politik der UdSSR nach dem Tode Stalins erfolgten auch in der Volksrepublik Bulgarien unter dem seit 1956 herrschenden Ersten Sekretär der BKP, Todor Schiwkow, partielle Korrekturen in der Gestaltung der Politik<sup>441</sup>, ohne dass sich das Land freilich generell vom Stalinismus verabschiedete.<sup>442</sup> Für das Bildungswesen bedeutete dies, dass die bestehende Zentralisierung des Systems etwas abgeschwächt, der Frontalunterricht weniger streng gehandhabt, die Verwendung sowjetischer Lehrbücher und Lehrpläne reduziert und nationale Traditionen stärker unterstrichen wurden.

Am Ende der fünfziger Jahre erfolgte in Bulgarien eine Erweiterung der Schulpflicht von sieben auf acht Jahre. Gleichzeitig erhielten die Schulen die Aufgabe, mit Fabriken und Kolchosen zusammenzuarbeiten, um den Schülern so auch polytechnische Kenntnisse zu vermitteln. Dabei wurden sogar schon Elemente der Berufsausbildung in die Schullaufbahn einbezogen, woran wiederum der nach wie vor starke Bezug auf die Verhältnisse und Entwicklungen in der UdSSR erkennbar wird.<sup>443</sup>

Eine weitere wichtige Veränderung im Bildungswesen der Volksrepublik Bulgarien in diesen Jahren betraf die bis dahin der türkischen Minderheit eingeräumte Autonomie.<sup>444</sup> Während einer Sitzung des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Juni 1958 wurde dargelegt, dass die Unterstützung der türkischen kulturellen Autonomie zur Isolation der türkischen Volksgruppe von der übrigen bulgarischen Bevölkerung führe. Bei dieser

---

<sup>440</sup> Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow sowohl Chruschtschow als auch Breschnew die Eingliederung Bulgariens in die UdSSR angeboten hat (Vgl. Crampton 1997: S. 198 ff.).

<sup>441</sup> Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 reagierten die bulgarischen Kommunisten mit einem Entstalinisierungsprozess auf die Entwicklung in der Sowjetunion, bei dem dem alten Parteichef Tschewtschew u. a. Personenkult vorgeworfen wurde. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war zudem in Bulgarien eine liberalere Tendenz in den Medien oder in der Kunst- und dabei insbesondere in der Literaturszene erkennbar. Auch erfolgte eine leichte Öffnung nach Westeuropa (Vgl. Crampton 1987: S. 179 ff.).

<sup>442</sup> Vgl. Bachmaier 1991: S.187 / Crampton 1987: S. 179 ff.

<sup>443</sup> Vgl. Popov 2002: S. 62.

<sup>444</sup> Vgl. Bachmaier: S. 187 f.

Im Artikel 79 der bulgarischen Verfassung von 1947 wurde den „nationalen Minderheiten [...] ein Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache und auf Entwicklung ihrer nationalen Kultur“ (Ebd.: S. 179) - bei gleichzeitiger obligatorischer Unterrichtung in bulgarischer Sprache – eingeräumt. Die armenischen und jüdischen Schulen wurden aber bereits 1948 wegen Schülermangel geschlossen. Den Türken stand der bulgarische Staat diese Schulautonomie in der Praxis zwar zunächst zu, 1950 ging er aber bereits mit Umsiedlungen gegen diese Volksgruppe vor, um so nationalistische und oder religiöse Tendenzen bereits im Keim zu ersticken. Bis 1951 – als die Türkei ihre Grenzen schloss – verließen daher bereits 155.000 Moslems die Volksrepublik Bulgarien (Vgl. Ebd.: S. 179 ff.)

ZK-Sitzung erging daher der Beschluss, das türkische Schulwesen aufzulösen und Türkisch nur noch fakultativ an den Schulen anzubieten.<sup>445</sup>

Ab 1962 begann man in Bulgarien mit der Einrichtung von Mittleren Berufsschulen, die den Schülerinnen und Schülern von nun an ab der neunten Klassenstufe die Möglichkeit einer vierjährigen Berufsausbildung mit Abitur neben einer einfachen Berufsausbildung (drei Jahre) sowie dem Besuch einer konventionellen Mittelschule (Gymnasium / vier Jahre) einräumte.<sup>446</sup>

Abgesehen von der angesprochenen, sehr wahrscheinlichen Antizipation der Entwicklung in der UdSSR nach dem dortigen Machtwechsel sowie dem Aspekt der Bekämpfung des Nationalbewusstseins bei dem in Lande lebenden Minderheiten, scheint bei oberflächlicher Betrachtung der Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien in den sechziger Jahren kein Grund vorzuliegen, dem Erziehungssystem mit dem Wehrunterricht ein disziplinierendes Element beizugeben. Anders als in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei oder auch der DDR gab es in Bulgarien keine Volksaufstände oder ähnliche Unruhen.<sup>447</sup> Schaut man allerdings etwas genauer auf die bulgarische Geschichte jener Jahre, erkennt man, dass auch Todor Schiwkow nicht nur in ruhigen Fahrwassern seine Macht ausüben konnte. So versuchten ausgerechnet Offiziere - u. a. der Kommandeur der Sofiaer Garnison General Anew - der bulgarischen Armee 1965 einen Putsch durchzuführen, der eine eigenständigere, weniger stark auf die Sowjetunion bezogene Politik Bulgariens zum Ziele hatte.<sup>448</sup>

Auch sah man in der bulgarischen Führung in den sechziger Jahren durchaus die Gefahr, dass die Ideen der Reform- bzw. Oppositionsbewegungen aus der ČSSR oder Polen ins eigene Land überschwappen könnten.<sup>449</sup> Diesem Bündel innen- und außenpolitischen Gefahrenpotentials gedachte man im Politbüro der Bulgarischen Kommunistischen Partei durch eine stärkere Disziplinierung der eigenen Jugend zu begegnen, die auch stärkere Anstrengungen auf dem Gebiet der Wehrerziehung einschloss.<sup>450</sup>

Formellen Niederschlag fanden die Sorgen und Befürchtungen der bulgarischen Parteiführung 1971 in der neuen Verfassung und im neuen Parteiprogramm der BKP.<sup>451</sup> Die Verfassung beschrieb Bulgarien nun nicht mehr nur als Volksrepublik sondern auch als „sozialistischen Staat der arbeitenden

---

<sup>445</sup> Im Februar 1974 beschloss das ZK der BKP schließlich die „Integration“ der Türken in der VR Bulgarien in die bulgarische Bevölkerung. Damit wurde der Türkischunterricht an den bulgarischen Schulen beendet (Vgl. Bachmaier 1991: S. 181). Im Jahre 1969 kam es zwischen Bulgarien und der Türkei zu einem Abkommen, in dessen Folge bis 1979 etwa fünfzigtausend Türken die VR Bulgarien verließen (Vgl. Crampton 1987: S. 190).

<sup>446</sup> Vgl. Popov 2002: S. 62.

<sup>447</sup> Vgl. Crampton 1997: S. 195 ff. u. 198 ff.

<sup>448</sup> Vgl. Crampton 1987: S. 185 / Ders. 1997: S. 197.

<sup>449</sup> Vgl. Crampton 1987: S. 186.

<sup>450</sup> Vgl. Oschlies 1977 a : S. 40 f.

<sup>451</sup> Vgl. Crampton 1987: S. 186.

Menschen in Stadt und Land der von der Arbeiterklasse geführt wird.“ Die Bulgarische Kommunistische Partei wurde nun explizit als „führende Kraft in Gesellschaft und Staat“ bezeichnet, die „in enger brüderlicher Verbundenheit mit der Bulgarischen Nationalen Bauernpartei [...] die fortgeschrittene sozialistische Gesellschaft aufbaut“<sup>452</sup>. Des Weiteren wurde 1971 auch die Vorgabe, die Jugend im Geiste des Kommunismus zu erziehen, in den Verfassungsrang erhoben.

Als eine inhaltlich-praktische Komponente dieser rechtlichen Regelungen kann die bereits 1968 erfolgte allmähliche Einführung des Wehrunterrichtes in den Klassen neun und zehn der bulgarischen Berufsschulen, den Fachmittelschulen sowie der Mittelschulen (Gymnasium) angesehen werden.<sup>453</sup> Dabei mussten die Jugendlichen ab 1968 in den neunten Klassen siebenzig (zwei Wochenstunden) und in den zehnten Klassen fünfunddreißig (eine Wochenstunde) Ausbildungseinheiten absolvieren. Zu diesem in die Wochenstundenpläne eingetakteten Unterrichtsprogramm wurden zusätzlich - für Jungen und Mädchen – Wehrausbildungslager<sup>454</sup> von zunächst zwölf Tagen (zweiundsiebzig Stunden) Dauer organisiert.<sup>455</sup>

Im Gegensatz zu der Entwicklung an den bulgarischen Schulen erlebte die Wehrerziehung im außerschulischen Bereich in dem Balkanland gerade am Ende der sechziger Jahre einen Niedergang.<sup>456</sup> Die seit ihrer Gründung 1951 mehr oder weniger nur in einem provisorischen kümmerdasein befindliche paramilitärische „Freiwillige Organisation zur Zusammenarbeit mit der Verteidigung“ wurde aufgelöst, da, so ihr Vorsitzender und stellvertretende Verteidigungsminister Stoju Stoev bei der letzten Sitzung ihres Zentralkomitees am 26. Februar 1968, „die Notwendigkeit einer Existenz [...] entfällt.“ In der Folge übernahm das Bulgarische Rote Kreuz sowie eine sogenannte „Bürger-Verteidigung“ die Aufgaben der „Freiwilligen Organisation [...]“ vor allem im Bereich der Zivilverteidigung. Den Schwerpunkt der Arbeit der vormilitärischen Ausbildung im Gesamtkonzept der bulgarischen Wehrerziehung sahen die Verantwortlichen in Sofia aber seit dem Ende der sechziger Jahre eben in dem speziellen Schulfach Wehrunterricht.<sup>457</sup>

---

<sup>452</sup> Zitiert ebd.

<sup>453</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>454</sup> Die Zahl der Jugendlichen, die ein solches Lager absolvierten, wurde am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre immer weiter erhöht (zunächst etwa hunderttausend, 1971 hundertzwanzigtausend, 1972 über einhundertzwanzigtausend), bis etwa in der Mitte der siebziger Jahre alle Schüler ein solches Lager absolvierten (Vgl. Oschlies 1977 a: S. 45 / BBF / DIPF / Archiv, Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, 06.04.1987).

<sup>455</sup> Vgl. Oschlies 1977 a: S. 44 f.

<sup>456</sup> Vgl. Ebd.: S. 35 ff.

<sup>457</sup> Vgl. Ebd. S. 40 ff.

### 3.3.3 Die Entwicklung in der Volksrepublik Polen

Der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Wladyslaw Gomulka, wurde am Beginn seiner Amtszeit 1956 im polnischen Volk als Hoffnungsträger angesehen.<sup>458</sup> Er sprach sich bei seinem Machtantritt offen gegen jeglichen Personenkult, für mehr Freiheit und Offenheit in Politik und Wirtschaft und gegen Methoden einer Terrorherrschaft aus. Spekulationen, er werde seinen früheren auch national orientierten politischen Prinzipien folgen und einen unabhängigen „polnischen Weg“ beschreiten, erteilte er jedoch schon in seiner Antrittsrede eine Absage.<sup>459</sup> Nach anfänglichen Reformerscheinungen<sup>460</sup> passte Gomulka seine Politik recht schnell dem an, was im Einflussbereich Moskaus opportun<sup>461</sup> war und wurde so zu einem sicheren Gefolgsgenossen der Sowjetunion.<sup>462</sup> Der Verzicht auf wirklich substantielle Veränderungen im gesellschaftlichen Leben und in der Wirtschaft Polens bedeutete aber auch, dass die seit Jahren evidenten Krisenerscheinungen sich fortsetzten.<sup>463</sup> Die ihm bei seinem Amtsantritt aus der polnischen Bevölkerung

---

<sup>458</sup> Vgl. Roos 1986: S. 247 ff. / Schmidt-Rösler 1996: S. 216 ff. / Fuhrmann 1990: S. 121 ff.

<sup>459</sup> Vgl. Schmidt-Rösler: S. 217.

<sup>460</sup> Die Wahlen zum polnischen Parlament (Sejm) wurden 1957 zwar nach wie vor nach einer Einheitsliste durchgeführt. Da aber 723 Bewerber für 459 Sitze kandidierten, konnte zumindest innerhalb dieser Liste eine Wahl getroffen werden. Das hatte zur Folge, dass 63 parteilose Abgeordnete in das Parlament einzogen - darunter 5 Katholiken. In wirtschaftlicher Hinsicht versuchte Gomulka, die Probleme über eine Dezentralisierung in den Griff zu kriegen. In der Landwirtschaft gab man das bis dahin propagierte Prinzip der Kollektivierung auf und gestattete privaten Landbesitz bis zu einer Größe von 15 Hektar. Darüber hinaus wurden Erleichterungen für die Bevölkerung geschaffen - zum Beispiel die Eröffnung von Devisenläden (Pewex), der Verzicht auf die Störung westlicher Rundfunksender oder eine Amnestie für Gefangene, die anlässlich von Aufständen in Poznan verhaftet worden waren (Vgl. Schmidt-Rösler 1996: S. 218 f.).

<sup>461</sup> So wurden z. B. Reformpläne des Wirtschaftswissenschaftlers Oskar Lange vom ZK der PVAP nicht weiterverfolgt, nach denen Polen zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ umgewandelt werden sollte; das alte System der Planwirtschaft wurde beibehalten. Ab 1957 zeigte sich auch, dass Gomulka die zeitweilig aufblühende Meinungsvielfalt in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nicht akzeptierte. Im Oktober dieses Jahres beschloss das ZK der Partei den Ausschluss von insgesamt zweihunderttausend Mitgliedern - sowohl Stalinisten wie Reformer. Des weiteren wurden eine Reihe kritischer Zeitungen verboten (1957 *Po prostu*, 1963 *Nowa Kultura* und *Przeglad Kulturalny*) (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 121 / Schmidt-Rösler 1996: S.219).

<sup>462</sup> Vgl. Fuhrmann 1990: S. 121 / Schmidt-Rösler 1996: S. 219 ff.

<sup>463</sup> Vgl. Fuhrmann: S. 121 f. / Roos 1986: S. 259.

Das Agrarland Polen - am Ende der fünfziger Jahre waren etwa 42-45% aller Beschäftigten in der Land- und Fortwirtschaft tätig - musste aufgrund überalterter Produktionsformen im Zeitraum von 1956 bis 1960 acht Millionen Tonnen Getreide einführen. Der schlechte Lebensstandard auf dem Lande löste eine Landflucht aus, die wiederum die Wohnungsnot in den Städten verschärfte. Dem Bedarf der Bevölkerung nach Konsumgütern konnte die mit

entgegenströmende Sympathie hatte Gomulka daher spätestens am Beginn der sechziger Jahre verloren. Angesichts der Mangelwirtschaft und langer Warteschlangen vor den Geschäften machte sich im Land Resignation breit. Die PVAP verlor in dieser Zeit ihre genuine Basis. Stellten in den vierziger und fünfziger Jahren die Arbeiter auch wirklich die Mehrheit in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, waren ab 1964 die Angehörigen der Verwaltungsapparate von Partei und staatseigenen Betrieben dort in der Überzahl.<sup>464</sup> Bereits seit dem Beginn der sechziger Jahre war zudem im Land ein Abbau kultureller und geistiger Freiheiten zu beobachten.<sup>465</sup> Die staatliche Zensur wurde ausgeweitet. 1960 erfolgte die Wiedereinführung der 1955 abgeschafften Pflichtfächer Marxismus-Leninismus und Politische Ökonomie an den polnischen Hochschulen. Die Schulen wurden nach einem 1961 vom Sejm verabschiedeten Gesetz über die Entwicklung des Volksbildungs- und Erziehungssystems einer strengeren staatlichen Aufsicht unterstellt, was u. a. das Ende des Religionsunterrichts zur Folge hatte.<sup>466</sup> Diese repressiven Tendenzen verstärkten sich 1964 mit der Ernennung des Nationalkommunisten Mieczyslaw Moczar zum Innenminister.<sup>467</sup> Moczar baute die Polizei, die Geheimdienste sowie die weiteren Sicherheitsorgane – zu denen auch eine zweihundertsechzigtausend Mann zählende Freiwillige Milizreserve (ORMO) gehörte – weiter aus. Zudem wurde durch den neuen Innenminister die Formierung eines achttausend Mann starken Kampfverbandes initiiert, der vorrangig der Festigung und dem Ausbau seiner persönlichen Machtposition in der Volksrepublik dienen sollte. Äußerungen Moczars waren oft von chauvinistischen und antisemitistischen Elementen geprägt, um so von den hausgemachten Problemen - vor allem der ökonomischen Misswirtschaft – abzulenken.<sup>468</sup> Zur Durchsetzung seiner Vorstellungen drehte er im Laufe seiner

---

einem riesigen Verwaltungsapparat und einer ineffektiven Panbürokratie belastete Industrie nicht nachkommen (Vgl. Fuhrmann 1990: S.121 f. / Roos 1986: S.259).

<sup>464</sup> Vgl. Schmidt-Rösler 1996: S. 220.

<sup>465</sup> Vgl. Fuhrmann 1990: S. 122.

<sup>466</sup> Vgl. Meyer 1990: S. 124 / Muszynski 1991: S. 119.

<sup>467</sup> Vgl. Fuhrmann: S. 122 ff. / Schmidt-Rösler 1996: S. 219 f.

<sup>468</sup> So wurde der israelisch-ägyptische Sechstagekrieg im Juni 1967 von ihm zum Anlass genommen, zunächst das Gerücht zu lancieren, die etwa fünfundzwanzigtausend in Polen verbliebenen Juden würden den Sieg Israels feiern, um dann anschließend eine antizionistische Kampagne zu starten, die sowohl gegen persönliche Gegner Moczars jüdischer Herkunft in den Reihen der PVAP gerichtet als auch zur Ablenkung von den Problemen des Landes gedacht war. Auch der mit einer Jüdin verheiratete Parteichef Gomulka äußerte - um in diesem Zusammenhang nicht von der Entwicklung selbst hinweggefegt zu werden - zu diesem Zeitpunkt Zweifel an der Loyalität der Juden zur Volksrepublik Polen. Selbst die Katholische Kirche versäumte es, sich entschieden gegen die antisemitische Hetze zu äußern. Im Zuge seiner Kampagne nahm Moczar die angebliche jüdische Eroberung der Massenmedien zum Anlass, weitere starke Einschnitte in die bereits eingeschränkte Medienfreiheit zu vollziehen (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 122 f. / Schmidt-Rösler 1996: S. 222).

Amtszeit immer weiter an der Schraube der Repression.<sup>469</sup> Am 8. März 1968 kam es auf dem Gelände der Warschauer Universität zu einer Demonstration gegen diese Form der Machtausübung, die brutal von der Polizei und der freiwilligen Milizreserve aufgelöst wurde und eine „Säuberungswelle“<sup>470</sup> in Partei und im Staatsapparat nach sich zog. 1970 führte die Erhöhung von Lebensmittelpreisen um 11 bis 36 % wiederum zu zahlreichen Protestaktionen in Gdansk, Gdynia, Szczecin und anderen Städten.<sup>471</sup> Gegen diese ging die Polizei und die Armee gewaltsam und unter Inkaufnahme von Todesopfern vor, was das Land wiederum an den Rand eines Bürgerkrieges und damit in die Gefahr eines sowjetischen Eingreifens führte. Zu Entspannung der Situation wurden Ende 1970 nicht nur Gomulka sondern auch ein Großteil seiner Mitarbeiter in Partei und Regierung abgesetzt.<sup>472</sup>

In dieser innenpolitischen Situation aus Mangelwirtschaft und leeren Geschäften, aus wachsender Militarisierung der Gesellschaft, staatlicher Repression, innerparteilichen Machtkampf und antisemitischer Hetze – aber auch dem Protest dagegen –, erfuhr das polnische Bildungssystem in den Jahren von 1961 bis 1972 eine umfassende Reform.<sup>473</sup> Schwerpunkte dieser vom Gesetz über die Entwicklung des Volksbildungs- und Erziehungssystems in der Volksrepublik Polen 1961 ausgelösten Veränderungen waren die Etablierung der Achtklassengrundschule<sup>474</sup>, der Ausbau der Oberschulbildung an den Lyzeen, die Förderung der Berufsausbildung<sup>475</sup>, aber eben auch die bereits angesprochene strengere staatliche Aufsicht des Schulwesens sowie die vom IV., V. und VI. Parteitag der PVAP beschlossene Stärkung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit.<sup>476</sup>

---

<sup>469</sup> Vgl. Ebd. / Ebd..

<sup>470</sup> Dieser fielen siebenhundert Amtsträger zum Opfer, so z. B. der Chefideologe der PVAP Adam Schaff oder der Philosoph und Universitätsprofessor Leszek Kolakowski. Beide gingen – wie viele andere auch – in dieser Zeit ins Exil. (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 122 f. / Schmidt-Rösler 1996: S. 222).

<sup>471</sup> Vgl. Schmidt-Rösler: S. 222 f.

<sup>472</sup> Vgl. Meyer 1990: S. 129.

Neuer Erster Sekretär der PVAP wurde Edward Gierek (Vgl. Ebd.: S. 129). Innenminister Moczar war bereits 1968 während des V. Parteitages noch von Gomulka – und im Beisein Breschnews – aus dem Amt gedrängt worden (Vgl. Fuhrmann 1990: S. 125 ff. / Meyer 1990: S. 127 ff.).

<sup>473</sup> Vgl. Muszynski 1991: S. 119 f. / Januszkiewicz 1973: S. 27 ff.

<sup>474</sup> Bis dahin existierte in der Volksrepublik Polen eine Siebenklassengrundschule, an die sich eine vierjährige Ausbildung an einem Lyzeum oder der Besuch eines Technikums anschließen konnte (Vgl. Muszynski 1991: S. 119).

<sup>475</sup> Trotz der materiellen Schwierigkeiten gelang es der Volksrepublik Polen in diesen Jahren, die Ausstattung des Schulwesens mit eintausend neuen Schulen spürbar zu verbessern (Vgl. Januszkiewicz 1973: S. 28).

<sup>476</sup> Vgl. auch Schulz 1984: S. 123.

Angesichts der politischen Konstellation ist es kaum verwunderlich, dass die PVAP-Führung die Reformzeit im Bildungssystem nutzte, um ihre immer stärker auf der Militarisierung der Gesellschaft und Repressionen basierende Herrschaftspraxis auch in den polnischen Schulen in Form eines Unterrichtsfaches zur militärischen Erziehung und ideologischen Indoktrination von Kindern und Jugendlichen zu verankern. In diesem Zusammenhang sind zunächst sogenannte „Alarmübungen“<sup>477</sup> der Pionierorganisation einzuordnen, die seit der Mitte der sechziger Jahre veranstaltet wurden und an denen sich alle polnischen Pioniere beteiligen mussten.<sup>478</sup> Auch in der Volksrepublik Polen betrat man hinsichtlich der militärisch-patriotischen Erziehung von Kindern und Jugendlichen kein Neuland. Bis 1959 gab es ein obligates Schulfach Wehrunterricht an den Oberschulen sowie eine pflichtmäßige vormilitärische außerschulische Ausbildung für Absolventen der Volksschule.<sup>479</sup> Als man im Schuljahr 1967/68 den Wehrunterricht an den polnischen Lyzeen sowie in der Berufsausbildung einführte, konnte man also bereits auf Erfahrungen auf diesem Gebiet zurückgreifen.<sup>480</sup> 1969 wird das Unterrichtsfach schließlich mit Unterstützung der polnischen Armee auch in den siebenten Klassen der allgemeinbildenden Schulen etabliert.<sup>481</sup> Ein Jahr später erfolgt die Unterrichtung auch in den achten Klassen. In beiden Klassenstufen betrug das Volumen des Faches eine Wochenstunde, wobei diese in beiden Klassen nicht im ganzen Schuljahr, sondern nur in jeweils einem Halbjahr unterrichtet wurde.<sup>482</sup> Ähnlich wie in der Sowjetunion oder in der Ungarischen Volksrepublik bestanden am Ende der sechziger Jahre im polnischen Bildungswesen und insbesondere auf dem Lande große materielle Probleme, die eine flächendeckende Unterrichtung des neuen Faches zu diesem Zeitpunkt nicht möglich machten.<sup>483</sup>

Wie 1978 in der DDR löste die Einführung des Wehrunterrichtes in der Volksrepublik Polen den Protest der Katholischen Kirche und der Oppositionsgruppen aus.<sup>484</sup> In diesem Zusammenhang und unter direktem Bezug auf die Protestaktionen der Jahre 1968 und 1970 kommentiert Schulz 1984 in seiner Dissertation „Sozialistische Wehrerziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und in der DDR“<sup>485</sup>:

---

<sup>477</sup> 1966 wurden diese Übungen vom 2. bis zum 8. Mai veranstaltet (Vgl. Révész 1977: S. 186).

<sup>478</sup> Vgl. Révész 1977 b: S. 186.

<sup>479</sup> Vgl. Görlich 1970: S. 536.

<sup>480</sup> Vgl. Ebd. / Schulz 1984: S. 123.

<sup>481</sup> Vgl. Schulz: S. 77 u. 123 ff. / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>482</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 77.

<sup>483</sup> Vgl. Ebd.: S. 123.

<sup>484</sup> Vgl. Ebd.: S. 124.

<sup>485</sup> Ebd.

„Diese Unruhen, in denen konterrevolutionäre Kräftegruppen die Stärke und Entschlossenheit der Volksmacht prüfen wollten, haben aber wiederum die Notwendigkeit betonter politisch-ideologischer Bildung und Erziehung und als Konsequenz die Verdeutlichung der Machtfrage, zu der auch die Einführung des Wehrunterrichtes zu rechnen ist, vorangetrieben.“

Neben der Einführung des Wehrunterrichtes wurden die vormilitärischen Anstrengungen an den Schulen am Ende der sechziger Jahre auch über den Pfadfinderbund verstärkt, bei dem Kinder ab einem Alter von 10 Jahren Mitglied wurden.<sup>486</sup>

### 3.3.4 Die Entwicklung in der ČSSR

Nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR zur Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 und der darauf folgenden de facto Besetzung des tschechoslowakischen Staates durch sowjetische Truppen<sup>487</sup> blieb zwar interessanterweise die Symbolfigur der Liberalisierungsanstrengungen, Alexander Dubček, bis zum 17. April 1969 als Erster Sekretär der KPČ im Amt<sup>488</sup>, doch nicht nur durch die Präsenz der Sowjetarmee wurde den Tschechen und Slowaken vor Augen geführt, dass es mit den Ideen und Hoffnungen der vorangegangenen Monate vorbei war.<sup>489</sup>

Im Bildungsbereich machte der Minister für das Schulwesen, Prof. Kadleč, zum Beginn des neuen Schuljahres am 2. September 1968 in einer Radioansprache deutlich, dass die zuletzt auch bei der tschechoslowakischen Jugend zu beobachteten „nationalistischen und konterrevolutionären“ Erscheinungsformen und der Mangel an „umfassende[r] sozialistische[r] Erziehung im Geiste wirklicher Freundschaft zur Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer“ in

<sup>486</sup> Vgl. Görlich 1970: S. 536.

<sup>487</sup> Nach dem Einmarsch des Warschauer Paktes in ihr Land war es der tschechoslowakischen Führung – nachdem sie von sowjetischen Militärs in Prag verhaftet und in Militärmaschinen in die UdSSR gebracht worden waren - bei Geheimverhandlungen vom 23. bis zum 26. August in Moskau zwar gelungen, eine drohende Kollaborations- oder gar eine sowjetische Militärregierung für Prag abzuwenden, nichtsdestotrotz bedeutete der Abschluss des Vertrages „über die Bedingungen für den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ vom 16.10.1968 praktisch die Okkupation der ČSSR (Vgl. Hacker 1983: S. 798 ff. / Wolkogonow 2001: S. 288 ff.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Rote Armee schon im Dezember 1945 aus der Tschechoslowakei zurückgezogen (Vgl. Hacker ebd.).

<sup>488</sup> Alexander Dubček wurde im April 1969 von Gustáv Husák im Amt des Ersten Sekretärs der KPČ abgelöst. Bis 1970 gehörte er noch dem ZK der Partei an. Danach wurde er aus allen Ämtern gedrängt und sogar aus der Partei ausgeschlossen. Nach der „sanften“ Revolution im November 1989 wurde er rehabilitiert und im Dezember des gleichen Jahres zum Präsidenten des Bundesparlamentes gewählt (Vgl. Skoug 1999: S. 230 ff.).

<sup>489</sup> Vgl. Hacker 1983: S. 798 ff. / Skoug 1999: S. 177 ff.



der ČSSR beseitigt werden müsse.<sup>490</sup> Wenn die tschechoslowakischen Erziehungswissenschaftler die neue ideologische Gangart nun immer noch nicht verstanden hatten, wurden sie auch schon mal von ihren Kollegen aus der DDR in Gesprächen „inoffiziellen Charakters“ über die Ursachen für das Auftreten von „konterrevolutionären Kräften“ in ihrem Land aufgeklärt.<sup>491</sup> Danach war die Tschechoslowakei durch die Reformanstrengungen des Frühjahrs 1968 „zum Brückenkopf der ideologischen Diversion mitten im sozialistischen Lager“<sup>492</sup> geworden. „Nach dem angelegten Plan der Feinde des Sozialismus sollte nach der ideologischen Zersetzung in der ČSSR von hier aus der Geist des Revisionismus die anderen Länder des sozialistischen Lagers erreichen.“<sup>493</sup> Dementsprechend formulierte die unter ihrem neuen Ersten Sekretär, Gustav Husák, inzwischen voll auf „Moskauer Kurs“ befindliche KPČ auf dem XIV. Parteitag 1971 ihre neuen grundsätzlichen Vorstellungen für das Bildungswesen wie folgt<sup>494</sup>:

„Unsere Schule muß eine sozialistische Schule, eine Stütze des sozialistischen Systems sein. Die Arbeit muß von dem Prinzip der Einheit von Erziehung und Bildung und der Verknüpfung der Schule mit dem Leben durchdrungen sein. Gegenwärtig stehen die Qualität der pädagogischen Arbeit des Unterrichts und der kommunistischen Erziehung im Vordergrund.

Besondere Aufmerksamkeit ist jenen Fächern zu widmen, die das sozialistische Bewusstsein der Schüler und Studenten, deren Verhältnis zur Partei und die Aneignung der wissenschaftlichen Weltanschauung unmittelbar beeinflussen.“<sup>495</sup>

Entsprechend diesen, auf die Sicherung der eigenen Kreml treuen Herrschaft ausgerichteten Erziehungsvorgaben des ZK der KPČ erfolgte ab 1971 die Einführung des Wehrunterrichtes in der Tschechoslowakei „[a]ls Maßnahme des

<sup>490</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR ZR/2050/69, Die Entwicklung des tschechoslowakischen Schulwesens ... 1968.

<sup>491</sup> Vgl. AAA/BMAA/DDR ZR 738, Probleme auf dem Gebiet der Volksbildung in der ČSSR, Sept. 1968, Juli-Dez. 1969.

<sup>492</sup> Feist 1968, zitiert von Schulz 1984: S. 117.

Bei Feist handelt es sich um Margot Honeckers Bruder Manfred, der u.a. ihr Stellvertreter als Volksbildungsminister und Kandidat / Mitglied des ZK der SED (1971-89; 1966-1989 Leiter der ZK-Arbeitsgruppe bzw. Abteilung Auslandsinformation) war. Nach 1989 war er an der Neugründung der KPD in der DDR beteiligt (Vgl. Kunze 2001: S. 149/ Müller-Enbergs, Wielgohs, Hoffmann 2000: S.202 f.).

<sup>493</sup> Schulz: S.117.

<sup>494</sup> Bericht des ZK der KPČ an den XIV. Parteitag der KPČ 1971, zitiert von Schulz 1984: S. 118.

<sup>495</sup> Das Gesamtprogramm zur verstärkten weltanschaulichen Ausrichtung des tschechoslowakischen Schulwesens auf kremltreue sozialistische Werte lief unter dem Slogan „Weiterentwicklung des tschechoslowakischen Bildungs- und Erziehungssystems (Vgl. Švec, Hrabinská 2002: S. 502).

erweiterten und verbesserten Schutzes des Sozialismus in der ČSSR<sup>496</sup>, eingebunden in ein „einheitliche[s] System der Wehertüchtigung der Bevölkerung“ der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.<sup>497</sup> Damit wurde in der ČSSR - anders als in den anderen Warschauer Pakt-Staaten - die Etablierung des Wehrunterrichtes offen mit internen Aspekten begründet. Gerade die Kombination des Faches aus ideologischer Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler sowie der Disziplinierung über Ordnungsübungen, Schießtraining und diverse andere physische Unterrichtseinheiten entsprach in der Konzeption passgenau der wichtigsten Zielstellung der neuen Prager Führung im Erziehungsbereich: Bei den Jugendlichen die liberalen Vorstellungen von Leben – wie sie sich durch den „Prager Frühling“ entwickelt hatten – zu beseitigen. Dabei konnte man auch in der ČSSR bereits auf Erfahrungen mit der Wehrausbildung im Schulsystem zurückgreifen. So war z. B. der paramilitärische „Verband für die Zusammenarbeit mit der Armee“ bis 1965 an jeder tschechoslowakischen Oberschule installiert gewesen.<sup>498</sup> Darüber hinaus ist hier zu beachten, dass 1971 denn tschechoslowakischen Verantwortlichen bereits die Vorbilder des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion, in Ungarn, Bulgarien und in Polen als Beispiele bei der Gestaltung des Unterrichtes im eigenen Land zur Verfügung standen.

Unterrichtet wurde der Wehrunterricht ab dem Schuljahr 1971/72 zunächst nur in der 6. Klasse in einer Wochenstunde.<sup>499</sup> 1972/73 erfolgte die Etablierung auch in der 7. Klasse, 1973/74 in der 8. und schließlich im Jahre 1974/75 in der 9. Klasse - in ebenfalls jeweils einer Stunde pro Woche.

Die tschechoslowakische allgemeinbildende Schule<sup>500</sup> (Grundschule) umfasste zu diesem Zeitpunkt neun Klassenstufen.<sup>501</sup> Danach bestand die Möglichkeit zum Besuch einer vierjährigen Mittelschule<sup>502</sup> (Hochschulreife) bzw. zur Absolvierung einer Berufsausbildung in Berufsmittelschulen (2-3 Jahre, ohne Hochschulreife / vier Jahre mit Hochschulreife) und Fachmittelschulen (4 Jahre, mit Hochschulreife).

Bereits vor der Einführung eines regulären Unterrichtsfaches hatte das tschechische Schulministerium am 27. Juli 1970 eine Anweisung „[ü]ber Wehrübungen“ verfügt, die damit für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich

---

<sup>496</sup> Schulz 1984: S. 116.

<sup>497</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DY 30 J IV B 2/12/061, ZK SED, Abteilung Sicherheitsfragen, AG Sozialistische Wehrrziehung, Handmaterial ... 16.07.1973.

<sup>498</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: S. 86.

<sup>499</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 77 u. 119 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26.NL, Günther 1973.

<sup>500</sup> Die Bildungspolitik im de jure föderal ausgerichteten tschechoslowakischen Staat unterschied sich in der tschechischen und in der slowakischen Teilrepublik nicht wesentlich voneinander (Vgl. Krankus 1991: S. 101-115).

<sup>501</sup> Vgl. von Kopp 1984: S. 99 ff. / Pokorný 1991: S. 84 ff.

<sup>502</sup> Daneben gab es seit 1968 auch einige Schulversuche, in denen der Besuch der Mittelschule bereits ab der 5. und bis zur 12. Klasse erfolgte (Vgl. von Kopp 1984: S. 99).

wurden.<sup>503</sup> Danach mussten die Kinder der Klassen 1 bis 4 jeweils vier Stunden und die Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 bis 9 fünf Stunden in einer Sommer- und in einer Winterübung mit Marschieren, Schießen, Kartenlesen, ZV-Übungen etc. zubringen. Auch im tschechoslowakischen Sekundar-schulbereich sowie an den Universitäten und Hochschulen waren die Jugendlichen seit Anfang der siebziger Jahre verpflichtet, sich an militärischen Übungen sowie an Lehrgängen der Zivilverteidigung zu beteiligen.<sup>504</sup>

Neben der Einrichtung des neuen Schulfaches und der Durchführung zusätzlicher Wehrübungen an den Schulen wurde die Militarisierung im Schulbereich der ČSSR auch durch die Gründung von speziellen Militärgymnasien (vojenská gymnasia) oder militärischen Fachmittelschulen vorangetrieben.<sup>505</sup> Insgesamt kann für den Bildungsbereich der ČSSR zu diesem Zeitpunkt die Schaffung eines Systems der Wehrerziehung „vom Kindergarten bis zur Hochschule“ festgestellt werden.<sup>506</sup>

Außerhalb des Bildungsbereiches erhöhte die KPC die Anstrengungen zur Schaffung eines „einheitliche[n] System[s] der Wehertüchtigung der Bevölkerung“ vor allem durch die verstärkte Protegierung des „Verband[es] für die Zusammenarbeit mit der Armee“.<sup>507</sup>

### 3.3.5 Die Entwicklung in der SR Rumänien

Nach der recht massiven Kritik Ceausescus am Vorgehen der Bündnispartner in der Tschechoslowakei 1968 musste auch Rumänien mit einer Intervention der anderen Warschauer-Pakt-Staaten rechnen. Nur einen Tag nach dem Beginn der Intervention in der ČSSR erklärte der rumänische Parteichef bei einer Massenveranstaltung am 21. August in Bukarest<sup>508</sup>:

„Es hieß, in der Tschechoslowakei habe die Gefahr einer Konterrevolution bestanden. Vielleicht wird es schon morgen heißen, daß diese Versammlung eine konterrevolutionäre Richtung offenbart habe. Falls das geschehen sollte, so sagen wir jedermann, daß das rumänische Volk es niemandem gestatten wird, das Gebiet seines Vaterlandes zu verletzen. [...]

Wir haben uns entschlossen, noch heute bewaffnete Bürgerwehren, bestehend aus Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, zu bilden, um die Unabhängigkeit unseres Landes zu verteidigen. Wir wollen, daß unser Volk seine eigenen bewaffneten Einheiten besitzt, die seine revolutionären Errungenschaften

<sup>503</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: 106.

<sup>504</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 76 / Oschlies 1977 b: S. 106.

<sup>505</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: S. 89 f.

1970 bestanden bereits insgesamt acht derartige Schulen (Vgl. Oschlies 1977 b: S. 89 f.).

<sup>506</sup> Vgl. Ebd.: S. 109 f.

<sup>507</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: S. 99 ff.

<sup>508</sup> Scinteia (Rumänische Zeitung), 22.08. 1968, so zitiert von King 1977: S. 227.

verteidigen und die friedliche Arbeit, die Unabhängigkeit und die Sicherheit seines Heimatlandes gewährleisten können.“

In der Tat beschloss das Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP)<sup>509</sup> noch am gleichen Tag, paramilitärische Verbände zu gründen.<sup>510</sup> Nur zwei Tage später, zur alljährlichen Parade zum Nationalfeiertag am 23. August, marschierten bereits fünfhundert Männer der am 21. August gegründeten paramilitärischen „Nationalen Garde“ in der Kolonne mit.

Eine militärische Ausbildung von Jugendlichen bestand in der SR Rumänien bereits vor dem Eingreifen des Warschauer Paktes in der ČSSR.<sup>511</sup> Im Zuge der Ereignisse wurde diese aber intensiviert. Ende Oktober bzw. Anfang November 1968 gab der Staatsrat und die Große Nationalversammlung des Landes die Zustimmung zur Gründung der Organisation „Tineratul pentru apararea Patriei“ („Jugend zur Verteidigung des Vaterlandes“)<sup>512</sup> sowie für das an diese Vereinigung geknüpfte militärische Ausbildungsprogramm.<sup>513</sup> Diese Ausbildung war zunächst für alle Rumänen – Frauen und Männer – im Alter zwischen achtzehn und neunzehn Jahren konzipiert und umfasste neben typischen Wehrsportarten wie Schieß- und Laufübungen sowie Feld- und Geländetraining auch Besuche bei Armeeeinheiten oder von Vorträgen - etwa über den „Heldenmut rumänischer Soldaten im Verlauf der Jahrhunderte“.

Nach der Etablierung bei den jungen Männern und Frauen wurde das Programm zur vormilitärischen Ausbildung der Organisation „Jugend zur Verteidigung des Vaterlandes“ als Wehrunterricht in altersangepasster Form auch für die vierzehn- bis achtzehnjährigen sowie für die neun- bis vierzehnjährigen Kinder und Jugendlichen eingerichtet.<sup>514</sup> Neben diesem obligatorischen Unterricht wurden für die „Jungen Pioniere“ zusätzlich sogenannte „Freunde der Armee - Zirkel“ gegründet, in denen sich Kinder, die besonders an militärischen Dingen interessiert waren, über die normale Ausbildung hinaus engagieren konnten.

Die Etablierung dieses Unterrichtsfaches in Rumänien war in eine Entwicklungsphase des rumänischen Bildungssystems eingebettet, die durch ein 1968

---

<sup>509</sup> Bis 1965 (IX. Parteitag) hieß die Partei Rumänische Arbeiterpartei (RAP) (Vgl. Göschel u. a. 1979: S. 623).

<sup>510</sup> Vgl. King ebd.

<sup>511</sup> Vgl. Ebd.: S. 228.

<sup>512</sup> Diese Organisation ging aus dem „Freiwilligen Verein zur Unterstützung der Landesverteidigung“ hervor, dem junge Männer im Alter von siebzehn bis dreißig Jahren angehörten und in dem vorwiegend Sportarten betrieben wurden, die man für ein militärisches Training als nützlich ansah. Daneben gab es mit der 1950 gegründeten Vereinigung „Bereit zur Arbeit und Verteidigung“ eine zweite paramilitärische Organisation für junge Männer und Frauen, die auch einen Ableger für Kinder und Jugendliche unter fünfzehn Jahren besaß (Vgl. King 1977: S. 224 f.).

<sup>513</sup> Vgl. King: S. 228 ff.

<sup>514</sup> Vgl. King: S. 230 / Schulz 1984: S. 76.

verabschiedetes Bildungsgesetz bestimmt wurde.<sup>515</sup> Dessen im Vergleich zum alten Gesetz von 1948 markanteste Änderungen waren zum einen die Erhöhung der Schulpflicht von acht auf zehn Jahre und zum anderen eine Reduzierung<sup>516</sup> der kommunistischen Ideologie aus den Unterrichtsinhalten.<sup>517</sup> Nach dem Abschluss der achten Klassenstufe hatten die Mädchen und Jungen nun die Möglichkeit nach einer Aufnahmeprüfung ein allgemeinbildendes Lyzeum (4 Jahre) oder ein Fachlyzeum (5 Jahre) zur Erlangung der Hochschulreife zu besuchen.<sup>518</sup> Des weiteren sollte es nach den neuen Bestimmungen möglich sein, nach dem achten Schuljahr eine Berufsausbildung zu beginnen, oder die 9. Klasse an der Allgemeinen Schule fortzusetzen.<sup>519</sup>

Anders als in den anderen Warschauer Pakt-Staat besaß in diesem Zeitabschnitt die vormilitärische Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Rumänien nicht nur den offiziellen Anstrich des vorbereitenden Trainings für einen späteren Armeedienst oder den Einsatz in den Einheiten der Zivilverteidigung. Spätestens nach der Verabschiedung des neuen Verteidigungsgesetzes vom Dezember 1972 wurden alle paramilitärischen Verbände – also auch die für die vormilitärische Ausbildung an den Schulen zuständige „Jugend zur Verteidigung des Vaterlandes“ - unter die direkte Leitung von Staats- und Parteichef Ceauseccu gestellt.<sup>520</sup> Das dabei nach chinesischen und jugoslawischen Vorbildern verfolgte Konzept der „Volksverteidigung“ bzw. des „Volkskrieges“ machte die Verteidigung des Vaterlandes „zur heilige[n] Pflicht eines jeden

---

<sup>515</sup> Vgl. Miculescu 1984: S. 111 ff.

<sup>516</sup> Nachdem die RKP unter Ceausescu in den siebziger Jahren die Kontrolle der Gesellschaft – insbesondere unter Ausbau des Geheimdienstes Securitate – wieder verschärfte und auch die kommunistische Ideologie wieder einen höheren Stellenwert erhielt, wirkte sich das auch auf das Bildungssystem Rumäniens aus. Das Bildungsgesetz von 1978 ist daher folgerichtig von einer starken Ideologisierung geprägt (Vgl. Miculescu 1984: S. 111).

<sup>517</sup> Diese temporäre Reduzierung der kommunistischen Ideologie im rumänischen Bildungswesen erfuhr Kritik aus der DDR. So äußerte Inge Hoffmann 1975 in ihrem Buch „Entwicklung und Perspektiven des Hochschulwesens in der Sozialistischen Republik Rumänien“, dass damit „der vielseitigen Entwicklung der Persönlichkeit“ nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wird (Vgl. Hoffmann 1975: S. 6 ff.)

<sup>518</sup> Vgl. Miculescu 1984: S. 113.

<sup>519</sup> Bis 1973 war die zehnjährige Schulpflicht nach dem skizzierten Modell auch in Rumänien in der Praxis noch nicht durchgesetzt. Nach einem Beschluss der RKP auf der ZK Tagung vom 18. und 19. Juli 1973 sollte schließlich ab dem Schuljahr 1974/75 die Zehnklassenschule nach folgendem Modell umgesetzt werden:

1. Zyklus (Grundschule) 4 Jahre
2. Zyklus (Gymnasialstufe) 4 Jahre
3. Zyklus (1. Stufe des Lyzeums) 2 Jahre.

Danach sollte sich entweder eine Oberschulbildung in Form einer zweiten Stufe der Lyzeumsausbildung oder eine Berufsschule oder der Besuch von Qualifizierungskursen anschließen (Vgl. Miculescu 1984: S. 113).

<sup>520</sup> Vgl. King 1977: S. 231 f.

Staatsbürgers“ und sah offensichtlich auch die Schüler in den Verbänden der paramilitärischen Jugendorganisation als potentielle Kämpfer an, die in einem Krieg eingesetzt werden können.

### **3.4 Die Etablierung des Faches in der DDR**

#### **3.4.1 Die Entwicklung der Wehrerziehung an den Schulen in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren**

Als man sich Mitte / Ende der sechziger Jahre auch im ZK der SED über das Thema Wehrerziehung unterhielt – ohne dabei zunächst jedoch über die Einrichtung eines obligatorischen Schulfaches nachzudenken - betrat man in Ostberlin kein unbekanntes Terrain.<sup>521</sup> Der Beginn der Entwicklung der Wehrerziehung in der DDR wurde durch die Gründung von Wehrsportgemeinschaften der FDJ<sup>522</sup> bereits in den Jahren 1950 und 1951 vollzogen.<sup>523</sup> Der offizielle Startschuss für die Bildung derartiger Wehrsportgruppen erfolgte aber erst im Juni 1952 während des 4. Parlamentes der FDJ in Leipzig. Die FDJ-Führung scheute in diesem Zusammenhang die groteske Inszenierung nicht, die Bildung der Wehrsportgemeinschaften beschließen zu lassen, während im Rahmenprogramm bereits einige dieser erst zu gründenden Gruppen<sup>524</sup> ihre Arbeit vorstellten. Bei diesen Aktivitäten sollte der Eindruck entstehen, dass sie notwendige Reaktion der DDR auf die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die Bundesrepublik Deutschland am 27. Mai des gleichen Jahres waren. Weitere Stationen bei der Etablierung paramilitärischer Strukturen im Osten Deutschlands waren die Gründung der Gesellschaft für Sport und Technik (GST)<sup>525</sup> (1952), die Schaf-

---

<sup>521</sup> Vgl. Sachse 2000: S 153 ff. / Koch 2000 a: S. 6 ff.

Für die Wehrerziehung in der DDR wurden neben dem üblichen Bezug zu Marx, Engels und Lenin auch Traditionslinien zur Deutschen Arbeiterbewegung (z. B. zu August Bebel's „Entwurf einer Volksmiliz“ oder dem kommunistischen „Rote Frontkämpferbund“ ) und darüber hinaus bis zu den Befreiungskriegen von 1812/13 und Personen wie Friedrich Guthsmuths, Friedrich Ludwig Jahn oder Friedrich August Fröbel hergestellt (Vgl. Geier 1986 S. 12 ff.).

<sup>522</sup> Der 1946 gegründeten Freien Deutschen Jugend (FDJ) wurde 1948 mit dem Verband Junger Pioniere (ab 1952 Pionierorganisation Ernst Thälmann) eine Organisation für Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren angegliedert (Vgl. Göschel u.a. Band III 1979: S. 422).

<sup>523</sup> Vgl. Pritzel 1978: S. 17 / Sachse 1996: S. 221.

<sup>524</sup> Dabei beteiligte sich auch FDJ-Chef Honecker beim Luftgewehrschießen (Vgl. FDJ Zentralrat 1952: IV. Parlament der FDJ, S. 32 sowie diverse Fotos in diesem Band).

<sup>525</sup> Neben der direkten vormilitärischen Ausbildung vor allem für Jugendliche sollten mit Hilfe der GST weite Kreise der Bevölkerung durch Lehrgänge zum Fahren eines LKW oder zum Fliegen eines Segelflugzeuges in paramilitärische Strukturen einbezogen werden (Vgl. Pritzel 1978: S. 17).

fung eines Dienstes für Deutschland<sup>526</sup> – der einen Arbeitsdienst für die Jugend unter militärischen Reglement beinhaltete – (1953), die Gründung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK)<sup>527</sup> (1952) sowie die Bildung von Kampfgruppen (1953).<sup>528</sup>

Nach der Formierung der Nationalen Volksarmee (NVA) (1956) und der bereits am 15. Mai 1955 mitvollzogenen Gründung des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ in Warschau wurde die Wehrerziehung in der DDR auf die Bedürfnisse einer regulären Armee ausgerichtet.<sup>529</sup>

Dies bedeutete etwa, dass für Studenten an Hochschulen und Universitäten die Absolvierung einer vormilitärischen Ausbildung Pflichtcharakter erhielt und darüber hinaus Möglichkeiten geschaffen werden sollten, die gesamte Jugend im arbeitsfähigen Alter einer Schieß- und Geländeausbildung zu unterziehen.<sup>530</sup>

Bereits seit den frühen fünfziger Jahren waren auch die Schulen<sup>531</sup> in der DDR in das System der Wehrerziehung einbezogen.<sup>532</sup> So weist Berthold Geier in

---

<sup>526</sup> Die 1952 gegründete Organisation Dienst für Deutschland existierte nur knapp ein Jahr. In späterer DDR-Lexika sowie in der DDR-Geschichtsschreibung wurde über sie meist der Mantel des Schweigens gelegt (Vgl. Deutschlandfunk-Hintergrund Politik, 12.07. 2002 / [www.Dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/675.html](http://www.Dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/675.html)).

<sup>527</sup> Die Sanitätsausbildung für weibliche und wehrdienstuntaugliche Jugendliche wurde durch eine Vereinbarung zwischen GST und DRK im Juni 1953 mit Elementen der militärischen Grundausbildung verbunden (Vgl. Sachse 1996: S. 223).

<sup>528</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 221.

Die Formierung von Kampfgruppen im Juli 1953 wurde vor allem durch den Arbeiteraufstand vom Juni des selben Jahres ausgelöst. Sie unterstanden dem Kommando der SED (Vgl. Koop 1997: S. 8 / Holzweißig 1977: S. 123 ff.).

<sup>529</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 225 ff. / Gonnermann u.a. 1987: S. 210 / Müller 1996: S. 349 ff.

<sup>530</sup> Eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Wehrerziehung in der DDR und der damit verbundenen administrativen Strukturen findet sich bei Sachse, Christian (1996): (Vor)militärische Ausbildung in der DDR. In: In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Band 2 Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, bearbeitet von Blask, Falk / Geißler, Gert, Berlin, S. 211-314 sowie Sachse, Christian (2000): Aktive Jugend – wohlgezogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960-1973), Münster. (Vgl. auch Geier 1986: S. 25 ff.). Mit dem 2002 von Helmut Berger herausgegebenen Buch „Frust und Freude. Die zwei Gesichter der Gesellschaft für Sport und Technik“ liegt zudem eine Sammlung von Aufsätzen über die Geschichte und Entwicklung der GST sowie die Betrachtung verschiedener Teilsektionen vor, die vorwiegend aus den Federn ehemals führender Funktionäre dieser paramilitärischen Organisation stammen.

<sup>531</sup> In den fünfziger Jahren gab es in der DDR auch Ansätze, den Offiziersnachwuchs in separaten Schulen heranzuziehen. So existierte z. B. von 1956 bis 1961 eine Kadettenschule in Naumburg. Im Zusammenhang mit dem Aufbau der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule ab 1959 sowie der Gleichstellung der Offizierschulen mit zivilen Fachschulen wurden derartige Schulversuche jedoch wieder fallengelassen (Vgl. Geißler, Wiegmann 1998: S. 368).

<sup>532</sup> Vgl. Geier 1986: S. 25 ff.

seiner 1986 an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt eingebrachten Dissertation „Zur Entwicklung der sozialistischen Wehrerziehung an der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ darauf hin, dass „[e]rste Ansatzpunkte für eine sozialistische Wehrerziehung im Unterricht [...] durch die Einführung des Faches Gegenwartskunde (später Staatsbürgerkunde) 1951/52 gegeben“ wurden.<sup>533</sup> 1952 wurde auf der Grundlage eines SED Politbürobeschlusses „[z]ur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“ die Forderung an die Lehrer gestellt, in den Sportunterricht an den Schulen „Übungen mit wehrerzieherischen Charakter einzubeziehen“<sup>534</sup>, da „die Körpererziehung die wichtigste Voraussetzung [ist], unsere junge Generation für den Beruf und zur Verteidigung der Heimat vorzubereiten“.<sup>535</sup>

Neben der physischen Wehrtüchtigung im Sportunterricht und der propagandistischen im Fach Gegenwartskunde bzw. Staatsbürgerkunde wurde im Schuljahr 1958/59 unter der Leitung der FDJ damit begonnen, in Geländespielen militärische Kenntnisse an die Schülerinnen und Schüler zu vermitteln und ihre physische Leistungsfähigkeit zu trainieren.<sup>536</sup> Begleitend dazu wurde für die jüngeren Kinder – bis zur 7. Klasse - von der Pionierorganisation ein Programm zur Erlangung des „Leistungsabzeichens“ „Immer bereit“ entwickelt. Das Programm für Schüler der 3. Klasse umfasste z. B. Punkte wie<sup>537</sup>:

- „Übe, wie du dich im Freien bewegen mußt, wenn dich der Gegner nicht bemerken soll [...]“,
- „Lerne, wie man nach Zeichen den richtigen Weg findet [...]“ oder
- „Was weist du von unserer Volksarmee?“

Für Schüler der 7. Klasse war in diesem Rahmen unter anderem folgendes vorgesehen<sup>538</sup>:

„Führe mit deiner Gruppe, gemeinsam mit Soldaten der Volksarmee oder Arbeitern der Kampfgruppe, ein Geländespiel durch. Eigne dir mit ihrer Hilfe Kenntnisse im Umgang mit dem Luftgewehr<sup>539</sup> an [...]“.

---

<sup>533</sup> Ebd.: S. 30.

Gegenwartskunde wurde 1957 in Staatsbürgerkunde umbenannt. Näheres dazu z.B. bei Schmitt, Karl (1980): Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR, Paderborn, insbesondere S. 19 ff.

<sup>534</sup> Geier: S. 32.

Dies implizierte damals Disziplinen wie Orientierungsmarsch, Hindernislauf, Keulenziel- und Keulenweitwurf (Vgl. Geißler, Wiegmann 1996: S. 28).

<sup>535</sup> Beschluss des Politbüros, 29.07.1952, zitiert von Geier 1986: S. 32.

<sup>536</sup> Vgl. Geier: S. 34.

<sup>537</sup> Deutsche Lehrerzeitung Nr. 50, 1958.

<sup>538</sup> Zitiert Ebd.



Ab 1959 gab es mit der Etablierung der „Woche der Jugend und der Sportler“ an den Schulen der DDR ein weiteres Mittel, die Schülerinnen und Schüler „zur bewußten schöpferischen Mitarbeit im Kampf für den Sieg des Sozialismus und der Sicherung des Friedens“<sup>540</sup> anzuhalten.

Nur kurze Zeit nach dem Bau der Berliner Mauer verstärkte die DDR mit dem Verteidigungsgesetz (20.09.1961) und dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht<sup>541</sup> (24.01.1962) ihr Militärsystem weiter.<sup>542</sup> Bereits am 10. Februar 1960 war mit dem Nationalen Verteidigungsrat<sup>543</sup> ein Gremium installiert worden, das nicht nur für die Steuerung sämtlicher militärpolitischer Aktivitäten zuständig war, sondern sich auch für die Belange der vormilitärischen Ausbildung verantwortlich zeigte. Die Forcierung der allgemeinen Wehranstrengungen gingen dabei einher mit höheren Anstrengungen bei der Wehrerziehung der Kinder und Jugendlichen. So wurde im Herbst 1961 eine „Kommission für Militärpropaganda“<sup>544</sup> im Ministerium für Volksbildung eingerichtet, um „die militärische Propaganda unter den Lehrern, Schülern und Studenten zu entwickeln“ sowie „einheitliche Maßstäbe über die sozialistische Wehrerziehung an den Schulen zu finden und die Auffassung durchzusetzen, daß die Wehrerziehung Bestandteil der gesamten Bildung und Erziehung ist und nicht irgendwas Aufgepfropftes oder Nebenherlaufendes“<sup>545</sup>. Am 24. November 1962 beschloss der Ministerrat der DDR, die Bildung von „Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung“<sup>546</sup> bei den Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise zu veranlassen, deren Hauptaugenmerk auf der ideologischen Arbeit

---

<sup>539</sup> Luftgewehre wurden seit 1958 an Schulen für die vormilitärische Ausbildung eingesetzt (Vgl. Geißler, Wiegmann 1996: S. 281).

<sup>540</sup> Geier 1986: S. 34.

<sup>541</sup> Danach waren gediente und ungediente männliche Bürger der DDR vom 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr (Offiziere bis zum vollendeten 60. Lebensjahr) wehrpflichtig (Vgl. Göschel u. a. 1980 Bd. IV: S. 539).

<sup>542</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 229 / Gonnermann u. a. 1987: S. 230.

<sup>543</sup> An der Spitze des Nationalen Verteidigungsrates stand jeweils der Erste Sekretär bzw. Generalsekretär der SED (Vgl. Gonnermann 1987: S. 230).

<sup>544</sup> Dieser Kommission gehörten neben Mitarbeitern des Ministeriums für Volksbildung auch Vertreter des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministerium des Innern (Kommando Luftschutz), des Zentralvorstandes der GST, des Zentralrates der FDJ sowie Lektoren der Deutschen Lehrerzeitung und des Militärverlages an (Vgl. Geier 1986: S. 41).

<sup>545</sup> Geier 1986: S. 41 f.

<sup>546</sup> Ein solches Kommission umfasste das gesamte Spektrum gesellschaftlicher Organisationen von der SED über den FDGB, den Demokratischen Frauenbund (DFD) bis hin zum Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB). Von den staatlichen Organen waren neben dem Chef des Wehrkreis- bzw. Wehrbezirkskommandos, dem Chef der Volkspolizei des Gebietes, einem Vertreter der zuständigen Volkspolizeiabteilung, einem Abgesandten des Volkswirtschaftsrates auch ein hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS in einem solchen Gremium vertreten (Vgl. Sachse 1996: S. 231).

innerhalb der vormilitärischen Erziehung liegen sollte.<sup>547</sup> Ihre Aufgabenstellungen - z. B. die Organisation von Wehrspartakiaden oder die ideologische Begleitung von Musterungen - erhielten diese Gremien von der „Kommission für Militärpropaganda“.<sup>548</sup>

Auch direkt an den Schulen wurden am Beginn der sechziger Jahre die Aktivitäten für die Wehrerziehung weiter verstärkt.<sup>549</sup> Im Schulsystem der DDR war seit 1960 die zehnjährige Polytechnische Oberschule (POS) als Regelschule für alle Kinder und Jugendlichen etabliert worden.<sup>550</sup> Nach deren Besuch schloss sich meist<sup>551</sup> eine Berufsausbildung von zwei bzw. zweieinhalb Jahren Dauer an. Daneben bestand die Möglichkeit, ab dem 9. Schuljahr in die Erweiterte Oberschule (EOS) überzuwechseln und dort das Abitur abzulegen. In dieses System wurde nach einer Vereinbarung des Volksbildungsministeriums und des Verteidigungsministeriums vom 18. März 1963 ab dem Schuljahr 1963/64 an jeder POS die paramilitärische Gesellschaft für Sport und Technik als „Grundorganisation“ integriert, um „sie zum Hauptträger der sozialistischen Wehrerziehung an den Schulen zu entwickeln“.<sup>552</sup> Die GST sollte dabei vor allem im Sportunterricht in Erscheinung treten und mit Ordnungsübungen, Geländeläufen, Handgranatenziel- und -weitwurf, Sturmbahnläufen, einem speziellen Schwimmtraining und anderen Übungen die Wehrerziehung fördern. Dieses von den Schülern absolvierte Ausbildungsprogramm im Umfang von etwa sechzig Stunden wurde mit der Verleihung des Abzeichens „Für gute vormilitärische und technische Kenntnisse“ abgeschlossen.<sup>553</sup> Neben diesen Aufgaben im Sportunterricht hatten die Angehörigen von GST-Grundorganisationen an Polytechnischen Oberschulen auch dafür Sorge zu tragen, dass bei Schulsportfesten Disziplinen wie militärischer Mehrkampf und Schießen Eingang in das Wettkampfprogramm fanden und bei Wandertagen oder

---

<sup>547</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 231.

<sup>548</sup> Nach 1965 wurde dieses Gremium zur (zentralen) „Kommission für sozialistische Wehrerziehung“ (Vgl. Geier 1986: S. 43).

<sup>549</sup> Vgl. Sachse 1996. S. 236 f / Anweiler, Fuchs, Dorner, Petermann 1992: S. 424 ff.

<sup>550</sup> Vgl. Anweiler 1980: S. 66.

<sup>551</sup> Vgl. auch Geier: S. 43.

Ab dem Schuljahr 1962/63 bestand - neben der normalen Abiturausbildung über die EOS - die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen und gleichzeitig das Abitur abzulegen. Diese Ausbildung begann nach der 10. Klasse der POS und umfasste einen Zeitraum von drei Jahren (Vgl. Göschel u. a. 1978 Bd. I: S. 17). Seit 1957 war bereits die Absolvierung eines Jahres in der Produktion nach dem Abitur die Voraussetzung für die Zulassung zum Studium. Am Beginn der sechziger Jahre wurden sowohl in der POS als auch in der EOS die Bemühungen für den Arbeitsunterricht verstärkt, was sich – nach der entsprechenden Entwicklung in der UdSSR – in der Mitte des Jahrzehntes abschwächte (Vgl. Anweiler 1980: S. 66).

<sup>552</sup> Vgl. Geier 1986: S. 44.

<sup>553</sup> Vgl. Ebd.: S. 53.

Ferienlagern Aspekte der Topographie und der Geländeausbildung behandelt worden.

Mit diesem Modell<sup>554</sup> der Wehrausbildung an den allgemeinbildenden Schulen, an das sich an den Erweiterten Oberschulen, Berufs- und Spezialschulen weitere, vorwiegend von der GST organisierte Wehrübungen anschlossen, kann die DDR – sowohl was die Qualität der ausgeführten Übungen als auch die dafür aufgewendete Zeit betrifft – in einem Vergleich mit den anderen Warschauer Pakt-Staaten in der Mitte der sechziger Jahre als führend bei der Verwirklichung vormilitärischer Ausbildungsprogramme im Schulbereich angesehen werden.

Bereits am 11. Januar 1967 fasste aber das ZK der SED den Beschluss, die Grundorganisationen der Gesellschaft für Sport und Technik wieder aus den Polytechnischen Oberschulen zu entfernen.<sup>555</sup> Von Geier wird dieser Schritt damit begründet, dass zwar „die Niveauerhöhung der GST-Arbeit an den Schulen ein notwendiges Kettenglied zur qualitativen Verbesserung der sozialistischen Wehrerziehung insgesamt darstellte, diese Schwerpunktsetzung [jedoch] die Gefahr einer linearen und ungebrochenen Ableitung der Ziele, Inhalte und Methoden der Wehrerziehung von den Anforderungen und Bedingungen in den bewaffneten Kräften in sich [...] barg“<sup>556</sup>. Die Arbeit der GST an den Schulen hatte sich darauf konzentriert, die Kinder und Jugendlichen mit Wehrübungen wie in einer regulären Armee auf den späteren Militärdienst vorzubereiten. Dabei war offensichtlich eine Überforderung der Schülerinnen und Schüler aufgetreten. Auch wird kritisch angemerkt, dass die praktische Ausbildung nicht ausreichend mit der „politischen Überzeugungsarbeit“ ergänzt wurde. „Wettkämpfe bestanden nur noch aus Laufen und Schießen. Die ideologische Vorbereitung, das theoretische Vertrautmachen mit der Waffentechnik, die Belehrungen über den Umgang mit der Ausbildungswaffe wurden völlig unterschätzt.“<sup>557</sup> Ein ZK-Dokument aus dem Jahre 1967 gibt des weiteren darüber Auskunft, dass die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wehrerziehung in der DDR Ideen von Funktionären entstammten, ohne dass diese dabei auf fundierte wissenschaftliche Grundlagen zurückgreifen konnten. Bei einer Beratung der ZK-Abteilung Sicherheitsfragen mahnte mit Lück einer der einflussreichsten Erziehungswissenschaftler der DDR<sup>558</sup>:

---

<sup>554</sup> Dieses Modell hat recht große Ähnlichkeit mit dem des in den Sportunterricht integrierten Wehrunterrichtes der Stalinzeit in der Sowjetunion. Ich konnte allerdings in den Archiven keinen Hinweis finden, dass die Verhältnisse in der Sowjetunion tatsächlich als Vorbild dienten (M.K.).

<sup>555</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55607, Kollegium des MfNV, Beschluss ZK der SED, 11.01.1967.

<sup>556</sup> Geier 1986: S. 45.

<sup>557</sup> Ebd.: S. 51.

<sup>558</sup> SAPMO-BArch. DY 30 IV A 2/12/157, ZK Abteilung Sicherheitsfragen, Beratung von Genossen, 16.10. 1967.

„Ohne Forschung auf diesem Gebiet kommen wir nicht weiter. Sonst bleibt alles nur schablonenhafte Wiederholung.“

Die Auflösung der GST-Grundorganisationen an den POS 1967 und die damit verbundene Reduzierung der Anstrengungen auf dem Gebiet der vormilitärischen Ausbildung kann – trotz der skizzierten Probleme – verwundern. Hatte sich die SED-Führung doch während des 11. Plenums (1965) auch die Bekämpfung von Erscheinungsformen westlicher Jugendkultur, ihrer „anarchistische[n] Tendenzen“ und „Erscheinungen des spießbürgerlichen Skeptizismus“ in der DDR vorgenommen.<sup>559</sup> Neben der Forcierung der ideologischen Indoktrination setzte sie dabei auch und gerade auf die Disziplinierung der jungen Generation. Die – wenn auch mit Defiziten behaftete – Wehrausbildung an den allgemeinbildenden Schulen durch die GST hätte dabei eigentlich als nützliches Instrument erscheinen müssen. Dies umso mehr, als das SED-Regime mit dem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem in dieser Zeit alle Einrichtungen des staatlichen Bildungswesens verpflichtete, sich auch in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen.<sup>560</sup>

Hierbei darf jedoch nicht aus dem Blick geraten, dass die Schulen generell und der Sportunterricht insbesondere auch ohne die Einbindung der GST weiterhin für Zwecke der Wehrerziehung genutzt wurden. Ordnungsübungen, Handgranatenwurf, Geländeläufe und anderes blieben für die Schülerinnen und Schüler zwischen Ostsee und Erzgebirge bis zum Ende der DDR vertraute Disziplinen. In der Nachfolge der GST-Grundorganisationen waren an den POS „verantwortliche Lehrer“ für Wehrerziehung als Interimslösung eingesetzt worden, die die vormilitärische Ausbildung an den Schulen so lange koordinieren sollten, bis für die „Integrierung der Wehrerziehung in die Aufgaben der Schule“ eine bessere Lösung gefunden war.<sup>561</sup>

Darüber hinaus erhielten die Anstrengungen bei der vormilitärischen Ausbildung in der DDR schon wenig später einen neuen Schub.<sup>562</sup> Die neue Verfassung von 1968 erklärte den Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes zur staatsbürgerlichen Pflicht. Im Oktober 1967 hatte das Politbüro einer Arbeitsgruppe aus ZK-Mitgliedern sowie Vertretern des Ministeriums für Nationale Verteidigung die Aufgabe gestellt, ein neues Gesamtkonzept der Wehrerziehung zu entwickeln, welches „umfassend alle gesellschaftlichen Bereiche die perspektivischen Aufgaben des Inhalts und der Organisation der sozialistischen Wehrerziehung“ einbeziehen sollte.<sup>563</sup> Als „Charakteristik und Zielsetzung der sozialistischen Wehrerziehung“ in der DDR nennt dieses Kon-

<sup>559</sup> Vgl. Sachse 2000: S. 116 ff. / Ders. 1996: S. 236 f..

<sup>560</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1996: S. 276.

<sup>561</sup> Vgl. Geier 1985: S. 48.

<sup>562</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 255 ff. / Sachse 2000: S. 153 ff. / Geißler, Wiegmann 1996: S. 277.

<sup>563</sup> Vgl. Sachse 2000: S. 153.

zept<sup>564</sup>: „Die sozialistische Wehrerziehung ist ein untrennbarer Bestandteil der klassenmäßigen sozialistischen Erziehung in der DDR. Ihr Inhalt wird durch die Ziel- und Aufgabenstellung der Partei- und Staatsführung für die sozialistische Landesverteidigung bestimmt. Sie trägt mit ihrem spezifischen Auftrag und ihren Methoden der Erziehung und Bildung zur Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten bei, die bewusst und aktiv bei der Stärkung der Verteidigungskraft unserer Republik mitwirken.  
[...]"

Gleichwohl in diesem Papier zunächst allgemein „[e]ine hohe sozialistische Wehrmoral und Verteidigungsbereitschaft bei allen Schichten der Bevölkerung“ gefordert wird, wird deutlich, dass das Hauptanliegen des neuen Wehrerziehungskonzept darin besteht, „[v]or allem die Jugend der DDR rechtzeitig und allseitig auf den Wehrdienst vorzubereiten. Dem muß die nach dem Alter abgestufte systematische politisch-moralische, physische und vormilitärisch-technische Ausbildung und Erziehung dienen.“ Von nun an sollten „ausnahmslos alle wehrdiensttauglichen Jugendlichen auf ihre Aufgaben zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes“ vorbereitet werden.<sup>565</sup> Für die praktische Umsetzung dieser Vorgaben gedachte die SED-Führung in zwei Schritten vorzugehen<sup>566</sup>:

„1. Kontinuierliche Erziehung der Jugend zu bewußten und fähigen Verteidigern des sozialistischen Vaterlandes [...]"

- In bestimmten Maße beginnend bei der vorschulischen Erziehung und im Verlauf der Schulzeit (Kennenlernen Uniform, Soldaten der NVA, militärisches Spielzeug, Treffen der Soldaten der Sowjetarmee usw.). Vorwiegend in Verantwortung des Ministeriums für Volksbildung, unterstützt durch Armeeangehörige und Reservisten.

---

<sup>564</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, AZN 32606, Sekretariat des Ministers Hoffmann, Beschlüsse des ZK der SED 1968, Überlegungen zur Ausarbeitung des Systems und der perspektivischen Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung, entsprechend der Festlegung des Politbüros vom 18.10. 1967 und dem Beschluss des Sekretariates des ZK der SED vom 24.01. 1968.

<sup>565</sup> Nach einer Vorlage von Werner Hübner (Sektorenleiter der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED), die dieser im Juni 1968 der ZK Abteilung Sicherheitsfragen unterbreitete und die später z. B. in Vorlesungen an der Karl-Marx-Universität Leipzig einbezogen wurde, sollten bereits „0 bis 3 Jahre“ alte Kinder vom System der Wehrerziehung erfasst werden, um sie durch die „Erziehungsträger“ Eltern und Kinderkrippe mit den politisch-ideologischen Inhalten „Gut und Böse unterscheiden“ und den militärischen Inhalten „Bewegung und Spiel“ für den Sozialismus der DDR einzunehmen und ihre Körper altersgemäß zu trainieren (Vgl. SAPMO-BArch. DY 30 IV A 2/12/157, ZK Abteilung Sicherheitsfragen, Vorlage Werner Hübner, Juni 1968). Vgl. hierzu auch die Tabelle bei Sachse 1996: S. 256 bzw. Koch 2000 a: S 12 sowie Kakostolecka 1976.

<sup>566</sup> Bundesarchiv-Militärarchiv, ebd.

- Beeinflussung durch die Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ (Liebe zur Armee, Kennenlernen ihres Auftrages, ihrer Waffengattungen, Freund-Feind, kleinere wehrsportliche Spiele und touristische Übungen. In einem ‚Fritz-Weineck-Wettkampf‘<sup>567</sup> werden sie mit ersten Anforderungen des Soldatenseins vertraut gemacht. Hinzu kommen größere Aktivitäten, wie ‚Manöver Schneeflocke 1968‘ usw.
- Vorbereitung durch die FDJ im Rahmen der ‚Hans-Beimler‘<sup>568</sup>-Wettkämpfe‘ für 14-16jährige. Aufbauend auf den Vorkenntnissen im Rahmen der Pionierorganisation sind höhere Forderungen zu stellen. Auch bestimmte Spezialisierungen sind anzustreben.

## 2. Unmittelbare Vorbereitung auf den Armeedienst durch die GST für die 16-18jährigen

Form: Allgemeine vormilitärische Ausbildung, Vorbereitung auf einzelne Dienstlaufbahnen entsprechend den Erfordernissen der Armee.“

Die in dem Papier erwähnten „Hans-Beimler-Wettkämpfe“ der FDJ waren bereits am 11. Januar 1967 „[a]uf der Grundlage der ‚Vorschläge zur Verbesserung der sozialistischen Wehrerziehung an den Schulen und Lehrausbildungsstätten‘ des ZK der SED“ in einer gemeinsamen Vereinbarung von GST, FDJ und Ministerium für Volksbildung aus der Taufe gehoben worden.<sup>569</sup> Sie fanden erstmals im Schuljahr 1967/68 - und von nun an jährlich - an allen Polytechnischen Oberschulen in den Klassen acht, neun und zehn mit einem einheitlichen Programm statt. Diese Wettkämpfe waren in vier Hauptteile gegliedert<sup>570</sup>:

1. Ideologisch-propagandistische Veranstaltungen, die vor dem Beginn der Wettkämpfe durchgeführt wurden.<sup>571</sup>

---

<sup>567</sup> Fritz Weineck war ein Hornist des Rotfrontkämpferbundes der KPD der 1925 bei einem Wahlkampfauftritt von Ernst Thälmann in Halle zusammen mit neun weiteren Kommunisten erschossen wurde. Das von ihm handelnde „Lied vom kleinen Trompeter“ war fester Bestandteil des in den Schulen unterrichteten sozialistischen Liedgutes (Vgl. [www.tsvpenig.de/Politik/weineckbio.html#kurz](http://www.tsvpenig.de/Politik/weineckbio.html#kurz) / 20.03.2003). Die Idee eines Fritz-Weineck-Wettkampfes taucht hier erstmals auf und wurde offensichtlich von den Verantwortlichen bei den weiteren Überlegungen zur Entwicklung der Wehrerziehung wieder fallengelassen, da sie in der Folge keine Erwähnung mehr findet (M. K.).

<sup>568</sup> Deutscher Kommunist, der 1936 im Spanischen Bürgerkrieg fiel (Vgl. Göschel u. a. 1978 Band I: S. 243).

<sup>569</sup> Vgl. Eltze u. a. 1987: S. 162 / Sachse 1996: S. 237 / Geier 1986: S. 52.

<sup>570</sup> Vgl. MfV 1968: S. 239 ff.

<sup>571</sup> 1968 waren in diesem Zusammenhang für die achten Klassen „Das Leben und der Kampf Hans Beimlers“, für die neunten Klassen „Unsere NVA schützt die sozialistischen Errungenschaften der DDR“ und für die zehnten Klassen „Die sozialistische

2. „Wehrsportliche Einzel- und Mannschaftswettkämpfe“.<sup>572</sup>
3. „Einzelwettkämpfe im Luftgewehr- bzw. Kleinkaliberschießen“.<sup>573</sup>
4. „Durchführung eines Geländespiels.“<sup>574</sup>

Vor dem Beginn dieser wehrsportlichen Wettkämpfe mussten alle Schülerinnen und Schüler bei einem Appell ein Gelöbnis sprechen. 1968 lautete dies wie folgt<sup>575</sup>:

„Wir FDJ-Mitglieder und Schüler geloben, bei den ‚Hans-Beimler-Wettkämpfen‘ ehrenhafte Kämpfer zu sein und die Regeln zu achten – wir nehmen teil, um durch hohe wehrsportliche Leistungen unsere Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes zu bekunden und uns der revolutionären Kämpfer würdig zu erweisen. Wir sind bereit, ihr Werk fortzusetzen und in der vordersten Reihe für die Vollendung des Sozialismus in unserem Arbeiter- und Bauernstaat unsere ganze Kraft einzusetzen. [...] Das geloben wir.“

Anfang der siebziger Jahre wurden die Hans-Beimler-Wettkämpfe um einen sogenannten „Marsch der Bewährung“ ergänzt.<sup>576</sup> Dabei sollten die Jugendlichen in ihrem Klassenverband Elemente wie Eilmarsch, Mutsprung, Überwinden von Wasserhindernissen oder das Errichten von Befehlsunterkünften und Feuerstellen auf einer Marschstrecke von zirka 10 Kilometern absolvieren.

An diesen paramilitärischen Wettkämpfen nahmen 1968 etwa achtzig Prozent aller Schülerinnen und Schüler der Klassen acht bis zehn der Polytechnischen Oberschulen teil.<sup>577</sup>

Entsprechend der „Überlegungen zur Ausarbeitung des Systems und der perspektivischen Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung“ des ZK der SED und des Ministeriums für Nationale Verteidigung wurde Ende der sechziger Jahre das Programm der vormilitärischen Ausbildung an den Polytechnischen Oberschulen erweitert und für alle Thälmannpioniere das Manöver „Schneeflocke“<sup>578</sup> eingeführt.<sup>579</sup> Auch die neun- bis dreizehnjährigen Kinder und

Verteidigungscoalition der Warschauer Vertragsstaaten – ein unüberwindliches Bollwerk zum Schutz des Friedens und des Sozialismus“ als Themen vorgegeben (Vgl. MfV 1968: S. 239 f.).

<sup>572</sup> Dieser Punkt beinhaltete Disziplinen wie Handgranatenzielwurf, Luftgewehrschießen, Klimmziehen oder Geländelauf (Vgl. MfV 1968: S. 240).

<sup>573</sup> Hierbei sollten z. B. Jungen und Mädchen jeweils zehn Schuss freihändig auf eine vier Meter entfernte Zielscheibe abgeben (Vgl. MfV 1968: S. 240).

<sup>574</sup> Das Geländespiel beinhaltete solche Disziplinen wie Orientierungsmarsch, Überwinden von Hindernissen, Klettern oder Erste Hilfe (Vgl. MfV 1968: S. 240).

<sup>575</sup> MfV 1968 S.241.

<sup>576</sup> Vgl. MfV 16.03. 1972.

<sup>577</sup> Vgl. Geier 1985: S. 53.

<sup>578</sup> Dieses wurde später in „Manöver-Freundschaft“ umbenannt (Vgl. Schulz 1884: S. 62).

<sup>579</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 227 / Ders. 2000: S. 294.

Jugendlichen hatten nun jeweils kurz vor den Winterferien Schießübungen und Geländespiele in Wettkampfform zu absolvieren.

Am Ende der sechziger Jahre wollte man an den Schulen der DDR bei der Wehrerziehung nicht mehr nur den Aspekten des physischen und praktisch-militärischen Trainings nachkommen, sondern eben auch der ideologisch-propagandistischen Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen stärkeres Gewicht einräumen. Neben dem Auftreten entsprechender Elemente bei den Hans-Beimler-Wettkämpfen und den Manövern „Schneeflocke“ zeigte sich dies auch in der Einrichtung von „wehrpolitischen Kabinetten“ an einigen Schulen sowie in der Einstellung von Literatur dieses Themengebietes in den Schulbibliotheken.<sup>580</sup>

### **3.4.2 Die vormilitärische Ausbildung und die Lehrgänge zur Zivilverteidigung der GST**

Ebenfalls gemäß des Konzeptes der Arbeitsgruppe aus Vertretern des ZK und des Ministeriums für Nationale Verteidigung wurde nach einer Vereinbarung zwischen GST, FDJ, dem Roten Kreuz sowie dem Ministerium für Volksbildung vom Mai 1969 für Lehrlinge an Berufsschulen (jeweils 1. Lehrjahr) und Schüler der Erweiterten Oberschulen, von Spezial- und Fachschulen (11. / 12. Klasse<sup>581</sup>) ab dem Schuljahr 1969/70 eine wehrerzieherische Ausbildung obligatorisch.<sup>582</sup> Für zunächst etwa eine Woche und später zwei Wochen<sup>583</sup> durchliefen dabei die Mädchen einen Zivilverteidigungslehrgang und die Jungen eine vormilitärische Ausbildung in Lagern bzw. in örtlichen, in die Schulen integrierten Ausbildungsobjekten.<sup>584</sup> Diese waren mit Elementen bestückt, wie man

<sup>580</sup> Vgl. Geier 1986: S. 48 f., 55.

<sup>581</sup> Die vormilitärische Ausbildung fand hier in den Sommerferien zwischen den beiden Klassenstufen statt. Vor Vorbereitung wurde zudem ein „Tag der Wehrbereitschaft“ durchgeführt (Vgl. Ilter, Herrmann, Stolz 1974: S. 202).

<sup>582</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1996: S. 281 / Eltze u. a. 1987: S. 179.

<sup>583</sup> Der Rahmenplan für die Grundlagen der Übungen der Landesverteidigung und Zivilverteidigung an den Erweiterten Oberschulen und Berufsschulen gab 1972 dreißig Stunden für EOS-Schüler und vierzig Stunden für Berufsschüler vor (Vgl. Sachse 1996: S. 257). In einer Verfügung des Ministeriums für Volksbildung von 1981 werden schließlich vierundsiebzig Übungsstunden für die Jungen und sechzig für die Mädchen genannt (Vgl. MfV 04.08.1981). Eine erste Erhöhung der Stundenzahl erfolgte aber bereits im Schuljahr 1973/74 (Vgl. Geier 1986: S. 67).

<sup>584</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann ebd.

Anfang der achtziger Jahre standen für die vormilitärische Ausbildung der GST fünf Zentrale Ausbildungslager mit einer Kapazität von 30.000 Teilnehmern, 280 Bezirks- und Kreisausbildungslager und 2238 örtliche Ausbildungsstützpunkte zur Verfügung. Zu diesem Zeitpunkt existierten zudem 844 Schießstände für Kleinkalibermaschinenpistolen (Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DWV 1/555627, Protokoll des Kollegiums des MfNV, 26.03.1983).



sie auch in regulären Armee-Kasernen finden kann. So besaß etwa die Berufsschule des VEB Baumechanisierung in Halle einen eigenen, fest gebauten Schießplatz und eine Sturmbahn.<sup>585</sup> Bei der Ausbildung sollte vom Lehrpersonal besonderer Wert auf die Herausbildung solcher „militärischer Tugenden wie Disziplin, Gehorsam, Einsatzbereitschaft, gewissenhafte Befehlsausführung“ gelegt werden.<sup>586</sup> Dem Bedarf der NVA folgend, besaß das vormilitärische Training der Jungen nach einer allgemeinen Grundausbildung bereits die Zielstellung und den Charakter einer „Laufbahnausbildung“ zum Motorisierten Schützen, Militärkraftfahrer, Nachrichtenspezialisten und anderer militärischer Spezialisierungsrichtungen.<sup>587</sup> Dementsprechend erfolgte auch die Gestaltung der militärischen Übungen. Die Ausbildung zum Motorisierten Schützen umfasste neben dem Schießen mit der Kalaschnikow<sup>588</sup> auch Übungen wie das Durchlaufen der Sturmbahn, das Eingraben im Gelände, eine Sanitätsausbildung, topographische Übungen, das Marschieren in militärischer Formation und das Zerlegen bzw. Zusammenbauen eines Maschinengewehrs.<sup>589</sup> Die Art der Laufbahnausbildung wurde nach der Musterung der Jugendlichen - in der Regel im Alter von siebzehn oder achtzehn Jahren - in deren Wehrpass fixiert. Die Ausbildung der Mädchen richtete sich nach den Anforderungen des Systems der Zivilverteidigung<sup>590</sup>, welches den Schutz vor Massenvernichtungs-

---

<sup>585</sup> Diese Angaben beziehen sich auf die achtziger Jahre (M. K.).

<sup>586</sup> Vgl. Pitschel 2002: S. 62.

<sup>587</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1998: S. 363 / Kny 1978: S. 79 ff./ Pitschel 1978: S. 75 / Pitschel 2002: S. 62. Zu Beginn der achtziger Jahre gab es insgesamt sieben Laufbahnausbildungen mit folgenden Teilnehmerzahlen (jährlich) (Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DWV 1/555627, Protokoll des Kollegiums des MfNV, 26.03.1983):

- Motorisierte Schützen (ca. 62.000),
- Militärkraftfahrer (31.899),
- Nachrichtenspezialisten (3905),
- Matrosenspezialisten (1535),
- Taucher (144)
- Fallschirmjäger (120).

<sup>588</sup> Dabei wurde die in der DDR entwickelte und hergestellte Kalaschnikow KK-MPi 69 (Kleinkalibermaschinenpistole / 69 steht für 1969, dem Beginn der Produktion), deren technische Daten im Wesentlichen dem Modell AK 47 entsprechen, deren Kaliber aber im Vergleich zum Ausgangsmodell reduziert ist und dadurch für Übungszwecke praktikabler einsetzbar war (Vgl. [www.gem8.de/waffenmuseum/seiten/aktuell/seiten/kaschi-suhl.htm/](http://www.gem8.de/waffenmuseum/seiten/aktuell/seiten/kaschi-suhl.htm/) [www.waffeninfo.net/waff-ak47\\_03php/](http://www.waffeninfo.net/waff-ak47_03php/) / Pitschel 2002: S. 61).

<sup>589</sup> Ich selbst wurde während meiner Berufsausbildung an der Berufsschule des VEB Maumechanisierung Halle (1987-89) dort zum Motorisierten Schützen ausgebildet (M. K.).

<sup>590</sup> 1976 ging die Zivilverteidigung aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums in den des Ministeriums für Nationale Verteidigung über. 1977 wurde durch eine Dienstlaufbahnordnung für Angehörige der Zivilverteidigung diese mit den angehörigen der regulären Streitkräfte gleichgestellt. Am Beginn der achtziger Jahre verfügte das Netz der ZV über fünfzehntausend Männer und Frauen, die im Kriegsfall durch mehrere hunderttausend

mitteln, den Schutz vor Katastrophen und die Weiterführung der Produktion im Kriegsfall gewährleisten sollte.<sup>591</sup> Dementsprechend umfasste die ZV-Ausbildung neben den Elementen der Ersten Hilfe auch das Einrichten eines Bunkers oder das Trainieren des richtigen Verhaltens bei einem Atomschlag. Neben diesen praktisch-technischen Übungen und Schulungen gehörte auch ein Abschnitt mit wehrpolitischer und ideologischer Indoktrination zur vormilitärischen Ausbildung der Lehrlinge, Fach-, Spezial- und Oberschüler. Für das Ausbildungsjahr 1977/78 wurden in diesem Zusammenhang folgende Schwerpunkte von zentraler Stelle hervorgehoben<sup>592</sup>:

- „• Klassenauftrag und persönliches Lebensinteresse der Jugend,
- über den Sinn des Soldatseins,
- friedliche Koexistenz und unser militärischer Auftrag,
- Aggression über Ätherwellen.“

Eine dritte Säule im Wehrerziehungsprogramm für Jugendliche der 11. und 12. Klasse bildete die Werbung der Jungen für einen verlängerten Militärdienst als Unteroffizier oder Offizier bei der Nationalen Volksarmee der DDR.<sup>593</sup> Dies erfolgte in Gruppen- und Einzelgesprächen mit dafür verantwortlichen Lehrkräften. Schüler, die keine militärische Laufbahn einschlagen wollten, sollten sich in diesem Zusammenhang rechtfertigen, weshalb sie nicht zu einer Verlängerung ihres „Ehrendienstes“ bereit sind.<sup>594</sup>

Die organisatorische Verantwortung für die wehrerzieherische Ausbildung der sechzehn- bis achtzehnjährigen Jungen und Mädchen lag in den Händen der Gesellschaft für Sport und Technik, wodurch in der DDR die Bezeichnung

Helfer unterstützt werden sollten (Vgl. Sachse 1996: S. 246/Vgl. auch Schütze, Schütze 1983 / Rühmland 1985).

<sup>591</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 246.

<sup>592</sup> Pitschel 1978: S. 75.

Trotz einiger modifizierender Direktiven, Verordnungen und Anweisungen kann die skizzierte Darstellung der vormilitärischen Ausbildung der sechzehn- bis achtzehnjährigen Jugendlichen für die Zeit vom Ende der sechziger bis zum Ende der DDR gelten (Vgl. Sachse 1996: S. 246). Insofern dürfte auch die ideologische Beeinflussung der Jugendlichen am Ende der sechziger Jahre mit sehr ähnlichen Inhalten abgelaufen sein wie 1977/78.

<sup>593</sup> Vgl. Scheibe 1978: S. 67 f. / Pitschel 2002: S. 63.

<sup>594</sup> Obwohl es regelrechte Pläne mit vorgegebenen Prozentsätzen gab, wie viele junge Männer sich zu einem längeren Wehrdienst verpflichten sollten (Vgl. z. B. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55596, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 03.12. 1975), zeigten mir persönliche Erfahrungen, dass der Charakter und Verlauf der Werbungsgespräche sehr stark von der persönlichen Einstellung der Lehrkräfte abhängig war. So akzeptierte meine Klassenlehrerin in der Berufsschule des VEB Baumechanisierung in Halle, Frau Grundler, bei einem solchen Gespräch im Jahre 1987 meine und die anderer Schüler ablehnende Haltung zu einem längeren Militärdienst ohne jegliches Insistieren und machte darüber hinaus nonverbal deutlich, dass die Sache an sich auch ihr lästig ist (M. K.).

GST-Ausbildung allgemein üblich wurde.<sup>595</sup> Auch wenn sie kein Mitglied waren, trugen sowohl die Jungen als auch die Mädchen während der Wochen der Ausbildung die Uniform dieser paramilitärischen Organisation.<sup>596</sup> Sie wurden bei den einzelnen wehrerzieherischen Lehrgängen bzw. propagandistischen und anderen Elementen in der Regel von Lehrkräften der jeweiligen Bildungseinrichtungen unterwiesen, die Mitglieder der GST waren und dort eine Funktion inne hatten. Obwohl rechtliche Regelungen in diesem Zusammenhang erst später nachfolgten<sup>597</sup>, ist davon auszugehen, dass bereits in den frühen siebziger Jahren die gesamte Population der Sechzehn- bis Achtzehnjährigen von der GST-Ausbildung betroffen war.<sup>598</sup> Schon für das Schuljahr 1969/70 wurde angestrebt, „75 Prozent der männlichen Jugendlichen auszubilden“.<sup>599</sup>

In administrativer Hinsicht zogen die hier schon mehrfach erwähnten „Überlegungen zur Ausarbeitung des Systems und der perspektivischen Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung“ die Bildung einer Arbeitsgruppe Wehrerziehung beim ZK der SED unter der Leitung von Albert Norden nach sich, die von nun an über den bereits erwähnten Kommissionen für Sozialistische Wehrerziehung beim Ministerium für Volksbildung bzw. bei den Räten der Bezirke und Kreise agierte.<sup>600</sup>

### **3.4.3 Wurde auch in der DDR am Ende der sechziger Jahre der Wehrunterricht de facto eingeführt?**

Am Beginn dieser Arbeit wurde neben anderen die Frage gestellt: Warum der Wehrunterricht in der DDR im Vergleich zu den anderen Staaten des Warschauer Vertrages mit einem Jahrzehnt Verspätung eingeführt wurde? An dieser Stelle ist es nun notwendig, zu prüfen, inwieweit diese Frage in dieser Form überhaupt aufgeworfen werden kann. Sicher, der Wehrunterricht wurde in der DDR offiziell erst 1978 etabliert. Schaut man sich aber an, welche Quantität und Qualität die Wehrerziehung am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre auch an den staatlichen Bildungseinrichtungen zwischen Saßnitz und

---

<sup>595</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv AZN 32606, Sekretariat des Ministers Hoffmann ebd.

<sup>596</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 264.

<sup>597</sup> Im Juni 1977 wurde z. B. das Arbeitsgesetzbuch der DDR dahingehend geändert, dass es die Lehrlinge verpflichtete, „an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, sich militärpolitische und militärfachliche Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen bzw. an den Maßnahmen der Zivilverteidigung mitzuwirken.“ (zitiert von Sachse 1996: S. 243 f.)

<sup>598</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv AZN 32606, Sekretariat des Ministers Hoffmann, Beschluss des ZK der SED ... 24.01. 1968.

<sup>599</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv AZN 32606 ebd. / Vgl. auch Pitschel 2002: S. 61.

<sup>600</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv AZN 32606, Sekretariat des Ministers Hoffmann, Beschluss des ZK der SED ... 24.01. 1968.

Zittau erreicht hatte, kann festgehalten werden, dass der Stand der Entwicklung durchaus mit dem des Wehrunterrichtes in den anderen Ostblockstaaten Schritt halten konnte und teilweise sogar ein höheres Niveau als dort erreichte. Vergleicht man etwa die an den Erweiterten Oberschulen und Berufsschulen in der DDR betriebene Wehrerziehung mit dem Wehrunterricht in Ungarn, der sich - bis auf die jeweils sechs Stunden in den Klassen sieben und acht – auf die neunte bis zwölfte Klasse des Gymnasiums beschränkte, kann man erkennen, dass in der DDR durch die Pflichtausbildung im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung in den Klassen elf und zwölf insgesamt ein höheres Niveau der praktisch-militärischen Ausbildung wie auch der daran gebundenen ideologischen Indoktrination herrschte.

In der Volksrepublik Bulgarien ging zwar der Umfang des Wehrunterrichtes über das damalige Volumen in der DDR hinaus. Andererseits war aber auch hier der obligatorische Unterricht auf die Klassen der Abitur- bzw. Berufsausbildung beschränkt. Selbst im Vergleich mit der Situation der Wehrerziehung an den Schulen der Führungsmacht Sowjetunion hält die Entwicklung in der DDR zu diesem Zeitpunkt in wesentlichen Punkten Anschluss - etwa hinsichtlich der tatsächlich mit der vormilitärischen Pflichtausbildung erreichten Jugendlichen oder der ideologischen Indoktrination.

Die Wehrerziehung an den Schulen und Berufsschulen in der DDR war nicht in die Stundentafeln integriert, sondern fand in fest dafür reservierten Zeiten statt. Sie erfüllte insofern nicht die Kriterien eines regelrechten Unterrichtes. Aber auch der 1978 offiziell etablierte Wehrunterricht war nicht in den normalen Wochenstundenplan integriert worden; fand nur unregelmäßig in jeweils vier Doppelstunden in den Klassen neun und zehn, in speziellen zweiwöchigen Lehrgängen am Ende der 9. Klasse sowie an drei Tagen in den Winterferien der 10. Klasse statt.<sup>601</sup>

Es ist also insgesamt durchaus angebracht, die neuen Anstrengungen für die Wehrerziehung an den Schulen und Berufsschulen in der DDR am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre de facto als Einführung des Wehrunterrichtes zu werten - und die offizielle Einführung des Faches 1978 dementsprechend als substantielle Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes anzusehen. Die in der Einleitung dieses Textes aufgestellte These, die DDR hätte mit der Einführung des Wehrunterrichtes gewartet, bis sie durch die entsprechenden Verträge fest auf der Bühne der internationalen Politik angekommen war, ist somit hinfällig. Auch die Substanz des Ende der sechziger Jahre in die Wege geleiteten Programms der Wehrerziehung hätte eine die internationale Etablierung gefährdende Reaktion in der westlichen Welt und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland auslösen können.

---

<sup>601</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 33 f.

Stellt man nun die Frage, warum die Verantwortlichen in Ostberlin das ganze Projekt nicht von Anfang an – wie in den *Bruderländern* – auch der Bezeichnung nach als Unterrichtsfach eingeordnet haben, ist zunächst daran zu erinnern, dass generell der Austausch von Erfahrungen im Bezug zur Thematik der Wehrerziehung zwischen den Ostblockstaaten nur sporadisch und – auch aufgrund eines allgemeinen systemimmanenten Misstrauens – Tröpfchenweise erfolgte. Auf der Basis der vorhandenen Informationen konnte die DDR-Führung noch Mitte / Ende der sechziger Jahre davon ausgehen, dass ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der vormilitärischen Ausbildung der Jugendlichen – wie auch hinsichtlich des gesamten Bildungssystems – im Warschauer Pakt führend waren. Anders als in den siebziger Jahren gab es in der DDR-Führung zu diesem Zeitpunkt also keinerlei Sorgen, im Zusammenhang mit der Wehrerziehung im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten ins Hintertreffen zu geraten.<sup>602</sup> Dass man im Politbüro in Ostberlin zu diesem Zeitpunkt trotzdem Handlungsbedarf in diesem Bereich sah, kann vor allem mit innenpolitischen Geschehnissen begründet werden. Die durch das 11. Plenum des ZK der SED vorgegebene dogmatische Linie<sup>603</sup>, schlug auch im Bildungswesen durch und hatte dort eine Veränderung der Erziehungsziele hin zu einer noch stärkeren Disziplinierung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ zur Folge. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf das Gebiet der Wehrerziehung aus.

Die in den Archiven einsehbaren Dokumente geben aber keinen Hinweis darauf, dass man in Ostberlin in diesem Zusammenhang die Bezeichnung Wehrunterricht auch nur diskutierte. Gerade die Erfahrungen mit den fest an den Polytechnischen Oberschulen etablierten Grundorganisationen der paramilitärischen GST und den dabei aufgetretenen Überforderungen der Kinder und Jugendlichen hatten den Verantwortlichen gezeigt, dass es in diesem Zusammenhang durchaus Grenzen gibt, die vom Alter und vom Entwicklungsstand des Schülers vorgegeben werden. Eine stärkere Forcierung gerade der physischen Ausbildungsintensität erschien deshalb am Ende der sechziger Jahre als kontraproduktiv, was vielleicht auch das Nachdenken über ein explizit ausgewiesenes Unterrichtsfach Wehrunterricht zunächst eher unterdrückte.

#### **3.4.4 Die Entwicklung der Wehrerziehung an den Schulen bis zur offiziellen Einführung des Wehrunterrichtes**

Nach der Etablierung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ und der Pioniermanöver an den allgemeinbildenden Schulen sowie der GST Ausbildung in der Berufsausbildung bzw. an den Erweiterten Oberschulen war die SED Führung bestrebt, ihr System der Wehrerziehung an den Polytechnischen

<sup>602</sup> Vgl. Ebd.: S. 21.

<sup>603</sup> Vgl. Neubert 2000: S. 141.

Oberschulen weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang war an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR in Berlin eine Arbeitsgruppe „Sozialistische Wehrerziehung“ unter der Leitung von Prof. Dr. König gebildet worden, die sich auf wissenschaftlicher Basis und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Volksbildung, dem Institut für Jugendforschung in Leipzig und der politischen Hauptverwaltung der NVA insbesondere um die Verbesserung der vormilitärischen Ausbildung an den Schulen kümmern sollte.<sup>604</sup> Die im Schuljahr 1973/74 erfolgte Einführung von sogenannten „Arbeitsgemeinschaften Wehrerziehung“ ging bereits auf einen Vorschlag dieser Arbeitsgruppe zurück.<sup>605</sup> Mit diesen Arbeitsgemeinschaften konnte man nun einen Teil der Kinder und Jugendlichen regelmäßig mit militärischen Übungen und der entsprechenden Propaganda erreichen.<sup>606</sup> Der dabei durchgeführte fakultative Unterricht wurde von einem Rahmenprogramm vorgegeben, das neben der theoretischen Auseinandersetzung mit „Grundfragen der sozialistischen Landesverteidigung“ auch Geländespiele, Schießübungen, militärische Ordnungsübungen sowie eine Schießausbildung umfasste.<sup>607</sup> Der zeitliche Rahmen dieser AGs umfasste in der neunten Klasse sechzig und in der zehnten Klasse vierzig Stunden.

Zusätzlich zu diesen zentral gesteuerten Gemeinschaften entwickelten sich an vielen Polytechnischen Oberschulen und Pionierhäusern Gruppen „Junger Funker“, „Matrosen“, „Agitatoren“, „Schützen“, „Fuchsjäger“ usw.<sup>608</sup> An der 4. POS in Zeitz wurde sogar eine AG „Junge Tschekisten“<sup>609</sup> aufgebaut, die Schüler in geheimdienstliche Aufgabenfelder einführte.<sup>610</sup> An den Erweiterten Oberschulen wurde zu diesem Zeitpunkt der fakultative Lehrgang „Grundfragen der Militärpolitik und des bewaffneten Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik“ eingerichtet, der einen ähnlichen Charakter besaß wie die Arbeitsgemeinschaft Wehrerziehung an den POS.<sup>611</sup>

Neben der militärischen Ausbildung und ideologischen Indoktrination bestand die gemeinsame Zielstellung aller dieser Arbeitsgemeinschaften, Zirkel und sonstigen Gruppen nicht zuletzt darin, frühzeitig das Interesse von Kindern und Jugendlichen für eine Berufskarriere bei der Nationalen Volksarmee oder eben

<sup>604</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.0.1, 1972 / Koch 2000 a: S. 18.

<sup>605</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26, Günther, 1976 / Geißler, Wiegmann 1998: S. 367 / Koch 2000 a: S. 18 f.

<sup>606</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann ebd. / Koch ebd.

<sup>607</sup> Vgl. Geier 1986: S. 74 f.

<sup>608</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1998: S. 366.

<sup>609</sup> Die AG Junge Tschekisten wurde nach der 1917 gegründeten geheimdienstlichen Gesamtrussischen Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage (Kurzform russisch Tscheka) benannt, die zuerst von Felix E. Dzierzynski geleitet wurde (Vgl. Göschel u. a. 1980 Bd. IV: S. 357).

<sup>610</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 19.

<sup>611</sup> Vgl. Ilter, Herrmann, Stolz 1974: S. 165 ff.

beim Ministerium für Staatssicherheit zu entwickeln.<sup>612</sup> Dabei waren die Leiter der Gruppen, aber auch die Klassenleiter und Direktoren der Schulen angehalten, die Jugendlichen möglichst früh zur Unterzeichnung einer „Verpflichtungserklärung“ für einen solchen Beruf zu veranlassen. In einer „Direktive des Ministerrates der DDR“ war festgelegt worden, dass die Gewinnung des militärischen Nachwuchses ab Klasse 7 erfolgen soll. Pläne „zur Lenkung von Berufsoffiziersbewerbern“ legten des weiteren fest, wie viele zukünftige Offiziere und Unteroffiziere jeder Bezirk der DDR zu werben hatte.<sup>613</sup> Seit dem Beginn der achtziger Jahre wurde die „staatliche Auflage bei der Gewinnung von Berufsoffiziersbewerbern um jährlich 530 auf 3730 erhöht“, was einige SED-Bezirks- und –Kreis-Leitungen dazu veranlasste, mit der direkten Werbung für militärische Berufe bereits in der fünften und sechsten Klasse (Bezirk Halle), in Ausnahmefällen sogar schon in der vierten Klasse (Kreis Pirna) zu beginnen. Dieses Vorgehen wurde aber von der Zentrale in Berlin abgelehnt und eine Rückkehr zum für alle DDR-Bezirke verbindlichen Modus aus „pädagogische[n] Gründe[n]“ angemahnt.<sup>614</sup>

Als Methoden für die Nachwuchsgewinnung der Armee – wie für die militärpolitische Erziehung der Schuljugend überhaupt – werden am Beginn der siebziger Jahre das „militärpolitische Rundtischgespräch“<sup>615</sup>, das individuelle Gespräch, welches „an die persönlichen Interessen [der Jugendlichen] anknüpft“<sup>616</sup>, der „Kontakt mit Soldaten“<sup>617</sup> sowie „Museumsbesuche und Arbeiten in militärpolitischen Kabinetten“<sup>618</sup> besonders hervorgehoben. Die Jugendlichen, die eine Erklärung für einen längeren Armeedienst abgegeben hatten, wurden zusätzlich zu den anderen wehrerzieherischen Elementen der Schule in sogenannten „Bewerberkollektiven“ auf ihren späteren Einsatz vorbereitet.<sup>619</sup> Neben der Erweiterung der direkten wehrerzieherischen Ausbildungs- und Indoktrinationsmöglichkeiten an den Schulen erfolgte am Beginn der siebziger Jahre in allen Fächern auch eine Verstärkung der seit den fünfziger Jahren bestehenden wehrideologischen Beeinflussung als Unterrichtsprinzip.<sup>620</sup> In einer beim Verlag Volk und Wissen 1974 für Lehrer, Pionierleiter und

---

<sup>612</sup> Vgl. Ebd.

<sup>613</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv DVW 1/55596, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 03.12.1975.

<sup>614</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin DR 2 K 1472 Ministerium für Volksbildung, Militärische Berufsnachwuchsgewinnung, 29.09. 1982.

<sup>615</sup> Birkner 1973: S. 50.

<sup>616</sup> Strietzel, Militärwesen Nr. 9, 1971: S. 1299.

<sup>617</sup> Birkner 1973: S. 51.

<sup>618</sup> Ebd.: S. 52.

<sup>619</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 19.

<sup>620</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1998: S. 367/ Dieselb. 1996: S. 281 / Koch 2000 a: S. 19 f.

Mitglieder von FDJ-Leitungen herausgegebenen „Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung“ heißt es dazu<sup>621</sup>:

„Für sich genommen, reichen weder die vormilitärische Ausbildung noch die außerunterrichtliche Tätigkeit oder ein Fach, z. B. die Staatsbürgerkunde, aus, um die umfassenden Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung zu verwirklichen. Gerade in der Wechselwirkung und Einheit von Unterricht und interessanter, den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Jungen und Mädchen entsprechenden außerunterrichtlichen Tätigkeit liegen bedeutende Potenzen für die sozialistische Wehrerziehung.“

Konkret wird etwa der „Beitrag des Mathematikunterrichtes zur sozialistischen Wehrerziehung“ darin gesehen, dass er „zur Herausbildung mathematischer Kenntnisse und geistiger Fähigkeiten als eine Voraussetzung für die erfolgreiche Ausbildung unserer Soldaten in der NVA“ dient und in ihm die „Nutzung vielfältiger Anwendungsaufgaben aus dem Bereich der Militärtechnik zur wehrpolitischen Erziehung“ erfolgen kann.<sup>622</sup> Die Lehrbücher für den Mathematikunterricht beschränkten sich nun nicht mehr darauf, in Textaufgaben für zivile Personen Soldaten und für einfache LKW Militärtransporter oder Panzer einzusetzen. Unter Bezug auf den Vietnamkrieg hatten die Schülerinnen und Schüler nun z. B. die Aufgabe, die Auswirkung des Einsatzes amerikanischer Kugel- und Napalmbomben auf die vietnamesische Reisernte auszurechnen.

Im Geographieunterricht sollten nach der „Handreichung“ z. B. die Kinder der fünften Klasse bei der Behandlung der DDR und ihres wirtschaftlichen und infrastrukturellen Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg gleichzeitig von der „Verteidigungswürdigkeit des sozialistischen Vaterlandes“ überzeugt werden, um damit „ein wesentliches Element ihrer Wehrmotivation auszubilden.“<sup>623</sup> In den 1972 herausgegebenen „Unterrichtshilfen für die Sportklassen neun und zehn“ wird im Kontext der Wehrerziehung die „volle Entwicklung der physischen Voraussetzungen für die Landesverteidigung“ als eine der Hauptaufgaben des Sportunterrichtes bezeichnet und darüber hinaus dargelegt, dass „[d]er Sportlehrer [...] bei seiner Einflussnahme so weit vorankommen [muss], daß die Schüler anhand vieler Beispiele aus unserer Zeit von sich aus erkennen, daß es keinen unpolitischen Sport gibt.“<sup>624</sup> Das Heimatkundebuch der vierten Klassenstufe widmete dem „Schutz der Staatsgrenze“ ein eigenes Kapitel und schilderte insbesondere den Einsatz von NVA und Grenztruppen beim Bau der

---

<sup>621</sup> Ilter, Herrmann, Stolz 1974: S. 39.

<sup>622</sup> Vgl. Ebd.: S. 136 f.

<sup>623</sup> Ebd.: S. 81.

<sup>624</sup> Endert, Hofmann 1972: S. 9.



Berliner Mauer und der Grenzabsperungen 1961.<sup>625</sup> Durch alle Klassenstufen zogen sich Ordnungsübungen wie Appelle oder Meldungen von einem *Schüler-Ordnungsdienst* zu jeder Unterrichtsstunde an die Lehrer.

Es bleibt festzuhalten, dass nach der Einführung der Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ, der Pioniermanöver und vor allem der GST-Ausbildung in den elften und zwölften Klassen am Ende der sechziger Jahre das System der Wehrerziehung an den Schulen der DDR auch in den frühen siebziger Jahren durch die Einrichtung von speziellen Arbeitsgemeinschaften, der weiteren Verstärkung der militärisch-ideologischen Indoktrination und durch andere Elemente eine weitere Modifikation erlebte. Bereits vor der offiziellen Einführung des Wehrunterrichtes 1978 war so ein Netz aus ideologischer Beeinflussung und militärischen Übungen etabliert worden, dem sich die Schülerinnen und Schüler kaum entziehen konnten.

### **3.4.5 Die offizielle Einführung des Faches 1978**

#### **3.4.5.1 Die Beweggründe für die Einführung des Faches**

Bei der Suche nach Antworten auf die Frage, warum in der DDR 1978 ein reguläres Unterrichtsfach an den Polytechnischen Oberschulen eingerichtet wurde, obwohl doch bereits ein sehr umfassendes System der Wehrerziehung auch im Schulwesen existierte, sind vor allem drei Aspekte in die Überlegungen einzubeziehen:

Erstens: Spätestens 1973 war den Verantwortlichen in Partei und Regierung bzw. in der Wissenschaft bekannt, dass in allen anderen Ländern des Warschauer Paktes ein ordentliches Fach Wehrunterricht etabliert worden war.<sup>626</sup> Ohne dass man am Beginn der siebziger Jahre in Ostberlin diesbezüglich wirklich einen Überblick über die Entwicklung in den *Bruderländern* hatte, entstand so eine gewisse Angst, bei der Wehrerziehung der Schuljugend im Rahmen des Warschauer Vertrages das Schlusslicht zu bilden. In einem vom Vizepräsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Berlin, Karl-Heinz Günther, 1973 für die Partei- und Staatsführung erstellten Papier wird daher empfohlen<sup>627</sup>:

„Die politische und militärische Notwendigkeit, die Integration in die SWE [Sozialistische Wehrerziehung] der sozialistischen Staatengemeinschaft, Vergleiche und Analysen lassen es notwendig erscheinen, die Einführung der vormilitärischen Ausbildung im Sinne eines speziellen Faches mit max. 120 Stunden in den Klassen 9 und 10 zu überprüfen.“

<sup>625</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 271.

<sup>626</sup> Vgl. BBF/DIPF/Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973 / Koch 2000 a: S. 21 f.

<sup>627</sup> BBF/DIPF ebd.

Zweitens: Seit dem Beginn der fünfziger Jahre hatte das gesamte System der Wehrerziehung in der DDR eine sukzessive Steigerung fast linearer Art erlebt.<sup>628</sup> Aus dieser Sichtweise heraus erscheint eine Weiterentwicklung des Systems in den siebziger Jahren als geradezu logische Konsequenz. Dass man diese Weiterentwicklung ohne den Einfluss der anderen Ostblockländer aber auch mit der Bezeichnung Unterricht versehen hätte, ist jedoch fraglich.

Drittens: Im Zuge der Ost-West-Entspannung, der Deutsch-Deutschen-Annäherung, dem KSZE-Prozess und der damit verbundenen internationalen Anerkennung der DDR hatte in der DDR-Bevölkerung – und insbesondere unter den Jugendlichen – die Hoffnung zugenommen, dass die politischen Entwicklungen jener Jahre sich auch auf ihr persönliches Leben auswirken und weniger Bevormundungen, Reiseerleichterungen oder vielleicht sogar eine deutsche Wiedervereinigung möglich machen könnten.<sup>629</sup> Informationen über derartige Hoffnungen ließen nicht nur im Politbüro die Alarmglocken schrillen, sondern riefen auch die Führungsmacht UdSSR auf den Plan.<sup>630</sup>

In verschiedenen Untersuchungen am Beginn der siebziger Jahre, die die Einstellung von jungen Menschen zum sozialistischen Staat eruieren sollten, war für die Machthaber Beunruhigendes zu Tage getreten. So stellte etwa eine Studie des Zentralinstitutes für Jugendforschung in Leipzig, die im Auftrag des FDJ-Zentralrates und unter Leitung von Prof. Dr. Walter Friedrich im März 1973 an 1155 Jugendlichen im Alter von 14 bis 26 Jahren - etwa zu gleichen Teilen junge Facharbeiter, Lehrlinge und Studenten - erhoben wurde, unter anderem fest, dass nur 68% dieser jungen Menschen „ohne Einschränkungen“ stolz darauf waren, DDR-Bürger zu sein.<sup>631</sup> Dies wog umso schwerer als betont wurde, dass die Befragten nur als eingeschränkt repräsentativ betrachtet werden könnten, weil sie vorwiegend Mitglieder guter Jugendkollektive mit außerordentlich positiver politisch-ideologischer Arbeit seien. Die Studie weist des weiteren darauf hin, dass bei vielen Jugendlichen „unklare Vorstellungen“ über Nation und Vaterland bestehen, denn von den jungen Leuten hatten auf die vorgegebene Aussage: „Als mein Vaterland betrachte ich nicht ‚ganz Deutschland‘, sondern nur die DDR“, immerhin 11% der Arbeiter, 7% der Lehrlinge und 5% der Studenten geantwortet, dass sie sich damit „kaum“ oder „überhaupt nicht“ identifizieren können. 23% der Facharbeiter, 16% Prozent der

---

<sup>628</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 211-314.

<sup>629</sup> Vgl. z. B. SAPMO-BArch. DC 4/233, ZIfJ, W. Friedrich, Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage. Leipzig, 1973.

<sup>630</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DY30 IV A2/12/157, ZK SED, Abteilung Sicherheitsfragen, 30.06.1971 / SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/9.05/71, ZK SED, Abt. Volksbildung, Aktennotiz Gespräch M. Honecker – Demitschew, 27.03.1973.

<sup>631</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DC 4/233, ZIfJ, W. Friedrich, Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage, Leipzig, 1973.

Lehrlinge und 19% der Studenten wollten die Aussage „nur mit gewissen Einschränkungen“ goutieren. Obwohl die große Mehrheit der Jugendlichen - 64% der Facharbeiter, 75% der Lehrlinge und 71% der Studenten - „nur die DDR“ und nicht „ganz Deutschland“ als ihr „Vaterland“ betrachteten, war die nicht gegen 100% laufende Zustimmung schon besorgniserregend. Die Bedeutung, die weite Teile der ostdeutschen Jugendlichen der Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR am Beginn der siebziger Jahre beimaßen, wird auch dadurch deutlich, dass nur ein Drittel der Befragten die Notwendigkeit einer strikten Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der BRD „als vollkommen notwendig“ ansah. Die Mehrheit wollte das „mit gewissen Einschränkungen“ als eigenen Standpunkt akzeptieren und etwa ein Viertel der Probanden war der Meinung, dass „kaum“ oder „überhaupt nicht“ der Bedarf für eine derartige Politik besteht. Den Grundlagenvertrag zwischen beiden deutschen Staaten sahen nur etwa die Hälfte der Befragten Jugendlichen als ein deutliches Ergebnis der „Politik der konsequenten Abgrenzung vom Imperialismus“ an. Schließlich beantworteten 38% der Facharbeiter, 45% der Lehrlinge und 37% der Studenten die Frage, ob es noch einmal zu einer Vereinigung zwischen beiden deutschen Staaten kommen wird, mit ja. In der Sichtweise der Untersuchung zeigten sich bei 25 % der jungen Facharbeiter, 8% der Lehrlinge und 6% der Studenten – die eine Wiedervereinigung für möglich hielten – besondere Defizite in der patriotisch-sozialistischen Einstellung, da sie für den zukünftigen Staate sowohl *imperialistische* wie sozialistische Merkmale vorhersagten.<sup>632</sup> Mehr als die Hälfte aller Befragten gab an, dass sie eine Wiedervereinigung begrüßen würden. Darauf blieb den Untersuchern nur noch zu kommentieren, „daß bei einer nicht unbeträchtlichen Anzahl Jugendlicher in Diskussionen über die gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten der Gedanke einer Wiedervereinigung nach wie vor präsent ist.“<sup>633</sup>

Ganz besondere Ernüchterung dürfte bei den Verantwortlichen im Politbüro eine offene Frage am Ende der Untersuchung hervorgerufen haben. Hier sollten die Jugendlichen eine Person nennen, die sich „in den letzten Jahren um den Frieden in der Welt und um die Völkerverständigung besonders verdient gemacht hat.“ Über das Abschneiden Erich Honeckers oder Leonid Breschnews sagt die Studie leider nichts aus. Fest steht aber, dass 12% der Lehrlinge und Studenten sowie 14% der jungen Facharbeiter hier Willy Brandt in die Papiere eintrugen.<sup>634</sup>

---

<sup>632</sup> Jeweils 1% der Lehrlinge und Studenten waren sogar der Ansicht, dass das geeinte Deutschland ein *imperialistischer* Staat sein werde (Vgl. Ebd.).

<sup>633</sup> Ebd.

<sup>634</sup> Mehr als ein Drittel der Untersuchten hatte auf die Frage nicht geantwortet (Vgl. SAPMO-BArch. DC 4/233, ZifJ, W. Friedrich, Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage, Leipzig, 1973).

Die Forscher begründeten die für die SED alarmierenden Ergebnisse („Die Werte müssen sehr ernst genommen werden.“) vor allem mit Illusionen über die Rolle der SPD als Regierungspartei in der BRD“, der sozialdemokratischen Deutschland- und Ostpolitik sowie mit der Person Willy Brandts. Resümierend stellt die unter Federführung von Walter Friedrich entstandene Studie fest<sup>635</sup>: „[...] Erfolge bei der konsequenten Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz dürfen unter keinen Umständen zu einem Nachlassen der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus führen. An der ideologischen Front herrscht keine Waffenruhe. [...] Das gilt besonders für die Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus in der BRD.“

Weiter wird von Friedrich gefordert, den Organisationsgrad der SED bei den Jugendlichen zu erhöhen, da bei den jungen Genossen die *besten* Ergebnisse festgestellt worden waren. Des weiteren sollte durch eine Verstärkung der politisch ideologischen Arbeit verdeutlicht werden, „daß in der DDR die nationale Frage endgültig im Sinne der historischen Mission der Arbeiterklasse gelöst wurde und daß die sozialistische Nation in der DDR im unüberbrückbaren Gegensatz zur alten in der BRD fortbestehenden Nation steht. [...] Dabei kommt es vor allem darauf an, die Demagogie durchschaubar zu machen, die dahinter stehenden Absichten zu entlarven und dem imperialistischen Wunschenken eine klare und parteiliche sozialistische Alternative entgegenzusetzen.“<sup>636</sup>

Auf eine weitere Untersuchung, die sich mit dem *Bewusstseinsstand* DDR-Jugendlicher beschäftigte, geht 1973 der schon erwähnte Karl-Heinz Günther ein.<sup>637</sup> Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschule Erfurt / Mühlhausen waren Anfang der siebziger Jahre bei fünftausend Schülerinnen und Schülern, mehreren hundert Lehrerinnen und Lehrern sowie Vorschulerzieherinnen der Frage nachgegangen: Welche Einstellung nehmen Jugendliche zum sozialistischen Staat und zu dessen Verteidigung ein?<sup>638</sup> Als Resümee dieser Untersuchung stellt Günther heraus, dass „es offenbar einen Widerspruch zwischen sehr guten Selbsteinschätzungen der Schüler zum Grund der Herausbildung von Eigenschaften eines jungen Sozialisten einerseits und der tatsächlich vorhandenen Handlungsbereitschaft andererseits gibt“.<sup>639</sup> Die Schüler hätten „allgemeine

---

<sup>635</sup> Ebd.

<sup>636</sup> Ebd.

Angesichts derartig martialischer Empfehlungen erscheint die 1999 vom gleichen Autor dargestellte Geschichte des Zentralinstitutes für Jugendforschung, wonach die Einrichtung ob ihrer Unangepasstheit und Renitenz regelmäßig in der Schusslinie des Politbüros geriet und sogar von Schließung bedroht war, recht seltsam (Vgl. Friedrich 1999: S. 13-69).

<sup>637</sup> Vgl. BBF/DIPF/Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

<sup>638</sup> Vgl. auch Geißler, Wiegmann 1996: S. 285 f.

<sup>639</sup> BBF/DIPF/Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

Bekanntnisse zu unserem Staat, zur Arbeiterklasse und zu ihrer Partei, zum sozialistischen Lager und zur Notwendigkeit des bewaffneten Schutzes des Sozialismus“ abgegeben, wären aber oft nicht bereit gewesen, „ein abgegebenes Bekenntnis mit der Tat in einer Bewährungssituation zu bestätigen. Das betrifft vor allem die Bereitschaft, einen militärischen Beruf zu ergreifen, die wehrsportliche Betätigung, die Anerkennung von Ordnungsformen und die einheitliche Kleidung<sup>640</sup>.“ Eine gute Veranschaulichung dieser Diskrepanz zwischen allgemeinem verbalen Bekenntnis und tatsächlicher, *mangelnder* persönlicher Einsatzbereitschaft gibt in dieser Untersuchung die Einschätzung des westdeutschen *Imperialismus* durch die Jugendlichen.<sup>641</sup> Gemäß der etwa im Staatsbürgerkunde- oder Heimatkundeunterricht vorgegebenen Lernziele hatten zwar insgesamt fast neun von zehn Schülern diesen als „Hauptfriedensgegner in Europa“<sup>642</sup> eingeordnet. Der daran anschließenden Aussage: „Jeder Bürger eines imperialistischen Landes ist mein Feind. Das gilt im vollen Umfang auch für die Bundeswehr“, konnten sich jedoch nur 39,4% der Schüler des achten Schuljahres und 23,5% des zwölften Schuljahres anschließen.<sup>643</sup> Von den Siebzehn- bis Achtzehnjährigen antworteten hier sogar 44,5% eindeutig mit nein.

Ein weiterer Bericht, der bei den politisch Verantwortlichen die Sorgen um den Stand des *sozialistischen Bewusstseins* bei den jungen Menschen in der DDR vermehrt haben dürfte, ist ein Informationsschreiben des Zentralrates der FDJ an das Politbüro des ZK der SED aus dem Jahre 1974.<sup>644</sup> Darin wird festgestellt, dass es vielen jungen Menschen in der DDR Schwierigkeiten bereite, „die konkreten internationalen Klassenauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus immer ausgehend vom Charakter unserer Epoche zu beurteilen und die Dialektik des Klassenkampfes zu erfassen“.<sup>645</sup> Ein „beträchtlicher Teil“ der Jugend würde nicht konsequent genug die „imperialistische Entwicklung“ in der Bundesrepublik verurteilen. Bei vielen jungen Menschen blieben noch immer die „Parolen des Gegners“ vom Fortbestand der „Einheit der Nation“ und den „besonderen Beziehungen“ zwischen der DDR und der BRD nicht ohne Wirkung. Des weiteren fiele es der jungen Generation mitunter schwer, das reaktionäre Wesen des Imperialismus zu erkennen, wenn es durch eine raffinierte Propaganda verschleiert wird“, wie dies etwa beim westdeutschen Fernsehen der Fall sei.

Ebenfalls im Jahre 1974 stellt der im ZK für Jugendfragen zuständige Sekretär Paul Verner in einem Entwurf für ein Referat an der FDJ-Jugendhochschule

---

<sup>640</sup> Gemeint ist hier offenbar das Tragen von FDJ-Hemden bzw. Halstuch und Pionierhemd (M. K.).

<sup>641</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann ebd.

<sup>642</sup> Zitiert ebd.: S. 287.

<sup>643</sup> Vgl. Ebd.: S. 286.

<sup>644</sup> Vgl. SAPMO-BArch., DY 30/14302, Zentralrat FDJ, 1974.

<sup>645</sup> Ebd.

Wilhelm Pieck fest, „daß der USA Imperialismus unter den Jugendlichen nicht mehr so entschieden verurteilt wird, wie zur Zeit der Aggression in Vietnam.“<sup>646</sup> Auf die Abschwächung des sozialistischen Patriotismus unter Jugendlichen und der gesunkenen Herausbildung eines klaren Feindbildes im Zusammenhang mit dem internationalen Entspannungsprozess und den damit verbundenen „taktischen Wendungen“ der eigenen Politik macht auch ein Schreiben der Abteilung Jugend des ZK der SED 1975 aufmerksam.<sup>647</sup> Darin heißt es, dass von den Jugendlichen die „aggressiven Tendenzen des Imperialismus“ unterschätzt würden, was sich auch an ihrer mangelnden Bereitschaft „zur Stärkung der Armee“ zeige.

Die Sympathie, die die SPD und insbesondere Willy Brandt unter DDR-Jugendlichen genossen, blieb auch der Führungsmacht Sowjetunion nicht verborgen. In einem Gespräch zwischen Margot Honecker und einem Genossen Demitschew am 27. März 1973 forderte dieser die Volksbildungsministerin auf, Vorschläge auszuarbeiten, wie mit den „Probleme[n] des Sozialdemokratismus, besonders auch der Rolle der SPD und Brandts“ umgegangen werden kann.<sup>648</sup>

Einen Hinweis darauf, wie peinlich der SED Spitze die *Defizite* der eigenen Jugend noch am Ende der siebziger Jahre gegenüber den anderen sozialistischen Staaten waren, gibt ein Informationspapier des ZK der SED über die Mitarbeit der DDR an einer Untersuchung der internationalen Problemkommission „Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß“.<sup>649</sup> Bei diesem Projekt - an dem neben der DDR auch die UdSSR, Polen, Ungarn, Bulgarien und die ČSSR beteiligt waren - ging es unter anderem auch darum, den Stand der patriotisch-sozialistischen Entwicklung von Jugendlichen herauszufinden. Dieser sollte mit Hilfe von weitestgehend einheitlichen Fragebögen bei Jugendlichen im Alter von sechzehn bis fünfundzwanzig Jahren in den beteiligten Ländern festgestellt werden. Der Vertreter der DDR in dieser Kommission, Werner Gerth vom Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, lehnte eine solche Herangehensweise und insbesondere den damit verbundenen Austausch von Datenmaterial unter Berufung auf einen Beschluss des ZK der SED – der dergleichen verbiete – strikt ab. Er betonte stattdessen die Bedeutung einer stärkeren „theoretischen Arbeit“ für das Gesamtkonzept der Projektarbeit. Vor allem der Vertreter der Sowjetunion in diesem Gremium, Prof. Schubkin, sowie der ungarische Vertreter, Dr. Gazso, übten nach dem genannten Papier scharfe Kritik an der Verweigerungshaltung der DDR.

---

<sup>646</sup> SAPMO-BArch., DY 30/14302, Verner 1974.

<sup>647</sup> Vgl. SAPMO-BArch., DY 30/14302, Abteilung Jugend ZK der SED, 20.01. 1975.

<sup>648</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/9.05/71, ZK SED, Abt. Volksbildung, Gespräch Margot Honecker-Gen. Demitschew, 27.03. 1973.

<sup>649</sup> Vgl. SAPMO-BArch., DY 30/21401, ZK SED, Abteilung Jugendfragen, Information über Mitarbeit, „Die Arbeiterklasse ...“, 04.08. 1978.

Obwohl sich in den Archiven die von Demitschew gegenüber Margot Honecker geforderten Ausarbeitungen über das weitere Vorgehen bezüglich der „Probleme des Sozialdemokratismus“ unter den Jugendlichen in der DDR nicht fanden, liegen doch andere Dokumente vor, die zeigen, dass man in der Parteiführung der SED eine härtere Gangart bei der Erziehung der eigenen Jugend – unter Nutzung der Möglichkeiten der Wehrerziehung<sup>650</sup> - für unumgänglich hielt. Neben den genannten Gründen sah man dies im Politbüro auch als notwendig an, um so die Menschenrechtsdiskussion eindämmen zu können, die in der Folge des KSZE-Prozesses in der DDR insbesondere von Vertretern der „innerkommunistischen Opposition“ geführt wurde und die auch unter Jugendlichen platzgegriffen hatte.<sup>651</sup> Folgerichtig erklärten die DDR-Machthaber in einer „Konzeption zum Entwurf des Jugendgesetzes“ aus dem Jahre 1973 die „Klassenmäßige Erziehung“ auch zum „Kernstück“ der sozialistischen Jugendpolitik.<sup>652</sup> In einem Beitrag für das Jahrbuch der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR von 1974 schreibt Volksbildungsministerin Margot Honecker in diesem Kontext, dass noch immer „Überreste des Alten im Denken und in der Verhaltensweise“ von DDR-Bürgern zu beobachten seien.<sup>653</sup> Die Auseinandersetzung mit diesen „Einflüssen der bürgerlichen Ideologie“ mache es erforderlich, „der Schuljugend noch besser unsere sozialistische Weltanschauung zu vermitteln“. Mit ähnlichen Äußerungen war Frau Honecker auch in der Folgezeit zu vernehmen. So referierte sie auf dem IX. Parteitag der SED 1976<sup>654</sup>:

„Wir müssen die Jugend zu einer revolutionären Ungeduld gegenüber allem erziehen, was nicht in unsere Zeit passt. [...] Unsere Erziehung muß darauf gerichtet sein, daß die Jugend für das Neue, Vorwärtsdringende eintritt, daß sie

---

<sup>650</sup> Schon während einer Sitzung der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen im Juni 1971 wurde als Konsequenz auf „eine Reihe von Unklarheiten und Illusionen [bei Jugendlichen] besonders nach dem Zustandekommen der SPD/FDP-Regierung“ in der Bundesrepublik, eine Verstärkung der ideologischen Arbeit unter Einbeziehung der Wehrerziehung gefordert (Vgl. DY 30 IV A 2/12/157, ZK SED, Abteilung Sicherheitsfragen, 30.06. 1971).

<sup>651</sup> Zur Zeit der Biermann-Affäre im November 1976 war die Entscheidung der Partei- und Staatsführung der DDR, ein reguläres Fach Wehrunterricht einzuführen, bereits gefallen. Nichtsdestotrotz wurde z. B. bei einer Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums am 26.11. 1976 auch aufgrund dieser Angelegenheit die Notwendigkeit gesehen, in der DDR eine stärkere politisch-ideologische Erziehungsarbeit zu praktizieren – wie etwa in der Art des Wehrunterrichtes, für den man bei der gleichen Sitzung die Unterstützung des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der Nationalen Volksarmee beschloss (Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55602, Sitzung des Kollegiums des MfNV, 26.11. 1976).

<sup>652</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DC 4/1742, Konzeption zum Entwurf des Jugendgesetzes, 30.01. 1973.

<sup>653</sup> Vgl. Honecker, M. 1974: S. 25 f.

<sup>654</sup> Honecker, M. 1977: S. 22 f.

zum aktiven Handeln und nicht zu passiven Betrachtern oder zu Kritikastern erzogen wird.“<sup>655</sup>

Auch der Mann der Volksbildungsministerin und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, war über die „Überreste des Alten im Denken und in der Verhaltensweise“ gerade bei jungen DDR-Bürgern informiert und mahnte Handlungsbedarf an. Bei einer Beratung des ZK mit den Ersten Sekretären der SED-Kreisleitungen forderte er im Februar 1978, durch entsprechende Erziehungsmaßnahmen „den Jugendlichen zu helfen, sich in den komplizierten Situationen des internationalen Klassenkampfes zurechtzufinden, ein klares Feindbild zu besitzen und jederzeit bereit zu sein, für den Sozialismus zu handeln und ihn zu verteidigen.“<sup>656</sup>

Nach dem Verteidigungsminister der DDR, Armeegeneral Heinz Hoffmann, hatte das Bildungssystem der DDR die Aufgabe, die „Jugend im Geiste des sozialistischen Patriotismus [zu] erziehen, zur Liebe zum sozialistischen Vaterland und zu unseren Brudervölkern, gleichzeitig zum Haß gegen den Imperialismus und sein faulendes Gesellschaftssystem“. Das Einpflanzen des einfachen, allgemeinen „Haß[es] auf den Imperialismus“ in die Köpfe der Kinder und Jugendlichen war jedoch aus der Sicht des Ministers noch nicht ausreichend.<sup>657</sup> Das Ziel der sozialistischen Erziehung musste nach seinen Vorstellungen vielmehr darin liegen, dass die jungen Menschen „den Imperialismus nicht schlechthin als System ablehnen und [...] hassen, sondern diesen Haß<sup>658</sup> vor allem auch gegen all jene richten, die unter der Befehlsgewalt imperialistischer Generale und Offiziere zum Angriff bereitstehen“<sup>659</sup>. Nach Hoffmann waren zur Erreichung dieser erweiterten Zielstellung der sozialistisch-

---

<sup>655</sup> In diesem Zusammenhang sind sicherlich auch Phänomene der westlichen Jugendkultur - wie die der Hippies oder Gammler, die ihren Weg auch in die DDR gefunden hatten, bzw. auch einfach nur das Hören westlicher Musik - gemeint. An anderer Stelle sprach Margot Honecker auch von „individualistischen“, „kleinbürgerlichen“ und „asozialen“ Verhalten, das sich bei vielen Jugendlichen zeige und dem man begegnen müsse (Vgl. Honecker, M. 1977: S. 23 / Rauhut 1999: S. 35 f. / SAPMO-BArch., DC 4/250, ZifJF / Geier 1978).

<sup>656</sup> ND, 18./19.02. 1978.

<sup>657</sup> Vgl. Hoffmann: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 20, 1971: S. 10.

<sup>658</sup> Die Betonung der Notwendigkeit zur „Erziehung zum Hass auf den Imperialismus“ und zur Herausbildung eines damit verbundenen „klaren Freund-Feind-Bildes“ bei den Kindern und Jugendlichen findet sich bei zahlreichen Beiträgen von Hoffmann in den siebziger Jahren (Vgl. Hoffmann, Heinz: Die Sicherung des Friedens verlangt die Stärkung der sozialistischen Militärmacht. In: Einheit. Nr. 6, 1971: S. 690-702. Ders.: Zu Problemen der sozialistischen Militärpolitik und Wehrerziehung. In: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 20, 1971: S. 8-10. Ders.: Ständig wachsam und gefechtsbereit. In: Militärwesen. Nr. 1, 1973: S. 3-16). Noch am Ende der siebziger Jahre äußerte der Minister bei einem Vortrag vor Absolventen der SED-Parteihochschule, dass vielen Jugendlichen in der DDR eine „hohe persönliche Einsatzbereitschaft und ein klares Freund-Feind-Bild“ fehle (Rote Fahne, Nr. 31, 1978).

<sup>659</sup> Hoffmann ebd.



patriotischen Erziehung auch noch stärkere Anstrengungen auf dem Gebiete der Wehrerziehung notwendig.<sup>660</sup>

Die offizielle Einführung des Wehrunterrichtes an den Polytechnischen war also auch eine pädagogische Antwort der SED auf *Mangelscheinungen* bei der sozialistisch-patriotischen Standfestigkeit in der jungen Generation, die sich insbesondere im Zuge der Ost-West- und Deutsch-Deutschen-Annäherung sowie des KSZE-Prozesses entwickelt hatten. Die Anerziehung von „Haß auf den Imperialismus“ und Liebe zum Sozialismus – also zur Partei- und Staatsführung - sollte aber in diesem Fach nicht – wie etwa im Staatsbürgerkundeunterricht – nur durch politische Propaganda vollzogen werden. Angestrebt wurde vielmehr ein Zusammenspiel von ideologischer Indoktrination mit physischen Handlungskomponenten.

Die alle militärischen Übungen begleitenden Ordnungselemente versprachen zudem einen weiteren Disziplinierungseffekt.

### 3.4.5.2 Die Vorbereitung der Unterrichtung

Schon im Jahre 1973 wurden von Günther erste grundsätzliche Vorstellungen sowohl für die inhaltliche als auch für die zeitliche Gestaltung des Faches Wehrunterricht genannt.<sup>661</sup> Eine erste Variante sah für das Fach in den neunten und zehnten Klassen den Charakter einer vormilitärischen Grundausbildung vor. An diese sollte sich in der Berufsausbildung bzw. an den Erweiterten Oberschulen die Laufbahnausbildung zur speziellen Vorbereitung auf den Dienst in der NVA anschließen. Als Alternative schlug Günther vor, bereits Elemente der Laufbahnausbildung in den Unterricht der letzten beiden Klassen der POS einzubinden, um dann später in den elften und zwölften Klassen daran anknüpfen zu können.

Als zeitlichen Rahmen für den Wehrunterricht gab der Autor insgesamt 120 Stunden vor.<sup>662</sup> Für die Eintaftung dieser Stunden in die Klassenstufen neun und zehn hatte er wiederum zwei Modelle ausgearbeitet. Das erste Modell beabsichtigte die Einbindung des Wehrunterrichtes mit ein oder zwei Stunden in den normalen Wochenplan. Günther machte aber darauf aufmerksam, dass, aufgrund der bestehenden maximalen Auslastung der Stundentafeln in diesen Klassenstufen, eine Entscheidung für diese Variante eine Kürzung von Unterrichtsstunden in anderen Fächern nach sich ziehen müsste. Ein zweites Modell sah für das neue Unterrichtsfach die Einrichtung von Lagern vor. Danach sollte die Absolvierung der Gesamtstundenzahl entweder durch ein vierzehntägiges

---

<sup>660</sup> Vgl. auch Bundesarchiv-Militärarchiv DVW 1/55588, Bericht über die Ergebnisse ... im Ausbildungsjahr 1973/74, Vorschlag für die Empfehlungen an den Minister / Birkner 1973: S. 11 ff.

<sup>661</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973 / Koch 2000 a: S. 31 f.

<sup>662</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv ebd.

Winterlager in der neunten Klasse und ein zehntägiges Sommerlager in der zehnten Klasse oder durch ein zweiwöchiges Sommerlager im vorletzten und eines von zehntägiger Dauer im letzten Schuljahr gewährleistet werden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt machte Günther deutlich, dass aus seiner Sicht die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR eine entsprechende Lehrerausbildung an den Universitäten und Hochschulen notwendig mache.

Erst drei Jahre nach diesen ersten konzeptionellen Ansätzen für das Fach erfolgte am 31. Mai 1976 die Bestätigung eines Arbeitsplanes des ZK der SED durch das Politbüro, der die „Einführung des Wehrunterrichtes für die Schüler der 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen“<sup>663</sup> als Zielstellung formulierte.

Der Beschluss des Ministerrates der DDR über die Konzeption der Einführung des Wehrunterrichtes erfolgte erst fünf Monate nach dem Politbürobeschluss am 21. Oktober 1976 – was exemplarisch die Entscheidungshierarchie in der „Diktatur des Proletariates“ vor Augen führt.<sup>664</sup>

Die Verantwortung für die Ausführung des Vorhabens wurde nach dem Beschluss des höchsten Parteigremiums dem Minister für Volksbildung, dem Minister für Nationale Verteidigung sowie der Abteilung Volksbildung des ZK der übertragen.<sup>665</sup> Bereits am 25. August 1976 – also zwei Monate bevor die DDR-Regierung über die Einführung beschloss – bestätigte das Sekretariat des Zentralkomitees eine erste Konzeption einer Arbeitsgruppe dieser drei Institutionen. Der Wehrunterricht sollte danach ab 1978 mit einer Steigerung von 20% pro Jahr nach und nach an allen Polytechnischen Oberschulen eingeführt werden. Für diese flächendeckende Unterrichtung errechnete man einen Bedarf von fünftausend Lehrkräften. Als Kosten für die Vorbereitung des Faches waren für 1977 fünfhunderttausend Mark veranschlagt. Dieser Betrag sollte sich bis zur vollständigen Einführung 1983 auf jährlich 55 Millionen Mark erhöhen. Ebenfalls am 25.08. 1976 beschloss das Sekretariat des ZK der SED die Erarbeitung eines „Maßnahmeplan[s] zur ideologischen Vorbereitung“, der unter anderem Argumentationslinien für die öffentliche Begründung des Unterrichtsfaches beinhalten sollte.<sup>666</sup> Als Resultat dieses „Maßnahmeplan[s]“ erschien z. B. im August 1978 ein Artikel in der vom ZK der SED herausgegebenen Zeitschrift „Was und Wie. Informationen, Argumente, Übersichten für den Agitator“.<sup>667</sup> Darin wurde auf die Frage: „Weshalb wurde jetzt der obligatorische Wehrunterricht für die 9. und 10. Klassen eingeführt?“, geantwortet, dass „mit der vollen Verwirklichung der zehnklassigen Schulbildung für alle Kinder und Jugendlichen die Bedingungen und die Notwendigkeit herangereift [sind],

<sup>663</sup> Zitiert von Sachse 1996: S. 259.

<sup>664</sup> Vgl. Ebd.: S. 260.

<sup>665</sup> Vgl. Ebd.: S. 259.

<sup>666</sup> Vgl. Ebd.: S. 260.

<sup>667</sup> Vgl. Was und Wie, 8/1978: S. 10-13.

die Wehrerziehung fest in den planmäßigen Bildungs- und Erziehungsprozeß zu integrieren, sie für die 9. und 10. Klassen in Form eines obligatorischen Unterrichts zu gestalten.“<sup>668</sup> Außerdem wird angeführt, dass „[i]n diesem Alter [...] die politischen Einsichten und Haltungen der Schüler schon weiter ausgereift [sind], und es entwickelt sich zunehmend die Bereitschaft, sich für die Ideale des Sozialismus, für die Erhaltung des Friedens und für den Schutz unserer Errungenschaften aktiv einzusetzen. Das erfordert, ihre Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit systematisch und planmäßig zu entwickeln.“<sup>669</sup>

Dem ist zu entgegnen, dass die „Verwirklichung der zehnklassigen Schulbildung“ in der DDR schon zu Beginn der sechziger Jahre erfolgt war und die Einschätzung, wonach der Entwicklungsstand von Neunt- und Zehntklässlern – und jüngeren Kindern – deren Einbindung in Belange der Wehrerziehung rechtfertige, sich bereits in Dokumenten aus den sechziger Jahren und früher findet. Die Einführung des Wehrunterrichtes hätte nach den 1978 vorgebrachten Argumenten also schon weit früher erfolgen müssen.<sup>670</sup>

Für die propagandistische Begleitung der Einführung des Wehrunterrichtes wurden auch Meinungsäußerungen aus der *Bevölkerung* in den Medien lanciert, die das Fach als für die Erziehung junger Menschen notwendig begrüßten. So äußerte eine Pionierleiterin aus Wolfen in einem Leserbrief an die Deutsche Lehrerzeitung<sup>671</sup>:

„Unsere Zeit braucht junge Menschen, die bereit sind, ihre sozialistische Heimat zu stärken und sie gegen Anschläge zu verteidigen [...].“

Angesichts des Protests der Kirchen war das SED-Regime besonders bestrebt, dieser Kritik christliche Stimmen entgegenzuhalten, die zu dem Fach einen zustimmenden Standpunkt einnahmen. Joseph Lackner, Mitglied des katholischen Kirchenvorstandes in Worbis (Eichsfeld), äußerte anlässlich einer Präsidiumstagung des Hauptvorstandes der CDU in der DDR am 1. September 1978<sup>672</sup>:

„[D]ieser Unterricht [trägt] in erster Linie dazu bei [...], junge Menschen im Rahmen der ganzheitlichen Erziehung zu Frieden noch besser zu befähigen, die Ursachen der Kriege, die im imperialistischen System begründet sind, zu erkennen, wie es auch im Arbeitsbuch zur Glaubensunterweisung von unserer Kirche als Erfordernis bezeichnet wird.“

Aus einer an den ZK Sekretär für Wissenschaft und Volksbildung, Kurt Hager, gegangenen „Information über den Stand der Vorbereitung der Einführung des

<sup>668</sup> Ebd.: S. 12.

<sup>669</sup> Ebd.

<sup>670</sup> Vgl. z. B. Anweiler 1980: S. 66 / Geier 1986: S. 25 ff.

<sup>671</sup> DLZ 35/1978.

<sup>672</sup> Neue Zeit, 06.09. 1978.

Wehrunterrichtes“ vom 21. Oktober 1976 erfährt man, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Hälfte der für 1978 nötigen eintausend Lehrkräfte gefunden worden waren und ihre Schulung in einer ehemaligen Sonderschule der SED-Bezirksleitung Dresden in Ottendorf begonnen hatte.<sup>673</sup> Die Vorbereitungen des neuen Faches wurden nach dem Papier „zwar nicht geheim, aber ohne jeglichen propagandistischen Aufwand betrieben.“

Im November 1976 erhielten die Direktorinnen und Direktoren von Polytechnischen Oberschulen erste Informationen über die avisierte Einführung des Wehrunterrichtes.<sup>674</sup> Angesichts des nun mehrere tausend Personen umfassenden Kreises, der von den Plänen der SED-Führung wusste, ist es verwunderlich, dass der Wehrunterricht nicht schon zu diesem Zeitpunkt in der DDR diskutiert und von den westdeutschen Medien aufgegriffen wurde. Dies geschah erst im Zuge des Erlasses der „Direktive des Ministeriums für Volksbildung zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichtes an den allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen“ am 1. Februar 1978.<sup>675</sup> Wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit dargestellt, meldeten sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche in der DDR deutliche Kritik am Vorhaben der DDR-Führung an<sup>676</sup> und auch in der westdeutschen Öffentlichkeit wurden das neue Unterrichtsfach lautstark kritisiert.<sup>677</sup>

Sahen die Vorschläge Günthers 1973 für den Wehrunterricht entweder eine vollständige Eintaktung in die Stundentafeln der neunten und zehnten Klassen oder eine reine Lagerausbildung vor, war der im Schuljahr 1978/79 an den Schulen etablierte Unterricht ein Mix aus beiden Varianten.<sup>678</sup> In der neunten Klassenstufe beinhaltete das Fach zunächst vier Doppelstunden zu „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“, die von Jungen und Mädchen gemeinsam absolviert wurden und die bis zum Beginn der Frühjahrsferien in den normalen Stundenplan integriert werden mussten. Für die Jungen fand im neunten Schul-

---

<sup>673</sup> Vgl. Sachse 1996: S. 260.

<sup>674</sup> Vgl. Ebd.

<sup>675</sup> Vgl. MfV 01.02. 1978.

<sup>676</sup> Vgl. BEK 14.06. 1978, abgedruckt in Henrich 1978: S. 33-39 / Bengsch 12.06. 1978, abgedruckt ebd.: S. 40 f.

War die Kritik der evangelischen Kirche am Wehrunterricht zunächst vehement und grundsätzlichen Charakters, schlug die Kirchenführung im Laufe des Jahres 1978 diesbezüglich mehr und mehr ruhigere, diplomatischere Töne an. So äußerte etwa der Leiter des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Manfred Stolpe, am 28. Juni 1978, dass sich die Kirche von westdeutschen Medienberichten distanzieren müsse, die die kirchliche Kritik als Widerstand interpretierten (Vgl. Neubert 2000: S. 307). Nichtsdestotrotz hielt der BEK an seiner Ankündigung einer Friedenserziehung im kirchlichen Rahmen fest und beschloss auf der Synode im Herbst 1978 das Rahmenkonzept „Erziehung zum Frieden“ (Vgl. Ebd.: S. 308/ Schmidt, Lars Peter 2002: S. 128 ff.).

<sup>677</sup> Vgl. z. B. Henrich 1978: S. 12 ff. / Pritzel 1978: S. 14 ff. / Röder 1978: S. 800 ff. / Hellwig 1979: S. 233 ff.

<sup>678</sup> Vgl. MfV 01.02. 1978.

jahr – kurz vor den Sommerferien – die „Wehrausbildung im Lager“ statt<sup>679</sup>, die insgesamt zwölf Ausbildungstage zu je acht Stunden umfasste. Für die Mädchen und die Jungen, die nicht am Wehrausbildungslager teilnehmen wollten<sup>680</sup>, wurden „Lehrgänge Zivilverteidigung“ mit zwölf Ausbildungstagen zu je sechs Stunden Unterricht ausgerichtet. Der Plan für die zehnte Klassenstufe, die ab dem Schuljahr 1979/80 erstmals von dem neuen Fach betroffen war, beinhaltete noch einmal vier Doppelstunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ sowie drei „Tage der Wehrbereitschaft“ mit einem zeitlichen Volumen von achtzehn Stunden.<sup>681</sup> Während die sonstigen Teilelemente des Wehrunterrichtes in die normale Unterrichtszeit integriert waren, fanden diese „Tage der Wehrbereitschaft“ in den Winterferien – erstmals im Februar 1980 – statt. Zur personellen Absicherung des Faches waren bis zum Februar 1980 insgesamt 960 Lehrkräfte eingestellt worden.<sup>682</sup> 49,8% dieser Lehrkräfte waren bereits vordem im Volksbildungsbereich beschäftigt gewesen, 33,4% kamen direkt aus der NVA oder den Grenztruppen und 16,8% waren Offiziere der Reserve. Sowohl für die neunte als auch für die zehnte Klassenstufe wurde als Lehrbuch zunächst der „Wissensspeicher Wehrerziehung“ genutzt, in dessen Benutzungshinweisen man lesen kann, dass er eigentlich für die 1973 eingeführten „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ entwickelt worden war.<sup>683</sup>

---

<sup>679</sup> Bei der 1979 erstmals veranstalteten „Wehrausbildung im Lager“ nahmen insgesamt 23.700 Jungen in 193 Lagern teil. Siebzig Prozent von ihnen waren FDJ-Funktionäre oder Bewerber für militärische Berufe. Als Ausbilder wurden – neben den Lehrern – eintausend Offiziersschüler des 2. Studienjahres eingesetzt (Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/555614, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 28.01. 1980).

<sup>680</sup> Nach meiner persönlichen Erfahrung war eine Nichtteilnahme am Wehrausbildungslager relativ leicht durch ein Gespräch mit dem Schuldirektor oder dem Schulverantwortlichen für den Wehrunterricht zu erreichen. Auch Nachfragen bei Freunden und Bekannten bestätigten dies (M. K.).

<sup>681</sup> Vgl. MfV 01.02. 1978.

<sup>682</sup> Vgl. SAPMO-BArch. DY 24/113848, FDJ-Zentralrat, 07.05. 1980.

<sup>683</sup> Vgl. Hanisch u. a. 1979: S. 5.

#### 4. Die Praxis des Wehrunterrichtes

„Die marxistisch-leninistische Pädagogik vermittelt – als Produkt der Forschung unter Beachtung der Einheit von Empirie und Theorie – die Erkenntnis, daß Erziehungsprozesse, deren Hauptanliegen die Persönlichkeitsformung ist, planbar und leitbar<sup>684</sup> sind [...]“<sup>685</sup>, schreibt Schulz in seiner Dissertation „Sozialistische Wehrerziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und in der DDR“. Für den Wehrunterricht in den Staaten des Warschauer Paktes bedeutete dies, dass es bei seinen Zielstellungen nicht *nur* um die Armee- bzw. Zivilverteidigungsvorbereitung der Jugendlichen zur Aneignung einer „sozialistischen Wehrfähigkeit“ ging.<sup>686</sup> Der Unterricht sollte bei den Schülerinnen und Schülern vielmehr auch die „weltanschaulich-philosophischen, politischen und moralischen Einstellungen [...] und Überzeugungen“ derart reifen lassen, dass sie schließlich die Absolvierung von Wehrhandlungen als absolut richtig und notwendig erkennen würden.<sup>687</sup>

Bei der Behandlung der Praxis des Wehrunterrichtes in den Staaten des Warschauer Vertrages soll nun die Darstellung und Analyse der einzelnen Lehrpläne im Mittelpunkt stehen. Also: Wie viele Stunden wurden im Rahmen des Faches in den einzelnen Teilbereichen mit welchen Zielstellungen unter Anwendung welcher Methoden unterrichtet? Wie sahen die Rahmenbedingungen aus? Daran anschließend wird anhand einiger Schwerpunkte ein Vergleich durchgeführt werden. Der Zeitrahmen auf den sich dieser bezieht, sind die achtziger Jahre, denn erst zu diesem Zeitpunkt war das Fach in der DDR vollständige eingerichtet. Daneben soll aber auch die Entwicklung des Faches im Warschauer Pakt in den späten 1960er und in den 70er Jahren Anliegen dieses Kapitels sein.

Nach Schulz sind die Lehrpläne „[a]ls zentral[e] Plandokument[e]“ zu werten, die nicht nur „auf der Ebene der allgemeinen (gesellschaftlichen) Forderungen und Vorgaben die Führungsgrößen für den Unterricht [...] fest[legen]“, sondern auch gewährleisten, „daß die Wissenschaftlichkeit, Parteilichkeit und Systematik im Unterricht“ besteht.<sup>688</sup>

Wie in diesem Text bereits mehrfach angesprochen wurde, befand sich die Sozialistische Republik Rumänien unter ihrem Parteichef Nicolae Ceaucescu innerhalb des östlichen Militärbündnisses in einer Außenseiterrolle, die eine

---

<sup>684</sup> Unterstreichungen im Originaltext (M. K.).

<sup>685</sup> Schulz 1984: S. 80.

<sup>686</sup> Vgl. Ebd.: S.199.

<sup>687</sup> Ebd.: S. 222 / Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Kalina in: Sowjetskaja pedagogika, Heft 6/1975: S. 65).

<sup>688</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 81.

Isolation in vielen Bereichen der Zusammenarbeit und des Austausches mit sich brachte. Aus diesem Grund waren in den von mir besuchten Archiven auch keine Materialien über die Praxis des Wehrunterrichtes in Rumänien zu finden, die eine Darstellung in dieser Arbeit rechtfertigen würden. Da ich entsprechende Informationen auch nicht mit Hilfe von Literaturrecherchen eruieren konnte, muss auf die weitere Behandlung des Unterrichtsfaches in der SR Rumänien hier leider verzichtet werden.

## 4.1 Das Fach in der Sowjetunion

### 4.1.1 Die Entwicklung nach der Einführung

Die Praxis des Wehrunterrichtes in der UdSSR nach 1968 offenbart die mangelnde Planung und Vorbereitung im Vorfeld der Wiedereinführung. Sie ist geprägt von einem ständigen *Herumdoktern* am Lehrplan. Schon 1971 erfolgte die erste grundsätzliche Revidierung, 1974 die zweite, 1981 die dritte und auch in der Zwischenzeit und in späteren Jahren wurden oft Veränderungen und Ergänzungen vorgenommen.<sup>689</sup> Nachdem 1968 das Fach zunächst nur in einer Stunde pro Woche gegeben wurde<sup>690</sup>, erfolgte 1971 eine Erweiterung auf zwei Wochenstunden, so dass die Schülerinnen und Schüler in den Klassen neun und zehn jeweils sieben Stunden in diesem Fach absolvieren mussten.<sup>691</sup> Der Lehrplan umfasste folgende Hauptbestandteile<sup>692</sup>:

1. Die sowjetischen Streitkräfte.
2. Allgemeine militärische Ausbildung.
3. Zivilverteidigung.
4. Sanitätsausbildung (nur für Mädchen).

Neben diesem Programm wurden in der neunten Klasse während des Produktionspraktikums im Frühjahr und im Sommer für die Jungen an fünf Tagen (30 Stunden) ein Geländetraining zur taktischen Ausbildung, Schießübungen und andere Übungen durchgeführt.<sup>693</sup> Überdies sollte ein fakultativer wehrerzieherischer Unterricht von bis zu sieben Stunden je Schuljahr angeboten werden und selbst in den dreimonatigen Sommerferien wenigstens ein- bis zweimal im Monat eine Vorführung militärischer Lehrfilme bzw. entsprechende Vorträge oder Übungen stattfinden.

---

<sup>689</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 146 f.

<sup>690</sup> Vgl. Ebd.: S. 78.

<sup>691</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 21 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

<sup>692</sup> Ebd./Ebd.

<sup>693</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 21 f./ BBF/DIPF/Archiv ebd.

Die Leistungen der Jungen und Mädchen im Wehrunterricht wurden wie in anderen Fächern einer Zensurengebung unterzogen.<sup>694</sup> Nur wer das Fach erfolgreich beendete, erhielt das Abschlusszeugnis der allgemeinbildenden Schule.

Als Hauptzielstellungen für den Wehrunterricht werden am Beginn der siebziger Jahre in der UdSSR die „patriotische Heldenerziehung“, die „militärische Ausbildung“ sowie die „Erziehung zur Disziplin“ genannt.<sup>695</sup>

An dieser Stelle ist allerdings anzumerken, dass von einer allgemeinen Umsetzung dieses Lehrplans 1971 und auch in den nachfolgenden Jahren nicht die Rede sein kann. Vor allem in den Landschulen war das aufgrund der dort noch immer verstärkt auftretenden räumlichen, personellen und materiellen Probleme nicht möglich.<sup>696</sup> Darüber hinaus war die allgemeinbildende zehnjährige Schule zu diesem Zeitpunkt nicht die Schule aller fünfzehn- und sechzehnjährigen Jugendlichen<sup>697</sup>. Gleichwohl das Programm für den Wehrunterricht mit leichten schulspezifischen Anpassungen auch auf die neunten und zehnten Klassen der Berufs- und Berufsfachschulen ausgerichtet war, gestaltete sich die Umsetzung gerade wieder im ländlichen Raum<sup>698</sup>, in den Kolchosen und Sowchosen, schwieriger als in den Städten.<sup>699</sup>

Nach dem am 2. September 1974 vom Oberkommandierenden der Landstreitkräfte der Sowjetunion und Stellvertreter des Ministers für Verteidigung bestätigtem neuen „Lehrprogramm für die militärische Grundausbildung der Schüler der Allgemeinbildenden Schulen, der Fachschulen und der Berufsschuleinrichtungen“ wurde der Wehrunterricht in den Klassen neun und zehn wie folgt in fünf Hauptteile gegliedert<sup>700</sup>:

- Der Schutz der UdSSR durch die sowjetischen Streitkräfte (Wehrpolitische Erziehung im Umfang von insgesamt elf Stunden für Jungen und Mädchen).

<sup>694</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 22 / BBF/DIPF/Archiv ebd.

<sup>695</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin DR 2 D 632, Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, Informationen über die Erziehung ..., 21.12. 1972.

<sup>696</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 109 f.

<sup>697</sup> Noch am Ende der achtziger Jahre gingen nur etwa zweiundfünfzig bis vierundfünfzig Prozent der sowjetischen Jugendlichen von der neunten in die zehnte Klasse der - eigentlich obligatorischen - Mittelschule über (Vgl. Schmidt, Gerlinde 2002: S. 439). Es ist allerdings davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt auch an den Berufsschulen bzw. in den Betrieben und Kolchosen Möglichkeiten für die Durchführung des Wehrunterrichtes geschaffen worden waren, so dass in den achtziger Jahren alle vierzehn- bis sechzehnjährigen Jugendlichen unterrichtet wurden (Vgl. Schulz 1984: S. 109 ff.).

<sup>698</sup> Am Beginn der siebziger Jahre wurden etwa zweiundzwanzig Millionen Schülerinnen und Schüler in Landschulen unterrichtet, die etwa die Hälfte der Gesamtzahl der Schulen in der Sowjetunion ausmachten (Vgl. Schulz 1984: S. 113).

<sup>699</sup> Vgl. auch Révész 1977 a: S. 270.

<sup>700</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 146 ff. u. 184 f.



- Allgemeine Truppenausbildung. Dieser Kernbestandteil des Unterrichts umfasste ein Pensum von insgesamt einundneunzig Stunden für die Jungen und sechsundzwanzig Stunden für die Mädchen und gliederte sich in weitere Unterabschnitte auf:
  - Die Dienstvorschriften der Streitkräfte der UdSSR (elf Stunden für Jungen / drei Stunden für Mädchen).
  - Schießausbildung (zweiunddreißig Stunden für die Jungen und neunzehn Stunden für Mädchen).
  - Taktikausbildung (achtundzwanzig Stunden für Jungen / vier Stunden für Mädchen).
  - Exerzierausbildung (zwölf Stunden nur für Jungen).
  - Militärtopographie (sechs Stunden nur für Jungen).
  - Militärmedizinische Ausbildung (zwei Stunden nur für Jungen).
- Militärtechnische Ausbildung (fünfunddreißig Stunden für Mädchen und Jungen).
- Zivilverteidigung (neunundzwanzig Stunden für Mädchen und Jungen).
- Spezialausbildung für Sanitätshelferinnen (fünfunddreißig Stunden nur für Mädchen).

Neben diesen Hauptelementen waren für das Unterrichtsfach noch eine Einführungsstunde sowie drei Stunden für Prüfungen vorgesehen.<sup>701</sup> Mit diesem Programm wurde der zeitliche Rahmen des Wehrunterrichtes von insgesamt einhundertsechzig Stunden<sup>702</sup> für die Jungen und einhundertvierzig Stunden für die Mädchen beibehalten .

Neben den als Lehrern für das Fach agierenden ehemaligen Offizieren der Sowjetarmee, versuchte man auch aktive Militärs zu speziellen thematischen Bezügen in die Unterrichtsgestaltung mit einzubeziehen.<sup>703</sup> Ende 1977 waren in der UdSSR mehr als fünfzigtausend Wehrunterrichtslehrer fest angestellt.<sup>704</sup>

Die Gestaltung des Wehrunterrichtes sowie die dabei regelmäßig vorgenommenen Veränderungen und Ergänzungen geschahen bis zum Ende der siebziger Jahre nicht auf der Basis spezieller erziehungswissenschaftlicher Untersuchungen und Erkenntnisse, sondern nach Vorstellungen von Militärs aus dem für den Wehrunterricht federführenden Verteidigungsministerium. Erst 1978 wurde eine Abteilung Wehrunterricht/Wehrerziehung an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR etabliert, die in der Folge eigene Vorstellun-

<sup>701</sup> Vgl. Ebd.: Anhang S. 60.

<sup>702</sup> Wie schon nach dem Lehrplan von 1971 brachten die Jungen auch nach dem Programm von 1974 in diesem Zeitrahmen insgesamt dreißig Stunden (fünf Tage) zu praktisch-militärischen Übungen in Lagern zu (Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 60).

<sup>703</sup> Vgl. Bundesarchiv Berlin DR 2 D 632, Informationen über die Erziehung ..., 21.11. 1972.

<sup>704</sup> Vgl. Matthews 1982: S. 47.

gen umsetzen konnte.<sup>705</sup> Dadurch wurde z. B. im Studienjahr 1979/80 eine professionelle Lehrerausbildung aufgenommen und im Zuge dessen im Wehrunterricht das Lehrmonopol von ehemaligen Offizieren der Sowjetarmee gebrochen.<sup>706</sup>

#### 4.1.2 Der Lehrplan von 1981

Gleichwohl der Lehrplan für den Wehrunterricht von 1981 von den *Zivilisten* der Abteilung Wehrunterricht/Wehrerziehung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR wesentlich mitgearbeitet wurde, lag die Herausgabe dieses bis in die späten achtziger Jahre verbindlichen Lehrprogramms nach wie vor in den Händen des Verteidigungsministeriums.<sup>707</sup> Das Programm besaß folgenden Stundenaufbau für die Klassen neun und zehn<sup>708</sup>

Stoffgebiet	Gesamtstundenzahl		Jungen		Mädchen	
	Jungen	Mädchen	Theorie	Praxis	Theorie	Praxis
Einführung	1	1	1		1	
Die sowjetischen bewaffneten Kräfte beim Schutz der Heimat	10	10	10		10	
Taktische Ausbildung	30	12	9	21	9	3
Gefechtsausbildung – Schießen	28	18	2	26	2	16
Statut	14	14	5	9	5	9

<sup>705</sup>Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sig. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

In diesem Zusammenhang entstanden z. B. folgende wissenschaftliche Arbeiten:

- Methodische Arbeiten zur Militärischen Grundausbildung, Moskau 1978.
- Feldlager für militärische Grundausbildung. Moskau 1978.
- Militär-patriotische Erziehung in der Militärischen Grundausbildung (Hilfe für Militärische Leiter der allgemeinbildenden Schulen), Moskau 1979.
- Kowaljew, B. N. (1980): Sozialistisches militärisches Kollektiv. Soziologischer Abriß, Moskau.

(Bereits in übersetzter Form gefunden in: Ebd.)

<sup>706</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>707</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 58.

<sup>708</sup> Ebd.

Exerzieren	17	14		17		14
Militärische Kartenkunde	4	2		4		2
Zivilverteidigung	32	32	17	15	17	15
Sanitätsausbildung – Militärmedizinisch e Ausbildung	2	35		2	9	26
Prüfungen (Kontrollübungen)	2	2		2		2
<b>Insgesamt</b>	<b>140</b>	<b>140</b>	<b>44</b>	<b>96</b>	<b>70</b>	<b>70</b>

Die wichtigste Veränderung dieses Lehrplans im Vergleich zu dem von 1974 dürfte in der Gleichsetzung der Stundenzahl für Jungen und Mädchen auf einhundertvierzig<sup>709</sup> und der damit verbundenen Reduzierung des zeitlichen Pensums für die Jungen um immerhin dreißig Stunden bestanden haben.<sup>710</sup> Damit verbunden war auch eine Kürzung der Lagerausbildung für die Jungen von vordem fünf (dreißig Stunden) auf drei Tage (achtzehn Stunden<sup>711</sup>). In der Zeit, die die Jungen im militärischen Sommerlager verbrachten, waren die Mädchen im Rahmen der Sanitätsausbildung in Lazaretten, Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen im Einsatz.<sup>712</sup>

Die offizielle Begründung des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion - er sei eingerichtet worden, damit die Jungen bereits beim Beginn ihres Wehrdienstes einsatzfähige Soldaten sind - verlor mit den Veränderungen am Lehrplan weiter an Argumentationskraft. Obgleich die Studententafel eine Schwerpunktsetzung der Jungen auf praktisch-militärische Inhalte und der Mädchen auf medizinische Aspekte vorgibt, wird doch – etwa durch die Einbeziehung der Mädchen in die Exerzierübungen - deutlich, dass das ideologisch-propagandistische wie das disziplinierende Potential des Wehrunterrichtes für die Erziehung beider Geschlechter eingesetzt werden sollte.

Ein weiteres offizielles Argument für den Unterricht, er soll die Schüler auf die gestiegenen technischen Anforderungen des modernen Militärwesens vorberei-

<sup>709</sup> Siebzig Unterrichtsstunden pro Schuljahr entsprechen zwei Wochenstunden (M. K.).

<sup>710</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang wiederum der Bezug zum Arbeitsunterricht, der in der Sowjetunion am Ende der siebziger Jahre von zwei auf vier Stunden verdoppelt wurde (Vgl. Anweiler 1980: S. 168).

<sup>711</sup> Vgl. Ebd.: Anhang S. 60 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>712</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, ebd.

ten, wurde durch den neuen Lehrplan geradezu konterkariert. Die bis dahin unterrichteten fünfunddreißig Stunden zu militärtechnischen Angelegenheiten waren gestrichen worden.

Beim 1981er Lehrplan fällt auf, dass er gegenüber dem von 1974 wesentlich kompakter gehalten war. Umfasste das alte Programm in der deutschen Übersetzung 187 Seiten, kam das neue mit nur noch 44 Seiten aus.<sup>713</sup> Auch dies geht offenbar auf den Einfluss der Abteilung Wehrerziehung/Wehrunterricht der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften zurück.

### 4.1.3 Die Umsetzung des Lehrplans im Unterricht

#### 4.1.3.1 Die Einführungsstunde

Wenn die sowjetischen Neuntklässler vor dem Beginn des Wehrunterrichtes noch nicht wussten, dass die Verantwortlichkeit des Faches sich in den Händen des Verteidigungsministeriums befindet, merkten sie es bei der Einführungsstunde. Sie wurden vom Lehrer (военрук-Wojenruk)<sup>714</sup> nicht mehr als Schüler sondern als Soldaten angesprochen.<sup>715</sup> Bei dieser Einführung wurden die Jugendlichen über den Aufbau, die Inhalte und die Lernziele des Faches informiert. Neben den allgemeinen Zielstellungen wie des Erwerbs praktischer und theoretischer Fertigkeiten in den Bereichen der Wehrerziehung und der Zivilverteidigung sowie der Erhöhung der physischen Leistungsfähigkeit zur Verteidigung des Sozialismus gegen den Imperialismus, wurden dabei auch etwas konkretere „Lernziele“ genannt.<sup>716</sup> So erfuhren die Jungen und Mädchen, dass sie neun Artikel der Dienstvorschriften der Sowjetarmee „auswendig können und erklären können“ müssen, „grundsätzliche (Anfangs-) Kenntnisse und Fertigkeiten in den Gefechtshandlungen eines Soldaten“ erlernen und „elementare Fertigkeiten im Schießen mit der MP (scharfe Munition)<sup>717</sup> erwerben“ sollen.<sup>718</sup> Die Jugendlichen wurden in der Einführungsstunde auch darüber informiert, dass im Rahmen des Wehrunterrichtes der Anerziehung von Disziplin - und zwar der „absoluten“, der militärischen Disziplin - die allergrößte Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass „[d]er Befehl des Kommandeurs (des Vorgesetzten) [als] Gesetz für die Unterstellten“ Schüler-soldaten zu werten ist.<sup>719</sup> „[J]ede Art von Verletzungen der militärischen Diszi-

<sup>713</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 59.

Die Übersetzung wurde von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Zentralstelle für pädagogische Information und Dokumentation 1983 angefertigt (Vgl. Ebd.).

<sup>714</sup> Militärischer Leiter (M. K.).

<sup>715</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 239.

<sup>716</sup> Vgl. auch Kaschmasow, Stepanow, Iswestija 05.02. 2000.

<sup>717</sup> Alle Unterstreichungen laut Schulz wie im russischen Original (M.K.).

<sup>718</sup> Lehrplan: S. 28, 32, 42 verwendet von Schulz: S. 237.

<sup>719</sup> Vgl. Lehrplan: S. 31, verwendet von Schulz: S. 240.

plin [würde] disziplinarische Maßnahmen“ nach sich ziehen. Disziplin war also im sowjetischen Wehrunterricht Zielstellung und Inhalt zugleich.<sup>720</sup> Durch das Antrainieren militärischer Ordnungsnormen in der neunten und zehnten Klasse sollte am Ende der Schulzeit ein Mensch geformt sein, der sich bedingungslos den Anordnungen von Vorgesetzten unterwirft.

Für Ansporn und Motivation sollte während der Einführungsstunde unter den Schülerinnen und Schülern schließlich die Ankündigung sorgen, dass die besten von ihnen im Laufe des

Unterrichtes zu Kommandeuren von Zügen ernannt werden würden.<sup>721</sup>

#### 4.1.3.2 „Die sowjetischen bewaffneten Kräfte beim Schutz der Heimat“

In den ersten der insgesamt zehn Stunden des Stoffgebietes „Die sowjetischen Streitkräfte beim Schutz der Heimat“ – die Jungen und Mädchen gemeinsam absolvierten - stand die Sensibilisierung der jungen Menschen für die Traditionen der sowjetischen Streitkräfte und damit die Weckung von Emotionen und die Herstellung von Identität zur Sowjetarmee auf dem Unterrichtsplan. Dabei begaben sich die Jugendlichen durch die Behandlung von Texten auf die „Suche nach Heldentaten“ von Rotarmisten im Großen Vaterländischen Krieg, besuchten Armeemuseen und Gedenkstätten, sahen entsprechende Filme an oder erlebten Gesprächsrunden mit Veteranen des Zweiten Weltkrieges.<sup>722</sup> Höhepunkt dieser Traditionspflege sollte eine Fahrt zu einem Ort sein, an dem während des Großen Vaterländischen Krieges wichtige Kampfhandlungen stattgefunden hatten.<sup>723</sup>

Einen weiteren Schwerpunkt dieser theoretischen Stoffeinheit bildete die Auseinandersetzung mit dem „aggressiven Imperialismus“ und den dazugehörigen NATO-Armeen, die mit allen Mitteln versuchen würden, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und den friedlichen Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus zu beenden.<sup>724</sup> Die vom kapitalistischen System ausgehende Gefahr – und damit auch der Klassengegensatz sowie die Ursache von Ausbeutung und Unterdrückung - sei nach Marx erst dann gebannt, wenn das sozialistische/kommunistische System weltweit gesiegt habe.<sup>725</sup> Zu diesem Sieg über den Imperialismus hätten auch sie, die jetzigen Schülersoldaten, bei ihren späteren Einsätzen als Soldaten oder im Rahmen der Zivilverteidigung ihren

---

<sup>720</sup> Vgl. Schulz: S. 240.

<sup>721</sup> Vgl. Ebd.: S. 238.

<sup>722</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982: S. 13 u. 16 / Ebd. Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980 / Schulz 1984: S. 241.

<sup>723</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 13.

<sup>724</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 61.

<sup>725</sup> Vgl. Ebd.: S. 1.

ganz persönlichen Beitrag zu leisten.<sup>726</sup> Dabei kam es den Verantwortlichen auch darauf an, dass die Jugendlichen diesen Einsatz nicht einfach als notwendiges Übel betrachteten. Die Verteidigung des Sozialismus gegen den Imperialismus und damit auch das mögliche Töten von Feinden sollte vielmehr als etwas Ehren- und Heldenhaftes begriffen werden.<sup>727</sup>

In den Kanon der zu hassenden Feinde der Sowjetunion und des Sozialismus war mit der Lehrplanumstellung von 1981 auch „der chinesische Hegemonismus“ miteinbezogen worden.<sup>728</sup>

Als Kontrastprogramm zu den *bösen* Gegnern der Sowjetunion beschäftigte man sich im letzten Teil dieser Lehrplaneinheit mit der *guten* Sowjetarmee.<sup>729</sup>

Die Jugendlichen erhielten dabei Einblick in den Aufbau, die Ausrüstung, die Gliederung, die strategische Aufteilung und nicht zuletzt die Potenzen der sowjetischen Streitkräfte, die trotz der enormen Anstrengungen des *Imperialismus* aufgrund des Einsatzes aller Sowjetbürger den Streitmächten des Gegners überlegen seien. Offenbar um diese Überlegenheit zu unterstreichen, genoss gerade die Beschäftigung mit den am besten ausgestatteten Armeeteilen, wie den strategischen Raketen-, Luftlande-, Luftverteidigungs- und Grenztruppen, im Unterricht eine besondere Priorität.

Ein Großteil der Stunden des Stoffgebietes „Die sowjetischen Bewaffneten Kräfte beim Schutz der Heimat“ wurde – wie der theoretische Teil des Wehrunterrichtes insgesamt – an vielen sowjetischen Schulen an eigens dafür mit entsprechenden Bildern und Lernutensilien ausgestatteten „Militärischen Kabinetten“ erteilt.<sup>730</sup>

#### 4.1.3.3 „Taktische Ausbildung“

Für das Stoffgebiet „Taktische Ausbildung“ im Wehrunterricht der UdSSR wurde ein geschlechterdifferenzierter Plan erstellt. Während beide Geschlechtergruppen den Theorieteil (neun Stunden) noch gemeinsam absolvierten, hatten die Jungen hier mit insgesamt einundzwanzig Stunden ein deutlich höheres Praxispensum als die Mädchen (drei Stunden) hinter sich zu bringen - wobei zu beachten ist, dass die Jungen einen Teil dieser Stunden im Sommerlager zubrachten.<sup>731</sup> Das Teilgebiet „Taktische Ausbildung“ war also vorrangig auf die militärische Schulung der zukünftigen Soldaten ausgerichtet und bezog die

<sup>726</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 4 ff.

<sup>727</sup> Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Kalina in: Sowjetskaja pedagogika, Heft 6/1975: S. 65 ff.

<sup>728</sup> Vgl. Schulz: Anhang S. 61.

<sup>729</sup> Vgl. Ebd.

<sup>730</sup> Vgl. Ebd.: S. 140.

<sup>731</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 58.

Mädchen nur in wenige, für die Aufgaben in der Zivilverteidigung relevante Übungen mit ein.

In Theorie und Praxis beschäftigten sich die Jugendlichen in diesem Stoffgebietes mit dem Orientieren und Bewegen im Gelände, der Auswahl und Nutzung natürlicher und künstlicher Deckungen, dem Tarnen, der Anfertigung und Anwendung von Skizzen, dem Entfernungsschätzen und dem Leben unter feldmäßigen Bedingungen.<sup>732</sup> Ein Teil dieser Übungen wurde unter angenehmer Gegnereinwirkung ausgeführt und fand mitunter auch – während des Lageraufenthalts - in der Nacht statt.<sup>733</sup> Einige dieser Punkte, wie das Zeichnen und Anwenden von Skizzen oder die Nutzung von künstlichen und natürlichen Deckungen, waren bereits mit anderen Stoffgebieten wie „Militärische Kartenkunde“ oder „Zivilverteidigung“ verknüpft.<sup>734</sup> Die Inhalte die aus den Bereichen „Taktische Ausbildung“ und „Zivilverteidigung“ im Unterricht zusammen behandelt worden, waren im Lehrplan mit „Schutzausbildung“ bezeichnet.

Die methodische Vermittlung der Unterrichtsinhalte erfolgte über das Halten von Vorträgen, den Einsatz von Filmen und Bildern sowie über das Prinzip von Vorführen - durch die Lehrkräfte - und Nachahmen - durch die Schüler.<sup>735</sup>

Bereits nach wenigen Stunden der taktischen Ausbildung erfolgte hier die Auswahl von Schülerinnen und Schülern zu Kommandeuren von kleinen Gruppen von acht bis zehn Schülern. Diese Jugendlichen hatten sich im Unterricht und bei den Übungen besonders hervorgetan und das Talent zum Leiten und Befehlen erkennen lassen. Die Auswahl war auch mit der Absicht verbunden, diese jungen Befehlshaber erste Erfahrungen für eine eventuelle spätere Laufbahn als Offizier in der Armee oder als Gruppenführerin im Rahmen der Zivilverteidigung sammeln zu lassen.<sup>736</sup> Bei diesem Aspekt wird eine weitere in der Sowjetunion – wie im gesamten Ostblock – mit dem Wehrunterricht verbundene Zielstellung erkennbar, nämlich die eines Rekrutierungsraums für den militärischen Berufsnachwuchs.<sup>737</sup> Damit war nicht nur die Idee des Übungsfelds für spätere Offiziere verbunden, sondern auch die des Indoktrinationsraumes. Die ausgewählten Jungen sollten darin immer wieder durch eine entsprechende *Überzeugungsarbeit* beeinflusst werden, um sie auch tatsächlich als Offizierskader gewinnen zu können.

Neben den Lehrern für den Wehrunterricht kamen im Rahmen der taktischen Ausbildung auch Offiziere aus der Armee oder Angehörige von Zivilschutz-

---

<sup>732</sup> Vgl. Ebd.: S. 212.

<sup>733</sup> Vgl. Ebd.: S. 238 u. 240.

<sup>734</sup> Vgl. Ebd. Anhang: S. 61.

<sup>735</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 17.

<sup>736</sup> Vgl. Schulz: S. 238.

<sup>737</sup> Vgl. Ebd. S. 238 f.

gruppen aus Betrieben zum Einsatz, die in der Regel durch Patenschaften längerfristig mit den Schulen verbunden waren.<sup>738</sup>

#### 4.1.3.4 „Gefechtsausbildung – Schießen“

War beim Wehrunterricht in der Sowjetunion im Rahmen der taktischen Ausbildung eine Trennung der Geschlechter bzw. eine Nichtbeteiligung der Mädchen bei einigen Inhalten vorgenommen worden, die durchaus die Argumentation der besonderen Relevanz des Stoffgebietes für die Vorbereitung der Jungen auf den Wehrdienst nachvollziehbar erscheinen lässt, wurde diese Geschlechterdifferenzierung beim Lehrplanabschnitt „Gefechtsausbildung - Schießen“ so nicht beibehalten. Obwohl dieser Bereich vielleicht sogar noch stärker als die „Taktische Ausbildung“ als Vorbereitung auf den Armeedienst eingeordnet werden kann, lag das Pensum der Jungen mit zwei Stunden Theorie- und 26 Stunden Praxisunterricht hier nur um zehn (Praxis)-Stunden über dem der Mädchen.<sup>739</sup> Diese zehn Stunden absolvierten die Jungen während ihres Aufenthaltes im Wehrlager.<sup>740</sup> Die Mädchen waren aber in alle wesentlichen Ausbildungsinhalte einbezogen.

Warum wurden nun die Mädchen in dem einen Stoffgebiet mit unterrichtet, und in dem anderen nicht? Die Antwort auf diese Frage ist im Aufbau und in der Methodik der Schießausbildung mit der Kalaschnikow zu finden. Hier ging es den Verantwortlichen nicht nur um das „sichere Beherrschen der persönlichen Waffe“ – was das Auseinandernehmen und Zusammensetzen sowie die Pflege derselben mit einschloss<sup>741</sup> -, das „Beherrschen der wichtigsten Anschlagarten“ im Stehen- und Liegenschießen sowie um das „Erreichen einer guten Treffsicherheit“.<sup>742</sup> Eine große Aufmerksamkeit wurde in diesem Zusammenhang auch auf das Training der Sicherheitsbestimmungen gelegt, die schließlich in „automatisierten Handlungen“ vonstatten gehen sollten. Die Ausbildung war so aufgebaut, dass der Schießvorgang in mehrere Einzelvorgänge unterteilt wurde, die zunächst jeder für sich und mit den entsprechenden Befehlen - inklusive der Sicherheitsbestimmungen - durch die Lehrkräfte vorgeführt und von den Schülersoldaten – unter Bestätigung der Befehle - nachgeahmt wurden. Erst nach der Beherrschung aller Teilelemente wurde die gesamte Schießübung – wiederum

<sup>738</sup> Vgl. Ebd. Anhang: S. 53 / BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 15.

<sup>739</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 58.

<sup>740</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, 06.04.1987.

<sup>741</sup> Bei dem Gespräch, das ich am 1. Oktober 2002 mit Frau Prof. Dr. Natalja Birjukowa aus Moskau über den Wehrunterricht in der Sowjetunion und in Russland führte, meinte diese, dass für sie der Umgang mit einer Maschinenpistole durchaus zum Allgemeinwissen gehört und deshalb auch die damit verbundene Ausbildung einen Platz im Currikulum der allgemeinbildenden Schule rechtfertigt (M. K.).

<sup>742</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 213.



mit allen Befehlen und Befehlsbestätigungen - auf dem Schießstand durchgeführt.<sup>743</sup> Die Schülerinnen und Schüler lernten bei diesem Unterrichtsabschnitt also nicht nur das Schießen und den Umgang mit der Maschinenpistole. Sie waren durch die Beachtung, Bestätigung und Einhaltung zahlreicher und aufeinander folgender Befehle<sup>744</sup> in diesem Ausbildungsvorgang auch einer umfassenden Disziplinierung (Drill) und einer besonders intensiven Form von Unterordnung ausgesetzt, die von den Lehrplanautoren eben auch für die allgemeine Erziehung der Mädchen als zweckmäßig angesehen wurde.

Neben der Schießausbildung standen in diesem Lehrplanabschnitt weitere für die Gefechtsausbildung relevante Inhalte wie Handgranatenziel- und Weitwurf und das Absolvieren einer Hindernisbahn auf dem Programm.<sup>745</sup> Auch hier erfolgte die Vermittlung der Inhalte über die Vorführung sowie den begleitenden Vortrag durch die Lehrkräfte und die darauf folgende Nachahmung „zunächst in Teilabschnitten, dann insgesamt bis zur Beherrschung durch die Schüler“.<sup>746</sup>

Für die Durchführung der verschiedenen Teilelemente des Stoffgebietes „Gefechtsausbildung – Schießen“ hatten viele sowjetische Schulen auf ihrem Gelände eigene Anlagen wie Schießplätze oder Hindernisbahnen (Sturmbahnen) errichtet. War dies nicht der Fall sollten entsprechende Einrichtungen der Armee genutzt werden.<sup>747</sup> Neben den Wehrunterrichtslehrern waren auch hier Offiziere von Pateneinheiten an der Ausbildung der Jungen und Mädchen beteiligt.<sup>748</sup>

#### 4.1.3.5 „Statut“

Schaut man sich die Stundenverteilung der insgesamt vierzehn für das Stoffgebiet „Statut“ eingeplanten Stunden an, ist man zunächst etwas verwundert. Wie sollten den Jungen und Mädchen der neunten und zehnten Klassen solche Themen wie die Bedeutung des Fahneneides und des Treueschwures, Inhalt und Bedeutung gesetzlicher Bestimmungen für die Landes- und Zivilverteidigung, die Struktur der Dienstgrade in den verschiedenen Waffengattungen oder die im

<sup>743</sup> Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 17.

<sup>744</sup> Ich selber habe im Rahmen der GST-Ausbildung 1987 eine solche Schießausbildung mit der Kalaschnikow (KK-MPi 69) erlebt. Dabei konnte ich beobachten, wie der von den Befehlen und der Bestätigung der Befehle ausgehende Ordnungs-, Disziplinierungs- und Unterordnungsdruck noch dadurch verschärft wurde, dass die dabei eingesetzten Ausbilder – offensichtlich aufgrund der mit dem Schießen verbundenen Gefahren – sehr nervös waren und auf jeden Fehler sehr aggressiv und beleidigend reagierten (M. K.).

<sup>745</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

<sup>746</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 17.

<sup>747</sup> Vgl. Ebd.: S. 17 / Schulz: S. 140/ BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

<sup>748</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, 1982 ebd.: S. 15.

Zentrum dieses Abschnittes stehenden Dienstvorschriften der Sowjetarmee in insgesamt nur fünf Theorie aber neun Praxisstunden vermittelt werden?<sup>749</sup> Die Antwort darauf korrespondiert wiederum mit der für das gesamte Fach intendierten Aneziehung der „absoluten“ militärischen Disziplin.<sup>750</sup> Die Schülerinnen und Schüler sollten deshalb die Dienstvorschriften der Armee nicht nur auswendig hersagen und erklären können, sie sollten sie verinnerlichen. Die festen Verhaltens-, Befehls- und Meldeformeln für die verschiedenen Situationen des militärischen Bereiches: Meldung an einen Vorgesetzten, Meldung nach einem Fehlverhalten, Treffen und Anrede eines Soldaten mit höherem oder niederem Dienstgrad, Treffen auf eine Militärstreife während des Ausgangs etc., müssen also unter Einhaltung strengster Disziplin- und Ordnungsformen regelrecht antrainiert worden sein, damit sie bei den Jugendlichen in Fleisch und Blut übergangen. In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Hierarchieebenen zu beachten, die durch die Auswahl von Kommandeuren unter den Schülersoldaten entstanden sind.

Die Schülerinnen und Schüler mussten die Aneignung der wichtigsten Dienstvorschriften der Sowjetarmee auch im Rahmen der Abschlussprüfung im Fach Wehrunterricht nachweisen. Für diese Prüfung sah der Lehrplan zwei Praxisstunden vor.<sup>751</sup> Es ist also davon auszugehen, dass auch hier die einzelnen Paragraphen nicht einfach abgefragt wurden, sondern die Überprüfung des Wissens – genauer die Verinnerlichung und Abrufbarkeit der vorgegebenen Verhaltensformen - in die sonstigen praktischen Testübungen eingebaut war. Durch die vollständige Einbeziehung der Mädchen auch in das Stoffgebiet „Statut“ wird erneut deutlich, dass beim Wehrunterricht nicht nur die Vorbereitung auf den Armeedienst als Zielstellung anvisiert war, sondern ein allgemeiner Disziplinierungseffekt der Jugendlichen mitabgeschöpft werden sollte.<sup>752</sup>

#### 4.1.3.6 „Exerzieren“

Das Gleiche was hinsichtlich des Drills der Jugendlichen in den Stoffgebieten „Gefechtsausbildung – Schießen“ und „Statut“ gesagt wurde, trifft in ähnlicher Form auch auf den Abschnitt „Exerzieren“ zu. Obwohl es sich wiederum um ein klassisches Militärtraining handelte, in das die Mädchen zur Vorbereitung auf die Zivilverteidigung nicht hätten mit einbezogen werden müssen, lag deren Zeitpensum mit vierzehn Unterrichtsstunden nur um drei Stunden unterhalb der

<sup>749</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 212 u. Anhang S. 58.

<sup>750</sup> Vgl. Lehrplan: S. 31, verwendet von Schulz: S. 240.

<sup>751</sup> Vgl. Schulz: S. 237 u. Anhang: S. 58.

<sup>752</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Kalina in: Sowjetskaja pedagogika, Heft 6/1975: S. 65 ff.

Jungen – was sich wiederum mit deren dreitägigen Lageraufenthalt am Ende der zehnten Klasse erklären lässt.<sup>753</sup>

Im Rahmen dieser Unterrichtseinheit wurden militärtypische Exerzierformen - Ausrichten nach Körpergröße im Zug, Ausführung vorgegebener Körperhaltungen bei entsprechenden Befehlen, synchrone Körperbewegungen im Zug, Marschieren im Gleichschritt, im Gleichschritt schwenken etc. - in einer Gruppen- und gegebenenfalls auch in einer Einzelausbildung trainiert, um sie in automatisierte Handlungsformen zu überführen.<sup>754</sup> Über das eigentliche Exerziertraining hinaus waren die damit verbundenen Handlungen und Ordnungsregeln natürlich auch bei den anderen Stoffeinheiten allseits präsent.<sup>755</sup>

Darüber hinaus dürfte das Exerzieren – wie andere Inhalte des Wehrunterrichtes auch – den Schülerinnen und Schülern der neunten und zehnten Klassen durch solche militärspportlichen Wettkämpfe wie „Zarnica“<sup>756</sup> oder „Orlenok“<sup>757</sup>, an denen sie sich seit ihrer frühesten Schulzeit beteiligen mussten, vertraut gewesen sein.<sup>758</sup>

#### 4.1.3.7 „Militärische Kartenkunde“

Auch in das Stoffgebiet „Militärische Kartenkunde“ waren die Mädchen nach der Umstellung des Lehrplans 1981 mit zwei Praxisstunden einbezogen worden.<sup>759</sup> Dabei wurden Mädchen und Jungen (vier Praxisstunden) in den Grundlagen der Militärtopografie unterwiesen, wobei man einen Bezug zu anderen Teilbereichen des Lehrplans herstellte und die Handhabung von Karten mit dem Orientieren im Gelände, dem Entfernungsschätzen oder dem Zeichnen und Anwenden von Skizzen verband.<sup>760</sup>

Im Lehrplan für den Wehrunterricht werden die Lehrkräfte darauf hingewiesen, dass gerade in den Abschnitten „Taktische Ausbildung“ und „Militärische Kartenkunde“ eine besondere Aufmerksamkeit dem Einsatz von ausgewählten Schülern für Führungsaufgaben zu widmen ist.<sup>761</sup> Die jugendlichen Kommandeure und Kommandeurinnen bestimmten also bei den Übungen die Bewegungen ihrer Züge im Gelände, die Einnahme von Stellungen anhand von Karten und andere Abläufe eigenverantwortlich.

<sup>753</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 58/ BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>754</sup> Vgl. Schulz: S. 214 u. 240.

<sup>755</sup> Vgl. Lehrplan: S. 5 f. verwendet von Schulz: S. 240.

<sup>756</sup> „Зарница“ - Wetterleuchten (M. K.).

<sup>757</sup> „Орлёнок“ - Junger Adler (M. K.).

<sup>758</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982.

<sup>759</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 58 u. 60.

<sup>760</sup> Vgl. ebd.: S. 212 u. Anhang: S. 61.

<sup>761</sup> Vgl. Lehrplan: S. 41 u. 57, verwendet von Schulz 1984: S. 238.

#### 4.1.3.8 „Zivilverteidigung“

Im Stoffgebiet „Zivilverteidigung“ beschäftigten sich die sowjetischen Jugendlichen mit solchen Fragen wie<sup>762</sup>:

- Welche Schutzmöglichkeiten gibt es beim Einsatz von Massenvernichtungswaffen? Wobei hier auch die Überzeugung vermittelt werden sollte, dass es beim Einsatz atomarer oder chemischer Waffen tatsächlich noch Möglichkeiten des Schutzes gibt.
- Wie handhabt man die individuellen und kollektiven Ausrüstungs- und Behelfsmittel zum Atem- und Körperschutz?
- Wie verhält man sich bei Evakuierungen und beim Aufenthalt in Schutzräumen?
- Wie bekämpft man kleinere Brände?
- Was ist beim Retten und Bergen von Verletzten und Verschütteten zu beachten?
- Welche Dinge sind bei der Selbsthilfe und gegenseitigen Nothilfe im Auge zu behalten?

Mädchen und Jungen hatten dabei den gleichen Zeitumfang zu bewältigen - siebzehn Theorie- und fünfzehn Praxisstunden.<sup>763</sup> Wie in den anderen Teilbereichen des Wehrunterrichtes erfolgte auch hier die Vermittlung der Lerninhalte über Vorträge und das Prinzip von Vorführung und Nachahmung.<sup>764</sup> Auch die Handhabung von Gasmaske oder Personentrage war aber für die sowjetischen Neunt- und Zehnklässler kein Neuland. Entsprechende Kurse gehörten vielmehr zum festen Beiprogramm des Schulsystems und sind gleichzeitig als Teil des Gesamtsystems der Zivilverteidigung in der UdSSR zu verstehen.<sup>765</sup>

#### 4.1.3.9 „Sanitätsausbildung – Militärmedizinische Ausbildung“

Die „Sanitätsausbildung – Militärmedizinische Ausbildung“ innerhalb des Wehrunterrichtes in der Sowjetunion war eindeutig auf die Mädchen

---

<sup>762</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 213.

<sup>763</sup> Vgl. Ebd. Anhang: S. 58.

<sup>764</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Zu einigen Aspekten ... 1982, : S. 17.

<sup>765</sup> Vgl. Engel, [www.piedmontcommunities.us](http://www.piedmontcommunities.us).

Die Hauptanliegen der sowjetischen Zivilverteidigung bestanden darin (Ebd.: S. 3):

- Die Bevölkerung vor Massenvernichtungswaffen zu schützen.
- Die Wirtschaft auf eine möglichst stabile Weiterproduktion im Falle eines Angriffs vorzubereiten.
- Bei Havarien- und anderen Katastrophenfällen Rettungsmaßnahmen durchzuführen.

Das System der ZV in der UdSSR umfasste etwa dreißig Millionen Menschen und verschlang jährlich Kosten von umgerechnet rund einer Milliarde Dollar (Vgl. Ebd.. S. 3 f.).

ausgerichtet. In neun Theorie- und sechsundzwanzig Praxisstunden hatten sie sich mit der Versorgung von Wunden und anderen bei militärischen Auseinandersetzungen auftretenden Verletzungen zu beschäftigen.<sup>766</sup> Einen Großteil dieser Zeit (achtzehn Stunden) verbrachten sie dabei am Ende der zehnten Klasse – zeitgleich mit dem Lageraufenthalt der Jungs - beim Einsatz in Krankenhäusern, Lazaretten und anderen medizinischen Einrichtungen.<sup>767</sup> Die zwei Praxisstunden der Jungen in diesem Stoffgebiet können dagegen nicht viel mehr als eine sehr kurze Einführung in die Thematik beinhaltet haben.

#### 4.1.4 Organisation und Rahmenbedingen

Wie bereits erwähnt wurde, lag die Verantwortung für das Fach Wehrunterricht und den damit verbundenen Lehrplan in der UdSSR in den Händen des Verteidigungsministeriums. Nach Schulz erfolgte eine Abstimmung über das inhaltliche und methodische Vorgehen im Unterricht zwischen dieser Stelle und dem Ministerium für Volksbildung, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen sowie dem Staatlichen Komitee für Berufsausbildung beim Ministerrat.<sup>768</sup> Alle Wehrbezirks- und Wehrkreiskommandos sowie alle Pateneinheiten in der Sowjetarmee waren per Gesetz verpflichtet, das Fach zu unterstützen.<sup>769</sup> Des weiteren existierten unterrichtsbezogene Verbindungen auch zu Betrieben, den örtlichen Volksbildungsorganen, dem Komsomol und anderen Institutionen bis hin zu Lehrstühlen an Fach- und Hochschulen.<sup>770</sup> Es ist auch schon angesprochen worden, dass es an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR erst seit 1978 eine eigene, auf die Belange der Wehrerziehung und des Wehrunterrichtes ausgerichtete Forschungsabteilung gab.<sup>771</sup> Obwohl ab dem Studienjahr 1979/80 eine professionelle Lehrausbildung an den Hochschulen begonnen wurde, waren auch in den achtziger Jahren vorwiegend ehemalige Offiziere als Lehrkräfte im Wehrunterricht tätig.<sup>772</sup> Diesen sogenannten militärischen Leitern (военруки -Wojenruki) oblag an den Schulen auch die Leitung von militärischen Arbeitsgemeinschaften sowie die Unterstützung anderer Lehrer bei der Herausarbeitung wehrerzieherischer oder wehrpolitischer Elemente in ihren Fächern.<sup>773</sup> In diesem Zusammenhang ist noch einmal zu betonen, dass sich die militärische Erziehung im sowjetischen Schulsystem

<sup>766</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 213 u. Anhang: S. 58.

<sup>767</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>768</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 146 f.

<sup>769</sup> Vgl. Ebd.: S. 75.

<sup>770</sup> Vgl. Ebd.: S. 115 / BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

<sup>771</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

<sup>772</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>773</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

nicht auf den Wehrunterricht beschränkte. Vielmehr war jedes Fach aufgefordert, geeignete Facetten seines Gebietes in diesen Erziehungsprozess einzubringen.<sup>774</sup> Dem Sportunterricht fiel dabei logischerweise die Aufgabe der „physischen Kräftigung der Schüler“ zu.<sup>775</sup> Eine „besondere Rolle“ wurde im Kontext der wehrerzieherischen Erziehung der Schuljugend aber auch den Fächern Geschichte und Gesellschaftskunde zugewiesen: „Hier erwerben die Schüler Kenntnisse von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, über die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges auf der Grundlage von Materialien der Geschichte des Heimatgebietes aus dieser Zeit.“<sup>776</sup> Aber auch die anderen Fächer besaßen ihren wehrerzieherischen Aspekte. Im Literaturunterricht behandelten die Lehrer z. B. Werke über den Zweiten Weltkrieg, „um die Schüler zu Mut, Kühnheit und Opferbereitschaft zu erziehen.“<sup>777</sup> Mit Hilfe von Aufsatzthemen wie „Meine Eltern in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges“ oder „Mein Vater war Soldat“ sollten die Schüler veranlasst werden, die Kriegserlebnisse von engsten Verwandten, der Großeltern und Eltern zu erfassen, schätzen und achten zu lernen. Darüber hinaus gab es im Rahmen der außerunterrichtlichen Aktivitäten der sowjetischen Schule zahlreiche militärische Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungen mit wehrerzieherischen Hintergrund oder Bezug zur Zivilverteidigung, wie etwa die in der ganzen Union durchgeführten Wettkämpfe „Wetterleuchten“ („Zarnica“) und „Junger Adler“ („Orlenok“).<sup>778</sup>

Andererseits war natürlich der Wehrunterricht kein reines Militärtraining, sondern sollte auch mithelfen, das von der Sowjetführung intendierte Wunschbild eines disziplinierten sozialistischen Menschen in die Realität umzusetzen. Was in diesem Kontext von Kalina bereits 1975 allgemein für die sowjetische Wehrerziehung ausgeführt wurde, kann deshalb auch zur Charakterisierung des speziellen Unterrichtsfaches herangezogen werden<sup>779</sup>:

„Es wäre falsch, die Wehrerziehung nur auf die Vorbereitung für den Dienst in der Armee zu reduzieren. Dieser Begriff ist viel umfassender, er schließt ein, den sowjetischen Menschen das tiefe Begreifen der staatsbürgerlichen Pflicht gegenüber der Heimat anzuerziehen, sie zu jedem beliebigen Zeitpunkt an der Werkbank, im Kosmos, auf dem Kolchosfeld, am Steuerpult der Militärtechnik zu erfüllen. Die Wehrerziehung ist ein vielseitiger, andauernder Prozeß.“

---

<sup>774</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982: S. 5 ff.

<sup>775</sup> Vgl. Ebd.: S. 10.

<sup>776</sup> Ebd.: S. 6.

<sup>777</sup> Ebd.

<sup>778</sup> Vgl. Ebd.: S. 9.

<sup>779</sup> BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Kalina in: Sowjetskaja pedagogika, Heft 6/1975: S. 65.

Die Lagerausbildung der Jungen besaß insofern noch einmal eine besondere Qualität, als die Jugendlichen dort wie in einer Kaserne rund um die Uhr dem militärisch-disziplinierenden Charakter der Ausbildung ausgesetzt waren.<sup>780</sup>

Die Leistungen, die die Mädchen und Jungen in der neunten und zehnten Klasse im Wehrunterricht erbrachten, wurden einer Zensurengebung unterzogen, für die man den Lehrkräften 1974 „Bewertungsnormen für Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler der Klassen 9-10 (11)<sup>781</sup> in der vormilitärischen Ausbildung“ in die Hände gab.<sup>782</sup> Nur die Schüler die die Tests insgesamt erfolgreich absolviert und auch die zweistündige praktische Prüfung in diesem Fach bestanden hatten, erhielten ein Abschlusszeugnis der sowjetischen Schule.<sup>783</sup>

Im sowjetischen Wehrunterricht kamen verschiedene Lehr- und Lernmittel wie Filme, Karten, Anschauungstafeln<sup>784</sup> und Lehrbücher<sup>785</sup> zum Einsatz.<sup>786</sup> An vielen Schulen waren für das Fach militärische Kabinette und Anlagen wie Schießplätze oder Hindernisbahnen eingerichtet und gebaut worden. Während des Unterrichtes trugen die Schülersoldaten Uniformen.<sup>787</sup>

Im Gegensatz zu ihren Altergenossen in der DDR war für die sowjetischen Jungen nach der Absolvierung des Wehrunterrichtes bis zum Beginn des Wehrdienstes keine weitere obligatorische militärische Ausbildung mehr vorgesehen.<sup>788</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass in der UdSSR für diese Jugendlichen keine militärischen und militär-sportlichen Programme - etwa im Rahmen der

---

<sup>780</sup> Für die Einrichtung der Lager – in der Regel unweit des Schulortes – sollten auch entsprechende Propagandamaterialien verwendet werden: „Erzieherische Wirkung haben Bilder, Plakate und Dokumente“ (BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982: S. 13).

<sup>781</sup> Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass etwa in den drei baltischen Sowjetrepubliken die allgemeinbildende Schule auch nach 1964 elf Klassenstufen umfasste (Vgl. Anweiler 1980: S. 168).

<sup>782</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 148 u. Anhang: S. 47.

<sup>783</sup> Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26. NL, Günther 1973.

<sup>784</sup> Ein Teil dieser Materialien wurde von den Jugendlichen selbst - unter Anleitung der Lehrkräfte - hergestellt (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982: S. 15).

<sup>785</sup> Neben Lehrbüchern mit militärischen Bezug gab es auch solche, die auf die Belange der Zivilverteidigung ausgerichtet waren (Vgl. Goncareno, G. I. (1970): Über die Zivilverteidigung für die Schüler. Moskau. Übersetzt durch die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR.).

<sup>786</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten ... , 1982: S. 15 u. 17 / Schulz: S. 140.

<sup>787</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>788</sup> Vgl. BBF / DIPF / Archiv Sign. 11.821, Lück, Seifert, Reisebericht ... 15.04.1980.

„Freiwilligen Allunionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft-, und See-streitkräfte“ oder des Komsomol – angeboten wurden.<sup>789</sup>

Im Zuge der von Michail Gorbatschows vorangetriebenen Reformen der sowjetischen Gesellschaft wurde der Wehrunterricht im Mai 1991 offiziell aus den Schulen entfernt, de facto aber wohl schon 1989 abgeschafft.<sup>790</sup>

## 4.2 Das Fach in der Volksrepublik Ungarn

### 4.2.1 Die Entwicklung von 1968 bis 1987

Wie bereits im dritten Abschnitt dieser Arbeit dargestellt wurde, waren in der Volksrepublik Ungarn vom Wehrunterricht (Erziehung zur Heimatverteidigung) – abgesehen von je sechs Stunden in den Klassen sieben und acht der Grundschule – nur die Mittelschüler und Fachmittelschüler in den Klassen neun bis zwölf betroffen.<sup>791</sup> Anders als in der UdSSR erlebte dieser zum Schuljahr 1968/69 eingeführte Unterricht in Ungarn bis 1987 keine grundlegenden Veränderungen.<sup>792</sup> Am Ende der siebziger Jahre war eine kritische Bestandsaufnahme des Faches erfolgt, die ihm z. B. in Teilstücken „einseitigen Intellektualismus“ vorwarf oder seine mangelhafte Eintaktung in andere Unterrichtsfächer<sup>793</sup> – ein Gutteil der Stunden des Wehrunterrichtes wurden in anderen Fächern unterrichtet - monierte.<sup>794</sup> In der Folge nahm man kleinere Veränderungen am Fach vor, die z. B. im Lehrbuch „Wissen zur Heimatverteidigung“ sichtbar wurden. An dem grundsätzlichen Aufbau des Lehrplans änderte sich jedoch zunächst kaum etwas. Dieser besaß nach wie vor die gleiche Grundstruktur wie am Ende der sechziger Jahre.<sup>795</sup> Für die Klassen sieben und acht der Grundschule sah der Lehrplan folgende Programmpunkte vor:

---

<sup>789</sup> Vgl. Révész 1977a: S. 256 ff..

<sup>790</sup> Vgl. Wolkow, Wasilenko, WREMIJA NOWOSTI (Время новостей - Aktuelle Neuigkeiten, Russische Zeitung M. K.), 13.10. 2003 / Gessen, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE 01.03. 2000)..

<sup>791</sup> 1970 machten an diesen Schulen insgesamt 61.760 Schüler das Abitur, 1988 waren es 69.760 (Vgl. Molnár 1999: S. 456).

<sup>792</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, ebd. / Gosztony, 1977: S. 324 ff.

<sup>793</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Ebd. Bodó 1978 / Gosztony 1977: S. 324 ff.

Die Unterrichtung des Wehrunterrichtes erfolgte z. B. auch in den sogenannten Klassenleiterstunden, ohne dass in deren Lehrplan der Wehrunterricht eingearbeitet wurde (Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978).

<sup>794</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978.

<sup>795</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Gosztony 1977: S. 328.



<b>Thematik</b>	<b>Stundenzahl je Schuljahr</b>	<b>Position der Unterrichtung</b>
Landesverteidigung	1	In den Klassenleiterstunden
Zivilverteidigung	1	In den Klassenleiterstunden
Verteidigungskampf in Gruppen	4	An unterrichtsfreien Tagen
Schießen	4	An unterrichtsfreien Tagen
	<b>6</b>	

In den 9. Klassen der Mittelschulen (Gymnasien) und Fachmittelschulen sollten nachfolgende Inhalte behandelt werden<sup>796</sup>:

<b>Themenkomplex</b>	<b>Stundenzahl</b>	<b>Position der Unterrichtung</b>
Landesverteidigung	2	In den Klassenleiterstunden
Geländekunde	5	An unterrichtsfreien Tagen
Verteidigungssport	4	Im Sportunterricht
Schießen	10	An unterrichtsfreien Tagen / Im Sportunterricht
	<b>21</b>	

In der ersten Stunde des Theorie-Themenkomplexes „Landesverteidigung“ der neunten Klassen wurde – ähnlich wie in der Sowjetunion am Beginn des Unterrichtes – versucht, die Schülerinnen und Schüler emotional für die Heimatverteidigung zu gewinnen, die „eine heilige Pflicht jedes Staatsbürgers“ sei.<sup>797</sup> Die zweite Stunde dieses Stoffabschnittes in dieser Jahrgangsstufe sollte die Jugendlichen dann davon überzeugen, dass trotz der in den sechziger und siebziger Jahren zwischen Ost und West erreichten Verträge und Kontakte eine schlagkräftige Landesverteidigung nach wie vor notwendig sei.<sup>798</sup> Eine Überzeugungsarbeit, die von der Parteiführung gerade für Mittelschüler und Fachmittelschüler als notwendig erachtet wurde. Die zukünftige Elite des Landes sollte die wirtschaftliche Öffnung Ungarns nach Westen mit dem Festhalten am Sozialismus in Einklang bringen.<sup>799</sup>

Im Themenbereich „Geländekunde“ beschäftigten sich die Schüler in drei Unterrichtsstunden mit dem Orientieren im Gelände und in weiteren zwei Stunden mit dem Orientieren nach Kompass.<sup>800</sup>

<sup>796</sup> Vgl. Ebd. / Ebd.: S. 329 f.

<sup>797</sup> Vgl. Gosztony: S. 329.

<sup>798</sup> Vgl. Ebd.

<sup>799</sup> Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978.

<sup>800</sup> Vgl. Gosztony: S. 330.

Die zehn Unterrichtseinheiten des Komplexes „Schießen“ unterteilten sich in drei, in denen im Sportunterricht die technischen Grundlagen des Kleinkaliberschießens theoretisch behandelt wurden, in zwei, die – an unterrichtsfreien Tagen – sicherheitstechnische Fragen und Regeln des Schießens berührten und schließlich in fünf Stunden, in denen die Schülerinnen und Schüler tatsächlich mit dem Kleinkalibergewehr schossen.

Bei den vier Stunden des in den Sportunterricht integrierten Stoffkomplexes „Verteidigungssport“ wurden die Techniken von in diesem Zusammenhang relevanten Sportarten trainiert und versucht, die allgemeine körperliche Leistungsfähigkeit der Schüler zu erhöhen.<sup>801</sup>

Der Lehrplan für die zehnten Klassen der ungarischen Mittelschulen und Fachmittelschulen besaß folgenden Aufbau<sup>802</sup>:

Themenkomplex	Stundenzahl	Position der Unterrichtung
Landesverteidigung	2	In den Klassenleiterstunden
Zivilverteidigung	6	In den Klassenleiterstunden / An unterrichtsfreien Tagen / Im Chemieunterricht
Geländekunde	2	An unterrichtsfreien Tagen
Verteidigungssport	4	Im Sportunterricht
Schießen	6	An unterrichtsfreien Tagen
	<b>20</b>	

In den beiden Stunden des Lehrplanbereiches „Landesverteidigung“ saß zunächst der den Frieden in Europa und in der ganzen Welt gefährdende *Imperialismus* auf der Anklagebank, um ihm anschließend als Kontrastprogramm das Bild des Warschauer Vertrages als friedenserhaltende Kraft – unter besonderer Berücksichtigung der ungarischen Streitkräfte – gegenüberzustellen.<sup>803</sup>

Im Rahmen der Zivilverteidigung beschäftigten sich die Jugendlichen in diesem Schuljahr in zwei Klassenleiterstunden mit der „Funktion und den Aufgaben“ der Zivilverteidigung in Ungarn, in zwei Chemiestunden mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen, in einer weiteren Stunde im Fach Chemie mit dem Schutz vor ebendiesen Waffensystemen und schließlich - in einer Stunde an einem unterrichtsfreien Tag - mit weiteren „modernen Angriffswaffen“.<sup>804</sup>

<sup>801</sup> Vgl. Ebd.

<sup>802</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Gosztony 1977: S.329 f.

<sup>803</sup> Vgl. Gosztony: S. 329 / BBF/DIPF/Signatur 11.821, Mansfeld, Patriotische und Wehrerziehung in den Schulen der Ungarischen Volksrepublik.

<sup>804</sup> Vgl. Gosztony ebd.

Im Themenbereich „Geländekunde“ übten die Zehntklässler wieder das Orientieren nach Kompass.

Die sechs Unterrichtsstunden die an unterrichtsfreien Tagen für den Bereich „Schießen“ eingeplant waren, gliederten sich in eine Einheit, in der wiederum Fragen der Sicherheit und der Disziplin auf einem Schießplatz besprochen wurden und in fünf Einheiten, in denen die Jugendlichen mit dem Kleinkalibergewehr schossen.

Wie in jedem Schuljahr der ungarischen Mittel- und Fachmittelschulen wurden - im Rahmen des Sportunterrichtes - vier Stunden für den „Verteidigungssport“ eingeplant.<sup>805</sup>

Für die elften Klassen waren im Zusammenhang mit dem Wehrunterricht folgende Themen vorgesehen<sup>806</sup>:

Themenkomplex	Stundenzahl	Position der Unterrichtung
Landesverteidigung	1	In den Klassenleiterstunden
Zivilverteidigung	5	Im Biologieunterricht
Geländekunde	3	An unterrichtsfreien Tagen
Kriegstechnische Kenntnisse	4	An unterrichtsfreien Tagen
Verteidigungssport	4	Im Sportunterricht
Schießen	6	An unterrichtsfreien Tagen
	<b>23</b>	

Die eine Unterrichtsstunde des Themenkomplexes „Landesverteidigung“ war hier dem Fahneid der ungarischen Streitkräfte gewidmet.<sup>807</sup>

Bei den Zivilverteidigungsstunden im Rahmen des Biologieunterrichtes stand die Herstellung von Schutzmitteln (drei Stunden) sowie die „Selbsthilfe und Hilfe für Kameraden“ (zwei Stunden) auf dem Programm.

Im Bereich „Geländekunde“ wurde den Schülerinnen und Schülern neben dem Kompass nun eine Karte in die Hand gegeben, mit deren Hilfe sie sich im Gelände zielsicher bewegen sollten.<sup>808</sup>

Der Themenkomplex „Kriegstechnische Kenntnisse“ des ungarischen Wehrunterrichtes wurde nur in den elften Klassen behandelt. Dabei erhielten die

<sup>805</sup> Vgl. Ebd.

<sup>806</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Gosztony 1977: S.329 f.

<sup>807</sup> Vgl. Gosztony: S. 329.

<sup>808</sup> Vgl. Ebd.: S. 330.

Jugendlichen in vier Unterrichtsstunden Einblick in die „Anwendung und Wirkung“ der Waffen der ungarischen Volksarmee. Diese Stunden sollten – wenn möglich – auch für den Besuch einer Armeekaserne genutzt werden, wo die Schüler die Waffensysteme *bestaunen* konnten.<sup>809</sup> In vielen ungarischen Städten gab es zudem sogenannte „technische Parks“, wo ausrangierte Panzer, Flugzeuge und andere Waffen zu besichtigen waren. Auch diese Parks wurden in die Gestaltung des Komplexes „Kriegstechnische Kenntnisse“ einbezogen. Abgerundet wurde das Programm für den Wehrunterricht auch in dieser Klassenstufe wiederum durch vier Stunden für „Verteidigungssport“ sowie sechs Unterrichtseinheiten (eine Stunde sicherheitstechnische Fragen, fünf Stunden praktische Schießübungen) für den Bereich „Schießen“.<sup>810</sup> Der Lehrplan des Wehrunterrichtes für das letzte Schuljahr war wie folgt aufgebaut<sup>811</sup>:

Themenkomplex	Stundenzahl	Position der Unterrichtung
Landesverteidigung	1	In den Klassenle- stunden
Geländekunde	4	An unterrichtsfreien Tagen
Verteidigungssport	4	Im Sportunterricht
Schießen	7	An unterrichtsfreien Tagen / Im Sportunterricht
	<b>16</b>	

In der letzten Stunde des Bereiches „Landesverteidigung“ wurden die jungen Frauen und Männer von ihrem Klassenleiter mit der Frage konfrontiert: Welche Erwartungshaltung die ungarische Volksarmee gegenüber ihren Rekruten einnimmt? Anschließend diskutierte man darüber im Klassenverband.<sup>812</sup>

Bei der „Geländekunde“ übten die Jugendlichen wieder – wie im Schuljahr zuvor – das Bewegen im Gelände mit Hilfe von Landkarte und Kompass.<sup>813</sup>

Eine Veränderung erlebten sie im zwölften Schuljahr aber beim „Schießen“. Nachdem die Schülerinnen und Schüler zuvor *nur* mit Kleinkaliberwaffen in Berührung gekommen waren, standen nun Schießübungen mit automatischen Waffen auf dem Lehrplan. Bevor sie allerdings in insgesamt fünf Unterrichtsstunden - in der unterrichtsfreien Zeit - tatsächlich mit der Kalaschnikow schossen, standen wiederum eine Unterrichtseinheit - im Sportunterricht - zu

<sup>809</sup> Vgl. Ebd.: S. 326.

Ein solcher Besuch erfolgte in der Regel am „Tag der Landesverteidigung“ (Vgl. Ebd.).

<sup>810</sup> Vgl. Ebd.

<sup>811</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Gosztony 1977: S.329 f.

<sup>812</sup> Vgl. Gosztony 1977: S. 329.

<sup>813</sup> Vgl. Ebd.: S. 330.

technischen Fragen und eine - in der unterrichtsfreien Zeit - zu Angelegenheiten der Sicherheit und Disziplin auf dem Programm.

Wie in jedem Schuljahr waren für den Wehrunterricht der ungarischen Mittel- und Fachmittelschüler im Sportunterricht vier Stunden für den Verteidigungssport reserviert.<sup>814</sup>

#### 4.2.2 Ausrichtung, Organisation und Rahmenbedingen

Vergleicht man den Wehrunterricht in der Volksrepublik Ungarn mit dem in der UdSSR und lässt dabei außen vor, dass das Fach in Ungarn im Wesentlichen nur die Abiturienten betraf, stellt man zunächst einige Gemeinsamkeiten fest. Hier wie dort ging es im ideologischen-propagandistischen Teil um die Verteidigung der Heimat gegen den *Imperialismus*, die *Friedenspolitik* der sozialistischen Staaten, die Bedeutung des Fahneeneides etc. Im praktisch-technischen Abschnitt wurden in beiden Ländern Gelände- und Zivilverteidigungsübungen durchgeführt, die Jugendlichen über Waffensysteme informiert, im Wehrsport trainiert und an Kleinkalibergewehren und automatischen Waffen ausgebildet. Nach einer nur etwas eingehenderen Betrachtung des Unterrichts in den beiden Ländern werden jedoch deutliche Unterschiede sichtbar. Auch in Ungarn wurde zwar im Rahmen des Wehrunterrichtes das Bild des friedensgefährdenden *Imperialismus* gezeichnet und das des friedliebenden Sozialismus dagegen gehalten. Anders als in der Sowjetunion war nach den von mir eingesehenen Quellen diese Schwarz-Weiß-Malerei jedoch nicht mit einer Hasserziehung verbunden, die in ihrer Endkonsequenz auch die Tötung des Gegners als notwendige Handlung mit einschloss. Das Motiv, das den Unterricht und somit die Erziehung der ungarischen Jugendlichen zu „sozialistischen Patriotismus“ „moralisch[...] und gefühlsmäßig[...]“ bestimmen sollte, war die „Heimatliebe“.<sup>815</sup> Die praktische Umsetzung dieser Erziehungsintention dürfte sich angesichts der geringen Stundenzahl, die man dem Komplex „Landesverteidigung“ innerhalb des Wehrunterrichtes einräumte, jedoch schwierig gestaltet haben. Gerade mal acht Unterrichtsstunden waren dafür in insgesamt sechs Schuljahren eingeplant.<sup>816</sup> Schülerinnen und Schüler die oft krank waren, zu spät kamen oder aus anderen Gründen fehlten, werden hier fast nichts mitbekommen haben. Ja selbst Jugendlichen, die an dem Unterrichtsprogramm interessiert waren, dürften die langen Pausen zwischen der Behandlung der einzelnen Bestandteile eines Abschnittes Schwierigkeiten bereitet haben.

Das geringe Zeitpensum und der große Abstand zwischen den Unterrichtseinheiten beim ungarischen Wehrunterricht ist überhaupt bemerkenswert. Zu-

---

<sup>814</sup> Vgl. Ebd..

<sup>815</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978.

<sup>816</sup> Vgl. Gosztony 1977: S. 328 f.

dem ist zu bedenken, dass in der UdSSR - aber auch z. B. in der DDR - die Behandlung militärischer und wehrerzieherischer Dinge über den Wehrunterricht hinaus in möglichst alle Unterrichtsfächer integriert wurde. In Ungarn zählte man diese Behandlung zum Wehrunterricht. Subtrahiert man aber die Zahl der Stunden, die in der VR Ungarn für den Wehrunterricht gezählt wurden - tatsächlich aber im Biologie-, Chemie- und Sportunterricht sowie in den Klassenleiterstunden stattfanden –, von den offiziell genannten zweiundneunzig Stunden für die Schuljahre sieben bis zwölf ab, bleiben unterm Strich ganze dreiundfünfzig Stunden stehen, die an unterrichtsfreien Tagen stattfanden.

Auch für die ungarischen Schülerinnen und Schüler war mit dem Wehrunterricht die Intention der Disziplinierung verbunden.<sup>817</sup> Nicht verbunden war damit aber die Absicht, den Jugendlichen die „absolute“ militärische Disziplin anzutrainieren. Anders als in der Sowjetunion gab es im ungarischen Wehrunterricht keine Lageraufenthalte; die Unterrichtung erfolgte in der Regel<sup>818</sup> durch einen *normalen* Lehrer, der für den jeweiligen Abschnitt geeignet erschien.<sup>819</sup> Die Jugendlichen mussten dabei keine Uniformen tragen. Auch diese Faktoren dürften dazu beigetragen haben, dass sich der militärische Drill und der damit verbundene Disziplinierungseffekt in Grenzen hielt.

Die Verantwortung für den Wehrunterricht in der Ungarischen Volksrepublik lag in den Händen des Volksbildungsministeriums.<sup>820</sup> An den Schulen waren die Direktoren für die Organisation des Unterrichtes zuständig.<sup>821</sup> Bei der technischen Ausrüstung des Faches - insbesondere mit Waffen – wurden die Schulen gerade in der Anfangszeit des Faches vom ungarischen Landesverteidigungsverband („Magyar Honvédelmi Szövetség“) unterstützt. In Laufe der Jahre waren viele Schulen aber auch in den Besitz eigener Kleinkaliber- und Maschinengewehre sowie den dazugehörigen Schiessständen gelangt.<sup>822</sup> Wie in der Sowjetunion gab es auch in Ungarn Patenschaften zwischen Schulen und Armeeeinheiten, wenn sich eine solche in der Region der Schule befand.

Das Lehrbuch für den Wehrunterricht in Ungarn trug den Titel „Wissen zur Heimatverteidigung“.<sup>823</sup> Den Lehrkräften stand darüber hinaus ein Handbuch zur Unterrichtsgestaltung zur Verfügung. Neben anderen Unterrichtsmitteln

---

<sup>817</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978 / Gosztony 1977: S. 324 ff.

<sup>818</sup> Das schloss allerdings nicht aus, dass mitunter auch durch Patenschaften an die Schulen gebundene Militärs im Unterricht auftauchten (Vgl. Gosztony 1977: S. 326).

<sup>819</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Gosztony 1977: S. 325 f.

<sup>820</sup> Vgl. BBF/DIPF/Signatur 11.821, Mansfeld, Patriotische und Wehrerziehung in den Schulen der Ungarischen Volksrepublik.

<sup>821</sup> Vgl. Gosztony ebd.

<sup>822</sup> Vgl. Ebd.

<sup>823</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Bodó 1978 / Ebd., Mansfeld, Patriotische und Wehrerziehung in den Schulen der Ungarischen Volksrepublik.

wurde in Ungarn auch das Fernsehen für den Wehrunterricht eingesetzt.<sup>824</sup> Drei halbstündige Sendungen berichteten über die ungarische Volksarmee, den Warschauer Pakt sowie die Zivilverteidigung.

Im Jahre 1987 wurde der Wehrunterricht aus dem Lehrprogramm der ungarischen Grundschulen gestrichen und auf die Klassen neun und zehn der Mittel- und Fachmittelschulen begrenzt.<sup>825</sup> Diese Reduzierung des Wehrunterrichtes kann mit den Liberalisierungstendenzen in der Volksrepublik Ungarn in Verbindung gebracht werden, die im September 1987 mit dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) eine erste unabhängige politische Partei entstehen ließen und bereits im Januar 1989 – nach der Entmachtung Kádárs 1988 - den Übergang des Landes zu einem Mehrparteiensystem ermöglichten.<sup>826</sup> Ab 1988 wurde das Lehrprogramm der ungarischen Schulen durch einen nationalen Grundlehrplan<sup>827</sup> vorgegeben, der den Schulen und Lehrern nicht nur eine größere Autonomie für die Unterrichtsgestaltung einräumte, sondern auch den Schulalltag weitgehend entideologisierte.<sup>828</sup>

Im Zuge dieser Reformen verschwand der Wehrunterricht auch aus den ungarischen Mittel- und Fachmittelschulen.

### **4.3 Das Fach in der Volksrepublik Bulgarien**

#### **4.3.1 Kontinuität in der permanenten Reform**

Das bulgarische Bildungswesen war vom Ende der sechziger Jahre bis zur Systemwende von einer permanenten Reformsituation geprägt, die u.a. von Todor Schiwkows Tochter Ljudmila<sup>829</sup> beeinflusst wurde. Das Hauptziel der Reformanstrengungen, die Errichtung der einheitlichen polytechnischen Ober-

---

<sup>824</sup> Vgl. Gosztony 1977: S. 326 f.

<sup>825</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>826</sup> Vgl. Molnar 1999: S. 458 f.

<sup>827</sup> Bereits durch das Schulgesetz von 1985 war eine Entwicklung begonnen worden, die der unabhängigen Arbeit der Schulen gegenüber der zentralen Lehrplanvorgabe mehr Gewicht verlieh (Vgl. Reuter 1996: S. 7 f.).

<sup>828</sup> Vgl. Kozma, Rebay 2002: S. 588 f. / Reuter 1996: S. 7 f.

<sup>829</sup> Die 1942 geborene Ljudmila Schiwkova hatte unter anderem in Oxford studiert und aus dem Westen allerlei mystisches und oder nichtmaterialistisches Ideengut mit in das kommunistische Land gebracht. In einer Reihe von Veröffentlichungen beschäftigte sie sich z. B. mit dem Buddhismus und wurde zu einer Art Star gerade für die jungen bulgarischen Intellektuellen. Im Gegensatz zu ihrem Vater unterstrich sie auch die eigenständige kulturelle Identität Bulgariens. Ljudmila Schiwkova war seit 1975 Vorsitzende des Komitees für Kunst und Kultur, 1980 erhielt sie den neugeschaffenen Politbüroposten für Wissenschaft, Kultur und Kunst. In beiden Ämtern übte sie – bis zu ihrem Tod 1981 - entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des bulgarischen Bildungswesens aus (Vgl. Bachmaier 1991: S. 188 / Crampton 1997: S. 204 f. / ders. 1987: S. 188 f.).

schule<sup>830</sup>, wurde nach teilweiser Umsetzung wieder rückgängig gemacht. Dagegen kann dem Wehrunterricht in der Volksrepublik Bulgarien, der wie in der Sowjetunion Militärische Grundausbildung hieß, Kontinuität bescheinigt werden, die nur wenige kleinere Veränderungen - etwa bei der Lagerausbildung oder der Auswahl der eingesetzten Lehrkräfte – einschloss.<sup>831</sup>

Seit der Einführung im Schuljahr 1968/69 sollten sich die bulgarischen Jugendlichen in siebzig Stunden in der neunten und fünfunddreißig Unterrichtsstunden in der zehnten Klassenstufe der Mittel-, Fachmittel- und Berufsschulen folgende Kenntnisse, Fertigkeiten und Überzeugungen aneignen<sup>832</sup>:

- “
- Militärisches Grundwissen:
    - Aufbau und Charakter der Armee, Wehrpflichten der Bürger,
    - Kampftradition der Armee, parteiliche Führung der Armee,
    - bulgarische Besonderheiten in der Militärtheorie,
    - Warschauer-Pakt;
  - Bürger-Verteidigung<sup>833</sup>:
    - Aufgaben, Ziele und Signale [sic] der Bürger-Verteidigung, Kenntnisse der Massenvernichtungswaffen und möglicher Gegenwehr gegen diese,
    - Kenntnis der Mittel zu Entseuchung von Kleidung, Waffen, Wohnungen, Straßen etc.,
    - keine Fatalistischen Einstellungen gegenüber der Bürger-Verteidigung zulassen;
  - Erste Hilfe:
    - Arten und Charakteristika von Verletzungen,
    - Auffinden und Evakuieren Hilfsbedürftiger, Vorbereitung auf eine Verwendung in der Formation der Bürger-Verteidigung und Armee,
    - des humanen Gehalts der eigenen Tätigkeit eingedenk sein;

---

<sup>830</sup> So wurde z. B. 1974 der Türkischunterricht aus den Schulen entfernt und somit der großen türkischen Minderheit der letzte Rest eines eigenen Schulwesens genommen. 1979 beschloss das ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei die Dreigliedrigkeit des Schulsystems nach der achtjährigen Grundschule (Mittelschule, Fachmittelschule, Berufsschule) zu beseitigen und eine einheitliche polytechnische Mittelschule (zunächst elf, später zwölf Klassen) mit integrierter Berufs- und Gymnasialbildung für alle Schüler einzurichten. Gegen dieses Vorgehen gab es jedoch Anfang der achtziger Jahre Einwände seitens der Wirtschaft wie der Universitäten und Hochschulen. Die Betriebsdirektoren stellten einen Niveauverlust bei praktischen Fertigkeiten bei Technikern und Facharbeitern fest; die Hochschullehrer beklagten hingegen die mangelnde Allgemeinbildung ihrer Studenten. 1985 beschloss daher das ZK der BKP, die Schulreform aufzuschieben. 1988 beschloss ein Sonderplenium des ZK der BKP, gerade die Differenzierungsmöglichkeiten des bulgarischen Schulsystems zu fördern (Vgl. Bachmaier 1991: S. 188 ff.).

<sup>831</sup> Vgl. Oschlies 1977 a: S. 40 ff. / BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>832</sup> Ticholov 1974: S. 57 ff., so übernommen von Oschlies 1977 a: S. 43 f.

<sup>833</sup> Entsprechend der Zivilverteidigung (ZV) in der DDR (M.K.).



- Schießausbildung:
  - Kenntnisse von Maschinenwaffen bis zur Kampfperfektion, Schießen aus hundert Metern Entfernung mit scharfer Munition;
- Praktische Ausbildung
  - ‚allgemeine Kenntnisse‘ von Kampf und Kampfführung zu den gegenwärtigen Bedingungen;
- Disziplin:
  - den eigenen Standort und alle seiner Verpflichtungen kennen und diese erfüllen;
- Pionierwesen:
  - Eingraben während des Kampfes, Aufbau und Wirkungsweise von Minen,
  - Schulung von Aufmerksamkeit und Sicherheit bei der Arbeit mit Minen und Sprengkörpern;
- Militärtopographie:
  - militärisches Kartenlesen, gestellte Aufgaben in dieser Richtung erfüllen,
  - Marschieren nach Himmelsrichtungen.“

Besonders bemerkenswert an diesen Zielstellungen des Wehrunterrichtes in der Volksrepublik Bulgarien erscheint zum einen, dass die Auseinandersetzung mit der *imperialistischen* NATO im propagandistisch-ideologischen Bereich zumindest nicht explizit ausgewiesen wurde. Zum anderen stechen die Ambitionen der technischen Ausbildung hervor, die teilweise - etwa in der theoretischen und praktischen Beschäftigung mit Minen - selbst über die Zielstellungen des Unterrichtes in der Sowjetunion hinausgingen.

Das neue Unterrichtsfach erfreute sich bei den bulgarischen Schülerinnen und Schülern offensichtlich großer Beliebtheit, weil es eine Abwechslung vom durch Faktenwissen und Auswendiglernen bestimmten sonstigen Unterricht bot.<sup>834</sup> So berichtet Oschlies von einer Schulklasse in Westbulgarien, die schon bei einem regelrechten „Sauwetter“ zu Übungen in die Berge ausrückte. Als sich die Bedingungen durch zunehmende Windstärken, Regen und sogar Schneefall weiter verschlechterten, wollte der Lehrer die Aktion abbrechen.<sup>835</sup> Doch die Schüler waren dagegen. Lieber frierend und mit durchnässter Kleidung militärische Übungen absolvieren, als in der Bank sitzen und langweiligen Stoff pauken. Dabei besaß der für den Wehrunterricht ausgearbeitete Lehrplan für Jungen und Mädchen folgende Struktur<sup>836</sup>:

---

<sup>834</sup> Vgl. Oschlies 1977a: S. 41.

<sup>835</sup> Vgl. Ebd.

<sup>836</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 3.

Lehrplanabschnitt	Anzahl der Stunden	
	Klasse 9	Klasse 10
Grundlagen der militärischen Erziehung	7	10
Taktische Ausbildung		4
Vorbereitung auf die Bekämpfung von Bränden und Schießausbildung	17	4
Statute der Streitkräfte der Bulgarischen Volksarmee	4	2
Organisation, Ausrüstung und Ordnung der Streitkräfte der Bulgarischen Volksarmee	6	3
Militärtopographie	3	2
Zivilverteidigung	16	3
Medizinische und Sanitätsausbildung	13	7
Vorschriften für den Straßenverkehr	4	
	<b>70</b>	<b>35</b>

Im Rahmen einer Dienstreise die Joachim Lück von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1979 „zum Studium der Erfahrungen“ mit dem Wehrunterricht nach Bulgarien führte, hatte dieser unter anderem die Möglichkeit, eine Unterrichtsstunde dieses Faches in einer neunten Klasse in Sofia zu erleben.<sup>837</sup> Die Stunde hatte das Thema „Charakter eines möglichen Krieges“. Ein vorbereitetes Tafelbild informierte über die dabei zu behandelnden Unterthemen<sup>838</sup>:

1. Bürgerliche Theorien vom Krieg.
2. Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Krieg.
3. Arten von Kriegen und Armeen.
4. Aufbau der sozialistischen Armeen.

Obwohl die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in den Zielstellungen dieses Faches in Bulgarien nicht ausdrücklich erwähnt wurde, fand sie also trotzdem in der Praxis, im Stoffabschnittes „Grundlagen der militärischen Erziehung“ statt. Wie bereits für die Sowjetunion und für Ungarn angesprochen, wurde dabei für die Gegenüberstellung von *böser* bürgerlicher und *guter* sozialistischer Ideologie ein scharf konturiertes Schwarz-Weiß-Schema verwendet.

Alle Mädchen und Jungen marschierten am Beginn der Unterrichtsstunde mit patriotischem Gesang in das eigens für den Wehrunterricht eingerichtete Kabinett.<sup>839</sup> Sie trugen blaugraue Uniformen. Ein Schüler erstattete dem Lehrer – einem Oberstleutnant in Uniform – Meldung: „Die Kommandos wurden exakt

<sup>837</sup> Vgl. Ebd.: S. 3 f.

<sup>838</sup> Vgl. Ebd.: S. 4.

<sup>839</sup> Vgl. Ebd.: S. 9.

gegeben und ebenso ausgeführt.“<sup>840</sup> Während der Unterrichtsstunde stellte der Offizier einzelnen Schülerinnen und Schülern Fragen, die sie „im Zusammenhang [...] beantworteten“. Die Leistungen der Jungen und Mädchen schätzte er verbal ein, worauf die Schüler, wiederum militärisch exakt, mit der verbindlichen Antwortformel: „Es lebe die Volksrepublik Bulgarien!“ reagierten.

Anhand dieser Skizzierung einer einzelnen Stunde wird erkennbar, dass der Wehrunterricht in der Volksrepublik Bulgarien – vergleichbar mit dem in der Sowjetunion und anders als in Ungarn - von einer militärischen Atmosphäre geprägt war, die bereits an die in regulären Streitkräften denken lässt und sich deutlich von dem Ton und den Verhaltensmustern in anderen Fächern unterscheiden haben dürfte. Das vorherrschende Lehr-Lern-Prinzip war auch im bulgarischen Wehrunterricht das von Vortrag bzw. Vorführung (Frontalunterricht) und Wiederholung bzw. Nachahmung.<sup>841</sup> Zudem bekamen die Jugendlichen offensichtlich regelmäßig Hausaufgaben gestellt, wobei sie die Aufgabenstellungen unter Hinzuziehung einschlägiger Materialien wie Broschüren und Dienstvorschriften abarbeiten mussten, um dann im Unterricht – wie oben skizziert - darüber abgefragt werden zu können .

Mädchen und Jungen absolvierten im Rahmen des bulgarischen Wehrunterrichtes nicht nur gemeinsam die 105 in den normalen Wochenstundenplan eingetakteten Unterrichtseinheiten, sie fuhren auch zusammen ins Wehrausbildungslager.<sup>842</sup> Hier sollten die Jugendlichen in einem zunächst zwölf- und in den späten siebziger und in den achtziger Jahren in einem vierzehntägigen Aufenthalt<sup>843</sup> die zuvor im Unterricht an der Schule erworbenen Kenntnisse und

---

<sup>840</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 4.

<sup>841</sup> Vgl. Ebd. S. 4 ff.

<sup>842</sup> Vgl. Oschlies 1977 a.: S. 44 f. / BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 2 f. / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

Oschlies schreibt in seinem Text „Paramilitärische Organisationen und Vormilitärische Ausbildung in Bulgarien“, dass die Schülerinnen und Schüler Anfang/Mitte der siebziger Jahre diese Ausbildung bereits in der neunten Klasse absolvieren mussten (Vgl. Oschlies 1977a: S. 44). Aus anderen, späteren Quellen geht hervor, dass dieses Wehrlager am Ende der zehnten Klassenstufe stattfand (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 2 / Ebd. Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987). Da in beiden letztgenannten Quellen auch auf die Entwicklung des Faches und die dabei gemachten Erfahrungen eingegangen, aber diese terminliche Veränderung nicht erwähnt wird, halte ich es für sehr wahrscheinlich, dass die Angabe bei Oschlies auf einem Missverständnis basiert und das Lager von Anfang an am Ende der zehnten Klasse veranstaltet wurde (M. K.).

<sup>843</sup> Lück erwähnt in einem Reisebericht zu einer Dienstreise in die VR Bulgarien, dass das Wehrlager 1976 nur zehn Tage umfasste, in den folgenden Jahren aber auf vierzehn Tage erweitert wurde (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979:S. 10).

Fertigkeiten nachweisen und festigen. In den Anfangsjahren war das Programm für den Lageraufenthalt wie folgt aufgebaut<sup>844</sup>:

Programmpunkt	Stundenzahl	
	Jungen	Mädchen
1. Taktische Ausbildung	17	
2. Schießausbildung	17	17
3. Militärkunde	4	4
4. Pionierausbildung	6	2
5. Militärtopographie	8	8
6. Militärische Körperschulung	4	4
7. Bürger-Verteidigung [Zivilverteidigung]/Erste Hilfe		
a) Massenvernichtungswaffen, Schutz	10	10
b) Ausbildung in Erster Hilfe		21
8. Militärische Spiele	6	6
<b>Total</b>	<b>72</b>	<b>72</b>

Seit Ende der siebziger Jahre hatten die Jugendlichen im Lager nachfolgenden Stundenplan zu absolvieren<sup>845</sup>:

Programmpunkt	Stundenzahl	
	Jungen	Mädchen
1. Taktische Ausbildung	15	3
2. Bekämpfung von Bränden	19	19
3. Marschausbildung	6	4
4. Pionierausbildung	7	2
5. Militärtopographie	5	5
6. Statute der Bulgarischen Volksarmee	2	2
7. Zivilverteidigung	11	11
8. Medizinische und Sanitätsausbildung	1	20
9. Militärische Körperertüchtigung	6	6
10. Militärisches Spiel	6	6
	<b>78</b>	<b>78</b>

<sup>844</sup> Ticholov 1974: S. 59, so verwendet von Oschlies 1977 a: S. 45.

<sup>845</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 3.

Dass in der zweiten Tabelle das Schießen nicht mehr aufgeführt wird, bedeutet nicht, dass die bulgarischen Jugendlichen während ihres Aufenthaltes im Wehrlager nicht mehr schossen. Das Scharfschießen mit der Kalaschnikow (Kaliber 7,62 mm) erfolgte am zwölften und dreizehnten Tag im Rahmen des Programmpunktes „Militärische Körperertüchtigung“.<sup>846</sup> Bemerkenswert ist trotzdem die Reduzierung dieses Ausbildungsbestandteils. Jeder Schützin und jedem Schützten standen nunmehr nur noch insgesamt neun Patronen zur Verfügung, was etwa Schnellfeuerübungen ausgeschlossen haben dürfte. Lück berichtete 1979 in diesem Zusammenhang, dass die Mädchen „seit Jahren die besseren Schießergebnisse“ erzielten.<sup>847</sup> Die in den Zielstellungen für den Wehrunterricht avisierten „Kenntnisse von Maschinenwaffen bis zur Kampfperfektion“ waren unter diesen Praxisbedingungen aber sicherlich für beide Geschlechter kaum zu erreichen. Darüber hinaus gibt dieser Fakt Anlass, die in den Zielstellungen für dieses Fach genannten sehr hohen technischen Ambitionen für die Realität des bulgarischen Wehrunterrichtes insgesamt zu relativieren.

Während alle Programmpunkte des in den normalen Stundenplan eingeordneten Wehrunterrichtes von beiden Geschlechtern gemeinsam absolviert wurden, erfolgte bei der Lagerausbildung eine gewisse Schwerpunktsetzung: Die Jungen beschäftigten sich stärker mit militärischen und die Mädchen mit medizinischen Fragen.

Um die Wirkung der Ausbildung im Wehrlager auf die Jugendlichen zu verstehen, ist es aber notwendig, die einzelnen Lehrplanprogrammpunkte kurz auszublenden und sich das Leben der Jungen und Mädchen während dieser vierzehn Tage vorzustellen. Neben ihren Wehrunterrichtslehrern – meist aktive bzw. in Reserve befindliche Offiziere – waren sie hier ausschließlich in der Obhut von weiteren Offizieren, die man mitunter eigens dafür von ihren Einheiten abgezogen hatte.<sup>848</sup> Selbstverständlich waren die Jugendlichen auch hier mit Uniformen bekleidet - die Mädchen trugen dazu eine Baskenmütze und die Jungen ein Käppi. Jeden Morgen und jeden Abend mussten sie zum Appell antreten. Während des Marschierens sangen sie patriotische Lieder, wobei sie dabei mitunter durch Militärmusik vom Tonband „unterstützt“ wurden. Wie Soldaten in einer regulären Kaserne waren die Schüler - auch in der Nacht - zu Wachdiensten eingeteilt.<sup>849</sup>

---

<sup>846</sup> Vgl. Ebd.: S. 9.

<sup>847</sup> Vgl. Ebd.

<sup>848</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987 / Ebd., Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 8 f.

<sup>849</sup> In dem von Lück 1979 besuchten Wehrausbildungslager waren die Mädchen für die Bewachung der Gebäude und die Jungen für die Außenanlagen zuständig (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 9).

Dieses abgeschlossene und an den Charakter einer Armeekaserne angelehnte Lagerleben bot also den Ausbildern nahezu ideale Bedingungen, die während des Unterrichts an der Schule begonnene Aneerziehung von militärischer Disziplin bei den Schülerinnen und Schülern fortzusetzen und zu „vervollkommen“.

### 4.3.2 Organisation und Rahmenbedingungen

Die organisatorische Gesamtleitung des Wehrunterrichts in der Volksrepublik Bulgarien hatte das Ministerium für Volksbildung inne.<sup>850</sup> Daneben waren das Verteidigungsministerium, das Rote Kreuz, das Innenministerium, der Komsomol sowie die „Bürger-Verteidigung“ in die Durchführung des Unterrichtes – insbesondere bei der Lagerausbildung – eingebunden. Alle bulgarischen Schülerinnen und Schüler trugen sowohl beim normalen Wehrunterricht in der Schule als auch bei der Lagerausbildung blaugraue Uniformen. Die Mädchen waren in die Lagerausbildung vollständig einbezogen. In den Schulen hatte man für das Fach spezielle militärische Kabinette eingerichtet, in denen sich entsprechende Bilder und Skizzen, Unterrichtsutensilien wie Schutzmasken und Kompass sowie Diaprojektoren und Filmvorführgeräte fanden.<sup>851</sup> Auch viele Ausbildungslager waren extra für den Wehrunterricht errichtet worden.<sup>852</sup> Hier gab es Schießplätze und Hindernisbahnen, aber auch Splittergräben, Unterstände, ja sogar ruinenartige Häuser. Als Lehrkräfte kamen bei der Unterweisung an der Schule zumeist aktive oder sich in Reserve befindliche Offiziere, seltener Lehrer anderer Fächer zum Einsatz.<sup>853</sup> Während ihrer Lehrtätigkeit trugen sie stets Uniform. Die seit 1972 etablierte Ausbildung von Wehrunterrichtslehrern bestand aus einem zwanzigtägigen Kurs am Zentralinstitut für Weiterbildung, der sich insbesondere pädagogisch-psychologischen Aspekten widmete, sowie – nachdem sie bereits einige Monate an den Schulen tätig waren - einem einmonatigen Lehrgang an der Offiziershochschule.<sup>854</sup> Jährlich folgte dann ein Weiterbildungskurs. Jeder Lehrer musste zudem einmal im Jahr einen schriftlichen „Bericht“ über ein „Problem“ ausarbeiten, das er zusammen mit dem für seinen Bezirk zuständigen „Inspektor“

<sup>850</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S.10.

<sup>851</sup> Vgl. Ebd. S. 4.

<sup>852</sup> Vgl. Ebd.: S. 7 f.

<sup>853</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

Bis zum Ende der siebziger Jahre waren ausschließlich pensionierte Offiziere als Lehrkräfte im Einsatz gewesen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 6).

<sup>854</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 7 / Oschlies 1977a: S. 42.

auswählte. Diese Arbeit sollte dann von der Lehrkraft im Rahmen der Weiterbildungsveranstaltung vor den anderen Lehrern eines Bezirkes verteidigt werden.<sup>855</sup> Auch wenn in den achtziger Jahren hier keine Ausschließlichkeit mehr herrschte, waren bei diesen Weiterbildungsveranstaltungen die bereits pensionierten Offiziere der Reserve weiterhin die dominierende Personengruppe. Eine vom DDR-Wissenschaftler Lück 1979 getroffene Einschätzung der Lehrkräfte dürfte deshalb für die Mehrzahl der Wehrunterrichtslehrer bis zum Ende der Unterrichtung des Faches zutreffend gewesen sein<sup>856</sup>:

„Sie sind gute Militärs, haben aber Schwierigkeiten in der pädagogisch-psychologischen und methodischen Arbeit mit den Schülern [...]. Manchmal zeigen sie den Schülern gegenüber Haltungen, wie sie in der Armee gegenüber Soldaten üblich sind.“

Für die vierzehntägige Wehrausbildung im Lager wurden aktive Offiziere von ihren Einheiten abkommandiert sowie Reserveoffiziere einberufen, um sie neben den Wehrunterrichtslehrern als Ausbilder einzusetzen.<sup>857</sup>

Im Wehrunterricht in der Volksrepublik Bulgarien fand keine Zensurengebung statt.<sup>858</sup> Auf den Zeugnissen der neunten und zehnten Klassen erschienen aber Notizen über die Teilnahme an diesem Unterricht. Zudem erhielt jeder Schüler von der Jugendorganisation Komsomol ein „Testat“, dass er die Wehrausbildung im Lager absolviert hat. Schüler die nicht am Wehrunterricht teilgenommen hatten, erhielten kein Abschlusszeugnis der Schule.

Während den Lehrern für den Wehrunterricht seit längerer Zeit spezielle Fachdidaktiken für die Schießausbildung, die Militärtopografie und die Zivilverteidigung zur Verfügung standen und ihnen darüber hinaus ein Buch mit allen Inhalten und methodischen Hinweisen für das Fach in die Hand gegeben worden war, erhielten die Schülerinnen und Schüler erst 1980 ein eigens für das Unterrichtsfach entwickeltes Lehrbuch.<sup>859</sup>

Auch in Bulgarien sollte die militär-patriotische Erziehung nicht nur Angelegenheit des Wehrunterrichtes sondern vielmehr „immanenter Bestandteil des gesamten Bildungs- und Erziehungsprozesses“ sein.<sup>860</sup> Erwähnenswert ist

---

<sup>855</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 7.

Die VR Bulgarien gliederte sich in 28 Bezirke, wobei den größten Bezirk mit über eine Million Einwohner die Hauptstadt Sofia bildete. Die kleinsten Bezirke mit jeweils 170.000 Einwohnern waren Vidin, Targoviste und Silistra (Stand 1978 Vgl. Göschel u. a. 1978: S. 360 f.).

<sup>856</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 18.05.1979: S. 6.

<sup>857</sup> Vgl. Ebd.: S. 9.

<sup>858</sup> Vgl. Ebd.: S. 10.

<sup>859</sup> Vgl. Ebd.: S. 6.

<sup>860</sup> Vgl. Ebd.: S. 2.

zudem, dass bereits die bulgarischen Schülerinnen und Schüler der Klassen fünf bis sieben in jährlich zehn Stunden – außerhalb der Stundentafel – eine Ausbildung in Zivilschutz absolvieren mussten.

Wie in der Sowjetunion war der Wehrunterricht in der Volksrepublik Bulgarien für die jungen Männer die letzte militärische Pflichtübung vor dem Beginn des Wehrdienstes.<sup>861</sup> Im Zuge des Systemwandels wurde das Unterrichtsfach auch aus den bulgarischen Schulen entfernt.<sup>862</sup>

## **4.4 Das Fach in der Volksrepublik Polen**

### **4.4.1 Die Entwicklung bis in die Mitte der achtziger Jahren**

Bereits im Schuljahr 1967/68 wurde der Wehrunterricht (Verteidigungsvorbereitung) in der Volksrepublik Polen an den Lyzeen sowie in der Berufsausbildung etabliert.<sup>863</sup> Ab 1969 erfolgte die Unterrichtung dieses Faches auch in den siebenten und seit 1970 in den achten Klassen der allgemeinbildenden Grundschulen – in jeweils einem Schulhalbjahr in einer Wochenstunde. Schon 1974 wurde aber eine Konzentration des Unterrichtsfaches in der Grundschule auf die achte Klassenstufe vollzogen.<sup>864</sup> Der in diesem Jahr revidierte Lehrplan<sup>865</sup> für den in einer Wochenstunde gegebenen Wehrunterricht der Achtklässler – Jungen und Mädchen - hatte folgendes Aussehen<sup>866</sup>:

---

<sup>861</sup> Vgl. Ebd.: S. 10.

<sup>862</sup> Vgl. Bandoly 1996: S. 24 ff. u. 44 ff.

<sup>863</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 77.

<sup>864</sup> Vgl. Ebd.: S. 189.

<sup>865</sup> Der Lehrplan wurde bereits 1971- nach Abstimmung mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung und dem Ministerium für Bildung und Hochschulen – vom Institut für Schullehrpläne vorgelegt. Er wurde aber erst am 19. April 1974 vom Bildungsministerium genehmigt (Vgl. Schulz 1984: S. 155).

<sup>866</sup> Vgl. Ebd. : S. 189 und Anhang S. 55.



Themenkomplex	Stundenzahl Insgesamt	Anteil der Stunden	
		Theorie	Praxis
Einführungsstunde	1	1	
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
1. Der Schutz des Vaterlandes als Pflicht jedes Staatsbürgers	1	1	
2. Die polnische Jugend im Kampf um die Befreiung des Staates und Volkes	1	1	
3. Die polnische Volksarmee im Dienst des Volkes	1	1	
4. Die Ausrüstung der Polnischen Volksarmee	2	2	
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>			
1. Gegenwärtige Kampfmittel und das Verhalten bei ihrem Einsatz	3	3	
2. Der Schutz der Bevölkerung vor der Wirkung der heutigen Kampfmittel und Sanitätsausbildung	15	4	11
3. Umgang mit Fundmunition	1	1	
4. Brandschutz	4	2	2
5. Exerzierausbildung (Ordnungsübungen)	2		2
6. Abschlussappell	1		1
	<b>32</b>	<b>16</b>	<b>16</b>

Obwohl natürlich auch dieser Lehrplan von der Grundintention der propagandistischen Beeinflussung auf der einen Seite und der der praktischen Vermittlung wehrerzieherischer Aspekte und solchen der Zivilverteidigung bestimmt war, fällt doch auf, dass auch hier die ideologische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System zumindest nicht explizit hervorgehoben wurde. Zudem fällt ins Auge, dass im Praxisbereich die Beschäftigung mit den Aufgaben der Zivilverteidigung eindeutig im Vordergrund stand. Ordnungsübungen und der damit verbundene militärische Drill spielten im Vergleich zum Unterricht in der UdSSR oder in Bulgarien keine wesentliche Rolle. Eine Schießausbildung fand überhaupt nicht statt. Zusätzlich zu dieser Stundentafel wurden am Ende des Schuljahres eine Reihe von Veranstaltungen – zunächst auf Schulebene, dann im Rahmen einer Wojewodschaft<sup>867</sup> und schließlich in einem zentralen republikweiten Wettkampf - durchgeführt, die Elemente der Zivilverteidigung und des Wehrsports enthielten.<sup>868</sup> In diesem Zusammenhang fanden auch

<sup>867</sup> Die Volksrepublik Polen gliederte sich in insgesamt 49 Wojewodschaften, die von der Bevölkerungszahl kleinste Wojewodschaft war Chełm mit 220.000 Einwohnern, die größte Katowice mit 3.540.000 Einwohnern (Stand 1978 Vgl. Göschel u. a. 1979: S. 440 f.).

<sup>868</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 3.

Schießwettkämpfe statt – allerdings nicht mit der Kalaschnikow sondern *nur* mit Kleinkaliberwaffen.

Ebenfalls am Ende des Schuljahres der achten Klasse wurden Wehrlager organisiert, von denen es zwei Typen gab.<sup>869</sup> In den ersten Typ fuhren jeweils zwei bis drei Jungen oder Mädchen einer Schule, die sich im Wehrunterricht besonders hervorgetan hatten und die im Camp nun in vier Wochen zu Helfern des Wehrunterrichtslehrers ausgebildet wurden. Die ausgewählten Jungen sah man darüber hinaus als potentielle Offiziere der polnischen Armee an, denen in diesem Rahmen eine besondere Förderung zuteil werden sollte.<sup>870</sup> Ein solches Lager wurde in jeder Wojewodschaft durchgeführt. Der wehrerzieherische Unterricht umfasste ein tägliches Pensum von drei Stunden und zudem Treffen mit Armeeangehörigen, Exkursionen zu Gedenkstätten und „gesellschaftlich nützliche Arbeit“.<sup>871</sup> Die Haupttätigkeit der Jugendlichen während des vierwöchigen Aufenthaltes war aber offensichtlich Sport und „Freizeitgestaltung anderer Art“, was den Wehrlagern im Vergleich zu denen in der Sowjetunion oder in Bulgarien eher „den Charakter von Erholungslagern“ verlieh.<sup>872</sup>

Den zweiten Lagertyp bildeten Speziallager für Segelflieger, Fallschirmspringer, Tauchsportler, Rettungsschwimmer und Schützen, zu denen sich die Jugendlichen ebenfalls freiwillig melden konnten.<sup>873</sup> Es bestand also insgesamt keine Pflicht zur Teilnahme an einem Wehrcamp. Auch letztgenannte Lager hatten zudem eher den Charakter von Ferienlagern als den von Armeekasernen. Nichtsdestotrotz war natürlich auch hier der Aspekt der Werbung zukünftiger Militärkader Hauptgrund der Durchführung.

Nach Beendigung der achtklassigen Grundschule sollte sich für die polnischen Jugendlichen entweder der dreijährige Besuch eines Lyzeums bzw. Technikums (Fachoberschulreife) oder eine Ausbildung an einer Berufsgrundschule (ein oder zwei Jahre) anschließen.<sup>874</sup> Nach der Absolvierung der Berufsschule konnte wiederum eine zweijährige Technikumsausbildung (Abendschule für Berufstätige) begonnen werden. In diesem gesamten Sekundarschulkomplex befand sich bereits in den sechziger, siebziger und frühen achtziger Jahren das größte Stundenvolumen des Wehrunterrichtes. Dieses umfasste – wiederum für Jungen und Mädchen - das folgende Gesamtprogramm<sup>875</sup>:

---

<sup>869</sup> Vgl. Ebd.: S. 2 f.

<sup>870</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Ilter, ... 1978.

<sup>871</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 3.

<sup>872</sup> Vgl. auch BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 3.

<sup>873</sup> Die Werbung für diese im Sommer durchgeführten Camps erfolgte im Frühjahr des jeweiligen Jahres unter anderem mit einem „Farbfilm“ „Wehrlager“ (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10.1980: S. 3).

<sup>874</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 55 / Januszkiewicz 1973: S. 27 ff.

<sup>875</sup> Vgl. Schulz ebd.

Themenkomplex	Stundenzahl		
	Lyzeum/ Technikum Klasse 9-11	Berufsgrundschule/ erstes oder zweites Lehrjahr	Technikum nach Berufsgrundschule/ erstes u. zweites Jahr
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
Der Schutz des Vaterlandes und die Bedeutung der Zivilverteidigung	3		2
Die Paktsysteme / Imperia- listische Paktsysteme und deren ideologische Kriegs- führung / Das Bündnis der Warschauer Vertragsstaaten	6		6
Die Polnische Volksarmee, Bedeutung und Ausrüstung /Der Wehrdienst/Die beruf- liche Ausbildung in der Ar- mee / Der polnische Soldat	9	6	4
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>			
Die politische Lage in der Welt / Waffensysteme und ihre Wirkungen / Schutz- maßnahmen	9		8
Schutzausbildung	25	12	8
Sanitätsausbildung	36	13	8
Brandschutz und Umgang mit Fundmunition	7	2	4
Topografie	16		16
Nachrichtenwesen	12		14
Schießausbildung	24		28
Ordnungsübungen <sup>876</sup>	12	4	
	<b>159</b>	<b>37</b>	<b>98</b>

An den zum Abitur führenden Schulen setzten sich nun also auch die polnischen Schülerinnen und Schüler im Themenkomplex „Wehrpolitische Erziehung“ neben relevanten Facetten der polnischen Geschichte mit der feindlichen Ideologie der NATO auseinander – und zwar in ähnlicher Art und Weise wie in den anderen bisher behandelten Ländern durch die Kontrastierung mit den scheinbar friedliebenden Intentionen des sozialistischen Militärblocks. Allerdings wurde dieser Auseinandersetzung - wie der gesamten „Wehrpolitischen Erziehung“ – im Lehrplan viel weniger Unterrichtsvolumen zugewiesen

<sup>876</sup> An den Technikums, die von ausgelernten Facharbeitern besucht werden konnten, war für Ordnungsübungen kein eigener Themenkomplex eingeplant, sie waren aber in andere Stoffgebiete integriert (Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 55).

als der „Wehrfachlichen Ausbildung“. Für die Berufsgrundschüler sah der Lehrplan diese ideologische Schulung nicht vor. Das Programm dieses Schultyps kann überhaupt, mit nur siebenunddreißig Stunden - und damit nicht mal einem Viertel des zeitlichen Pensums der Lyzeen - , als eine Minimalvariante angesehen werden, die in der Tat nur das Erlernen von wenigen Grundkenntnissen für den späteren Wehrdienst bzw. den Einsatz in den ZV-Gruppen einbezog. Die Berufsgrundschüler bildeten aber innerhalb des polnischen Sekundarschulbereiches die größte Absolventengruppe.<sup>877</sup> Darüber hinaus war es auch in Polen keine Selbstverständlichkeit, nach dem Besuch der Grundschule die Ausbildung weiter fortzusetzen. So nahmen in dem stark von der Agrarwirtschaft<sup>878</sup> geprägten Land noch am Ende der siebziger Jahre fünfzig bis sechzig Prozent der Jugendlichen keine Sekundarschulbildung auf.<sup>879</sup> Somit war der Wehrunterricht auch in der Volksrepublik Polen vorrangig auf die Abiturienten, die spätere Elite des Landes ausgerichtet. Dies schloss allerdings auch die zum Abitur führenden Technikums für Berufstätige mit ein, obwohl ein Großteil dieser Schüler den Wehrdienst bereits absolviert hatte.

Schaut man sich die Stundenverteilung auf die einzelnen Themenkomplexe an, erkennt man, dass der Schwerpunkt des Wehrunterrichtes bei allen Schultypen im Bereich der Zivilverteidigung lag.<sup>880</sup>

Die als militärisches Teilelement einzuordnende Schießausbildung wurde in den polnischen Lyzeen und Technikum *nur* mit Kleinkaliberwaffen durchgeführt.<sup>881</sup> Seltsamerweise erhielten die Berufsgrundschüler, die schließlich das Gros der polnischen Soldaten bilden würden, im Rahmen des Wehrunterrichtes keine Schießausbildung. Wie in der Grundschule kamen sie lediglich zum Schuljah-

---

<sup>877</sup> Im Schuljahr 1970/71 machten an den allgemeinbildenden Lyzeen 66.000 Schüler das Abitur, 168.000 Schüler machten einen Abschluss an einer berufsbildenden Schule mit integrierter Oberschulbildung und über 230.000 Jugendliche beendeten die Berufsgrundschule (Vgl. Januszkiewicz 1973: S. 30). An dieser Aufteilung änderte sich aufgrund der materiellen und politischen Probleme des Landes sowie proletarisch-dogmatischer Ideologie – unqualifizierte, aber eben proletarische Arbeit, besser zu entlohnen als qualifizierte Arbeit – auch in den späteren siebziger und frühen achtziger Jahren kaum etwas (Vgl. Muszynski 1991: S. 121 f.).

<sup>878</sup> Anders als in den anderen sozialistischen Ländern konnte die Kollektivierung in der Landwirtschaft in der Volksrepublik Polen nur in Ansätzen durchgesetzt werden. So wurden am Ende der siebziger Jahre 77,9 % aller landwirtschaftlichen Produkte in privaten Betrieben – meist kleinen Bauernhöfen – erzeugt (Vgl. Göschel u. a. 1979: S. 442).

<sup>879</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 3.

<sup>880</sup> Vgl. Ebd.: S. 5.

Lück schreibt in einem Reisebericht 1980: „[...] nur 15-20% des Stoffes des WU enthalten militärische Probleme, alles andere ist Zivilverteidigung.“ (Ebd.)

<sup>881</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 3, 5 u. 7.

resende im Rahmen von Wettkämpfen mit diesen Waffen in Berührung.<sup>882</sup> Dagegen nahm das Kleinkaliberschießen für die teilweise schon gedienten Schüler des zweiten Bildungsweges prozentual von allen Schultypen den größten zeitlichen Umfang ein.

Im gesamten polnischen Sekundarschulbereich war in den sechziger und siebziger Jahre für den Wehrunterricht keine allgemeine Lagerausbildung vorgesehen. Es bestand aber auch für die Schülerinnen und Schüler dieser Altersklassen die Möglichkeit, sich freiwillig für ein Taucher-, Fallschirmspringer- oder Segelcamp zu melden.<sup>883</sup>

Es wurde bereits erwähnt, dass zwei bis drei ausgewählte Jungen und Mädchen einer Schule - die sich beim Wehrunterricht in der achten Klassenstufe besonders engagiert gezeigt hatten - in einer vierwöchigen Lagerausbildung zu Helfern des Wehrunterrichtslehrers ausgebildet wurden. In dieser Rolle kamen sie ab der 9. Klasse des Sekundarschulbereiches zum Einsatz, um z. B. die Arbeit einer kleinen Schülergruppe anzuleiten. Hier wird ein Ansatz in der Unterrichtsmethodik des Wehrunterrichtes erkennbar, der diese von der bisher dargestellten Frontalunterweisung unterscheiden lässt. Beim polnischen Wehrunterricht sollten alle Schülerinnen und Schüler auch in die Unterrichtsgestaltung miteinbezogen werden.<sup>884</sup> Die Umsetzung dieser Intention sollte unter anderem durch die umfangreiche Auseinandersetzung der Jugendlichen mit Arbeitsmaterialien, Modellen, Dias etc. geschehen, die sie auch zum Teil selber zusammen mit dem Fachlehrer herstellten.<sup>885</sup> Ausschlaggebend für die wirkliche Realisierung eines Schulunterrichtes und keines Armeedrills in der VR Polen dürfte auch die seit 1973 praktizierte professionelle Lehrerausbildung gewesen sein, auf die in dieser Arbeit noch eingegangen wird. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass auch in Polen ein großer qualitativer Unterschied zwischen Land- und Stadtschulen herrschte, was insgesamt die Umsetzung der Vorstellungen für den Wehrunterricht – vor allem in den vielen Dorfgrundschulen – erschwert haben dürfte.<sup>886</sup>

#### 4.4.2 Die Reform des Wehrunterrichtes

In den siebziger Jahren wurden in der Volksrepublik Polen Pläne für eine Schulreform entwickelt, mit der in den achtziger Jahren unter anderem die Dauer der Grundschulausbildung schrittweise auf zehn Jahre erhöht werden

---

<sup>882</sup> Vgl. Ebd.: S. 3.

<sup>883</sup> Vgl. Ebd.

<sup>884</sup> Vgl. Ebd.: S. 7.

<sup>885</sup> Vgl. Ebd.: S. 6.

<sup>886</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 2.

sollte.<sup>887</sup> In diesem Zusammenhang war es auch vorgesehen, den Wehrunterricht ab 1986 auf die Klassen neun und zehn der verlängerten Einheitsschule zu konzentrieren.<sup>888</sup> Doch die Schulreform konnte hinsichtlich der Verlängerung der Grundschulausbildung nicht umgesetzt werden.<sup>889</sup> Die wirtschaftliche und politische Krisensituation Polens, die 1980 zur Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft in einem Ostblockstaat führte und im Dezember 1981 mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch Regierungs- und Armeechef General Jaruzelski ihren traurigen Höhepunkt erreichte, verhinderte dies.<sup>890</sup> Beim Wehrunterricht blieb zunächst alles beim Alten.<sup>891</sup> Aber bis 1987 wurden die neuen Pläne dann doch aus den Schubfächern geholt, das Unterrichtsfach in den Grundschulen nun ganz gestrichen und auf die Klassen neun und zehn der Lyzeen und Technikums begrenzt. In der Berufsausbildung und in den Technikums des zweiten Bildungsweges wurde hingegen weiter nach dem altem Muster unterrichtet.<sup>892</sup> Der Lehrplan für die Klassen neun und zehn der Lyzeen und *normalen* Technikums war nun wie folgt aufgebaut<sup>893</sup>:

Themenkomplex	Stundenzahl in den Klassen 9 und 10	
	Jungen	Mädchen
Wehrpolitische Erziehung		
Der Schutz des Vaterlandes und die Bedeutung der Zivilverteidigung	1	1
Paktsysteme / imperialistische Paktsysteme / Das Bündnis des Warschauer Vertrages	2	2
Die polnische Volksarmee, ihre Bedeutung und Ausrüstung/Wehrdienst/berufliche Ausbildung in der Armee/der polnische Soldat	4	

<sup>887</sup> Vgl. Muszynski 1991: S. 120.

<sup>888</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 3.

1986 sollten erstmals alle Neunt- und 1987 alle Zehntklässler nach den neuen Plänen unterrichtet werden. Zuvor war auch eine experimentelle Phase vorgesehen, in der ab 1983 in neunzehn Schulen das neue Lehrprogramm zunächst in der neunten und ein Jahr später auch in der zehnten Klassenstufe erprobt werden sollte (Vgl. Ebd.).

<sup>889</sup> Vgl. Muszynski ebd.

Andere Vorhaben dieser Reform, etwa die Auflösung der rund dreizehntausend kleinen Dorfschulen und die damit verbundene Gründung von größeren, besser ausgestatteten Gemeindeschulen, wurden verwirklicht (Vgl. Muszynski ebd.).

<sup>890</sup> Vgl. Ebd. / Meyer 1990: S.134 f./ Roos 1986: S. 333.

<sup>891</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 1 f. / Schulz 1984: Anhang S. 55.

<sup>892</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Riechert, Thielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>893</sup> Vgl. Schulz 1984: Anhang S. 55.

Die polnische Jugend im gesellschaftlichen System der Landesverteidigung und ihr Beitrag in der Geschichte Polens		2
<b>Wehrfachliche Ausbildung</b>		
Die politische Lage in der Welt/Waffensysteme und ihre Wirkungen/Schutzmaßnahmen	10	10
Schutzausbildung	13	8
Sanitätsausbildung	10	37
Brandschutz und Umgang mit Fundmunition	9	2
Topografie	4	
Nachrichtenwesen	7	4
Schießausbildung	25	25
Ordnungsübungen	13	9
	<b>98</b>	<b>100</b>

Die neuen Lehrpläne für den Wehrunterricht an den polnischen Lyzeen und Technikums mit der Konzentration auf die neunte und zehnte Klasse brachten eine deutliche Reduzierung des Gesamtstundenvolumens dieses Fach mit sich. Abiturienten hatten nun - auf ihre gesamte Schulzeit bezogen - beinahe nur noch die Hälfte der Stundenzahl der alten Pläne zu absolvieren. Wie beim alten Ausbildungsprogramm war weiterhin keine generelle Lagerausbildung vorgesehen. Diese blieb auf zwei bis drei ausgewählte Schülerinnen und Schüler einer Schule beschränkt.<sup>894</sup> Die inhaltliche Schwerpunktausrichtung auf die Zivilverteidigung bestand – trotz der fünfundzwanzig Übungsstunden im Kleinkaliberschießen - fort. Die reformierten Pläne beinhalteten in einigen Punkten eine Geschlechterdifferenzierung, die interessanterweise den Mädchen ein insgesamt geringfügig höheres Ausbildungspensum zuwies.

Die schon vordem eher schwach vertretene ideologische Ausbildung im Rahmen der „wehrpolitischen Erziehung“ wurde noch weiter gekappt und dürfte mit sieben Stunden bei den Jungen und fünf Stunden bei den Mädchen kaum noch von Bedeutung gewesen sein.<sup>895</sup>

#### 4.4.3 Organisation und Rahmenbedingungen

Auch in der Volksrepublik Polen war das Ministerium für Bildung und Erziehung für die zentrale administrative Leitung des Unterrichtsfaches

<sup>894</sup> Vgl. Riechert, Thielmann, ebd., 06.04.1987.

<sup>895</sup> Darüber, ob sich die politische Entwicklung in Polen auf die Veränderungen beim Wehrunterricht ausgewirkt hat, könnte an dieser Stelle nur spekuliert werden. Fest steht aber, dass der oben skizzierte Lehrplan bereits Ende der siebziger Jahre – also vor der Gründung der Solidarität und der späteren Verhängung des Kriegsrechts – in wesentlichen Zügen ausgearbeitet war (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 3 f.).

zuständig.<sup>896</sup> In jeder Wojewodschaft gab es aber einen aktiven Offizier, der - beraten von einem Kreis pädagogisch ausgebildeter Mitarbeiter - in diesem Gebiet für das Fach verantwortlich war. Darüber hinaus standen diesem Methodiker für den Wehrunterricht zur Verfügung, die selbst maximal vier Wochenstunden in diesem Fach an einer Schule unterrichteten und ansonsten bis zu einhundert-siebenzig Kollegen als Fachberater anleiteten.<sup>897</sup>

Aktive oder in Reserve befindliche Offiziere bildeten auch in der Volksrepublik Polen den Stamm der Lehrerschaft im Fach Wehrunterricht. Diese mussten sich aber seit 1972<sup>898</sup> für diese Tätigkeit an einer Sekundärschule einem vierjährigen bzw. – wenn sie bereits einen Hochschulabschluss besaßen - einem zweijährigen Fernstudium stellen.<sup>899</sup> Andere hier tätige Lehrkräfte – Männer und Frauen - hatten vordem in einem anderen Fach unterrichtet und in einem zweijährigen Fernstudium den Abschluss für den Wehrunterricht nachgeholt. Es bestand aber auch die Möglichkeit, dass Abiturientinnen und Abiturienten ein vierjähriges Lehramtsstudium in diesem Bereich aufnahmen. Bis Mitte der siebziger Jahre geschah dies in Kombination mit einem anderen Fach<sup>900</sup>, ab diesem Zeitpunkt in einem speziell auf den Wehrunterricht ausgerichteten Studiengang an den Pädagogischen Hochschulen<sup>901</sup> - z. B. in Krakow und

---

<sup>896</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 5.

<sup>897</sup> Vgl. Ebd.

<sup>898</sup> Vordem wurden die eingesetzten Lehrkräfte in dreiwöchigen Lehrgängen auf ihre Tätigkeit vorbereitet (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S.7).

<sup>899</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 125 / BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 6.

<sup>900</sup> Entweder in Kombination mit Geschichte, Geographie oder Sport (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 6).

<sup>901</sup> Vor dem Studium erfolgte eine Aufnahmeprüfung sowie – für diejenigen die Aufnahme fanden – eine Ausbildung als Instrukteur im Pfadfinderverband (BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S.8). Das Studium selbst hatte folgenden Aufbau (Vgl. Ebd.: S. 8 f.): Erstes Semester: Marxismus-Leninismus / Russisch und eine andere europäische Fremdsprache / Psychologie / allgemeine „pädagogische Fächer“ / technische Unterrichtsmittel. Zweites Semester: (militärische Ausbildung an einer Offiziershochschule / Beginn der speziellen Ausbildung für den Wehrunterricht): - Exerzierausbildung, - Dienstvorschriften, -Grundfragen der technischen Vorbereitung, - Schießen. Nach dem ersten Studienjahr folgte ein einmonatiges Praktikum als Instrukteur beim Pfadfinderverband. Drittes Semester: Marxismus-Leninismus / Fremdsprachen / Psychologie / Methodik der Tätigkeit in der Pfadfinderbewegung / Erziehungstheorie / Didaktik / Praktische Pädagogik (Kontakt mit einer Schule). 4. Semester: Teilnahme am Unterricht in einer Schule, um die praktische Tätigkeit des Wehrunterrichtslehrers kennen zu lernen. Methodik der Wehrvorbereitung / Grundlagen der Militärtopografie / Grundlagen des Schießens / Ausbilder als Leiter des Schießens. Nach dem 2. Studienjahr nahmen die Studentinnen und Studenten als stellvertretene Zugführer an einem Wehrlager teil, in dem die ab der neunten Klasse eingesetzten Helfer des Wehrunterrichtslehrers ausgebildet wurden. 5.



Bydgoszcz. Alle an einer Hochschule ausgebildeten Wehrunterrichtslehrer erhielten den akademischen Grad eines Magisters verliehen.<sup>902</sup> Für die Ausbildung der Wehrunterrichtslehrer an den Grundschulen wurde bis Anfang der achtziger Jahre in Warschau jährlich ein siebzig Stunden umfassender Kurs für insgesamt fünfzig Personen durchgeführt.<sup>903</sup>

Für den Wehrunterricht waren an den polnischen Schulen spezielle Fachräume eingerichtet worden, die – neben dem üblichen Propagandamaterial - in der Regel mit Fernseh- und Videogerät, Tonband, Dia- und Filmprojektor, einer entsprechenden Projektionsfläche sowie einer Verdunkelung ausgestattet waren.<sup>904</sup> In einigen Schulen wurde der Unterricht in den Fachräumen für Gesellschaftskunde durchgeführt. Manche Schulen hatten sich auch unter erheblichem materiellen Aufwand eigene Schießanlagen zugelegt. Der DDR-Erziehungswissenschaftler Lück besichtigte z. B. 1979 in einem Lyzeum in Knurow eine unter dem Schulhof liegende fünfzig Meter lange Röhre, in der auf beleuchtete Scheiben geschossen wurde.

Für den Wehrunterricht gab es in der Volksrepublik Polen ein spezielles Lehrbuch sowie „Methodische Hinweise für den Lehrer“.<sup>905</sup> Im Unterricht mussten die Schülerinnen und Schüler keine Uniformen tragen.<sup>906</sup> Wie in anderen Fächern wurden die Leistungen der Jugendlichen mit dem üblichen Zensurensystem bewertet.<sup>907</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Themen aus dem Wehrunterricht – z. B. zur Geschichte der polnischen Armee oder über den Besuch im Wehrlager - für die im Rahmen des Abiturs üblichen Abschlussarbeiten aufgegriffen werden konnten.<sup>908</sup>

Seit dem Beginn der siebziger Jahre wurde der Wehrunterricht von wissenschaftlichen Untersuchungen begleitet – z. B. an der Pädagogischen Hochschule

---

und 6. Semester: Marxismus-Leninismus / Psychologische Grundlagen der Erziehung / Erziehungstheorie / Seminar zur Vorbereitung der Abschlussarbeit / Praktische pädagogische Tätigkeit (2 Stunden Unterricht im Fach Wehrunterricht) / Technik im Militärwesen / Militärtopografie / Sanitätsausbildung / Grundfragen der Landesverteidigung / Methodik des Wehrunterrichtes. Nach dem dritten Studienjahr folgte wiederum eine Tätigkeit in einem Wehrlager, nun als Zugführer, verbunden mit der Materialsammlung für die Abschlussarbeit. 7. Semester: Einmonatiges Praktikum an der Schule, an der der Lehramtsstudent nach Abschluss seines Studiums arbeiten soll. 8. Semester: Schreiben der Abschlussarbeit / Abschlussprüfungen.

<sup>902</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 125.

<sup>903</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 8.

<sup>904</sup> Vgl. Ebd., Lück, Reisebericht über eine Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 6 f.

<sup>905</sup> Vgl. Ebd., Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10.1980: S. 5.

<sup>906</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>907</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Ilter, ... 1978.

<sup>908</sup> Vgl. Ebd., Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 15.06. 1979: S. 6 f.

Krakow und dem Institut für Lehrpläne in Warschau.<sup>909</sup> Dieser Forschungsbereich stand jedoch nicht nur im sporadischen Kontakt mit Kollegen aus den anderen Warschauer-Pakt-Staaten – wie dies in der DDR der Fall war. So weilten z. B. 1976 zwanzig Inspektoren für den Wehrunterricht aus Syrien für sechs Wochen in Polen, um sich über die Theorie und Praxis des Faches zu unterrichten.<sup>910</sup>

Der Wehrunterricht war in der Volksrepublik Polen ein Pflichtfach. Seit dem Ende der siebziger Jahre gab es aber eine Regelung, wonach die Schüler anstelle des Wehrunterrichtes an einem militärischen Unterricht teilnehmen konnten, der von der „Liga für Landesverteidigung“ (LOK)<sup>911</sup>, vom Motorsportverband oder vom Aeroclub durchgeführt wurde.<sup>912</sup> Hierbei handelte es sich aber offensichtlich weniger um eine Alternative zum normalen Unterricht als um eine besondere „Kadervorbereitung“ von ausgewählten Schülern.

1980 gipfelte die Entwicklung der polnischen Oppositionsbewegung in der Gründung der Solidarność und der kurzzeitigen Anerkennung dieser unabhängigen Gewerkschaft durch die kommunistische Führung. Schulz kommentierte 1984 in seiner Arbeit „Sozialistische Wehrezziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und der DDR“ diese Entwicklung unter weiterer Bezugnahme auf die in dieser Zeit als Wehrunterrichtslehrer tätigen Offiziere<sup>913</sup>:

„Es darf festgestellt werden, daß insbesondere diesen Kadern aus der Polnischen Volksarmee die Weiterführung des Wehrunterrichts in der Zeit der Konterrevolution von 1980 bis 1982 mit zu verdanken ist.“

Folgt man dieser Argumentation, hätte die Abschaffung des Wehrunterrichtes in Polen im Zuge des allmählichen Übergangs von der Diktatur zur Demokratie am Ende der achtziger Jahre<sup>914</sup>, spätestens aber mit der Wahl des Solidarność-

<sup>909</sup> Vgl. Ebd., Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 4.

<sup>910</sup> Vgl. Ebd.

<sup>911</sup> Vergleichbar mit der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) in der DDR (Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Sign. 11.821, Lück, Reisebericht über Dienstreise ... 27.10. 1980: S. 2).

<sup>912</sup> Vgl. Ebd.

<sup>913</sup> Schulz 1984: S. 125.

<sup>914</sup> Ende 1988 / Anfang 1989 bahnte sich in der PVAP-Führung der entscheidende Meinungsumschwung an, wirkliche Reformen zu wagen. Am 6. Februar 1989 machte dies Gespräche am „Runden Tisch“ unter Einschluss der eigentlich noch verbotenen unabhängigen Gewerkschaft Solidarność möglich, die für fast den gesamten Ostblock Vorbildwirkung haben sollten. Im April des selben Jahres wurde die Solidarität wieder zugelassen und erreichte bei den am 4. Juni 1989 abgehaltenen „halbfreien Wahlen“ zu den beiden Parlamentskammern fast alle frei zu wählenden Sitze (99 von 100 im Senat und alle 161 im Sejm). Nach der am Runden Tisch vereinbarten Regelung gingen bei diesen Wahlen aber immer noch 294 Sitze des Sejm an die PVAP bzw. an die Blockparteien und andere regierungstreue Gruppen. Trotzdem war die Niederlage für die PVAP nicht zu kaschieren. Folgerichtig trat Ministerpräsident Rakowski von seinem Amt zurück und Wojciech Jaruzelski, der 1981 das

Führers und Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa zum Staatspräsidenten (1990) erfolgen müssen. Dies war jedoch nicht der Fall. Obwohl der Systemwandel auch in Polen eine Reform des Bildungswesens<sup>915</sup> und eine damit verbundene ideologische Entrümpelung mit sich brachte, überlebte der Wehrunterricht ausgerechnet an den polnischen Lyzeen bis zum heutigen Tag.<sup>916</sup> Auch wenn das Fach in der VR Polen seinen Schwerpunkt in der Zivilverteidigung hatte, der ideologisch-propagandistische Abschnitt von eher untergeordneter Bedeutung war, es in seiner methodisch-didaktischen Ausrichtung einigermaßen schulgemäß umgesetzt wurde - und sich dadurch im Laufe der Zeit offenbar den Status eines *normalen* und fest etablierten Unterrichtsfaches erworben hat - muss dieses Fortbestehen verwundern.

## 4.5 Das Fach in der ČSSR

### 4.5.1 Die Entwicklung bis in die Mitte der achtziger Jahre

Als die KPČ am Ende der sechziger Jahre den „Prager Frühling“ als „Konterrevolution“ verdammt hatte und nicht zuletzt unter dem Druck der eigenen Verbündeten im Warschauer Pakt darauf bedacht war, das ganze Land wieder auf Kremkurs zu bringen, wurde dem Bildungswesen eine besondere Rolle und Verantwortung zugewiesen.<sup>917</sup> Eine bedeutende Rolle spielte dabei die Reaktivierung und Modifizierung der Wehrerziehung an den Schulen der ČSSR im Kontext der Wiederbelebung des 1968 fast eingeschlafenen Gesamtsystems der

---

Kriegsrecht in Polen verhängt hatte, hielt fest: „Die führende Rolle der PZPR [PVAP], mechanisch verstanden, ist Geschichte.“ (Schmidt-Rösler 1996: S. 244) Die Solidarność nutzte die schwere Krise der Kommunisten und die sie unterstützende allgemeine politische Stimmung im Lande jedoch nicht für eine schnelle revolutionäre Umgestaltung der Verhältnisse und setzte auf eine sukzessive Veränderung durch eine Zusammenarbeit mit der PVAP. So wurde in einer Sitzung der Nationalversammlung (Sejm und Senat) am 19. Juli 1989 Jaruzelski zum mit umfangreichen Machtbefugnissen ausgestatteten Staatspräsidenten gewählt. Jaruzelski wiederum ernannte am 20. August 1989 mit Tadeusz Mazowiecki den ersten bürgerlichen Premier Polens seit vierzig Jahren - gleichzeitig der erste nichtkommunistische Ministerpräsident im Ostblock (Vgl. Schmidt-Rösler 1996: S. 242 ff.).

<sup>915</sup> Nach dem Systemwandel wurde in Polen die Schulpflichtzeit auf neun Jahre verlängert. Diese gliedert sich in eine sechsjährige Grundschule und ein dreijähriges Gymnasium. Danach besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit, ein allgemeinbildendes Lyzeum (drei Jahre/Abiturausbildung), ein auf bestimmte Schwerpunkte ausgerichtetes Lyzeum (drei Jahre/Abiturausbildung), ein Technikum (vier Jahre/Technikerqualifikation und Hochschulreife) oder eine Berufsgrundschule (zwei bis drei Jahre) zu besuchen. Vor dem Besuch der drei erstgenannten Schultypen müssen die Schülerinnen und Schüler eine Aufnahmeprüfung absolvieren (Vgl. Hörner 2002: S. 389 f.).

<sup>916</sup> Vgl. Hörner 2002: S. 394.

<sup>917</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 118 / AAA/BMAA/DDR ZR/2050/69, Die Entwicklung des tschechoslowakischen Schulwesens ... 1968 / Švec, Hrabinská 2002: S. 502.

Wehrziehung.<sup>918</sup> Ab 1970 waren Wehrübungen für alle Schüler an Grund-, Mittel- und Berufsschulen obligatorisch.<sup>919</sup> Mit dem Schuljahr 1971/72 wurde schließlich auch ein Pflichtfach Wehrunterricht (Wehrerziehung) zunächst in den sechsten Klassen und in Jahresschritten bis 1974/75 auch in den siebenten, achten und neunten Klassen der tschechoslowakischen Grundschule mit einer Wochenstunde eingerichtet.<sup>920</sup> Anders als bei der Wehrerziehung in der Vergangenheit sollte nun mit dem neuen Schulfach vor allem der ideologischen Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen ein stärkeres Gewicht eingeräumt werden. So war in der Zeitschrift „Život strany“ unter der Überschrift „Parteilichkeit auch in der Wehrerziehung“ 1971 zu lesen<sup>921</sup>:

„Das Bedürfnis einer Betonung [...] des politizerzieherischen Charakters der Wehrerziehung ist um so größer, als er in der Vergangenheit oft zu einem einseitig fachlichen Herangehen an den Komplex Wehrerziehung und zu deren Verwechslung mit einer rein fachlichen Wehrausbildung kam.“

Die weltanschauliche Erziehung, die Formung systemtreuer Jasager über die ideologische Indoktrination sollte - nach den mit dem „Prager Frühling“ verbundenen liberalen Erscheinungsformen - nun sogar erstes Anliegen des Wehrunterrichtes wie des gesamten Systems der Wehrerziehung sein. Die praktischen wehrerzieherischen Übungen werden zu diesem Zeitpunkt als eher zweitrangig und unterstützend abgetan.<sup>922</sup> Folgerichtig wurden die im Wehrunterricht eingesetzten Lehrer angewiesen, bei den Schülerinnen und Schülern vor allem Emotionen für den Sozialismus, den sozialistischen Staat sowie das östliche Militärbündnis zu wecken. Dass diese gewünschte emotionale Beeinflussung in den frühen siebziger Jahren in der Praxis auch nur in Ansätzen realisiert werden konnte, darf angesichts der Erfahrungen, die die jungen Tschechen und Slowaken gerade mit dem blutigen Eingreifen der sozialistischen *Bruderländer* 1968 selbst machen mussten, stark in Zweifel gezogen werden. Ab 1975 wurden jedenfalls die ideologisch-propagandistischen Anstrengungen innerhalb des Wehrunterrichtes zurückgenommen und die Erreichung der gewünschten Konformität bei den Schülern stärker über die praktischen Wehrübungen gesucht.<sup>923</sup>

Im Schuljahr 1978/79 erfolgte schließlich eine einschneidende strukturelle Reform des Unterrichtsfaches. Der Wehrunterricht wurde ganz aus den Grundschulen entfernt und dafür in den Klassen zehn und elf der Sekundarschulen –

<sup>918</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: S. 86 ff.

<sup>919</sup> Vgl. Ebd.: S. 106 / Schulz 1984: S. 76.

<sup>920</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 77 u. 119 /BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26.NL, Günther 1973/ Oschlies 1977 b: S. 106.

<sup>921</sup> Djubek, Život strany Nr. 17, 1971: S. 43-45, so zitiert von Oschlies 1977 b: S. 106.

<sup>922</sup> Vgl. Oschlies 1977 b: S. 108.

<sup>923</sup> Vgl. Ebd.: S. 109.

also der Mittel-, Fachmittel- und Berufsschulen (Berufsmittelschulen) – angesiedelt.<sup>924</sup> Ähnlich wie bei der Entfernung der GST-Grundorganisationen aus den POS in der DDR 1967 war dieser Schritt der Einsicht geschuldet, dass eine Erziehung unter dem Einsatz vor allem militärischer und militärverwandter Elemente eher bei Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen anzusiedeln ist als bei den Kindern der Grundschule, die damit in der bisherigen Form offensichtlich überfordert gewesen waren. Das bedeutet jedoch nicht, dass die jüngeren Altersgruppen in der ČSSR nun ganz von der Wehrerziehung verschont blieben. Die 1970 eingeführten Wehrübungen bestanden fort.<sup>925</sup>

Als Zielsetzungen für die Klassen zehn und elf werden in dem neuen Lehrplan – der insgesamt nur elf Seiten umfasste - neben der Vorbereitung auf den Armeedienst bzw. auf die Zivilverteidigung sowie der Werbung der Jungen für einen militärischen Beruf auch die Vermittlung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und weiterer ideologischer Elemente genannt. Die Jugendlichen sollten durch das Fach „bewußte und aktive Erbauer und Verteidiger des Sozialismus“ werden.<sup>926</sup> Gleichwohl wird aber deutlich, dass nun der politisch-weltanschaulichen Erziehung gegenüber der wehrfachlichen Ausbildung weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ein Überblick über die Stunden- tafeln des Wehrunterrichtes in den beiden Klassenstufen beweist das<sup>927</sup>:

<b>Stoffkomplexe in der 10. Klasse</b>	<b>Stundenzahl insgesamt</b>	<b>Stundenzahl Theorie</b>	<b>Stundenzahl Praxis</b>
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
1. Krieg und Frieden in der gegenwärtigen Epoche	3	3	
2. Die Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik	2	2	
3. Aktuelle Fragen der Wehrpolitik	1	1	
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>			
1. Individueller Schutz gegen Massenvernichtungswaffen	3	2	1
2. Erste Hilfe	9	1	8
3. Grundlagen des Schießens	6 (Jungen) 4 (Mädchen)	1	5 <sup>928</sup> (Jungen) 3 (Mädchen)

<sup>924</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 150.

<sup>925</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988. S. 3 / Schulz: S. 152.

<sup>926</sup> Lehrplan, Abschnitt: „Inhalte des Unterrichts Wehrerziehung“ so zitiert von Schulz 1984: S. 151 ff.

<sup>927</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 186 ff.

<sup>928</sup> Von diesen fünf Ausbildungsstunden wurden zwei in der außerunterrichtlichen Zeit durchgeführt (Vgl. Schulz 1984: S. 187).

4. Orientierung im Gelände	7		7
5. Kontrollübungen	4		4
	<b>35 (Jungen)</b> <b>33 (Mädchen)</b>	10	<b>25 (Jungen)</b> <b>23 (Mädchen)</b>
<b>Stoffkomplexe in der 11. Klasse</b>			
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
1. Internationaler Charakter der Verteidigung des Sozialismus	2	2	
2. Die Tschechoslowakische Volksarmee – fester Bestandteil des Warschauer Vertrages	3	3	
3. Aktuelle Fragen der Wehrpolitik	1	1	
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>			
1. Armeetechnik	3 (Jungen)	1 (Jungen)	2 (Jungen)
2. Kollektiver Schutz gegen Massenvernichtungswaffen	4	2	2
3. Erste Hilfe	10 (Mädchen) 6 (Jungen)		10 (Mädchen) 6 (Jungen)
4. Grundlagen des Schießens	5 (Jungen) 4 (Mädchen)		5 (Jungen) 4 (Mädchen)
5. Orientierung im Gelände	5		5
6. Kontrollübungen	4		4
	<b>33</b>	<b>9 (Jungen)</b> <b>8 (Mädchen)</b>	<b>25 (Mädchen)</b> <b>24 (Jungen)</b>

Die Reduzierung der ideologisch-propagandistischen Elemente im Lehrplan von 1978 bedeutete jedoch nicht, dass die Führung in Prag nun auf die Bewusstseinsbeeinflussung der jungen Generation durch den Wehrunterricht verzichtete und darin eine bloße Vorbereitung auf den Armeedienst bzw. auf die Zivilverteidigung sah. Wie bei den meisten zuvor in dieser Arbeit skizzierten Länderbeispielen sollte das Erziehungsziel eines systemkonformen Menschen nun in erster Linie über die praktischen Wehrübungen des Unterrichtsfaches bzw. über den insgesamt im Wehrunterricht praktizierten besonderen Ordnungscharakter erreicht werden. Schulz schreibt in diesem Zusammenhang in seinem schon mehrfach erwähnten Lehrplanvergleich<sup>929</sup>:

„[D]er Wehrunterricht [ist] vornehmlich auf die praktische Tätigkeit akzentuiert [...] und [wird] vornehmlich im Freien, in der Turnhalle oder in fachspezifischen Räumen und Stätten – wie Schutzunterkünften, Schießständen, Fachunterrichtsräumen u. ä. – durch[ge]führ[t] [...] [D]ie Aufmerksamkeit der Fachlehrer [wird] auf die ständige Erhöhung der psychischen und physischen Widerstandsfähigkeit [...] der Schüler, die Entwicklung von Entscheidungsfreudigkeit und

<sup>929</sup> Schulz 1984: S. 154.

Gewohnheiten im Kommandieren, in der Einhaltung der bewußten Disziplin und militärischen Ordnung sowie der Achtung der Vorgesetzten und der Beachtung eines tadelfreien Äußeren [...]“ gerichtet.

Trotz der punktuellen Schwerpunktsetzungen der Jungen auf die Schießübungen sowie die Behandlung der Armeetechnik und der Mädchen auf die Erste Hilfe lief der Wehrunterricht in der ČSSR im Wesentlichen koedukativ ab. Militärische Themen und solche der Zivilverteidigung waren in ihm etwa zu gleichen Teilen vertreten.

Betrachtet man die insgesamt zwölf Stunden der „wehrpolitischen Erziehung“, fallen Parallelen zu den bisher vorgestellten Länderbeispielen ins Auge: Auch hier findet sich die schwarz-weiß Gegenüberstellung von friedliebendem sozialistischen und kriegstreiberischem *imperialistisch*-kapitalistischen Lager und schließlich die Stilisierung der tschechoslowakischen Streitkräfte in der Gemeinschaft des östlichen Militärbündnisses unter der Führung der Sowjetarmee als Friedensgarant.

Zu erwähnen ist im Zusammenhang mit den Veränderungen von 1978 auch, dass die seit Anfang der siebziger Jahre für alle Klassenstufen durchgeführten Wehrübungen in der zwölften Klasse auf fünf bis sieben Tage (dreißig bis dreiunddreißig Stunden) ausgeweitet wurden.<sup>930</sup>

Ein Wehrlager sah der Lehrplan von 1978 noch nicht vor.<sup>931</sup> Angesichts der vollzogenen Schwerpunktverlagerung auf wehrfachliche Dinge überrascht, dass die technische Ausstattung für den Unterricht – im Vergleich zu den bisher behandelten Länderbeispielen - eher einfach blieb. So erfolgte etwa die Schießausbildung *nur* mit Luftgewehren.<sup>932</sup>

Mit Blick auf die methodische Gestaltung des Faches wird im Lehrplan sehr unverbindlich von einer „breiten Palette“ gesprochen, mit der den Schülerinnen und Schülern verbal und anschaulich die Inhalte vermittelt werden sollten.<sup>933</sup> Schulz bemerkt in diesem Zusammenhang<sup>934</sup>:

„Bezüglich der detaillierten Erziehungsplanung durch den Fachlehrer gibt er [der Lehrplan] nur begrenzt Vorlauf. Über die notwendige Zuhilfenahme von Folgematerialien (für diesen Zweck) wird die Arbeit des Lehrers nicht erleichtert. Will er ohne die Folgematerialien auskommen, benötigt er eine solide und fundierte methodisch-didaktische Ausbildung.“

---

<sup>930</sup> Vgl. Ebd.: S. 186.

<sup>931</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>932</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988. S. 8.

<sup>933</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 153.

<sup>934</sup> Ebd.: S. 154

Mit anderen Worten: die Qualität des Unterrichtes war sehr stark vom persönlichen Geschick der Lehrkräfte abhängig, die einzelnen Abschnitte des Plans im Unterricht umzusetzen. Beachtenswert ist allerdings die besondere Betonung der Bedeutung von Leitungseinschätzungen im Lehrplandokument, deren „stimulierende Wirkung“ den Gesamtprozess des Unterrichts fördern sollte.

Wie bei der Reform des Wehrunterrichtes in der VR Polen in der Mitte der achtziger Jahre wurde auch bei den Veränderungen in der ČSSR eine erhebliche Reduzierung des Stundenvolumens vorgenommen. Selbst wenn man den obligatorischen Wehrkurs in der zwölften Klasse mitzählt, steht unterm Strich eine Reduzierung der Stundenzahl um etwa 25 Prozent zu Buche. Fast gewinnt man den Eindruck, dass sich hier das Entspannungsklima des KSZE-Prozesses auswirkte. Dabei meldeten sich gerade in der Tschechoslowakei im Zuge dieses Prozesses verstärkt die Stimmen von Bürgerrechtlern für Menschenrechte und Demokratie zu Wort, deren als „konterrevolutionär“ diffamierter Einfluss auf die junge Generation die kommunistische Führung nach 1968 ja nicht zuletzt mit dem Wehrunterricht hatte bekämpfen wollen.<sup>935</sup>

Angesichts des auch im Bildungswesen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu findenden permanenten Herumdokterns an Lehrplänen und Strukturen ist es allerdings auch möglich, dass die Reform am Ende der siebziger Jahre gar nicht mit zeitgeschichtlichen oder anderen Ereignissen in Zusammenhang zu bringen ist und schlichtweg aus einem ständigen Veränderungsdrang resultierte, dessen Prinzip Petr Pokorny mit „[t]otale Willkür wurde zur Arbeitsmethode“ charakterisierte.<sup>936</sup>

#### **4.5.2 Die Reform des Wehrunterrichtes in der Reform des Schulwesens von 1984**

In den zweiundvierzig Jahren realsozialistischer Herrschaft in der ČSSR wurden insgesamt acht Schulgesetze erlassen, die jeweils fast umfassend die alten Strukturen zerschlugen und neue installierten.<sup>937</sup> Zudem fanden regelmäßig kleinere Veränderungen statt. Vier der Schulgesetze betrafen die Hochschulen und vier die „kleinen“ Schulen des Primar- und Sekundarschulbereiches. Die letzte dieser Gesetzesnovellen trat zum Schuljahr 1984/85 in Kraft. Kernpunkt der Veränderungen war die Verlängerung der Schulpflicht von neun auf zehn Jahre, wodurch alle Schülerinnen und Schüler in den Genuss einer „mittleren“ Bildung kommen sollten.<sup>938</sup> Genau betrachtet bedeutete diese Reform jedoch für die meisten der Jugendlichen eine Verkürzung der Schulzeit, da die Grund-

<sup>935</sup> Vgl. Gasteyger 2001: S. 321 / Erklärung Charta 77, 01.01. 1977 in: Ebd.: S.329 ff.

<sup>936</sup> Vgl. Pokorny 1991: S. 85.

<sup>937</sup> Vgl. Ebd.: S. 85 ff./ von Kopp 1984: S. 99 f.

<sup>938</sup> Vgl. Pokorny.: S. 88 f.



schulausbildung um ein Jahr reduziert wurde. Nur für den kleinen Teil<sup>939</sup> eines Jahrgangs, der bisher die Grundschule nach neun Jahren verlassen und direkt ein Arbeitsverhältnis aufgenommen hatte, verlängerte sich die Ausbildungszeit – durch den Pflichtcharakter der zweijährigen Berufsausbildung – tatsächlich. Auch für den Wehrunterricht brachten die Reformen des Schulgesetzes von 1984 Veränderungen mit sich: An allen tschechoslowakischen Sekundarschulen wurde das Fach nun in der neunten und zehnten Klasse in einer Wochenstunde unterrichtet.<sup>940</sup> Die Schülerinnen und Schüler der Berufsmittelschulen – also das Gros der Jugendlichen - mussten zudem den Wehrunterricht im elften Schuljahr (3. Lehrjahr) absolvieren. Auf den ersten Blick hatte diese strukturelle Veränderung also ein Resultat zur Folge, das konträr zur Situation in Polen stand, wo im Rahmen des Wehrunterrichtes den Abiturienten eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde und der Unterricht der Berufsschüler nur in einer Minimalvariante erfolgte. Diese Einschätzung greift aber zu kurz, weil sie den Gesamtkontext des Systems der tschechoslowakischen Wehrerziehung nicht berücksichtigt. Danach bildeten die dreiunddreißig Stunden Wehrunterricht im dritten Lehrjahr für die Berufsschüler bzw. zukünftigen Soldaten in unteren Diensträngen den Abschluss der obligatorischen Wehrerziehung vor dem Antritt ihres Wehrdienstes. Für Abiturienten war in der Regel eine andere Laufbahn vorgegeben. Alle männlichen Studenten mussten während ihres Studiums die Veranstaltungen der Lehrstühle für „Militärische Ausbildung“ besuchen.<sup>941</sup> Im vierten Semester hatten sie zudem eine praktische Ausbildung in einer Waffengattung der Armee zu absolvieren, die schon zum regulären Wehrdienst gehörte. Nach dem Abschluss des Studiums folgte dann eine weitere Wehrpflichtzeit von zwölf Monaten, die die Absolventen bereits im Offiziersrang antraten.

---

<sup>939</sup> 1980 nahmen etwa drei Prozent der Schülerinnen und Schüler nach dem Verlassen der Grundschule direkt eine Arbeit – mit begleitenden Schulunterricht – auf, zirka 16 % besuchten eine Mittelschule, 24 % eine Fachmittelschule und 54 % eine Berufsmittelschule (5 % vierjährige Ausbildung mit Hochschulreife). Weitere drei Prozent besuchten bis zum sechzehnten, siebzehnten oder achtzehnten Lebensjahr Sonderschuleinrichtungen (Vgl. von Kopp 1984: S. 101)

<sup>940</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988. S. 3.

<sup>941</sup> Vgl. Ebd. S. 4.

Die jungen Männer, die wegen gesundheitlicher Gründe vom Wehrdienst befreit worden waren, mussten während ihres Studiums zusammen mit ihren Kommilitoninnen insgesamt fünfundvierzig Stunden im Fach „Verteidigung des sozialistischen Staates“ absolvieren, das von den Lehrstühlen für Wehrerziehung im zweiten Studienjahr unterrichtet wurde. Zudem hatten sie – wie auch alle Studentinnen – in den Sommer- und in den Winterferien Wehrlager zu absolvieren (Vgl. Ebd.).

Der Lehrplan des Wehrunterrichtes, der mit einer Wochenstunde in die normalen Stundentafeln der Mittel-, Fachmittel-<sup>942</sup> und Berufsmittelschulen eingetaktet war, besaß folgendes Gesamtbild<sup>943</sup>:

<b>Stoffkomplexe in der 9. Klasse bzw. 1. Lehrjahr (Mädchen und Jungen)</b>		<b>Stundenzahl</b>	
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
1. Die Verteidigung der ČSSR		2	
2. Die Bedrohung des Friedens und des Sozialismus		3	
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>			
1. Orientieren im Gelände		7	
2. Ausbildung in Erster Hilfe		9	
3. Individueller Schutz vor Wirkungen bei Massenvernichtungsmitteln (Zivilverteidigung)		3	
4. Schießausbildung		4	
5. Zusammenfassung		2	
6. Kontrollen		3	
		<b>33</b>	
<b>Stoffkomplexe in der 10. Klasse bzw. 2. Lehrjahr</b>		<b>Stundenzahl</b>	
		<b>Mädchen</b>	<b>Jungen</b>
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>			
1. Internationale Verteidigung des Sozialismus und des Friedens		2	2

<sup>942</sup> An einigen Fachmittelschulen wurden die Jugendlichen bereits als Studenten bezeichnet, so z. B. an Pädagogischen Fachmittelschulen - die Lehrerinnen und Lehrer für den Unterstufenbereich der Grundschule ausbildeten - oder an Medizinischen Fachmittelschulen. In den beiden Bereichen gab es auch einige Besonderheiten beim Wehrunterricht. So sollte das Fach die Lehrerstudenten z. B. auch auf den Umgang mit Kindern in Gefahrensituationen vorbereiten. In medizinischen Fachmittelschulen wurde die medizinische Komponente der Wehrerziehung besonders betont (Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988: S. 3).

<sup>943</sup> Vgl. Ebd.: S. 4 f.

2. Die Volksarmee der ČSSR	3	3
3. Aktuelle Militärpolitik der Partei und des Staates	1	1
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>		
1. Schießausbildung	4	6
2. Ausbildung in Erster Hilfe	10	6
3. Kollektiver Schutz vor Massenvernichtungswaffen (Zivilverteidigung bei Evakuierungen)	4	4
4. Orientieren im Gelände	5	5
5. Kontrollen:		
Orientieren im Gelände	1	1
Kollektiver Schutz vor Massenvernichtungswaffen	1	1
Erste Hilfe	1	1
Schießausbildung	1	1
Zivilverteidigung	1	1
	<b>34</b>	<b>32</b>
<b>Stoffkomplexe 3. Lehrjahr (Mädchen und Jungen)</b>	<b>Stundenzahl</b>	
<u>Wehrpolitische Erziehung</u>		
1. Psychologische Kriegsführung durch den Imperialismus	1	
2. Streitkräfte der ČSSR	1	
3. Territoriale Verteidigung	1	
4. Volkswirtschaft in der Verteidigung	1	
5. Über imperialistische Armeen	1	
6. Über Militärische Traditionen der Volksarmee	1	
7. Aktuelle Fragen der Militärpolitik	1	
<u>Wehrfachliche Ausbildung</u>		

2. Massenvernichtungsmittel und Schutz vor ihren Wirkungen / Zivilverteidigung	3
3. Ausbildung in Erster Hilfe	4
4. Topografie	4
5. Schießausbildung	5
6. Physische Ausbildung	5
7. Komplexer Test / Seminar	5
	<b>35</b>

Im Vergleich zum Lehrplan von 1978 sind 1984 kaum Veränderungen beim Aufbau und bei den Inhalten des Unterrichts festzustellen. Die wehrfachlichen Elemente nahmen gegenüber den wehrpolitischen Abschnitten nach wie vor einen weitaus höheren Zeitrahmen ein, wobei in letzteren die übliche Schwarz-Weiß-Abgrenzung von kapitalistischem und sozialistischem System unter Beigabe von tschechoslowakischem Patriotismus beibehalten wurde.

Als einzige Änderung von Bedeutung im wehrfachlichen Bereich sind die fünf Stunden „Physische Ausbildung“ im dritten Lehrjahr der Berufsmittelschulen zu nennen. Neben den technischen Belangen des Marschierens nach Marschrichtungszahl, dem Umgang mit Handgranaten, Schießübungen etc. sollte bei den Jugendlichen nun die körperliche Kondition stärker trainiert werden.

Abgesehen von kleinen Ausnahmen im 10. Schuljahr – bei der Schießausbildung bzw. dem Erste-Hilfe-Lehrgang - wurden Mädchen und Jungen auch nach dem neuen Lehrplan gemeinsam unterrichtet. Es war den Schulen aber freigestellt, „zur Erhöhung der Effektivität“ die Geschlechter im Unterricht zu trennen, um sie so spezieller auf die für sie vorgesehenen Tätigkeiten in der Armee bzw. in der Zivilverteidigung vorbereiten zu können.<sup>944</sup>

Bei der Schießausbildung im Wehrunterricht kamen bis zur Abschaffung des Unterrichtsfaches *nur* Luftgewehre<sup>945</sup> zum Einsatz.

Wie bereits für den Lehrplan von 1978 erläutert wurde, darf die Dominanz wehrfachlicher Elemente im Unterricht nicht über die mit dem Wehrunterricht verfolgten Erziehungsintentionen hinwegtäuschen. Die Erziehung zu Gehorsam und somit zu Gehorsam gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten war

<sup>944</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988: S.8.

<sup>945</sup> Joachim Lück notierte nach dem Dienstaufenthalt am Pädagogischen Institut in Bratislava im Oktober 1988, dass das Schießen im Wehrunterricht mit Luftgewehren erfolgt, die Umstellung auf KK-Gewehre zwar geplant sei, dafür aber noch die „notwendigen Voraussetzungen“ fehlen (Vgl. Ebd.: S. 8 f.).

ein Kernanliegen des Unterrichtsfaches. Dies wollte die kommunistische Führung in der Praxis durch die besondere Betonung der Disziplin erreichen, die im Unterrichtsablauf durch „militärische Formen“ und die „exakte Ausführung von Handlungsabläufen“ antrainiert werden sollte.<sup>946</sup>

Im Gegensatz zu den Dokumenten von 1978 - wo die Gestaltung des Unterrichtes im Endeffekt mehr oder weniger vom Geschick der eingesetzten Lehrkraft abhing - wurde im neuen Lehrplan der Unterrichtsaufbau recht umfassend und konkret vorgegeben. Ähnlich wie zuvor beim Wehrunterricht in der VR Polen beschrieben, lief dies aber nicht auf einen reinen Frontalunterricht hinaus, vielmehr wurde auch hier anderen Unterrichtsformen - etwa der Gruppenarbeit unter Anleitung des Lehrers oder der Leistungsbewertung von Schülern durch Schüler – Raum gegeben.<sup>947</sup>

In der Folge der Lehrplannovelle fanden erstmals im Mai und Juni 1984 auch Wehrlager von fünf bis sieben Tagen Dauer für alle<sup>948</sup> Schülerinnen und Schüler der elften Klassen bzw. des dritten Lehrjahres statt.<sup>949</sup> Bei diesen auf Campingplätzen, in Pionierlagern u. ä. Orten von den Schulen - unterstützt von Armee, Gewerkschaft, Rotem Kreuz und dem SVAZARM<sup>950</sup> - ausgerichteten Camps standen ausschließlich praktische Übungen auf dem Programm. Diese waren bei den Mädchen mehr auf die Belange der Zivilverteidigung und bei den Jungen auf die der Armee ausgerichtet und konnten auch in Form von Nachtübungen stattfinden.<sup>951</sup> Die konkrete Auswahl und Gestaltung der Übungen war im Wesentlichen den Wehrunterrichtlern überlassen, die auch als Lagerleiter – assistiert von Biologie-, Geographie-, Chemie- und Sportlehrern – eingesetzt waren. Lediglich eine vierstündige Abschlussprüfung wurde zentral vorgegeben. Ein Blick auf das Lehrpersonal offenbart auch einen der wesentlichen Unterschiede zur Praxis der Wehrlager in der UdSSR oder in Bulgarien, wo die Jugendlichen während dieser Zeit mit aktiven Militärs konfrontiert waren. Trotz der für alle männlichen Studenten in der ČSSR obligatorischen Offiziersausbildung werden die Jugendlichen ihre Lehrer nicht primär als Reserveoffiziere sondern als Zivilpersonen wahrgenommen haben; was dazu beigetragen haben dürfte, dass in den tschechoslowakischen Wehrlagern – wie im Wehrunterricht generell - bei aller Betonung der Disziplin nicht eine solche Kasernenat-

---

<sup>946</sup> Vgl. Ebd.

<sup>947</sup> Vgl. Ebd.: S. 8 f.

<sup>948</sup> Lediglich gesundheitliche Gründe konnten von einer Teilnahme befreien (Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988: S. 6).

<sup>949</sup> Vgl. Ebd.: S. 3.

<sup>950</sup> Svaz pro spolupráci a armádou (SVAZARM) – Verband für Zusammenarbeit mit der Armee (Vgl. Oschlies 1977 b: S. 83).

<sup>951</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988 : S. 3. u. 6.

mosphäre mit einer „absoluten“ militärischen Disziplin wie in der UdSSR oder in Bulgarien herrschte.

### 4.5.3 Organisation und Rahmenbedingungen

Mit der Lehrplannovelle von 1984 wurde der zeitliche Rahmen für den Wehrunterricht in den Schulen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik wieder vergrößert. Diese Tendenz setzte sich auch in der Ausweitung der seit 1970 obligatorischen Wehrübungen fort. Alle Schülerinnen und Schüler der Grundschule (Klassen eins bis acht) sowie die Lehrlinge der Berufsmittelschulen hatten nun zweimal im Jahr – in jeweils sechs Stunden - derartige Übungen zu absolvieren.<sup>952</sup> In den Mittel- und Fachmittelschulen wurden in den Klassen neun und zehn zweimal und in den elften Klassen einmal im Jahr diese Wehrübungen durchgeführt.

Die zentrale administrative Leitung des Wehrunterrichtes war den tschechischen bzw. slowakischen Ministerium für Schulwesen zugewiesen.<sup>953</sup> In den nächstunteren Gebietsebenen waren an den pädagogischen Bezirksinstituten sogenannte „Kabinette für Wehrerziehung“ eingerichtet worden, die für die Organisation des Unterrichtsfaches im jeweiligen Gebiet sowie die Weiterbildung der Wehrunterrichtslehrer zuständig waren.<sup>954</sup> An den Schulen selbst waren die Direktoren für die Leitung des Faches verantwortlich.<sup>955</sup>

Wie in der Volksrepublik Polen ist die in der ČSSR ab 1973 laufende professionelle Lehrerausbildung an Hochschulen für das Fach hervorzuheben.<sup>956</sup> Dabei war für Lehramtsstudenten sowohl eine Kombination mit einem

---

<sup>952</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988: S. 3.

<sup>953</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 119.

<sup>954</sup> So hatte z. B. der Leiter des Bezirkskabinetts in Košice (Ostslowakischer Bezirk) in dreizehn Kreisen 186 Schulen (39 Mittelschulen, 61 Fachmittelschulen, 86 Berufsmittelschulen) mit insgesamt 321 Lehrern zu betreuen (Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988. S. 7). Die ČSSR gliederte sich in insgesamt zwölf Bezirke (8 in der ČSR und 4 in der SSR). Der kleinste Bezirk war die slowakische Hauptstadt Bratislava mit 341.000 Einwohnern, der grösste der Südmährische Bezirk (ČSR / Hauptstadt Brno) mit 1.992.000 Einwohnern (Stand 1979 Vgl. Göschel u. a. 1980: S. 351).

<sup>955</sup> In diesem Zusammenhang wurde 1988 eine Publikation herausgegeben: Cernoch, F. u. a. (1988): Zur Leitung der Wehrerziehung an Mittelschulen. Methodisches Handbuch für Direktoren der Mittelschulen. (Information darüber in: BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988. S. 8).

<sup>956</sup> Vgl. Ebd.: S. 7 f. / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

In der Slowakischen Sozialistischen (Teil)Republik wurden jährlich achtzig bis neunzig Absolventen von Hochschulen Wehrunterrichtslehrer (Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988. S. 7).

anderen Fach - Sport, Mathematik, Biologie, Geographie oder Staatsbürgerkunde – als auch eine Konzentration auf den Wehrunterricht möglich. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Absolventen eines solchen Studiums – auch Frauen - nicht nur an den Mittel-, Fachmittel-, (40 %) und Berufsmittelschulen (40 %) Beschäftigung fanden, sondern auch in der paramilitärischen SVAZARM und im Bereich „Körperkultur/Sport“ zum Einsatz kamen.<sup>957</sup> Neben diesen Absolventen unterrichteten aber auch Lehrer anderer Fächer Wehrunterricht bis zum Ende der achtziger Jahre, die sich allerdings dafür nachqualifizieren mussten.<sup>958</sup> Den männlichen Lehrkräften war es offensichtlich freigestellt, ob sie ihre (Reserve)Offiziersuniformen im Unterricht trugen oder nicht.<sup>959</sup> Die Schülerinnen und Schüler absolvierten das Fach in Zivil. Seit 1984 gab es für das Unterrichtsfach in den drei Altersjahren ein jeweils eigenes Lehrbuch sowie entsprechende Unterrichtshilfen für die Lehrer.<sup>960</sup>

Schaut man sich die Ausstattung des Wehrunterrichtes in der ČSSR an, so findet man natürlich auch hier die für ein solches Fach üblichen Ausrüstungsgegenstände wie Gewehre, Gasmasken, Kompass, Handgranatenattrappen etc. Trotz der Betonung des wehrfachlichen Bereiches blieb die bereitgestellte Equipierung aber im Vergleich zum Fach in der UdSSR, in Bulgarien oder auch in Polen eher zurück.<sup>961</sup> Die Schiessausbildung erfolgte nicht an Kalaschnikows sondern an Luftgewehren – nicht weil man das nicht wollte, sondern weil die dafür „notwendigen Voraussetzungen“ fehlten. An den Schulen blieben speziell für das Fach eingerichtete Fachkabinette eher die Ausnahme.

Fester Bestandteil des Wehrunterrichtes in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik waren Leistungstests in allen Ausbildungsbereichen – also auch bei den „wehrpolitischen“ Themen.<sup>962</sup>

Im Rahmen dieses Unterrichtsfaches wurden auch in der ČSSR regelmäßig wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt – z. B. durch die Forschungsgruppe Wehrerziehung am Pädagogischen Forschungsinstitut Bratislava.<sup>963</sup>

Wie in allen Warschauer-Pakt-Staaten sollte der Wehrunterricht einen wesentlichen Punkt im Gesamtsystem der Wehrerziehung bilden. Darüber hinaus waren ideologische und technische Komponenten der Wehrerziehung aber in fast allen Schulfächern zu finden.<sup>964</sup> Wie in der DDR mit der „Gesellschaft für

<sup>957</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988: S. 7.

<sup>958</sup> Vgl. Ebd.: S. 10 / Schulz 1984: S. 119 f..

<sup>959</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 120/ Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.821, Riechert, Tielmann, Überblick über die Organisation ... 06.04.1987.

<sup>960</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.-21.10. 1988: S. 5.

<sup>961</sup> Vgl. Ebd.: S. 8 f.

<sup>962</sup> Vgl. Ebd.: S. 11.

<sup>963</sup> Vgl. Ebd.: S. 10.

<sup>964</sup> Vgl. Ebd.: S. 3.

Sport und Technik“ oder in der UdSSR mit der „Freiwilligen Allunionsgesellschaft zur Förderung der Land-, Luft-, und Seestreitkräfte“ stand in der ČSSR zudem mit dem „Verband für die Zusammenarbeit mit der Armee“ eine paramilitärische Organisation zur Verfügung, die vor allem Jugendliche für militärische Dinge begeistern und in diesen ausbilden sollte.<sup>965</sup>

Nach der „Samtenen Revolution“ 1989/90 wurde der Wehrunterricht - wie anderer ideologischer Ballast - aus den Lehrplänen der tschechoslowakischen Schulen entfernt.<sup>966</sup>

## 4.6 Das Fach in der DDR

### 4.6.1 „[D]ie Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“

„Im Zentrum der sozialistischen Erziehung der Schuljugend steht die Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“, schreibt der an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften in Ostberlin tätige Horst Kühn 1971 in der Zeitschrift „Pädagogik“. „Deshalb werden jene Persönlichkeitsqualitäten in den Mittelpunkt der sozialistischen Erziehung gestellt, die das gesellschaftliche Verhalten und die Leistungen des jungen Menschen entscheidend bestimmen – die Grundüberzeugungen. [...] Die Herausbildung von festen ideologischen Überzeugungen gehört zu den vorrangigen Aufgaben unserer sozialistischen Schule. Pädagogik und Psychologie haben hierbei wesentliche Hilfe zu leisten. Dabei handelt es sich nicht allein um eine aktuelle Aufgabe. Die Verbesserung der ideologischen Erziehung ist ein ständiger, objektiv notwendiger Prozeß beim Aufbau des Sozialismus. Dieser Prozeß schreitet in dem Maße voran, in dem das sozialistische Bewußtsein einen immer stärkeren Einfluß auf das Entwicklungstempo der sozialistischen Gesellschaft ausübt und immer bedeutender für die weitere gesellschaftliche Entwicklung wird. Ferner ergibt sich die Notwendigkeit der ständigen Verbesserung der ideologischen Erziehung aus dem Charakter der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzung mit dem imperialistischen System.“<sup>967</sup>

„[D]ie Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“ sollte Anliegen des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens der DDR sein, wobei einzelnen Schulfächern wie Staatsbürgerkunde, Geschichte und Literatur eine besondere Aufgabe zugeordnet war.<sup>968</sup> Wie überall im Ostblock schloss diese ideologische Erziehung auch die propagandistische Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen „Klassenfeind“ mit ein.

<sup>965</sup> Vgl. Oschlies b 1977: S. 102 ff. / BBF/DIPF/Archiv Sign. 11.851, Lück, Bericht über Besuch ... Bratislava, 17.10.- 21.10. 1988: S.7.

<sup>966</sup> Vgl. Prucha 2002: S. 545 / Švec, Hrabinská 2002: S. 502).

<sup>967</sup> Kühn, Pädagogik 6/1971: S. 571.

<sup>968</sup> Vgl. Ebd.: S. 571 ff. / Honecker, M. 1974: S. 32 / Schmitt 1978: S. 36-50 / Schmitt 1980 / Günther 1989.



Die Wehrerziehung war seit der Gründung der DDR ein fester Bestandteil des Bildungssystems.<sup>969</sup> Sie wurde im Laufe der Jahre in fast linearer Form weiterentwickelt und verstärkt. In Form der vormilitärischen Ausbildung durch die GST war sie seit 1969 mit wehrfachlichen und wehrpolitischen Elementen obligatorischer Bestandteil der Berufs- und Abiturausbildung. Im Zusammenspiel mit den Pioniermanövern, Hans-Beimler-Wettkämpfen und weiteren Aktivitäten an den POS kann der Umfang und die Qualität dieser Ausbildung am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre durchaus mit dem Wehrunterricht in den anderen Warschauer Vertragsstaaten verglichen werden.

Der Drang das Gesamtsystem der Wehrerziehung sukzessive weiterzuentwickeln, aber auch die Kenntnisnahme des Wehrunterrichtes in den *Bruderländern* sowie *Mängellisten* über die Einstellung vieler junger Menschen zum sozialistischen Staat hatten die SED 1976 veranlasst, die Einführung eines Pflichtfaches Wehrunterricht in den neunten und zehnten Klassen der Polytechnischen Oberschulen zu beschließen.

Wenn man erfahren möchte, welche Absichten die SED mit dem neuen Fachverband, eignet sich die Lektüre der offiziellen Direktive des Ministeriums für Volksbildung nur sehr bedingt. Darin ist die Rede davon, dass die „Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Schüler“ durch den Wehrunterricht gefördert und ihre „klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung“<sup>970</sup> weiter ausgeprägt werden soll. Konkretere „Leitlinien“ - zumindest was die ideologische Funktion des Unterrichtsfaches anbelangt - werden von Werner Berauer in seiner 1983 an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR vorgelegten Dissertation „Lehrplananalytische Untersuchung zu den Beziehungen zwischen den Bestandteilen des Wehrunterrichtes [...]“ formuliert. Berauer unterscheidet dabei „ERKENNTNISGEWINNUNG“, „FÄHIGKEITSENTWICKLUNG“ und „ÜBERZEUGUNGSENTWICKLUNG“.<sup>971</sup>

Die Schülerinnen und Schüler sollten durch den Wehrunterricht „ERKENNTNIS“ darüber gewinnen, dass vom „Imperialismus“ eine „permanente Aggressivität“ ausgeht, woraus die „Notwendigkeit [des] kollektiven Schutzes des Sozialismus [...] resultier[t]“. Daran anknüpfend sollte eine weitere „ERKENNTNISGEWINNUNG“ über „die Rolle und die Potenzen der sozialistischen Landesverteidigung und die abgeleiteten Anforderungen“ erfolgen.

Die „Befähigung, Grundfragen sozialistischer Landesverteidigung vom Standpunkt der Weltanschauung und Moral der Arbeiterklasse beantworten zu können und in diesem Sinne persönliche Schlussfolgerungen abzuleiten“ sowie die „Befähigung, die raffinierte Politik und die Absichten der aggressiven Kreise des Imperialismus zu durchschauen und anhand konkreter Fakten zu

---

<sup>969</sup> Vgl. z. B. Sachse 1996: S. 211 ff. / Sachse 2000 / Koch 2000 a: S. 6 ff.

<sup>970</sup> MfV 01.02. 1978.

<sup>971</sup> Vgl. Berauer 1983: S. 10 f.

beweisen“, werden von Berauer als Zielstellungen im Bezug zur „FÄHIGKEITSENTWICKLUNG“ genannt.<sup>972</sup>

Als „Leitlinien“ der im Wehrunterricht bei den Schülern zu entwickelnden „ÜBERZEUGUNG“ markiert der Autor: dass „[...]

- der Imperialismus seinem Wesen nach aggressiv ist, den Weltfrieden bedroht und deshalb der auf das Wohl des Volkes orientierte Sozialismus zuverlässig geschützt werden muß,
- der Sieg des Sozialismus gesetzmäßig ist, jedoch die Kraft des einzelnen in der großen Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, geschart um die Sowjetunion, in engem Zusammenwirken mit allen fortschrittlichen Kräften, erfordert,
- die Vorbereitung auf die Wahrnehmung von Aufgaben der Landesverteidigung von großer Wichtigkeit ist und daß der ganze persönliche Einsatz schon in der Vorbereitungszeit notwendig ist.“<sup>973</sup>

Neben der politisch-ideologischen Indoktrinierung sollte die Aufgabe des Wehrunterrichtes in der DDR - wie in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten - auch darin bestehen, die Jugendlichen technisch und physisch auf den Wehrdienst bzw. die Tätigkeit in der Zivilverteidigung vorzubereiten sowie die militärische Nachwuchsgewinnung zu unterstützen.<sup>974</sup>

Auch auf die Frage: Wie die SED-Führung „die Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“ im Wehrunterricht erreichen wollte, findet sich in der Arbeit von Berauer ein wichtiger Anhaltspunkt.<sup>975</sup> Dieser bezieht sich auf Marx - für den „die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen“<sup>976</sup> in der Verknüpfung von Arbeit, Unterricht und Gymnastik bestand - wenn er die Bedeutung der Verbindung von ideologisch-propagandistischen mit wehrpraktischen Elementen für das Unterrichtsfach betont<sup>977</sup>:

„Selbstverständlich kann und darf die patriotische Erziehung nicht auf körperlich-militärische Übungen reduziert werden. Eng verflochten mit der Erziehung zum proletarischen Internationalismus, geht es heute vor allem um die Herausbildung entsprechender Einstellungen und Überzeugungen. Die dabei angestrebte Wehrbereitschaft muß wiederum in enger Verbindung zur Wehrfähigkeit gesehen werden. Beides sind Ziele der sozialistischen Wehrerziehung und somit des Wehrunterrichtes.“

---

<sup>972</sup> Vgl. Ebd.: S.10.

<sup>973</sup> Ebd.: S. 10 f.

<sup>974</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 40 ff. / BBF/DIPF/Archiv Sign. 0.4.26.NL, Günther 1973.

<sup>975</sup> Vgl. Berauer 1983: S. 40 ff.

<sup>976</sup> Marx zitiert ebd.: S. 40.

<sup>977</sup> Ebd.: S. 41.

Ohne dass Berauer darauf verweist, fallen in dieser angestrebten Kombination aus kognitiven und physischen Elementen die Parallelen zu anderen Länderbeispielen, z. B. zum Grundmuster des Wehrunterrichtes in der UdSSR, ins Auge: Die ideologische Indoktrination – in der Regel die scharfe gut/böse Kontrastierung von sozialistischem und kapitalistischem System – sollte verbunden werden mit physischer Belastung und Disziplinierung sowie der Behandlung technischer Fragen. Nach diesen Vorstellungen sollte etwa die in den Ordnungsübungen im physischen Bereich antrainierte Disziplin in den ideologischen Bereich übertragen werden und dafür sorgen, dass das Hinterfragen oder die Kritik an den dort getroffenen Aussagen unterbleibt, die propagandistischen Positionen eins zu eins übernommen werden und somit der emotionale Bezug zum sozialistischen Staat wächst. Dies sollte wiederum eine Steigerung der Motivation zu wehrpraktischen Belangen zur Folge haben.

#### **4.6.2 Der Lehrplan**

Der Lehrplan des Wehrunterrichtes in der DDR gliederte sich in vier Programmpunkte<sup>978</sup>: „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“.

1. „Lehrgang Zivilverteidigung“.
2. „Wehrausbildung im Lager“.
3. „Tage der Wehrbereitschaft“.

Anders als in den meisten anderen in dieser Arbeit behandelten Länderbeispielen waren die insgesamt für das Unterrichtsfach abgehaltenen 130 Stunden, für die Jungen die ins Wehrausbildungslager führen, bzw. 106 Stunden, für die Mädchen und Jungen die den Lehrgang Zivilverteidigung absolvierten, nicht in die normalen Wochenstundenpläne der Polytechnischen Oberschulen integriert. Die Unterrichtung der jeweils vier Doppelstunden des reinen Theorieabschnittes „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ in Klasse 9 und 10 erfolgte sporadisch und zusätzlich zum sonstigen Unterrichtsprogramm. Für die „Wehrausbildung im Lager“ bzw. dem „Lehrgang Zivilverteidigung“ wurden im neunten Schuljahr in der Jahresplanung unmittelbar vor den Sommerferien zwei Wochen vom sonstigen Unterricht freigehalten. Die „Tage der Wehrbereitschaft“ fanden in den Winterferien der zehnten Klassenstufe statt.<sup>979</sup>

##### **4.6.2.1 „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“**

Für jede der acht Doppelstunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ waren von der Arbeitsgruppe Wehrerziehung der Akademie der

<sup>978</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 33 / Schulz 1984: S.141.

<sup>979</sup> Vgl. Koch ebd.

Pädagogischen Wissenschaften „Fachlich-methodische Hinweise“ im Umfang von jeweils etwa dreißig Seiten entwickelt worden. Diese Hefte gaben den Lehrkräften den Aufbau, die Inhalte, die methodisch-didaktische Vorgehensweise – inklusive Zeitangabe - sowie den Einsatz begleitender Unterrichtsmittel genau vor.<sup>980</sup> Sie sollen deshalb auch als Hauptquelle bei der Darstellung und Untersuchung des Lehrplanabschnittes in dieser Arbeit dienen.

Schaut man sich diese vom Verlag Volk und Wissen herausgegebenen „Fachlich-methodischen Hinweise“ an, gewinnt man zunächst den Eindruck, dass mit jedem einzelnen Heft gut und gerne ein mehrtägiges Seminar hätte gestaltet werden können. So sind allein in der ersten Broschüre als begleitende Unterrichtsmittel vierzehn Dias, vier Anschauungstafeln, zwei Schallplatten sowie ein „Tonfilm“ aufgeführt.<sup>981</sup> Zudem wurde den Schülerinnen und Schülern in einem Lehrbuch – zunächst der „Wissenspeicher Wehrausbildung“, ab dem Beginn der achtziger Jahre: „Sozialistische Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10“ - zusätzliches Material in die Hände gegeben.<sup>982</sup> Die Lehrer, von denen etwa die Hälfte außer den Vorbereitungskursen für den Wehrunterricht keine pädagogische Ausbildung durchlaufen hatte, werden es kaum geschafft haben, eine derartige Stofffülle in jeweils neunzig Minuten zu behandeln - zumal sie auch noch regelmäßig „Unterrichtsgespräche“ in die Stunden einbauen sollten.

Anders als bei den Programmpunkten „Wehrausbildung im Lager“ und „Lehrgang Zivilverteidigung“ mussten die Jugendlichen in den Stunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ keine Uniformen tragen – wohl aber die blauen FDJ-Hemden.

#### **4.6.2.1.1 „Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung – sicherer militärischer Schutz des Sozialismus und des Friedens“**

Die erste Doppelstunde „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ trug den Titel: „Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung – sicherer

---

<sup>980</sup> Zum Vergleich: Der ähnlich arrangierte Lehrplan für das im ganzen Schuljahr in zwei Wochenstunden unterrichtete Fach Geschichte umfasste in der neunten Klasse 58 Seiten und in Klasse acht 47 Seiten (Vgl. Lehrplan Geschichte Klasse 9, 1985 / Lehrplan Geschichte Klasse 8, 1987).

<sup>981</sup> Vgl. Ertel u. a. 1978: S. 27 f.

<sup>982</sup> Vgl. Hanisch u. a. 1979 / Hanisch u. a. 1983.

Aus den Benutzungshinweisen des „Wissensspeichers Wehrausbildung“ erfährt man, dass er eigentlich nicht für den Wehrunterricht sondern für die 1973 eingeführten „Arbeitsgemeinschaften Wehrausbildung“ entwickelt worden war (Vgl. Hanisch u. a. 1979: S. 5). Das seit dem Beginn der achtziger Jahre eingesetzte Lehrbuch „Sozialistische Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10“ war lediglich eine etwas gekürzte Variante des „Wissensspeichers Wehrezziehung“ und stimmte in Struktur und Wortlaut weitestgehend mit diesem überein (Vgl. Hanisch u. a. 1983).

militärischer Schutz des Sozialismus und des Friedens“<sup>983</sup>. In ihr sollte die Emotionalität der Jugendlichen angesprochen werden, um sie für die Behandlung der weiteren Unterrichtsabschnitte zu motivieren.<sup>984</sup> Ausgangspunkt dieser Emotionalisierung sollte auch hier die Auseinandersetzung mit dem „Klassengegner“ sein<sup>985</sup>:

„Die Bourgeoisie der einzelnen Länder schließt sich in ihrem Bestreben, den Sozialismus zu vernichten, zusammen und tritt als eine starke internationale Kraft auf. Die Verteidigung des Sozialismus und des Friedens ist daher eine kollektive Aufgabe der sozialistischen Staaten, eine Angelegenheit der internationalen Arbeiterklasse.“

Als Hauptgegner der DDR im Lager des „Imperialismus“ wurde dann die Bundesrepublik Deutschland an den Pranger gestellt<sup>986</sup>:

„Der stärkste NATO-Staat in Europa ist die BRD. In ihr existieren Kräfte, die besonders aggressiv sind.

- Sie zettelten am 17. Juni 1953 einen Putsch an, bei dessen Niederschlagung sich Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) an der Seite der Sowjetarmee bewährten.
- Im Herbst 1956 und besonders im Sommer 1961 waren die reaktionären Kräfte der BRD sogar bereit, bewaffnete Kräfte zum Überfall auf die DDR einzusetzen – ein Versuch, den die bewaffneten Kräfte des Sozialismus am 13. August 1961 mit der militärischen Sicherung unserer Staatsgrenze ‚West‘ vereitelten. Damit wurde der Frieden gerettet, ein möglicher Weltkrieg verhindert.“

Im Lehrbuch für den Wehrunterricht wurden an dieser Stelle auch die *Defizitinformationen* über die patriotisch-ideologische Standfestigkeit der Jugendlichen berücksichtigt. Ausführlich kam man auf die sogenannte „ideologische Diversion“ zu sprechen.<sup>987</sup> Damit fassten die Autoren die Einflussnahme der westlichen Welt auf die Menschen in den sozialistischen Staaten über Radio, Fernsehen und anderes zusammen. Die „ideologische Diversion“ sei „staats- und völkerrechtswidrig, offen aggressiv und vielfach subversiv“, sie nutze „religiöse Gefühle ebenso wie entwicklungsbedingte Einstellungen und Verhaltensweisen der Jugend, wie Musikinteressen, stark ausgeprägtes Informationsbedürfnis, politische Unerfahrenheit usw.“ aus. Sie stelle insgesamt „eine

---

<sup>983</sup> Vgl. Ertel u. a. 1978: S. 1.

<sup>984</sup> Vgl. Ebd.: S. 4.

<sup>985</sup> Ebd.: S. 9.

<sup>986</sup> Ebd.: S. 11.

<sup>987</sup> Vgl. Hanisch u.a. 1983: S. 36 / Koch 2000 a: S. 37.

Hauptform des Klassenkampfes des Imperialismus gegen die Völker der sozialistischen und antiimperialistischen Staaten“ dar.<sup>988</sup>

Nach dieser Negativstigmatisierung des Westens folgte nun ein Abschnitt im Unterricht, der den Schülerinnen und Schülern ebenso *klar* die „Verteidigungswürdigkeit des Sozialismus“ vor Augen halten sollte.<sup>989</sup> An dieser Stelle wurden unter anderem zehn Dias gezeigt, die Titel trugen wie: „Unsere Republik ist schön. Hier gehören die wichtigsten Reichtümer dem Volke“ (Dia Nr. 5) / „Auch die Jugend ist in der DDR an der Machtausübung beteiligt“ (Dia Nr. 7) / „Die Arbeiter-und-Bauern-Macht ermöglicht große sportliche Erfolge“ (Dia Nr. 10) oder „Die DDR ist ein stabiler und international geachteter Staat“ (Dia Nr. 12).<sup>990</sup>

Offensichtlich gingen die Autoren der „Fachlich-methodischen Hinweise“ nun davon aus, dass die bisher vorgebrachten Argumente und Beispiele die Jugendlichen von der „Verteidigungswürdigkeit des Sozialismus“ überzeugt hatten. Jedenfalls machten sie jetzt den nächsten Schritt und verließen die allgemeine Gut – Böse – Ebene, um zu versuchen, bei den Schülern einen persönlichen Bezug zur Gesamthematik herzustellen. „Warum sind Kenntnis über Sinn und Notwendigkeit der Landesverteidigung für Jungen und Mädchen wichtig?“, wurde hier gefragt.<sup>991</sup> Die Antwort folgte prompt<sup>992</sup>:

„Zunächst muß klar sein:

Landesverteidigung geht alle Bürger an!

Denn: Was wir gemeinsam schaffen, werden wir gemeinsam schützen und verteidigen.

Deshalb eignen wir uns auch Kenntnis über Sinn und Notwendigkeit der sozialistischen Landesverteidigung an und bereiten uns darauf vor.“

Nach den Vorstellungen der Lehrplanautoren *brannten* die zukünftigen Soldaten schon am Ende des Abschnittes „Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung [...]“ ihrem Einsatz in den „bewaffneten Organen“ entgegen, um das sozialistische Vaterland endlich gegen den *imperialistischen* Feind verteidigen zu können. Deshalb zeigte man einen Film, der den Schülern die Entwicklung der Nationalen Volksarmee und ihre aktuellen Aufgaben vorstellte, um den angenommenen emotionalen Impuls durch weitere Bildernahrung zu verstärken.<sup>993</sup>

Wem angesichts der gesehenen Panzer und Raketen wieder pazifistische Zweifel befielen, sollte in der Folge davon überzeugt werden, dass eine „[o]ffensive

<sup>988</sup> Vgl. Hanisch u.a. 1983 ebd.

<sup>989</sup> Vgl. Ertel u. a. 1978.: S. 12 ff.

<sup>990</sup> Vgl. Ebd.: S. 13 f.

<sup>991</sup> Vgl. Ertel u.a. 1978: S. 15.

<sup>992</sup> Ebd.

<sup>993</sup> Vgl. Ebd.: S. 17.

Friedenspolitik und [die] allseitige Stärkung der sozialistischen Landesverteidigung [...] kein Widerspruch“ sind. Denn „[d]ie sozialistischen Streitkräfte schützen die Errungenschaften der Arbeiterklasse, sichern den Frieden und fördern zugleich den politischen und sozialen Fortschritt.“<sup>994</sup>

Beim letzten Punkt der *Motivations- und Überzeugungsarbeit* unter der Überschrift: „Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung – sicherer Schutz des Sozialismus und des Friedens“ sollte – bevor alle Inhalte der ersten Doppelstunde noch einmal wiederholt wurden - der persönliche, der Ich-Bezug der Jungen zu ihrem späteren Soldatenleben noch etwas stärker als zuvor hergestellt werden. Der Lehrer hatte dafür den Fahneneid der Nationalen Volksarmee vorzutragen, in dem es heißt<sup>995</sup>:

„[...] Ich schwöre: Ein ehrlicher, tapferer, disziplinierter und wachsamer Soldat zu sein, den militärischen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die militärischen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren. [...]

Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.“

Mit der ersten Doppelstunde „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ wollte man die Schülerinnen und Schüler emotionalisieren. Ihr „Feindbild“ des „aggressiven, friedensgefährdenden [...] Imperialismus“ sollte „gefestigt“ und ihre Liebe zur DDR gestärkt werden.<sup>996</sup> Schließlich intendierten die Autoren aus der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, dass bei den Jugendlichen „die Erkenntnis vertieft wird, daß die aktive Mitwirkung an der sozialistischen Landesverteidigung (Wehrdienst, Teilnahme an der Zivilverteidigung u. a. m.) eine gerechte, edle und ehrenvolle Aufgabe ist.“<sup>997</sup> Doch inwieweit entsprachen die in der ersten Doppelstunde eingesetzten Inhalte und Methoden dieser Zielstellung?

Zunächst kann hier festgestellt werden, dass zwar Jungen und Mädchen gemeinsam unterrichtet wurden, der Versuch der Emotionalisierung aber dem Inhalt nach fast nur auf die Jungen abzielte. Werner Berauer stellte hierzu in seiner 1983 in Ostberlin eingereichten Dissertation und in Bezug auf die „Fachlich-methodische[n] Hinweise“ fest<sup>998</sup>:

„Der Hinweis [...], daß der sichere militärische Schutz des Sozialismus zahlreiche und vielfältige Aufgaben umfasst, die auch von Mädchen und Frauen zu erfüllen sind, genügt nicht. Die Frage ist, w e l c h e Aufgaben es sind.“

---

<sup>994</sup> Ebd.: S. 19.

<sup>995</sup> Zitiert Ebd.: S. 23 f.

<sup>996</sup> Vgl. Ebd.: S. 5.

<sup>997</sup> Ebd.

<sup>998</sup> Berauer 1983: S. 90.

Abgesehen von diesem Einzelaspekt der mangelnden Klientelorientierung muss verwundern, mit welcher Plumpheit die Arbeitsgruppe Wehrerziehung an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR die Gefühlswelt von Jugendlichen erreichen und ansprechen wollte. Denn was diese in den neunzig Minuten vorgesetzt bekamen, kannten sie seit ihren Kindergarten Tagen, stand als Propagandaslogan auf jeder halbwegs geraden und sauberen Hauswand und wurde tagtäglich in den Zeitungen oder in der „Aktuellen Kamera“ wieder neu aufgewärmt - und kaum noch wahrgenommen, geschweige denn goutiert. Dieser im scharfen schwarz-weiß Mustern gezeichnete Kontrast von sozialistischen und kapitalistischen System war nicht nur wegen seiner Unbedingtheit unglaubwürdig, er widersprach auch der von den Jugendlichen erlebten und erfahrenen realsozialistischen Wirklichkeit und wurde so von vielen Jungen und Mädchen in seiner Gesamtheit umgedeutet. Michalzik weist in seiner Arbeit „An der Seite der Genossen ...“ in diesem Zusammenhang und unter Bezug auf eine Studie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften von 1983 darauf hin, dass es einen generellen kontraproduktiven Einfluss der Schule auf die von der SED gewünschte politische Einstellung der Jugendlichen gab.<sup>999</sup> So hatten 50 Prozent der Jugendlichen in der Akademiestudie angegeben, dass sie das Schulwissen über das Leben in der DDR nicht mit eigenen Erlebnissen und Einsichten in Einklang bringen können. Zwei Drittel der Jugendlichen hatten aus eigenem Erleben oder aus für sie glaubwürdigen Berichten anderer Personen die Meinung gebildet, dass die sozialistische Wirtschaft genau das Gegenteil einer effektiven, die Ressourcen schonenden Produktionsweise betreibe. Die Erfahrungen mit offensichtlichen Falschdarstellungen im Unterricht lösten in der Folge bei vielen Schülern einen allgemeinen Umdeutungsreflex aus.

#### **4.6.2.1.2 „Der Charakter eines möglichen Krieges und die Anforderungen an die Soldaten der sozialistischen Streitkräfte und die Einsatzkräfte der Zivilverteidigung“**

Die zweite Doppelstunde „Zu Fragen ...“ stand unter der Überschrift: „Der Charakter eines möglichen Krieges und die Anforderungen an die Soldaten der sozialistischen Streitkräfte und die Einsatzkräfte der Zivilverteidigung“.<sup>1000</sup> Mit „Charakter“ wollte man in diesem Zusammenhang sowohl die politisch-moralische Dimension als auch die militärisch-technische Form eines möglichen Krieges zwischen dem östlichen und dem westlichen Militärbündnis und deren Auswirkungen bezeichnen. Bei der Behandlung der politisch-moralischen Dimension eines Kriegs legte der Lehrer zunächst dar, wie Marx, Engels und

<sup>999</sup> Vgl. Michalzik 1994: S. 76 ff.

<sup>1000</sup> Vgl. Schmidt u. a. 1978: S. 1.



Lenin die Theorie des Krieges von Clausewitz und andere klassische Ansätze aufgegriffen hatten, um sie für die kommunistische Ideologie zu bearbeiten.<sup>1001</sup> Ausgehend von dieser theoretischen Basis ging man dann im Unterricht zu aktuellen Bezügen über und unterschied „gesetzmäßig“ gerechte und ungerechte Kriege<sup>1002</sup>:

„**Gerechte Krieg** in unserer Epoche sind vor allem:

- Kriege zur Verteidigung des Sozialismus
- Revolutionäre Bürgerkriege
- Nationale Befreiungskriege der Völker kolonialer und abhängiger Länder
- Krieg zur Verteidigung unabhängiger junger Nationalstaaten
- Befreiungskriege der Völker kapitalistischer Länder, die Opfer einer imperialistischen Aggression wurden.

**Ungerechte Kriege** in unserer Epoche sind:

- Kriege imperialistischer Staaten gegen sozialistische Länder
- Bürgerkriege der Bourgeoisie und anderer reaktionärer Kräfte gegen die revolutionären Bewegungen des Proletariats und seiner Verbündeten sowie gegen revolutionär-demokratische Bewegungen der Volksmassen
- Kolonialkriege des Imperialismus
- Kriege des Imperialismus gegen junge Nationalstaaten
- Raubkriege imperialistischer Staaten gegen schwächere kapitalistische Länder und Eroberungskriege zwischen kapitalistischen Staaten.“

Nachdem man den Jugendlichen gezeigt hatte, dass sozialistische Staaten gar keine ungerechten Kriege führen können und sie somit als Angehörige der NVA im Falle eines Krieges auf jeden Fall auf der „gerechten“ Seite stehen würden, fuhr der Unterricht fort, „den militärischen Charakter möglicher Kriege“ zu behandeln.<sup>1003</sup> Auch hier folgte die methodisch-didaktische Darstellung dem üblichen Schwarz-Weiß-Schema. Dabei wurde versucht zu suggerieren, dass das sozialistische Lager seine militärischen Anstrengungen nur unternimmt, weil die „imperialistischen NATO-Mächte“ einen Angriffskrieg gegen die Länder des Warschauer Vertrages vorbereiten<sup>1004</sup>:

„Folgende Klassifizierung möglicher Kriege der Gegenwart wurde von den Strategen der USA vorgenommen:

- weltweiter Raketenwaffenkrieg
- territorial begrenzter Kernwaffenkrieg außerhalb der Grenzen der USA

<sup>1001</sup> Vgl. Ebd.: S. 7 ff./ Hanisch u. a. 1983: S. 5 ff. / Koch 2000 a: S. 35.

<sup>1002</sup> Schmidt u. a. 1978: S. 12 f.

<sup>1003</sup> Vgl. Ebd.: S. 17 ff.

<sup>1004</sup> Ebd.: S. 19.

- territorial begrenzter Krieg ohne Kernwaffeneinsatz
- verdeckter Krieg [...].“

Gleichwohl in diesem Unterrichtsabschnitt auch der militärisch-technische „Charakter“ eines Krieges zwischen den beiden Supermächten und ihrem Lageranhang behandelt werden sollte, wurde das zerstörerische Ausmaß einer solchen Auseinandersetzung nur in Ansätzen deutlich gemacht<sup>1005</sup>:

„Während z. B. das Verhältnis zwischen Gefechts- und Zivilverlusten im zweiten Weltkrieg noch 1:1 betrug, so hat es sich in den Kriegen der folgenden 30 Jahre auf 1:13 verändert.“

Die absolute Vernichtungswirkung, die ein Atomkrieg gerade in Mitteleuropa ausgelöst hätte, deutete man im Unterricht nur an. Die in einem solchen Fall Hilf- und letztendlich Nutzlosigkeit konventionellen militärischen Handelns sowie von Aktivitäten der Zivilverteidigung wäre allzu offensichtlich gewesen.<sup>1006</sup> Alles sollte zwar schlimm, aber nichtsdestotrotz handhabbar erscheinen.<sup>1007</sup> Der vorgegebene „Lehrervortrag“ der „Fachlich-methodischen Hinweise“ zitiert bei dieser Thematik eine Passage aus dem sowjetischen Buch „Soldat und Krieg“, in der es u.a. heißt<sup>1008</sup>:

„Mit psychologisch-physiologischen Begriffen ausgedrückt, kann man sagen, daß der Soldat im Kernwaffenkrieg seine Gefechtsaufgaben unter Einwirkung überstarker Reize zu erfüllen hat.

Der Mensch wird den Einsatz solcher Waffen erleben, deren reale Wirkung er vorher in seiner Tätigkeit niemals gesehen hat.

Um die Wirkung dieser Waffen auf die Psyche zu verringern, die moralisch-politische Standhaftigkeit der Truppen und der Bevölkerung zu erhalten, sie vor Angst und Panik zu bewahren [...], ist es erforderlich, daß die Truppen und die Bevölkerung den Charakter und die Besonderheiten des modernen Krieges verstehen, die Vernichtungsfaktoren der Kernwaffen kennen, die Mittel des Schutzes gegen solche Waffen anwenden können und von den Möglichkeiten des Schutzes überzeugt sind ...“

Bemerkenswert erscheint an diesem Abschnitt, mit welcher unausweichlichen Bestimmtheit („Der Mensch wird den Einsatz erleben“) von einem kommenden Krieg ausgegangen wird. Auf die vierzehn- und fünfzehnjährigen zukünftigen Soldaten sollte diese von einem Erwachsenen, einer Autoritätsperson, vorgetragene sichere Kriegsaussicht eine motivierende Schockwirkung ausüben. Die Lösung der bei den Jugendlichen so aufgeworfenen persönlichen Problemstel-

---

<sup>1005</sup> Ebd.: S. 18.

<sup>1006</sup> Vgl. z. B. Hübner 2002: S. 39.

<sup>1007</sup> Vgl. Schmidt u. a. 1978: S. 22 ff. / Hanisch u. a. 1983: S. 9 f.

<sup>1008</sup> Schmidt u. a.: S. 22 f.):

lung sollte dem Muster folgen: Der Krieg ist zwar unausweichlich, aber wenn ich mich nur mit ganzer Kraft als Soldat für den Sozialismus einsetze, werde ich am Ende unter den Siegern sein. Denn: „Wie das reale Kräfteverhältnis in der Welt beweist, wird der Sieg in einem künftigen Krieg auf der Seite der sozialistischen Länder, des fortschrittlichen Teils der Menschheit sein.“<sup>1009</sup>

Durch diese Art der Unterrichtsgestaltung hoffte man an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR bei einem Jugendlichen nicht nur den zukünftigen Soldaten anzusprechen, sondern generell den DDR-Bürger – ob Mann oder Frau - der treu und vorbehaltlos zur Politik seines Staates steht. Trotzdem ist auffällig, dass im Unterricht nun wieder nur die Jungen direkt mit Beispielen ihres künftigen Soldatenlebens<sup>1010</sup> angesprochen wurden. Dem im Titel der Doppelstunde angedeuteten Anspruch, auch die Mädchen als zukünftige „Einsatzkräfte der Zivilverteidigung“ einzubinden, kam man im Unterricht nicht wirklich nach.<sup>1011</sup>

#### **4.6.2.1.3 „Militärische Berufe in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Kräften der DDR“**

Die neunzig Minuten, die man im Rahmen der Stunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ dem Thema: „Militärische Berufe in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Kräften der DDR“ einräumte, können als reine Werbeveranstaltung für eben diese Berufskarrieren angesehen werden.<sup>1012</sup> Über die übliche didaktische Mixtur aus Lehrervortrag, Arbeit mit Anschauungstafeln, Dias und Filmen sowie gelegentlich eingeflochtenen Unterrichtsgesprächen sollte bei den Jugendlichen „der Wunsch und die Bereitschaft geweckt und entwickelt werden, sich für einen militärischen Beruf zu entscheiden und zu bewerben“.<sup>1013</sup> Dabei wurden in einem ersten Abschnitt „Die

<sup>1009</sup> Ebd.: S. 22.

<sup>1010</sup> Die konkreten Beispiele waren auf konventionelle kriegerische Auseinandersetzungen beschränkt und sehr allgemein gehalten (Vgl. Schmidt u. a. 1978: S. 23 ff.). Beispiel (Ebd. S. 23): „Das Nachtgefecht zählt unter modernen Bedingungen als normale Gefechtstätigkeit. Die erstklassigen Nachtsichtgeräte und Mittel der Gefechtsbeleuchtung, über die Armee und Flotte verfügen, gestatten den Truppenteilen und Einheiten, nachts mit der gleichen Dynamik und Schnelligkeit wie am Tage zu handeln. Bei alledem hat jedoch das Nachtgefecht seine Besonderheiten.

In der Dunkelheit ist es für die Soldaten schwieriger, den Gegner zu beobachten, sich im Gelände zu orientieren und Manöver durchzuführen. Hinzu kommt, daß nachts die Menschen viel schneller ermüden und somit die Aufmerksamkeit und Beobachtungsfähigkeit schneller nachlassen. Gerade deshalb erlangt die Fähigkeit des Soldaten, unter solchen Bedingungen geschickt und initiativreich zu handeln, besondere Bedeutung.“ (Vgl. auch Hanisch u. a. 1983: S. 11 ff.)

<sup>1011</sup> Vgl. Schmidt u. a.: S. 22-27.

<sup>1012</sup> Vgl. Selke u. a. 1978.

<sup>1013</sup> Vgl. Ebd.: S. 4 f.

wachsende Bedeutung und die Perspektiven der militärischen Berufe sowie ihre Merkmale und Inhalte“ behandelt.<sup>1014</sup> Daran anschließend ging man auf „Voraussetzungen“ für Offiziersbewerber, die verschiedenen Möglichkeiten der Ausbildung in den Streitkräften, deren Inhalte und Verläufe sowie auf die „Einsatz-, Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der militärischen Berufskader“ ein.<sup>1015</sup> Bei dieser Anpreisung scheute man sich auch nicht, auf die besondere materielle Behandlung von Militärs in der DDR hinzuweisen. Im Lehrervortrag hieß es dazu<sup>1016</sup>:

„Ich erinnere an die vorbildlichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, an die Entwicklungsmöglichkeiten in höhere Dienststellungen und Dienstgrade [...].

Dazu gehören weiter die Regelungen über die Bezahlung, den Urlaub sowie die vielfältigen Möglichkeiten der Auszeichnung [...].

Schließlich kommen die Achtung der Gesellschaft gegenüber den Berufssoldaten und die Fürsorge für sie auch in den Maßnahmen zu ihrer Förderung und Versorgung nach ihrer Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst zum Ausdruck.“

Diese als Werbung eingesetzte, besondere materielle Behandlung von Berufssoldaten verstieß offen gegen den Gleichheitsgrundsatz im Arbeiter- und Bauernstaat, wonach alle ein etwa gleiches Einkommen erhalten sollten – egal welche Qualifikation jemand besitzt oder nicht.<sup>1017</sup> Obwohl der propagandistische Abschnitt des Wehrunterrichtes zu wesentlichen Teilen auf der Kontrastierung von sozialistischer und kapitalistischer Welt aufbaute, ignorierte das Unterrichtskonzept an dieser Stelle ein kommunistisches Ideal und wandte ein genuin kapitalistisches Lockmittel an. Damit widersprach das Konzept der eigenen prinzipiellen Grundlegung und offenbarte eine erhebliche Inkonsistenz.

Wie bei den beiden Doppelstunden zuvor wurde in den „Fachlich-methodischen Hinweisen“ der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften darauf hingewiesen, dass „[d]er Unterricht [...] bei allen Schülern, Jungen und Mädchen, zur Herausbildung von Einsichten, Motiven, Einstellungen und Überzeugungen beitragen“<sup>1018</sup> soll. Wie in den beiden zuvor besprochenen Doppelstunden – und den noch folgenden – wurden aber auch in diese *Werbeveranstaltung* für militärische Berufe die Mädchen – wenn überhaupt – nur sehr marginal einbezogen. Nicht nur dass hier eine mögliche Darstellung von Tätigkeitsfeldern im Rahmen der Zivilverteidigung völlig unterblieb. Auch auf die wenigen in der NVA für

<sup>1014</sup> Vgl. Ebd.: S. 6-12 / Vgl. auch Hanisch u. a. 1983: S. 46 ff.

<sup>1015</sup> Vgl. Selke u. a. 1978: S. 12-25.

<sup>1016</sup> Ebd.: S. 23 f.

<sup>1017</sup> Vgl. z. B. Geißler 1999: S. 682.

<sup>1018</sup> Selke u. a.: S. 4.

Frauen möglichen Berufsbilder - z. B. als Politoffizierin - kam man nicht explizit zu sprechen.

#### 4.6.2.1.4 „Bewaffnung und Ausrüstung der Armeen der sozialistischen Verteidigungscoalition“

Die vierte und letzte Doppelstunde „Zu Fragen ...“ in der neunten Klasse der POS stand unter dem Motto „Bewaffnung und Ausrüstung der Armeen der Sozialistischen Verteidigungscoalition“.<sup>1019</sup> Bevor der Unterricht sich hier der Sowjetarmee – als der Führungs- und Leitarmee der sozialistischen Staatengemeinschaft - sowie der gemeinsamen Ausrüstung der Armeen des östlichen Militärbündnisses widmete, behandelte er zunächst die „Wesenszüge der Armeen der sozialistischen Verteidigungscoalition“.<sup>1020</sup> Hierbei wurden den Schülerinnen und Schülern die „Faktoren der Überlegenheit“ des Warschauer Paktes über die NATO in zwei Hauptpunkten zusammengefasst präsentiert:

1. Die politisch-moralische Überlegenheit.
2. Die bessere Bewaffnung und Ausrüstung.

Ersterer Gesichtspunkt resultierte nach Lesart der „Fachlich-methodischen Hinweise“ daraus, dass die sozialistischen Streitkräfte durch „die parteipolitische Arbeit“ eine „höhere Kampfmoral haben als jede imperialistische Armee, eine Moral, die auf der Einheit der Klasseninteressen und auf der wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus beruht“.<sup>1021</sup>

Die bessere Bewaffnung und Ausrüstung der östlichen Armeen ergab sich nach einem Autorenkollektiv um Rippa aus dem Fakt, dass alle die gleichen Waffensysteme nutzten, während die unterschiedlichen Standards „eines der größten Probleme der NATO“ darstellte.<sup>1022</sup> Darüber hinaus wurde die Aussage getroffen: dass „die modernsten sowjetischen Waffensysteme [...] auch bessere Leistungsparameter als die Waffen der NATO [...] besitzen“.<sup>1023</sup> Im folgenden Unterrichtsabschnitt stellte man dann, inklusive eines kurzen Ausflugs in die Geschichte, die Sowjetarmee als „das Modell für alle anderen sozialistischen Streitkräfte“<sup>1024</sup> vor.

Den Schwerpunkt der letzten Doppelstunde in der 9. Klasse bildete aber die Thematik der „Bewaffnung und Ausrüstung von Teilstreitkräften und Waffengattungen der sozialistischen Verteidigungscoalition“, die man vorwiegend am

---

<sup>1019</sup> Rippa u. a. 1978: S. 1.

<sup>1020</sup> Vgl. Ebd.: S. 5 ff.

<sup>1021</sup> Ebd.: S. 8.

<sup>1022</sup> Vgl. Ebd.: S. 8 f.

<sup>1023</sup> Ebd.: S. 9.

<sup>1024</sup> Vgl. Ebd.: S. 12 f.

Beispiel der NVA behandelte.<sup>1025</sup> Im Einzelnen wurden dabei die „Landstreitkräfte“ mit den Untereinheiten „motorisierte Schützen“, „Panzertruppen“, „Raketentruppen und Artillerie“, „Truppenluftabwehr“ sowie die Teilgruppen von „Luftstreitkräfte/Luftverteidigung“ und „Seestreitkräften“ mit den methodischen Mitteln des Lehrervortrages und des Unterrichtsgesprächs sowie des Einsatzes von Dias und eines Films<sup>1026</sup> vorgestellt. Aufgrund der wiederum riesigen inhaltlichen Fülle dieses Abschnittes konnte diese Vorstellung natürlich nur sehr exemplarisch und wie im Überflug erfolgen. Obwohl auch die Raketentruppen erwähnt wurden, beschränkte man sich bei der Behandlung im Wesentlichen auf konventionelle Aspekte. Die Darbietung sollte die Jugendlichen vor allem faszinieren und sie andererseits von der „hohen Leistungsfähigkeit“ der Waffensysteme überzeugen.<sup>1027</sup>

#### **4.6.2.1.5 „Die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee – festes Fundament für die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft“**

Nachdem sich die Jugendlichen in den vier Doppelstunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ in der neunten Klasse mit dem „Klassengegner“ im Westen, der Verteidigungswürdigkeit des Sozialismus, dem Charakter eines möglichen Krieges, dem Berufsbild eines Soldaten, der Führungsrolle der Sowjetarmee im Warschauer Vertrag, der Bewaffnung der sozialistischen Streitkräfte usw. beschäftigt hatten, bekamen sie in den ersten drei Doppelstunden in der zehnten Klassenstufe kaum neue Inhalte vorgesetzt. Die thematischen Bestandteile der neunten Klasse wurden mehr oder weniger noch einmal neu zusammengestellt und so wiederholt.<sup>1028</sup>

Die erste Doppelstunde in Klasse zehn stand unter der Überschrift: „Die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee – festes Fundament für die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft“ und sollte den Schülern noch einmal die Gründe für die Formierung und Unterhaltung der östlichen Militärmacht unter Führung der Sowjetunion vor Augen führen, mit der „allen aggressiven Absichten und Handlungen des Imperialismus, allen Versuchen, dem Sozialismus Schaden zuzufügen, wirksam begegnet werden kann.“<sup>1029</sup> Während in der neunten Klasse in diesem Zusammenhang mehr die technische Seite - mit Ausrüstung und Bewaffnung - im Mittelpunkt der Unterrichtsbetrachtung gestanden hatte, sollte nun die besondere politische Dimension der „sozial-

<sup>1025</sup> Vgl. Ebd.: S. 13-31.

<sup>1026</sup> Der Filmtitel lautete „Waffen in Arbeiterhand“ (Vgl. Rippa u. a. 1978: S. 34).

<sup>1027</sup> Vgl. auch Hanisch u. a. 1983: S. 46 f.

<sup>1028</sup> Vgl. Behrens, Klose u. a. 1979 / Müller u. a. 1979 / Fuchs, Waade u. a. 1979.

<sup>1029</sup> Vgl. Behrens, Klose u. a. 1979: S. 3 ff., Zitat ebd.: S. 4 / Vgl. auch Hanisch u. a. 1983: S. 19 ff.

istischen Waffenbrüderschaft“ stärker beleuchtet werden. Diese manifestierte sich nach Aussage der „Fachlich-methodischen Hinweise“ wie folgt<sup>1030</sup>:

- „- Gemeinsame Sicherheits- und Militärpolitik der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft.
- Übereinstimmendes Denken und Handeln der Angehörigen aller Bruderarmeen auf der Grundlage gemeinsamer Klasseninteressen und –ziele.
- Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Armeen.
- Enge Zusammenarbeit in allen Fragen des gemeinsamen militärischen Schutzes wie der Führung, Ausbildung und Erziehung, Bewaffnung und Ausrüstung.“

An dieser Stelle sollte vom Lehrer in das „Unterrichtsgespräch“ eingeworfen werden, dass ja auch „[d]ie Angehörigen der NATO-Armee oder andere imperialistische Söldner“ zusammenhalten.<sup>1031</sup> „Warum ist sozialistische Waffenbrüderschaft mehr als [dieses] Zusammenwirken?“ Die vorgegebene, ideologisch korrekte Antwort lautete<sup>1032</sup>:

„Die Soldaten der sozialistischen Armeen eint das gleiche Ziel, den Sozialismus zu schützen und zu verteidigen. Sie sind Waffenbrüder, weil sie Klassenbrüder sind.“

Wie in den vier Doppelstunden zuvor wurde auch in dieser Unterrichtseinheit ein Film, „Kampfgefährten“, in die Unterrichtsgestaltung einbezogen.<sup>1033</sup> Die dabei gezeigte Harmonie im Zusammenspiel der Armeen des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion anlässlich eines Manövers und insbesondere die Beziehung zwischen Sowjetarmee und NVA sollte als positives Erinnerungsbild dieser Lehrplaneinheit in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler haften bleiben.

#### **4.6.2.1.6 „Das Verhältnis von Mensch und Technik in der sozialistischen Verteidigungscoalition“**

„Die marxistisch-leninistische Weltanschauung und die sozialistische Militärwissenschaft gehen davon aus, daß Mensch und Militärtechnik zwei Grundelemente des bewaffneten Kampfes sind. Die richtige Einschätzung des Verhältnisses von Mensch und Militärtechnik ist für die Erfüllung des militärischen Klassenauftrages der sozialistischen Streitkräfte von entscheidender Bedeutung“, heißt es in den „Fachlich-methodischen Hinweisen“ (Klasse

---

<sup>1030</sup> Behrens, Klose u. a.: S. 16 f.

<sup>1031</sup> Ebd.: S. 17.

<sup>1032</sup> Ebd.

<sup>1033</sup> Vgl. Ebd.: S. 16 ff. u. 24.

10/Heft 2).<sup>1034</sup> Ausgehend von diesen militärischen „Grundpositionen des Marxismus-Leninismus“ sollte in der mit „Das Verhältnis von Mensch und Technik in der sozialistischen Verteidigungscoalition“ betitelten, insgesamt sechsten Doppelstunde „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ bei den Jugendlichen noch einmal die Begeisterung für die immer komplexer, schneller und schlagkräftiger werdende Militärtechnik geweckt werden – und zwar unter der besonderen Sichtweise der „Meisterung der Militärtechnik durch den Soldaten“.<sup>1035</sup> Die Behandlung verschiedener Waffen aus den einzelnen Teiltruppen der Armee war wieder mit der Absicht verknüpft, bei den Jungen einen persönlichen Bezug zu den gesehenen Bildern oder geschilderten Themen herzustellen, damit sie sich so für ihre Wehrdienstzeit motivierten oder vielleicht sogar die Entscheidung für einen militärischen Beruf trafen. In ihnen sollte der Ehrgeiz geweckt werden, die als anspruchsvoll dargestellten Aufgaben in der Armee zu meistern<sup>1036</sup>:

„Die Wirkung der modernen Waffen erfordert von allen Armeeingehörigen Ausdauer, Furchtlosigkeit, schnelles Reagieren und eine hohe physische und psychische Belastung.“

Als propagandistisches *Hauptkampfmittel* wurde im Unterricht wieder ein Film, „Du und Deine Technik“ eingesetzt.<sup>1037</sup>

In dieser eher technikorientierten Unterrichtseinheit fehlte aber auch nicht der Hinweis, dass zu einem stets einsatzbereiten, seine Waffe beherrschenden Soldaten in einer sozialistischen Armee auch das richtige „Klassenbewusstsein“ und die Liebe zu seinem Staat gehören<sup>1038</sup>:

„Der entscheidende Faktor für den Sieg ist der politisch-bewußte, gut ausgebildete sozialistische Soldat.“

#### 4.6.2.1.7 „Die NATO-Armeen und ihr aggressiver Auftrag“

In der vorletzten Unterrichtseinheit „Zu Fragen ...“ saß noch einmal der westliche Militärpakt und sein „aggressiver Auftrag“ auf der Anklagebank.<sup>1039</sup> In einem ersten Abschnitt beschäftigte sich der Unterricht dabei mit der NATO – als der „Speerspitze des Imperialismus gegen das sozialistische Weltsystem“: ihrem Aufbau, den Zielen, ihrer Rüstung sowie dem „antikommunistische[n] Feindbild der NATO-Soldaten“.<sup>1040</sup> Als ihren Auftrag gab man den „Kampf

<sup>1034</sup> Müller u. a. 1979: S. 10 f.

<sup>1035</sup> Vgl. Ebd.: S. 3 ff.

<sup>1036</sup> Ebd. S. 26.

<sup>1037</sup> Vgl. ebd.: S. 26 u. 32.

<sup>1038</sup> Ebd.: S. 20.

<sup>1039</sup> Vgl. Fuchs, Waade u. a. 1979: S. 3 ff. /Vgl. auch Hanisch u. a. 1983: S. 30 ff.

<sup>1040</sup> Vgl. Fuchs, Waade u. a. 1979: S. 9 ff.



gegen den Sozialismus“, die Beseitigung des „realen Sozialismus“ sowie „die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte in den imperialistischen Ländern und [die] Eindämmung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung in allen Teilen der Erde“<sup>1041</sup> an. Im Zusammenhang mit den Zielen der NATO flochten die „Fachlich-methodischen Hinweise“ (Klasse 10/ Heft 3) aber auch den *schädlichen* Einfluss des KSZE-Prozesses, der deutsch-deutschen Annäherung und des gesamten Ost-West-Dialoges auf die Menschen in der DDR ein – freilich ohne dies direkt zu benennen<sup>1042</sup>:

„Ihr [der NATO] Ziel ist die Zersetzung der kommunistischen, der gesamten revolutionären Bewegung von innen heraus. Dabei ist auch beabsichtigt, die mit sozialistischen Staaten abgeschlossenen Verträge für diese Zwecke auszunutzen. Das Eindringen soll speziell unter dem Motto der ‚Notwendigkeit der freien Information‘, ‚der Schaffung menschlicher Kontakte‘ und ‚der Kooperation‘ erreicht werden.“

Auch im zweiten Teil der Doppelstunde war die Absicht, die eigene Jugend wieder auf den rechten, sozialistischen Weg zu bringen, unverkennbar: hier wurde „[d]ie BRD in der NATO“ unter propagandistischen Beschuss genommen.<sup>1043</sup> Die dabei verwendete Munition hatten die Jugendlichen allerdings auch schon unzählige Male um ihre Ohren fliegen hören:

„Die Bundeswehr hat im NATO-Kommandobereich Mitte führungs- und kräftemäßig eine dominierende Haltung eingenommen.“<sup>1044</sup>

„Die BRD versucht die DDR und andere sozialistische Staaten ökonomisch, politisch und militärisch zu bedrohen.“<sup>1045</sup>

„Die BRD ist die Hauptkraft der USA-Strategie im Rahmen der NATO gegen den Sozialismus in Europa.“<sup>1046</sup>

Auch diese Argumente wurden durch die regelmäßige Wiederholung im Laufe des Heranwachsens der Kinder und Jugendlichen nicht überzeugender. Im Gegenteil, wie bereits dargestellt, wurde ihre Botschaft oftmals gar nicht mehr wahrgenommen oder sogar – aufgrund der Erfahrung der Schüler mit der Propaganda in der DDR – in die Gegenposition umgedeutet.<sup>1047</sup>

Im letzten Abschnitt dieser Unterrichtseinheit sollte durch die Lehrkräfte noch einmal erklärt werden, wie das sozialistische Lager „die aggressiven Pläne des

---

<sup>1041</sup> Ebd.: S. 10.

<sup>1042</sup> Ebd.: S. 11.

<sup>1043</sup> Vgl. Fuch, Waade u. a. 1979: S. 17 ff.

<sup>1044</sup> Ebd.: S. 17 f.

<sup>1045</sup> Ebd.: S. 18.

<sup>1046</sup> Ebd.: S. 19.

<sup>1047</sup> Vgl. Michalzik 1994: S. 76 ff.

Imperialismus [...] vereitelt“.<sup>1048</sup> Die vorgegebene Begründung fußte auf der Argumentationslinie, wonach durch den ökonomischen Aufschwung des sozialistischen Lagers – und insbesondere durch den der Sowjetunion – auch seine militärische Stärke so weit entwickelt werden konnte, dass es schließlich „die militärische Überlegenheit des Imperialismus“ zerbrach. So wurde und wird der Frieden gesichert. In diesem Zusammenhang versuchte man nun noch einmal, jeden einzelnen Schüler persönlich anzusprechen und ihn für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus im Allgemeinen und der Ergreifung eines militärischen Berufes im Besonderen zu motivieren<sup>1049</sup>:

„Auch in Gegenwart und Zukunft geht es deshalb um eine weitere Zurückdrängung des Imperialismus [...]. Die Erhaltung des Friedens ist abhängig von der Stärke des Sozialismus, nicht zuletzt von seiner militärischen Stärke. Der Sozialismus ist so stark, wie wir ihn machen – auf allen Gebieten.“

Die letzte Doppelstunde „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ stellte den Schülerinnen und Schülern den Ablauf der drei „Tage der Wehrbereitschaft“ vor, deren Höhepunkt der „Marsch der Waffenbrüderschaft“ bilden sollte. Dieser Abschluss des Wehrunterrichtes war in den Winterferien der zehnten Klasse zu absolvieren.<sup>1050</sup>

#### 4.6.2.1.8 Der neue Lehrplan von 1989

Erst 1989, in der Endphase der Agonie der DDR, erlebte der Wehrunterricht eine Veränderung. Die insgesamt acht Hefte der „Fachlich-methodischen Hinweise“ des Theorieteils „Zu Fragen ...“ ersetzte man durch die von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Kurt Mai erarbeiteten einbändigen „Unterrichtshilfen Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“. Die Unterrichtsinhalte wurden darin neu sortiert und auf vier Stoffeinheiten – zu je vier Stunden – zusammengefasst, der Lehrplan insgesamt gestrafft<sup>1051</sup>:

1. Stoffeinheit: „Die sozialistische Landesverteidigung der DDR“
2. Stoffeinheit: „Der Dienst in der nationalen Volksarmee sowie in anderen Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR und seine Anforderungen“
3. „Die Militärpolitik der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Imperialismus und die Rolle der Bundeswehr in der NATO“
4. „Die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages“

<sup>1048</sup> Vgl. Fuchs, Waade u. a. 1979: S. 20 ff.

<sup>1049</sup> Ebd.: S. 23.

<sup>1050</sup> Vgl. Lück, Kreisiche u. a. 1979.

Auf die „Tage der Wehrbereitschaft“ wird in dieser Arbeit noch in einem eigenen Unterabschnitt eingegangen. Aus diesem Grund erübrigt sich eine Darstellung im Rahmen der Stunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ (M. K).

<sup>1051</sup> Vgl. Mai u. a. 1989: S.3.

Die grundsätzliche Ausrichtung des Unterrichtes und die daran geknüpften Inhalte blieben aber im Wesentlichen unverändert. Die Umgestaltung wurde vor allem wegen der riesigen Stoffmenge des alten Lehrplans vorgenommen, die in der Praxis kaum zu bewältigen gewesen war.<sup>1052</sup> Der unter anderem von Werner Berauer vorgebrachten Kritik, wonach die Berücksichtigung der Mädchen in den „Stunden zu Fragen ...“ nicht ausreichend war<sup>1053</sup>, versuchten die Autoren der „Unterrichtshilfen“ durch eine Behandlung der Organisation der Zivilverteidigung – neben NVA und Grenztruppen – in der ersten Stoffeinheit zu begegnen.<sup>1054</sup> An der *Vernachlässigung* der Mädchen hinsichtlich der Auswahl von Unterrichtsinhalten änderte dies aber nur wenig. Darüber hinaus band man in die Stoffeinheit „Die Sozialistische Landesverteidigung der DDR“ nun auch „Informationen über die Aufgaben von Organen des MfS [Ministerium für Staatssicherheit] und des MdI [Ministerium des Innern]“ in den Unterricht ein.<sup>1055</sup>

Auch bei der didaktischen Gestaltung des Unterrichts brachte der neue Lehrplan Veränderungen mit sich. Waren die Lehrkräfte bisher gehalten, die Vorgaben der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften möglichst exakt im Unterricht wiederzugeben, schlug man ihnen nun inhaltliche Schwerpunkte vor, „die die inhaltliche und didaktische Linienführung verdeutlichen“ sollten, räumte ihnen aber ansonsten mehr Freiräume beim Aufbau und der Gestaltung der Unterrichtsstunden ein.<sup>1056</sup>

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass die mit den „Unterrichtshilfen“ beabsichtigten Modifikationen der Stunden „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ im Rahmen des Wehrunterrichtes in der Praxis kaum noch Wirkungen entfalten konnten. Der Lehrplan der zehnten Klasse baute auf dem der neunten auf, sollte also erst 1990 in den Schulen angewendet werden. Daher dürften bis zur Abschaffung des Wehrunterrichtes am 6. November 1989<sup>1057</sup> lediglich die Pläne für die erste Stoffeinheit der neunten Klasse zum Einsatz gekommen sein.

#### 4.6.2.2 Der Lehrgang Zivilverteidigung

In den beiden Wochen, die die Jungen der neunten Klasse im Wehrlager verbrachten, absolvierten die Mädchen, sowie die Jungen nicht mit ins Lager

---

<sup>1052</sup> Vgl. Ebd.: S. 5.

<sup>1053</sup> Vgl. Berauer 1983: S. 90.

<sup>1054</sup> Vgl. Mai u. a.: S. 17.

<sup>1055</sup> Vgl. Ebd.: S. 11.

<sup>1056</sup> Vgl. Ebd.: S. 5 f. u. 13.

<sup>1057</sup> Am gleichen Tage wurde in der DDR auch die Unterrichtung des Faches Staatsbürgerkunde offiziell beendet (Vgl. [www.DDR-Schulrecht.de](http://www.DDR-Schulrecht.de)).

fahren wollten, einen zwölf-tägigen Lehrgang Zivilverteidigung.<sup>1058</sup> Wie die Jungen im Wehrlager trugen sie dabei Uniformen. Neben Lehrerinnen und Lehrern kamen beim ZV-Lehrgang auch Angehörige der Zivilverteidigung, Mitglieder der Kampfgruppen sowie Offiziere und Unteroffiziere der Nationalen Volksarmee zum Einsatz.<sup>1059</sup> Am Beginn des Lehrgangs wählten die Lehrkräfte aus den Reihen der Jugendlichen einen Zugführer bzw. eine Zugführerin sowie Stellvertreter aus. Der inhaltliche sowie der didaktisch-methodische Aufbau der einzelnen Stoffgebiete wurde durch „Unterrichtshilfen“ vorgegeben, die in ihrer Struktur den „Fachlich-methodischen Hinweisen“ des Abschnittes „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ ähneln und genaue Ausführungen zu „Lehrervortrag“, „Unterrichtsgespräch“, dem Einsatz eines „Tonfilms“ oder Dias usw. enthalten.<sup>1060</sup> Eigens für den ZV-Lehrgang war an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften ein Lehrbuch entwickelt worden.<sup>1061</sup> Der Programmpunkt hatte einen zeitlichen Umfang von zweiundsiebzig Stunden und untergliederte sich in folgende Stoffgebiete<sup>1062</sup>:

Stoffgebiet	Stunden pro Ausbildungstag												Stunden		
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	Insgesamt	Theorie	Praxis
1. Zivilverteidigung -Bestandteil der Landesverteidigung	3	2	1										6	6	
2. Schutzausbildung		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2		20	14	6
3. Selbst- und Gegenseitige Hilfe	1		1				3	1	3	1			10	8	2
4. Geländeausbildung			1	2	2	2		2		2	2		13	5	8
5. Ordnungsübungen	1	1		1									3		3
6. Sportausbildung	1	1	1	1	2	2	1	1	1	1	2		14		14
Abschlussübung												6	6		6
	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>6</b>	<b>72</b>	<b>33</b>	<b>39</b>

#### 4.6.2.2.1 „Zivilverteidigung - Bestandteil der Landesverteidigung“

Diese erste Stoffeinheit des Lehrgangs Zivilverteidigung hatte einen Einführungscharakter.<sup>1063</sup> Sie sollte den Jugendlichen einen Überblick über die Aufgaben der ZV in der DDR, ihren strukturellen Aufbau, ihre Leitungsebenen und ihre Praxis geben – und zwar so, dass sich die Schülerinnen und Schüler für die vor ihnen liegenden Aufgaben der anderen Stoffgebiete motivierten und somit

<sup>1058</sup> Vgl. Gärtner 1982 a / Ders. 1982 b / Koch 2000 a: S. 33.

<sup>1059</sup> Vgl. Koch: S. 39.

<sup>1060</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978.

<sup>1061</sup> Vgl. Kerber, Herz u. a. 1978.

<sup>1062</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a.: S. 5 f./ Schulz 1984: S. 141 u. 183.

<sup>1063</sup> Lück, Fromm u. a. 1978: S. 7 ff.

die „Bereitschaft entwickel[te]n, an der Ausbildung bewußt und diszipliniert teilzunehmen.“<sup>1064</sup> Nach den Vorstellungen des Autorenkollektivs um Lück und Fromm war dies nicht möglich, ohne auch an dieser Stelle die Beschäftigung mit den „Methoden der Imperialisten, Kriege auszulösen und zu beginnen“ einzubinden.<sup>1065</sup> Wieder in der üblichen Schwarz-Weiß-Malerei wurde dem *bösen Imperialismus* im Westen dann das „Wesen des Heldentums und seine Notwendigkeit“ sowie die „Grundlagen des Heldentums“ im Sozialismus entgegengesetzt.<sup>1066</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang aber, mit welchen Beispielen hier „Heldentum“ Darstellung fand. Obwohl es sich um einen Lehrgang handelte, in dem fast ausschließlich Mädchen unterrichtet wurden, hatte man keine Beispiele aus der Praxis der Zivilverteidigung ausgewählt. Statt dessen sahen die Schülerinnen und wenigen Schüler zunächst den Film „Soldatenpflicht“. Darin sieht man NVA-Soldaten abends am Lagerfeuer sitzen und nach kräftezehrendem Marsch das Lied „An der Wolokolamsker Chaussee“ anstimmen, das von jungen Rotarmisten und ihrem Kampf im Zweiten Weltkrieg erzählt.<sup>1067</sup> Eine inszenierte Soldatenromantik, die eigentlich nur zum Lachen animieren konnte. Auch die weiteren Beispiele, die im Lehrbuch für „Heldentum“ genannt werden, stammen aus dem militärischen Bereich; die einzige Frau in dieser Phalanx ist Soja Kosmodemjanska<sup>1068</sup> - eine Partisanin im Großen Vaterländischen Krieg.<sup>1069</sup> Ebenfalls zum Einführungsabschnitt des Lehrgangs gehörte der Versuch, die Jugendlichen von der „Notwendigkeit militärischer Disziplin und Ordnung in der Zivilverteidigung“ zu überzeugen, da diese „Voraussetzung für ein einheitliches, geschlossenes und damit erfolgreiches Handeln einer militärischen Einheit und der Einsatzkräfte der Zivilverteidigung“ seien.<sup>1070</sup>

---

<sup>1064</sup> Ebd.: S.7.

<sup>1065</sup> Vgl. Ebd.: S. 10 ff.

<sup>1066</sup> Vgl. Ebd.: S. 12 ff.

<sup>1067</sup> Vgl. Ebd. 13 / Kerber, Herz u. a.: S. 20.

<sup>1068</sup> Als weitere Beispiele für Personen „die als Helden bezeichnet werden können“ werden im Lehrbuch aufgeführt: Thomas Müntzer, Theodor Körner, Albin Köbis und Max Reichpietsch, Ernst Schneller, Hans Beimler, Anton Saefkow, der Gardeschütze Matrossow und Egon Schulz (Vgl. Kerber, Herz u. a. 1978: S. 20).

<sup>1069</sup> Vgl. Kerber, Herz u. a.: S. 22.

Eine Erklärung für diese einseitige *Auswahl an Helden* könnte das Zerschneiden vieler junger Ehen in der DDR während der Armeezeit des Mannes geben. Danach wäre das Ganze als eine indirekte Aufforderung an die Frauen zu verstehen gewesen, ihren Männern während des „Ehrendienstes“ die Treue zu halten (M. K.).

<sup>1070</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a 1978: 14 f., Zitat S. 14.

#### 4.6.2.2.2 „Schutzausbildung“

Anliegen der mit insgesamt zwanzig Stunden umfangreichsten Stoffeinheit „Schutzausbildung“ war es, „die Schüler mit den Schutzmöglichkeiten vor den Wirkungsfaktoren von Kernwaffen, den Wirkungen chemischer Kampfstoffe und biologischer Kampfmittel sowie bei der Anwendung von Brand- und Sprengmitteln bekannt zu machen.“<sup>1071</sup> Also wurden sie durch Lehrervortrag und Diaschau über „Schutzmaßnahmen in Wohnung und Haus“ gegen Massenvernichtungswaffen informiert. Sie lernten wie eine Gasmasken funktioniert und wie man sie richtig aufsetzt, was sie bei den einzelnen Sirensignalen zu erwarten und zu tun hatten, wie man Menschen aus verschütteten Häusern birgt und wie nach dem Einsatz atomarer, biologischer und chemischer Kampfstoffe Entseuchungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Dies alles sollte dazu beitragen, die bereits in den Stunden „Zu Fragen der Sozialistischen Landesverteidigung“ dargebotene Projektion, wonach ein mit atomaren und chemischen Kampfstoffen geführter Krieg zwar schlimm, aber führbar und vor allem gewinnbar sei, weiter bei den Schülerinnen und Schülern zu festigen. Die im Unterricht durchgeführten praktischen Übungen, die dabei eingesetzten Schutzmittel und genutzten Schutzräume sprachen aber oft eine andere Sprache. So wurde u.a. für den Fall einer Kontamination mit radioaktiven Stoffen empfohlen<sup>1072</sup>:

„Die sanitäre Behandlung bei Aktivierung besteht im entfernen radioaktiver Stoffe von der Haut, aus den Haaren, den Ohren und Augen, dem Mund und der Nase nach den üblichen Methoden der Körperreinigung, insbesondere durch gründliches Waschen.“

Im Lehrbuch Zivilverteidigung Klasse 9 kann man nachlesen, dass „die **Unterbrechung der Infektionswege** [...] [e]inen wirksamen Schutz vor Kampfmitteln bildet [...]. Das wird vor allem durch persönliche Hygiene und die Verhinderung von Nahrungsmittelinfekten erreicht.“<sup>1073</sup> Mit derartigen Hinweisen und entsprechenden Übungen<sup>1074</sup> erzeugte man bei den Jugendlichen

---

<sup>1071</sup> Ebd.: 1978: S. 16 ff.

<sup>1072</sup> Ebd.: S.: 45.

<sup>1073</sup> Kerber, Herz u. a. 1978: S. 45.

<sup>1074</sup> Ich selbst habe den ZV-Lehrgang 1986 in Deuben (bei Zeitz / Sachsen-Anhalt ) absolviert. Unsere Klasse erhielt dabei im Rahmen der „Schutzausbildung“ den Auftrag, einen Kellerraum der Schule atomares einzurichten. Etwa die Hälfte dieses Raums befand sich über der Erde, die Glasscheiben der Fenster waren zersprungen und aus den Mauerfugen rieselte der Sand. Nach Anweisung eines Angehörigen der Zivilverteidigung legten wir kleine Sandsäcke vor und in die Fenster, stellten einen Wassereimer zum Entseuchen in den Raum

alles andere als die gewünschte Überzeugung von der Handhabbarkeit eines modernen Kriegs. Im Gegenteil, wenn man derartige Handlungsanweisungen und Trainingsübungen nicht einfach als Lachnummern abtat, konnten sie eigentlich nur das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber chemischen, biologischen und atomaren Waffen verstärken.

#### 4.6.2.2.3 „Selbst- und gegenseitige Hilfe“

Die Inhalte der insgesamt zehn Unterrichtsstunden des Stoffgebietes „Selbst- und gegenseitige Hilfe“ entsprachen im Wesentlichen denen eines normalen Erste-Hilfe-Kurses.<sup>1075</sup> Die Schülerinnen und Schüler erfuhren, wie sie bei mechanischen und thermischen Verletzungen, bei Bewusstlosigkeit, Atem- und Herzstillstand sowie bei Vergiftungen und Verätzungen Hilfe leisten konnten und dabei auch „Maßnahmen der Schockverhütung und Schockbekämpfung“ in ihre Handlungen einbezogen.

Neben entsprechenden theoretischen Exkursen in Blutkreislauf, Hautbeschaffenheit etc. des Menschen standen auch Vorführungen an Puppen (Herzdruckmassage, Atemspende) oder Schülern (z. B. Anlegen von Verbänden) auf dem Unterrichtsplan.<sup>1076</sup> Für praktische Übungen der Mädchen und Jungen waren allerdings nur zwei Stunden eingeplant, was exemplarisch die Theorielastigkeit des gesamten Lehrgangs aufzeigt, der ja eigentlich Praxisbestandteil des Wehrunterrichtes sein sollte.<sup>1077</sup>

#### 4.6.2.2.4 „Geländeausbildung“

Die Stoffeinheit „Geländeausbildung“ des Lehrgangs Zivilverteidigung gliederte sich in die beiden Unterpunkte „Orientieren und Verhalten im Gelände“ (sieben Stunden) sowie „Das Leben unter Einsatzbedingungen“ (sechs Stunden).<sup>1078</sup> Ausgerüstet mit Lehrbuch, Kompass und Karte bestimmten die Schülerinnen und Schüler im ersten Teilbereich die Marschrichtung und die Marschrichtungszahl im Gelände, bekamen den Umgang mit Landkarten erklärt und lernten mit Hilfe von Uhr und Sonne die Himmelsrichtungen zu bestimmen. Weiter trainierten sie hier, wie sie sich „abhängig von dem Gelände, den Waffenwirkungen des Gegners und der zu lösenden Aufgabe“ im Gelände zu bewegen hatten: kriechend, gleitend, springend oder aufrecht gehend. Die

---

und auch noch einige Lederklatschen zum Feuerlöschen – fertig: Der Keller war atomsticher eingerichtet (M. K.).

<sup>1075</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 48 ff.

<sup>1076</sup> Vgl. Ebd.: S. 57 / Kerber, Herz u. a. 1978: S.145.

<sup>1077</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 183.

<sup>1078</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 69 ff./ Kerber, Herz u. a. 1978: S. 193 ff.

Jugendlichen bekamen „[d]ie Beobachtung als eine Methode der Aufklärung“ vermittelt, übten das Entfernungsschätzen und das exakte Melden.<sup>1079</sup>

Im zweiten Teil dieser Stoffeinheit versuchten die Lehrkräfte, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das richtige Verhalten unter „Einsatzbedingungen“ anzutrainieren.<sup>1080</sup> Dies beinhaltete solche Unterrichtgegenstände wie „Wartung und Instandhaltung der Ausrüstung und Bekleidung“, „Verpflegen unter Einsatzbedingungen“, „Wetterregeln“, „Auswahl und Sicherung eines Lagerplatzes“, „Bau behelfsmäßiger Unterkünfte“ und das „Anlegen von Feuerstellen“.

An dieser Stelle wird erneut ein Grundproblem des Wehrunterrichtes in der DDR deutlich, nämlich das Zusammendrängen von zu vielen Unterrichtsinhalten in einen dafür viel zu kleinen Zeitrahmen. Dies wirkte sich bei der „Geländeausbildung“ umso problematischer aus, als hier oft pädagogisch unerfahrene Angehörige der Kampfgruppen oder auch Offiziere und Unteroffiziere der NVA<sup>1081</sup> zum Einsatz kamen.<sup>1082</sup>

#### 4.6.2.2.5 „Ordnungsübungen“

Über die Ziele der Stoffeinheit „Ordnungsübungen“ heißt es in den „Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9“<sup>1083</sup>:

„Die Schüler werden mit Ordnungsformen bekannt gemacht, um kurze und präzise Kommandos und Befehle der Führungskräfte ausführen zu können. Sie sollen erkennen, daß es unter Verteidigungs- und Katastrophenbedingungen notwendig ist, Aufgaben zu erfüllen, die unverzügliches und geordnetes Handeln erfordern und keine zeitraubenden Erklärungen zulassen.“

<sup>1079</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 77 ff.

<sup>1080</sup> Vgl. Ebd.: S. 83 ff.

<sup>1081</sup> Im Rahmen der von mir erlebten ZV-Ausbildung kamen im Stoffgebiet „Geländeausbildung“ auch zwei Unteroffiziere vom NVA-Standort Hohenmölsen zum Einsatz. Die ließen uns zunächst zu einem kleinen Waldstück marschieren und fragten uns dort, ob wir die vorgesehenen Übungen durchführen oder lieber mit ihnen ein bisschen „Rumquatschen“ wollen. Wir entschieden uns für Letzteres und erfuhren so u.a., dass sich beide eigentlich nur für drei Jahre zur Armee gemeldet hatten, weil sie mit der normalen Dienstzeit nie einen Studienplatz bekommen hätten. Inzwischen hatte sich aber von einem die Freundin getrennt, weil sie - nach seinen Worten - mit der langen Dienstzeit und den wenigen Urlaubstagen nicht zurecht gekommen war. Beide hatten von ihrem Dienst „gründlich die Schnauze voll“. Für die Lehrtätigkeit im Rahmen unserer ZV-Ausbildung hatten sie sich nur gemeldet, weil sie so ihrer Kaserne und ihrem Dienst für einige Stunden entfliehen konnten. Beide waren so frustriert, dass sie auch keine Motivation mehr hatten, nach ihrer Dienstzeit ein Studium zu beginnen (M. K.).

<sup>1082</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 39.

<sup>1083</sup> Lück, Fromm u. a. 1978: S. 91.



Am Beginn dieser Unterrichtung stand die „Einzelausbildung“ (eine Stunde).<sup>1084</sup> Dabei trainierten die Jugendlichen die militärischen Grundstellungen, Körperbewegungen und Marscharten, wie sie z. B. auf die Kommandos „Stillgestanden!“, „Achtung!“, „Rührt euch!“, im „Gleichschritt“ oder im „Laufschritt“ eingenommen bzw. ausgeführt werden sollten. Da die Kinder in der DDR spätestens mit dem Beginn der Schulzeit im Sportunterricht mit derartigen Ordnungsübungen vertraut waren, ging man seitens der Lehrplanverantwortlichen offensichtlich an dieser Stelle des Unterrichtes davon aus, die bisherigen Grundkenntnisse und Bewegungsabläufe in möglichst militärisch exakte Ordnungsnormen modifizieren zu können.<sup>1085</sup>

Auch bei der an die „Einzelausbildung“ sich anschließenden „Gruppen- und Zugausbildung“ (zwei Stunden) marschierten die Jugendlichen nicht einfach nur in Reih und Glied, sondern trainierten dabei auch Elemente wie „Platzwechsel“ und „Richtungsänderungen“ – wobei das Ganze von einem „Marschgesang“ begleitet werden sollte, um „die Marschierenden an Marschschritt und Rhythmus zu gewöhnen“.<sup>1086</sup>

Dass im Rahmen des ZV-Lehrgangs nur drei Unterrichtsstunden für die „Ordnungsübungen“ eingeplant waren, darf nicht über deren Bedeutung hinwegtäuschen. Vielmehr wurden diese Übungen auch in jeder anderen Stoffeinheit eingesetzt, um ihre disziplinierende Wirkung wie ein Netz über den gesamten Lehrgang zu spannen.

#### 4.6.2.2.6 „Sportausbildung“

Mit der „Sportausbildung“ im ZV-Lehrgang sollte vor allem die physische Leistungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer trainiert werden.<sup>1087</sup> Dieses Training stand auf dem Programm eines jeden Ausbildungstages und war vor allem von Ausdauer-, Orientierungs- und Hindernisläufen<sup>1088</sup> sowie Kraftübungen geprägt.

<sup>1084</sup> Vgl. ebd.: S. 92 ff. / Kerber, Herz u. a. 1978: S. 240 ff.

<sup>1085</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 92.

Beispiel aus den Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9 (Ebd.):

„Auf das Kommando ‚Rührt euch!‘ wird die Körperhaltung gelockert, das linke Knie etwas eingeknickt. Das rechte Knie bleibt durchgedrückt, die Arme hängen zwanglos am Körper herunter.“

Siehe auch die Stellungs- und Bewegungsvorgaben des Lehrbuchs „Zivilverteidigung Klasse 9“ (Vgl. Kerber, Herz u. a. 1978: S. 240 ff.).

<sup>1086</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 94 ff./ Kerber, Herz u. a. 1978: S. 247 ff.

<sup>1087</sup> Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 97 ff.

<sup>1088</sup> Am ersten Lehrgangstag stand ein Lauf über sieben Minuten auf dem Programm, am zweiten über neun und am vierten über zweitausend Meter für Mädchen und dreitausend Meter für Jungen. In der fünften und sechsten Unterrichtsstunde (6. Tag) sollte dann u. a. eine aus Turngeräten, Slalomstangen, Hürten usw. bestehende Hindernisbahn – mit und ohne

Daneben waren in diese Stoffeinheit auch militärische und militärspportliche Elemente wie der Weit- und Zielwurf mit Handgranatenattrappen (F1, Keulenhandgrante) und das Klettern an Tau und Stange Gegenstand der Ausbildung.

Alle diese Elemente gehörten aber auch zum Curriculum des normalen Sportunterrichtes an den Polytechnischen Oberschulen und waren den Jugendlichen daher vertraut.<sup>1089</sup> Trotzdem kann an dieser Stelle festgestellt werden, dass Übungen wie Handgranatenziel- und –weitwurf eigentlich nicht in den Trainings- und Aufgabenbereich der Zivilverteidigung gehörten.

Dass die für den Lehrplan verantwortlichen Erziehungswissenschaftler dem Konditionstraining im Kontext der „Sportausbildung“ des Zivilverteidigungslehrgangs besonders viel Zeit einräumten, war auch damaligen Beobachtungen geschuldet, wonach „die sportliche Aktivität der Mädchen [...] im Oberstufenalter stark nach[lässt]“.<sup>1090</sup>

#### 4.6.2.2.7 „Abschlußübung“

Bei der „Abschlußübung“ am letzten Tag des Lehrgangs Zivilverteidigung sollten die Mädchen und Jungen das zuvor in den einzelnen Stoffgebieten Gelernte und Antrainierte noch einmal in kompakter Form – und natürlich unter Anwendung der militärischen Ordnungsformen – unter Beweis stellen.<sup>1091</sup> Die „Unterrichtshilfen“ boten dafür als Vorgaben wahlweise eine Variante auf dem Schulgelände sowie eine Marschvariante an.<sup>1092</sup> Bei der Übung auf dem Schulgelände bildeten Elemente aus den Bereichen „Schutzausbildung“ sowie „Selbst- und gegenseitige Hilfe“ die Inhaltsschwerpunkte. Bei der Marschübung kamen ebenfalls Inhalte aus diesen beiden Stoffgebieten noch einmal zur Anwendung, ergänzt hier von Elementen der „Geländeausbildung“.

Wenn in den „Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9“ auch davon die Rede ist, dass die Jungen und Mädchen mit dieser Abschlussübung ein „Zeugnis“ über ihr im Lehrgang erworbenes „Wissen und Können [ ... ] ablegen“ sollten, fanden die hier – wie im Wehrunterricht überhaupt - erbrachten Leistungen keinen Niederschlag in Form einer Zensurengebung. Auf das Prinzip der

---

Lasten – überwunden werden. In der siebenten und achten Stunde (7. Tag) stand für das Konditionstraining eine „Schnelligkeitsschulung (Steigerungslauf, Starts)“ sowie ein „Laufspiel“ auf der Tagesordnung. Die einstündige Sportausbildung am achten Lehrgangstag hatte ausschließlich einen Orientierungslauf von ca. dreitausend Meter Länge zum Inhalt, während am neunten und zehnten Tag der Ausbildung wieder die Hindernisbahn überwunden werden musste. Am letzten Tag der Sportausbildung (zwei Stunden) sollten die Jugendlichen erneut die Hindernisbahn und einen Zwei- bzw. Dreitausendmeterlauf absolvieren (Vgl. Lück, Fromm u. a. 1978: S. 99 f.).

<sup>1089</sup> Vgl. Ebd.: S. 97.

<sup>1090</sup> Ebd.: S. 98.

<sup>1091</sup> Vgl. Lück, Fromm 1978: S. 122 ff.

<sup>1092</sup> Vgl. Ebd.: S. 124 ff.

Leistungsbewertung durch Zensurengebung waren aber auch die Jugendlichen in der DDR seit der ersten Schulklasse fixiert und taten andere Bewertungsformen als eher sekundär ab.<sup>1093</sup> Die „Abschlußübung“ am Ende des ZV-Lehrgangs trug für sie daher kaum den Charakter einer Prüfung.

#### 4.6.2.3 Die Wehrausbildung im Lager

Die Wehrausbildung im Lager war sicher der Programmpunkt des Wehrunterrichtes, dem die Schüler noch das größte Wohlwollen entgegenbrachten - allerdings mehr wegen des heimlich am Abend getrunkenen Biers und der Abenteuerromantik, mit der die fünfzehn- oder sechzehnjährigen Jungen den zweiwöchigen Lageraufenthalt fern der Eltern gern versahen, als aufgrund der Ausbildungsinhalte. Diese umfassten ein zeitliches Volumen von insgesamt sechsundneunzig Stunden und wurden in insgesamt neun Stoffgebiete untergliedert<sup>1094</sup>:

Stoffgebiet	Stunden insgesamt	Theoriestunden	Praxisstunden
1. Fragen der militärischen Ordnung und Disziplin	6	6	
2. Geländeausbildung	24		24
3. Schießausbildung	16	4	12
4. Schutzausbildung	10	3	7
5. Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe	6	1	5
6. Ordnungsübungen	4		4
7. Körperertüchtigung	8		8
8. Komplexübung	8		8
9. Aktuell-politische Informationen, Reservezeit, An- und Abreise	14	2	12
	<b>96</b>	<b>16</b>	<b>80</b>

In einem Wehrlager wurden in der Regel Jungen aus mehreren Schulen einer Stadt oder eines Kreises zusammengefasst und dort zu Zügen von jeweils fünf- undzwanzig Jugendlichen eingeteilt.<sup>1095</sup> Jedem Zug stand ein Zugführer vor. Diese Zugführer waren Offiziersschüler, die im Rahmen der Lagerausbildung gleichzeitig als Ausbilder der Schüler zum Einsatz kamen.<sup>1096</sup> Als Unterrichtshilfe wurde den Offiziersschülern die „Ausbildungsanleitung für die Wehrausbildung der Jungen der Klasse 9 im Lager“ ausgehändigt, die - wie die „Fachlich-methodischen Hinweise“ bzw. die „Unterrichtshilfen“ zu den anderen

<sup>1093</sup> Vgl. Neuner, Konstantinowitsch Babanski u. a. 1987: S. 252.

<sup>1094</sup> Vgl. MfV, MfNV, Programm Wehrausbildung im Lager 16.08. 1977 / Schulz 1984: S. 141 u. 182 / Hirsch, Dräger 1985: S. 75 ff.

<sup>1095</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 63.

<sup>1096</sup> Vgl. ebd.: S. 53 ff.

Programmpunkten des Wehrunterrichtes - sehr genau vorgaben, welche Inhalte den Neuntklässlern wie zu vermitteln und zu überprüfen waren.<sup>1097</sup>

Die Leitung eines Wehrlagers hatte gewöhnlich der jeweilige Kreis- oder Stadtverantwortliche für den Wehrunterricht inne – dies konnten auch Offiziere sein.<sup>1098</sup> In größeren Lagern gab es des Weiteren den Rang eines Hundertschaftskommandeurs.

Während der beiden Wochen im Wehrlager trugen die Jugendlichen Uniformen. Als Lehrbuch für die Ausbildung diente der „Wissensspeicher Wehrausbildung“, dessen Kapitel drei bis acht aus verschiedenen militärischen Handbüchern sowie Büchern zur Gesundheitshilfe zusammengesetzt waren.<sup>1099</sup>

#### 4.6.2.3.1 „Fragen der militärischen Ordnung und Disziplin“

Die gesamte Ausbildung der Jungen im Wehrlager fand – außer es traten extrem schlechte Witterungsbedingungen auf – im Freien statt.<sup>1100</sup> Auch die sechs Stunden des reinen Theoriestoffgebietes „Fragen der militärischen Ordnung und Disziplin“ wurden auf der grünen Wiese unterrichtet. Die dabei behandelten Inhalte waren „Die Bestimmungen des Wehrdienstgesetzes“, „Militärische Disziplin und Ordnung – wichtige Voraussetzungen und Bedingungen für erfolgreiches militärisches Handeln“, „Der Befehl – Grundlage für die Führung von Unterstellten und Einheiten“ sowie „Rolle und Charakter militärischer Kollektive“.<sup>1101</sup>

Die Jugendlichen sollten durch dieses Stoffgebiet mental auf die unbedingte Notwendigkeit militärischer Ordnung und Disziplin eingestimmt werden, bevor sie sie in den Praxisbestandteilen der Ausbildung auch antrainierten. Dabei wurden sie zunächst durch einen Vortrag des Offizierschülers bzw. durch das Vorlesen entsprechender Literaturauszüge durch Schüler mit den jeweiligen

---

<sup>1097</sup> Vgl. ebd.: S. 54.

Im Gegensatz zu den „Fachlich-methodischen Hinweisen“ und der „Unterrichtshilfen“ der Programmpunkte „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ und „Zivilverteidigung“ handelte es sich bei diesen „Ausbildungsanleitungen“ offensichtlich nicht um ordentliche Publikationen. Sie sind weder in einer an den GBV angeschlossenen Bibliothek noch in der Deutschen Bücherei in Leipzig noch in der Bibliothek des Deutschen Institutes für Internationale Bildungsforschung (DIPF) in Berlin, die die Bestände der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR übernommen hat, erhältlich (M. K.). Wesentliche Inhalte dieses Textes finden sich aber in der Diplomarbeit von Hirsch und Dräger (1985): „Der Beitrag des Wehrunterrichtes zur staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung der Schüler der 9. und 10. Klasse. Güstrow.“

<sup>1098</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 38.

<sup>1099</sup> Vgl. Hanisch u. a. 1979: S. 2 u. 81 ff.

<sup>1100</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 74

<sup>1101</sup> Vgl. Ebd.: Anhang S. 1.

Lerninhalten vertraut gemacht.<sup>1102</sup> Anschließend sollte ein „Unterrichtsgespräch“ den Sinn und die Notwendigkeit des Gehörten bei den Jungen verfestigen. Dem Zugführer/Offiziersschüler kam dabei die Aufgabe zu, „überlegte Zwischenfragen [zu] stellen, um die Gedankengänge der Schüler in die gewollte Richtung zu lenken.“<sup>1103</sup>

#### 4.6.2.3.2 „Geländeausbildung“

Die Geländeausbildung der Jungen im Wehrlager entsprach von den Inhalten her in etwa dem, womit sich auch die Mädchen im ZV-Lehrgang beschäftigen mussten. Auch im Wehrlager stand das Bewegen, Orientieren und Lagern im Gelände, der Umgang mit Karte und Kompass, das Schätzen von Entfernungen, das „Beobachten und Melden“ und das „Leben unter feldmäßigen Bedingungen“ auf dem Lehrplanprogramm.<sup>1104</sup>

Die Unterschiede zum gleichen Stoffgebiet der ZV-Ausbildung sind vor allem darin zu sehen, dass im Wehrlager hierzu nur Praxisstunden vorgesehen waren und allen Inhalten mit insgesamt zweiundzwanzig Stunden deutlich mehr Zeit eingeräumt wurde. Dadurch konnte das Kartenlesen, Einrichten von Feuerstellen, Tarnen etc. intensiver als im „Lehrgang Zivilverteidigung“ trainiert werden.<sup>1105</sup> Das bei der „Geländeausbildung“ - wie bei der gesamten praktischen Ausbildung im Wehrlager – angewandte „methodische Prinzip“ war das von „Erläutern-Demonstrieren-Ausführen-Üben-Korrigieren“, wobei die Übungen den Schwerpunkt der Ausbildung ausmachen sollten.<sup>1106</sup>

#### 4.6.2.3.3 „Schießausbildung“

Bei den vier Theorie- und zwölf Praxisstunden der „Schießausbildung“ kamen die fünfzehnjährigen Jungen in der DDR – nach Übungen mit dem Luftdruckgewehr - das erste Mal mit einer Kalaschnikow in Berührung. Anders als in der Sowjetunion, in Bulgarien oder auch in Ungarn – wo die Schüler im Wehrunterricht mit den normalen großkalibrigen Maschinengewehren (AK 47) schossen – handelte es sich hier um eine spezielle, in der DDR entwickelte kleinkalibrige Übungskalaschnikow (KK-MPI 69).<sup>1107</sup> Für die Schießübungen waren in einigen Wehrlagern Schießplätze eingerichtet worden.<sup>1108</sup> Mitunter

---

<sup>1102</sup> Vgl. Ebd.: S. 75.

<sup>1103</sup> Ebd.

<sup>1104</sup> Vgl. Hirsch, Drägert: Anhang S. 1 / Hanisch u. a. 1979: S. 81.

<sup>1105</sup> Vgl. Hirsch, Drägert ebd.

<sup>1106</sup> Vgl. Ebd.: S. 74 u. 76).

<sup>1107</sup> Vgl. Pitschel 2002: S. 61.

<sup>1108</sup> Vgl. Hirsch, Drägert 1985: S. 77.

wurden die Jugendlichen aber dafür auch mit Lastkraftwagen zu Schießständen der NVA oder der GST transportiert.

Beim Übungsschießen herrschten strenge Sicherheitsbestimmungen. Hier leiteten nicht die Offiziersschüler/Zugführer die Unterrichtung, sondern vom Ministerium für Volksbildung bestätigte Ausbildungsleiter. Die Zugführer assistierten während des Schießens als „Aufsichtshabende“ beim Schützen, der dabei diverse Befehlsabfolgen beachten und bestätigen musste.<sup>1109</sup>

Neben der Vorbereitung und Durchführung des Übungsschießens mit den KK-MPi 69 und den Luftgewehren standen bei dieser Stoffeinheit aber auch die Waffentechnik sowie die Waffenpflege auf dem Lehrplan.<sup>1110</sup>

#### **4.6.2.3.4 „Schutzausbildung“**

Auch die Inhalte des Stoffgebietes „Schutzausbildung“ bei der Ausbildung im Wehrlager waren denen sehr ähnlich, die die Mädchen im ZV-Lehrgang zu absolvieren hatten.<sup>1111</sup> Die Zugführer erläuterten die Bedeutung der verschiedenen Sirensignale, demonstrierten die Handhabung von Schutzmasken, unterwiesen die Jungen im Entseuchen etc. und ließen sie entsprechende praktische Übungen durchführen.<sup>1112</sup>

Standen bei der „Zivilverteidigung“ in diesem Bereich zwanzig Stunden zur Verfügung, waren es im Wehrausbildungslager jedoch nur zehn. Die Jungen sollte hier also ein etwas gedrängteres Programm absolvieren als die Mädchen – was insofern schlüssig ist, als die Elemente dieses Stoffgebietes in der Tat eher im Bereich der Katastrophenhilfe und des Zivilschutzes anzusiedeln sind als im Aufgabenbereich eines Soldaten. Interessant ist aber, dass im Wehrlager der praktischen Ausbildung immerhin sieben Stunden eingeräumt wurden, während es beim ZV-Lehrgang – ohne die Stunden der Abschlussübung – nur sechs Unterrichtsstunden waren.<sup>1113</sup>

#### **4.6.2.3.5 „Selbst- und gegenseitige Hilfe“**

Was gerade für das Stoffgebiet „Schutzausbildung“ gesagt wurde, gilt ebenso für die „Selbst- und gegenseitige Hilfe“.<sup>1114</sup> Auch hier wurden im „Lehrgang Zivilverteidigung“ und bei der Ausbildung im Wehrlager in etwa die gleichen Themen behandelt, im Lager dafür aber weniger Zeit eingeplant. Die sechs Unterrichtsstunden im Wehrlager waren jedoch – bis auf eine Stunde – ein

<sup>1109</sup> Vgl. auch Hanisch u. a. 1979: S. 198 ff.

<sup>1110</sup> Vgl. Hirsch, Dräger: S. 77 f.

<sup>1111</sup> Vgl. Ebd.: S. 78.

<sup>1112</sup> Vgl. Hanisch u. a. 1979: S. 209.

<sup>1113</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 182 f.

<sup>1114</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 78 / Hanisch u. a. 1979: S. 233 ff.

reiner Praxislehrgang, in dem nach dem Prinzip von „Erläutern-Demonstrieren-Ausführen-Üben-Korrigieren“ der Ausbilder das Schienen eines Beinbruchs, die Behandlung von Verbrennungen usw. unterrichtete. Hirsch und Dräger begründeten diese Schwerpunktsetzung damit, dass die Jungen schon entsprechende theoretische Kenntnisse im Biologieunterricht und in einem „Erstehilfelehrgang“ erworben hatten. Der Theorieteil war danach nur insoweit von Bedeutung, als damit „Ursache, Wirkung und Hilfeleistung im Zusammenhang betrachtet werden“ konnten.<sup>1115</sup> Diese Argumentation hätte aber ebenso auf die Mädchen im ZV-Lehrgang zugetragen, die wie die Jungen im Biologieunterricht entsprechende Kenntnisse hatten erwerben können und im ähnlichen Maße wie diese einen „Erstehilfelehrgang“ besucht hatten, der für den Erwerb eines Mopedführerscheins notwendig war. Das Stoffgebiet „Selbst- und Gegenseitige Hilfe“ des „Lehrgangs Zivilverteidigung“ bestand aber aus acht Theorie- und nur zwei Praxisstunden.<sup>1116</sup> Beim Zustandekommen dieser unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen spielte sicherlich auch hinein, dass die administrative Leitung der „Wehrausbildung Lager“ - als einziger Programmpunkt des Wehrunterrichtes - nicht nur in der Hand des Ministeriums für Volksbildung lag, sondern auch vom Verteidigungsministerium *betreut* wurde.<sup>1117</sup>

#### 4.6.2.3.6 „Ordnungsübungen“

Wie beim „Lehrgang Zivilverteidigung“ wurden die militärischen Ordnungsformen im Wehrausbildungslager viel stärker trainiert und hatten eine viel größere Bedeutung für die Gesamtausbildung, als es die vier für diese Stoffeinheit im Lernplan vorgesehenen Unterrichtsstunden zunächst suggerieren.

Die „Ordnungsübungen“ standen am Beginn der Lagerausbildung und umfassten die gleichen Elemente wie beim Lehrgang der Mädchen. Im Kontext der Lagerausbildung waren sie Rahmenbestandteil aller „Ausbildungsfächer, Märsche und Appelle“.<sup>1118</sup> Kernanliegen des Marschierens, Antretens, Meldens, Durchzählens etc. war es, die Jungen „zum straffen, exakten und disziplinierten Auftreten“ zu erziehen. Das Marschieren in Reih und Glied in Gruppe und schließlich im Zug sollte den Einzelnen zwingen, seine Bewegungen der Formation anzupassen und vorgeschriebene Befehlsformeln exakt einzuhalten und weiterzugeben – persönliche Regungen und die eigene Individualität waren dabei zu unterdrücken.

Soweit die einzelnen Ordnungselemente den Jungen nicht schon durch den Sportunterricht und diverse militärische Übungen im Laufe ihres Heranwachsens vertraut waren, lernten sie sie durch die Demonstration des Zugfüh-

<sup>1115</sup> Hirsch, Dräger 1985: S. 78.

<sup>1116</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 18.

<sup>1117</sup> Vgl. MfV, MfNV, Programm Wehrausbildung im Lager 16.08. 1977.

<sup>1118</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 79.

ners kennen. Wie bei den anderen Stoffgebieten schloss sich an diese Vorführung das Üben, das Korrigieren von Fehlhandlungen sowie das erneute Üben an.<sup>1119</sup> Die einzelnen Übungsschritte wurden dabei durch Kommandos wie „Ich mache vor!“ oder „Wir üben!“ verknüpft.

#### 4.6.2.3.7 „Körperertüchtigung“

Analog zur „Sportausbildung“ der Mädchen sollten die Jungen bei der „Körperertüchtigung“ „ihr Leistungsvermögen erhöhen, die konditionelle Fähigkeit, Kraft, Ausdauer und Schnelligkeit weiter entwickeln und [...] festigen.“<sup>1120</sup> Also führten die Jugendlichen auch hier Ausdauer- und Hindernisläufe durch, absolvierten im „Stationsbetrieb“ bzw. im „Kreistraining“ Kraftübungen, warfen mit unscharfen Handgranaten in die Weite und auf Ziele.

Während der „Körperertüchtigung“ sollte eine „exakte[...] militärische[...] Disziplin und Ordnung [...] den Erfolg einer jeden Ausbildungsstunde [...] sichern.“<sup>1121</sup>

Interessanterweise mussten die Jungen und potentiellen Soldaten aber im Rahmen der Lagerausbildung deutlich weniger Zeit mit Konditions-, Kraft- und Wurftraining (8 Stunden) zubringen als die Mädchen im ZV-Lehrgang (14 Stunden).

#### 4.6.2.3.8 „Komplexübung“ und „Aktuell-politische Informationen [...]“

Der Abschnitt „Komplexübung“ der „Wehrausbildung im Lager“ entsprach der „Abschlußübung“ im „Lehrgang Zivilverteidigung“. In ihm sollten die Jungen am Ende der Ausbildung das im Lager erworbene Wissen und die angeeigneten Fähigkeiten in einer komplexen Übung von insgesamt acht Stunden Dauer unter Beweis stellen.<sup>1122</sup>

Die vierzehn Unterrichtsstunden die im „Programm Wehrausbildung im Lager“ für den Bereich „Aktuell-politische Fragen, Reservezeit, An- und Abreise“ eingeplant waren, dienten – wie der Titel schon sagt – vorwiegend als Pufferzeit für die gesamte Abwicklung des Lagers.<sup>1123</sup>

In der Regel fanden in diesen Stunden auch die Lagerapelle statt, in denen der Lagerleiter bzw. Hundertschaftskommandeur Belobigungen, Tadel und Verwei-

<sup>1119</sup> Vgl. Ebd. / Hanisch u. a. 1979: S. 161 ff.

<sup>1120</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 79 f.

<sup>1121</sup> Ebd.: S. 80.

<sup>1122</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 182.

<sup>1123</sup> Vgl. Ebd.



se aussprach, Auszeichnungen<sup>1124</sup> vornahm, Befehle gab und über „aktuell politische“ Themen referierte. Letztere sollten darüber hinaus in mindestens einer Stunde pro Woche auch von den Zugführern mit den Jugendlichen besprochen werden, wobei der Lagerleiter die Themen vorgab.

In dem diesem Bereich eingeräumten Zeitrahmen konnten aber auch Fußball- oder Volleyballturniere stattfinden.<sup>1125</sup>

#### 4.6.2.4 Unterricht in den Ferien - die „Tage der Wehrbereitschaft“

Am 23. Februar war der Jahrestag der Sowjetarmee und am 1. März der Tag der NVA. Den Zeitraum zwischen diesen Tagen bezeichnete man in der DDR als „Woche der Waffenbrüderschaft“. In dieser Woche wurden die „Tage der Wehrbereitschaft“ als „Abschluß und Höhepunkt des Wehrunterrichtes“ veranstaltet, um die beiden *Ehrentage* in die Motivations- und Propagandaarbeit des Unterrichtes einbeziehen zu können.<sup>1126</sup> Da aber auch die dreiwöchigen Winterferien in der DDR terminlich von Mitte Februar bis Anfang März eingeordnet waren, entstand die seltsame Konstellation von regulärem Schulunterricht<sup>1127</sup> (dreimal 6 Stunden) in den Ferien.<sup>1128</sup>

Am ersten Tag der Wehrbereitschaft sollten die Schülerinnen und Schüler der zehnten Klasse noch einmal das während des ZV-Lehrgangs bzw. im Wehrausbildungslager Gelernte in Kurzform wiederholen, um das Ganze dann am zweiten Tag beim „Marsch der Waffenbrüderschaft“ unter Beweis stellen zu können.<sup>1129</sup>

Dieser Marsch wurde in einer Wettkampfform ausgetragen, bei dem die zehnten Klassen einer Schule – oft auch einer Stadt oder eines Kreises – im Mar-

---

<sup>1124</sup> Während der „Wehrausbildung im Lager“ wurden diverse Auszeichnungen an die Schüler verliehen, die alle in einer „Auszeichnungsordnung“ fixiert waren. So wurde z. B. ein „Jugendfreund je Zug“ „[f]ür sehr gute Ausbildungsergebnisse und vorbildliche Disziplin und Ordnung“ mit dem „Fotografieren vor der Lagerfahne“ und einem Büchergutschein ausgezeichnet. Weitere Auszeichnungen waren: „Medaille ‚Bekenntnis und Tat zum Schutz des Sozialismus‘“ („ein Jugendfreund je Zug“); „Wimpel ‚Für vorbildliche Leistungen‘“ („ein Jugendfreund“); „Wimpel ‚Bester des Zuges‘“. Des weiteren wurden die besten Schützen und Läufer sowie die „Lagermeister“ im Fuß- und Volleyball ausgezeichnet (Vgl. Hirsch, Dräger 1985: Anhang S. 5 f.).

<sup>1125</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: Anhang S. 6.

<sup>1126</sup> Vgl. Lück, Kreische u. a. 1979: S. 6 f.

<sup>1127</sup> Meine Eltern erhielten im Februar 1987 Besuch vom Beauftragten für den Wehrerziehung meiner Schule (Wilhelm Pieck Oberschule Deuben), nachdem ich am ersten Tag der „Tage der Wehrbereitschaft“ nicht zum Unterricht erschienen war. Dabei wurden sie darüber informiert, dass es sich bei den Tagen der Wehrbereitschaft um normale Unterrichtszeit handelt und ein Fehlen – obwohl die Veranstaltung in den Winterferien stattfand – auch entsprechend auf dem Abschlusszeugnis der 10. Klasse fixiert werden würde (M. K.).

<sup>1128</sup> Vgl. auch Hirsch, Dräger 1985: S. 8.

<sup>1129</sup> Vgl. Lück, Kreische: S. 9 ff. u. 21 ff.

schieren, Handgranatenwerfen, Verletztenbergen und –versorgen, Gasmaskenaufsetzen etc. gegeneinander antraten.<sup>1130</sup> Wenn dabei auch geschossen wurde – was nicht der Fall sein musste -, so nur mit Luftgewehren.

Im Gegensatz zum „Lehrgang Zivilverteidigung“ und zur „Wehrausbildung im Lager“ trugen die Jugendlichen beim „Marsch der Waffenbrüderschaft“ keine Uniformen – wofür allerdings wohl ausschließlich der Umstand verantwortlich war, dass die vorhandenen Uniformen für den Einsatz im Winter nicht geeignet waren.

Beim Marschieren zwischen den einzelnen Wettkampfabschnitten sollten die Mädchen und Jungen Marschlieder singen.<sup>1131</sup> Aus jeder Klasse wurde in der Regel ein Junge ausgewählt, der als Zugführer seine Mitschüler kommandierte. Der letzte der „Tage der Wehrbereitschaft“ und somit der Abschluss des gesamten Wehrunterrichtes sollte möglichst auf den 1. März – dem Tag der Nationalen Volksarmee – fallen. Der Abschlussappell - bei dem man unter anderem die besten Klassen und *Einzelkämpfer* des Marsches vom Vortag auszeichnete - fand dabei oft in einer Armeekaserne statt.<sup>1132</sup> Durch den Truppenbesuch wollte man den Schülern das Leben in der Kaserne - Essen in der Kantine, Besuch der Wohnräume, Besichtigung der Waffentechnik usw. - näher bringen. Deutlich wurde so noch einmal eine Zielstellung des Wehrunterrichtes erkennbar, nämlich die Jungen für eine Verlängerung ihres „Ehrendienstes“ oder sogar für einen militärischen Beruf zu ködern.

#### 4.6.3 Organisation und Rahmenbedingungen

Die organisatorische Gesamtverantwortung für den Wehrunterricht lag auch in der DDR beim Ministerium für Volksbildung.<sup>1133</sup> Bei der Realisierung der verschiedenen Programmpunkte waren aber mit der NVA, der GST, der FDJ, dem Roten Kreuz, der Zivilverteidigung und anderer Organisationen mehrere Kooperationspartner in die Durchführung des Unterrichtes eingebunden.<sup>1134</sup> Darüber hinaus wurde das Unterrichtsfach unter anderem von der Arbeitsgruppe Wehrerziehung im ZK der SED beobachtet. An den Polytechnischen Oberschulen selber lag die Verantwortung für die Unterrichtung bei den Direktoren. Die Teilnahme an der Unterrichtung sollte eigentlich für alle Schülerinnen und Schüler<sup>1135</sup> obligatorisch sein und eine Nichtteilnahme als Verweigerung der

---

<sup>1130</sup> Vgl. Koch: S. 39.

<sup>1131</sup> Vgl. Lück, Kreische u. a.: S. 8.

<sup>1132</sup> Vgl. Lück, Kreische ebd./ Koch ebd.

<sup>1133</sup> Vgl. Schulz 1984: S. 139 ff. / Sachse 1996: S. 259.

<sup>1134</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55621 Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 27.3.1981.

<sup>1135</sup> Nach der Auskunft einer Studentin, die in Erfurt Mitte/Ende der achtziger Jahre eine Kinder- und Jugendsportschule besuchte und die im Sommersemester 2001 an dem von mir

Schulpflicht gewertet werden.<sup>1136</sup> Nach den Protesten der Kirchen kam es aber durch ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, und dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Schönherr, am 22. November 1978 zu einer Vereinbarung, wonach bei christlichen Kindern, die das Fach verweigerten, diese Verweigerung zwar in den Schuldokumenten vermerkt werden würde, ihnen darüber hinaus aber keine Benachteiligungen entstehen sollten.<sup>1137</sup> Nichtsdestotrotz sollten die vielleicht insgesamt drei- bis viertausend Jugendlichen<sup>1138</sup>, die tatsächlich in den siebziger und achtziger Jahren den Mut aufbrachten und das Fach verweigerten, oft verschiedenen Schikanen ausgesetzt sein. Neben einer entsprechenden verbalen *Überzeugungsarbeit* wurden diese auch in Form ostentativ schlechter Zensurengebung in anderen Fächern oder negativer Konsequenzen bei der Berufswahl spürbar.<sup>1139</sup>

Bei den im Wehrunterricht eingesetzten Lehrkräften konnte es sich um Pädagogen aus anderen Fachbereichen, um Reserveoffiziere oder auch um aktive Militärs handeln.<sup>1140</sup> Eine professionelle, an den Hochschule etablierte Lehrerausbildung, wie sie von Günther schon 1973 gefordert worden war und wie man sie in Polen, der Tschechoslowakei und schließlich auch in der UdSSR für dieses Fach finden konnte, wurde in der DDR nicht realisiert. Die spezielle Ausbildung der Wehrunterrichtslehrer umfasste nur einen kurzen Lehrgang von wenigen Wochen. Die Offizierschüler des zweiten Studienjahrs, die im Wehrlager in der Regel als Zugführer die Ausbildung der Jungen anleiteten, bereitete man in gerade einmal vier Tagen an der Offizierschule auf ihre Aufgabe vor.<sup>1141</sup>

---

geleiteten Proseminar Wehrerziehung in der DDR an der Friedrich-Schiller-Universität Jena teilnahm, wurde an diesen Spezialschulen für potentielle Spitzensportler der Wehrunterricht nicht unterrichtet. Dies dürfte am dichten Terminkalender der Schülerinnen und Schüler gelegen haben, die - neben der ohnehin sehr hohen Wochenstundenzahl in den Klassen neun und zehn - in ein umfassendes Trainings- und Wettkampfprogramm eingebunden waren (M. K.).

<sup>1136</sup> Vgl. Geißler, Wiegmann 1998: S. 360.

<sup>1137</sup> Vgl. Neubert 2000: S. 307 f. / Goeckel 1996: S. 37.

Der ehemalige Leiter des Wehrunterrichtes im Kreis Jena-Land, Herr Kahlhöfer, teilte mir diesbezüglich mit, dass er eine entsprechende Anweisung mündlich durch eine vorgesetzte Stelle erhalten und in seinem Gebiet umgesetzt habe (M. K.).

<sup>1138</sup> Es liegen keine Dokumente vor, die eine genaue Auskunft über die Zahl der Schülerinnen und Schüler geben können, die im Zeitraum von 1978 bis 1989 den Wehrunterricht verweigerten. Nach einem Papier des Zentralvorstandes der FDJ blieben im Einführungsjahr 1978/79 insgesamt 175 Schülerinnen und Schüler – meist aus christlichen Elternhäusern – dem Wehrunterricht fern (Vgl. SAPMO-BArch., DY 24/113848, FDJ-Zentralrat, 07.05.1980). Im Schuljahr 1980/81 verweigerten im knapp zwei Millionen Einwohner zählenden Bezirk Karl-Marx-Stadt 59 Jugendliche das Fach (Vgl. Geißler, Wiegmann 1996: S. 268).

<sup>1139</sup> Vgl. Neubert ebd.

<sup>1140</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 34.

<sup>1141</sup> Vgl. Hirsch, Dräger 1985: S. 57.

Anders als in den meisten anderen Ostblockländern kam es für das Fach an den POS der DDR in der Regel nicht zur besonderen Einrichtung eines Raums.

Gleichwohl in diesem Unterrichtsfach Jungen und Mädchen gemeinsam unterrichtet wurden, kann festgehalten werden, dass darin die Ausrichtung auf militärische Belange dominierte und die Zivilverteidigung insgesamt eine untergeordnete Rolle spielte.

Mit dem „Wissensspeicher Wehrunterricht“, der „Sozialistische[n] Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10“ sowie „Zivilverteidigung. Lehrbuch für Klasse 9“ gab man in der DDR verschiedene Lehrbücher für den Wehrunterricht heraus, die durch „Unterrichtshilfen“ und „Fachlich-methodische Hinweise“ für die Lehrkräfte ergänzte. Daneben erfolgte auch der Einsatz von diversen Lehrmitteln wie Dias, Filmen, Bildern, Karten etc.

Die Abschlussübungen am Ende des ZV-Lehrgangs bzw. des Wehrausbildungslagers sowie der „Marsch der Waffenbrüderschaft“ sollten für den Wehrunterricht insgesamt einen gewissen Prüfungscharakter herstellen. Eine Zensurengebung fand hingegen in diesem Fach in der DDR nicht statt.<sup>1142</sup>

Die wissenschaftliche Begleitung des Unterrichtes oblag vor allem der Forschungsgruppe Wehrerziehung / Wehrunterricht der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR. Darüber hinaus gab es verschiedene Untersuchungen zu diesem Thema an Hochschulen (z. B. Potsdam, Güstrow) und anderen Forschungsstellen (z. B. Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig).<sup>1143</sup>

In der DDR war der Wehrunterricht an den Polytechnischen Oberschulen nicht die einzige obligatorische wehrerzieherische Ausbildung von Jugendlichen. Die bereits 1969 begonnene vormilitärische Ausbildung bzw. Zivilverteidigungsausbildung durch die GST bestand bis zum Ende der achtziger Jahre fort und kann von 1980<sup>1144</sup> an als zweite Stufe des Wehrunterrichtes gewertet werden.

Der ökonomische Niedergang der DDR und die damit verbundenen finanziellen Probleme machten auch vor der Wehrerziehung nicht halt. Auch wenn Günther Poller, der seit 1984 Stellvertreter des Vorsitzenden der GST war, im Jahr 2002 in einem Artikel schrieb, dass „[t]rotz Kürzung der finanziellen Mittel [...] die materielle Sicherstellung aller Bereiche der GST zu jeder Zeit gesichert“<sup>1145</sup> war, muss sich die enorme Reduzierung der Zuwendungen<sup>1146</sup> in der zweiten

---

<sup>1142</sup> Vgl. Koch 2000 a: S. 34.

<sup>1143</sup> Vgl. z. B. Schulz 1984 / Hirsch, Dräger 1985 / ZfES Uni Köln S6113, DJI-Studien-Nr.: S50.

<sup>1144</sup> 1980 kamen die Schülerinnen und Schüler an die Berufs- bzw. Erweiterten Oberschulen, die 1978 als erste im Wehrunterricht an den POS unterrichtet wurden (M. K.).

<sup>1145</sup> Poller 2002: S. 92.

<sup>1146</sup> Nach einem Plan aus dem Jahre 1986 sollten im Zeitraum von 1986 bis 1990 die finanziellen Mittel für die GST um 34% gekürzt werden (Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55639 Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 27.3.1986).

Hälfte der achtziger Jahre um ein Drittel auf die Qualität der Ausbildung - auch beim Wehrunterricht - ausgewirkt haben.<sup>1147</sup>

In der Folge der Einführung des Unterrichtsfaches wurden ab dem Schuljahr 1979/80 die Hans-Beimler-Wettkämpfe der FDJ für die Neunt- und Zehntklässler gestrichen und fortan nur noch für die achte Klassenstufe veranstaltet.<sup>1148</sup>

Der Wehrunterricht in der DDR wurde in der politischen Wende am 6. November 1989 durch den Ministerrat der DDR abgeschafft.<sup>1149</sup>

Die Bildungsverantwortlichen in Ostberlin hatten sich aber offenbar schon vor diesem Datum von dem Fach verabschiedet. In einer unter anderen vom Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Gerhard Neuner, 1988 herausgegebenen Gesamtdarstellung der Inhalte der Allgemeinbildung an den Polytechnischen Oberschulen findet sich eine Darstellung der Lehrpläne fasst aller Unterrichtsfächer wieder - vom Lese- und Schreiblehrgang in der 1. Klasse bis hin zum nur in einer Wochenstunden in der 10. Klasse unterrichteten Fach Astronomie.<sup>1150</sup> Sogar der mit dem Projektunterricht vergleichbare fakultative Unterricht nach Rahmenprogramm wurde in diesem Buch berücksichtigt.<sup>1151</sup> Einen Artikel der sich mit dem Pflichtfach Wehrunterricht beschäftigt, sucht man allerdings in diesem Buch vergeblich.

#### 4.6.4 Der „Nürnberger Trichter“ und das Scheitern des Faches

In den achtziger Jahren fanden in der DDR eine Reihe von empirischen Untersuchungen statt, die dem SED-Regime Aufschluss über die Wirksamkeit des 1978 eingeführten Unterrichtsfaches geben sollten.<sup>1152</sup> In den Auswertungen dieser Studien wird zwar immer wieder die Bedeutung des Wehrunterrichtes für die kommunistische Erziehung der Jugendlichen hervorgehoben, andererseits geben sie aber auch darüber Auskunft, dass die SED durch das Fach sowohl hinsichtlich der politisch-ideologischen Einstellung als auch bezüglich der wehrfachlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern keine *Fortschritte* erreichen konnte.<sup>1153</sup> Eine von Günther 1973 getroffene Einschätzung, wonach „unsere Schüler so gut wie keine Kenntnisse über militärtechnische – und – politische Probleme haben“, hätte so auch für die Formulierung der Ergebnisse

<sup>1147</sup> Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, DVW 1/55639 Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 27.3.1986.

<sup>1148</sup> Vgl. MfV 25.01. 1979.

<sup>1149</sup> Vgl. www.DDR-Schulrecht.de.

<sup>1150</sup> Vgl. Neuner u. a. 1988 /Vgl. auch Neuner u. a. 1989.

<sup>1151</sup> Vgl. Neuner u. a. 1988: S. 355 ff.

<sup>1152</sup> Vgl. BBF/ DIPF/ Archiv, Sign. 13.394, Bericht über Ergebnisse praxisanalytischer Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, 1987 / Ebd. Sign. 13.964 Praxisanalytische Untersuchung zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9-1986, 1987 / ZfS Uni Köln S6113, DJI-Studien-Nr.: S50.

<sup>1153</sup> Vgl. auch Koch 2000 a: S. 43 ff.

in den achtziger Jahren gewählt werden können.<sup>1154</sup> So wurden 1986 von der Forschungsgruppe Wehrerziehung/Wehrunterricht der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften die Kenntnisse der Jungen im Wehrlager – mit Ausnahme der Schießausbildung, wo gute Ergebnisse erreicht worden seien – insgesamt als bestenfalls zufriedenstellend, zum Teil als unzureichend bewertet.<sup>1155</sup> Ähnliche Einschätzungen finden sich auch im Ergebnis der Untersuchung der ZV-Ausbildung.<sup>1156</sup> So hatten nach Ansicht der Wissenschaftler mehr als ein Viertel der Mädchen und Jungen auf die Frage nach der Unverzichtbarkeit militärischer Ordnung und Disziplin im ZV-Lehrgang eine „ungenügende bzw. keine Antwort [gegeben], was diesbezüglich auf gewisse Unklarheiten schließen lässt.“

Auch gab ein Drittel der insgesamt etwa tausend im Wehrlager befragten Jungen<sup>1157</sup> an, dass ihrer Meinung nach eine militärische Disziplin und Ordnung und das widerspruchlose Erfüllen von Befehlen für das Funktionieren einer Armee nicht unbedingt nötig seien.<sup>1158</sup> Des Weiteren wurden von den Forschern „negative politisch-ideologische Einstellungen“ und allgemeine Disziplinprobleme festgestellt.

Um die Situation der Einstellung der Jugendlichen in der DDR zu ihrem Staat und zu seiner Verteidigung in den achtziger Jahren zu illustrieren, seien hier auch zwei Ergebnisse einer größeren Studie des Zentralinstitutes für Jugendforschung in Leipzig genannt, für die 1985 insgesamt 1736 Lehrlinge bzw. Schüler der EOS aus den Bezirken Berlin, Cottbus, Erfurt, Gera, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg und Potsdam befragt worden. Auf die Frage, inwieweit sie von der „marxistisch-leninistischen Weltanschauung überzeugt“ sind, gab rund ein Viertel der Befragten (25,7 %) an, dass sie davon vollkommen überzeugt seien, 38% waren nur „mit Einschränkungen“, 21,4% „kaum“ und

---

<sup>1154</sup> Vgl. BBF/DIPF/Archiv, Signatur 0.4.26.NL, Günther, Karl-Heinz, Skizze Grundmaterial I,1973/ Koch ebd.

<sup>1155</sup> Vgl. BBF/ DIPF/ Archiv, Sign. 13.394, Bericht über Ergebnisse praxisanalytischer Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, 1987 / Koch ebd.: S. 44 f.

<sup>1156</sup> Vgl. BBF/ DIPF/ Archiv, Sign. 13.964 Praxisanalytische Untersuchung zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9-1986, 1987.

<sup>1157</sup> Für die Studie zum Wehrausbildungslager wurden 1986 insgesamt 1040 Schüler aus dem Kreisen Herzberg, Rudolstadt, Ribnitz-Damgarten, Jüterbog, Halberstadt, Mühlhausen und Fürstenwalde befragt, zudem 66 Offiziersschüler und 31 Lehrkräfte (Vgl. BBF/ DIPF/ Archiv, Sign. 13.394, Bericht über Ergebnisse praxisanalytischer Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, 1987). Bei den praxisanalytischen Untersuchungen zur Wirksamkeit des ZV-Lehrganges wurden 818 Mädchen und 117 Jungen aus dem gleichen Kreisen wie bei der Lagerstudie einbezogen (vgl. BBF/ DIPF/ Archiv, Sign. 13.964 Praxisanalytische Untersuchung zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9-1986, 1987).

<sup>1158</sup> Vgl. auch Koch ebd. S. 43.

12,8 % „überhaupt nicht“<sup>1159</sup> vom Marxismus-Leninismus überzeugt.<sup>1160</sup> Der Aussage: „Wer die DDR angreift, den würde ich bedingungslos bekämpfen“, stimmten bei dieser Befragung nicht einmal die Hälfte (42,2 %) aller Jugendlichen zu, 41,7 Prozent wollten dies nur „mit Einschränkungen“ festhalten lassen, 10,3 % waren dazu „kaum“ und 4,0 % „überhaupt nicht“ bereit.<sup>1161</sup> Wenn die SED-Führung diese Ergebnisse mit Werten aus der Zeit vor der Einführung des Wehrunterrichtes verglichen hat, muss sie zu dem Ergebnis gekommen sein, dass sich die politisch-ideologische Einstellung ihrer eigenen Jugend nach 1978 eher zu ihren Ungunsten entwickelt hatte. Das Projekt Wehrunterricht war für die SED gescheitert - und zwar aufgrund eines ganzen Bündels von Gründen:

Als ob die Schülerinnen und Schüler in der DDR in einem Vakuum gelebt hätten, ohne Kontakt zur politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit im eigenen Land und zu Informationen von jenseits der Grenzen, hatten die Verantwortlichen in Ostberlin für den Theorieteil des Unterrichts die angestaubten und noch nie wirklich wirksamen Propagandamittel des Kalten Krieges zusammengetragen. Sie hatten zudem jede Menge technisches Wissen dazugegeben und das Ganze schließlich den Jugendlichen in einer Art und Weise verabreicht, zu deren Charakterisierung man noch einmal die abgegriffene pädagogische Metapher des „Nürnberger Trichters“ bemühen muss. Da für das Fach zudem nicht die gewohnte Form der Zensurengebung als Leistungsbewertung vorgesehen war, betrachteten die meisten Neun- und Zehnklässler – die auch ohne das Fach schon einen übervollen Stundenplan<sup>1162</sup> zu absolvieren hatten - den Wehrunterricht schlicht als unausweichliche Gegebenheit, der man mit routinierter Gleichgültigkeit begegnete - wie all den anderen Propagandainstrumenten des SED-Regimes. Auch hier kann gelten, was Christoph Diekmann 2003 in einem anderen Kontext in der ZEIT schrieb<sup>1163</sup>:

„Die DDR-Ideologie unterschied sich von der Alltagswelt wie das Neue Deutschland von der Neuen Fußballwoche.“

Werner Berauer hatte 1983 in seiner Dissertation „Lehrplananalytische Untersuchung zu den Beziehungen zwischen den Bestandteilen des Wehrunterrichtes [...]“ die Bedeutung des unmittelbaren Zusammenspiels von Theorie und Praxis,

---

<sup>1159</sup> 2,1 % der Befragten machten keine Angaben (Vgl. ZfeS Uni Köln S6113, DJI-Studien-Nr.: S50: S. 15).

<sup>1160</sup> Vgl. Ebd.

<sup>1161</sup> Vgl. Ebd.: S. 20.

Bei dieser Frage machten 1,8 % der Befragten keine Angaben (Vgl. Ebd.).

<sup>1162</sup> Mein eigener Studentenplan – ohne den Wehrunterricht – umfasste in der 9. Klasse (1985/86) siebenunddreißig und in der zehnten Klasse (1986/87) sechsunddreißig Unterrichtsstunden. Dies schloss auch einen Sechs- (Klasse 9) bzw. Fünfstudentag (Klasse 10) am Sonnabend mit ein (M. K.).

<sup>1163</sup> Dieckmann in: DIE ZEIT. 28.08.2003: S. 37.

von propagandistischer Indoktrination und Drill für den Erfolg der patriotischen Erziehung durch den Wehrunterricht unterstrichen.<sup>1164</sup> Diese strukturelle Grundeinsicht wurde in der Realität des Wehrunterrichtes in der DDR jedoch kaum berücksichtigt. Der theoretische Schwerpunkt „Fragen der sozialistischen Landesverteidigung“ und die praktischen Hauptkomplexe im Rahmen der ZV- bzw. Lagerausbildung waren durch eine zeitliche Kluft weit voneinander entfernt und konnten so nicht zusammenwirken.

„[D]ie Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“ sollte in der DDR Anliegen und Aufgabe des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens sein und mit Hilfe des „Prinzip[s] der Einheit von wissenschaftlicher Bildung und allseitiger sozialistischer Erziehung auf der Basis des Marxismus-Leninismus“ realisiert werden.<sup>1165</sup> Neben dem Wehrunterricht kam dabei solchen Schulfächern wie Staatsbürgerkunde, Geschichte oder Literatur eine besondere Bedeutung zu. Dies bedeutet jedoch nicht, dass etwa in den Literaturunterricht nur die Behandlung sozialistischer Propagandawerke à la Nikolai A. Ostrowkis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ Eingang fanden.<sup>1166</sup> In der 10. Klasse stand z. B. auch die in der Zeit des sowjetischen „Tauwetters“ entstandene Erzählung „Djamila“ von Tschingis Aitmatow auf dem Lehrplan.<sup>1167</sup> Die Handlung spielt in der kirgisischen Steppe. Eine junge Frau trennt sich aus Liebe von ihrem Mann und flieht mit ihrem Liebhaber aus dem Dorf.

Das Bemerkenswerte im Bezug zum Wehrunterricht ist nun, dass diese Liebesgeschichte während des „Großen Vaterländischen Krieges“ spielt, Djamilas Mann als Soldat der Roten Armee an der Front gegen die Deutschen kämpft bzw. verletzt im Lazarett liegt und Aitmatow Djamilas Verhalten trotzdem als verständlich, ja notwendig zeichnet. Damit stellt der Autor die Bedeutung der Liebe und des Einzelnen über die der Unterstützung der Verteidigung der Heimat und die des Kollektivs. Die Aussage dieser im Literaturunterricht behandelten Erzählung stand somit konträr zu denen des Wehrunterrichtes.

Der zumindest latent pazifistische Charakter des Werkes wird auch daran erkennbar, wie in ihm der Große Vaterländische Krieg ohne das sonst übliche Pathos und Heldentum behandelt wird<sup>1168</sup>:

„Eines Abends saßen wir nach der Arbeit am Feuer, aßen und ließen es uns wohl sein.

„Danijar<sup>1169</sup>, erzähl uns doch was vom Krieg, bevor wir schlafen gehen“, bat ich.

<sup>1164</sup> Vgl. Berauer 1983: S. 40 ff.

<sup>1165</sup> Klingberg 1984: S. 212.

<sup>1166</sup> Vgl. Bütow, Wittig u. a. 1986 / Bütow u. a. 1987.

<sup>1167</sup> Vgl. Bütow u. a. 1987: S. 125 ff.

<sup>1168</sup> Aitmatow 1990: S. 37.

<sup>1169</sup> Djamilas Liebhaber, der wegen schwerer Verletzungen aus der Roten Armee ausgeschieden war.



Danijar schwieg zuerst und schien sogar gekränkt zu sein. Lang blickte er ins Feuer, dann hob er den Kopf und sah uns an.

„Vom Krieg sagst du?“ fragte er, und als antwortete er auf seine eigenen Gedanken, fügte er tonlos hinzu: „Nein, es ist besser, ihr wißt nichts vom Krieg!“

Dann wandte er sich ab, nahm eine Handvoll trockenen Unkrauts, warf es ins Feuer und schürte die Glut, ohne einen von uns anzublicken.

Mehr sagte Danijar nicht. Doch schon durch seine wenigen Worte hatte er uns zu verstehen gegeben, daß der Krieg etwas war, worüber man nicht im Plauderton sprach, das keinen Stoff für unterhaltsame Geschichten vorm Schlafengehen abgab. Über den Krieg, der in des Menschen Adern das Blut erstarren ließ, redet es sich nicht so leicht. Ich schäme mich vor mir selbst. Und ich habe Danijar nie wieder nach dem Krieg gefragt.“

Ein weiteres literarisches Werk, das bei den Schülerinnen und Schülern in der DDR dazu beitragen konnte, den Wehrunterricht kritisch zu hinterfragen, war der in der neunten Klassenstufe behandelte Roman „Die Abenteuer des Werner Holt. Roman einer Jugend“ von Dieter Noll.<sup>1170</sup>

Das Buch beschreibt das Leben von Jugendlichen in Nazideutschland und ihren Einsatz als Flakhelfer während des Zweiten Weltkrieges. Die Schüler, die den Text einigermaßen aufmerksam lasen, mussten darin auf bestimmte Parallelen zum SED-Erziehungssystem im Kontext von FDJ und Pionierorganisation stoßen - insbesondere aber auf Handlungsabläufe und Erscheinungsformen, die sie selbst so ähnlich während des Wehrunterrichtes erlebten<sup>1171</sup>:

„Vor dem Bahnhof versammelten sich die Schüler, in den Uniformen der HJ und des Jungvolks.

Der Pfiff einer Trillerpfeife schrillte. „Achtung! In Linie ... angetreten, marsch, marsch!“

Einige Textstellen in „Werner Holt“ hatten sogar das Potential, den Wehrunterricht regelrecht zu desavouieren<sup>1172</sup>:

„Sie unterhielten sich immer über diese Form des Drills. Wolzow sagte: `Es gibt Situationen, wo das Denken versagt. Da muß alles automatisch in den Gliedern sitzen. Die Ausbildungsmethoden sind für alles mögliche Kropfzeug, Müllkutscher, Straßenkehrer ... Die sind so blöd, daß sie das nie kapieren würden, deshalb wird es bis zum Kotzen gepaukt!` Er berief sich auf die Autorität eines Obersten. „Mein Vater hat immer gesagt, die militärischen Ausbildungsvorschriften sind so beschaffen, daß es auch das größte Rindvieh noch kapiert!“

---

<sup>1170</sup> Vgl. Bütow, Wittig u. a. 1986: S. 140 ff.

<sup>1171</sup> Noll 1962: S. 63.

<sup>1172</sup> Ebd.: S. 128.

Die für die Lehrpläne im Bildungswesen der DDR zuständigen Personen waren wohl so von der Sache des Sozialismus überzeugt und zur DDR derartig positiv eingestellt, dass sie im Kontext dieses Romans keine Bezüge zum eigenen System finden konnten. Darin vorkommende Handlungssequenzen mit Bezug zur Wehrerziehung sahen sie offensichtlich in der historischen Zuordnung isoliert.

Die Liste der Gründe für das Scheitern des Wehrunterrichtes in der DDR soll und kann an dieser Stelle nicht vervollständigt werden. Es soll hier aber nicht vergessen werden, noch einmal auf die Bedeutung der Ankündigung der evangelischen Kirche im Jahre 1978 hinzuweisen, im Falle der Einführung eines Unterrichtsfaches zum militärischen Training von Jugendlichen, eine Friedenserziehung unter ihrem Dach zu ermöglichen.<sup>1173</sup> Ausgehend von diesen Friedensgruppen entwickelten sich im kirchlichen Rahmen auch Ökologie-, Menschenrechts- und andere Oppositionsgruppen, die schließlich in ihrer vernetzten Form – neben anderen ökonomischen, innen- und außenpolitischen Faktoren - einen bedeutende Rolle bei der Beendigung des SED-Regimes spielten.<sup>1174</sup>

#### 4.7 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Der Wehrunterricht war in allen Ländern des Warschauer Paktes gekennzeichnet durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten militärischer Elemente bzw. solchen der Zivilverteidigung auf der einen sowie der propagandistischen Indoktrination der Schülerinnen und Schüler auf der anderen Seite. In allen Ländern standen daher Ordnungsübungen, der Umgang mit Waffen, das Bergen und die Versorgung von Verletzten ebenso auf dem Lehrplan wie eine strikte schwarzweiß Darstellung von *guter* sozialistischer Warschauer Pakt-Welt und *böser* kapitalistischer NATO-Welt.

Bei einer nur etwas intensiveren Betrachtung aller Länderbeispiele treten aber auch die Unterschiede recht deutlich hervor. Schon beim Stundenvolumen besteht zwischen dem Land mit der größten und der kleinsten Stundenzahl<sup>1175</sup> - Bulgarien (183 Stunden) / Ungarn (86 Stunden) - eine recht große Differenz. Die DDR würde bei der Zählung der Unterrichtsstunden, die offiziell die Bezeichnung Wehrunterricht trugen, mit 130 Stunden den dritten Platz einnehmen. Bezieht man aber in diese Rechnung mit ein, dass in der DDR mit der vormilitärischen Ausbildung bzw. der ZV-Ausbildung an den EOS und an den Berufsschulen noch eine weitere obligatorische Ausbildung folgte, die durchaus

---

<sup>1173</sup> Vgl. BEK 14.06.1978, abgedruckt in Henrich 1978: S. 33-39.

<sup>1174</sup> Vgl. Bruckmeier 1993: S. 10 ff. / Koch 2000 a: S. 50 f. / Seubert 1995: S. 167 ff.

<sup>1175</sup> Der Vergleich bezieht sich auf die achtziger Jahre nach der Lehrplanumstellung in der UdSSR (M. K.).

als zweite Stufe des Wehrunterrichtes angesehen werden kann, belegt das Land mit etwa 220 Stunden die Spitzenposition.

Eine Wertung des Stundenvolumens sollte jedoch nicht losgelöst von weiteren Gesichtspunkten des Vergleichs geschehen. Eng verbunden ist dieser Aspekt z. B. mit der organisatorischen Realisierung des Unterrichtsfaches - wobei insgesamt drei Modelle unterschieden werden können: Die in den meisten Staaten angewandte Variante war die der Integration des Wehrunterrichtes in den normalen Wochenstundenplan – mit oder ohne Beigabe einer zusätzlichen Lagerausbildung – wie dies in der Sowjetunion, in Bulgarien, der ČSSR und in der Volksrepublik Polen praktiziert wurde. In der DDR war auf eine solche Integration verzichtet worden. Statt dessen hatte man in Ostberlin auf eine Art des Unterrichts gesetzt, dessen einzelne Segmente mitunter mehrmonatige Pausen trennten. Eine dritte Variante wurde in der Volksrepublik Ungarn mit der Einbeziehung von Elementen der Zivilverteidigung bzw. der Wehrausbildung in andere Unterrichtsfächer angewandt, die von einigen Lektionen und Übungen in der unterrichtsfreien Zeit begleitet wurden.

In den Wehrunterricht waren in allen Ländern des Warschauer Paktes beide Geschlechter einbezogen. Bei der Durchführung der Unterrichtung traten aber auch in diesem Zusammenhang Unterschiede auf. So wurden in Bulgarien und in Ungarn alle Teile des Faches - einschließlich der Schießausbildung mit der Kalaschnikow - koedukativ betrieben. In den anderen Ländern erfolgte zwar auch grundsätzlich eine gemeinsame Unterrichtung, darüber hinaus wurde aber eine Geschlechterdifferenzierung bei einigen Ausbildungselementen – wie der Schießausbildung und dem Erste-Hilfe-Kurs - durchgeführt.

Eine Zensurengebung praktizierte man in der UdSSR, in Polen und in der Tschechoslowakei. In Ungarn gingen die Noten für Tests im wehrerzieherischen Bereich – durch den besonderen organisatorischen Aufbau – in andere Fächer mit ein. Auf die Leistungsbewertung durch Zensuren hatte man in Bulgarien und in der DDR verzichtet.

In der Sowjetunion, in der DDR und in der Volksrepublik Ungarn lag der Schwerpunkt des Wehrunterrichts im militärischen Bereich, während in der VR Polen dabei eher Elemente der Zivilverteidigung behandelt wurden. Für den Unterricht in der VR Bulgarien und in der ČSSR kann festgehalten werden, dass beide Bereiche in etwa eine gleiche Berücksichtigung fanden.

Mit Ausnahme Ungarns - wo ausschließlich ausgebildete Pädagogen unterrichteten - wurden in allen Ländern sowohl *normale* Lehrer als auch Militärs als Lehrkräfte im Wehrunterricht eingesetzt. In Polen, der Tschechoslowakei und schließlich auch in der UdSSR war eine professionelle Lehrerausbildung etabliert worden, während in Bulgarien und in der DDR die Vorbereitung der Lehrkräfte nur über mehr oder weniger kurze Lehrgänge erfolgte.

Auch wenn die „Formung junger überzeugter sozialistischer Staatsbürger“ Grundanliegen des Faches in jedem Ostblockstaat war, können auch bei diesem

Aspekt Unterschiede in der Art und Weise der Durchführung festgehalten werden. Obgleich etwa der Auseinandersetzung mit dem *Imperialismus* im Wehrunterricht nirgendwo mehr Zeit eingeräumt wurde als in der DDR, blieb das Fach im Osten Deutschlands doch in der Radikalität der Form der Bewusstseinsbeeinflussung hinter dem zurück, was in der UdSSR stattfand. In der Sowjetunion waren dafür nicht nur der theoretisch-propagandistische und der praktische Teil des Wehrunterrichtes stärker miteinander verzahnt worden; der wesentliche Unterschied zu fast allen anderen Länderbeispielen ist in der für den gesamten Unterricht angelegten „absoluten“ militärischen Disziplin zu suchen. Die auch durch entsprechende Strafanordnungen verordnete totale Befehlshörigkeit und der daran geknüpfte militärische Drill sollten bei den Jugendlichen nicht nur das eigene Denken derart ausschalten, dass sie durch die Befehle fremdbestimmt wurden. Das Zusammenspiel aller drei Elemente – ideologische Indoktrination, praktische Übungen, absolute militärische Disziplin - hatte auch weit stärker als Filme, Bilder von Manövern und Übungen etc. das Potential, dass die Jugendlichen bereits jetzt realisierten, was sie als Soldaten erwarten würde: Die Jugendlichen machten eine Erfahrung des Ausgeliefertseins, von der sie wussten, dass ihre Extremform ihnen noch bevorstand. Von nun an war ihnen bewusst, dass ein Überstehen der Armeezeit nur durch die absolute Anpassung und Unterwerfung unter die militärischen Regeln sowie die Willkür der Vorgesetzten möglich war. Die von diesem Erfahrungs- und Realisierungsprozess ausgehenden disziplinierenden und entkindlichenden Wirkungen dürften auch Einfluss auf das sonstige Schul- und Alltagsleben der sowjetischen Jugendlichen ausgeübt haben.

Ein solch extremes *Niveau* der Bewusstseinsbeeinflussung wurde im Wehrunterricht der Warschauer Pakt Staaten nur in der UdSSR und – mit Abstrichen - in der VR Bulgarien praktiziert. Trotz der Forderungen des Verteidigungsministers der DDR, Hoffmann, die Hasserziehung im Rahmen des Erziehungs- und Bildungswesens zu verstärken - und des durchaus vorhandenen und an den Inhalten erkennbaren Realisierungswillens auf Seiten der verantwortlichen Erziehungswissenschaftler – wurde diese Radikalität im Wehrunterricht der DDR nicht erreicht.

Erinnert man sich nun, dass in diesem Unterrichtsfach in der Volksrepublik Polen die Schülerinnen und Schüler zum Teil in die Unterrichtsgestaltung miteinbezogen waren, der Frontalunterricht mitunter durch Projektarbeit aufgebrochen wurde oder es in Ungarn im Wesentlichen in die *normalen* Fächer integriert war, sind im Kontext der Unterrichtsform und dem damit verbundenen Niveau der propagandistisch-ideologischen Indoktrination weitere Abstufungen festzustellen.

Die administrative Leitung des Wehrunterrichtes hatte - mit Ausnahme der UdSSR - in allen Ländern das für Volksbildung zuständige Ministerium inne. In der Sowjetunion lag diese in den Händen des Verteidigungsministeriums. Bei

dieser Zuordnung darf allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass in allen sozialistischen Staaten ein in der Verfassung festgeschriebener Führungsanspruch der kommunistischen Partei bestand. Sie war die eigentliche Führungsinstanz im politischen System. Der Regierung bzw. einzelnen Ministerien fiel dabei eher die Rolle des Befehlsempfängers und ausführenden Organs zu.<sup>1176</sup>

---

<sup>1176</sup> Vgl. z. B. Thomas 1999: S. 176 ff.

## 5. Schlussbetrachtung

Anders als es die zeitliche Nähe der Einführung des Wehrunterrichtes in den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre vermuten ließ, handelte es sich dabei um kein gemeinsames oder auch nur abgestimmtes Projekt. In keinem Gremium des Ostblocks war das Fach Thema von Gesprächen, geschweige denn Beschlüssen. Auch für die Eingangs dieser Arbeit geäußerte Vermutung, der Einführung des Wehrunterrichtes in den Vasallenstaaten könnte ein Ukas Moskaus vorausgegangen sein, fanden sich keine Hinweise. Tatsächlich waren in erster Linie jeweils länderspezifische Gründe für den Vorgang verantwortlich.

Nichtsdestotrotz ist aber der Gesamtprozess der Etablierung dieses Unterrichtsfaches im östlichen Militärbündnis eng mit den politischen Konstellationen jener Zeit verbunden. In der Sowjetunion wurde schon einmal - unter Stalin - ein Unterrichtsfach zur militärischen Ausbildung von Schülerinnen und Schülern eingerichtet und erst 1962 aus dem Schulkanon entfernt. Die Wiedereinführung im Schuljahr 1968/69 ist im Zusammenhang mit dem Machtwechsel von Chruschtschow zu Breschnew 1964 zu sehen. Die unter Stalins Nachfolger durchgeführten Lockerungen im gesellschaftlichen Leben der UdSSR sowie die etwas weniger strenge Machtausübung gegenüber den Satellitenstaaten wurden in einem erheblichen Maße revidiert. Neben dem nun wieder härteren Vorgehen gegen Oppositionelle, der Steigerung der Militärausgaben, der teilweisen Rehabilitierung Stalins, der Straffung der Zügel im Warschauer Pakt und anderer Beispiele kann auch die erneute Etablierung des Wehrunterrichtes als Erscheinungsform des veränderten politischen Klimas in der Sowjetunion angesehen werden. Dieser Wechsel des Politikstils im Kreml hatte weitreichende Auswirkungen auf jeden einzelnen Vasallenstaat. Auch ohne direkten Befehl wurden so die Entscheidungsfindungen der Statthalter beeinflusst, war der hegemoniale Druck aus Moskau in unterschiedlicher Form - neben den länderspezifischen Gründen, die eine konsequentere ideologische und disziplinierende Erziehung notwendig erscheinen ließen - für die Einführung des Wehrunterrichtes im gesamten Warschauer Pakt mitverantwortlich bzw. mit diesen verwoben.

Eine besondere Entwicklung ist hierbei für die Sozialistische Republik Rumänien festzustellen. Während in allen anderen Ländern dieses Fach als Zeichen der Anpassung und Servilität gegenüber der UdSSR zu werten ist, wurden in dem Balkanstaat damit konträre Ziele verfolgt. Nach dem militäri-

schen Einsatz des Warschauer Paktes zur Niederwerfung des „Prager Frühlings“ in der ČSSR und dem damit verbundenen Protest Ceauscescus musste auch Rumänien mit einer solchen Intervention rechnen. Die Folge war eine umfassende Militarisierung der gesamten Gesellschaft Rumäniens, die in den Schulen auch ein entsprechendes Unterrichtsfach mit sich brachte.

Dass in der DDR die offizielle Einführung des Wehrunterrichtes ein Jahrzehnt hinter der Entwicklung des östlichen Militärblocks zurücklag, hatte – anders als in der Einleitung dieses Textes vermutet – nicht entscheidend mit der besonderen politischen Situation des Landes zu tun. Ostberlin hatte seit den fünfziger Jahren sukzessiv ein immer umfassenderes System der Wehrerziehung aufgebaut, das Mitte der sechziger Jahre im Warschauer Pakt führend war. Im Schuljahr 1969/70 wurde mit der vormilitärischen Ausbildung bzw. der Zivilverteidigungsausbildung in den 11. und 12. Klassen der Beruf- und Erweiterten Oberschulen zudem bereits ein obligatorischer wehrerzieherischer Unterricht eingeführt, der dieses System weiter ergänzte und mit dem Wehrunterricht in den anderen Ländern durchaus vergleichbar war. Trotzdem hatten einige Bildungsverantwortliche des SED-Regimes – auch aufgrund des zu diesem Zeitpunkt nur oberflächlichen Wissens über die Situation in den anderen Ländern - Anfang / Mitte der siebziger Jahre die Sorge, in diesem Bereich im eigenen Militärbündnis ins Hintertreffen zu geraten. Neben dem systeminhärenten Weiterentwicklungsdrang sowie für die SED beunruhigenden Informationen über politisch-ideologische Einstellungen von Jugendlichen war es gerade diese Sorge gewesen, die maßgeblich zu der Entscheidung beitrug, 1978 einen obligatorischen Wehrunterricht an den Polytechnischen Oberschulen zu etablieren.

In allen Ländern des Warschauer Paktes gehörte das militärische Training, Übungen zur Zivilverteidigung sowie die entsprechende theoretische Fundierung auf der einen Seite sowie die politisch-ideologische Indoktrination der Jugendlichen auf der anderen Seite zum festen Programm des Wehrunterrichtes. Hinsichtlich des Unterrichtsvolumens, der Unterrichtsmodelle, der Leistungsbeurteilung und weiterer Aspekte bestanden jedoch zum Teil erhebliche Differenzen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Unterschiede in der didaktischen Gestaltung und im Charakter des Unterrichtes. Während dabei in der Sowjetunion Methoden angewandt wurden und eine Unterrichts Atmosphäre herrschte, die schon sehr stark an Entsprechendes in der Armee heranreichten, war die Methodik des Wehrunterrichtes in Polen fast die eines *normalen* Unterrichtsfaches, in Ungarn waren gar wesentliche Teile in andere Fächer integriert. Mit Ausnahme Polens – wo das Fach nach wie vor unterrichtet wird – wurde der Wehrunterricht bei den politischen Veränderungen am Ende der achtziger / Anfang der Neunziger Jahre in allen Warschauer Paktstaaten aus den Schulen entfernt.

Im Russland der Restauration, in dem die Parlamente, die Justiz und weite Teile der Medien gleichgeschaltet werden, wo unliebsame Schriftsteller wieder vor Gericht landen, wo mittlerweile jeder vierte leitende Staatsposten von einem ehemaligen Offizier besetzt wird und in den Büros der Verwaltungsbezirke die Mitarbeiterschaft zu siebzig Prozent aus gelernten Geheimdienstlern besteht, in diesem Russland, das seit Jahren einen blutigen Krieg in Tschetschenien führt<sup>1177</sup>, fand man auch wieder Gefallen an einem Unterrichtsfach zur militärischen Ausbildung und ideologischen Indoktrination von Jugendlichen.<sup>1178</sup> „Die Rückkehr der Militärischen Leiter“<sup>1179</sup> überschrieben Alan Kaschmasow und André Stepanow einen themenbezogenen Artikel in der *Iswestija*<sup>1180</sup> und nannten den ganzen Vorgang: „Ein Neujahresgeschenk Boris Jelzins an das russische Volk [...]“.<sup>1181</sup> Beide Autoren machten aber auch deutlich, dass es sich bei der Wiedereinführung des Wehrunterrichtes<sup>1182</sup> weniger um ein Projekt des am 31.12.1999 zurückgetretenen alten Präsidenten als vielmehr um eines des neuen starken Mannes, des damals noch „interimistisch“ als Präsident regierenden Wladimir Putin, handelt.

Bereits seit Mitte der neunziger Jahren erfreuen sich in Russland streng militärisch organisierte Kadettenschulen für Kinder und Jugendliche einer immer stärker werdenden Beliebtheit. Die Eltern versprechen sich davon eine disziplinierte Erziehung ihrer Kinder sowie deren Schutz vor Alkohol, Kriminalität und Drogen.<sup>1183</sup>

Als die Unterrichtung des Wehrunterrichtes im Schuljahr 2001 / 2002 für fünfzehn- bis siebzehnjährige Schüler wieder begann, war die Teilnahme allerdings zunächst freiwillig.<sup>1184</sup> Gesäubert von den alten Hasstiraden gegen den Imperialismus werden im Wesentlichen wieder die gleichen Inhalte wie zu Sowjetzeiten unterrichtet.<sup>1185</sup> An die Stelle der alten Ideologie wurde die Religion

<sup>1177</sup> Vgl. Voswinkel, DIE ZEIT 06.11. 2003 /Schmidt 2003: S. 44. ff.

<sup>1178</sup> Vgl. Gessen, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE 01.03. 2000 / Lapenkova, Süddeutsche Zeitung 01.03. 2000 / Trutanow, Moskauer Deutsche Zeitung 11.01.2001.

<sup>1179</sup> „Военруки возвращаются.“

<sup>1180</sup> ИЗВЕСТИЯ.

<sup>1181</sup> Kaschmasow, Stepanow, *Iswestija* 05.02. 2000 (übers. M. K.).

Übersetzter russischer Text: „Новогодний подарок Бориса Ельцина российскому народу [...]“.

<sup>1182</sup> In der bis 1991 zur Sowjetunion gehörenden Republik Kasachstan wurde der Wehrunterricht bereits 1996 wieder eingeführt (Vgl. [www.voenkomat.pavlodar.kz](http://www.voenkomat.pavlodar.kz)).

<sup>1183</sup> Vgl. z. B. Donath, TAZ 30.07. 2002.

<sup>1184</sup> [www.aktuell.RU](http://www.aktuell.RU) 13.10. 2003.

<sup>1185</sup> 2001 erschien im russischen Buchhandel ein „Handbuch“ (настольная кника) mit dem Titel: „Zukünftige Kommandeure. Militärische Grundausbildung“ („БУДУЩЕГО КОМАНДИРА. НАЧАЛЬНАЯ ВОЕННАЯ ПОДГОТОВКА“) auf dessen Umschlag ein lachender Junge in Uniform abgebildet ist, der offenbar sofort mit dem Unterricht beginnen möchte. Ein im gleichen Jahr erschienenenes und ähnlich gestaltetes „Handbuch“ trägt den Titel: „Zukünftige Kommandeure. Kundschafterausbildung“ (БУДУЩЕГО КОМАНДИРА.



gerückt. So ist es nicht unüblich, dass orthodoxe Priester im Wehrlager erscheinen und von Heiligen und russischen Helden predigen.<sup>1186</sup> Die Wiedereinführung des Wehrunterrichtes ist dabei nur ein Indiz für die Umkehr der liberalen Reformen im russischen Bildungswesen vom Beginn der neunziger Jahre. So wurden z. B. kritische Betrachtungen der Sowjetunion aus den Geschichtsbüchern getilgt.<sup>1187</sup> Den Schülern soll in der Schule wieder der Stolz auf ihr Vaterland und seine Geschichte vermittelt werden. Der dabei projizierte Geschichtskanon schließt sowohl Peter den Großen als auch Stalin mit ein.<sup>1188</sup>

Am 13. Oktober 2003 beschloss schließlich die Staatsduma mit großer Mehrheit in erster Lesung, dass der Wehrunterricht wieder Pflichtfach an den russischen Schulen wird.<sup>1189</sup> Schenkt man einer russischen Umfrage Glauben, so besteht nicht nur im Parlament eine große Zustimmung zum Wehrunterricht sondern auch in der russischen Bevölkerung. 76 % der Russen waren danach mit der Wiedereinführung des Wehrunterrichtes einverstanden und nur 12 % dagegen.<sup>1190</sup>

Der „Rückkehr der Militärischen Leiter“ folgte also deren „Triumph“<sup>1191</sup>. Ein Abgeordneter des Parlaments kommentierte die Entscheidung mit den Worten, die Kinder und Jugendlichen sollten sich wieder „an das Geräusch des Geschützfeuers gewöhnen [...]“<sup>1192</sup> Dass im Jahr 2003 ein Junge im Rahmen des freiwilligen Wehrunterrichtes während eines Gewaltmarsches unter seiner Gasmaske erstickte, interessierte die Männer und Frauen der Staatsduma offenbar nicht wirklich.

---

ПОДГОТОВКА РАЗВЕДЧИКА“) und soll dabei helfen, Kinder und Jugendliche in die Grundlagen der Geheimdienst- und Spionagearbeit einzuführen (Vgl. o. V. 2001 a / o. V. 2001 b).

<sup>1186</sup> Vgl. Voswinkel, DIE ZEIT, 11.03. 2004.

<sup>1187</sup> NÖK, 04.09. 2003.

<sup>1188</sup> Vgl. Voswinkel ebd.

<sup>1189</sup> www.aktuell.RU 13.10. 2003 / Wolkow, Wasilenko, Wremija Nowosti 13.10. 2003.

<sup>1190</sup> Vgl. Basa Dannüx Фом-База данных ФОМ, 23.10. 2003, [www.fom.ru](http://www.fom.ru).

12 % der Befragten machten keine Angaben (Vgl. Ebd.).

<sup>1191</sup> Die Überschrift eines Artikel in der Zeitung „Wremija Nowosti“ lautete: „Триумф военрука“ („Der Triumph der Militärischen Leiter“, M. K.) (Wolkow, Wasilenko, Wremija Nowosti 13.10. 2003).

<sup>1192</sup> Zitiert von Voswinkel ebd.

## 6. Quellen und Literaturverzeichnis

### 6.1 Archivmaterialien

#### 6.1.1 Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutsches Instituts für Internationale Pädagogische Forschung

- Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des Deutsches Instituts für Internationale Pädagogische Forschung /Archiv, (BBF/DIPF/Archiv), Signatur 0.4.26. NL, Günther, Karl-Heinz, Skizze Grundmaterial I, 1973.
- BBF/ DIPF/ Archiv, Signatur 0.0.1, 1972.
- BBF/ DIPF/ Archiv, Signatur 0.4.26 NL, Günther, Karl-Heinz, 1979.
- BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.821, Bodó, László: A hazafias-honvédelmi nevelés néhány elvi és modszerintani kérdése a középiskolában (Einige prinzipielle und methodische Fragen der Erziehung zum Patriotismus und zur Heimatverteidigung in der Mittelschule. Übersetzt von Hans Deubler). In: Pedagógiai szemle, Budapest 28, 1978, S.799-807.
- Ebd. Broschüre Universita-Komenskè, Bratislava (übersetzt von der Übersetzungstelle der APW der DDR), 1974.
- Ebd. Epler, Diether/Lück, Joachim, Konzeption für die Durchführung empirischer Untersuchungen zur Erziehung (der Jungen Klasse 9) der Wehrbereitschaft durch die Wehrausbildung im Lager 1982-1985, 1982.
- Ebd. Ilter, Karl, Information über Studienaufenthalt in der VR Polen vom 2.-6.12.1974, 20.1.1975.
- Ebd. Ilter, Karl, Bericht über Besuch von Oberleutnant Matecki/Institut für Lehrpläne Warschau an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Mai 1978.
- Ebd. Kalina, S. V: Einige Fragen der Wehrerziehung in der gegenwärtigen Etappe. In: Sowjetskaja pedagogika (СОВЕТСКАЯ ПЕДАГОГИКА), Heft 6/1975 (übersetzt durch die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR).
- Ebd. Lück, Joachim/Seifert, Georg, Reisebericht über die Dienstreise in die UdSSR zur Aufnahme von Beziehungen mit der Abteilung Wehrerziehung/Wehrunterricht des Institutes für allgemeine Probleme der Erziehung der UdSSR und zum Austausch von Erfahrungen über Probleme des Wehrunterrichtes in der Zeit vom 25.03.-03.04.1980, 15.04.1980.
- Ebd. Lück, Joachim, Reisebericht über die Dienstreise in die VR Polen zum Studium der Erfahrungen im Wehrunterricht, 27.10.1980.
- Ebd. Lück, Joachim, Reisebericht über eine Dienstreise in die VR Polen zum Studium der Erfahrungen im Wehrunterricht (Wehrvorbereitung), 15.06.1979.
- Ebd. Lück, Joachim, Zu einigen Aspekten der sozialistischen Wehrerziehung in der Sowjetunion, 1982.
- Ebd. Lück, Joachim, Reisebericht über eine Dienstreise in die VR Bulgarien zum Studium der Erfahrungen im Unterrichtsfach "Militärische Grundausbildung" (Natschalneto wojenno obutschen je). 18.05.1979.
- Ebd. Mansfeld, P., Patriotische und Wehrerziehung in den Schulen der Ungarischen Volksrepublik. Rezension zu dem Buch: Honvédelmi nevelés: Segédkönyv

általános é középszkolai nevelok számára (Handbuch für Lehrer) von Djöndjö, R. u. a. Budapest, 1977.

- Ebd. Riechert/Tielmann, Überblick über die Organisation des Wehrunterrichtes in den sozialistischen Bruderländern, 06.04.1987.
- BBF/DIPF/Archiv, Signatur 11.851, Lück, Joachim, Bericht über Besuch im Pädagogischen Institut Bratislava / Forschungsgruppe Wehrunterricht vom 17.10. bis 21.10. 1988.
- BBF/ DIPF/ Archiv, Signatur 12.340, Forschungsgruppe Wehrerziehung, 1979.
- BBF/ DIPF/ Archiv, Signatur 13.394, Forschungsgruppe Wehrerziehung / Wehrunterricht: Bericht über Ergebnisse praxisanalytischer Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, 1987.
- BBF/DIPF/Archiv, Signatur 13.51, Lück, Joachim, Reisebericht über Besuch im Pädagogischen Forschungsinstitut Bratislava vom 17-21.10.1988, 1988.
- BBF/ DIPF/Archiv, Signatur 13.964, Forschungsgruppe Wehrerziehung/Wehrunterricht : Kurzbericht über die praxisanalytischen Untersuchungen im Lager Wehrausbildung 1986, 3.9.1987.
- BBF/ DIPF/ Archiv, Signatur 13.964, Forschungsgruppe Wehrerziehung: Praxisanalytische Untersuchung zur Wirksamkeit des Lehrganges Zivilverteidigung (LZV) in Klasse 9-1986, 1987.

### **6.1.2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR-Bundesarchiv (SAPMO-BArch.)**

- DC 4/233 ZifJ (Zentralinstitut für Jugendforschung), Hauptverantwortlicher W. Friedrich, Der sozialistische Patriotismus unserer Jugendlichen und einige Probleme der nationalen Frage. Informationen zur Untersuchung "Jugend und Internationalismus", Leipzig, 1973.
- DC 4/1742, Konzeption zum Entwurf des Jugendgesetzes, 30.01. 1973.
- DC4/250, ZifJ, Bearbeiter Geier, Wolfgang, Zur Herausbildung der sozialistischen Lebensweise bei Schülern in der Freizeit und ihr Einfluß auf die sozialistische Persönlichkeitsentwicklung. Expertise für ZK, Abteilung Jugendfragen, 1978.
- DC4/256, DifJ, Bearbeiter Netzker, Wolfgang, Zur Entwicklung des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus im Bewußtsein der jungen Werktätigen der DDR. Expertise für ZK Abteilung Jugendfragen, 1978.
- DY 24/11226 Zentralrat der FDJ, Notiz von Generaloberst Keßler an E. Krenz, 15.4. 1982.
- DY 24/113848, FDJ-Zentralrat, Anlage Nr.2 zum Protokoll Nr.56, 7.5.1980.
- DY 30/ 14302 ZK der SED, Abteilung Jugendfragen, Einige Erfahrungen, Fakten und Probleme zur Jugendpolitik der DDR, 20.01. 1975.
- Ebd. Maßnahmeplan der Kinder und Jugendbuchverlage der DDR auf die politische, weltanschauliche, naturwissenschaftliche, moralische, ästhetische und staatsbürgerliche Bildung und Erziehung der Jugend, gemäß Beschluß Politbüro des ZK vom 9.10.1973.

- Ebd. Information für das Politbüro des ZK durch den Zentralrat der FDJ, Abteilung Jugend, 1.11.1974.
- Ebd. Vorschläge für Probleme, die in der Lektion des Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, an der Jugendhochschule “Wilhelm Pieck” am 1.4.1974 behandelt werden könnten.
- DY 30 IV A 2/12/157, ZK Abteilung Sicherheitsfragen, Beratung von Genossen, 16.10.1967.
- DY 30 3312, ZK SED, Büro Ulbricht.
- DY 30 3395, ZK SED, Büro Ulbricht.
- DY 30 3396, ZK SED, Büro Ulbricht.
- DY 30 IV 2/2.115/8 ZK SED, Außenpolitische Kommission beim Politbüro, Protokoll der 6. Sitzung, 06.12.1967.
- DY 30 IV 2/9.05/71, ZK SED, Abteilung Volksbildung, Aktennotiz Gespräch Margot Honecker – Demitschew, 27.03.1973.
- DY 30 J IV/2/1086, ZK SED, Politbüro.
- DY 30 IV A 2/12/157, ZK Abteilung Sicherheitsfragen, Vorlage Werner Hübner, Juni 1968.
- Ebd. ZK SED, Abteilung Sicherheitsfragen, 30.06. 1971.
- DY 30 J IV B 2/12/061, ZK SED, Abteilung Sicherheitsfragen, Arbeitsgruppe Sozialistische Wehrerziehung, Handmaterial über das einheitliche System der Wehrtüchtigung der Bevölkerung der ČSSR , 16.07.1973.
- DY 30 IV B 2/9.05/77, ZK SED, Abt. Volksbildung, Margot Honecker, Reisebericht Ungarn, 06.11.1972.
- DY 30 IV B 2/9.05/78, ZK SED Abt. Volksbildung.
- DY 30/21401, ZK der SED, Abteilung für Jugendfragen, Informationen über Mitarbeit der DDR an einer Untersuchung der internationalen Problemkommission “Die Arbeiterklasse im weltrevolutionären Prozeß”, 4.8.1978.
- NY 4182/929, ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Information über den Stand der Diskussion in der Sowjetunion zu inhaltlichen Problemen der Entwicklung des Volksbildungswesens, 25.06.1964.
- Ebd. ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, Bericht über Konsultationsreise der Abteilung Volksbildung in die Sowjetunion vom 21.-28.09. 1964.
- NY 4182/928 ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Informationen der Abteilung Auslandspädagogik des Deutschen Pädagogischen Zentralinstitutes, Text von Lebedova und Kairow 30.10.1962
- Ebd. ZK SED, Bestand Walter Ulbricht, Informationen des Ministeriums für Volksbildung über Reise in die Sowjetunion, 09.11. 1963.

### **6.1.3 Bundesarchiv Berlin**

- DR 2 D632, Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, Einschätzung des Standes des sowjetischen Volksbildungswesens nach dem II. Allunionskongreß, 27.05.1969.

- Ebd., Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, Informationen über die Erziehung der sowjetischen Schuljugend zu Patriotismus und Internationalismus, 21.11. 1972.
- Ebd., Ministerium für Volksbildung, Botschaft der DDR in Moskau, Informationen über die Erziehung der sowjetischen Schuljugend zu Patriotismus und Internationalismus, 21.12. 1972.
- Ebd., Botschaft der DDR in Moskau, Kulturabteilung, 30.07.1973.
- DR 2 K 1472 Ministerium für Volksbildung, Militärische Berufsnachwuchsgewinnung, 29.09. 1982.

#### **6.1.4 Archiv Auswärtiges Amt, Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (AAA/BMAA/DDR)**

- A 14227, Informationen, Berichte über Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR Polen auf dem Gebiet der Volksbildung, 1969-1970.
- ZR 1431/70, Botschaft Moskau, Kulturabteilung, Informationen über das Volksbildungswesen der UdSSR und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet des Volksbildungswesens, Einschätzung des sowjetischen Volksbildungswesens, 30.05.1967.
- ZR/2746/72, Informationen über Grundrichtungen der Zusammenarbeit DDR-Sowjetunion auf dem Gebiet der Volksbildung, 1968-1969, Bericht über Plenartagung der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der UdSSR vom 30.01.-02.02.1968.
- Ebd., Botschaft Moskau, Berufung auf Uschietjelskaja Gaseta (УЧИТЕЛЬСКАЯ ГАЗЕТА) vom 18.04. 1968.
- ZR/2050/69, Die Entwicklung des tschechoslowakischen Schulwesens und die Zusammenarbeit zu Fragen des Schulwesens zwischen den sozialistischen Ländern, 1968.
- ZR 738 Probleme auf dem Gebiet der Volksbildung in der ČSSR, Sept. 1968, Juli-Dez. 1969.
- C 106/74, Botschaft Moskau, Einschätzung des sowjetischen Volksbildungswesens, Mai 1966, Dez. 1967, Feb., Mai 1968, Feb. 1970.
- C 111/74, Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Erziehungs- und Volksbildungswesens DDR-UdSSR, 1969, Aktenvermerk Gespräch M. Honecker mit Vizepräsidenten der APW der UdSSR am 19.12.1968, 07.01.1969.
- Ebd., Botschaft Moskau, Sendung von Studentafeln der Schulen in der UdSSR, 12.02.1968.
- B/854/69, Durchführung von kurzfristigen Studienreisen von Volksbildungsexperten der DDR und Polen Dez. 1964 – Jan. 1968.
- B 80/74, Anträge und Studienprogramme zur Entsendung von Studiendelegationen auf dem Gebiet der Volksbildung zwischen der DDR und der UdSSR 1967 – 1969, Studienreise Dr. Roland Rudolf in die Ukrainische SSR, 28.10.-04.11. 1968.
- Ebd., Reise der Abteilung Volksbildung des Bezirkes Leipzig nach Kiew – Stadtsowjet -, 18.10.1967.

- Ebd., Delegation MfV, 25.03-28.03.1968.
- Ebd., Pädagogisches Institut Dresden, Studienreise zum Pädagogischen Institut Smolensk, u.a. Dr. Wolfgang Brusewitz, 15.-21.10.1967.
- B 994/69, Kulturabteilung Sektion Sozialistische Länder, Aktenvermerk Unterredung Schied (Botschaft) mit dem Leiter der Hauptabteilung Schulen im Ministerium für Volksbildung der RSFSR Arsenow, 11.09. 1965.
- Ebd., Kulturabteilung Sektion Sozialistische Länder, Botschaft Moskau, teilweise Übersetzung eines Artikels von Stscheprow in der Uschietjelskaja Gaseta (УЧИТЕЛЬСКАЯ ГАЗЕТА) vom 17.08. 1965.
- Ebd., Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion auf dem Gebiet des Erziehungs- und Volksbildungswesens, 1964-1967, Aktenvermerk überein Gespräch des Genossen Schlemm (Botschaft Moskau, Kulturabteilung) mit dem Minister für Volksbildung der RSFSR, Genossen Afanasenko, am 15. April 1965, niedergeschrieben Moskau, 21.04. 1965.
- Ebd., Botschaft Moskau, Minister für Volksbildung der BSSR in der Zeitung Sowjetskaja Bjeloruszija (СОВЕТСКАЯ БЕЛОРУССИЯ) am 01.09.1965
- Ebd., Aktenvermerk über Gespräch Schied (Botschaft) mit Genossin Nikitina, Leiterin der Auslandsabteilung in der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der RSFSR am 25.03.1966.
- Ebd., Aktenvermerk Schied (Botschaft) mit Minister für Volksbildung der Estnischen SSR Eisen, 01.11.1966.
- B995/69, Kulturabteilung Sektion Sozialistische Länder, Vorbereitung und Berichte über Studienreisen von DDR-Volksbildungsexperten in die UdSSR, 1965 u. 1967, Reise Dr. Horst Kühn (DPZI) vom 04.-14.12.1967 nach Kiew.
- Ebd. Reise von Prof. Stolz u.a. des Pädagogischen Institutes in Erfurt nach Iwanowo, 14.-22.10.1967.

### **6.1.5 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg im Breisgau**

- AZN 32653, Schriftverkehr Verteidigungsminister Hoffmann mit E. Honecker 1966.
- AZN 32606, Sekretariat des Ministers Hoffmann, Beschlüsse des ZK der SED 1968, Überlegungen zur Ausarbeitung des Systems und der perspektivischen Aufgaben der sozialistischen Wehrerziehung, entsprechend der Festlegung des Politbüros vom 18.10. 1967 und dem Beschluss des Sekretariates des ZK der SED vom 24.01. 1968.
- AZN 32625, Schriftverkehr Hoffmann u. a. mit Ulbricht 1968.
- AZN 32621 Schriftverkehr Hoffmann u. a. mit Ulbricht, u. a. Tagung der Generalstäbe 1966/67:u. a. Bericht über Reise Hoffmanns zur KPdSU-Spitze nach Moskau (17.5.-19.5.1967).
- AZN 32627 und AZN 32 626, Korrespondenz Verteidigungsminister Armeege. Hoffmann unter anderem mit 1. Sekretär Ulbricht 1970.
- DVW 1/55528, Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 5.7.1965.
- DVW 1/55607, Kollegium des MfNV, Beschluss ZK der SED, 11.01.1967.

- DVW 1/55576, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 20.8.1973.
- DVW 1/55588, Bericht über die Ergebnisse der Nachrichten-, Maritimen- und Schießausbildung im Ausbildungsjahr 1973/74 der GST, Vorschlag für die Empfehlungen an den Minister.
- DVW 1/55596, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 03.12. 1975.
- DVW 1/55602, Sitzung des Kollegiums des MfNV, 26.11. 1976.
- DVW 1/555614, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 28.01. 1980.
- DVW 1/55621 Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 27.3.1981.
- DWV 1/555627, Protokoll der Sitzung des Kollegiums des MfNV, 26.03. 1983.
- DVW 1/55639 Protokoll des Kollegiums des MfNV vom 27.3.1986.

**6.1.6 Matthias-Domaschk-Archiv, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte:** Friedensbewegung Anfang 80er Jahre, keine genaue Jahreszahl, keine Signatur.

**6.1.7 Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln:** ZfeS Uni Köln, S6113, Vormilitärische Ausbildung-Jugendliche 1985, Codebuch DJI (Deutsches Jugendinstitut)-StuDiennummer: S50, Primärforscher: Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig.

## 6.2 Literaturverzeichnis

- Ágoston, György (1984): Die Bildungsreform in Ungarn und die Perspektiven der weiteren Entwicklung des Bildungswesens. In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich (Hrsg.): Bildungssysteme in Europa. Reform oder Krise? Berlin, S. 83-96.
- Agde, Günter (Hrsg.) (1991): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Studien und Dokumente, Berlin.
- Aitmatow, Tschingis (1990): Dhamilja. Zürich.
- Anweiler, Oskar / Fuchs, Hans-Jürgen / Dorner, Martina / Petermann, Eberhard (1992): Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Opladen.
- Anweiler, Oskar (1980): Sowjetunion. In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich, Liegle, Ludwig / Schäfer, Hans-Peter / Süßmuth, Rita (Hrsg.) (1980): Bildungssysteme in Europa. Struktur- und Entwicklungsprobleme des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in England, Frankreich, Schweden und der Sowjetunion, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Weinheim und Basel, S. 160-177.
- Anweiler, Oskar (1980): Deutsche Demokratische Republik. In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich, Liegle, Ludwig / Schäfer, Hans-Peter / Süßmuth, Rita (Hrsg.) (1980): Ebd. S. 65-82.
- Anweiler, Oskar / Meyer, Klaus (1979): Die sowjetische Bildungspolitik 1917-1960. Dokumente und Texte, zweite verbesserte Ausgabe, Wiesbaden.

- Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich / Meyer, Klaus (1976): Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973. Dokumente und Texte, Heidelberg.
- Bachmaier, Peter (1991): Hauptetappen in der Entwicklung des bulgarischen Bildungswesens 1944-1989. In: ders. (Hrsg.) (1991): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven, Wien, S. 176-194.
- Bandoly, Werner (1996): Curricula in der Schule: Bulgarien, Köln, Wimar, Wien.
- Barth, Ludwig u. a. (1989): Geographie. Lehrbuch für Klasse 5, Berlin.
- Beck, Thomas (1983): Liebe zum Sozialismus, Hass auf den Klassenfeind. Sozialistisches Wehrmotiv und Wehrerziehung in der DDR, Lüneburg.
- Behrens, Wolfgang / Klose, Hans-Joachim u. a. (1979<sup>1193</sup>) Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 10, Heft 1: Die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetarmee – festes Fundament für die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft. Berlin.
- Berauer, Werner (1983): Lehrplananalytische Untersuchung zu den Beziehungen zwischen den Bestandteilen des Wehrunterrichtes hinsichtlich der Erkenntnisgewinnung, Fähigkeits- und Überzeugungsentwicklung. Dissertation an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Berlin.
- Berger, Ulrich (Hrsg.) (2002): Frust und Freude. Die zwei Gesichter der Gesellschaft für Sport und Technik, Scheuditz.
- Besier, Gerhard (1993): Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München.
- Birkner, Siegfried (1973): Über Ziel, Inhalt und Methoden der sozialistischen Wehrerziehung. Fortschrittsberichte und Studien, Berlin.
- Birzea, Cesar (2002): Rumänien. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 416-429.
- Bruckmeier, Karl (1993): Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR. In: Haufe, Gerda / Bruckmeier, Karl (Hrsg.) (1993): Die Bürgerbewegungen in der DDR und den ostdeutschen Bundesländern, Opladen.
- Bruns, Wilhelm (1978): Die beiden deutschen Staaten in der UNO. in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/78.
- Bulei, Ion (1998): Kurze Geschichte Rumäniens. Aus dem Rumänischen übersetzt von Michael Bürger, Hans Liebhardt u.a., Bukarest.
- Bütow, Wilfried / Wittig, Gottfried u. a. (1986): Unterrichtshilfen Deutsche Sprache und Literatur Klasse 9, Berlin.
- Bütow, Wilfried u.a. (1987): Unterrichtshilfen für Deutsche Sprache und Literatur Klasse 10, Berlin.
- Clement, Rolf (1999): Bundeswehr. In: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999, Bonn, S.137-149.
- Crampton, R. J. (1987): A Short History of Modern Bulgaria. Cambridge, New York u. a.
- Crampton, R. J. (1997): A Concise History of Bulgaria. Cambridge.

---

<sup>1193</sup> Alle vier Hefte der Erstauflage „Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung, Klasse 10“ tragen auf dem Umschlag die Jahreszahl 1979 und auf der ersten Seite (Deckblatt) die Angabe 1979.



- Czempiel, Ernst Otto (1989): Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren, München.
- Cziomer, Erhard (1991): Bisherige Etappen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.) (1991): Deutschland – Frankreich - Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, 2. Auflage, Saarbrücken, S. 84-99.
- Dornberg, John (1973): Breschnew. Profil des Herrschers im Kreml, aus dem Amerikanischen übersetzt, München.
- Drushkowa, A. W. u. a. (1972): Gesellschaftskunde in der sowjetischen Schule. Anregungen und Erfahrungen, übersetzt von Intertext, Bearbeitung der Ausgabe von Hellge, Helmuth / Otto, Werner / Rasmuß, Christa u. a. Berlin.
- Eisenfeld, Bernd (1982): Weherziehung in der DDR. In: Ackermann, Paul / Glashagen, Winfried (Hrsg.) (1982): Friedenssicherung als pädagogisches Problem in beiden deutschen Staaten. Stuttgart, S. 95-111.
- Eltze, Werner u.a. (1987): Chronik zur Geschichte der Gesellschaft für Sport und Technik. 1952-1984, Berlin.
- Endert, Theo / Hofmann, Helmut (1972): Unterrichtshilfen Sportklassen 9 / 10. Berlin.
- Ertel, Siegfried u. a. (1978): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Klasse 9. Fachlich-methodische Hinweise, Heft 1: Der Sinn der sozialistischen Landesverteidigung – sicherer militärischer Schutz des Sozialismus und des Friedens, Berlin.
- Fischer, Siegfried (1992): Der Zerfall einer Militärmacht. Das Ende der Sowjetarmee in Dokumenten, Quellen und Kommentaren, Bremen.
- Förster, Peter (1999): Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In Friedrich, Walter / Förster, Peter / Starke, Kurt (Hrsg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin.
- Frank, Mario (2001): Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin.
- Fricke, Karl Wilhelm (2001): Memoiren aus dem Stasi-Milieu. Eingeständnisse, Legenden, Selbstverklärung, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/2001, S. 6-13.
- Friedrich, Walter: Geschichte des Zentralinstitutes für Jugendforschung. In Friedrich, Walter / Förster, Peter / Starke, Kurt (Hrsg.) (1999): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin.
- Fuchs, Günther / Waade, Waldemar u. a. (1979): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 10, Heft 3: Die NATO-Armeen und ihr aggressiver Auftrag. Berlin.
- Fuhrmann, Rainer W. (1990): Polen: Handbuch. Geschichte, Politik, Wirtschaft, vollst. überarb. u. erg. Neuausg., Hannover.
- Gärtner, Heinz (1982) a: Studie über die Gestaltung und Ergebnisse des Erziehungs- und Bildungsprozesses im Lehrgang Zivilverteidigung der Klasse 9. Dissertation, eingereicht an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Gärtner, Heinz (1982) b: Erkenntnisse, Schlussfolgerungen, Empfehlungen und Hinweise aus dem Lehrgang ZV für alle Unterrichtsdisciplinen. Brotterode.
- Gasteyger, Curt (2001): Europa von der Spaltung bis zur Einigung. Darstellung und Dokumentation, 1945-2000, vollstän. überarbeit. Neuauflage, Bonn.
- Geier, Berhold (1986): Zur Entwicklung der Wehrerziehung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. Dissertation an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt.
- Geißler, Gert / Wiegmann, Ulrich (1996): Pädagogik und Herrschaft in der DDR. Die parteilichen, geheimdienstlichen und vormilitärischen Erziehungsverhältnisse, Frankfurt /M., Berlin, Bern u.a.
- Geißler, Gert / Wiegmann, Ulrich (1998): Wehrerziehung und Schule. in: Führ, Christoph / Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.) (1998): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band VI 1945 bis zur Gegenwart. 2. Teilband Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer, München.
- Geißler, Rainer (1999): Sozialer Wandel. In: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999, Bonn, S. 681-695.
- Glaab, Manuela (1999): Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999, Bonn, S.239-252.
- Goeckel, Robert F.(1995): Die evangelische Kirche und die DDR. Konflikte, Gespräche, Vereinbarungen unter Ulbricht und Honecker, Aus dem Amerikan. übers. von Katharina Gustavson, Leipzig.
- Goeckel, Robert F. (1996): Thesen zu Kontinuität und Wandel der Kirchenpolitik der SED. in: Vollnhals, Clemens (Hrsg.) (1996): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit, Berlin.
- Goerner, Martin G. /Kubina, Michael (1995): Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1945/46 bis 1971/72. in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hg. vom Deutschen Bundestag, Bd.VI, Baden-Baden.
- Gonnermann u.a. (1987): Sozialistische Militärpolitik und Wehrbereitschaft. Militärisches Grundwissen für die Sozialistische Wehrerziehung, Leitfaden, Berlin.
- Gorá, Wladyslaw (1979): Volksrepublik Polen. Ein Abriß, Berlin.
- Göschel, Heinz u.a. (1978-1980). Meyers Universallexikon Band I-IV, Leipzig, Band I (1978).
- Band II (1979).
- Band III (1979).
- Band IV (1980).
- Gosztony, Peter (1977): Die Paramilitärischen Organisationen in Ungarn. In: Ders. (Hrsg.) (1977): Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock. Bonn-Bad Godesberg, S. 295-332).

- Gribkov, Anatoli (1995): Der Warschauer Pakt: Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses. Aus dem Russischen von Barbara und Lothar Lehnhardt, Berlin.
- Grönke, Ottokar u.a. (1988): Biologie. Lehrbuch für Klasse 5, Berlin.
- Günther, Karl-Heinz (1983): Zur weltanschaulichen Fundierung der patriotischen und internationalistischen Erziehung der Schüler. in: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Hans Kaiser): Jahrbuch 1983, Berlin.
- Günther, Karl-Heinz u., a. (1989): Das Bildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik. 3. bearbeitete Auflage, Berlin.
- Hacker, Jens (1983): Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939-1980, Baden-Baden.
- Hanisch, Wilfried u.a. (1979): Wissensspeicher Wehrausbildung, Berlin.
- Hanisch, Wilfried u.a. (1983): Sozialistische Landesverteidigung. Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10, 2. Auflage, Berlin.
- Hellwig, Gerhard / Linne, Gerhard (1991): Daten der Weltgeschichte. Von der Altsteinzeit bis heute, München.
- Helmert, Gundula (1994): Schule unter Stalin 1928 bis 1940. Über den Zusammenhang von Massenbildung und Herrschaftsinteressen. Berlin.
- Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Ders. (Hrsg.) (1980): Wehrerziehung in der DDR. Aktueller Stand, Bonn.
- Ders. / Linn, Gottfried (Hrsg.) (1984): Die sozialistische Wehrerziehung in der DDR. Dokumentation und Analyse, Bonn.
- Hildermeier, Manfred (1998): Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München.
- Hirsch, Hans-Jörg / Dräger, Jürgen (1985): Der Beitrag des Wehrunterrichtes zur staatsbürgerlichen Bildung und Erziehung der Schüler der 9. und 10. Klassen. Diplomarbeit an der Pädagogischen Hochschule Güstrow.
- Hoffmann, Inge (1975): Entwicklung und Perspektiven des Hochschulwesens in der Sozialistischen Republik Rumänien. Berlin.
- Holtmann, Everhard u. a. (1991): Politik-Lexikon. München, Wien.
- Holzweißig, Gunter (1977): Paramilitärische Verbände und die Organisation in der DDR. In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock. Bonn-Bad Godesberg, S. 121-162.
- Honecker, Erich (1978): Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED. Aus den Diskussionsreden der 8. Tagung des ZK, Berlin.
- Honecker, Margot (1974): Zu einigen Fragen der Bildungspolitik nach dem VIII. Parteitag der SED. in: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (für Herausgabe verantwortlich Karl-Heinz Günther): Jahrbuch 1973/74, Berlin.
- Honecker, Margot (1977): Unsere Jugend zu guten Kommunisten erziehen. Diskussionsbeitrag des Ministers für Volksbildung auf dem IX. Parteitag der SED. in: Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (Für Herausgabe verantwortlich Karl-Heinz Günther): Jahrbuch 1976/77, Berlin.

- Honecker, Margot (1989): Unser sozialistisches Bildungssystem-Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte, Berlin.
- Hörner, Wolfgang (2002): Polen. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 385-400.
- Hübner, Werner (2002): Keine Schule der Nation. Die GST aus der Sicht des ZK der SED, in: Berger, Ulrich (Hrsg.) (2002): Frust und Freude. Die zwei Gesichter der Gesellschaft für Sport und Technik, Scheuditz, S. 39-36.
- Ilter, Karl / Albrecht, Herrmann / Schulz, Helmut (1974): Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung. Berlin. (Sig. Bibo Jena 75A24)
- Januszkiewicz, Franciszek (1973): Das Bildungswesen in Polen. Warszawa.
- Judt, Matthias (1998): Aufstieg und Fall der „Trabi-Wirtschaft“. In: ders. (Hrsg.) (1998): DDR-Geschichte in Dokumenten. Bonn.
- Judt, Matthias (1998): Deutschland und Außenpolitik. In: ders. (Hrsg.) (1998): DDR-Geschichte in Dokumenten. Bonn.
- Kakostolecka, J. (1976): Zur Erziehung sozialer Gefühle. Berlin.
- Kaminsky, Annette(1999): "Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben." Konsumpolitik in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 28/99,9.7.1999.
- Kerber, Malte / Herz, Wolfram u. a. (1978): Zivilverteidigung. Lehrbuch für die Klasse 9, Berlin.
- King, Robert R. (1977): Die paramilitärischen Organisationen in Rumänien. In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock. Bonn-Bad Godesberg, S.215-238.
- Kirchhöfer, Dieter (1979): Der Marxismus- Leninismus als allgemeine Methodologie pädagogischer Untersuchungen. In: Pädagogische Forschung/ 20. Jhg./ Heft 6/1979.
- Kleßmann, Christoph (1997): Zwei Staaten eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn.
- Klingberg, Lothar (1984): Einführung in die Allgemeine Didaktik. Vorlesungen, 6. Aufl., Berlin.
- Kloppe, Manfred (1979): Probleme des Zusammenhangs von Weltanschauung und Moral bei der Kommunistischen Erziehung. In: Pädagogik/ 34. Jhg./Heft 6/1979.
- Knabe; Hubertus (2000): Erziehung zum Frieden. In: Veen, Hans-Joachim / Eisenfeld, Peter u. a. (Hrsg.) (2000): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin, München.
- Knaus, Gerald (1997): Bulgarien. München.
- Kny, Heinz (1978): Kommunistische Erziehung der Lehrlinge. Sozialistische Wehrerziehung als Bestandteil der kommunistischen Erziehung der Lehrlinge, in: Heinrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Koch, Michael (2000) a: Die Einführung des Wehrunterrichtes in der DDR. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt.
- Koch, Michael (2000) b: Die Wehrerziehung an den Universitäten und Hochschulen der DDR am Beispiel der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Pädagogischen

- Hochschule Erfurt/Mühlhausen. In: Friedenthal-Haase Hrsg.) (2000): Erwachsenenbildung, Erwachsenenqualifizierung, Erwachsenenlenkung in Thüringen von 1945-1989. Ein vorläufiger Quellenbericht, Jena, S. 85-91.
- Koch, Uwe/Eschler, Stephan (1994): Zähne hoch Kopf zusammenbeißen. Dokumente zur Wehrdienstverweigerung in der DDR, Kückenshagen.
  - Koop, Volker (1997): Armee oder Freizeitclub? Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, Bonn.
  - Kopp von, Botho (1984): Probleme und Perspektiven der Bildungsreform in der ČSSR. In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich (Hrsg.) (1984): Bildungssysteme in Europa. Reform oder Krise? Berlin, S. 97-110.
  - Kozma, Tamáz/Rébay, Magdolna (2002): Ungarn. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 587-602.
  - Krankus, Milan (1991): Die Reform des slowakischen Schulwesens. Probleme und Perspektiven. In: In: Bachmaier, Peter (Hrsg.): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven, Wien, S. 101-115.
  - Krause, Alfred (1988): Unterrichtshilfen Geschichte Klasse 9, Berlin.
  - Kuebart, Friedrich (1984): RGW und Bildungspolitik. Zur multilateralen Kooperation der sozialistischen Staaten im Bildungsbereich, In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich (Hrsg.): Bildungssysteme in Osteuropa. Reform oder Krise? Berlin, S. 121 – 136.
  - Kühn, Horst (1971): Pädagogische und psychologische Probleme der Herausbildung sozialistischer Überzeugungen. In: Pädagogik/ 26. Jhg./ Heft 6/1971.
  - Kuhrt, Eberhard (Hrsg.) (1999): Am Ende des realen Sozialismus. Bd.III Opposition in der DDR. Opladen.
  - Kunze, Thomas 2001: Staatschef a. D. Die letzten Jahre des Erich Honecker, Berlin.
  - Kuppe, Johannes (1999): Deutschlandpolitik der DDR. In: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn, S. 252-266.
  - Kurtún, Sándor (Hrsg.) (1993): Vor der Wende. Politisches System, Gesellschaft und Reformen in Ungarn der achtziger Jahre, aus dem Ungarischen übersetzt von Alexander Klemm, Wien, Köln u. a.
  - Lange, Marianne u.a. (1986): Unterrichtshilfen Deutsche Sprache und Literatur, Klasse 8, Berlin.
  - Laqueur, Walter (1990): Stalin. Abrechnung im Zeichen von Glasnost, München.
  - Link, Werner (1988): Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der Internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a.
  - Linke, Dietmar (1982): Thesen zur "Unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR. In: Israel, Jürgen (Hrsg.) (1991): Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, Berlin.
  - Löbmann, Ullrich u.a. (1989): Geographie. Lehrbuch für Klasse 6, 2. Aufl., Berlin.
  - Lübke, Eckhard (1990): SALT/START. In: Woyke, Wichard (Hrsg.) (1990): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, S. 430-443.

- Lück, Joachim (1979): Der Wehrunterricht in der sozialistischen Schule. In: Pädagogik / 34. Jhg./Heft 1/1979.
- Lück, Joachim / Fromm, Friedhelm u. a. (1978): Unterrichtshilfen Zivilverteidigung Klasse 9. Berlin.
- Lück, Joachim / Kreische, Heinz u. a. (1979): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 10, Heft 4: Der Marsch der Waffenbrüderschaft. Berlin.
- Lück, Joachim (1980): Zwei Jahre Wehrunterricht in unserer sozialistischen Schule – ausgewählte Ergebnisse erster wissenschaftlicher Untersuchungen, In: Pädagogische Forschung, Heft 9/10/1980.
- Luks, Leonid (2000): Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg.
- Luks, Leonid (1993): Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln, Weimar, Wien, 1993.
- Mähler, Ulrich (1997): Geschichte der DDR. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt.
- Mai, Kurt u. a. (1989): Unterrichtshilfen Stunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Berlin.
- Maibaum, Werner (1998): Geschichte der Deutschlandpolitik. Bonn.
- Makarenko, Anton Semjonowitsch (1952): Ausgewählte Pädagogische Schriften. Berlin.
- Makarenko, A.S. (1956): Werke. Fünfter Band, herausgegeben von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik, I.A. Kairow, G.S. Makarenko u.a., Berlin.
- Makarenko, Anton Semjonowitsch (1972): Werke. Erster Band, herausgegeben von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR, Institut für Theorie und Geschichte der Pädagogik, I.A. Kairow, G.S. Makarenko u.a., Berlin.
- Mason, John W. (1996): The Cold War. 1945-1991, London and New York.
- Matthews, Mervyn (1982): Education in the Soviet Union. Policies and Institutions since Stalin, London, Boston, Sydney.
- Mau, Rudolf (1994): Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen.
- Meckel, Markus (1994): Aufbrüche. In: dersel./Gutzeit, Martin(Hrsg.): Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, Kommentierte Quellentexte, Köln.
- Meimeth, Michael (1999): Ost-West-Konflikt. In: Weidenfeld, Werner/Korte, Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit. 1949-1989-1999, Bonn, S.607-617.
- Meissner, Boris (1969): Die „Breschnew-Doktrin“. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“, Dokumentation, Köln.
- Meyer, Enno (1990): Grundzüge der Geschichte Polens. dritte erweiterte Auflage, Darmstadt.

- Michalzik, Martin (1994): "An der Seite der Genossen..." Offizielles Jugendbild und politische Sozialisation im SED-Staat. Zum Scheitern der sozialistischen Erziehung in der DDR, Melle.
- Miclescu, Maria (1984): Probleme und Perspektiven der Bildungsreform in Rumänien. In: Anweiler, Oskar / Kuebart, Friedrich (Hrsg.) (1984): Bildungssysteme in Osteuropa. Reform oder Krise? Berlin.
- Moldenhauer, Harald/Stolberg, Eva, Maria (1993): Chronik der UdSSR. Die wichtigsten Daten und Ereignisse im Überblick, München.
- Molnár, Miklós (1999): Geschichte Ungarns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg.
- Mosemann, Volker (1983): Untersuchungen zur vormilitärischen Aktivität und zur Aktivierung männlicher Jugendlicher der Klasse 11 der Erweiterten Oberschule (EOS) in der militärischen Ausbildung im Zentralen Ausbildungslager (ZAL) der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und Auswirkungen auf die Qualität des vormilitärischen Wissens und Könnens und der Einstellungen. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Dissertation A, Berlin.
- Müller-Enbergs, Helmut / Wielgoths, Jan / Hoffmann, Dieter (Hrsg.) (2000): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn.
- Müller, M. Helmut (1996): Schlaglichter der deutschen Geschichte, 3. überarbeitete u. erweiterte. Auflage, Bonn.
- Müller, Wolfgang u. a. (1979): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 10, Heft 2: Das Verhältnis von Mensch und Technik in der sozialistischen Verteidigungskoalition. Berlin.
- Muszynski, Heliodor (1991): Konzepte zur Reform der polnischen Schule und deren Realisierung. In: Bachmaier, Peter (Hrsg.): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven, Wien, S. 116-125.
- Neubert, Ehrhart (2000): Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 2. durchgesehene und erweiterte sowie korrigierte Auflage, Berlin.
- Neuner, Gerhardt / Konstantinowitsch Babanski u. a. (1987): Pädagogik. 6. Auflage, Berlin.
- Neuner, Gerhardt u. a. (Hrsg.) (1988): Allgemeinbildung und Lehrplanwerk. 2. durchgesehene Auflage, Berlin.
- Neuner, Gerhardt u. a. (1989): Allgemeinbildung. Konzeption – Inhalt – Prozess, Berlin.
- Noack, Axel (1995): Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1972 bis 1989. In: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur" 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hg. Vom Deutschen Bundestag, Bd. VI, Baden-Baden.
- Noll, Dieter (1962): Die Abenteuer des Werner Holt. Roman einer Jugend, Berlin.
- Nolte, Hans-Heinrich (1979): Integration oder eigenes Fach? Die sowjetische Diskussion um Geschichte und Gesellschaftskunde, In: Erdmann, K. D. / Messerschmidt, F. / Rohlfes, J. (Hrsg.) (1979): Geschichte in Wissenschaft und

Unterricht. Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, 30. Jahrgang, Stuttgart, S. 215-225.

- Osburg, Florian (1988): Unterrichtshilfen Geschichte Klasse 8, Berlin.
- Oschlies, Wolf (1977) a: Paramilitärische Organisationen und vormilitärische Ausbildung in Bulgarien. In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock. Bonn-Bad Godesberg, S.13-52.
- Ders. (1977) b: Paramilitärische Aktivitäten und vormilitärische Erziehung in der Tschechoslowakei (1918-1976). In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Ebd. S. 53-120).
- o.V. (1969): Lehrbuch für Geschichte 9. Klasse, Berlin.
- o.V. (1969): Geschichte Lehrbuch Klasse 8, Berlin.
- o. V. (1985): Lehrplan Geschichte Klasse 9, Ministerrat der DDR / Ministerium für Volksbildung, 8. Auflage, Berlin.
- o. V. (1987): Lehrplan Geschichte Klasse 9, Ministerrat der DDR / Ministerium für Volksbildung, Berlin.
- o. V. (1985): Lehrplan Zivilverteidigung Klasse 9, Ministerrat der DDR / Ministerium für Volksbildung, Berlin.
- o. V. (2001) a: Zukünftige Kommandeure. Militärische Grundausbildung, Moskau (БУДУЩЕГО КОМАНДИРА. НАЧАЛЬНАЯ ВОЕННАЯ ПОДГОТОВКА. Москва.).
- o. V. (2001) b: Zukünftige Kommandeure. Kundschafterausbildung, Moskau (БУДУЩЕГО КОМАНДИРА. ПОДГОТОВКА РАЗВЕДЧИКА, Москва).
- Otto, Wilfriede (1996): Gemeinsamkeiten und Unterschiede oppositioneller Handlungen in der SED bis zur Entmachtung der Staatspartei. Forschungsergebnisse und Probleme, in: Timmermann, Heiner (1996) (Hrsg.): Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts-der Fall DDR, Berlin.
- Pilch, Andrej (1991): Die kulturellen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.) (1991): Deutschland -Frankreich-Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, 2. Auflage, Saarbrücken, S. 165-178.
- Pitschel, Rolf (1978): Die Vorbereitung auf den Wehrdienst in der Spezialaufbahnausbildung der GST. In: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Pitschel, Rolf (2002): Mit Vorkenntnissen zum Wehrdienst. Die vormilitärische Ausbildung der GST, in: Berger, Ulrich (Hrsg.) (2002): Frust und Freude. Die zwei Gesichter der Gesellschaft für Sport und Technik, Scheuditz, S. 59-69.
- Pokorný, Petr (1991): Reform der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Tschechoslowakei. In: Bachmaier, Peter (Hrsg.): Bildungspolitik in Osteuropa. Systemwandel und Perspektiven, Wien, S. 84-92.
- Pollack, Detlef (1994): Kirche in der Informationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR, Stuttgart, Berlin, Köln.
- Popov, Nikolay (2002): Bulgarien. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 61-74.



- Pritzel, Konstantin (1978): Erziehung zu Liebe, Haß und Heldentum . Wehrkunde als Pflichtfach in den DDR-Schulen, in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Prucha, Jan (2002): Tschechische Republik. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 544-557.
- Pugaschewa, W. P. (1995): Osnawoi politischewkoi nauki. (Grundlagen der politischen Wissenschaft.) Moskau. (Пугачева, В.П. Основы политической науки. Москва.)
- Raabe, Thomas (1996): SED-Staat und Katholische Kirche 1949-1989, in Vollnhals, Clemens (Hrsg.) (1996): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit, Berlin.
- Raschka, Johannes (2001): Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989. Herausgegeben von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Opladen.
- Rauhut, Michael (1999): Rockmusik in der DDR. Politische Koordination und alltägliche Dimensionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B28/99, 9.7.1999.
- Rautenberg, Hans-Werner (1991): Bisherige Etappen der deutsch-polnischen Normalisierung. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.) (1991): Deutschland -Frankreich-Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, 2. Auflage, Saarbrücken, S. 100-114.
- Reuter, Lutz R. (1996): Das Ungarische Bildungswesen. Rechtsgrundlagen, Aufbau und Verwaltung, Autonomie und Kontrolle, Universität der Bundeswehr Hamburg.
- Révész, László (1977) a: Die Paramilitärische Organisation und die vormilitärische Erziehung in der UdSSR. In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Paramilitärische Organisationen im Sowjetblock. Bonn-Bad Godesberg, S. 239-294).
- Ders. (1977) b: Die Paramilitärische Organisation und die Vormilitärische Erziehung in Polen. In: Gosztony, Peter (Hrsg.) (1977): Ebd. S. 163-214.
- Rippa, Alfred u. a. (1978): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 9, Heft 4: Bewaffnung und Ausrüstung der Armeen der sozialistischen Verteidigungskoalition. Berlin.
- Rittig, Carola (1983): Objektive Bedingungen und Erfordernisse der sozialistischen Wehrerziehung unter besonderer Berücksichtigung des Hochschulwesens der DDR. Zur Erlangung des akademischen Grades Doktor eines Wissenschaftszweiges der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther –Universität Halle-Wittenberg.
- Rix, Christiane (1987): Der Ost-West-Konflikt. Wissen wir wovon wir sprechen? Baden-Baden.
- Rodejohann-Recke, Heidrun (1976): Sozialistische Wehrerziehung in der DDR. In: Albrecht, Ulrich (Hrsg.) (1976): Die Nationale Volksarmee. Ein Anti-Weißbuch zum Militär“ in der DDR, Reinbek b. Hamburg, S. 100-133.

- Roos, Hans (1986): Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung bis zur Gegenwart, vierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, fortgeführt von Manfred Alexander, Stuttgart, Berlin u.a.
- Rühmland, Regina (1985): Zivilverteidigung in der DDR in Stichworten. Bonn.
- Sachse, Christian (1996): (Vor)militärische Ausbildung in der DDR. In: In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln, eine Publikation des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Band 2 Geschichte, Struktur und Funktionsweise der DDR-Volksbildung, bearbeitet von Blask, Falk / Geißler, Gert, Berlin, S.211-314.
- Ders. (2000): Aktive Jugend – wohlgezogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960-1973), Münster.
- Scheffler Grankina, Elena (1999): Totalitäre Erziehungsstrategien in der Sowjetunion. Dargestellt am Beispiel der Musikpädagogik, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades Dr. phil. An der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Universität Heidelberg.
- Scheibe, Herbert (1978): Klassenmäßige Position zum Schutz des Sozialismus. in: Henrich, Wolfgang (Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Scherstjanoi, Elke (1991): „Von der Sowjetunion lernen ...“ In: Agde, Günter (Hrsg.) (1991): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Studien und Dokumente, Berlin, S. 39-51.
- Schmidt, Gerlinde (2002): Russische Föderation. In: Döbert, Hans/ Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 430-450.
- Schmidt, Günther u. a. (1978): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 9, Heft 2: Der Charakter eines möglichen Krieges und die Anforderungen an die Soldaten der sozialistischen Streitkräfte und die Einsatzkräfte der Zivilverteidigung. Berlin.
- Schmidt, Lars Peter (2002): Der Konflikt zwischen Staat und evangelischer Kirche im Bildungsbereich der DDR am Beispiel des Wehrkundeunterrichtes an Polytechnischen Oberschulen. Dissertation Universität Hannover.
- Schmidt-Rösler, Andrea (1996): Polen. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg, München.
- Schmitt, Karl (1978): Zur Wirksamkeit der politischen Erziehung in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 36-50.
- Schmitt, Karl (1980): Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen der DDR, Paderborn.
- Schneider, Rolf (1978): Was der Dichter dazu sagt. In: Henrich (Hrsg.) a.a.O.: S. 24.
- Schubert, Klaus / Klein, Martina (1997): Das Politiklexikon. Bonn.
- Schulz, Klaus, Dietrich (1984): Sozialistische Wehrerziehung im Spiegel der Lehrpläne zum Wehrunterricht in der UdSSR, ČSSR, Volksrepublik Polen und in

der DDR. Dissertation (A) zur Erlangung des akademischen Grades doctor paedagogicae, Eingereicht an der Pädagogisch-Psychologischen Fakultät des wissenschaftlichen Rates der Pädagogischen Hochschule "Karl Liebknecht" Potsdam.

- Schütze, Willy/Schütze Werner (1983): Zivilverteidigung für jedermann, Berlin.
- Selke, Hans-Ulrich u. a. (1978): Zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung. Fachlich-methodische Hinweise, Klasse 9, Heft 3: Militärische Berufe in der Nationalen Volksarmee und den anderen bewaffneten Kräften der DDR. Berlin.
- Seubert, Heribert (1995): Zum Legimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR. Münster, Hamburg.
- Ševců, Štefan, Hrabinská, Mária (2002): Slowakische Republik. In: Döbert, Hans/Hörner, Wolfgang/ von Kopp, Botho u.a. (Hrsg.) (2002): Die Schulsysteme Europas. Hohengehren, S. 416-429.
- Skoug, Kenneth N., Jr. (1999): Czechoslovakia's lost fight for freedom. 1967-1969, An American Embassy Perspektive, Westport.
- Sperling, Walter (1983): Die Deutsche Demokratische Republik. Ein wirtschaftssoziographischer Überblick. in: ders. (Hrsg.) (1983): Die Deutsche Demokratische Republik, Stuttgart, Berlin u.a.
- Spittmann, Ilse (1990): Die DDR unter Honecker, Köln.
- Stolz, Helmut (1979): Patriotische und internationalistische Erziehung. In: Pädagogik/ 34. Jhg./Heft 9/1979.
- Thomas, Rüdiger (1999): DDR: Politisches System. In: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn, S. 176-192.
- Timmermann, Heiner (1991): Zusammenfassung der Vorträge und Diskussion. In: ders. (Hrsg.) (1991): Deutschland -Frankreich-Polen. Ihre Beziehungen zueinander nach 1945, 2. Auflage, Saarbrücken.
- Trampe, Andreas (1998): Kultur und Medien. In: Judt, Matthias (Hrsg.) (1998): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn.
- Vorländer, Hans (1999): Die Verfassung. Idee und Geschichte, München.
- Waterkamp, Dietmar (1983): Das Bildungswesen der DDR. Struktur und Probleme, in: Sperling, Walter (Hrsg.) (1983): a.a.O.
- Weber, Hermann / Koch, Manfred (1983): Opposition in der DDR. Bedingungen, Formen, Geschichte, in: Sperling, Walter (Hrsg.) (1983): Die Deutsche Demokratische Republik, Stuttgart, Berlin u.a.
- Wettig, Gerhard (1996): Phasen des DDR-Sozialismus. in: Eppelmann, Möller u.a. (Hrsg.) (1996): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn.
- Winters, Peter Jochen (1999): Innerdeutsche Beziehungen. In: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn, S. 442-453.
- Wittig, Horst E. (1983): Karl Marx über die polytechnische Bildungsidee. Paderborn.

- Wolkogonow, Dimitri (2001): Die sieben Führer. Aufstieg und Untergang des Sowjetreichs, Frankfurt/M.
- Wolle, Stefan (1999): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Gesellschaft in der DDR 1971-1989, 2. durchgesehene Auflage, Bonn.
- Zilch, Dorle (1996): Wer war die FDJ? in: Timmermann, Heiner (Hrsg.) (1996): Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts-der Fall DDR, Berlin.
- Zimmermann, Hartmut (1999): DDR Geschichte. In: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit. Bonn, S. 150-162.

### 6.3 Internet

- Engel, John (28.02.2002): Fallout Shelters and the Cold War. Major Paper #1: Soviet Civil Defense. A look at their views, their mission, and their methods, in: [www.piedmontcommunities.us/go/008/FSLO-1019269923-820008.doc](http://www.piedmontcommunities.us/go/008/FSLO-1019269923-820008.doc)
- [www.aktuell.RU](http://www.aktuell.RU) 13.10. 2003
- [www.DDR-Schulrecht.de](http://www.DDR-Schulrecht.de)
- [www.fom.ru](http://www.fom.ru) (23.10. 2003)
- [www.gem8.de/waffenmuseum/seiten/aktuell/seiten/kaschi-suhl.htm](http://www.gem8.de/waffenmuseum/seiten/aktuell/seiten/kaschi-suhl.htm).
- [www.tsvpenig.de/Politik/weineckbio.html#kurz](http://www.tsvpenig.de/Politik/weineckbio.html#kurz)
- [www.voenkomat.pavlodar.kz](http://www.voenkomat.pavlodar.kz)
- [www.waffeninfo.net/waff-ak47\\_03php](http://www.waffeninfo.net/waff-ak47_03php)

### 6.4 Weitere Quellen

- Bengsch 1978, in: Henrich, Wolfgang(Hrsg.) (1978): Wehrkunde in der DDR. Die neue Regelung ab 1. September 1978, Bonn.
- Bund der Evangelischen Kirche in der DDR (BEK) 14.6.1978: Orientierungshilfen der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Henrich ebd.
- Deutschlandfunk-Hintergrund Politik, Sendung vom 12.07. 2002 / [www.Dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/675.html](http://www.Dradio.de/cgi-bin/es/neu-hintergrund/675.html).
- Gesetzblatt der DDR, Nr.5, 16.6.1975, Gesetz über die Bearbeitung von Eingaben der Bürger – Eingabengesetz, S.34.
- Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KEK), 14.6.1978: An die Gemeinden in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Henrich (Hrsg.) a.a.O.
- Ministerium für Volksbildung (MfV)15.10.1968: Direktive des Ministeriums.
- ebd.: 16.03.1973: Direktive des Ministeriums.
- ebd.: 01.02. 1978: Direktive des Ministeriums.
- ebd.: 25.01.1979: Direktive des Ministeriums.
- ebd. :04.08 1981: Direktive des Ministeriums.
- Ministerium für Volksbildung (MfV) / Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) 16.08. 1977: Programm für die im Rahmen des Wehrunterrichtes durchzuführende Wehrausbildung der Jungen Klasse 9 im Lager.

- Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MfHF) (1984): Direktive für Studienjahr 1984 / 85 an den Universitäten und Hochschulen der DDR.
- NÖK - Nachrichtendienst Östliche Kirchen, Ausgabe 13/03, 04.09.2003.
- Programm der SED, in: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 3 ( 1971-1986), Berlin 1988.
- Schmidt, Gerlinde (2003): Bildung und Wissenschaft. In: Informationen zur politischen Bildung. Heft 281 / 4. Quartal 2003: Russland. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 44-48.
- Zentralrat der FDJ (1952): IV. Parlament der FDJ. Messehalle Leipzig vom 27. bis 30. Mai 1952.

## 6.5 Zeitungen / Zeitschriften

- Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralrates der FDJ zur weiteren Entwicklung der staatsbürgerlichen Erziehung der Schuljugend der DDR. 9.4.1969, In: Deutsche Lehrerzeitung 19, 1969, Beilage DLZ-Informationen.
- Der Kämpfer. Organ der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, hrsg. vom ZK der SED.
- Deutsche Lehrerzeitung (DLZ), Zentralorgan des Ministeriums für Volksbildung und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, Nr. 50, 1958.
- Deutsche Lehrerzeitung (DLZ), Nr. 35, 1978.
- Dieckmann, Christoph: Honis heitere Welt. Das Unterhaltungsfernsehen verklärt die DDR, Anmerkungen zu Wohl und Wehe der Ostalgie, in: DIE ZEIT, 28.08. 2003: S. 37.
- Donath, Klaus, Helge: Exerzieren für die ferne Zukunft. Die Tageszeitung (TAZ), 30.07. 2002.
- Eichberg, Ekkehard: Militär-patriotische Erziehung der Jugend in der Sowjetunion. In: Wehrkunde Nr. 1 / 1971, Organ der Gesellschaft für Wehrkunde e. V. S. 11-15.
- Europa-Archiv, 4/1984, S.D.112.
- Gessen, Masha: Russian Society Regress To a Military Mind-Set. INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE, 01.03.2000.
- Görlich, Joachim Georg: Die militärische und vormilitärische Ausbildung der polnischen Jugend. In: Wehrkunde Nr. 10 / 1970, Organ der Gesellschaft für Wehrkunde e. V. S. 536-537.
- Heine, Claudia: Nur ein taktisches Manöver? Das Parlament, 17./23.09. 2002.
- Helwig, Gisela: Als Held wird man nicht geboren. Zum Wehrunterricht in der DDR, in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 12. Jahrgang, Heft 3 1979.
- Hoffmann, Heinz: Die Sicherung des Friedens verlangt die Stärkung der sozialistischen Militärmacht. In: Einheit. Nr. 6, 1971: S. 690-702.
- Ders.: Zu Problemen der sozialistischen Militärpolitik und Wehrerziehung. In: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 20, 1971: S. 8-10.
- Ders.: Ständig wachsam und gefechtsbereit. In: Militärwesen. Nr. 1, 1973: S. 3-16.

- Kaschmasow, Alan, Stepanow, André: Die Rückkehr der Militärischen Leiter. Iswestija 05.02. 2000 (КАЧМАЗОВ, Алан, СТЕПАНОВ, Андрей: Военруки возвращаются. ИЗВЕСТИЯ, 05.02. 2000). ([www.nns.ru/archive/center/2000/02/05.html](http://www.nns.ru/archive/center/2000/02/05.html).)
- Lackner, Joseph, Neue Zeit (Zentralorgan der CDU in der DDR), 06.09. 1978.
- Lapenkova, Marina: Russisches Waffen-Einmaleins. Moskau führt an den Schulen den Militärunterricht wieder ein, Süddeutsche Zeitung, 01.03.2000.
- Neues Deutschland (ND) 3.10.1975.
- Neues Deutschland (ND) 18./19.2.1978.
- Röder, Hans Jürgen: Fragwürdige Friedenspolitik. Zur Einführung von obligatorischen Wehrunterricht in der DDR, in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 11. Jahrgang, Heft 8 1978.
- Rote Fahne, Nr.31, 1978.
- Strietzel, W.: Über die langfristige Arbeit zur Gewinnung von Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten. Leserbrief, Militärwesen Nr. 9 (1971), S. 1296-1299).
- Trutanow, Igor: Unterschriften nicht anerkannt. Moskauer Deutsche Zeitung, 11.01. 2001. ([www.mdz-moskau.de/Russland heute/2001/01/11/13.23.02.htm](http://www.mdz-moskau.de/Russland_heute/2001/01/11/13.23.02.htm))
- Voswinkel, Johannes: Das Imperium schlägt zurück. In: DIE ZEIT, 06.11. 2003.
- Ders.: Väterchen Putin. In: DIE ZEIT, 11.03. 2004.
- Warum Wehrunterricht? In: Was und Wie. Informationen, Argumente, Übersichten für den Agitator, herausgegeben vom ZK der SED, Heft 8/1978, S. 10-13.
- Wolkow, Oleg / Wasilenko, Kirill: Der Triumph der militärischen Leiter. Wremija Nowosti, 13.10. 2003 (ВОЛКОВ, Олег / ВАСИЛЕНКО, Кирилл: Триумф военрука. ВРЕМЯ НОВОСТЕЙ, 13. 10. 2003). (<http://www.vremya.ru/2003/191/4/82317.html>.)

## **Abkürzungsverzeichnis**

ABM – Anti-Ballistic Missiles

AG – Arbeitsgemeinschaft

APW – Akademie der Pädagogischen Wissenschaften

BBF – Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung

BEK – Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

BKP – Bulgarische Kommunistische Partei

BRD – Bundesrepublik Deutschland

BSSR – Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik

CDU – Christlich Demokratische Union

ČSR - Česká socialistická republika

ČSSR – Československá socialistická republika

DDR – Deutsche Demokratische Republik

DFD – Demokratischer Frauenbund Deutschlands

DIPF – Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung

DLZ – Deutsche Lehrerzeitung

DPZI – Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut

DRK – Deutsches Rotes Kreuz

DTSB – Deutscher Turn und Sportbund

EOS – Erweiterte Oberschule

EVG – Europäische Verteidigungsgemeinschaft

FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

FDJ – Freie Deutsche Jugend

Gbl. - Gesetzblatt

GBV – Gemeinsamer Bibliotheksverbund  
GST – Gesellschaft für Sport und Technik  
HJ – Hitlerjugend  
KEK – Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR  
KK - Kleinkaliber  
KK-MPi – Kleinkaliber-Maschinenpistole  
KPČ – Kommunistische Partei Československá  
KPdSU – Kommunistische Partei der Sowjetunion  
KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
KVP – Kasernierte Volkspolizei  
LPG – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft  
Mdi – Ministerium des Innern  
MfNV – Ministerium für Nationale Verteidigung  
MfS – Ministerium für Staatssicherheit  
MfV – Ministerium für Volksbildung  
NATO – North Atlantic Treaty Organisation  
ND – Neues Deutschland  
NVA – Nationale Volksarmee  
PBA – Politisch Beratender Ausschuß  
PGH – Produktionsgenossenschaft des Handwerks  
POS – Polytechnische Oberschule  
PVAP – Polnische Vereinigte Arbeiterpartei  
RAP – Rumänische Arbeiterpartei  
RGW – Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe  
RKP – Rumänische Kommunistische Partei  
RSFSR – Russisch Föderative Sozialistische Sowjetrepublik



SALT – Strategic Arms Limitation Talks

SAPMO-BArch. - Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR-Bundesarchiv

SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SSR – Sozialistische Sowjetrepublik bzw. Slovenská socialistická republika

SR – Sozialistische Republik

SVAZARM - Svaz pro spolupráci a armádou

SWE – Sozialistische Wehrerziehung

UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

USA – United States of America

VEB – Volkseigener Betrieb

VR - Volksrepublik

WE - Wehrerziehung

WU – Wehrunterricht

ZIJ – Zentralinstitut für Jugendforschung

ZK - Zentralkomitee

ZV - Zivilverteidigung

## Zusammenfassung

- Der Wehrunterricht wurde am Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre in den Staaten des Warschauer Paktes eingeführt.
- Eine Ausnahme bildete nur die DDR, wo das Fach erst 1978 in das Lehrprogramm der POS Eingang fand.
- Anders als es die zeitliche Nähe der Etablierungen vermuten lässt, handelte es um kein gemeinsames Projekt des östlichen Militärbündnisses.
- Der Wehrunterricht war in allen Ländern des Warschauer Paktes gekennzeichnet durch die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten militärischer Elemente bzw. solchen der Zivilverteidigung auf der einen sowie der propagandistischen Indoktrination der Schülerinnen und Schüler auf der anderen Seite.
- Mit Ausnahme Polens – wo das Fach nach wie vor an den Lyzeen unterrichtet wird – wurde der Wehrunterricht bei den demokratischen Revolutionen und Veränderungen am Ende der achtziger / Anfang der neunziger Jahre in allen Warschauer Paktstaaten aus den Schulen entfernt; in Russland begann 2001 die Wiedereinführung.

Jena, 28.10. 2004

**Ehrenwörtliche Erklärung:**

Hiermit erkläre ich ehrenwörtlich, dass mir die Promotionsordnung der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena bekannt ist, dass ich die Dissertation selbst angefertigt, dabei keine Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen und alle Benutzten Hilfsmittel und Quellen in dieser Arbeit angegeben habe.

Bei der gesamten Erarbeitung und Herstellung der Dissertation wurde ich von keiner Person – entgeltlich oder unentgeltlich – unterstützt. Darüber hinaus haben Dritte weder unmittelbar noch mittelbar gelthwerte Leistung von mir für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der Arbeit stehen.

Ich erkläre weiter ehrenwörtlich, dass ich die Dissertation bisher noch nicht als Prüfungsarbeit für eine staatliche oder eine andere wissenschaftliche Prüfung eingereicht habe.

Weder die gesamte Arbeit noch ein ähnlicher Text oder eine andere Abhandlung wurden von mir an einer anderen Hochschule bzw. an einer anderen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Dissertation eingereicht.

Ich versichere, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

Michael Koch